Brem. b. 1709

R
br
901.3
630

STADT-BIBLIOTHEK BREMEN
A 7 1.30



# Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrats in Bremen.

(Die Berichte über die Sitzungen bis zum 9. Dezember 1918 sind nach den Tageszeitungen wiedergegeben. Vom 13. Dezember an sind die Verhandlungen stenographisch aufgenommen, die Redaktion dieser Berichte wurde jedoch von Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrats besorgt. Eine Ausnahmestellung nimmt der Bericht über die Sitzung am 10. Januar 1919 ein, da diese Sitzung sich unmittelbar an die Ausrufung der sozialistischen Republik anschloß und die Stenographen über die Tagung nicht benachrichtigt waren. Darum ist auch über diese Sitzung ein Bericht der Tagespresse wiedergegeben worden.)

## 1. Sitzung Donnerstag, den 14. November 1918.

Der Donnerstag, 14. November, war in der Stadt nach der achttägigen Revolution fast wieder ein Werktag, wie alle. Die Tagesarbeit ging überall ihren Gang und löste sich am Abend in dem gewohnten lebhaften Straßenverkehr auf. Ueber seinem Hauptknotenpunkt, dem Marktplatz, lag das Licht der Bogenlampen, in das der Roland so seltsam hineinlächelt, wenn das Altersgrau des Rathausbaues vom Abenddunkel zu besonders ernster Wirkung gesteigert ist. Auch das neue Rathaus lag wie ausgestorben, und nur unter dem Säulengang des alten schimmerte Licht durch die bunten Scheiben des nach mehreren Sperrtagen wieder geöffneten und so stark wie gewöhnlich in dieser Zeit besetzten Ratskellers. In der achten Abendstunde verriet noch nichts das Nahen eines großen Ereignisses. Dann sah man vereinzelt und in Gruppen Leute unauffällig von der Domseite her die Börse betreten. Bald wurden es ihrer mehr, und nach 8 Uhr gesellten sich auch Feldgraue hinzu, zum Teil in einem Auto des Soldatenrats von der Kaserne her eingetroffen. Bewaffnetes Militär folgte und umstellte das Börsengebäude wie auch das Rathaus mit dichten Postenketten, die aber den starken Verkehr der Straßenbahnzüge und Fußgänger überall unbehindert ließen.

So bereitete sich das große Ereignis der Revolution vor, zu dem sich oben im Konventsaale der Börse, dem Sitz des Bremer Parlaments, die Räte der Soldaten und Arbeiter von Bremen versammelten. Ihre Mitglieder, unter denen man auch einige weibliche sah, füllten sämtliche Plätze. Nur etwa dreißig neben dem Präsidium noch aufgestellte Stühle blieben leer. Auf den vorderen Sitzen der Rechten sah man die Feldgrauen mit den weißen Armbinden, die Vertreter des Soldatenrates. Es verging wohl eine halbe Stunde, die hie und da im Saale zum Verzehren des mitgebrachten Imbisses oder zum Anzünden des Rauchkrautes benutzt wurde, bevor die Führerschaft der beiden Räte mit Herrn Alfred Henke an der Spitze erschien und sich auf den Plätzen des Präsidiums niederließ, neben dem Vorsitzenden Herrn Henke die Herren Klawitter, Brodmerkel, Willems, Kullrich u. a.

Nach einem Läuten der Präsidentenglocke vernahm die Versammlung die folgende

**Rede des Herrn Henke:**

Kameraden und Genossen! Wir sind hier zusammengekommen, um einen sehr wichtigen Schritt zu tun. Der außerordentlichen Sache entsprechend, haben wir dieses Lokal gewählt, in dem oftmals Gesetze gemacht und politische Handlungen vollzogen worden sind, mit denen wir nicht zufrieden sein konnten. Heute abend werden wir nun eine Handlung vollziehen, mit der, wie wir hoffen, alle diejenigen zufrieden sein werden, die an der Wendung der Dinge ihren Gefallen gefunden haben.

Vor einer Woche haben Militär und Arbeiterschaft in Bremen die öffentliche Gewalt in Besitz genommen. Zu unserer Freude ist das geschehen, ohne daß ein Tropfen Blut dabei vergossen wurde. Und ohne Blutvergießen wollen wir, so weit es an uns liegt, das, was begonnen worden ist, fortsetzen. Wir müssen unter allen Umständen fortführen, was jene Kämpfer unter Einsetzung ihres Lebens hier und in vielen anderen Städten Deutschlands begonnen haben. Stillstehen dürfen wir auf keinen Fall. In einer Proklamation haben wir vor einigen Tagen gesagt, daß eine Revolution sich ereignet habe und daß es unsere Aufgabe, die Aufgabe des Arbeiter- und Soldatenrats sei, für die Erweiterung und Vertiefung der

Revolution Sorge zu tragen. Zu letzterem Zweck sind wir hier zusammengekommen. Als die Matrosen in Kiel und ihrem Beispiel folgend Militär und Arbeiterschaft in einer ganzen Reihe von deutschen Städten sich in den Besitz der öffentlichen Gewalt setzten, da taten sie damals und damit den ersten bedeutsamen Schritt, der getan werden mußte. Aber sie blieben auf halbem Wege stehen. So unterließ man es in Hamburg und Bremen, Senat und Bürgerschaft, die Repräsentanten der öffentlichen Gewalt, abzusetzen. Hamburg hat das inzwischen nachgeholt. Wir wollen es heute abend nachholen. Das ist der Zweck unserer Zusammenkunft.

Und weshalb? Durch die Revolution ist der alte Rechtszustand beseitigt. Wenn Ueberreste vorhanden sind, werden wir damit noch rechnen müssen hier und da, in der Verwaltung insbesondere, und zwar deshalb, weil sich im Handumdrehen ein neues Recht nicht schaffen läßt. Aber mit dem, was geschehen ist, ist die Rechtsbasis, auf der Senat und Bürgerschaft ruhten, beseitigt worden. Und mit dem alten Rechtszustand sind hiermit auch Senat nnd Bürgerschaft nicht mehr. Der Senat tut aber, als ob er nach wie vor bestände, und will glauben machen, daß es wirklich noch der Fall sei. Darin liegt eine große Gefahr für die revolutionäre Bewegung. In Revolutionszeiten ist es immer das Trachten der gestürzten Gewalten, Zeit zu gewinnen und die Kräfte zu sammeln zum Gegenstoß. Bleibt somit der Senat bestehen, so besteht die Gefahr, daß er das Zentrum reaktionärer Bestrebungen sein wird. Unsere Kontrolle, unter die er gestellt ist und die er anerkannt hat, gibt keine genügende Gewähr gegen die Abwendung dieser Gefahr. Da muß gehandelt werden, bevor es zu spät ist. Noch ist es nicht zu spät.

Es gibt Bedenken mancherlei Art über diesen Schritt, den wir tun wollen, die hier und da laut geworden sind und laut werden. Man fürchtet ein Stocken der Verwaltungstätigkeit und damit eine Gefahr für die Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit. Sobald der Senat aber bereit ist, seine frühere Tätigkeit in der Verwaltung nach wie vor ausüben zu wollen, müssen solche Bedenken schwinden. Und es sind Anzeichen vorhanden, daß der bremische Senat ebenso wie der hamburgische seine Tätigkeit weiter in Gemeinschaft mit dem Arbeiter- und Soldatenrat ausüben will. Was aber die Hauptsache ist, die Kämpfer, die in Kiel, Hamburg, Berlin teilweise unter blutigen Opfern, unter Einsetzung ihres Lebens überall, gehandelt haben, die haben sich nicht durch Bedenken abhalten lassen. Ihnen müssen wir es gleich tun in dieser Stunde! Wir würden ihrem Andenken nicht gerecht werden, wenn wir uns durch Bedenken abhalten ließen, ebenfalls zu handeln. Der Eine fragt „Was kommt danach?“ der Andere „Ist es Recht?“ Und also unterscheidet sich der Freie von dem Knecht!

Gewaltiges hat sich in den letzten acht Tagen in Deutschland ereignet. Deutschland ist Republik geworden. Kaiser Wilhelm II. hat in Holland seinen Aufenthalt genommen; er ist geflüchtet. Er hat kein Beispiel der Tapferkeit gegeben. Er ist geflüchtet in ein Land, in dem gleichfalls die Revolution vor der Türe steht. Und schon werden in England Stimmen laut, mit Kaiser Wilhelm, dem früheren Kaiser von Deutschland, König von Preußen, genau so zu verfahren, wie England seinerseits mit Napoleon I. verfahren ließ. Prinz Heinrich, der Bruder des Kaisers, ist in Dänemark. Bayern, Baden, Oldenburg — wozu die Aufzählung all der Bundesstaaten, die in Frage kommen — sind Republiken geworden. Wir sind dem Frieden um ein bedeutendes Stück näher gekommen. An der Westfront, so berichtete man uns, ist ein über das andere Mal ein Anzeichen der Verbrüderung sichtbar geworden. Wir alle wünschten, daß diese Verbrüderung von dem einen bis zum anderen Flügel der Westfront gehen möge. Wir alle müssen wünschen, daß die Revolution weiter marschiere nach Frankreich, nach England, nach Nordamerika, nach Italien. Und wir sehen bereits, daß das Proletariat sich überall verbrüdert. Das Proletariat im Waffenrock und in der Arbeiterbluse ist die sicherste Gewähr für einen guten und dauerhaften Frieden. Und bald kehren unsere Feldgrauen heim. Da wollen wir ihnen errichtet haben, was sie ersehnten in mancher schlimmen Stunde: ein Haus, in dem sie sich wohl fühlen, das auch sie da draußen mit errichtet haben, das sie jetzt zwar nicht mit uns einrichten können, das wir aber sicherlich in ihrem Geiste einrichten werden.

Aus diesem Gedanken heraus ist das entstanden, was Ihnen heute abend der Aktionsausschuß in Einstimmigkeit vorschlägt als Entwurf und worum er sie bittet, daß sie einstimmig, womöglich ohne Diskussion, dem ihre Zustimmung geben mögen.

Morgen früh soll in den Zeitungen folgende Bekanntmachung erscheinen, die auch durch Plakate zur öffentlichen Kenntnis gebracht werden soll:

### Bekanntmachung.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Ausübung der politischen Gewalt im Bremer Staatsgebiet übernommen. Senat und Bürgerschaft bestehen nicht mehr.

Das Bremische Staatsgebiet bildet künftig einen Bestandteil der deutschen Volksrepublik.

Ueber die weitere Gestaltung der Verhältnisse entscheiden die später zu schaffenden gesetzgebenden Körperschaften.

Für Ruhe und Ordnung wird Gewähr geleistet. Jeder gehe seinem Beruf nach.

Die Beamten bleiben auf ihren Posten; die Gehälter werden fortgezahlt. Das Privateigentum wird geschützt.

Plünderer werden standrechtlich abgeurteilt.

Der Arbeiter- und Soldatenrat tagt von heute ab im Rathause in Permanenz.

Weitere Bekanntmachungen folgen.

Bremen, den 14. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.
A. Henke. Ecks.

Es ist eine bedeutsame Stunde, die uns hier zusammengeführt hat. Einmütigkeit und Entschlußkraft werden wir in dieser Stunde zu bekunden haben. Einmütigkeit und Entschlußkraft beseelt Sie alle. Handeln Sie und nehmen Sie die vorgeschlagene Bekanntmachung an. Wir wollen dann gleich nach dem Rathaus ziehen, es militärisch besetzen und die rote Fahne hissen, die dort zum Ausdruck bringen soll, welcher Geist heute in Bremen der maßgebende geworden ist.

Trotz der Aufforderung des Vorsitzenden, den verlesenen Beschluß ohne Debatte einmütig anzunehmen, meldete sich ein Feldgrauer zum Wort, um der Versammlung etwas zu sagen, was ihm bislang unmöglich gewesen sei, da er beim Beginn der Bewegung noch im Gefängnis gesessen habe. Das Wort wurde ihm jedoch nicht erteilt, auf Grund der Feststellung, daß er weder dem Arbeiter- noch dem Soldatenrat angehörte und somit unberechtigt Zutritt erlangt hatte. Nachdem alle etwa noch sonstigen Unberechtigten zum Verlassen des Saales aufgefordert worden waren, erfolgten Abstimmung und Gegenprobe durch Handaufheben mit dem Ergebnis einstimmiger Annahme des Beschlusses. Der Feststellung dieses Ergebnisses durch den Vorsitzenden folgte lebhaftes Bravo, an dem sich auch die mit wenigen Besuchern besetzten Tribünen beteiligte.

Herr Henke verkündete, daß man nun hinübergehen wolle zum Rathause, wo der Aktionsausschuß den gefaßten Beschluß zur Ausführung bringen werde. Die nötigen Vorbereitungen hierzu seien bereits getroffen und Behinderungen also nicht zu besorgen. Der Redner fügte hinzu: Alles wird sich selbstverständlich in vollster Ruhe vollziehen. Das, was wir heute abend tun, ist eine Vollendung dessen, was unsere Kameraden und Parteigenossen vor etwa über einer Woche begonnen haben. Wir wollen nicht still stehen, wollen weiterstreben und sind überzeugt, daß unsere Sache überall zum Siege gelangen und unsere Arbeit überall ein gutes Gedeihen haben wird.

### Die Einnahme des Rathauses.

Die Versammlungsteilnehmer bildeten gegen 9 Uhr an der Treppe des Seiteneinganges zur Börse zunächst einen geschlossenen Trupp und schritten sodann, von einzelnen bewaffneten Posten geleitet, zum Hauptportal des neuen Rathauses. Eine nicht besonders große Zuschauermenge, die sich zumeist noch ohne Kenntnis von dem bedeutsamen Beschluß inzwischen angesammelt hatte, folgte dorthin. Das Portal des völlig im Dunkel liegenden Rathauses war verschlossen. Es währte einige Zeit, bis es sich im Innern regte, und auch dann verging eine Weile, bis der Hüter des Hauses seine Weisung von vorgesetzter Stelle eingeholt hatte. Nach fast einer Viertelstunde des Wartens öffnete sich das Portal, Licht flammte auf, und die Führerschaft der beiden Räte mitsamt anderen, durch die Posten auf ihre Ausweise hin kontrollierten Personen traten ein.

Kurz darauf erhellte sich im ersten Stock das Zimmer des Präsidenten des Senats; ein Fenster öffnete sich dort, und Herr Henke verlas von diesem herab den Draußenstehenden den in der Börse gefaßten Beschluß, der mit einem Bravo von unten beantwortet wurde. Das Schlußwort von oben war ein lebhaft aufgenommenes Hoch auf die deutsche Volksrepublik und die Aufforderung an die Menge, ruhig, wie sie gekommen, sich zu zerstreuen und nach Hause zu gehen. Das Rathaus behielt eine Bewachung durch Doppelposten; die Zeugen des geschichtlichen Aktes gingen in stillem Nachdenken oder doch ohne bemerkbare Erregung von dannen, und nach kurzem war das flüchtige Bild des Vorganges wieder wie fortgewischt von dem Platze, der seit altersher Bremens Hirn und Herz bedeutet hat.

Das Aufziehen der roten Flagge auf dem Rathaus wurde der Dunkelheit wegen am Abend unterlassen. Es soll heute vormittag um 10 Uhr mit einem feierlichen Akt erfolgen, an dem die Militärkapelle und eine militärische Ehrenwache teilnehmen werden.

# 2. Sitzung Dienstag, den 19. November 1918.

Eröffnung der Sitzung 8 Uhr abends.

Vorsitzer Herr Brodmerkel.

Herr Henke ergreift das Wort zu einem

### Bericht über die Tätigkeit des Aktionsausschusses.

In diesem Bericht machte Herr Henke von den mit dem Senat gepflogenen Verhandlungen und der bekannten Einsetzung einer gemischten Kommission, bestehend aus je sechs Mitgliedern des Senats und des Aktionsausschusses, Mitteilung. In den bisher abgehaltenen drei Sitzungen dieser Kommission habe der Senat über die laufenden Dinge Bescheid gegeben, und erst gestern seien in einer solchen Kommissionssitzung verschiedene Vorlagen erledigt worden, die früher vor der Bürgerschaft hätten zur Verhandlung gelangen müssen. Der A.- und S.-Rat sei eben auch gesetzgebende Körperschaft geworden; die Bürgerschaft sei vollständig ausgeschaltet. Wenn jetzt 100 000 ℳ beispielsweise für die Unterweserkorrektion angefordert würden, so hätte der A.- und S.-Rat darüber einen Beschluß zu fassen. Man könne aber nicht gleich die ganze Verwaltungstätigkeit übernehmen; allmählich erst könne man sich die eigenen Organe für diese Verwaltungstätigkeit heranbilden. Auf diesem Gebiet könne man also vorerst nur eine kontrollierende Tätigkeit ausüben, während die alten Organe noch bestehen müßten und damit eigentlich auch noch der ganze verwaltungstechnische Apparat von dem alten Regime beherrscht würde, was immerhin eine gewisse Gefahr für die Revolution bedeute. Herr Henke machte dann Mitteilung von den neuen Hamburger Beschlüssen (Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, tunlichst baldige Schaffung einer Bürgervertretung und einer leitenden Verwaltungsbehörde) und meinte, es wäre gut, noch einmal mit Hamburg in Verbindung zu treten. Was sich dort als brauchbar erweise, könne man auch hier durchführen. Die Verhandlungen mit dem Senat seien also hier bisher in aller Ruhe und Sachlichkeit verlaufen. Das Wichtigste wäre gewesen, daß der Senat den Mitgliedern des Aktionsausschusses Kenntnis gegeben habe von einer Einladung zu einer in Berlin abgehaltenen Besprechung von Bundesratsmitgliedern über das Verhältniswahlsystem. Man habe dann dort über das Wahlgesetz und die Wahlordnung zu der geplanten Nationalversammlung beraten. Redner verbreitete sich dann über das vorgeschlagene Wahlverfahren (Verhältniswahlsystem, Wahlberechtigung aller über 20 Jahre alten Personen beiderlei Geschlechts usw.) und leitete dann über zum zweiten Punkt der Tagesordnung:

### Stellungnahme zur Einberufung der Nationalversammlung.

Redner verwies darauf, daß der ganze staatliche Apparat fast noch wie früher bestände und die Revolution dem Proletariat bisher nur die politische Macht gebracht habe. Daraus ergebe sich klar die nächste Aufgabe der Revolution, der A.- und S.-Räte, die Revolution zu vertiefen, zu befestigen und auszubreiten. Die sich Reichsregierung nennende, aber keineswegs als solche legitimierte Firma Ebert-Haase habe durch die Parole „Einberufung der Nationalversammlung" das Bürgertum und namentlich den Kapitalismus vollauf befriedigt, die in einer solchen Nationalversammlung ihre einzige Rettung sähen. Besonders das geplante sehr weitgehende Wahlrecht würde sehr zu Ungunsten der Revolution ausschlagen, und wenn er, Redner, vor 14 Tagen in der Bürgerschaft unter der alten Herrschaft noch ausdrücklich für das Frauenwahlrecht eingetreten sei, so brauche man jetzt nicht sofort das wahr zu machen, was man damals unter ganz anderen Umständen gefordert habe. Jetzt heißt es, erst die eigene Macht zu festigen, bis die Gefahr der Kontrerevolution, wie sie jede Revolution zeitige, beseitigt sei. Das könne nur geschehen unter der vorläufigen Diktatur des Proletariats. Das Ziel der Revolution sei keine kapitalistisch-bürgerlich-demokratische Republik, das Ziel sei die soziale Republik. Sie durchzusetzen, dazu habe man jetzt die Macht in Händen, die man nicht ungenutzt lassen dürfe. Und zum Schutze der Diktatur, die diese Aufgabe allein verwirklichen könne, sei am Montag in der öffentlichen Versammlung im Casino bereits die möglichst weitgehende Bewaffnung des arbeitenden Volkes und vor allem die Bildung einer überzeugten sozialistischen Kämpferschar, einer roten Garde oder wie man sie heißen möge, verlangt worden. Die Nationalversammlung konsolidiere aber nicht die junge Republik, sie festige nur aufs neue die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung.

Ueber die Frage, ob Nationalversammlung oder nicht, entspann sich nun eine lange Debatte. Herr Rhein betonte, es komme ganz darauf an, was man unter Konsolidierung der Revolution verstehe. Herr Henke wolle sie erst dann als geschehen ansehen, wenn die sozialistische Republik tatsächlich geschaffen und die kapitalistische Produktionsweise beseitigt sei. Er,

Redner, und mit ihm viele andere, seien der Meinung, daß man, nachdem das vornehmste Ziel der Revolution, die Beendigung des blutigen Weltkrieges, erreicht sei, zuerst nur eine vollständig demokratische Staatsverfassung an Haupt und Gliedern erreichen könne, auf Grund dieser man dann in der Lage sei, den Sozialismus in organischer Entwicklung der Verhältnisse zu verwirklichen. Jetzt schon die sozialistische Gesellschaftsordnung zu schaffen, würde die Einrichtung der A.- und S.-Räte zu einer zu lange dauernden machen, die mit unserem demokratischen Empfinden nicht übereinstimme. Wie man jetzt nicht die staatlichen Einrichtungen ohne weiteres ganz übernehmen könne, weil es dazu an den notwendigen Kräften mangele, so würde es auch bei der Sozialisierung der Geschäfte sein. Auch sei die Verantwortung für die A.- und S.-Räte allein viel zu groß.

Im weiteren Verlaufe der Debatte, an der sich weit über ein Dutzend Redner beteiligten, wurde der Umstand, daß das deutsche Wirtschaftsleben einem vollständigen Trümmerhaufen gleicht, noch mehrfach als außerordentlich erschwerend für die Verwirklichung der Sozialisierung angeführt. Auch der Umstand, daß zwei so entgegengesetzte Pole, wie Haase und Ebert, sich in dieser Frage geeinigt haben, wurde mehrfach betont und anheimgestellt, sowohl die Radikalen als auch die Rechtssozialisten möchten einen Pflock zurückschrauben und sich vielleicht dahin einigen, die Nationalversammlung zu einem späteren Termin als dem vorgeschlagenen abzuhalten. Der mehrfach ausgedrückte Wille der Entente, nur eine gefestigte deutsche Regierungsgewalt am Verhandlungstisch anzuerkennen, solle auch nicht unterschätzt werden. In Frankreich und erst recht nicht in England sei der Boden durch den Krieg und durch den Ausgang des Krieges keineswegs für eine Revolution so günstig vorbereitet, wie es in dem besiegten und ausgehungerten Deutschland gewesen sei. Dem hielten die Gegner einer Nationalversammlung entgegen, daß es ja nicht nur gelte, die Reste des deutschen Kapitalismus und Imperialismus auszurotten, sondern auch den anglo-amerikanischen Imperialismus, der allerdings befürchte, mit einem sozialistischen Deutschland keine so glänzenden Geschäfte mehr machen zu können. Das könne aber nur durch die Festigung der Revolution in Deutschland geschehen. Von dieser Seite wurde auch der Mangel an Agitations- und Aufklärungsmitteln wiederholt ins Feld geführt, der namentlich auf dem flachen Lande eine Rolle spiele und da, wo der Einfluß des Katholizismus immer noch ungebrochen wäre.

Zwei Redner des Soldatenrates, die Herren Willems und Meyer, sprachen sich auch gegen die Nationalversammlung aus, in besonders temperamentvoller Rede Herr Meyer. Er erkannte der sogenannten Reichsregierung mit Ebert und Haase jede Existenzberechtigung ab und will auch den Begriff des Reiches selbst, „des abgegrenzten Stück Landes, das Deutschland genannt wurde", nicht mehr anerkennen. Man wisse noch gar nicht, ob Deutschland so bleibe, wie es gewesen sei. Hier im Norden habe sich bereits die Republik Oldenburg—Ostfriesland gebildet. Was werde weiter werden? Herr Meyer machte dann die Mitteilung, daß am Sonntag hier

**in Bremen eine Konferenz von Vertretern der A.- und S.-Räte Nordwestdeutschlands**

stattfinden würde. Da werde man sich fest zusammenschließen und sich konstituieren als eigener Verwaltungskörper. Die sogenannte Reichsregierung habe keinerlei Existenzberechtigung, sie sei aus rein örtlichen Verhältnissen heraus entstanden und müsse sich ihre Autorität noch erst bei den A.- und S.-Räten holen. Das Durcheinander, wie es an „leitender" Stelle in Berlin sei, könne er gar nicht beschreiben. Den Popanz einer Nationalversammlung könne man sich schenken. Zeit wäre es vielmehr, eine — in der Debatte übrigens mehrfach aufgestellte Forderung — Konferenz von Vertretern aller deutscher Arbeiter- und Soldatenräte abzuhalten.

In seinem Schlußwort betonte Herr Henke, daß es sehr wohl möglich sei, schon jetzt an die Vergesellschaftung der Produktionsweise heranzutreten, und verwies gegenüber den Ausführungen des Herrn Rhein auf die Katastrophen-Theorie. Es gelte unbedingt — auch gegenüber dem anglo-amerikanischen Imperialismus — die revolutionäre Energie wachzuhalten, besonders da die deutschen Arbeiter jetzt infolge des schneidigen Eingreifens der Matrosen gar keine Gelegenheit gehabt hätten, die revolutionäre Gymnastik, die revolutionären Kampfmittel wirklich anzuwenden. Es gelangte darauf folgende

**Resolution Henke**

„Der Arbeiter- und Soldatenrat Bremen erblickt in der Einberufung einer Nationalversammlung nicht eine Befestigung, Vertiefung und Ausbreitung der Revolution, deren Ziel die sozialistische Republik ist, sondern ein gefährliches Hindernis für sie.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Bremen erklärt sich deshalb gegen die Einberufung einer Nationalversammlung, er fordert dagegen die Einberufung einer Vollversammlung von Vertretern der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte."

zur Annahme. Abgegeben wurden 152 Stimmen, davon 116 für die genannte Resolution, 23 dagegen und 13 ungültige. Die Abstimmung erfolgte auf Antrag aus der Versammlung namentlich und unter Angabe des Einzelbetriebes, in dem der Betreffende gewählt war.

Trotz vorgeschrittener Stunde entspann sich dann über Punkt 3 der Tagesordnung:

**Ersatzwahlen zum Aktionsausschuß und zu den Deputationen**

eine längere Debatte. Von den Rechtssozialisten waren sechs Herren in den Aktionsausschuß hineingewählt worden, weil für die Besetzung einiger wichtiger Posten fachmännisch-kundige Arbeitskräfte benötigt waren.

Von den Linksradikalen und Unabhängigen wurde nun ein Antrag zur Abstimmung gebracht, ebenfalls sechs Vertreter zu delegieren. Es kam zu ziemlich erregten Auseinandersetzungen, wobei seitens der Rechtssozialisten wiederholt zum Ausdruck gebracht wurde, daß sie sich die volle Freiheit ihrer Meinungsäußerung und Ueberzeugung nicht nehmen lassen würden. Mehrere Redner sprachen sich auch dagegen aus, auf Grund einer Parteizugehörigkeit Mandate zu verteilen. Der Vorsitzer, Herr Brodmerkel, teilte dann mit, daß ein Reglement für die Wahlen zum Arbeiterrat von einer Kommission des Aktionsausschusses ausgearbeitet würde, und daß bald allgemeine Neuwahlen stattfinden müßten. Der Antrag der Linksradikalen und Unabhängigen auf Delegation von je sechs Vertretern in den Arbeiterrat wurde dann um Mitternacht von der schon etwas gelichteten Versammlung mit 68 gegen 49 Stimmen angenommen.

Punkt 4 der Tagesordnung: Gehaltsfrage der Mitglieder des Aktionsausschusses, wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt.

# Sitzung Freitag, den 22. November 1918.

## a. Erklärung der Kompagnie-Vertrauensleute.

In der Vollsitzung des Arbeiter- und Soldatenrates am Dienstag hatten sich drei Richtungen bemerkbar gemacht. Die eine war für baldmöglichste Einberufung der Nationalversammlung im Sinne der Erklärungen der Reichsregierung, die andere war für eine Einberufung zu einem späteren Termin und die dritte Richtung, die die Oberhand behielt, und zu der sich auch zwei Redner des Soldatenrats bekannten, war gegen eine Nationalversammlung überhaupt.

Nunmehr haben die Vertrauensleute der Garnison Bremen zu dem Beschluß des A.- und S.-Rates Stellung genommen und sich für die Nationalversammlung ausgesprochen. Wir können darüber folgendes berichten:

Eine Versammlung der Vertrauensleute der Garnison Bremen, die gestern im Offizierskasino tagte, beschäftigte sich mit der politischen Lage und nahm Stellung zu dem Beschluß des A.- und S.-Rates, der sich gegen eine Nationalversammlung aussprach. Der Vorsitzende der Vertrauensmännerversammlung, Herr Sergeant Rietschel, gab einleitend einen Ueberblick über die Ziele und Aufgaben der Soldatenräte. Er vertrat hierbei den Standpunkt, der sich mit dem Beschluß des Berliner Vollzugsrats deckt. Er brachte weiter einen Antrag der 1. Feld-Komp. E. 75 zur Kenntnis, wonach diese einstimmig beschlossen hat, zunächst noch die Festigung und Vertiefung der Revolution durchzuführen und dann erst der Einberufung der Nationalversammlung näher zu treten.

Mitglied des Soldatenrates Sanitätssoldat Meyer verbreitete sich eingehend über Zweck und Ziele der Revolution und gab Aufklärung über seine am Dienstag abend im Konventsaale der Börse gemachten Ausführungen.

Unteroffizier Talla von der Flag-Gruppe protestierte gegen die Ausführungen der Soldatenratsmitglieder in der Vollsitzung des A.- und S.-Rates und stellte sich auf den Standpunkt, daß die Nationalversammlung baldmöglichst einberufen werden müßte, die allein imstande wäre, allen zur Entlassung kommenden Soldaten ihre politischen Rechte zu sichern. Weiter kamen Vertreter fast sämtlicher Formationen zu Wort und stellten sich auf den Standpunkt der Notwendigkeit baldiger Einberufung der Nationalversammlung.

Es wurde folgender Antrag Sturm (für die Vertrauensmänner der Genesenen-Kompagnie) angenommen:

> „Die Vertrauensmänner-Versammlung vom 22. November 1918 beschließt, daß sie auf dem Standpunkt der sozialen Republik nach wie vor bestehen bleibt. Wir stehen geschlossen hinter der heutigen Regierung, welche auf dem Standpunkt der sozialen Republik steht, fordern aber, nach Abschluß der Demobilisation baldmöglichst die

Nationalversammlung einzuberufen, um das Volk sprechen zu lassen. Um allem Bruderzwist entgegenzutreten, erklären wir, daß wir uns durch keine Parteirichtung von unserem Standpunkt der sozialen Republik ablenken lassen. Die Vertrauensmänner richten an den Soldatenrat der Garnison Bremen die dringende Bitte, auf der am Sonntag, den 24. November stattfindenden Delegiertenversammlung der Soldatenräte Norddeutschlands diesen Standpunkt vertreten zu wollen."

Hierzu lag ergänzend noch der folgende Antrag der 1. Feld-Kompagnie vor, den diese in einer besonderen Versammlung angenommen hatte. Die Versammlung der Vertrauensmänner nahm den Antrag als durch den Antrag Sturm erledigt zur Kenntnis:

„Die heutige Versammlung der 1. Feld-Kompagnie 1. Ersatz-Batl. Inf.-Regt. 75 erklärt sich mit dem (früheren) Beschluß der Vertrauensmännersitzung auf sofortige Einberufung der Nationalversammlung nicht einverstanden. Wir fordern vor allen Dingen erst Festigkeit und Vertiefung der Revolution und dann die Einberufung der Nationalversammlung."

Der folgende Antrag Talla gelangte ebenfalls einstimmig zur Annahme:

„Die Versammlung der Vertrauensleute der Garnison Bremen lehnt die Bildung kommunistischer roter Garden oder ähnlicher unter anderem Namen zu errichtender bewaffneter Korporationen ab. Das Heer betrachtet sich als Träger der Revolution und ist auch zu ihrer Sicherung die allein berufene Macht; die Soldatenräte sind daher allein befugt, über den Besitz und Gebrauch militärischer Waffen zu verfügen. Kommen Plünderungen von Waffendepots vor, ist sofort seitens des Soldatenrates das Standrecht zu verhängen."

Die Aufgaben und Ziele der Revolution unterbreitete Sanitätssoldat Meyer der Versammlung, die sich für die Ueberweisung der Resolution an die Versammlung der A.- und S.-Räte am nächsten Sonntag entschied. Die Entschließung lautet:

1. Zusammentritt aller Soldaten-Arbeiterräte von abgegrenzten deutschen Landesteilen zur Beratung der für dieselben in Betracht kommenden politischen Befugnisse und der besten Form einer zu beschaffenden sozialistischen republikanischen Reichsregierung.
2. Zusammentritt von Delegierten der Soldaten- und Arbeiterräte der großen deutschen Bundesstaaten mit Einschluß Deutsch-Oesterreichs zur Beratung und Beschlußfassung a) der einzig richtigen Form der zukünftigen deutschen sozialistischen Republik; b) Wahl resp. Einsetzung der provisorischen Volksregierung.

Für die provisorische Volksregierung haben folgende Grundsätze als zunächst durchzuführende Maßnahmen Geltung:

1. Verstaatlichung aller für das Volkswohl in Frage kommenden Industrien und Unternehmungen, wie Bergwerke, Nahrungsmittelindustrie, Textilindustrie, der schweren Eisen- und verwandten Industrien.
2. Errichtung der Einheitsschule.
3. Verstaatlichung und Auflösung der Latifundien, Domänen, Gutshöfe und großen ländlichen Grundbesitze. Verbot des Wuchers in Grund und Boden durch geeignete Gesetze, Ablösung der Hausbesitzer durch geeignete Maßnahmen im kommunalen Wohnungsbau.
4. Herstellung des Vermögensstandes vom August 1914.
5. Schärfste Heranziehung der großen Vermögen zu den Steuern. Einmalige Abgabe von den großen Vermögen.

Der Antragsteller bemerkte hierzu, daß die Grundsätze nur ein Mindestprogramm darstellten, und daß die meisten Punkte auch von bürgerlicher Seite vielfach seit Jahren vertreten würden.

## b. 3. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats.

Herr Henke eröffnet die Versammlung mit folgenden Ausführungen:

Den Anlaß zur Einberufung dieser Sitzung haben Vorgänge gegeben in der Kaserne, die sich gegen unsere Kundgebung vom Dienstag und gegen die Kundgebungen in der öffentlichen Volksversammlung im Casino richteten. Es wird uns darüber ein Kamerad Aufklärung geben.

Mitglied des S.-R. Rietschel: Es ist unbedingt notwendig, daß wir die Sache etwas näher betrachten. Es ist uns ein Beweis dafür, daß die Gegenrevolution, die Reaktion, die, wie man meint, nicht so leicht aufkommen wird, doch schon am Werke ist, und zwar versucht sie es in diesem Falle auf recht diplomatische Art. Wie Ihnen allen bekannt ist, haben wir unseren Soldatenrat auf demokratischer Grundlage aufgebaut, daß zunächst die Kompagnien ihre Vertrauensleute wählen, diese Vertrauensleute wählen dann ihre Leute in den Soldatenrat. Wir haben regelmäßig Sitzungen der Vertrauensmänner abgehalten, die sich mit allen aktuellen Fragen beschäftigen, die gewissermaßen die Tätigkeit des Soldatenrates kontrollierten, resp. war der Soldatenrat verpflichtet, alle seine Handlungen vor diesem Forum zu verteidigen. In der letzten dieser Vertrauensmänner-Versammlung wurden uns nun Anträge vorgelegt, die sich mit unserer Haltung am letzten Dienstag beschäftigen.

(Redner gibt den Antrag Talla bekannt.)

Der zweite Antrag lautete:

„Die Versammlung der Vertrauensleute der Garnison Bremen erklärt sich mit den Ausführungen der Soldatenrat-Vertreter in der Sitzung des A.- und S.-Rates am Dienstag, den 19. November, nicht einverstanden. Es handelt sich bei dieser Erklärung um die persönlichen Ansichten der Redner, nicht um Meinungen der Vertrauensmänner der Garnison Bremen. Sie erkennt durchaus die entschlossene Stellung der A.- und S.-Räte im ersten Stadium der Revolution an, ist aber der Auffassung, daß eine Diktatur der A.- und S.-Räte auf lange Zeit hinaus unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Erfolge der Revolution nicht vertiefen und sichern kann. Wir fordern daher die baldige Einberufung einer Nationalversammlung, die allein imstande ist, allen, auch den zur Entlassung kommenden Soldaten, ihre politischen Rechte zu sichern."

So unscheinbar diese Anträge aussehen, so beweisen sie durch die Debatte doch, was dahinter steckt, und zwar konnte man von allen Rednern heraushören, daß sie durch eine gewisse Presse dahin beeinflußt worden sind, gegen den Soldatenrat Stellung zu nehmen, man hat es verstanden durch die Technik und das Gerede, das man entfaltete. Es spielt hauptsächlich das Schwenken mit dem roten Lappen — Richtung Henke und Liebknecht — eine Rolle. Es war die Furcht, die aus den Rednern sprach, daß der Soldatenrat vielleicht sich in dieser Richtuug prinzipiell festgelegt hatte. Alle Redner, die zu Worte kamen, äußerten sich immer wieder: „Nur Ebert und Scheidemann sind die Männer, denen wir folgen wollen." Anderen Anträgen gegenüber war man unzugänglich. Es lag dort eine Resolution vor, die gewissermaßen zum Ausdruck bringen sollte, in welcher Richtung wir uns als Vertrauensmänner bewegen sollten. Auch diese Resolution wurde infolge der herrschenden Nervosität, wo man durchaus ein Exempel statuieren wollte, abgelehnt, aber kaum war diese Ablehnung vollzogen, da wurden sich die Vertrauensmänner klar, daß sie etwes getan haben, was nicht in Einklang stand mit dem, weshalb sie delegiert worden sind; sie vertraten dort ihre persönliche Auffassung und nicht die Auffassung ihrer Wähler, und es hagelte sofort von Protesten. Sofort beriefen die Kompagnien Versammlungen ein, in denen klipp und klar ausgedrückt wurde, dies und jenes wollen wir. Es haben zwei Kompagnien einen Beschluß gefaßt — davon war die eine Kompagnieversammlung von 600 Mann besucht — welcher erklärt: wir sind wohl für die Einberufung einer Nationalversammlung, aber erst dann, wenn die Revolution gesichert erscheint. (Sehr richtig!) In diesem Sinne war auch sofort ein Antrag da, daß sofort eine Vertrauensmännerversammlung einberufen werden solle, um diese Beschlüsse zu revidieren. Da sind die Leute von gestern bis auf eine Ausnahme vollständig umgekippt, sie besannen sich, um was es sich handelte, und es wurde folgende Resolution angenommen.

(Redner verliest den Antrag Sturm.)

Ich behaupte, wenn alle Kompagnien gesprochen haben, kommt vielleicht noch etwas anderes heraus. Wir haben gewissermaßen den Fehler gemacht, wir haben nicht genügend von unten vorgebeugt. Es kommt weiter in Betracht, daß uns keine Presse zur Verfügung steht, in der wir die Soldaten bearbeiten können. Die Soldaten sind nur einseitig aus der bürgerlichen Presse unterrichtet. Es ist ihnen noch nicht klar zum Bewußtsein gekommen, um was es sich handelt, ausgenommen diejenigen, die sich vorher schon eine politische Meinung gebildet hatten. Es muß in dieser Beziehung vorgearbeitet werden, um derartige Sachen, wie sie vorgekommen sind, nicht wieder vorkommen zu lassen.

Die beiden Anträge sind nicht der Initiative der Vertrauensmänner entsprungen, sondern einer Einwirkung von außen. Diesen Eindruck haben wir alle gehabt. Es sind Kräfte am Werke, die in jeder Weise versuchen, auf die Soldaten einzuwirken: marschiert in dieser Richtung, laßt die Arbeiterräte im Stich, schafft Euch eine Regierung, wie wir sie wollen — natürlich im bürgerlichen Sinne gedacht.

So haben sich gewissermaßen die Vorgänge in den letzten Tagen abgespielt.

Mitglied des Aktionsausschusses Henke: Wir sehen also, daß es nicht vage Befürchtungen waren, wenn wir davon sprachen, daß wir rüsten müßten auf einen Gegenstoß seitens des Bürgertums, seitens der Gegner der Revolution. Aus der Fassung der Anträge sieht man, daß zweifellos Leute vom Handwerk dahinter gestanden haben und daß die Antragsteller nur vorgeschobene Personen gewesen sind. Es ist ganz zweifellos, daß die Hintermänner die Absicht gehabt haben, das Militär vom Arbeiterrat zu trennen. Ich freue mich außerordentlich, daß heute abend so viele unserer feldgrauen Kameraden hier sind, und hoffe, daß das Band, das uns umschlingt, durch solche Vorgänge ein noch viel engeres wird. Solche Bestrebungen, wie sie laut geworden sind, werden sich in der Zukunft noch mehr hervorwagen. Es ist ganz besonders erfreulich, daß auch die Kompagniemitglieder darüber im klaren sind, daß sie sich keinen blauen Dunst haben vormachen lassen.

Das ist der Grund gewesen für die Einberufung der heutigen Versammlung. Als ich gestern durch den Kameraden Ecks erfuhr, daß ein solcher Beschluß gefaßt worden sei, sind wir uns klar geworden: wir müssen sofort den Arbeiter- und Soldatenrat und möglichst auch die ganzen Vertrauensmänner, die den Beschluß gefaßt haben, zusammenrufen. Ich glaube, das findet

Ihre Billigung. Nichts ist in solchem Falle besser, als daß die ganzen in Betracht kommenden Personen einberufen werden und die Sache auch von der anderen Seite unter die Lupe genommen wird. Wenn wir gemeinsam solche Dinge besprechen, kommt etwas ganz anderes heraus, als was die Vertrauensleute sich haben einreden lassen. Dadurch, daß dieser neue Beschluß gefaßt worden ist, können wir zu unserer Genugtuung konstatieren, daß damit eigentlich der Hauptgrund für die Zusammenberufung dieser Versammlung hinfällig geworden ist. Der neue Beschluß besagt, daß man sich auf den Boden der sozialistischen Republik stellt, besagt ferner, allerdings etwas abweichend von unserem Beschluß, den wir neulich gefaßt haben, daß man nach der Demobilisierung für Einberufung der Nationalversammlung ist. Es wird also ausgedrückt in der Erklärung, daß man nicht gegen die Nationalversammlung auf alle Fälle ist, sondern man ist nur dagegen, daß sie vorzeitig einberufen wird. Es kommt also nur die Frage der Zeitspanne in Betracht, die uns trennen soll von der Einberufung der Nationalversammlung. Darüber läßt sich reden. Ich habe neulich in der Volksversammlung gesagt, daß ich mir vorstellen könnte, daß eine Diktatur der A.- und S.-Räte sehr wirksam wäre, besonders in Hinsicht auf die politische Aufklärung der Frauen und der Jugendlichen. Vielleicht könne diese Diktatur zwei Jahre währen. Das ist vielfach als eine viel zu lange Frist bezeichnet worden, besonders in der bürgerlichen Presse. Aber es war darin ausgedrückt, daß über den Zeitraum sich reden läßt. Wir haben uns hier neulich und in der Volksversammlung etwas anders ausgedrückt; wir haben gesagt: wir sind gegen die Einberufung einer Nationalversammlung. Ich bin überzeugt, daß wir über den Inhalt dieser Erklärung, also über den Zeitraum, der dazwischen liegt, uns sehr leicht mit denjenigen, die den Antrag angenommen haben, verständigen werden. Ich nehme an, es ist nicht die Mehrheit aller Kompagnien. (Zuruf: Jawohl, sämtliche Vertrauensmänner!) Wieviel Personen kommen in Betracht? (Zuruf der Soldaten: 80 Personen haben die letzte Erklärung einstimmig angenommen!) Ich sage, darüber wird sich reden lassen. Darüber haben wir aber heute nicht mehr zu reden. Die Angelegenheit ist für uns erledigt.

Vorsitzer des Soldatenrats Ecks: Zur Erklärung habe ich folgendes mitzuteilen: Ein Antrag, der zwei Tage vorher im Soldatenrat zum Beschluß erhoben wurde, lautete folgendermaßen:

> „Der Soldatenrat beschließt, daß die Bildung einer roten Garde abzulehnen ist. Er beschließt weiter: Der Soldatenrat ist entschlossen, in der Stunde der Gefahr die revolutionäre Arbeiterschaft sofort zu bewaffnen. Waffen sind in unseren Händen."

Die Leute sollen wissen, woran sie sind, wenn es losgeht.

Herr Henke: Wir nehmen an, daß keiner das Bedürfnis hat, darüber zu reden. Wir nehmen die Erklärung zur Kenntnis. Sie haben vernommen, daß die Anträge, die heute abend erwähnt worden sind, illusorisch gemacht worden sind. Wenn es notwendig ist, werden Waffen verausgabt werden zum Schutze der Revolution, zu ihrer Vertiefung und Verbreiterung. Darüber sind wir uns alle klar, daß das notwendig ist. (Zurufe: Dann ist es zu spät!) Das ist auch meine Meinung, es ist aber nichts dagegen zu machen, wenn eine solche Ansicht geäußert wird. Der Soldatenrat hat uns mitgeteilt, daß er seinen Beschluß gefaßt hat. Wollen Sie in eine Diskussion eintreten und ihn bewegen, seinen Entschluß zu ändern?

Mitglied des Arbeiterrats Starker: Wenn der Soldatenrat auch berechtigt war, einen solchen Beschluß zu fassen, so war es doch ein Fehler. Es hat geheißen, der Arbeiter- und Soldatenrat wolle eine kommunistische Garde gründen. Dazu müssen wir uns bewaffnen. Die Waffen, die uns in der Kaserne zur Verfügung stehen (Lebhafte Zurufe der Soldaten: Niemals! Niemals! Dafür sind wir Soldaten!) die werden wir dann überhaupt nicht bekommen. (Zurufe der Soldaten: Dafür garantieren wir! Wenn die Gegner die Kasernen besetzen, genau so, wie die Matrosen es getan haben, in demselben Moment sind wir hinüber. Ich bin auch Soldat gewesen, wie Ihr. (Zurufe von Soldaten: Ach!) Ich bin aber nicht in der Kaserne, sondern zu Hause. In Zeiten der Not muß ich meine Waffe zu Hause haben. Genossen! Um dieses handelt es sich. Es sind nicht bloß die Gegner am Werke, auch Leute, die sich Sozialdemokraten nennen, sind am Werke. Es handelt sich für uns darum, das, was die Volksversammlung beschlossen hat, auszuführen. Warum bekommen wir keine Zeitung? Weil sich der Aktionsausschuß wahrscheinlich weigert, den Regierungssozialisten die Zeitung wegzunehmen. Wir werden verpimpelt in jeder Art und Weise. Dieselben Leute, die uns verhungern ließen, die uns verpöbeln, rufen nach Einigkeit. Warum ist der Beschluß 14 Tage hinausgeschoben worden? Dann gründen wir eine eigene Zeitung oder nehmen die Nachrichten weg oder gründen eine andere Zeitung. Wir können unseren Leuten tatsächlich nicht zeigen, was wir wollen. Wir müssen eine Zeitung haben so schnell wie möglich. Wenn der Aktionsausschuß das nicht tut, wählen wir einen anderen Aktionsausschuß.

Vorsitzer des Soldatenrats Ecks: Ich muß erwidern: Am Abend der Revolution haben wir keine Gelegenheit gehabt, große Sitzungen abzuhalten über kommunistische Garden. Wer hat da die tausende Gewehre rangeschafft? Wir! Und wir werden das

wieder machen, wenn Gefahr kommt. Das laßt unsere Sache sein! Wenn die Stunde der Gefahr kommt, sind wir da, genau so wie am ersten Abend. Da warst Du (zu Starker gewandt) nicht da. Ich habe es gemacht. Wir werden wieder handeln, wenn die Gefahr kommt, seid unbesorgt! Wir brauchen Euren Aktionsausschuß nicht, sondern unsern, und der funktioniert.

Herr Henke: Ich möchte dringend empfehlen, die Debatte nicht weiter zu führen, weil wir doch im wesentlichen klar sind. Es ist eine Meinung vom Soldatenrat abgegeben worden. Der Arbeiterrat könnte seine Meinung kundgeben und dem Soldatenrat zur Erwägung anheimgeben. Ich glaube, wir dürfen den Kameraden vom Soldatenrat vertrauen, daß sie wachsam sein werden. Es hat also keinen Sinn, heute abend zu streiten, ob kommunistische Garden eingerichtet werden oder nicht. Ich befürworte, daß wir in engerem Rahmen das Thema behandeln. (Zurufe der Soldaten: Nein! Ist nicht nötig!) Wir nehmen die Erklärungen, insbesondere die zweite Erklärung des Kameraden Ecks zur Kenntnis, und im übrigen werden auch wir wachsame Augen behalten und stehen mit dem Soldatenrat in engster Verbindung. Jetzt ist nach unserer Meinung die Zeit gekommen, daß er das wahr macht, was er versprochen hat. Ich weiß, daß anderswo sehr eingehende Erörterungen stattgefunden haben über diese Fälle und daß das sehr viel Unmut hervorgerufen hat unter den Kameraden. Ich verstehe warum. Wir sind uns allgemein im Arbeiterrat klar, die Genossen sind der Meinung, es ist ein Mißtrauen gegen sie, wenn jetzt besondere Garden eingerichtet werden sollen. Das meinen wir im Arbeiterrat nicht, aber man meint, daß solche Elemente in größerer Zahl vorhanden sein könnten, wie sie gestern den Antrag gestellt haben. Das ist aber erfreulicherweise nach dem, was wir heute abend gehört haben, in Bremen nicht der Fall. Wir werden im übrigen den Fall immer wieder anschneiden können.

### Die Delegierten zur Berliner Konferenz.

Herr Henke: Wir kommen nun zu einem anderen Gegenstand. Die Reichsregierung hat das Bedürfnis, mit Vertretern der einzelnen deutschen Freistaaten die politische Lage zu besprechen, ihnen Aufschluß über die bisher getroffenen Maßregeln zu geben und eine Verständigung über das bisherige Zusammenwirken zwischen der Reichsleitung und den Regierungen der Einzelstaaten herbeizuführen. Sie bittet zu diesem Zweck, bevollmächtigte Vertreter zu der auf Montag, den 25. November, in Berlin anberaumten Konferenz zu entsenden.

Es entspinnt sich eine kurze Aussprache über diesen Punkt. Der Soldatenrat ernennt zu seinen Vertretern seine Mitglieder Ecks und Rietschel. Der Arbeiterrat wählt gleichfalls zwei Delegierte. Es erhalten Henke 101, Dammer 56, Kerls 44, Breitmeyer 33 und Rhein 31 Stimmen. Gewählt sind Henke und Dammer.

### Antrag wegen Uebernahme der „Bremer Bürgerzeitung".

Herr Henke: Es liegt ein Antrag Buchholz vor wegen Schaffung eines Arbeiterorgans, eine Frage, die neulich die Volksversammlung und die auch wiederholt den Aktionsausschuß beschäftigt hat. Es sind Stimmen des Unmuts laut geworden, daß der Antrag noch nicht durchgeführt ist. Jetzt wird der Antrag aufs neue gestellt. Es geht nicht an, daß der Antrag überall wieder eingebracht wird, wo eine Gelegenheit dafür da ist.

Es entspinnt sich eine ausführliche, teilweise außerordentlich erregte Debatte, an der mehr als ein Dutzend Redner teilnehmen. Im Verlaufe derselben weist Henke darauf hin, daß er neben seinem Amt als Vorsitzender nicht auch noch einen Redakteurposten bekleiden könne. Als man an den Genossen Knief wegen Uebernahme der Redaktion herangetreten sei, sei dieser nach Bremen gekommen. Gestern abend habe Knief im Aktionsausschuß eine Erklärung abgegeben des Inhaltes, die bremische Arbeiterschaft habe mit den Regierungssozialisten endgültig gebrochen, sie wolle die Durchführung ihres Willens nur noch auf ihre materielle Macht stützen und nur noch auf dem Wege der Diktatur mit den Regierungssozialisten verkehren. Als Vorkämpfer des politisch reifsten Teiles des Proletariats müsse er (Knief) es ablehnen, sich mit den Regierungssozialisten an den Verhandlungstisch zu setzen, er werde vielmehr die Arbeiter immer wieder auffordern, die Durchführung ihres Willens mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln der Diktatur zu erzwingen. Darauf sei Knief fortgegangen.

Herr Henke bemerkt, daß die Gesinnungsgenossen Kniefs nicht die gleichen Konsequenzen gezogen hätten, sondern am Verhandlungstisch geblieben seien. Im Aktionsausschuß habe sich sonst niemand für den Weg der Gewalt erklärt. Durch den heutigen Antrag Buchholz bekomme man eine andere Auffassung. Henke ist der Meinung, daß die Frage sich nur auf dem Wege eines Kompromisses lösen lasse, daß man vielleicht die „Bürger-Zeitung" bestehen lasse und mit ihr einen Vertrag schließe, daß sie daneben ein anderes Organ in ihrem Betriebe drucken lasse, als amtliches Organ des Arbeiter- und Soldatenrates. Eine weitere Schwierigkeit ergebe sich daraus, daß im Aktionsausschuß drei Parteien vertreten seien. Welche Richtung solle nun der Redakteur vertreten? Das müsse zu einem Zwist innerhalb des Arbeiterrats führen.

Im Verlaufe der Aussprache werden zahlreiche Anträge eingebracht und wiederholt umgeändert.

Schließlich gelangt ein Antrag zur Annahme, daß die drei sozialdemokratischen Richtungen — Mehrheitspartei, Unabhängige und Linksradikale — eine gemeinsame Versammlung abhalten sollen, in der die Frage eines gemeinsamen Parteiorgans besprochen und darüber beschlossen werden soll. Die vier Antragsteller werden als Kommission eingesetzt, die die Sache in die Wege leiten soll. Henke gibt seiner Meinung Ausdruck, daß dabei wohl kaum viel herauskommen würde.

Schluß der Sitzung 11¼ Uhr.

# 4. Sitzung Sonntag, den 24. November 1918.

## (A.- und S.-Räte Nordwestdeutschlands.)

Aus Anlaß der nach Bremen einberufenen Tagung der A.- und S.-Räte Nordwestdeutschlands hatte der Bremer Soldatenrat für 9 Uhr morgens auf dem Domshof einen großen

**Garnison-Appell**

angeordnet, von dem man natürlich auch wieder eine politische Kundgebung erwarten durfte. Der Domshof lag um 9 Uhr noch leer da, und nur an der Rathausecke bildete sich schon eine kleine Ansammlung von Feldgrau und Zivil. Bald darauf aber rückte von der Wachtstraße her die Garnison an, geführt vom Soldatenrat. Zuerst kamen kompagnieweise die 75er, an der Spitze jeder Abteilung eine Gruppe mit Gewehren, sonst unbewaffnet; am Ende des Zuges die Urlauber und die Marineabteilungen, diese sämtlich mit Gewehren. Der Aufmarsch erfolgte nun nicht auf dem Domshof, sondern auf dem Marktplatz, mit der Front nach dem Rathaus. Als er beendet war, zeigte sich der Platz nur gut zur Hälfte gefüllt, denn auch die Zahl der Zuschauer blieb eine auffallend geringe. Die Kapelle spielte einen Marsch, und auf dem rechten Soller des Rathauses erschienen zwei Mitglieder des Soldatenrats, von denen nach einem Trompetensignal Herr Willems, weithin verständlich, eine Ansprache hielt. Er sagte darin das Folgende:

Seit einigen Wochen befindet sich das zerbrochene Staatssteuer in den Händen der Arbeiter und Soldaten. Daß es zerbrochen, ist nicht die Schuld des Proletariats und der Soldaten, sie haben lange genug darauf hingewiesen, daß es so wie früher nicht weiter gehen konnte. Unser Handeln wird uns diktiert von der Forderung: Frieden um jeden Preis! Ihn zu erstreben, verlangt die Pflicht gegen die Kameraden an der Front, verlangt aber auch die Rücksicht auf die vom Hungertode bedrohten Volksgenossen. Wir erklären hiermit feierlich, daß wir jede nationale Idee zurückstellen zum Wohle des Volkes und daß wir uns verpflichten, darauf hinzuwirken, daß alles sich so gestaltet, wie es vom Volke so lange gewünscht worden ist. Wir können die Flinte nicht mehr in die Hand nehmen, aber wir werden Mittel und Wege finden, mit der Entente, die anscheinend den Volkswillen nicht respektieren will, dennoch ins Einvernehmen zu kommen. — Alle unsere grimmigen politischen Gegner erklären uns jetzt plötzlich ihre Ergebenheit. Das mahnt uns zur Vorsicht. Wir müssen befürchten, daß ihr Verhalten nur ein diplomatischer Kniff ist, den sie anwenden, um sich wieder in den Besitz der verlorenen Macht zu setzen. Wir erklären demgegenüber, daß wir uns diese Macht nicht wieder nehmen lassen werden. — Auch zwischen den Arbeitern und Soldaten besteht ein gewisses Mißtrauen. Man bezweifelt es vielfach, daß die Soldaten das Interesse der Arbeiter genügend vertreten würden.

Kameraden! Was hier steht, das ist die rote Garde! Daher ist es nicht notwendig, auch die Kollegen in der Arbeitshose zu bewaffnen. (Zustimmung.) Und wenn unsere Gegner jetzt darauf aus sind, bei unseren heimkehrenden Kameraden Mißtrauen gegen uns zu erwecken und eine Gegnerschaft zwischen ihnen und uns herbeizuführen, so erklären wir hiermit, daß unser ganzes Handeln nur von dem Wunsche diktiert gewesen ist, die Kameraden draußen vom Tode zu erretten. Der Wunsch der Reaktionäre, daß es zum Kriege in den Gassen kommen soll, wird nicht in Erfüllung gehen. Heute liegt die politische Macht in den Händen vernünftiger Leute, die dafür sorgen werden, daß der Frieden mit den Ententestaaten zustande kommt, auch wenn sie dabei in eine ähnliche Lage geraten sollten, wie seiner Zeit Trotzki in Rußland. Auf den Gebeinen der Gefallenen wollen wir den Lebenden ein neues glückliches Dasein errichten, und ehren wollen wir alle diejenigen, die das Volk vor dem Untergange zu bewahren suchen.

Wieder und wieder erschallt jetzt der Ruf nach der Nationalversammlung. Ausgestoßen wird er vornehmlich von denjenigen, die fünf Jahre lang die Diktatur des Schwertes ausgeübt haben. Jeder wird begreifen, daß die jetzige Diktatur der Arbeiter und Soldaten jedenfalls eine Zeitlang aufrecht erhalten werden muß. (Vereinzelte Zustimmung, lebhafter Widerspruch. Zurufe: Keine Diktatur! Nationalversammlung!) Bald nach der Sicherung der Errungen-

schaften der Revolution werden auch diejenigen Wähler zu ihrem Rechte kommen, die uns in dieses Unglück hineingebracht haben. Schenken Sie dem Arbeiter- und Soldatenrat daher ruhig ihr Vertrauen. Wir rücken ab von allen denen, die rechts von uns stehen, aber noch deutlicher von denen links!

Die Rede klang aus in einem Hoch auf die sozialistische Republik.

Abgesehen von einzelnen Beifallrufen zum letzten Teile der Rede geschah ihre Aufnahme unter den Soldten mit Ruhe und Schweigen. Auch als die erregten Zwischenrufe einer größeren Anzahl Feldgrauer gegen eine Verlängerung der Diktatur und für die Nationalversammlung die Ansprache einige Augenblicke störten, griff die Masse des Militärs mit keiner Aeußerung dagegen ein. Auf dem Platze fand währenddessen eine rege Verteilung des an alle Männer und Frauen gerichteten Flugblattes der Kammern, Arbeitgeberverbände, Gewerbe- uud Industrieräte statt, in dem zur sozialen Verständigung dringend ermahnt wird. Auch die seit einigen Tagen von Soldaten und Marinern auf der Straße feilgebotene „Rote Fahne", das Organ der Spartakus-Gruppe in Berlin, sowie das neue Organ der Garnison Bremen, betietelt „Der freie Soldat", wurden eifrig vertrieben. Auch ein kleines Flugblatt der Bremer Spartakus-Richtung mit der Aufforderung zur gewaltsamen Beschlagnahme der Bremer Bürgerzeitung fehlte nicht.

Die Garnison bildete dann wieder ihren Zug zum Weitermarsch, der über den Domshof nach dem Wall und durch die Rembertistraße, Weide, Georgstraße, Kaiserbrücke zur Kaserne zurückführte. Auf dem Domshof hatten sich noch der gesamte Sicherheitsdienst der Stadt, der militärische wie auch die Schutzmannschaft und Landjäger, angeschlossen. Während der letzte Teil des Zuges sich still durch die Bischofsnadel bewegte, tönte ihm durch die klare Luft hoch vom Domturme die Weise der Turmbläser nach: „Befiehl du deine Wege, und was dein Herze kränkt — — —"

### Die Aussprache der Delegierten

fand in einer im Casino abgehaltenen Versammlung statt. 111 Delegierte aus 48 Orten Schleswig-Holsteins, Braunschweigs, Nordhannovers, Oldenburgs und Ostfrieslands. Die zur Berichterstattung erschienenen Vertreter der Presse wurden erst auf Antrag aus der Versammlung zugelassen. Nach der Wahl eines Bureaus wurde in einer Geschäftsordnungsdebatte die Tagesordnung auf zwei Punkte, Stellungsnahme zur Nationalversammluug und Ernährungsfragen, beschränkt, die Redezeit für Diskussionsredner auf 10 Minuten festgesetzt; einleitend wollte der Versammlungsleiter, Herr Henke, ein neutrales Referat über die Frage der Nationalversammlung geben. Ein Antrag Bredemann, mit halbstündiger Redezeit als zweiten Referenten Herrn Knief zuzulassen, erfuhr sofort Widerspruch aus der Versammlung. Herr Henke teilte mit, daß Herr Knief gar nicht in die Versammlung delegiert sei. Man habe gestern im Aktionsausschuß bereits darüber beraten, ob er gegebenenfalls als zweiter Referent zugelassen werden solle, und dies abgelehnt. Auch Herr Rhein wendet sich gegen den Antrag, da keineswegs die Absicht bestünde, von vornherein die Versammlung durch ein Referat in bestimmter Richtung zu beeinflussen. Herr Buchholz gibt sich dann als den Antragsteller im Aktionsausschuß zu erkennen. Herr Henke stehe heute prinzipell auf dem Standpunkt der Einberufung der Nationalversammlung. Da müsse man auch die andere Richtung zu Worte kommen lassen. Der Antrag, Herrn Knief als zweiten Referenten zuzulassen, wurde abgelehnt. Darauf trat man in die Beratung des ersten Punktes der Tagesordnung,

### Stellungnahme zur Nationalversammlung

ein. Der Vorsitzende des Aktionsausschusses Herr Henke gab dazu einleitend ein sachliches Referat über die bisher in dieser Frage zutage getretenen Auffassungen. Die eine gehe dahin, daß die Nationalversammlung baldmöglichst einberufen werden müsse, und diese Auffassung vertrete auch die Regierung in Berlin. Die Regierung sage, daß sie sonst nicht in der Lage sei, den Waffenstillstand aufrecht zu erhalten und den Frieden abzuschließen. Auch würde, wenn die Nationalversammlung nicht einberufen werde, die Zufuhr der Lebensmittel in Frage gestellt, die Amerika in Aussicht gestellt habe. Das seien immerhin sehr wichtige Gründe. Hinter der Forderung der Einberufung der Nationalversammlung stehe nun auch geschlossen das ganze Bürgertum von den Konservativen bis zu den bürgerlichen Sozialdemokraten. Innerhalb der Arbeiterbewegung stehe die Mehrheit wohl auch auf dem Standpunkt der Einberufung der Konstituante; es lasse sich ein gewisser Unterschied in zwei Gruppen machen, der sich auf die Frage des Zeitpunktes des Zusammentritts beziehe. Diesen Auffassungen strikte gegenüber stehe eine dritte, die gar nichts von der Nationalversammlung wissen wolle und die der Genosse Knief hier habe vertreten sollen. Gewiß bedeutete die Einberufung der Konstituante eine Neubestätigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die dritte Richtung wolle daher, daß Deutschland eine Räterepublik bleibe, wie Rußland, und daß die Arbeiter- und Soldatenräte keine Uebergangsperiode bedeuten, sondern ständig die Macht in Händen behalten sollten.

Das wären also, so führte Redner weiter aus, die drei Richtungen, die sich in dieser Frage gegenüberständen. Theoretisch möge ja wohl die radikalste Richtung Recht haben, aber in der Praxis lasse sich das nicht durchführen. Man könne theoretisch sehr wohl auf dem Standpunkt stehen, daß es besser sei,

die Nationalversammlung nicht einzuberufen, aber an solchen Tatsachen, wie zum Beispiel an der, daß nur noch für einige Monate Lebensmittel vorhanden seien — hier treffe ein schwerer Vorwurf die alte Regierung, die das deutsche Volk darüber im Unklaren gelassen habe — und man infolgedessen unbedingt auf Zufuhren aus dem Ausland angewiesen sei, müsse es in der Praxis scheitern. Mit den Tatsachen müsse man rechnen. Und wenn die Konstituante gewissermaßen das Tor aufschließe für die Einfuhr der unbedingt nötigen Lebensmittel, dann müsse eben die Konstituante sein. Dasselbe gelte für die Einfuhr von Rohstoffen. Bald würde für Hunderttausende Arbeit gesucht, und es sei ohnehin schwer, die Produktion wieder ins Werk zu setzen. Da müße alles, was zur Förderung der Produktion getan werden könne, unbedingt getan werden. Und wenn die Entente sage, wir bekämen ohne die Nationalversammlung nichts, dann müsse die Tatsache ins Auge gefaßt werden. Theorie und Praxis seien eben nicht dasselbe. Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen! Und wenn man sie theoretisch ablehne, die Praxis zwinge dazu, die Nationalversammlung als ein notwendiges Uebel zu schlucken.

Diese Auffassung sei auch massenhaft in Resolutionen zum Ausdruck gekommen. Etwa 30 Arbeiter- und Soldatenräte hätte sich gegen die Konstituante, weit mehr aber schon sich dafür ausgesprochen, auch viele, die theoretisch die Nationalversammlung ablehnten.

So weit das neutrale Referat, das er habe abgeben wollen. Er wolle noch hervorheben, daß der stärkere Zusammenschluß des Bürgertums, der Reaktion, in der Forderung nach der Konstituante auf der anderen Seite den Ruf nach einem Kongreß von Vertretern aller deutscher Arbeiter- und Soldatenräte stärker habe hervortreten lassen, der vor der Einberufung der Konstituante stattzufinden habe. Bis zum Zusammentritt dieser Nationalversammlung gewinne man auch Zeit zur Aufklärung der Frauen und Jugendlichen, und man könne bis dahin auch bereits an die Sozialisierung der bedeutendsten und geeignesten Betriebe gehen, so vielleicht der Kohlenbergwerke, der Elektrizitätswerke und mancher andersartiger Betriebe, die für die Vergesellschaftung reif seien und deren Verstaatlichung ja bereits die frühere Regierung geplant habe. In dem Maße, wie die Vergesellschaftung durchgeführt werde, werde sie auch werbend für den Sozialismus wirken. Es sei weiter zu beachten, daß eine ganze Reihe von Bundesstaaten, besonders süddeutsche, schon vorher Wahlen zu einer Landesversammlung stattfinden ließen. Auch in Bremens Schwesterstadt Hamburg wolle man schon vorher zur Einberufung einer Konstituante im Kleinen schreiten. Auch das trage dazu bei, die Einberufung der Konstituante zu beschleunigen.

Es sprach darauf Sanitätssoldat Meyer für den Bremer Soldatenrat.

Man habe in Bremen, so führte Redner aus, scharfe Gegensätze gehabt, sei aber zu einer befriedigenden Einigung gekommen, die auf die Forderung der Einberufung einer Nationalversammlung hinausliefe. Als Ergebnis der Bremer Verhandlungen habe der Soldatenrat zwei Resolutionen vorgelegt. Es frage sich nur, ob die Einberufung der Nationalversammlung sofort und unter den gegebenen Umständen möglich sei. Das sei nicht der Fall, weil es an den Vorbereitungen dazu fehle, weil noch viele Krieger nicht daheim sein würden, die man nicht auf einmal entlassen könne, weil große Verschiebungen in der Arbeiterschaft zu erwarten seien usw. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung bestehe nun aber eine gesetzlose Zeit, da die jetzige Reichsleitung keine Legitimation habe. Man müsse aber in Berlin eine provisorische Regierung bis zum Zusammentritt der Konstituante schaffen, die auf eine reale Grundlage gestellt sei. Hierzu kämen als Träger der Revolution die A.- und S.-Räte in Betracht, und es sei deshalb notwendig, daß baldigst eine Tagung sämtlicher A.- und S.-Räte Deutschlands und Deutsch-Oesterreichs zusammentrete. Was die Dauer dieses Provisoriums und den Zeitpunkt der Einberufung der Nationalversammlung angehe, so dürfe diese nicht eher erfolgen, bis das Fundament, auf dem das deutsche Haus neu aufgebaut werde, fest verankert sei. Dazu gehöre die Vergesellschaftung der wichtigsten Betriebe, wie der Bergwerke, Aufteilung der Latifundien, Einheitsschule, Trennung von Staat und Kirche usw. Auf diesem Fundament könne dann die Nationalversammlung weiter bauen. Der Schrei nach dieser sei so allgemein, daß man sich ihr nicht entgegensetzen könne. Ob sie eine Einrichtung von bleibender Dauer sein werde, müsse sich zeigen.

Nach dieser Rede entspann sich wieder eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die Führung der Diskussion. Es wurde beschlossen, abwechselnd Redner für und gegen die Nationalversammlung sprechen zu lassen. Ein Soldatenratsvertreter wollte noch besonders dafür eintreten, daß die Wahlen zur Nationalversammlung sofort nach erfolgter Demobilisation, bevor die Sicherungen durchgeführt sind, ausgeschrieben werden sollen.

Soldatenrat Simon sprach für die Soldaten von Flensburg, Hadersleben und Heide, die einstimmig auf dem Standpunkt stehen, daß die Nationalversammlung unbedingt auf dem schnellsten Wege nach erfolgter Demobilmachung gewählt und zusammenberufen werde. Sie seien nicht dafür, solange zu warten, bis die Sicherungen eingeführt seien. Redner trat weiter für die Abhaltung eines deutschen Rätekongresses in Berlin ein.

Mitglied des A.-Rats Bremen Dannat brachte eine Resolution,

> sich gegen die Nationalversammlung auszusprechen, deren Einberufung die Abtretung des proletarischen Mandats an das Bürgertum bedeute. Die Resolution fordert die Beibehaltung der Diktatur der Arbeiter- und Soldatenräte, die Beibehaltung der deutschen Räterepublik und die Ersetzung der kapitalistischen durch die kommunistische Wirtschaftsform.

Mitglied des A.-Rats Bremen Buchholz meinte, sobald die einmal angenommene sozialistische Mehrheit dieser Versammlung sozialistische Beschlüsse faßte, würde das Bürgertum aufstehen und dann bekämen wir den Bürgerkrieg. (Zuruf Ecks: Bekommen wir so auch.) Ja, später hätte nur die bisher herrschend gewesene Klasse ihre Macht zusammengerafft. Der preußische Geist stecke noch in den Offizieren, und wenn deren einmal 10 000 zusammenkämen, dann würden die Brüder im grauen Rock denen nicht gewachsen sein. (Lebhafte Zurufe bei den Soldatenratsvertretern: Du hast ja keine Ahnung! Laß das unsere Sorge sein! Wir wissen, was wir können! Ihr seid ja Eurer Sache nicht sicher! Schlußrufe. Die Redezeit ist abgelaufen.)

Es entspann sich dann abermals eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Diesmal über die Zahl der mandatsberechtigten Delegierten und zehn ohne besonderes Mangat delegierte Mitglieder des Aktionsausschusses, denen kein Stimmrecht zuerkannt wurde. Weiter wurde bemängelt, daß einzelne kleine Orte vier oder noch mehr stimmberechtigte Vertreter entsandt hätten, andere Räte als Vertreter einer großen Zahl von Soldaten und Arbeitern dagegen nur mit zwei Delegierten hätten erscheinen können. Vom Vorstandstisch wurde erwidert, daß in der Kürze der Zeit kein genaues Reglement für die Beschickung des Vertretertages hätte ausgearbeitet werden können. Das Ergebnis der Abstimmungen habe selbstverständlich daher nur bedingten Wert. Es sei aber wichtig gewesen, die Auffassungen in der Aussprache einmal kennen zu lernen.

Soldatenrat Holm-Nienburg warnt, Widersprüche zwischen den Arbeiter- und Soldatenräten zu konstruieren. Wenn gesagt würde, die Soldaten hätten die Revolution gemacht, so wäre das eine vollständige Verkennung der historischen Entwicklung. Ob denn der voraufgegangene Kampf um die Verfassung ein Pappenstiel gewesen wäre? Redner erinnerte an einen früheren, vor einigen Monaten versuchten Putsch in Wilhelmshaven. Daß man die jetzige Revolution hätte verwirklichen können, verdanke man nur den letzten Beschlüssen des Reichstages. Es wäre falsch, wenn man dem Parlamentarismus nichts konzedieren wollte. Holm wandte sich weiter gegen die Beibehaltung der Diktatur. Mit Macht allein könne man nicht sozialisieren. Nur auf Grund der Demokratie könnte der Sozialismus zur Einführung kommen. Zwischen Demokratie und reiner Gewaltherrschaft könnte ja keine Wahl in Frage kommen. Wer für die Diktatur, wer für die Gewalt wäre, der wäre in Wirklichkeit kein echter Sozialdemokrat. (Lebhafter Beifall.)

Mitglied des A.-Rats Bremen, Dannat, begründete seine Resolution. Auch eine deutsche Räteregierung könnte innerlich so gefestigt sein, daß sie dem Volke den Frieden bringen könnte. Gewiß könnte der Sozialismus nur international siegen; aber irgendwo müsse er doch anfangen, und von Deutschland würde die Welle der Revolution weiter gehen. Wenn die Entente dann das deutsche Gebiet besetze und nicht infiziert werde, dann habe man schließlich ja auch noch Fäuste. (Zuruf: Dann ist es aber zu spät!) Erst nach der Durchführung der neuen Wirtschaftsordnung könnte man die Diktatur entbehren und volle Demokratie gewähren.

Soldatenrat Herting aus Wilhelmshaven sprach für die dortigen, die Hamburger und zum Teil auch für Kieler Soldaten. Man wisse, daß das Bürgertum einschließlich des Zentrums sich gegen die Diktatur der A.- und S.-Räte zusammenschließe, und sähe also klar die großen Gefahren einer sofortigen Einberufung der Nationalversammlung. Man dürfe nicht die Sicherungen vergessen, wie sie 1848 vergessen worden seien. Bis die soziale Revolution durchgeführt wäre, müßte die Diktatur bestehen. Die sozialen Sicherungen müßten wenigstens soweit durchgeführt werden, wie es die augenblickliche Wirtschaftslage erlaube. Man müßte also in erster Linie herangehen an die Sozialisierung des Großkapitals, des Großgrundbesitzes, und auch — soweit dies möglich sei — des Ueberseehandels.

Mitglied des A.-Rats Bremen, Frasunkiewicz, sprach gegen die Nationalversammlung. Man solle sich von dem Worte Bürgerkrieg nicht schrecken lassen. Bürgerkrieg heiße Klassenkampf, und den wollten alle. Die Forderung der Demokratie passe gar nicht in den Rahmen der Weltrevolution hinein.

Mitglied des A.-Rats Emden, Davidson, warnte davor, künstliche Wände zwischen Marine, Soldaten und Arbeitern zu ziehen. Alles müsse man sammeln, was sich sammeln lasse. Hinter diesen Dingen stecke mehr, als man vielleicht ahne. Die früher in Bremen so bewundernswerte organisierte Arbeiterbewegung wäre jetzt leider vollständig desorganisiert. Redner empfahl die erste Resolution des Soldatenrats Bremen. Gerade aus der Stimmung der Soldaten heraus seien die Dinge so gekommen und kämen sie immer mehr. Für die Nationalversammlung gelte die proportionelle Wahl. Da müsse man für die Mehrheit sorgen; das sei die beste Sicherung. Wenn die Bürgerlichen sich dann gegen einen solchen Mehrheitsbeschluß auflehnten,

würde man mit ihnen fertig werden auf Grund eines Rechtstitels und nicht auf Grund der Diktatur. Heute hätten die Dinge eine neue Form, und Leute wie Henke und andere, die etwas gelernt hätten, ließen sich nicht durch Schlagworte betören. Die Schamröte könnte einem ins Gesicht steigen, wenn man hörte, wie das Frauenwahlrecht und das Wahlrecht der Jugendlichen, zwei Dinge, um die man so lange hätte kämpfen müssen, jetzt einfach wie ein Nichts, ein Dreck behandelt würden. Die Waffen wolle man niemand in die Hände geben; man wolle sie verwahren, aber nicht jemand unkontrolliert damit spielen lassen. Das sei vor allen Dingen eine Frage für die Soldaten. Bruderkrieg wäre Blutvergießen, und das wolle man nicht. Er schloß unter lebhaftem Beifall mit dem Schillerschen Wort:

Vor dem Sklaven, wenn er die Kette bricht,
vor dem freien Menschen erzittert nicht!

Mitglied des S.-Rats Bremen, Jannack, befürwortete die Resolution Dannat.

Bruns als Vertreter einer kleinen Stadt trat für Gleichberechtigung aller gegen die Diktatur ein.

Mitglied des A.-Rats Bremen Buchholz meinte, die Drohung mit den fehlenden Lebensmitteln wäre ein Schwindel.

Soldatenrat Schulz-Emden ist in Bremen bei Ebert in die politische Schule gegangen und meinte, es hieße das eigene Nest beschmutzen, wenn man jetzt auf der Diktatur bestehen würde. Man müsse zuerst zu einem ordnungsgemäßen Frieden mit der Entente kommen. Foch beginne bereits im Elsaß die A.- und S.-Räte auseinander zu jagen und würde das überall in Deutschland ebenso machen.

Mitglied des A.-Rats Bremen Stockhinger: Die Maulwurfsarbeit der Gegenrevolutionäre sei keine Maulwurfsarbeit mehr, sondern geschehe ganz öffentlich. Vor dem Rathaus demonstrierten die bürgerlichen auf offener Straße gegen die Revolution. Das müsse den Leuten verboten werden.

Mitglied des S.-Rats Bremen Rietschel stellte einen Antrag auf Schluß der Debatte.

Zur Geschäftsordnung

Leutnant Hinrichs vom Lockstedter Lager, im Auftrage von 20 000 Kameraden delegiert, stellt fest, daß die Revolution von den Soldaten, nur von den Soldaten gemacht worden sei und nicht wegen der Reichstagsdiskussionen oder so etwas ähnlichem, sondern wegen des unerträglich gewordenen harten Druckes, der vier Jahre auf ihnen gelegen hätte. Jemand habe gesagt, Preußen-Deutschland sei niedergebrochen. Ob er denn glaube, daß die wiederkämen? Wenn nicht, warum fürchte man denn die Nationalversammlung? Wir fordern die Nationalversammlung, in der jeder anständige Mensch vertreten ist.

Redner wird zur Sache gerufen, da er nur das Wort zur Geschäftsordnung erhalten hat. Von verschiedenen Seiten wurden Wünsche laut, diesen Redner vor Erledigung des Schlußantrages noch zu Ende zu hören, der betonte, daß er wohl der erste Offizier gewesen sei, der sich sofort nach den Kieler Ereignissen rückhaltlos auf den Boden der Revolution gestellt habe. Von einem Vertreter aus Hannover-Celle wurde ein Zuruf über Rechtlosmachung des Militärs in dieser Versammlung gemacht. Dann wurde der Antrag auf Schluß der Aussprache angenommen und es folgte die Abstimmung. Um eine klare pinzipielle Stellungnahme zur Nationalversammlung zu erzielen, erfolgte zuerst eine namentliche Abstimmung über die Resolution Dannat. Gegen diese Entschließung, also

für die Nationalversammlung stimmten 81,
gegen die Nationalversammlung stimmten 20

Delegierte, während im ganzen 101 Stimmen abgegeben waren. Mit großer Mehrheit wurde dann folgende vom Bremer Soldatenrat vorgelegte Entschließung angenommen, die in ihrem ersten Teil den bekannten Vertrauensmännerbeschluß der hiesigen Garnison sich zu eigen macht:

Die heute, den 24. November, in Bremen tagende Konferenz der A.- und S.-Räte Nordwestdeutschlands nimmt die von den Vertrauensmännern der Garnison Bremen angenommene Entschließung zur Kenntnis, welche lautet:

„Die Vertrauensmännerversammlung vom 22. November 1918 beschließt, daß sie auf dem Standpunkt der sozialistischen Republik nach wie vor bestehen bleibt. Wir stehen geschlossen hinter der heutigen Regierung, welche auf dem Standpunkt der sozialistischen Republik steht, fordern aber, nach Abschluß der Demobilisation baldmöglichst die Nationalversammlung einzuberufen, um das Volk sprechen zu lassen. Um allem Bruderzwist entgegenzutreten, erklären wir, daß wir uns durch keine Parteirichtung von unserem Standpunkt der sozialistischen Republik ablenken lassen. Die Vertrauensmänner richten an den Soldatenrat der Garnison Bremen die dringende Bitte, auf der am Sonntag, den 24. November, stattfindenden Delegiertenversammlung der Soldatenräte Norddeutschlands diesen Standpunkt vertreten zu wollen."

Die Versammlung erklärt weiter:

Da es aber feststeht, daß bis zur Demobilisation noch eine lange Zeit vergehen kann, andererseits auch die technischen Vorbereitungen zur Wahl der Nationalversammlung eine geraume Zeitspanne in Anspruch nehmen werden, so beschließt die Konferenz, für diese Zwischenzeit ein Provisorium in der Regierung in Vorschlag zu bringen. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, daß ein allgemeiner Delegiertentag der A.- und S.-Räte

Deutschlands und Deutsch-Oesterreichs stattfindet, welcher das Provisorium der Regierung ernennt und die Sozialisierung des zukünftigen Staatswesens durchführt.

Eine vom Bremer Soldatenrat vorgelegte Resolution 2, die nach Annahme der ersten Entschließung nicht mehr zur Debatte gestellt wurde, lautete:

Die heute den 24. November, in Bremen tagende Konferenz der A.- und S.-Räte Nordwestdeutschlands erklärt:

Nach vierjährigen schweren Kämpfen, in welche uns die gestürzte Regierung gesetzt hatte, kehrt unser Heer als nicht besiegt zur Heimat zurück. Wir begrüßen unsere ruhmreichen Kameraden als Helden aufs herzlichste. Die imperialistisch-kapitalistische Entente erklärte, nur mit einem demokratischen deutschen Volke Frieden zu schließen, und gab hierdurch den ersten Anstoß zur Revolution, in welcher wir jetzt stehen.

Das deutsche Volk zeigt nunmehr, daß es trotz des noch nie dagewesenen Zusammenbruchs eines Staatswesens fest gewillt und imstande ist, sein Haus wieder in vollster Einigkeit aufzubauen. Es erwartet jetzt aber auch, daß die Entente nunmehr einen Frieden auf der Basis der Völkerverbrüderung in Vorschlag bringen wird. Sollte jedoch die Entente ihr gegebenes Wort in dieser Beziehung nicht halten, so mag sie an der Stärke und dem Willen des deutschen Volkes in dieser Zeit der schwersten Not erkennen, daß dieses Volk auch den Willen und die Mittel haben wird, dahin zu wirken, daß die imperialistisch-kapitalistische Entente durch ihre eigenen Völker radikal beseitigt werden wird.

Die Versammlung ging dann zum nächsten Punkt der Tagesordnung

### Ernährungsfragen

über. Hierzu erstattete Herr Peine vom Ernährungsausschuß des Bremer A.- und S.-Rates ein längeres Referat, in dem er die Schwierigkeiten der Lage schilderte. Die Sicherung der Volksernährung sei eine der wesentlichsten Grundbedingungen für die Sicherung der Revolution. Die vollständige Erfassung der Lebensmittel sei der alten Regierung nicht möglich gewesen, und die Verteilung derselben habe manche Mängel und Fehler. Nach den jüngsten Aeußerungen des Staatssekretärs Wurm seien nur noch für einige Monate Lebensmittel vorhanden, also nicht genug, wie die frühere Regierung habe glauben machen. Die Zufuhren aus der Ukraine, Rußland ꝛc. seien jetzt illusorisch geworden. Wir seien also durchaus auf die Entente angewiesen. Vor allem müsse nun dafür gesorgt werden, daß die Ablieferungen, nach denen die Produzenten auf Grund der Ernteschätzungen verpflichtet seien, auch weiter konsequent durchgeführt würden. Man müßte auch durch die Bauernräte darauf hinwirken, daß die Abgabe der überflüssigen Lebensmittel seitens der Bauern eine durchaus restlose wäre. Ganz falsch wäre es, wenn örtliche revolutionäre Organe zugunsten einer bestimmten Stadt Eingriffe in die bestehende Organisation zum Schaden des ganzen Reiches vernähmen. Das müsse unbedingt vermieden werden. Eine freiwillige Unterordnung unter die Zentralgewalt der Reichsregierung sei dringend notwendig. Die Schuld daran, daß die volle Erfassung der Lebensmittel nicht gelang, träfe zum guten Teil den Schleichhandel und den aus diesem Uebelstand hervorgegangenen Akt der Selbsthilfe, die Kleinhamsterei. Der Schleichhandel müsse auf jede Weise bekämpft werden. In Bremen sei man daran gegangen, die großen Hamstervorräte aufzuspüren, und der Lebensmittelkommission zuzuführen. Es könne nicht angehen, daß die Reichen, die große Vorräte aufgestapelt hätten, sich auch diese Not fernhielten. Die Vorräte würden beschlagnahmt und der Lebensmittelkommission überwiesen. Wo man viel Butter finde, die hier so und dort so, hier gut und dort schlecht eingeschlagen sei, lasse man u. a. den Leuten dieselbe, entziehe ihnen aber dafür die Fettkarten. Die Ergebnisse dieser Beschlagnahmungen seien recht erfreuliche. Eine Hoffnung bestehe auch bezüglich zu erwartender besserer Fischversorgung. Auch ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit den Bauernräten könnte viel Nützliches leisten. Die Hoffnungen stiegen in dem Maße, je mehr sich eine größere Sicherung der allgemeinen politischen Lage aus der Revolution ergebe, je mehr die Bevölkerung sehe, was werden solle.

### Kriegsfischereigesellschaft Bremerhaven.

Ein Mitglied des Bremerhavener Soldatenrats machte dann einige Mitteilungen über die Aussichten der Fischversorgung. In Bremerhaven habe man beschlossen, die Fischdampfer, die aus dem Marinedienst ausscheiden, nicht sofort an die Reeder zurückzugeben. Zunächst solle ein Teil derselben in der Hand des A.- und S.-Rates bleiben, der auch bereits drei Dampfer hinausgeschickt habe, trotz der Gefahr der Minen und der Wegnahme durch die Engländer. Sie hätten bereits belangreiche Fänge eingebracht. Zuerst hätten auch die Versicherungen nicht abschließen wollen, und man hätte die Dampfer auf eigenes Risiko hinausgeschickt. Jetzt würden aber Versicherungen angenommen und die Prämien seien für solche mit Einschluß der Kapergefahr bereits von 7½ auf 5 % gesunken. Morgen sollten so 10 Fischdampfer und 20 Logger ausfahren. Die Fischpreise seien bereits bei den ersten Fängen um 25 % gedrückt worden. Als Zentralorganisation habe man eine Kriegs-Fischereigesellschaft gegründet, die staatlich sei und vom A.- und S.-Rat kontrolliert würde. Der Ueberschuß würde an eine Zweiggesellschaft abgeführt, die Räucherwaren und Marinaden herstellen solle. Eine ganze Anzahl Fischdampfer würden bald zur Verfügung stehen und

man wolle dafür sorgen, daß die Fischversorgung nicht wieder allein in die Hände der Kapitalisten gelange und der Kontrolle der A.- und S.-Räte entglitte. Die Preise würden allerdings, das könne er schon heute sagen, nicht wieder so niedrig werden wie früher.

Mitglied des Emdener S.-Rats Schulz teilte mit, daß man in Emden ähnlich vorgegangen sei wie in Bremerhaven. An der Spitze der dortigen Kriegsfischereigesellschaft stehe dort die Stadt.

Eine Resolution Dannat verlangt Beschlagnahme der Hamstervorräte der Großbourgeoisie und daß die Reichsregierung sich mit der russischen wegen Lieferung von Lebensmittelvorräten in Verbindung setzen solle.

Ein Mitglied des Bauernrats von Syke unterstrich die Schwierigkeiten, die den Landwirten gemacht worden sind und heute noch gemacht werden.

Der Antrag Dannat wurde im ersten Teile angenommen, im übrigen abgelehnt. Es wurde dafür eine Resolution Heidmann angenommen, die die Reichsregierung auffordert, jeden Versuch zu unterstützen, Lebensmittel vom Ausland hereinzubekommen, um die Versorgung der Bevölkerung sicher zu stellen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Um 3 Uhr nachmittags schloß Herr Henke die Versammlung mit einem Hoch auf die soziale Republik.

# 5. Sitzung Donnerstag, den 28. November 1918.

Herr Henke eröffnete die Sitzung und machte Mitteilung von den von Herrn Knief und drei Mitgliedern des Cuxhavener Soldatenrats gestellten Anträgen auf

**Empfang einer Arbeiterdeputation und Entgegennahme von Forderungen**

im Konventsaale der Börse. Die Vorgeschichte dieser Anträge ist bekannt.

Zu den Forderungen der Kommunisten erklärte Herr Soldatenrat Meyer, er könne nicht zu jeder beliebigen Zeit zu irgend jemandes Verfügung stehen, da er wichtigere Dinge zu bearbeiten habe. (Widerspruch und Oho-Rufe.) Wenn eine Volksversammlung denkt, uns jederzeit zitieren und von unseren Geschäften, die jedenfalls die Allgemeinheit sehr dringend angehen, abrufen zu können, so geht das nicht an.

Mitglied des A.-Rates Breitmeier: Es handelt sich morgen um das Ganze, um das Wohl und Wehe des Arbeiterrates, das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft. Da geht es nicht an zu sagen, dafür habe man keine Zeit.

Soldatenrat Reimann hält es auch für Pflicht des A.- und S.-Rats, das Volk zu hören, wenn es rufe.

Mitglied des A.-Rates Schelter fragt, was der Aktionsausschuß in dieser Sache beschlossen habe.

Hierauf antwortete Mitglied des Aktionsausschusses Brodmerkel, daß der Aktionsausschuß zu keinem Ergebnis in dieser Angelegenheit gekommen sei. Das sei hauptsächlich geschehen wegen der Vorgänge der A.-G. Weser. Die Mehrheitssozialisten fühlten sich dadurch überrumpelt und in ihren Arbeiten konterkariert. Die Lage habe sich dadurch sehr zugespitzt; man stehe einfach vor der Frage, ob ein weiteres Zusammenarbeiten möglich sei. Darüber gelte es zu entscheiden.

Mitglied des A.-Rates Manthey meinte, infolge des lauwarmen Verhaltens des Arbeiterrates sei ein ganz anderer Geist in die Arbeiterschaft eingezogen. Die Arbeiter stellten jetzt den Aktionsausschuß vor die Frage, eine andere Richtung einzuschlagen. Die Sache für Freitag sei organisiert, und für den Arbeiterrat könne es nichts anderes geben, als die Arbeiterschaft zu hören und ihre Interessen zu vertreten.

Mitglied des A.-Rates Deichmann begründete die Haltung der Mehrheitssozialisten in der Lohnfrage. Die Frage laufe heute darauf hinaus, ob die Mehrheitssozialisten im Aktionsausschuß weiter arbeiten sollten oder nicht. Es habe keinen Zweck, da jetzt drum herum reden zu wollen.

Mitglied des Aktionsausschusses (Vorsitzender des Unterausschusses für Fabrikwesen) Dammer: Was die Frage der weiteren Mitarbeit der Mehrheitssozialisten im Aktionsausschuß angeht, so könne er mitteilen, daß in demselben eine ganze Anzahl Unabhängiger und Linksradikaler einen Sitz inne hätte, von denen man nicht wisse, was man mit ihnen anfangen solle, da sie nichts selbständig leiten und organisieren könnten, die aber auf Grund ihrer politischen Stellung im Aktionsausschuß eine große Rolle spielen wollten.

Mitglied des Aktionsausschusses Brodmerkel macht darauf aufmerksam, daß die Zusammensetzung des Aktionsausschusses damals sehr übereilt geschehen sei und daß ja bereits eine Neuwahl des gesamten Arbeiterrats in Aussicht genommen sei. Die Arbeiterdeputation müsse man morgen empfangen und versuchen, einen Ausgleich und ein Einvernehmen herbeizuführen. In Bremen sei tatsächlich viel weniger durch die Revolution erreicht worden als anderswo. Es schade nichts, wenn die Arbeiter jetzt auf die Straße gingen, was wohl noch öfter der Fall sein würde, um zu praktischer Arbeit aufzufordern.

Soldatenrat Scharrer meinte, auch der Soldatenrat stehe wohl auf dem Standpunkt, daß es für ihn als einen Träger der Revolution nichts wichtigeres geben könnte, als sich mit der großen Masse zu verständigen. Er könne sich zwar nicht mit dem Wege einverstanden erklären, auf dem die Arbeiter ihre Wünsche und Forderungen an den Soldatenrat bringen wollten, trotzdem aber würde er morgen da sein. Der Soldatenrat müsse auch da sein, um jeglichem Verdacht die Spitze zu brechen, als ob der Soldatenrat Gegner der Arbeiterschaft wäre.

Mitglied des A.-Rats Caspar teilt mit, daß in der gestrigen Kommunistenversammlung in Woltmershausen die von Knief vorgeschlagenen Resolutionen nicht angenommen worden wären. Vielmehr hätte eine von za. 250—300 Personen besuchte Arbeiterversammlung ein Vertrauensvotum für den Arbeiterrat angenommen.

Soldatenrat Willems stellt Antrag auf Schluß der Debatte. Es sei Pflicht des A.- und S.-Rates, die Arbeiter morgen zu hören.

Der Antrag wird gegen wenige Stimmen angenommen.

Vorsitzender Henke: Die Dinge liegen also so: Wir werden morgen früh die Wünsche der Arbeiter entgegennehmen. (Zuruf: Realisieren können wir sie nicht!) Es liegt ein Antrag vor, daß wir morgen früh um 11 Uhr eine Vollsitzung abhalten.

Der Antrag wird angenommen.

Der Vorsitzende Henke berichtete dann über die

**Vorgänge auf der Weserwerft.**

Die Forderungen, die die Arbeiter der A.-G. Weser aufgestellt haben, sind bekannt. Sie haben auch den Ausschuß für Fabrikwesen wiederholt beschäftigt, der zu vermitteln versuchte. Mehrere Verhandlungen mit der Direktion der Werft haben stattgefunden, und der Fabrikausschuß glaubte, bis zu einem gewissen Grade eine Verständigung erreicht zu haben. Heute verlangten nun die Arbeiter eine klare Entscheidung, ob ihre Forderungen angenommen würden oder nicht. Die Direktion der A.-G. Weser habe versucht, dem Aktionsausschuß die Entscheidung in dieser Frage aufzuerlegen. Die Arbeiter seien nun der Meinung gewesen, daß die Direktion dies versucht habe, einmal, weil sie sich selbst von der schweren Last befreien wollte, und zum andern, weil sie einen Keil habe treiben wollen zwischen den A.- und S.-Rat und die Arbeiterschaft. Dieser Auffassung habe er sich anschließen müssen. Der A.- und S.-Rat sei nicht eingesetzt, um Lohnfragen zu entscheiden. Das müsse klar und deutlich ausgesprochen werden. Wenn die Unternehmer uns eine solche Aufgabe zuschieben wollen, dann haben wir allen Grund, ihnen zu mißtrauen. Sie wollen uns damit Schwierigkeiten bereiten. Er, Redner, habe dann nach Beratungen mit einigen Herren des Arbeiterrates — auch Herr Knief sei dann zugegen gewesen — den Arbeitern gesagt, der A.- und S.-Rat könne die einzelnen Forderungen natürlich nicht im einzelnen darauf nachprüfen, ob sie so große Folgen hätten, wie die Direktion es behaupte (Mehrausgabe von 15 Millionen Mark), daß die Firma dadurch ruiniert würde. Nach seiner Meinung seien die Forderungen bescheiden und zeitgemäß. Eine Vergleichsmöglichkeit böten ihm dafür die Forderungen der Hamburger Werftarbeiter, die noch höhere Löhne gefordert und bewilligt — allerdings auch unter Protest — erhalten hätten. Auch die Reichswerften hätten ihren Arbeitern alle Forderungen bewilligt. Er habe den Wunsch der Direktoren nach weiteren Verhandlungen mit den Mitgliedern des Arbeiterrats dann abgelehnt und ihnen gesagt, es gäbe heute nichts anderes mehr, als daß die Direktion ihre Auffassung der Lage den Arbeitern selbst vortrüge. Die Arbeiter seien natürlich sehr ungehalten gewesen und hätten sich zusammengeschart. Schließlich habe Direktor Tetens erklärt, die Forderungen unter schärfstem Protest zu bewilligen und sie als ein Provisorium zu betrachten. Er sei schließlich mit ihm, Redner, und anderen Herren auf irgendein Dach geklettert und habe diesen Entschluß den Arbeitern mitgeteilt.

Nun sei für ihn, Redner, die Frage entstanden, ob er da etwas getan hätte, was er nicht hätte tun dürfen. Es scheine ja, als ob er durch sein Eintreten die Verhandlungen, die zwischen dem Ausschuß für Fabrikwesen und dem Werftdirektorium geführt waren, konterkariert hätte. Aber die Sache sei doch so, daß bereits lange Zeit über diese Verhandlungen hingegangen wären und daß die Arbeiter heute eine Entscheidung in der Frage der Akkordarbeit gefordert hätten. Da hätte es nichts anderes geben können, als sich auf den Boden der Arbeiter zu stellen.

Man müsse den Arbeitern sagen, daß der Aktionsausschuß nicht dazu da wäre, und den Unternehmern müsse man sagen, daß man es in jedem Falle genau so machen würde, wie in dem Falle der A.-G. „Weser".

Mitglied des Aktionsausschusses (Vors. des Fabrikausschusses) Dammer wandte sich in längerer Rede gegen die allzu hohen Lohnforderungen. Das Vorgehen der Arbeiter der Weserwerft würde viele Beispiele nach sich ziehen. So hätten die Staatsarbeiter neulich Forderungen gestellt, nach dem Bekanntwerden der Forderungen der Arbeiterschaft der A.-G. „Weser" aber sofort neue, erhöhte Forderungen eingereicht. Aehnlich sei es mit den Bauarbeitern und den Bäckern. Ueberall hieße es: Rauf mit den Forderungen! Man müsse aber auch daran denken, daß die Kleinbetriebe doch gar nicht in der Lage wären, solche Forderungen gewähren zu können, wie es gegebenenfalls Millionenbetriebe könnten. Wenn die Forderungen der Bäcker durchgingen, würde z. B. der Staat zwei Millionen zusetzen müssen und dabei doch noch jedes Brot um 20 ₰ teurer werden. Herr Henke habe in der Weserwerft-Angelegenheit eine eigenartige Stellung genommen. Er habe sich erst heute unter dem Einfluß Kniefs auf den Boden der Arbeiter gestellt, damit es nur gar nicht so aussähe, als ob er derjenige wäre, der die Arbeiter nicht so unterstütze. (Widerspruch.) Gestern abend habe er nichts davon gesagt, daß die Forderungen unbedingt anerkannt werden müßten. Die hohen Lohnforderungen würden auch zu vermehrter Arbeitslosigkeit führen. Wenn dann die Kollegen aus dem Felde kommen, dann müssen sie wochenlang ohne Arbeit herumlungern, weil ihre Genossen in den Betrieben die Revolution jetzt nur von egoistischem Standpunkte betrachteten. Das politische Ziel sei ihnen vollständig Wurst. Man sollte doch die äußerst schwierige Lage, in der man sich befinde, bedenken. Das deutsche Wirtschaftsleben gleiche einem Schutt- und Trümmerhaufen. Aber man lasse sich zu sehr von dem Grundsatze leiten: Was gehen mich die andern an, ich will es in der Tasche haben. (Zurufe: Hast wohl Schmiergelder bekommen?) Diese Verdächtigungen habt ihr immer erhoben, wenn Ihr nichts anderes zu erwidern wußtet. Durch Euer Verhalten habt Ihr nicht dazu beigetragen, daß wir jetzt in eine bessere Wirtschaftslage kommen. Wenn man sich zu sehr von egoistischem Geiste leiten läßt, dann werden sich die Folgen sehr bald bemerkbar machen. (Lebhafter Beifall.)

Es schloß sich daran noch eine sehr lebhafte, teilweise erregte Debatte über Lohnfragen, in deren Verlauf Herr Dammer betonte, der Fabrikausschuß sei davon ausgegangen, die Lohnfrage dergestalt zu regeln, daß die Dividenden der einzelnen Betriebe zu den Löhnen aufgeschlagen werden sollten. Herr Henke wies in mehreren Erklärungen den Vorwurf zurück, als ob er durch sein Diktat der Entscheidung des Arbeiter- und Soldatenrats vorgegriffen hätte. Das sei nicht der Fall. Es hätte gehandelt werden müssen, und er habe sich nur auf den Boden der Tatsachen gestellt. Ganz besonders verwahrte er sich dagegen, unter dem Einfluß Kniefs gehandelt zu haben, dessen Anschauungen über diese Frage er gar nicht gekannt habe. Herr Sommer vom Aktionsausschuß betonte, es müsse eine prinzipielle Entscheidung getroffen werden, ob es richtig sei, daß Herr Henke allein seine Entscheidungen treffe und morgen vielleicht zu den Atlaswerken gehe, um es dort genau so zu machen.

Herr Henke betonte schließlich, man müsse sich klar werden über die Tatsachen, vor denen man stehe. Die A.-G. „Weser" hätte die Forderungen der Arbeiter bewilligt. Der Arbeiter- und Soldatenrat hätte also gar keinen Anlaß, irgendeinen Beschluß zu fassen, zumal man ja gerade eine direkte Stellungnahme, ein Diktum des Arbeiterrates in einer Lohnstreikfrage vermeiden wolle. Aus diesem Grunde möchte er auch empfehlen, daß ein Antrag der Arbeiterschaft der Atlaswerke, die dieselben Forderungen gestellt habe, zurückgezogen werde.

Mitglied des Aktionsausschusses Dammer betonte, daß dieser Antrag insofern bedeutungslos geworden sei, als die Atlaswerke bisher ständig mit der A.-G. „Weser" konform gegangen wären. Das würden sie auch wohl in diesem Falle tun.

In diesem Sinne wird beschlossen.

Es liegt dann ein weiterer Antrag des Betriebsarbeiterrats der Hansa-Lloydwerke vor, der A.- und S.-Rat möge dahin wirken, daß der im Direktorium beschäftigte Direktor Dr. Reinartz spätestens bis Montag, 2. Dezember, von seinem Posten entfernt würde, da er während des Krieges seine Macht dahin mißbraucht hätte, daß durch ihn viele Kollegen dem Schützengraben überantwortet worden wären. Würde die Entfernung nicht durchgesetzt, könnte man nicht dafür garantieren, daß es zu Ausschreitungen und Tätlichkeiten kommen werde.

Mitglied des A.-Rates Schindelhauer begründete kurz den Antrag.

Mitglied des A.-Rates Breitmeier will die Frage dem Sicherheitsausschuß unterbreiten. (Heiterkeit.)

Vorsitzer Herr Henke: Auch dieser Antrag gehört nicht hierher. Ihn dem Sicherheitsausschuß überweisen, ist gehüpft wie gesprungen.

Mitglied des A.-Rates Arnold: Die Angelegenheit ist Sache der Arbeiter der Hansa-Lloydwerke selbst.

Vorsitzer des Soldatenrats Ecks: Die Sache kommt mir allmählich komisch vor. Zu allen Kleinigkeiten holt man den Soldatenrat, und wo es heißt, Vertrauen zu uns zu haben, daß wir die Sache der Revolution mit unseren Gewehren verteidigen, da fehlt das Vertrauen.

Vorsitzer Henke weiß nicht, worauf sich die Erklärung des Vorredners bezieht. Er glaubt aber feststellen zu sollen, daß alle gestern aufgetauchten Vermutungen, daß der Soldatenrat seine gestrigen Maßnahmen in gegenrevolutionärem Sinne getroffen habe, irrig seien.

Es wird beschlossen, daß der Antrag der Hansa-Lloydwerke hier nicht zur Entscheidung im A.- und S.-Rate kommen kann, daß es sich vielmehr um eine eigene Angelegenheit des Betriebsarbeiterrats der Hansa-Lloydwerke handelt.

Ein Antrag, den Delegierten zum A.-Rat Spesen für die Sitzungen zu gewähren, wird dem Aktionsausschuß zur Verfügung überwiesen.

Ein Antrag Seitz, einen Vorstand des Arbeiterrates zu wählen, unabhängig vom Aktionsausschuß, der die organisatorischen Geschäfte des A.-Rates führen, die Sitzungen einberufen und leiten soll, wird im Hinblick auf die bevorstehende Neuwahl des Arbeiterrates bis zu dieser zurückgestellt.

Schluß der Sitzung nach 11½ Uhr. Nächste Sitzung Freitag morgen 11 Uhr. Empfang einer Abordnung der Arbeiterschaft.

# 6. Sitzung Freitag, den 29. November 1918.

## a) Demonstrationsstreik und Massenkundgebung von Industriearbeitern unter Führung von Joh. Knief.

Die mancherlei widerspruchsvollen Erscheinungen und Bewegungen dieser Tage erreichten gestern in Bremen einen gewissen Höhepunkt, von dem man nicht weiß, ob er noch zu übertreffen sein wird. Das Innere der Stadt bietet mit seinem zu Ehren der heimkehrenden Krieger angebrachten reichen Schmuck an Fahnen und Tannengewinden einen festfrohen Anblick, besonders das mit freundlichen Farben überall durchwobene ernste Grau der Marktplatzumrahmung. In dieses Bild hinein strömten am Vormittag von allen Seiten her Züge großer Arbeitermassen und verliehen ihm ein Leben, das an manchen frohen Anlaß der Vergangenheit erinnern mochte. Aber zwischen der Stimmung der Menge und dem festlichen Gepränge bestanden keinerlei Beziehungen. Man dachte noch nicht an die heimkehrenden Krieger, sondern hatte die Köpfe voll von Gedanken der revolutionären Tagespolitik. Es galt einer großen öffentlichen Auseinandersetzung der Arbeiterschaft radikaler sozialdemokratischer Richtung mit dem A.- und S.-Rat, in dem sie sich nicht nach Wunsch vertreten sieht. Ihrem neu gewonnenen Führer Knief folgend, kamen die Arbeitermassen, um eine Probe aufs Exempel zu machen und je nach dem Ausfall ihre Politik dann weitertreiben zu können. Daß es sich dabei um reine Gegenwartspolitik handelt, an der sich, wenn sie durchdringt, eine vielleicht schon nahe Zukunft furchtbar rächen könnte, wissen wir. Aber wer sich unter der Menge bewegt hat, weiß auch, daß keineswegs die gesamte Arbeitermasse so sorglos die goldenen Früchte des Tages pflückt, sondern den Forderungen und Versprechungen, die gar zu weit gehen, mit dem nötigen gesunden Mißtrauen gegenübersteht. Dafür lieferte die Demonstration manchen Beweis, der auch ihren Veranstaltern nicht entgehen konnte, und deshalb dürfen die Kundgebungen der geschickt bearbeiteten und leicht hingerissenen Masse nicht zu einseitig beurteilt werden.

Nachdem als letzte mit klingendem Spiel eines Trommler- und Pfeiferkorps und mit Fahne die Arbeiterschaft der Atlaswerke angerückt war, setzte eine Bewegung der Menge vom Marktplatz nach dem Domshof ein, der gerade Raum genug bot, die ganze Ansammlung aufzunehmen. Von einem Balkon der Deutschen Bank aus musterte Herr Knief seine Heerscharen; neben ihm dirigierte die Genossin Frau Ahrens durch Hand- und Armbewegung die Gesamtaufstellung. Vom Eisengitter des Roland herab wie nachher von erhöhter Stelle am Domshof erklärte ein Redner, daß es gelte, die Einigkeit der Arbeiterschaft zu betonen und mit ganzer Kraft dafür zu sorgen, daß die Führer genau so einig werden, um die Errungenschaften der Revolution hochzuhalten.

Dann nahm Herr Knief das Wort und führte aus: Die Arbeiter seien nicht zusammengerufen, um den Arbeiterrat zu bekämpfen, sondern nur, um ihm ihre Forderungen zu unterbreiten. Die allgemeine Volksbewegung, aus der auch der A.- und S.-Rat hervorgegangen sei, beginne zu einer Klassenbewegung der Arbeiter zu werden. In diesem Augenblick sei es notwendig, daß die Arbeiterschaft ihre Forderungen klipp und klar erhebt. Es handle sich um einige wichtige politische Fragen, so die der Nationalversammlung, für die lebhaft agitiert werde. Das eigent-

liche Produkt der Revolution seien aber die A.- und S.-Räte, und diese gelte es zu schützen. Der Klassenkampf der Arbeiter gehe gegen die Bourgeoisie, der aber eine Nationalversammlung wieder zur politischen Herrschaft verhelfen würde. Deshalb sei es in diesem Stadium notwendig, die A.- und S-Räte in Schutz zu nehmen gegen jeden Versuch, sie durch eine Nationalversammlung wieder zu erledigen. Der Kampf sei aber nicht möglich ohne Machtmittel. Das alte Heer bestehe nicht mehr, und so müsse die Arbeiterschaft sich ein Arbeiterheer schaffen, um so mehr, als die Bourgeoisie die Trümmer des alten Heeres gegen die Arbeiterschaft zu sammeln bemüht sei. Nachdem die Bourgeoisie so lange das Heer zum Niederhalten der Arbeiterschaft benutzt habe, fordern diese jetzt mit demselben Recht die Entwaffnung der Bourgeoisie und Bewaffnung des industriellen Proletariats.

Ferner müsse gefordert werden, daß die Bremer Bürgerzeitung der Arbeiterschaft zurückgegeben werde. Das solle nicht mit Hilfe eines Putsches geschehen. Er, Redner, schlage vor, zu beschließen, die Bürgerzeitung zum Organ des Arbeiterrats werden zu lassen und dementsprechend in ihrer Redaktion auch je einem Vertreter der Unabhängigen und der Kommunisten Sitze zu verleihen.

Man habe den Arbeiterrat aufgefordert, heute in der Börse anwesend zu sein, um die Forderungen der Arbeiterschaft entgegenzunehmen. Man möge nun Delegierte mit den Forderungen entsenden und den Arbeiterrat ersuchen, hier zu erscheinen, um den Arbeitermassen seine Antwort kundzugeben. Pflicht der Arbeiter bleibe es, den A.- und S.-Rat zu überwachen. Man wolle dem A.- und S.-Rat nicht etwa zu Leibe gehen, sondern nur dafür sorgen, daß er die Interessen der Arbeiter gegenüber dem Bürgertum entschieden wahrnehmen kann.

Der Redner brachte nun die folgenden

**Forderungen**

in Vorschlag:

1. Die Bremer Arbeiterschaft erklärt sich gegen die Einberufung einer Nationalversammlung und für eine proletarische Diktatur.
2. Die Bremer Arbeiterschaft fordert restlose Entwaffnung der Bourgeoisie und Bewaffnung des industriellen Proletariats.
3. Die Arbeiterschaft fordert die Uebernahme der Bremer Bürgerzeitung durch den Arbeiterrat und Neubesetzung ihrer Redaktion mit je einem Vertreter der U. S. und der Linksradikalen.
4. Die Arbeiterschaft fordert den Arbeiterrat auf, zu diesen Forderungen in namentlicher Abstimmung Stellung zu nehmen und seine Stellungnahme unverzüglich der Versammlung der Arbeiter bekannt zu geben.

Knief schloß mit der Mahnung, des Ernstes der Stunde bewußt zu bleiben, Ruhe und Ordnung zu bewahren, denn die Genossen seien nunmehr selbst die Träger der neuen Ordnung.

Nachdem die vier Forderungen in der Masse vorwiegend Zustimmung, aber vereinzelt auch Widerspruchsrufe gefunden hatten, wurden sie vor Looses Bankhaus durch einen Redner von einem Kohlenwagen herab wiederholt und empfohlen, stießen hier aber auf so heftigen, tumultartigen Widerspruch, daß der Redner seinen empfehlenden Ausführungen nicht mehr voll Gehör verschaffen konnte.

Vom Balkon der Deutschen Bank trat dann noch energisch Sergeant Kullrich vom Soldatenrat für die Einberufung der Nationalversammlung ein und betonte, das Militär lasse sich die Waffen nicht aus der Hand nehmen. Die Soldaten hätten vier Jahre hindurch draußen genug gekämpft und gelitten; sie wollen nicht noch Straßenkämpfe, sondern einen möglichst guten Frieden, zu dem uns nur eine Nationalversammlung und die aus ihr zu bildende feste Regierung führen könne.

Ein unentwirrbares Gemisch von Protest und Zustimmung von unten begleitete diese Worte. Als aber dann ein jüngerer Redner in Zivil oben sich gar zu der Mahnung herbeiließ, man solle sich hüten, seine Lohnforderungen so zu überspannen, daß den industriellen Werken die Lebensfähigkeit dabei ausgehe, erhob sich ein Sturm des Widerspruchs, dem der Redner weichen mußte. Auch ein Angehöriger der Marineinfanterie sprach noch vom Balkon und wandte sich gegen die Kriegsgewinnler und „Geldonkels", die zwar die 100 Milliarden Kriegsanleihe gezeichnet hätten, aber gern möchten, daß die Deckung jetzt aus dem Blut und den Massen der Arbeitenden herausgeholt werde. Deshalb könne man jetzt jene Leute nicht ungeschoren lassen und sollte die gestellten Forderungen annehmen.

Von einem Arbeitervertreter erfolgte dann noch die Erklärung, daß die Arbeiterschaft mit der Durchsetzung ihrer Forderungen bei den Werken auch die Pflicht zu Gegenleistungen übernommen habe. Auf Erfüllung dieser Pflicht müsse von ihnen selbst streng gehalten werden. Und bei den künftigen Wahlen von Vertretern dürften nur solche in Frage kommen, denen es an politischer Schulung nicht mangelt.

Knief betonte noch, man wolle durchaus keinen Bruderkrieg. Aber die Gefahr eines solchen könne nur beseitigt werden durch die Herrschaft der Arbeiterklasse. Er schritt dann zur Abstimmung durch Handaufheben. Nachdem sich für die erste Forderung eine überwiegende Mehrheit und bei der Gegenprobe nur eine belanglose Minderheit ergeben hatte, unterließ man bei den weiteren Punkten die Abstimmung, so daß die „einstimmige" Annahme von oben herab verkündet werden konnte.

Eine von Knief vorgeschlagene und angenommene Abordnung, darunter er selbst, Frau Ahrens, Herr Dannat und drei weitere, begab sich nun zur Börse,

um die Forderungen dem Arbeiterrat zu überbringen. Vom Dom schlug es jetzt die Mittagsstunde, und ein Teil der Massenversammlung zog es deshalb vor, sich heim zu begeben. Eine immer noch sehr ansehnliche Menge aber harrte vor der Börse noch aus, um dort die Antwort des Arbeiterrats zu erwarten. Hier gab es dann einige dramatisch bewegte Szenen. Aus einem Eckfenster von der westlichen Wandeltreppe aus wurde die Menge durch den dort wieder mit der Genossin Ahrens erschienenen Herrn Knief wiederholt ermahnt, bei der Verkündignng der Antwort des Arbeiterrats, wie sie auch ausfallen werde, Ruhe zu bewahren und aus einer Ablehnung nur die Konsequenz zu ziehen, auf den Werken unter sich eifrig für eine künftige bessere Besetzung des Arbeiterrats tätig zu sein. Man solle sich nicht hinreißen lassen zum Haß gegen Personen, sondern der Kampf gelte nur einem System. Dessen ungeachtet gab es einen stürmischen Ausbruch der Entrüstung, als Knief die Antwort des Arbeiterrats auf Punkt 1 der Forderungen, nämlich Ablehnung mit 97 gegen 56 Stimmen mitteilen konnte. Eine Flut von heftigen Pfuirufen ertönte, in die sich das Geschrei „Nieder mit Henke" mischte, als aus dem Börsenfenster noch von einer weiblichen Stimme (Frau Ahrens?) gerufen wurde, daß auch Henke, der „Vertreter der Berliner Richtung" sich gegen die Forderungen der Arbeiter gewandt habe. Jetzt habe Henke nicht mehr den Mut, das zu vertreten, und habe sich feige in ein Zimmer verkrochen. Ein Arbeiterredner erschien am Fenster und schleuderte heftige Schmähungen gegen Henke, dem man zeigen müsse, wo der Zimmermann das Loch gelassen habe. Neue Pfuirufe ertönten auch, als von oben mitgeteilt wurde, daß der Soldatenrat die Mitabstimmung abgelehnt und sich nach Hause begeben habe.

Der schon erwähnte Arbeiterredner schlug unter erregter Zustimmung vor, Henke zu zwingen, sofort vor der Arbeiterschaft zu erscheinen und ihr Rede zu stehen, als Henke von selbst erschien, von einem unbeschreiblichen Haßausbruch der Menge und minutenlangem Tumult empfangen. Als einigermaßen Ruhe eingetreten war, führte Henke aus, man habe bei dem Ergebnis der Abstimmung zunächst zu berücksichtigen, daß die Mitglieder des Arbeiterrats nicht, wie sonst üblich, vorher über die Forderungen unterrichtet worden seien, um sie zunächst gründlich erwägen zu können. Aus diesem Grunde wohl hätten sich nicht weniger als 56 anwesende Mitglieder des Arbeiterrats der Stimmabgabe überhaupt enthalten. Auch die Mitglieder des Soldatenrats hätten die Mitwirkung abgelehnt und wären nach Hause gegangen. Was sei daraus zu folgern? Die Verhältnisse zwingen dazu, die Diktatur nur solange aufrecht zu erhalten, wie es möglich sei, ohne das Wirtschaftsleben zusammenbrechen zu lassen. Dann müsse die Nationalversammlung kommen, damit auch unsere Einfuhr wieder hergestellt werde, ohne die nicht auszukommen sei. Wenn der heutige Beschluß des Arbeiterrats die Arbeiter nicht befriedige, so mögen sie sich einen andern wählen; an den Beschlüssen des jetzigen, den sie ja selbst gewählt, trügen die Arbeiter auch selbst mit schuld. (Sehr richtig.) Da nun die Beschlußfassung über die andern Punkte noch Stunden dauern könne und bei einer Fortsetzung der Demonstration doch nichts mehr herauskommen könne, möchten die Arbeiter nun nach Hause gehen und die Bekanntgabe der weiteren Beschlüsse ruhig abwarten. Scharf und aufs äußerste erregt, wandte sich dann der Redner gegen die Schmähungen seiner Person. Er habe von vornherein alle seine Kraft, seine Gesundheit und Freiheit in den Dienst der Sache der Arbeiter gestellt, lasse sich an Ehrlichkeit der Ueberzeugung von niemand übertreffen, verlange aber auch, daß man seine persönliche Ehrenhaftigkeit nicht antaste.

Hiergegen wurde kein neuer Widerspruch laut, vielmehr kam aus der Menge ein lebhaftes Bravo, und die Aufforderung zur Auflösung der Demonstration — es war 2 Uhr geworden — wurde in Ruhe befolgt.

## b) Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats.

Herr Henke eröffnete die Sitzung um 11.30 Uhr.

Dann wurde von einer Deputation der Atlas-Werke eine Resolution überreicht, die die Arbeiterschaft der Atlas-Werke in einer Versammlung angenommen hat. Die Resolution lautet: Die Arbeiterschaft der Atlas-Werke A.-G. beschließt, aus Solidaritätsgefühl sich der Arbeiterschaft der anderen Betriebe anzuschließen und protestiert ganz entschieden gegen die Diktatur Knief.

Ein Mitglied der Deputation der Atlas-Werke erklärt, die Arbeiterschaft der Atlas-Werke stehe auf dem Standpunkt, daß sich die ganze Arbeiterschaft einigen müsse. Nur von diesem Gedenken ausgehend hätten sich die Arbeiter der Atlas-Werke an dem Umzug beteiligt. Sie ständen geschlossen hinter der mitgeteilten Resolution.

Der Vorsitzer Henke teilt dann mit, daß am Sonntagmorgen um 9 Uhr eine Vollsitzung des A.- und S.-Rates stattfinden würde, der mehrere Verordnungen (die in Druck gegeben und den Mitgliedern des A.- und S.-Rates zugeschickt werden) zur endgiltigen Beschlußfassung vorgelegt werden sollen. Besonders wichtig sei eine Vorlage über die Erwerbslosenunterstützung.

Mitglied des A.-Rats Rhein erläutert die bereits veröffentlichten Verordnungen über Quartierpflicht und über die Einstellung vom Heeresdienst Entlassener in die Einzelbetriebe. Auf Anfrage wird mitgeteilt, daß die Bestimmungen für die Wiedereinstellung nicht auch

auf diejenigen angewandt werden könnten, die beim Ausbruch des Krieges aktiv dienten.

Um 12 Uhr erscheint die Delegation der demonstrierenden Arbeiterschaft und überreicht ihre oben mitgeteilten Forderungen, die unterzeichnet sind von Frau Ahrens, Dannat, Stucke, Knief, Stockhinger, Plättner.

Vorsitzer Henke: Es handelt sich darum, ob wir in so kurzer Zeit über diese Forderungen ins Reine kommen können. Wir müssen Punkt für Punkt vornehmen. Zu der ersten Forderung „Diktatur oder Nationalversammlung" hat der Arbeiterrat bekanntlich schon vor acht Tagen Stellung genommen. Es ist dann aber auch bekannt, daß die Soldaten einen anderen Beschluß gefaßt haben. Wir haben dazu nicht besonders Stellung genommen; hier haben wir Gelegenheit dazu.

Vorsitzer des Soldatenrats Ecks schlägt vor, daß von jeder Richtung, Rechtssozialisten, Unabhängige, Linksradikale und Militärpartei, nur ein Redner zu jedem Punkte spricht.

Vorsitzer Henke stellt fest, daß der Ausdruck „Militärpartei" wohl nur einen falschen Zungenschlag des Vorredners darstelle und nichts anderes als Soldatenrat bedeuten solle (Herr Ecks nickt zustimmend).

Für die Delegation der demonstrierenden Arbeiter erhält dann Herr Knief das Wort. Es bedürfe hier wohl keiner langen Begründung dessen, was die Versammlung unten beschlossen habe. Er könne sich nicht denken, daß in den Reihen des Arbeiterrats noch Unklarheiten beständen über die Stellung, die die einzelnen Mitglieder des A.-Rats zu diesen aktuellsten Fragen einnähmen. Gerade weil sie angenommen hätte, daß die Mitglieder des A.-Rates sich über diese Fragen wiederholt ausgesprochen hätten und sich völlig klar darüber seien, gerade deswegen habe die Arbeiterversammlung auf dem Domshof beschlossen, ihre Forderungen unverzüglich vorzulegen, und sie glaube, erwarten zu dürfen, daß der A.-Rat seine Antwort darauf unverzüglich erteilen werde. Die Versammlung, die unten auf dem Markt warte und eine Arbeiterversammlung sei, habe sich selbstverständlich mit ihren Forderungen nur an den Arbeiterrat gewandt. Denn nur auf die Zusammensetzung des A.-Rates hätten die Arbeiter einen Einfluß. Es könne nicht ihre Aufgabe sein, sich irgendwie in die Zusammensetzung des Soldatenrats einmischen zu wollen. Wenn auf Grund der letzten Volksversammlungen auch der Soldatenrat zum Erscheinen in der Börse eingeladen sei, so hätten die Arbeiter dies tun zu sollen geglaubt, um den Soldatenrat über die politische Meinung des größten Teiles der Arbeiterschaft zu informieren. Aber nur an den A.-Rat seien die Forderungen der Arbeiter gerichtet; nur an ihn hätten sie sich gewandt.

Vorsitzer Henke macht darauf aufmerksam, daß wohl kaum ein Mitglied des Arbeiterrates, ob Rechtssozialist, Unabhängiger oder Linksradikaler, eine Erklärung für seine Parteigruppe abgeben könnte, da die einzelnen Gruppen keine Gelegenheit gehabt hätten, über die Forderungen der Arbeiter zu beraten. Die Redner könnten also nur ihre persönlichen Ansichten vortragen. Er wisse nicht, wie die Arbeiter es sich vorgestellt hätten, daß die Entscheidung hier so schnell getroffen werden könnte. Die Versammlung unten habe sich ihre Forderungen sicherlich reiflich überlegt, Aber auch der Arbeiterrat müsse sich die Sache reiflich überlegen.

Mitglied des A.-Rates Krone schließt sich den Ausführungen Henkes an und warnt, die Entscheidung über so schwerwiegende Fragen übers Knie zu brechen.

Soldatenrat Meyer: Die Frage der Nationalversammlung ist so oft hier, im Soldatenrat, im Aktionsausschuß, auf dem nordwestdeutschen Kongreß am Sonntag durchberaten und erläutert worden, daß darüber die Abstimmung sofort erfolgen könnte.

Mitglied des A.-Rates Deichmann wendet sich gegen die Behauptung, daß die von Knief abgegebene Erklärung getragen werde von der bremischen Arbeiterschaft. Das sei seiner Ansicht nach unwahr. Es sei nur ein Teil der Arbeiterschaft, der dahinter stehe, und dazu komme, daß von den unten versammelten Arbeitern, wie man soeben von Vertretern der Atlas-Arbeiterschaft gehört habe, ein ganz erheblicher Teil nicht eimal mit der Politik Knief einverstanden sei. Die Deputation der Arbeiterschaft der Atlas-Werke habe soeben im Namen von 2000 Mann, die dort beschäftigt seien, erklärt, daß sie an der Demonstration teilgenommen hätten, daß sie aber gegen Knief und seine Politik seien. Knief wäre also nicht berechtigt, mit solcher Dreistigkeit hier zu behaupten, daß seine Politik von der bremischen Arbeiterschaft getragen würde. In einer dieser Tage abgehaltenen Mitgliederversammlung hätte seine Partei, die der Mehrheitssozialisten, sich mit der Frage „Diktatur oder Nationalversammlung" befaßt und gegen nur eine einzige Stimme beschlossen, sich für die möglichst schnelle Einberufung der Nationalversammlung zu erklären und andererseits die Diktatur nur solange aufrechtzuerhalten, wie dies eben nicht anders möglich sei. (Zuruf: Wieviel Teilnehmer waren denn bei der Versammlung?) Ich werde Sie nicht provozieren und mich von Ihnen nicht provozieren lassen, weil ich genau weiß, wie ich auch gestern Abend schon erklärte, wohin der Weg gehen soll. Was will man denn in Wirklichkeit? Hier soll klipp und klar die Entscheidung getroffen werden, daß fortan nur Unabhängige und Linksradikale zusammenarbeiten und die Mehrheitssozialisten aus dem Aktionsausschuß und aus den Räten ausgeschifft werden sollen. Darüber soll hier die Ent-

scheidung getroffen werden. Wir sehen dieser Entscheidung mit aller Ruhe entgegen. Die Diktatur sei eine Klassenherrschaft, und gegen eine solche hätte sich der Sozialismus immer gewandt. Die Diktatur führe zu nichts Gutem für das deutsche Proletariat, auch zu nichts Gutem für das Proletariat Rußlands oder das der anderen Länder. Die Demokratie müsse das Fundament des sozialistischen Staates sein, den man aufrichten wolle.

Redner versuchte dann, seine Ansichten über den Gang der Vergesellschaftung der Produktionsmittel darzulegen, wurde aber durch den Zuruf eines Delegationsmitgliedes unterbrochen: „Das geht uns hier nichts an, draußen wartet die Menge und stürmt hier die Bude, wenn nicht bald die Entscheidung fällt." Die Deputation ist inzwischen auf etwa 25 Personen, darunter einige Frauen, angewachsen.

Vorsitzer Henke: Die Verantwortung dafür trifft Sie (zu der Delegation), die Sie die Massen hierher geführt haben. Er ersucht die Redner, sich kurz zu fassen.

Ein Antrag auf Beschränkung der Redezeit auf fünf Minuten wird angenommen.

Mitglied der Arbeiterdelegation Stucke: Die Arbeiter haben klar gesagt, was sie wollen. Wir können es nicht verantworten, daß die Massen an der Nase herumgeführt werden, wie es Herr Henke tut. (Lebhafter Widerspruch, Henke protestiert energisch.) Die Leute wünschen nichts anderes als eine klare, namentliche Abstimmung über die vorgelegten Fragen, die seit einiger Zeit brennend sind. Ob sich jedes einzelne Mitglied des A.-Rates darüber klar ist, wollen wir nicht wissen; wer es nicht ist, mag einen weißen Zettel abgeben.

Mitglied der Arbeiterdelegation Knief: Die Erklärung Stuckes ist wohl aus dem Gedanken hervorgegangen, daß es tatsächlich in diesem Augenblick eine Gefahr bedeute, die Massen allzu lange warten zu lassen. Eine Diskussion der vorgelegten Forderungen könne nichts Neues ergeben, und er rate also wie Stucke: Verzichten Sie auf die 5 Minuten Redezeit und treten Sie sofort in die Abstimmung ein.

Vorsitzer Henke betont, die Gefahr, die darin liege, die Massen draußen lange warten zu lassen, hätte nicht der Arbeiterrat heraufbeschworen, sondern diejenigen, welche die Leute hierher geführt hätten. Unter einem solchen Druck könnten keine weittragenden Entschließungen gefaßt werden.

Wir können uns auf keinen Fall unter eine solche Diktatur der Massen zwingen lassen, und es kann keiner von uns verlangen, daß wir auf Befehl der Massen Order parieren. Außerdem ständen den Forderungen bereits bestimmte Entschließungen entgegen, so gleich der ersten Forderung Beschlüsse des Soldatenrats und der Vertrauensmännerversammlung und der Beschluß der nordwestdeutschen Delegiertentagung. Sollen wir diese Forderungen schlucken, weil und wie man sie uns befiehlt, oder sollen wir selbst nicht u. U. Abänderungsanträge stellen dürfen?

Knief für die Arbeiterdelegation: Es kann nicht die Rede davon sein, daß hier ein Druck ausgeübt werden soll. (Oho-Rufe.) Wenn das nötig wäre, dann besagte das doch nur, daß man bisher mit dem Arbeiterrat unzufrieden wäre.

Mitglied des A.-Rats Buchholz schreit erregt in den Saal: „Hört, hört! Der Genosse Winkelmann verlangt, daß man Knief die Pistole auf die Brust setze!" Es entsteht ein minutenlanger Tumult. Henke schwingt unermüdlich die Präsidentenglocke. Alles ruft und schreit durcheinander. Die Soldatenratsmitglieder und Vertrauensmänner stehen erregt und drohen, den Saal zu verlassen; solche Tumulte machten sie nicht mit. Herr Buchholz gestand am Schlusse der Versammlung, daß er die Äußerung des Herrn Winkelmann durchaus falsch verstanden habe. Nachdem sich dann endlich der Tumult gelegt hat und die Ruhe einigermaßen wieder hergestellt ist, macht Knief den Vorschlag,

> wenn man zu keiner Einigung kommen könnte, sollte man der draußen wartenden Menge mitteilen, daß es dem Arbeiterrat unmöglich sei, in so kurzer Zeit einen so wichtigen Beschluß zu fassen. Dann wüßten die Arbeiter wenigstens, woran sie wären.

Vorsitzer Henke: Das ist ein Vorschlag, der akzeptabel wäre. (Ein Delegationsmitglied ruft: Wir wollen als Männer nach Hause gehen, wollen einen klaren Entschluß haben!) Es hindert Sie kein Mensch daran, als Mann nach Hause zu gehen. (Heiterkeit.) Kniefs Vorschlag erscheine durchaus akzeptabel. Es könne nicht so verfahren werden wie die Arbeiter sich das gedacht hätten. Er empfehle also, den Arbeitern zu sagen, der Arbeiterrat wolle Zeit zur Beratung der Forderungen haben, und erkläre, mit aller Gewissenhaftigkeit dieselben prüfen zu wollen. Aber jetzt im Augenblick, unter dem Druck der Faust könnte die Entscheidung nicht getroffen werden. Er für seine Person lehne das ganz entschieden ab. Man müsse die Forderungen mit aller Gewissenhaftigkeit prüfen und dabei natürlich immer im Auge behalten, daß man keine andere Aufgabe habe, als der Revolution nach besten Kräften zu dienen. Niemand wolle etwas anderes. Dies Vertrauen müsse man in den Arbeiterrat setzen. Entweder betrachte man ihn als eine revolulionäre Regierung oder nicht. Wenn nicht, dann müsse man das sagen, und der Arbeiterrat würde nach Hause gehen.

Soldatenrat Reimann, der in der Kommunistenversammlung in der Börse am Freitag sehr lebhaft für Kniefs Politik eingetreten war, meinte, das Hin- und Herpendeln habe keinen Zweck. Es könne nur ein Hüben und Drüben geben, nur eine Entscheidung nach links oder rechts. Es müsse und werde über die Forderungen abgestimmt werden.

Mitglied des Aktions-Ausschusses Ertinger beantragt, mit Rücksicht auf die draußen wartenden Massen und auf die revolutionäre Zeit zur sofortigen namentlichen Abstimmung ohne weitere Debatte zu schreiten.

Der Antrag wird angenommen.

Der Soldatenrat stimmt nicht mit.

Soldatenrat Scharrer erklärt für den Soldatenrat und die Vertrauensleute, daß beide sich der Abstimmung enthalten aus dem einfachen Grunde, weil sie nicht in der Lage wären, eine Erklärung über die Fragen abzugeben. Man mache ihnen die Abgabe einer Erklärung unmöglich, da könnten sie auch nicht die Verantwortung für die Mitbeteiligung an einer Abstimmung übernehmen, die voraussichtlich gegen ihre Ueberzeugung ausfallen werde. Der Soldatenrat und die Vertrauensleute der Garnison würden also deshalb nicht abstimmen.

Bevor der Arbeiterrat zu der Abstimmung schreitet, hört man von draußen lautes Rufen und Schreien. Einige hundert Mann sind in die Börse eingedrungen, in die große Halle und auf die Galerie. Die Erregung im Saale wächst. Mitglied des Aktions-Ausschusses Brodmerkel fordert die Arbeiterdelegation auf, die Massen zu beruhigen und ihnen mitzuteilen, daß man vor der Abstimmung stehe. Mitglied des A.-Rats Starker beantragt, der erregten Menge mitzuteilen, daß sie um 3 Uhr das Ergebnis der Abstimmung vernehmen sollte. Währenddessen geht die namentliche Abstimmung über den ersten Punkt der Forderungen vor sich; es handelt sich darum, der Arbeiterrat möge beschließen:

> Der Arbeiterrat erklärt sich gegen die Einberufung der Nationalversammlung und für die proletarische Diktatur.

Mittlerweile hat Herr Knief den Saal verlassen, um die Menge draußen zu beruhigen, während im Saale jetzt auch dringend nach baldigster Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses über den ersten Punkt der Forderungen verlangt wird. Soldatenrat Reimann wird wegen verschiedener Zwischenrufe vom Vorsitzer verwarnt; der Vorsitzer des Soldatenrats Ecks rügt diese Zwischenrufe ebenfalls.

Mitglied des A.-Rats Stockhinger meinte, die Abstimmung über die anderen Punkte erübrige sich je nach dem Ausfall des ersten Abstimmungsergebnisses. Würde der erste Punkt abgelehnt, dann betrachteten die Arbeiter ihre Mission als beendet. Die Arbeiterschaft erkenne in dem

**Arbeiterrat nur das ausführende Organ des Volkswillens.**

Der Arbeiterrat habe nur zu tun, was die Arbeiterschaft von ihm fordere. (Vorsitzer Henke ruft laut: Nein! Auch im Saal wird wieder lebhafter Protest laut.) Tue der Arbeiterrat das nicht, dann habe er das Recht verloren, sich Arbeiterrat zu nennen. (Lebhafte Unruhe.)

Vorsitzer Henke: So ist es ganz unmöglich, die Geschäfte zu führen. Die Masse draußen ist ein ganz unbestimmter Begriff. (Zuruf: Wer lebt denn von der Masse, Genosse Henke?) Ihr bietet dem Bürgertum ein schlechtes Schauspiel. (Sehr richtig!) Beweist doch, daß Ihr auch bei einer Revolution klaren Verstand behaltet. Wenn Ihr der Meinung seid, daß ich mein Amt hier nicht pflichtgemäß vertrete — ich stelle es sofort zur Verfügung. So lange ich aber hier stehe, verlange ich, daß man mir mein Amt nicht unnötig erschwert. Im übrigen verlange ich genau so viel Vertrauen wie die Mitglieder der Arbeiterdeputation. Ich stehe seit 30 Jahren in der Arbeiterbewegung. Es ist falsch, so zu handeln, wie eben hier vorgeschlagen worden ist. Es ist falsch, zum Arbeiterrat zu sagen, ihr seid Volksbeauftragte und habt nur zu tun, was die Masse draußen will. Die Masse besteht aus Unabhängigen, Linksradikalen und Mehrheitssozialisten, deren vielleicht sehr viele sind. Wo habt Ihr da die Garantie für ein einheitliches Handeln oder für ein festes Mandat? Seht nach Dresden hin, da habt Ihr ein Beispiel. (Sehr gut!) Die Dresdener haben eine Abstimmung gehabt, und da haben sich über 100 000 Mann zu den Mehrheitssozialisten bekannt. Die anderen Punkte der Kniefschen Forderungen werden vielleicht auch ganz anders beurteilt werden als die erste Forderung. Wir müssen also über alle Punkte einzeln abstimmen. Wir lassen uns nicht vorschreiben, ob wir über die Punkte einzeln oder zusammenfassend abstimmen. Darüber entscheiden wir selbst.

Inzwischen sind wieder mehr Vertreter der Arbeitermassen im Saale erschienen, und es wird gefordert, daß Henke hinausträte und das Ergebnis der Beratungen mitteile.

Mitglied des A.-Rates Ertinger, der als Schriftführer fungiert, gibt nunmehr das Abstimmungsergebnis über den ersten Punkt der Forderungen bekannt:

> Die Forderung „Keine Nationalversammlung, sondern proletarische Diktatur" ist danach abgelehnt. Abgegeben wurden 209 Stimmen, davon gegen die Forderung 97, für dieselbe 56.

56 Mitglieder haben sich der Abstimmung enthalten oder waren nicht anwesend.

Es bricht erneute Unruhe im Saale aus, namentlich unter den Mitgliedern der Arbeiterdelegation.

Vorsitzer Henke: Die erste Forderung ist also abgelehnt. Hätte man uns Zeit zur Aussprache darüber gelassen, hätte man uns die Forderung nicht in so herrischer und unumstößlicher Formulierung übermittelt, uns die Möglichkeit von Zusatzanträgen gelassen, die Abstimmung wäre sicher anders ausgefallen.

Als sich dann eine Geschäftsordnungsaussprache über die Art der Abstimmung über die weiteren Punkte entspinnen wollte, kam es zu neuen erregten Auftritten. Ein Mitglied der Arbeiterdelegation rief: Keinen Augenblick dürfe jetzt mehr gewartet werden. Er verlange im Namen von 16000 (??) draußen wartenden Arbeitern, daß Henke diesen sofort das Abstimmungsergebnis über den ersten Punkt mitteile. Herr Henke lehnte das zuerst mit der Begründung ab, daß die Delegation dieses Ergebnis den draußen Versammelten mitteilen könnte. Dem wurde aber eifrig widersprochen. Wiederholte Rufe: Henke muß raus und selbst sprechen! Ein Delegierter sagte: Wir wollen jetzt endlich Bescheid haben. Schlimm genug, daß wir hier einbrechen mußten, um den Bescheid zu holen, anstatt eingeladen zu werden. Da draußen gibt es auch hitzige Köpfe und wir können nicht garantieren, daß die Massen länger ruhig bleiben, wenn wir jetzt keinen Bescheid bekommen. Herr Henke muß herausgehen und mitteilen, was hier beschlossen worden ist und wie es steht, und daher erteile ich ihm als Beauftragter des Volkes hierzu das Wort. Die Erregung steigert sich und pflanzt sich nach draußen auf die Galerie fort, wo man sogar von Militär und Maschinengewehren sprechen hört. Von allen Seiten wird auf Herrn Henke eingeredet. Eine Frau ruft ihm zu: Wenn wir jetzt keinen Bescheid erhalten, wählen wir heute einen anderen Arbeiterrat. Nieder mit Henke! Schließlich stellte Herr Henke die Frage, ob er draußen sprechen sollte, in das Belieben der Versammlung, die ihm einstimmig zustimmte. Die Verhandlungen wurden darauf gegen 1½ Uhr unterbrochen. Der Sitzungssaal leerte sich schnell, und Herr Henke gab dann der draußen harrenden Menge die Ablehnung der ersten Forderung durch den Arbeiterrat bekannt.

Kurz nach 2 Uhr wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Die Soldatenratsmitglieder waren nicht mehr anwesend, auch mehrere Mitglieder des A.-Rates waren bereits fortgegangen. Der Arbeiterrat blieb aber beschlußfähig. Es wurde über die zweite Forderung, restlose Entwaffnung des Bürgertums und Organisation der Bewaffnung des Proletariats, abgestimmt. Zu diesem Punkte betonte Herr Henke, es wäre, wie er draußen gehört hätte, nicht so gemeint, daß nun jeder industrielle Arbeiter eine Waffe bekommen sollte. Es sollte vielmehr durch den Arbeiterrat eine Liste wirklich sozialistisch überzeugter Arbeiter aufgestellt werden, die in der Stunde der Gefahr Waffen erhalten sollten. Der Soldatenrat habe ja bereits die formelle Erklärung abgegeben, die Waffen in der Stunde der Gefahr zum Schutze der Revolution herausgeben zu wollen. Dazu müßten jetzt durch den Arbeiterrat die Vorbereitungen getroffen werden. Der Arbeiterrat müßte also die Organisation treffen, wie und an wen in der Stunde der Gefahr die Waffen verabfolgt werden sollten. (Der als einzigstes Mitglied des Soldatenrats anwesende Herr Willems bemerkt dazu: Sehr richtig!)

Die Abstimmung ergab die Annahme dieser Forderung, und zwar waren von 119 abgegebenen Stimmen dafür 100, dagegen 19 abgegeben worden.

Ebenfalls angenommen wurde die dritte Forderung, betreffend Uebernahme der Bremer Bürger-Zeitung durch den A.-Rat und Neubesetzung der Redaktion durch einen Vertreter der Unabhängigen und einen Vertreter der Kommunisten. Von 120 abgegebenen Stimmen waren 89 dafür, 31 dagegen.

Punkt 4 der Forderungen, der die unverzügliche Stellungnahme des A.-Rates verlangte, war damit erledigt.

Es wurde beschlossen, das Ergebnis der Abstimmung durch Handzettel und Plakate bekannt zu geben. Auch die Abstimmungslisten sollen vollständig veröffentlicht werden.

### Neuwahl des Arbeiterrats.

Mitglied des A.-Rats Brauckmüller stellte den Antrag, daß dem A.- und S.-Rat baldmöglichst ein Wahlreglement vorgelegt und Neuwahlen nach diesem Reglement so bald wie möglich stattfinden sollten. Neuwahlen zum A.-Rat vorzunehmen, wäre ja wohl auch der ganze Sinn der morgens stattgefundenen Demonstration gewesen.

Vorsitzer Henke stimmte dem zu und empfahl, eine Kommission von fünf Mitgliedern einzusetzen, die das Wahlreglement auszuarbeiten und bis spätestens Dienstag kommender Woche vorzulegen habe.

Der Antrag wird angenommen; in die Kommission werden die Herren Schelter, Brauckmüller, Arnold, Blanke und Ernemann gewählt.

Mitglied des A.-Rats Kerrls teilte darauf noch mit, daß die für Montag geplante Versammlung der drei sozialdemokratischen Vereine, die über die Frage der Uebernahme der Bremer Bürger-Zeitung beraten sollte, nunmehr hinfällig geworden sei. — Mehrere Wünsche, morgens oder nachmittags die Sitzungen des A.-Rats anzuberaumen, wurden dem Aktionsausschuß zur Kenntnisnahme übermittelt.

Gegen 3 Uhr schloß Herr Henke die Versammlung.

# 7. Sitzung Sonntag, den 1. Dezember 1918.

Der Vorsitzende Herr Henke eröffnete die Sitzung um 9,25 Uhr.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung

**Spesen für die Teilnehmer an den Arbeiterratssitzungen**

berichtete Herr Henke, daß der Aktionsausschuß auf den diesbezüglichen Antrag hin einen Spesensatz von 2 ℳ für die Sitzung vorschlage. Zur Kontrolle sollten in Zukunft Anwesenheitslisten geführt werden.

Die Versammlung war einverstanden und beschloß demgemäß.

Punkt 2 der Tagesordnung betraf die Erledigung einer

**Verordnung über Erwerbslosenfürsorge.**

Mitgliedes des A.-Rats Rhein erläuterte den Entwurf.

Mitglied des A.-Rats Husmann fragte an, wie es sich mit den vielen ausländischen Arbeitern verhalte, die man nicht der bittersten Not aussetzen könnte. Werden diejenigen unterstützt, die 2 Jahre in Bremen ihren Wohnsitz haben?

Mitglied des A.-Rats Hagedorn bemängelte die Sätze, die durchaus in keinem Verhältnis zu den zeitigen Löhnen ständen.

Mitglied des A.-Rats Rhein: In dem Entwurf ist nicht nur von deutschen Arbeitern gesprochen. Ausländische Arbeiter, die hier arbeitslos werden, können wir nicht ausschließen. Es handelt sich hier aber nicht um für lange Zeit Geltung habende Vorschriften. Die Praxis wird wohl bald Aenderungen ergeben. Es mußte nur schnell in dieser Frage etwas geschaffen werden. Auch die Sätze sind nicht unabänderlich. In anderen Städten sind die Sätze im allgemeinen nicht so hoch. Viel höhere Sätze als anderswo dürfen wir aber nicht ansetzen, wenn wir nicht einen ungeheuren Zustrom von Arbeitslosen nach hier haben wollen.

Vorsitzer Herr Henke machte darauf aufmerksam, daß bei der Tabakarbeiterfürsorge ausländische Arbeiter nicht ausgeschlossen seien. Die Ausländer könnten auch hier nicht ausgeschlossen sein.

Mitglied des A.-Rats Starker befürwortete, entweder die Armenunterstützung zu erhöhen oder für die Empfänger der Armenunterstützung, die äußerst gering wäre, einen Zuschuß aus der Erwerbslosenfürsorge zu gewähren. Es müßte genau Kontrolle über die Arbeit geführt werden.

Mitglied des A.-Rats Ehlers meinte, die Armenunterstützung würde in Zukunft weniger bedeutungsvoll sein, da es sich bisher hauptsächlich dabei um Arbeitslose gehandelt hätte. Die Praxis würde zeigen, ob man mit diesem Entwurf auskommen werde.

Mitglied des A.-Rats Stockhinger betonte, daß die Erwerbslosenfürsorge eine Frage dringendster Notwendigkeit wäre, da die Zahl der Arbeitslosen schon erheblich im Wachsen wäre. Viele wären bereits vertröstet worden, und der Entwurf müßte unbedingt ab Montag in Kraft treten. Er beantrage daher Schluß der Generaldebatte.

Der Antrag wurde angenommen und dann in die Spezialdebatte eingetreten.

Zu § 8 machte Mitglied des A.-Rats Lüdicke darauf aufmerksam, daß der Zentralarbeitsnachweis vor Freitag oder Sonnabend nicht in der Lage sein werde, eine ordnungsmäßige Abwicklung der Geschäfte zu besorgen.

Von mehreren Rednern wurde die unumgängliche Notwendigkeit betont, daß hierfür mit allen Mitteln gesorgt würde.

Zu § 9 wird darauf aufmerksam gemacht, daß für die Erwerbslosenfürsorge der Ausdruck „ordnungsmäßige Entlassung" nicht im militärischen Sinne ausgelegt werden kann. Es wird über die behelfsmäßig entlassenen oder bis zur endgültigen Entlassung beurlaubten Militärpersonen eine besondere Uebereinkunft mit dem Soldatenrat getroffen werden.

Der Gesetzentwurf wird in der en bloc-Abstimmung dann in der vorliegenden Fassung einstimmig angenommen.

**Gehälter für die Aktionsausschußmitglieder und die Angestellten des Arbeiterrats.**

Mitglied des Aktionsausschusses Ertinger berichtete über die Vorschläge des Aktionsausschusses. Es wird vorgeschlagen, den Mitgliedern des Aktionsausschusses

ein Monatsgehalt von 400 ℳ und eine Teuerungszulage von 150 ℳ, zusammen 550 ℳ zu gewähren, den männlichen Hilfsarbeitern ein Monatsgehalt von 250 ℳ und eine Teuerungszulage von 120 ℳ, zusammen 370 ℳ, den weiblichen Hilfsarbeitern 150 ℳ Monatsgehalt und 100 ℳ Teuerungszulage, zusammen 250 ℳ. Den gewissermaßen halb amtlich beschäftigten Personen beim Arbeiterrat, die unter Beibehaltung einer anderen Tätigkeit nur zeitweise im Arbeiterrat arbeiten, soll ein Diätensatz von 150 ℳ monatlich gewährt werden. Mittagsdiäten, die unter Umständen in Frage kommen, werden auf 4 ℳ festgesetzt; Reisediäten auf 20 ℳ pro Tag, außerdem Erstattung der Bahnfahrtkarten. — Bei den Hilfsarbeitern und den halb amtlich Angestellten wird individuelle Regelung der Gehaltsfrage nach persönlicher Leistung zugesagt.

Mitglied des A.-Rats Seitz begründet einen Antrag der Angestellten des A.-Rats auf Gewährung eines Monatsgehalts von 500 ℳ an alle Angestellten ohne Unterschied des Geschlechts. Solche Sätze wären keineswegs zu hoch.

Mitglied des Aktionsausschusses Ertinger trat diesem Antrag entgegen. Von den weiblichen Angestellten könne man nicht dieselbe Leistung verlangen wie von den männlichen. Die Gehaltsfrage der Angestellten sollte ja aber auch, wie schon betont, nach persönlicher Leistung geregelt werden. Würde man die geforderten Gehälter bewilligen, würde das einen Sturm unter allen Angestellten hervorrufen. Man lebe noch nicht in einem sozialistischen Staat und könne solche Sätze — wenn anderswo auch noch höhere Löhne gezahlt würden — nach draußen hin nicht verantworten.

In der weiteren Debatte wurde von mehreren Rednern gegen die Einführung einer Teuerungszulage gesprochen, gegen die sich auch die Arbeiterschaft wehre. Man solle den Begriff Teuerungszulage streichen und das Gehalt entsprechend erhöhen. Mehrfach wurde betont, daß es noch nicht angängig wäre, die Frauenarbeit gleich wie die männliche Arbeitsleistung zu entschädigen.

Ein Antrag auf Annahme der Vorschläge des Aktionsausschusses wurde angenommen.

## Neue Ausschüsse.

Vorsitzer Herr Henke teilte mit, daß außer den schon bestehenden vom Aktionsausschuß noch folgende neue Ausschüsse eingesetzt sind. Es sind dies Ausschüsse für Bekleidungswesen, für Volkswohlfahrt, für Staatsbetriebe, für Bildungswesen, für Presse und Nachrichtendienst, für Bau- und Wohnungswesen.

Mitglied des Aktionsausschusses Klawitter sprach als Vorsitzender des Ausschusses für das Bildungswesen kurz über das Wesen seiner Aufgabe, vor allen Dingen der Schulreform, für die er die Mitarbeit aller dabei Interessierten erbat.

Mitglied des A.-Rats Starker wünschte, daß die Kommissionsmitglieder in Zukunft vom A.-Rat selbst gewählt würden.

Vorsitzer Herr Henke betonte, daß die Kommissionen ergänzt werden könnten auch durch bürgerliche Kräfte, die über gewisse Erfahrungen und Kenntnisse auf einem bestimmten Gebiete verfügten.

Es sind vorgesehen für den Ausschuß für Bekleidungswesen die Herren Klima und Freuthal, für Volkswohlfahrt Herr Rhein, für Staatsbetriebe Herr Svenson, für Presse- und Nachrichtendienst Herr Dannat, für Bau- und Wohnungswesen Herr Göcken, für Bildungswesen Herr Klawitter. In den Ausschuß für Staatsbetriebe wird aus der Versammlung Mitglied des A.-Rats Ohm delegiert.

Es lag dann noch eine Reihe von

## Anfragen

vor. Eine derselben fragte, was der Aktionsausschuß zu tun gedenke, um Auftritte zu verhindern, wie sie in der Freitagssitzung vorgekommen seien.

Vorsitzer Herr Henke führt dazu aus, daß der Aktionsausschuß sich mit dieser Frage noch nicht befaßt hätte; er brauchte das wohl auch gar nicht. Wenn man unbedingt verhindern wollte, daß gelegentlich wieder einmal Leute in den Sitzungssaal eindrängen, dann müsse man an den Eingängen einige Leute mit Gewehren aufstellen. Das würde er aber nicht empfehlen, und er hoffe auch, daß sich so etwas, wie die Vorgänge am Freitag nicht wiederholen würde, weil sie gezeigt hätten, daß es so nicht ginge. Mancher würde sich gesagt haben, daß das Abstimmungsergebnis ein anderes gewesen wäre, wenn man Zeit gehabt hätte, die Forderungen durchzuberaten. Das hätten auch wohl die Arbeiter eingesehen.

Eine weitere Anfrage erkundigte sich danach, was der Aktionsausschuß in der Frage der Uebernahme der Bürger-Zeitung unternommen hätte.

Vorsitzer Herr Henke teilte darauf mit, daß auf Grund des Beschlusses am Freitag der Aktionsausschuß sich sehr ausführlich damit beschäftigt hätte, wie denn nun dieser Beschluß auch in die Wirklichkeit umgesetzt werden sollte. Zunächst hätte man die Redakteurfrage durchgesprochen, und Herr Knief, der bei den Beratungen anwesend gewesen wäre, hätte sich zur Uebernahme einer Redakteurstellung bereit erklärt. Bekanntlich wäre die Besetzung der Redaktion mit einem Vertreter der Linksradikalen und einem Vertreter der U. S. gefordert worden. Als Vertreter der U. S. hätte er, Redner, sich bereit erklärt, eventuell mit in die Redaktion einzutreten. Dann wäre man, nachdem diese

Frage gelöst gewesen wäre, erst zu der Hauptschwierigkeit gekommen, wie man denn nun eigentlich die Bürger-Zeitung in die Hände bekommen sollte. Man hätte wieder vor der Tatsache gestanden, daß man mit einem solchen Beschluß allein keine Zeitung übernehmen kann. Man müßte denn schon zu Zwangsmaßnahmen greifen, und das könnte nur geschehen, wenn diese Hand in Hand mit der bewaffneten Macht durchgeführt würden. Man hätte sich auch deswegen an den Soldatenrat gewandt, der aber hätte ein glattes „Nein" gesagt. Der Soldatenrat hätte bekanntlich seinerzeit beschlossen gehabt, sich auf den Boden der sozialistischen Republik zu stellen, aber er wäre nicht dafür zu haben, sich hinter irgend eine Parteirichtung zu stellen. Durch die Annahme der Arbeiterforderung am Freitag wäre nun eingetreten, daß zwei Parteirichtungen auf eine dritte einen Zwang ausüben wollten. Der Soldatenrat hätte sogar durchblicken lassen, wenn man andere Versuche machte, um sich in den Besitz der Bürger-Zeitung zu setzen, und es dabei zu Ruhestörungen käme, daß er dann sogar gegebenenfalls den Sicherheitsdienst gegen uns aufbieten würde. (Hört, hört!) Trotzdem wäre man der Meinung gewesen, alles tun zu müssen, um den Beschluß nun auch verwirklichen zu können. Da hätte man geglaubt, daß es am besten wäre, daß die Männer, die sich am entschiedensten für die Uebernahme der Bürger-Zeitung eingesetzt hätten, eine Kommission bilden und zur Bürger-Zeitung gehen sollten, um sie zu übernehmen. In diese Kommission wären dann die Herren Buchholz (Große Heiterkeit), Klimar und Manthey gewählt worden, und die Genossen hätten angenommen. Die Kommission hätte zuerst geglaubt, nicht ohne bewaffneten Schutz zur Bürger-Zeitung gehen zu können und, da die Gewehre der Soldaten dafür nicht zur Verfügung ständen, hätte man an die Schutzleute gedacht. Davon wäre man aber doch abgekommen. Die Beratungen hätten nun bis zum Abend gedauert, und die Kommission hätte da nicht mehr gehen können. Sie müßte ihr Werk also jetzt am Montag machen. So weit wäre die Angelegenheit gediehen. Wenn die Kommission ihre Aufgabe erfüllt hätte, würde man dann weiter sehen.

Mitglied des A.-Rats Arnold: Der Aktionsausschuß muß sich hinter die Kommission stellen. Wenn das Militär nicht so will, werden die Massen wollen. Herr Henke kann sich darüber beruhigen.

Vorsitzer Herr Henke verwahrte sich dagegen, daß er unruhig geworden wäre. Er müsse aber fragen, was denn unter dem Begriff „die Massen" zu verstehen wäre. Das müßte Vorredner deutlich sagen. Sonst wäre das, was er gesagt hätte, kein Schuß Pulver wert.

Mitglied des A.-Rats Buchholz wollte zu dieser Anfrage noch sprechen, wurde aber davon abgehalten.

Es lag schließlich noch ein Antrag vor, daß, um die auch im Buchdruckgewerbe drohende Arbeitslosigkeit zu verringern, sämtliche amtlichen Bekanntmachungen, nicht nur die des A.-Rats, sondern auch die der Stadt und des Staates Bremen, in allen Bremer Blättern veröffentlicht werden.

Der Antragsteller Mitglied des A.-Rats Weber begründete kurz den Antrag. Einmal bestände auch im Buchdruckgewerbe große Arbeitslosigkeit, sodann aber wäre es wünschenswert, daß die verschiedenen Bevölkerungsklassen Bremens in ihrem Blatte, das sie sich hielten, auch sämtliche amtlichen Bekanntmachungen fänden und nicht gezwungen wären, deswegen die Bremer Nachrichten zu abonnieren.

Vorsitzer Herr Henke: Der Antrag spreche von der Arbeitslosigkeit, in seiner Begründung spreche der Antragsteller aber auch vom Abonnement usw. Er fürchte, es ließe sich die Tragweite dieses Antrages nicht übersehen, und er würde empfehlen, den Antrag dem Aktionsausschuß zur Prüfung zu überweisen.

Diesem Vorschlage wurde entsprochen und darauf die Sitzung geschlossen.

# 8. Sitzung Mittwoch, den 4. Dezember 1918.

Die Vollsitzung des A.- und S.-Rats im Konventsaale der Börse wurde kurz nach 6 Uhr durch den Vorsitzenden Herrn Henke eröffnet. Zur Beratung stand der von der am Freitag voriger Woche gewählten Kommission vorgelegte

**Entwurf eines Wahlreglements**

für die Wahlen zum Arbeiter-Rat. Nach diesem Entwurf setzt sich der Arbeiter-Rat zusammen aus den gewählten Vertretern der gegen Lohn beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie aus Vertretern des sozialdemokratischen Parteivereins, der unabhängigen sozialistischen Partei, der internationalen kommunistischen Partei und der freien sozialistischen Jugendorganisation.

Wahlberechtigt sind alle Arbeiter und Arbeiterinnen, soweit sie das 18. Lebensjahr vollendet haben und freigewerkschaftlich oder politisch organisiert sind. Als politisch organisiert gelten: Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivereins, Mitglieder der unabhängigen sozialdemokratischen Partei und Mitglieder der internationalen kommunistischen Partei.

Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, wenn er das 20. Lebensjahr vollendet hat.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben wählen auf je 200 Beschäftigte einen Delegierten und einen Stellvertreter. Ist eine größere Anzahl von Beschäftigten vorhanden und ist diese nicht durch 200 teilbar, so ist für die überschießende Zahl, wenn dieselbe 100 und mehr beträgt, ein weiterer Delegierter zu wählen.

Betriebe, welche die Zahl von mindestens 100 Beschäftigten nicht erreichen, werden mit anderen Betrieben zu einem Wahlkörper vereinigt. Weiter entsendet jede der drei oben bezeichneten sozialistischen Parteien je 6 Vertreter, die freie sozialistische Jugendorganisation 3 Vertreter in den Arbeiterrat.

Geschlossene Beamtenkörper, wie Lehrer, Postbeamte, Bahnbeamte usw. können nach § 5 des Entwurfs, wenn sie durch Beschluß ihrer Versammlungen sich auf den Boden der sozialistischen Republik stellen, zum Arbeiterrat zugelassen werden, über die Zulassung selbst entscheidet die Vollsitzung.

In weiteren 10 Paragraphen wird dann die Vornahme der Wahl geregelt, die geheim erfolgt. In einem Entwurf über die Errichtung eines Geschäftsvorstandes des A.-Rates ist die Wahl eines Aktionsausschusses von 21 Personen (und 21 Stellvertretern) vorgesehen. Der Vorstand des A.-Rates soll sich aus 5 Personen zusammensetzen, die nicht dem Aktionsausschuß angehören.

Mitglied des A.-Rats Schelter berichtete über die Arbeiten der Kommission und erläuterte den vorgelegten Entwurf. Man wäre von dem Gedanken der Gleichberechtigung ausgegangen, daß nämlich alle drei hier in Bremen vorhandenen Parteiorganisationen im A.-Rat vertreten sein sollten. Die drei Parteiorganisationen könnten also 6, die freie sozialistische Jugendorganisation 3 Vertreter in den A.-Rat delegieren, die also unabhängig von jeder Wahl in den A.-Rat hineinkämen. Im übrigen wäre man betreffs der Zusammensetzung des A.-Rats von dem Gedanken ausgegangen, daß der A.-Rat auch wirklich ein A.-Rat sein sollte. Daher könnte man auch nicht empfehlen, die Beamten ꝛc. ohne weiteres zuzulassen. Beamtenvereinen, die sich auf den Boden der sozialen Republik stellten, bliebe es unbenommen, einen Antrag auf Delegation eines Vertreters in den A.-Rat zu stellen; die Entscheidung darüber läge aber beim A.-Rat selbst. Weiter erläuterte Redner an Hand der einzelnen Paragraphen den Wahlvorgang selbst.

Vorsitzer Herr Henke sprach der Kommission den Dank für ihre schnelle Arbeit aus und ließ dann in die Generaldebatte über den Entwurf eintreten.

Mitglied des A.-Rats Kurz meinte, man könnte schneller, billiger und praktischer zur Neuwahl eines A.-Rats kommen, wenn dieser durch die Gewerkschaften gewählt würde

Mitglieder des A.-Rats Peine fragte, warum man nicht einen einheitlichen Wahlmodus eingeführt hätte. Die Verschiedenartigkeit der Wahl würde allerlei technische Schwierigkeiten mit sich bringen. Auch müßte die Zahl der Wähler in eine genauere und festere Beziehung zu der Zahl der Gewählten gebracht werden. Er beantrage daher einen geschlossenen Wahlkörper, den man etwa folgendermaßen umfassen könnte: die Gesamtheit der in den bremischen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinen, die der reichsgesetzlichen Krankenversicherung unterstehen, sind Wahlkörper. Redner trat weiter dafür ein, daß auch die in den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften organisierten Leute wahlberechtigt sein müßten, und empfahl für das aktive und passive Wahlrecht ein Wahlalter von 20 Jahren, damit man nicht sagen könnte, der Arbeiterrat wäre von Lehrlingen gewählt.

Er berührte verschiedene Wahlfragen technischer Natur, wie sie sich aus dem vorgeschlagenen Entwurf ergeben und empfahl dann nochmals seinen Vorschlag allgemeiner, einheitlicher Wahlen nach Parteigruppen; durch die Parteiorganisationen selbst sollten dann auf Grund des Proporzes die Delegierten bestimmt werden.

Mitglied der Wahlreglements-Kommission Breitmeier erwiderte, niemand hätte das Recht zu wählen, der nicht auf dem Boden der sozialistischen Republik stände. Alle zweifelhaften Elemente müßten ausgeschaltet werden und damit der bürgerlichen Gesellschaft von vornherein gesagt werden, daß man fortan die Dinge so gestalten würde, wie sie für die Arbeiterschaft am besten wären. In diesem Sinne hätte sich die Kommission ganz richtig etwas von dem Geiste der proletarischen Diktatur leiten lassen.

Mitglied des A.-Rats Stockhinger trat gegen die Einbeziehung der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften auf. Man hätte schon durch die drei vorhandenen Parteirichtungen genügend Zwistigkeiten gehabt.

Mitglied des A.-Rats Starker meinte, Leute, die hierher gewählt werden sollten, müßten das Vertrauen der sozialistisch organisierten Arbeiterschaft haben. Leute wie Warncke, der am Dienstag abend im Casino gesprochen hätte, könnte man im A.-Rat nicht gebrauchen.

Mitglied des A.-Rats Opfermann trat dafür ein, daß die Mitglieder des christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften ebenfalls wahlberechtigt sein müßten. Während des Krieges hätte die Arbeitsgemeinschaft mit diesen Gewerkschaften manch schönen Erfolg gezeitigt. Jeder Zwang, irgendeiner Partei oder Gewerkschaft angehören zu müssen, um wählen zu können, müßte fortfallen. Die Gewerkschaftsrichtungen in dem Sinne, wie sie augenblicklich beständen, wären überlebt. Man müßte die Einheitsorganisation anstreben. Er wandte sich weiter gegen die Wahl nach Parteigruppen und trat für ein Wahlalter von achtzehn Jahren ein.

Mitglied des A.-Rats Breitmeier betonte, daß sich gerade durch die Betriebswahlen das beste Bild von der wahren Stimmung der Arbeiterschaft gewinnen ließe. Die Wahlen zum Arbeiterrat müßten in gewissem Sinne unter dem Zeichen einer proletarischen Diktatur stehen; man könne hier nicht eine Nationalversammlung im Kleinen schaffen wollen, wie es der Genosse Peine beabsichtigt.

Mitglied des A.-Rats Seitz wandte sich auch gegen eine Demokratisierung der Wahlen zum Arbeiterrat. In Lohnfragen ergäbe sich viel leichter ein Zusammengehen der freien Gewerkschaften mit den christlichen und Hirsch-Dunckerschen, als in der Frage auf die es hier ankäme, nämlich der der sozialistischen Republik.

Mitglied des A.-Rats Klenke fragte, wie man sich die Betriebswahlen z. B. im Küpergewerbe oder bei den Schiffern dächte. Er trat auch für einen geschlossenen Wahlkörper ein, als dessen Grundlage man die Reichsversicherungskarte sehr wohl annehmen könnte.

Mitglied des Aktionsausschusses Brodmerkel führte aus, der Vorschlag Peines lief darauf hinaus, den Arbeiterrat als Träger der Revolution zu verwässern. Von einer Diktatur des A.-Rates hätte man hier noch nichts gemerkt. Der Arbeiterrat hätte viel Konzessionen gemacht, und es wäre tatsächlich bereits so, daß dadurch die Revolution statt vertieft nur verwässert worden wäre. Viel mehr diktatorisch wäre der Soldatenrat aufgetreten (Widerspruch bei den Soldaten), der die Offiziere nach Hause geschickt hätte. Er verlangte eine bessere Sicherung der Vertretung der Handwerksgesellen im Arbeiterrat und schlug vor, den Entwurf nochmals an die Kommission zurückgehen zu lassen, damit diese die aus der Debatte gewonnenen Anregungen verwerten könnte.

Mitglied des A.-Rats Chemnitzer trat für allgemeine Wahlen nach der Parteirichtung ein. Auch die Mehrheitssozialisten wollten die Revolution fördern. Jeder Arbeiter müßte das Recht zu wählen haben.

Mitglied des A.-Rates Schindelhauer wollte das Wahlrecht der Angestellten in den Großbetrieben besser verankert sehen. Bei den Hansa-Lloydwerken hätten sich am ersten Tage der Revolution die Angestellten mit den Arbeitern solidarisch erklärt. Unter der nichtorganisierten Arbeiterschaft wären viel radikalere Elemente als unter der organisierten. Auch diese müßte man sich zu Nutze machen.

Mitglied des Aktionsausschusses Klawitter widersprach dem Vorredner. Auf solche Wirrköpfe, die heute noch nicht wüßten, wohin sie gehörten, würde man gern verzichten. In nicht allzu ferner Zeit würde man die Nationalversammlung haben. In dem bis dahin gehenden Interregnum dürfte man keine Leute in den Arbeiterrat aufnehmen, die mit dem, was man erreichen wollte, nicht einverstanden wären. Bis dahin müßte man unter sich sein, um wenigstens einen Teil von dem schon zu verwirklichen, was man sich zum Ziel gesteckt hätte.

Mitglied des A.-Rates Deichmann unterstützte den Vorschlag Peines. Das vorgelegte Wahlreglement wäre zu kompliziert und dabei auch in gewissem Sinne (§ 5) unkonsequent. Die Furcht vor den nichtorganisierten Wählern wäre ihm unverständlich. Redner beantragte eine prinzipielle Entscheidung durch Abstimmung über ein Betriebswahlrecht und daneben ein Berufswahlrecht, wie der Entwurf es vorschlüge, oder ein allgemeines, proportionelles Wahlrecht der gesamten Arbeiterschaft nach Parteirichtungen. Man

müßte endlich Klarheit darüber gewinnen, wie die Anschauungen der Mehrheit der bremischen Arbeiterschaft nun eigentlich wären. Wenn gesagt würde, daß die Mehrheitssozialisten nur Offiziere darstellten, die keine Soldaten hinter sich hätten, dann brauchte man dieses Proportionswahlrecht ja nicht zu scheuen. Im allgemeinen würden sie auch wohl in der Minderheit sein. Daher sollte man allgemeine Wahlen ausschreiben und im Verhältnis der für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen deren Vertreterzahl für den A.-Rat festsetzen.

Vorsitzer Herr Henke: Der Entwurf und die dazu gemachten Vorschläge usw. bedürften noch einer reiflichen Ueberlegung und Prüfung. Deshalb aber könnte er auch eine prinzipielle Abstimmung über die Frage, Betriebswahlrecht oder allgemeines Wahlrecht, nicht gutheißen, die bindend sein würde. Die prinzipielle Entscheidung wäre die wichtigste. Der Antrag Peine wäre jedenfalls reiflich überlegt gewesen, und da müßte auch die Gegenseite, die dazu noch keine Gelegenheit gehabt hätte, Zeit zur genauen Prüfung und Durchberatung dieser Frage haben. Man sollte auch nicht vergessen, daß tatsächlich die große Masse der nicht organisierten Arbeiter eine bedeutungsvolle Rolle spielen könnten, auch wenn sie so unreif handelte, wie hier zum Teil angenommen würde. Jede Bewegung hätte ihre verschiedenen Richtungen, und es wäre schwer, abzuschätzen, welches der wertvollste Teil einer Bewegung wäre. Der radikalere Teil wäre gewöhnlich derjenige Teil, der dafür sorgte, daß die Bewegung nicht einschliefe. Das müßte so sein, und wie der überlegende und besonnere Teil, so hätte auch dieser Teil seine Berechtigung. Ob man also ein Wahlreglement schaffen sollte, das alle Arbeiter oder nur die politisch oder gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zur Wahlurne zuließe, wäre eine Frage von großer Wichtigkeit und Bedeutung, über die man eine prinzipielle Entscheidung besser nicht sofort vornähme. In Rußland wüden die Sowjets auch von den Delegierten der Betriebe geschickt und dadurch das revolutionäre Fühlen und Denken der in den Großbetrieben unter der Knechtschaft des Kapitalismus zusammengepferchten Arbeitermassen am besten nutzbar gemacht. Das wäre ein wesentliches Moment zugunsten der Betriebswahlen. Weiter trat Redner für die Festsetzung eines Alters von 18 Jahren sowohl für das passive als auch für das aktive Wahlrecht ein.

Mitglied des A.-Rates Bell beantragte um 8½ Uhr Vertagung, die mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Die Anberaumung der nächsten Sitzung wurde dem Aktionsausschuß überlassen.

# 9. Sitzung Montag, den 9. Dezember 1918.

Die Sitzung wurde an Stelle des abwesenden Herrn Henke von dem Mitglied des Aktionsausschusses Herrn Brodmerkel geleitet. Bevor in die Beratung des ersten Punktes der Tagesordnung:

**Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft**

eingetreten wurde, gab der Vorsitzende des Soldatenrats, Herr Ecks, namens des Soldatenrats eine Erklärung ab, in der er beantragte, diesen Punkt solange von der Tagesordnung abzusetzen, bis die Neuwahl des Arbeiterrats stattgefunden hätte. Wenn man damit nicht einverstanden wäre, würden die Soldaten sich der Abstimmung enthalten.

Ueber die Vorverhandlungen zu dieser Frage berichtete dann das Mitglied des Aktionsausschusses Ertinger. Er führte aus, daß man endlich Klarheit schaffen müßte. Der Zustand, wie er jetzt bestünde, wäre ein Zwitterding. In seiner ganzen Arbeit hätte der Aktionsausschuß bis jetzt verwaltungstechnische und politische Hemmschuhe gehabt, die jetzt beseitigt werden müßten. Der Senat wäre in der letzten Sitzung des Zwölferausschusses damit hervorgetreten, daß wichtige Gesetzesvorlagen da wären, die unbedingt vor Abschluß dieses Jahres verabschiedet werden müßten. So kämen ein Gesetz über die Steuerverjährung in Frage, ein Gesetz über eine einmalige Vermögensabgabe, besonders aber dann die Fragen der Beschaffung von neuen Geldmitteln für die Erwerbslosenunterstützung usw. Die ganzen Budgets reichten nicht mehr aus und es müßten Nachbewilligungen erfolgen. Der Senat hätte seinerzeit den Vorschlag gemacht, Senat und Bürgerschaft als gesetzgebende Körperschaft wieder einzusetzen unter dem Vetorecht des A.- und S.-Rates. Es würde sich danach darum handeln, daß die Bürgerschaft nur als gesetzgebender Faktor in Frage käme und nur über Finanzfragen zu bestimmen haben sollte. Der Zwölferausschuß sollte darüber entscheiden, was vor das Plenum der Bürgerschaft gebracht werden sollte. Die A.- und S.-Räte hätten sich bisher auf den alten bürgerlichen Rechtsboden gestellt und wären daher nur eine Karikatur der russischen A.- und S.-Räte. Auf die Halbheit paßte der Senatsvorschlag recht gut. Unter solch einer Halbheit ließe sich aber

schwer arbeiten. Es müßte jetzt heißen: Senat nnd Bürgerschaft oder Arbeiter- und Soldatenrat?

Diesen Ausführungen des Herrn Ertinger, die in der Debatte verschiedentlich als unbestimmt bezeichnet wurden, trat zuerst von den Mehrheitssozialisten Herr Rhein entgegen. Die Mehrheitssozialisten hätten dieses Kriterium schon damals kommen sehen und seinerzeit von einer Absetzung des Senats und der Bürgerschaft abgeraten. Er betonte die Schwierigkeit, den Verordnungen und Verfügungen des A.- und S.-Rates Gesetzeskraft zu verleihen, und wies vor allen Dingen auf die Unmöglichkeit hin, Anleihen des A.- und S.-Rates unterzubringen. Der Vorschlag des Senats bewiese, daß es Senat und Bürgerschaft, die nur gesetzgeberische und finanzielle Fragen erledigen sollten, nicht darauf ankäme, wieder die politische Macht zu erlangen, sondern daß ihnen lediglich daran läge, die Staatsmaschine im Gange zu erhalten.

Diese Ausführungen des Herrn Rhein wurden unterstützt durch die Herren Dammer, Sommer, Deeters und Peine, von denen der erstere ausführte, daß die Vernunft siegen würde, ganz gleich, wie der A.- und S.-Rat beschließen wollte. Schon jetzt wären 3000 Arbeitslose in Bremen und in den nächsten Tagen würden es bedeutend mehr sein. Um die Arbeitslosen unterzubringen, wären bereits 2½ Millionen Mark aufgenommen und es müßten noch bedeutend mehr Gelder für diesen Zweck aufgenommen werden müssen. Kein Kapitalist der Welt aber würde auf eine Anleihe des A.- und S.-Rates Geld hergeben. Wenn man bedenke, daß die Reichsmark im Ausland jetzt 42 ℌ gelte, und wenn man in Betracht zöge, welche Schwierigkeiten die Reichsregierung hätte, um überhaupt noch im Ausland Kredit zu bekommen, wenn man weiter bedenke, daß Großhandel und Großkapital ihren Kredit im Ausland unbedingt aufrecht erhalten müßten, dann müßte man sich sagen, daß die A.- und S.-Räte in den finanziellen Fragen durchaus keine gesicherte Machtstellung einnähmen. Es ginge also gar nicht anders, wie es vorgeschlagen wäre.

Herr Peine unterstrich diese Tatsachen ebenfalls und wies in Zurückweisung von Angriffen auf die Mehrheitssozialisten darauf hin, daß eigentlich auch Herr Henke für diese Vorlage hätte eintreten müssen, der sie im Aktionsausschuß befürwortet hätte. Die Mehrheitssozialisten hätten diese Frage gar nicht aufs Tapet gebracht.

Gegen die Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft sprach sich Herr Klawitter aus. Was da vorgeschlagen wäre, das bedeutete nichts anders, als daß man einen Rückzug machen sollte. Das Vetorecht wäre Mumpitz. Die gesetzgeberische Gewalt wäre jetzt einfach auf den A.- und S.-Rat übergegangen, und dieser würde schon die Kraft haben, seine Beschlüsse in die Wirklichkeit umzusetzen. Wenn die Deputationen, die ja weiter funktionieren, wichtige Vorlagen hätten, dann möchten sie hierher kommen und sie dem A.- und S.-Rat vorlegen. Der A.- und S.-Rat wäre in die vollen Rechte der Bürgerschaft eingetreten, und dabei müßte es bleiben. Man wolle abwarten, was daraus werde, und sehen, ob dem A.- und S.-Rat nicht die Mittel genau so zur Verfügung ständen, als wenn die Bürgerschaft hier säße. Was die Beschaffung der Gelder anlange, so würde man auch die zu beschaffen wissen. Man wüßte, wo die Banken stünden und die Kapitalisten säßen, und würde einfach hingehen und es holen.

Herr Ertinger vom Aktionsausschuß betonte in der Debatte dann noch einmal, daß, wenn man die Karikatur der A.- und S.-Räte, wie er sie geschildert hätte, beibehalten und auf dem alten Rechtsboden weiter arbeiten wollte, die Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft notwendig wäre. Wollte man das nicht, dann bedeutete das einen Schritt, über den man sich klar sein müßte. Es wäre leicht, den A.- und S.-Rat zu behalten und als Kontrollinstanz auf dem alten Rechtsboden weiter arbeiten zu lassen. Es gäbe ja auch eine proletarische Vernunft. Der Weg wäre schwer, aber es könnte nur heißen: Senat und Bürgerschaft oder Arbeiter- und Soldatenrat, das heißt Diktatur des Proletariats.

Für diese Diktatur des Proletariats und demnach gegen die Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft traten noch die Mitglieder des A.-Rates Manthey, Breitmeier, Starker, der heftige Angriffe gegen die Mehrheitssozialisten vorbrachte und sie des Verrats an der Revolution bezichtigte, Brodmerkel und Heibel ein. Herr Breitmeier bestätigte ebenfalls, daß Herr Henke im Aktionsausschuß betont hätte, daß die Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft aus finanziellen Gründen notwendig wäre.

Der Vorsitzer des Soldatenrats Herr Ecks wandte sich in einer persönlichen Erklärung ebenfalls gegen den Antrag auf Wiedereinsetzung. Wenn er gewußt hätte, daß die Revolution gemacht worden wäre, um 8 oder 14 Tage später mit der Reaktion einen Geburtstag der neuen Reaktion zu feiern, dann hätte er es abgelehnt, die Revolution überhaupt zu machen. Mit demselben Recht, wie einige sagten, Senat und Bürgerschaft müßten wieder eingesetzt werden, um die Revolution finanziell zu sanktionieren, mit demselben Recht könnten alle bürgerlichen Parteien kommen und sagen, wir müssen unsern Wilhelm wieder haben, um das Deutsche Reich existenzfähig zu machen. Und wenn jetzt Leute kämen, die nicht mehr ein und aus wüßten, dann wären die unfähig, als Leiter der Revolution zu gelten. Das wären Schafsköpfe, und Schafsköpfe könnte man nicht gebrauchen. Die sollten weggehen und anderen Platz machen. In Hamburg hätte man acht oder vierzehn Tage nach der

Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft versucht, den A.- und S.-Rat abzuputschen und ins Gefängnis zu werfen. Auch hier würde man sein blaues Wunder erleben. Die Soldaten würden sich auch nicht scheuen, da hineinzugehen, wo sie das Geld wüßten, und es zu holen, wenn sie es brauchten.

Nach zweieinhalbstündiger, teilweise erregter Debatte kam es dann zur Abstimmung, die namentlich vorgenommen wurde; inzwischen hatten sich die Soldatenratsmitglieder zu kurzer Beratung über die die Frage, ob sie sich doch an der Abstimmung beteiligen sollten, zurückgezogen. Das Ergebnis war, daß die Soldatenratsmitglieder geschlossen gegen den Antrag stimmten, der so mit 173 gegen 34 Stimmen abgelehnt wurde.

Ein Antrag Deeters, den Aktionsausschuß zu beauftragen,

sofortige Neuwahlen für die Bürgerschaft unter Zugrundelegung des gleichen, allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts auszuschreiben,

wurde nach kurzer Debatte mit allen Stimmen gegen die des Antragstellers abgelehnt.

Als Herr Deeters bei Einbringung seines Antrages einmal von dem großen deutschen Vaterlande sprach, erhob sich großer Lärm, worauf Herr Deeters rief: Ein Lump, wer kein Vaterland hat! Gleich danach wurde dem Vorsitzenden mitgeteilt, daß für die Arbeiterratsmitglieder und deren Frauen Karten zu dem morgigen Empfang der 213er auf dem Marktplatz zur Verfügung ständen. Im Anschluß an diese Mitteilung sah sich der Vorsitzende des Soldatenrats Herr Ecks zu folgender geschäftsordnungsmäßigen Erklärung veranlaßt: Der Vorredner hat gesagt: Wer kein Vaterland hat, ist ein Lump. Ich glaube, es sind auch morgen zu dieser Feier Lumpen eingeladen worden.

# Vollsitzung des Bremer Arbeiter- und Soldatenrates

## am 13. Dezember 1918 im Konventsaale der Börse.

## Tagesordnung:

1. Wahl von zwei Delegierten zur Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands.
2. Fortsetzung der Beratung des Wahlreglements.
3. Verschiedenes.

## Entwurf der Kommission für Ausarbeitung eines Wahlreglements.

§ 1.

Der Arbeiterrat ist die durch die Revolution geschaffene Vertretung derjenigen Volkskreise, welche die sozialistische Republik anstreben. Er setzt sich zusammen aus den gewählten Vertretern der gegen Lohn beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie aus Vertretern des sozialdemokratischen Parteivereins, der unabhängigen sozialistischen Partei, der internationalen kommunistischen Partei und der freien sozialistischen Jugendorganisation.

§ 2.

Wahlberechtigt sind alle Arbeiter und Arbeiterinnen, soweit sie das 18. Lebensjahr vollendet haben und freigewerkschaftlich oder politisch organisiert sind. Als politisch organisiert gelten: Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivereins, Mitglieder der unabhängigen sozialdemokratischen Partei und Mitglieder der internationalen kommunistischen Partei.

§ 3.

Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, wenn er das 20. Lebensjahr vollendet hat.

§ 4.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben wählen auf je 200 Beschäftigte einen Delegierten und einen Stellvertreter. Ist eine größere Anzahl von Beschäftigten vorhanden und ist diese nicht durch 200 teilbar, so ist für die überschießende Zahl, wenn dieselbe 100 und mehr beträgt, ein weiterer Delegierter zu wählen.

Betriebe, welche die Zahl von mindestens 100 Beschäftigten nicht erreichen, werden mit anderen Betrieben zu einem Wahlkörper vereinigt. Weiter entsendet jede der drei oben bezeichneten sozialistischen Parteien je 6 Vertreter, die freie sozialistische Jugendorganisation 3 Vertreter in den Arbeiterrat.

§ 5.

Geschlossene Beamtenkörper, wie Lehrer, Postbeamte, Bahnbeamte ꝛc. können, wenn sie durch Beschluß ihrer Versammlungen sich auf den Boden der sozialistischen Republik stellen, zum Arbeiterrat zugelassen werden. Ueber die Zulassung selbst entscheidet die Vollsitzung.

§ 6.

Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt in Betrieben mit über 100 Beschäftigten in Betriebsversammlungen. Es sind in der Regel die doppelte Anzahl von Kandidaten aufzustellen, als Delegierte zu wählen sind. Im äußersten Falle darf die dreifache Zahl von Kandidaten aufgestellt werden, als Delegierte zu wählen sind. Es muß dann aber jede Parteirichtung gleich vertreten sein.

In Betrieben mit über 2000 Beschäftigten ist es statthaft, daß die Kandidaten in einer Vertrauensmännersitzung aufgestellt werden.

Die Aufstellung von Kandidaten in Ressortversammlungen ist nicht zulässig.

In allen Betrieben mit weniger als 100 Beschäftigten können weder Kandidaten aufgestellt noch Delegierte gewählt werden.

Für diese Betriebe werden vom Wahlvorstand Wahlversammlungen einberufen, in welchen die Kandidaten aufgestellt werden.

§ 7.

Die Wahl der Delegierten erfolgt in Betrieben mit über 100 Beschäftigten im Betrieb.

Alle übrigen Wahlberechtigten wählen in den zuständigen Wahllokalen.

Die Wahl der Delegierten selbst ist in allen Fällen geheim und erfolgt per Stimmzettel unter Aufsicht des in den Wahlversammlungen gewählten Wahlkomitees von drei Personen.

In größeren Betrieben kann die Wahl an mehreren Orten gleichzeitig vorgenommen werden. Es muß aber für jeden Wahlort ein besonderes Wahlkomitee von drei Personen vorhanden sein.

An allen Wahlorten sind die Kandidaten durch eine Liste bekannt zu machen. In Betrieben mit mehreren Wahlorten müssen die Listen immer dieselben sein und die Namen aller Kandidaten tragen.

Auf den Listen, sowie auf den Stimmzetteln ist die Bezeichnung der Parteirichtung zulässig.

§ 8.

Jeder Wahlberechtigte erhält bei der Abgabe der Stimmzettel einen Stempel in sein Mitgliedsbuch der Gewerkschaft oder einen der oben bezeichneten Parteiorganisationen. Dem Mitgliedsbuch gleich zu achten ist ein mit dem Stempel versehener Ausweis der Gewerkschaften oder der drei bezeichneten Parteien.

Die Beiträge müssen bis 1. September 1918 bezahlt sein.

§ 9.

Nach Beendigung der Wahl zählt das Wahlkomitee die Stimmzettel. Es gilt der oder diejenigen als gewählt, welche die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Die nächstfolgenden gelten als Ersatzmänner. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§ 10.

Von dem Wahlkomitee ist dem gewählten Delegierten nach Beendigung der Wahl ein Mandat auszustellen, auf welchem die genauen Personalien, sowie die Anzahl der abgegebenen Stimmen anzugeben sind. Das Mandat ist von den drei Mitgliedern des Wahlkomitees zu unterzeichnen.

§ 11.

Ungültig sind alle Stimmzettel:

1. Wenn mehr Namen darauf stehen als Delegierte zu wählen sind.
2. Unbeschriebene Stimmzettel.
3. Wenn anstatt des Namens Bemerkungen auf dem Stimmzettel stehen.
4. Wenn mehrere Stimmzettel ineinander gefalzt sind.
5. Wenn Namen auf dem Stimmzettel stehen, die nicht auf der Kandidatenliste sind.

§ 12.

Beim Ausscheiden eines Arbeiterratsmitgliedes tritt der Reihenfolge nach derjenige Ersatzmann in Funktion, welcher die meisten Stimmen auf sich vereinigt und der gleichen Parteirichtung angehört als der Ausgeschiedene.

§ 13.

In allen Betrieben und Wahllokalen findet die Wahl zu gleicher Zeit statt.

§ 14.

Die gesamte Wahl wird von einem aus 7 Personen bestehenden Wahlvorstand geleitet.

§ 15.

Wahlproteste müssen sofort unter Angabe der Gründe und unter Beibringung der Stimmzettel dem Wahlvorstand unterbreitet werden, der evtl. eine Neuwahl anzuordnen hat.

## Entwurf über die Errichtung eines Geschäftsvorstandes des Arbeiterrats.

### A. Aktionsausschuß:

Als Verwaltungskörper wählt der Arbeiterrat aus seiner Mitte einen Aktionsausschuß von 21 Personen, sowie 21 Stellvertreter.

### B. Vorstand:

Um dem Aktionsausschuß ein ungestörtes Arbeiten zu ermöglichen uud um die Geschäfte des Arbeiterrats pünktlich zu erledigen, wird ein Vorstand von 5 Personen aus der Mitte des Arbeiterrats gewählt. Derselbe besteht aus einem 1. und einem 2. Vorsitzenden, einem Schriftführer und zwei Beisitzern.

Die Aufgaben des Vorstandes sind:

Einberufung und Leitung der Vollsitzung des Arbeiterrates.

Alle Anträge und Vorlagen des Aktionsausschusses dem Arbeiterrat zu unterbreiten.

Alle Anträge und Beschlüsse des Arbeiterrats dem Aktionsausschuß znr Erledigung überweisen.

Alle Bekanntmachungen des Aktionsausschusses, sowie der Unterausschüsse gehen durch die Hände des Vorstandes. Der Vorstand hat dieselben in der Presse, durch Anschlag oder sonst geeignete Weise bekannt zu machen. An den Sitzungen des Aktionsausschusses nimmt der Vorstand mit beratender Stimme teil.

Mitglieder des Vorstandes dürfen nicht Mitglieder des Aktionsausschusses sein.

Vorsitzer Herr Henke: Ich eröffne die heutige Sitzung. Ich darf annehmen, daß Ihnen die Tagesordnung bekannt ist, möchte sie aber doch noch einmal verlesen. (Geschieht.) Ich habe dann noch einen Punkt zur Verhandlung gestellt, der heute im Aktionsausschuß beraten worden ist. Wenn Zeit dazu ist, wird sich die Gelegenheit dazu wohl noch bieten. Es sind einige Anfragen eingereicht worden, auf die ich nachher zurückkommen werde.

Wir kommen zum ersten Punkt der Tagesordnung: Wahl von zwei Delegierten zur Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte. Ich nehme an, daß bekannt ist, daß diese Konferenz am 16. Dezember stattfinden soll und zwar in Berlin, und ich nehme an, daß allgemein bekannt ist, daß der Soldatenrat hier in Bremen zwei Delegierte zu entsenden hat, daß wir demgemäß auch in der Lage sind, zwei Delegierte zu entsenden, weil nach dem Reglement, das seinerzeit vom Vollzugsrat der Soldatenräte in Berlin festgestellt worden ist, auf 200 000 Seelen ein Delegierter kommt. Da nun anzunehmen ist, daß für jede angefangene 200 000 ein weiterer Delegierter in Frage kommt, was ja bei uns der Fall ist, so hätten wir also zwei Vertreter zu entsenden. Der Soldatenrat hier hat einen Antrag angenommen, der abzielt auf die Einsetzung eines Reichssoldatenrats. Mir sind bisher Anträge für diese Reichskonferenz nicht zugegangen, die hier etwa zur Erörterung kämen. Haben die Genossen irgend einen Antrag? Wenn nicht, dann bitte ich um Vorschläge für die Delegation.

Zurufe: Henke, Frasunkiewicz, Manthey, Deichmann, Dammer.

Vorsitzer Herr Henke: Ich bin nicht in der Lage, eine Delegation annehmen zu können, da ich anderweitig an dem Tage zu tun habe. Es kämen also in Betracht Manthey, Frasunkiewicz, Deichmann, Dammer. Erfolgen weitere Vorschläge? Wenn nicht, dann schreiten wir zur Abstimmung. Es handelt sich um vier Vorschläge. Die Abstimmung ist durch Stimmzettel vorzunehmen. Es sind beide Namen auf einen Stimmzettel aufzuschreiben.

Wir können, bis die Stimmzettel ausgezählt sind, ja schon in den zweiten Punkt der Tagesordnung eintreten. Ich darf doch annehmen, daß allgemein bekannt ist, was auf der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte vor sich gehen soll? (Zuruf.) Ich kann ja die Tagesordnung verlesen. (Geschieht.) Ich nehme an, daß Sie davon Abstand nehmen wollen, über die einzelnen Punkte dieser Tagesordnung noch in die Diskussion einzutreten. Das würde zu weit führen. Es ist für uns ja noch eine umfangreiche Tagesordnung vorhanden, die bis 10 Uhr erledigt sein soll. Wir treten also in Punkt 2 unserer Tagesordnung ein: Fortsetzung der Beratung des Wahlreglements.

Herr Starker zur Geschäftsordnung: Es ist das letzte Mal eine Rednerliste eingerichtet worden, nach der wir uns auch heute richten sollten.

Vorsitzer Herr Henke: Es sind noch einige Anträge eingegangen von Deichmann und Seitz.

Herr Brodmerkel verliest diese Anträge.

Vorsitzer Herr Henke: Ueber Einzelheiten können wir ja nachher bei der Spezialdebatte reden. Jetzt treten wir in die Generaldebatte ein. Die Rednerliste der vorigen Sitzung liegt nicht vor. Ich meinte, daß sie der zweite Vorsitzende mitgebracht hätte. Sie müssen entschuldigen, ich habe sie nicht. Es bleibt nichts übrig, als daß die Genossen sich aufs neue zum Wort melden.

Herr Seitz: Parteigenossen! Wir haben die Zeit, die wir übrig hatten zwischen der letzten Beratung und der heutigen, ausgenutzt, wir von der kommunistischen Partei. Wir haben uns im großen und ganzen mit dem Entwurf der Kommission einverstanden erklärt. Wir haben nur einige Aenderungen einzelner Paragraphen vorgenommen, und wir haben uns auch auf Anträge geeinigt, die eben verlesen worden sind, und die ich deshalb nicht zu wiederholen brauche. Für uns ist es nicht mehr Zeit, viele Worte zu machen, wir wollen auch endlich Taten sehen. Der neue Arbeiterrat Bremens soll so schnell wie möglich zusammenberufen werden. Wir aber sehen, daß unsere Beratungen immer und immer wieder vertagt werden. Es sind bald 14 Tage seit der letzten Demonstration verflossen, in der die schleunige Neuzusammensetzung des Arbeiterrats verlangt wurde, und auch heute ist noch nicht vorauszusehen, ob unser Wahlreglement verabschiedet wird. Wir schlagen Ihnen deshalb vor, den Entwurf der Kommission mit unseren Abänderungen anzunehmen. Parteigenossen! Wir haben den § 3 streichen lassen, der lautet: Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, wenn er das 20. Lebensjahr vollendet hat. Wir haben es deshalb getan, weil der § 2 nach unserm Vorschlage lautet: Wahlberechtigt und wählbar ist jeder vom 18. Lebensjahre an. Wir konnten nicht einsehen, warum, wenn jemand vom 18. Jahre schon wählen kann, er nicht auch schon gewählt werden darf. Bei § 4 möchten wir eingeschaltet wissen, daß auch die Syndikalisten das Wahlrecht haben sollen. Auch dies sind vorwärts strebende Elemente; wenn es auch keine rein sozialistischen Elemente sind, so stehen wir doch mit ihnen auf dem Boden des Vorwärtsstrebens. Auch sie wollen, was wir wollen, haben dann aber ein weiteres Ziel. Diese Syndikalisten, die auch ein hohes Ziel verfolgen, wollen wir nicht ausschalten, denn sie sind für uns doch wertvoller, als solche Parteien, die uns entgegen sind. § 5 schlagen wir vor, zu streichen. Denn es ist ein Unding, wenn in einer Versammlung von 800 Staatsbeamten etwa 450 sich mit uns auf den gleichen Boden stellen und

350 gegen uns sind, die sodann auch das Wahlrecht hätten. Auch solche Beamte bekämen dadurch ein Wahlrecht, die sich nicht auf unsern Boden stellen. Wenn sie sich aber auf unsern Boden stellen und sich politisch organisieren wollen, dann steht ihnen das ja frei, und es wird ihnen ja auch wohl kaum etwas anderes übrig bleiben, wenn sie ihre Lohnforderungen durchdrücken wollen, als sich freigewerkschaftlich zu organisieren. In § 6 wollen wir nur die Zahl 100 in 150 umgeändert wissen und zwar deswegen, weil sonst der Arbeiterrat viel zu groß würde. Aus rein taktischen Gründen wollen wir die Zahl 150. Dasselbe gilt für § 7, Absatz 1. Auch wir waren uns darüber einig, daß die Wahlkommission sehr schnell gearbeitet hat und auch zu unserer Zufriedenheit. Auch wir danken deshalb der Wahlkommission, daß sie es so schnell ermöglicht hat, ein Wahlreglement auszuarbeiten. Dann habe ich noch eine Bitte an Sie: Beschleunigen Sie das Wahlreglement nach Möglichkeit und auch die Neuwahlen, damit sie noch vor Weihnachten stattfinden können. Die Arbeiter sind unwillig darüber, daß die Sache so hinausgeschoben wird. In den Betrieben wird von unseren Leuten immer wieder gefragt: wann wird gewählt? Wir müssen dem Rechnung tragen. Wir alle sind doch von den Arbeitern gewählte Vertreter, die aber doch in der Aufregung der ersten Tage der Revolution gewählt worden sind. Viele von uns sitzen hier zu Unrecht und viele zu Recht. Es ist vorgekommen, daß kleine Betriebe hier zwei oder drei Vertreter haben, daß anderseits Großbetriebe mit Tausenden von Arbeitern nur eine ganz geringe Zahl Vertreter haben. Deshalb muß es an uns sein, jetzt sobald wie möglich einen neuen Arbeiterrat zu schaffen, der auf gerechterer Grundlage aufgebaut ist. Gerade, weil Senat und Bürgerschaft diese Grundlagen nicht haben, haben wir doch in letzter Sitzung abgelehnt, sie wieder einzusetzen. Aber wir haben uns doch mit Vorlagen von weittragender Bedeutung zu befassen, und deshalb muß der neue Arbeiterrat so schnell wie möglich kommen, damit die Arbeiterschaft jetzt noch einmal ihren Einfluß auf die Gestaltung der Dinge ausübt. Dieses Wahlrecht hier ist zwar ein Ausnahmewahlrecht, in dem Sinne, daß wir den Bürgerlichen, die sich nicht auf unserm Boden stellen, nicht das Wahlrecht geben. Wir haben aber zu unserm Vorgehen ein gutes Recht. Es handelt sich um ein reines Provisorium, um eine provisorische sozialistische Diktatur. Daran mitzuarbeiten haben alle sozialistischen Parteien, sowie alle Parteien das Recht, sobald sie bereit sind, auf dieser Grundlage praktische Arbeit zu leisten. Deswegen haben wir auch den Syndikalisten das Wahlrecht gegeben, denn in vielen Betrieben sind syndikalistische Organisationen, die ja sonst nicht mitwählen könnten. Ich habe nur den einen Wunsch: Verabschieden Sie so schnell wie möglich das Wahlreglement.

Herr Deichmann: Nach einer nochmaligen Prüfung der Frage des Wahlrechts zum Arbeiterrat bin auch ich zu der Anschauung gelangt, daß der Wahlkörper aus Personen bestehen muß, die gewillt sind, die sozialistische Republik anzustreben. Der Rahmen, der nun gezogen worden ist durch den vorliegenden Entwurf, ist mir zu eng. Es muß unsere Aufgabe sein, möglichst viele in diesen Wahlkörper hinein zu bekommen. Sie werden sagen, daß dann alle diejenigen, die diesen Standpunkt vertreten, die die sozialistische Republik erstreben, sich nunmehr den vorhandenen Parteivereinen anschließen sollten. Das ist ganz gewiß sehr recht. Aber immerhin besteht doch die Tatsache, daß wir mehrere Richtungen haben, und daß diese Personen, die heute den Organisationen noch nicht angeschlossen sind, sich schwer dazu entscheiden können, der einen oder der anderen politischen Richtung in Form der Mitgliedschaft angehören zu wollen. Die Bedingung muß sein, das sage auch ich, daß nur der wählen kann, der die sozialistische Republik anstrebt. Und darum schlage ich vor mit meinem Anträge, daß alle diejenigen, die sich auf diesen Boden stellen, nunmehr das Wahlrecht aktiv wie passiv haben sollen. Ich gehe also über den Rahmen der heutigen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen hinaus und wünsche, daß hier beschlossen werden möchte, daß 120 Vertreter aus allgemeinen Wahlen hervorgehen möchten und zwar auf der Grundlage der Verhältniswahl. Das Stadt- bezw. das Landgebiet muß in Wahlbezirke eingeteilt werden, und nur diejenigen, die auf diesem Boden stehen und nachweisen können, daß sie der Krankenversicherungspflicht unterstehen, haben dann ein Wahlrecht unter einer weiteren Bedingung, daß sie am Wahltage das 20. Lebensjahr vollendet haben. Ich schlage dann weiter vor, daß wir außerdem allen denjenigen, die nur in geschlossenen Angestellten- und Beamtenkörpern vorhanden sind (Lehrer, Postbeamte, Bahnbeamte usw.), daß wir diesen Gruppen auch ein Wahlrecht, ein Mitbestimmungsrecht hier im Arbeiterrat einräumen müssen. Wir haben am gestrigen Nachmittag einer Versammlung beigewohnt, die zusammengesetzt war aus Angestellten- und Beamtenräten, aus Arbeiter- und Bauernräten. Da habe ich nun die Wahrnehmung gemacht, daß im großen und ganzen alle Redner sich auf den Boden stellten, die sozialistische Republik anzustreben. Diese großen Gruppen, die wir in Bremen haben, sind aber im allgemeinen nicht gewerkschaftlich oder politisch in unserem Sinne organisiert. Sie stellen sich auf den Boden der Revolution, wollen in diesem Sinne mitarbeiten, und daher meine ich, müssen wir versuchen, einen Boden zu finden, einen Wahlkörper zu schaffen, der diesen Gruppen in dem Sinne, wie ich eben ausgeführt habe, die Mitwirkung ermöglicht. Wiederholt haben wir uns mit der Frage beschäftigt, was zu tun ist, um die Revolution zu schützen gegenüber gegenrevolutionären Bestrebungen.

Und da sind wir, der eine oder der andere, der eine mehr, der andere weniger, auf den Gedanken gekommen, eventuell mit der Waffe in der Hand die Revolution zu verteidigen. Das ist auch sehr schön gesagt. Ich behaupte demgegenüber aber: wenn wir die große Masse der Bevölkerung gegen uns haben, wenn wir sie von uns abgestoßen, gegen uns gestellt haben, daß wir dann mit der Waffe in der Hand herzlich wenig ausrichten können, um die Revolution zu retten. Mir ist es darum lieber und weit vorteilhafter für die Revolution, wenn wir die Sympathie der großen Masse der Bevölkerung auf unsere Seite haben. Denn wir werden mit dieser Sympathie weit mehr im Sinne der Revolution wirken können als schließlich mit der Waffe in der Hand. Bedenken Sie: Druck erzeugt Gegendruck! Und wenn wir alle diese Gruppen von uns abweisen und damit sagen wollen, daß wir mit ihnen nichts zu tun haben wollen, dann werden alle diese Gruppen unter Umständen durch die gegnerische Agitation dahin gebracht, sich unter jene Fahne zu stellen, weil sie das, was wir tun, als ein Unrecht empfinden, vielleicht noch als ein schlimmeres Unrecht als das, was ihnen widerfahren ist unter dem alten Regime. Und dann nützen uns Gewehre garnichts, wenn die großen Massen gegen uns sind. Dann ist die Revolution verloren und das, was wir erstreben und erreichen wollten. (Sehr richtig!) Deshalb bitte ich Sie, den Rahmen möglichst weit zu ziehen, immer in dem Sinne, daß alle diese Gruppen und alle diese Personen sich auf den Boden stellen, von dem im Entwurf selbst die Rede ist: auf den Boden der sozialpolitischen Republik. Alle anderen können wir beim besten Willen als Wahlkörper nicht anerkennen. Wir wollen auch, daß alle auf Grundlage der Verhältniswahlen gewählt werden in dem Sinne, daß entsprechend der abgegebenen Stimmenzahl die erwähnten politischen Richtungen im Arbeiterrat vertreten sind. Dadurch werden wir dazu beitragen, daß ein gutes Miteinanderarbeiten erzielt wird. Deshalb habe ich den Antrag gestellt — und ich bitte, ihn anzunehmen — daß der Aktionsausschuß die nötigen Ausführungsbestimmungen erläßt. Es muß ein Wahlrecht geschaffen werden, mit dem man sich im allgemeinen einverstanden erklären kann. Warum will man denn in der Vorlage das Betriebswahlrecht? In der Hauptsache doch nur — das ist von mehreren Rednern in der Debatte ausgeführt — um die Wahlen unter einem Terror vorzunehmen. (Sehr richtig!) Ja, sehen Sie, ich bin auf der richtigen Fährte. Sie beweisen, daß ein Terror ausgeübt werden soll. Kommen wir aber zu einem solchen Wahlrecht, dann werden wir erleben, daß die großen Sympathien für die Revolution, die jetzt in weiten Kreisen bestehen, verschwinden und auch in Arbeiterkreisen verloren gehen werden, da wir dann einen Arbeiterrat haben würden, der nur aus wenigen Personen im Verhältnis zu der großen Masse der arbeitenden Bevölkerung zusammengesetzt ist. Ich möchte Sie dringend bitten, meinen Antrag anzunehmen. Ich halte das für das Beste im Interesse der sozialistischen Republik, die wir wollen. (Beifall.)

Vorsitzer Herr Henke: Ich möchte Ihnen jetzt das Wahlresultat mitteilen. Es sind 143 Stimmzettel abgegeben worden. Davon entfallen auf Frasunkiewicz 89, auf Manthei 79, auf Deichmann 50, auf Dammer 50 Stimmen. Ungültig sind vier Zettel. Außerdem ist ein weißer Zettel abgegeben. Die beiden ersten sind also gewählt.

Herr Breitmeier zur Geschäftsordnung: Ich beantrage, die Redezeit für jeden auf zehn Minuten zu beschränken, damit jeder zu Worte kommen kann. Wenn jeder eine Programmrede von einer Stunde hält, werden wir nicht fertig.

Herr Starker: Genossen, ich halte es nicht für richtig, die Redezeit auf zehn oder fünf Minuten zu beschränken, wenn ein Mehrheitssozialist eine Dauerrede gehalten hat. Wir haben das Bedürfnis, uns entsprechend auszusprechen, um das zu widerlegen. Gerade die Mehrheitssozialisten haben immer den Vorteil, daß einer von ihnen als erster Redner auftritt und eine Dauerrede hält. Ich ersuche Sie, den Antrag abzulehnen. Eine Beschränkung der Redezeit ist mir sonst sympathisch, in diesem Falle aber nicht.

Der Antrag auf eine Beschränkung der Redezeit wird abgelehnt.

Herr Schelter: Parteigenossen! Ich wollte nur eine kurze Erklärung abgeben. In der Diskussion der letzten Sitzung, als der Entwurf zur Debatte stand, ist von mehreren Seiten der Wunsch geäußert worden, daß sich die Kommission mit dem Entwurf noch einmal beschäftigen möge, um geäußerten Wünschen Rechnung zu tragen. Die Kommission hat eine nochmalige Prüfung vorgenommen, eine Mehrheit für Aenderungen des Entwurfs ist aber nicht vorhanden gewesen. Weiter habe ich nichts zu sagen.

Herr Dietrichs: Genossen! Aus dem vorliegenden Entwurf ersehen wir, daß der neue Arbeiterrat noch besondere Vertreter der verschiedenen Parteirichtungen haben soll. Wozu das? Daß die verschiedenen Parteirichtungen vertreten sein müßten ist selbstverständlich, daß aber festgesetzt wird von vornherein, daß die verschiedenen Parteirichtungen durch eine festgesetzte Zahl von Vertretern vertreten sein sollen, halte ich nicht für richtig. Wenigstens sollten es nur Vertreter der rein produktiven Arbeiter sein, nicht Kopfarbeiter.

Herr Höcker: Ich will mich kurz fassen, da schon eine eingehende Debatte stattgefunden hat. Ich bin der Ansicht, daß die Vorschläge der kommunistischen Partei angenommen werden sollten, besonders was die Aufhebung des § 2 betrifft. Das erkläre ich im Namen des Arbeiterrats der Werft. (Zuruf: § 5!)

Herr Ehlers: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß Wahlen auf Grundlage der Betriebswahlen nicht dem Grundsatz der Gerechtigkeit entsprechen. Es kann dann vorkommen, daß nur die Majorität entscheidet und daß die Minorität nicht zu ihrem Recht kommt. Das kann nur geschehen auf der Grundlage der Verhältniswahlen. Das ist das richtigste, das gerechteste Wahlsystem. Wenn man auf dem Standpunkt steht, daß nur die organisierte Arbeiterschaft wählen dürfte, weil sie die Träger der Revolution gewesen sei, so ist das nicht an dem. Wenn man nur diejenigen, die organisiert sind, wählen lassen will, so muß man auch die Beamten, die sich organisiert haben, wählen lassen. Aber nur nach dem Verhältniswahlsystem, nicht ohne weiteres von den einzelnen Beamtenkörpern. Einer der Vorredner meinte, daß lediglich die Betriebsarbeiter wählen sollten. Wenn das geschieht, dann wird der Arbeiterrat wie er jetzt ist, zum größten Teile verschwinden. Es sind ja nicht alles Arbeiter, die im Aktionsausschuß sind. Die werden dann ohne weiteres verschwinden. (Sehr richtig!) Es wird dann so kommen, daß die Arbeiter ihre Köpfe zusammenstecken und daß nur Kräfte aus den Arbeiterkreisen zu kriegen sind. Neulich hat sich der Arbeiterrat gegen die Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft ausgesprochen. Auf der anderen Seite aber sagt man: Man muß Köpfe haben um das wirtschaftliche Leben aufrecht zu erhalten. Wenn man aber Köpfe haben will, darf man nicht sagen, daß sie kein Wahlrecht haben sollen. Wenn wir Kräfte gebrauchen, müssen wir ihnen auch ein Wahlrecht geben.

Herr Frasunkiewicz: Genossen! Wir müssen die Frage der Wahlen zum Arbeiterrat grundsätzlich behandeln. Die Geschichte der bisherigen Kämpfe ist eine Geschichte von Klassenkämpfen. Bisher hat die Bourgeoisie ziemlich in allen Ländern das Heft der Regierung in den Händen gehabt. Zum erstenmale, solange die Weltgeschichte besteht, ist die Arbeiterschaft daran gegangen, einen Arbeiterstaat zu errichten. Rußland hat das typische Beispiel dafür gegeben, Deutschland ist gefolgt, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und Serbien sind auf dem Wege. Wir müssen grundsätzlich die Frage erörtern: Wollen wir einen Arbeiterstaat, oder wollen wir einen Staat, der etwas verändert ist, der eine ein klein wenig verschönerte Form hat als der frühere Staat der Bourgeoisie? Ich stehe auf dem Standpunkt: Wir haben die Revolution mitmachen helfen, um einen Arbeiterstaat zu errichten. Bisher waren die Arbeiter — ganz gleich ob Kopf- oder Handarbeiter — diejenigen im Staate, die mit wenigen Ausnahmen wenig oder fast nichts zu sagen hatten, manchmal die Kopfarbeiter weniger, die Handarbeiter mehr, und umgekehrt. Wir müssen uns nun grundsätzlich darüber klar werden: Wollen wir einen Arbeiterstaat? Wollen wir einen Arbeiterstaat, dann müssen die Arbeiter in diesem Staat wählen, sich die Regierung wählen, die sie für die beste halten, um ihre Geschicke so zu leiten, damit der Arbeiterstaat florieren kann.

Was den Entwurf des Wahlreglements anbetrifft, so stehe ich auf dem Standpunkt, daß § 1 insofern geändert werden sollte, daß es darin heißt:

> Er setzt sich zusammen, aus den gewählten Vertretern der gegen Lohn beschäftigten Kopf- und Handarbeiter und -arbeiterinnen.

Wir müssen auch den Kopfarbeitern eine Vertretung im Arbeiterrat geben. Ich meine, daß nicht nur die, die eine schwielige Faust haben, zu entscheiden haben. Ich bin selbst Proletarier und habe selbst gearbeitet wie die Arbeiter, rede also nicht pro domo. Wir haben viele Kopfarbeiter unter den Zivilangestellten. Wenn nun verlangt wird, daß die Kopfarbeiter, z. B. die Buchhalter oder irgend ein Zivilangestellter — ich weiß nicht wie der technische Ausdruck ist — vom Wahlrecht ausgeschlossen werden sollen, so ist das nicht logisch. Die Kopfarbeiter sind doch auch Handarbeiter, indem z. B. die Buchhalter mit der Hand Buchstaben schreiben auf Papier. Wir müssen allen, die im Staat produktiv tätig sind, das Recht geben, mit zu reden. Wir stehen auf dem Standpunkt der Betriebswahlen, wo große Betriebe vorhanden sind. Andererseits müssen wir uns aber darüber verständigen, wie es in den Betrieben sein soll, die nicht 200 Arbeiter beschäftigen. Ich meine, die müssen sich zusammentun, um dann auf je 200 Arbeiter einen Vertreter in den Arbeiterrat zu wählen. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß kleinere Betriebe von 100 oder 150 Arbeitern für sich mitzuwählen haben. Ich bin der Meinung, daß diese sich dann vereinigen sollten, um dann ebenso wie die großen Betriebe zu wählen. Es geht nicht, daß jeder kleine Zigarrenmacher oder Schuhmacher, der ein bis fünf Gesellen beschäftigt für sich zu wählen hat. Ferner stehe ich auf dem Standpunkt, daß die Postbeamten und die Bahnbeamten, die doch Arbeiter im wahrsten Sinne des Wortes sind — die Briefträger, die Postbeamten müssen doch physisch sehr schwer arbeiten, indem sie täglich 8 Stunden die Treppen auf und ab laufen — wenn sie den Wunsch haben, mitzuwirken, auch das Recht haben müssen, zu wählen, auch sie müssen auf 200 Vertreter genau wie alle Betriebsmitglieder im Arbeiterrat wählen können. Parteigenossen, ich bin der Meinung, nur auf dieser Basis können wir uns die Revolution erhalten und die sozialistische Republik zu dem ausbauen, daß sie ein Arbeiterstaat wird, in dem die geknechteten Arbeiter zu ihrem Recht kommen. Das aber können wir nicht annehmen, was Deichmann vorschlägt. Wenn ich nicht wüßte, daß Deichmann ein Vorsitzender in der sozialdemokratischen Partei, in einer modernen Gewerkschaft ist, wenn ich ihn nicht kenne, so würden seine Ausführungen auf mich den Eindruck machen, als ob ein Bürgerlicher redete, kein Arbeiter, der die Interessen der Proletarier vertreten muß. (Zurufe.) Ich will

das beweisen. Deichmann sagte: Wenn wir die große Masse gegen uns haben, dann können wir mit den Waffen in der Hand nichts machen. Er hat vollständig recht: wenn wir die große Masse gegen uns haben, dann können wir mit den Waffen in der Hand nichts machen. Aber, Parteigenossen, haben wir denn die große Masse gegen uns? Hat vielleicht die Bourgeoisie, hat vielleicht das Bürgertum die Revolution gemacht? Oder war an der Revolution die große Masse beteiligt, die große Masse, die in den Betrieben tätig ist? Wenn Herren, die noch heute etwas vom Bürgertum retten wollten, mit uns zusammen arbeiten wollen, so heißen wir sie herzlich willkommen, wir werden sie nicht von uns stoßen. Wir müssen das Wahlreglement so ausbauen, daß jeder, der produktiv tätig ist, das Recht zu wählen hat. Aber die Drohnengesellschaft, die sich auf Kosten anderer nährt, die den Nährwert aus den Knochen der Arbeiterschaft gezogen hat und noch Wochen und Monate herausziehen wird, die muß nach meiner Logik vom Standpunkt des Arbeiterstaates ausgeschlossen bleiben. Sie haben bisher das Privilegium gehabt, nicht zu arbeiten und sich doch versorgen zu lassen, und sie haben keinen Anspruch darauf, staatsseitig weiter versorgt zu werden. Ich möchte Sie aber bitten, die Kopfarbeiter, die sich uns zur Verfügung stellen, mitarbeiten zu lassen, wir heißen sie herzlich willkommen. Ich bin der Meinung, daß man von diesem Standpunkt aus, nämlich grundsätzlich die Frage behandeln muß. Die Ansicht des Genossen Ehlers kann ich nicht teilen. Wir müssen verhüten, daß Leute, die nicht zu uns gehören, auf Schleichwegen doch gewählt werden, wenn sie auch nicht für die sozialistische Republik, für den Arbeiterstaat sind, die aber Maulwurfsarbeit treiben. Wenn Deichmann meint, daß die große Masse des Volkes nicht mit uns sein würde, so versteht er die Psyche des Volkes nicht.

Ich bitte Sie, die Frage des Wahlrechts von diesem grundsätzlichen Standpunkt aus zu behandeln. Wir sind ja jetzt noch nicht in der Spezialdebatte. Später werde ich entsprechende Anträge einbringen.

Vorsitzer Herr Henke: Ich möchte noch ein paar Worte in der Generaldebatte sagen. Ich bin der Meinung, daß bisher nicht genügend berücksichtigt ist, welche Aufgaben der Arbeiterrat hat und wie die Arbeiterräte entstanden sind. Da müssen wir uns die Geschichte vergegenwärtigen. Arbeiterräte sind zuerst in Rußland aufgekommen, bei der Revolution im Jahre 1905. Sie haben sich damals spontan gebildet in den Betrieben, insbesondere in den großen Betrieben Petersburgs. Petersburg hatte damals eine große Anzahl Arbeiter, etwa 400 000 Industriearbeiter. Diese Industriearbeiter haben Klassenbewußtsein gezeigt und aus ihren Reihen Arbeiterräte gewählt. Die Zusammensetzung dieser Arbeiterräte ist ausschlaggebend geworden für die Folge. Diese Arbeiterräte, wie sie damals entstanden waren, haben auch eine geschichtliche Bedeutung erlangt. Die Arbeiter in Deutschland sind ihrem Beispiel ohne weiteres gefolgt, sie haben das russische Beispiel nachgeahmt und mit Matrosen und Soldaten die Revolution durchgeführt. Es ist klar, das ist etwas ganz neues, ein ganz neues Instrument. Die Bildung der Arbeiterräte ist nicht in der bisherigen Art und Weise erfolgt, nicht in demokratischer Weise. Es handelt sich auch nicht um Ernennungen, sondern um spontane Wahlen durch die Arbeiter aus den Betrieben heraus, wo die Arbeiter am besten informiert sein können über die Natur der zu wählenden Arbeits- und Klassengenossen. Denn wo kennt man seine Kameraden und Klassengenossen besser als in den Betrieben! Es spricht auch noch ein anderer Umstand für diese Betriebswahlen, nämlich daß die großen Betriebe in erster Linie einen Wahlkörper abgeben und daß diese Wahlkörper bestehen bleiben; wenn eine Vakanz entsteht, ist es leicht, eine Ergänzungswahl vorzunehmen. Das könnte allerdings auch bei Verhältniswahlen geschehen. Wenn einer der Gewählten seine Pflicht und Schuldigkeit nicht tut, kann er leicht ersetzt werden. Es muß die Möglichkeit gegeben sein, in solchem Falle für Ersatz zu sorgen. Die Ursache für eine solche Notwendigkeit kann verschieden sein. Es könnte sein, daß die Leute, die die Wahl vollzogen haben, rückschrittlich geworden sind, so daß ihnen der Gewählte zu fortschrittlich wäre und darum nicht wiedergewählt werden soll. Das wird aber nur selten der Fall sein, sondern meist wird das Umgekehrte entscheidend sein, daß nämlich der Gewählte dem schlimmsten Gegner der Arbeiterschaft, dem Kapitalismus, nicht mehr so gegenübersteht, wie er es als Gewählter der Arbeiter sollte. Für diese Ergänzungswahlen sind die Betriebswahlen vorzuziehen. Wenn nun gesagt worden ist, bei diesen Betriebswahlen würde leicht ein Terror ausgeübt werden, so habe ich gar keine Ursache, zu verschweigen, daß wir das größte Interesse daran haben, daß die Arbeiter- und Soldatenräte so zusammengesetzt werden, daß sie ihren Aufgaben am besten gerecht werden können. Da muß man leider sagen, daß viele Arbeiter- und Soldatenräte ihre Aufgaben noch immer nicht recht begriffen haben und daß insbesondere unser Soldatenrat noch immer nicht begriffen hat, was die Revolution bedeutet und was er dafür zu tun hat. Wir wünschen, daß er in seiner Zusammensetzung geändert werde. Ich will ganz offen sagen, daß ich mit dem Soldatenrat in Bremen absolut nicht übereinstimme. Ich will diese Gelegenheit nicht benutzen, um mich mit ihm auseinanderzusetzen, sondern nur auf Differenzen hinweisen. Was da z. B. gestern von einem Vertreter des Soldatenrats geschrieben ist — ich will annehmen, daß er es für seine eigene Person getan hat und nicht im Auftrage des Soldatenrats — dem kann ich nicht beipflichten. Ich kenne keine Feinde der Revolution von links und rechts, sondern nur von rechts. Darum müssen wir auch dieses Wahlreglement so zu gestalten suchen, daß die Feinde von rechts am

schwersten betroffen werden. Wir haben es nur mit einem Anstürmen gegen die Revolution von rechts zu tun, links haben wir keine Feinde die dagegen anstürmen. Sie stürmen gegen denselben Feind heran, den auch wir haben, nur in einer heftigeren Art, weil sie eine andere Methode dabei haben, die sie für richtiger halten. Es mögen prinzipielle Unterschiede zwischen uns sein, es mögen verschiedene Methoden dabei befolgt werden, das Ziel ist aber dasselbe. Wenn man links eine radikalere Methode vorzieht, so dürfen wir die Revolutionäre darum doch nicht zu unseren Feinden rechnen. Ob man auch zehnmal die Bolschewiki als unsere Feinde verdammt, sie sind es nicht. Das sehen Sie schon aus dem Geheul der Bürgerlichen gegen die Bolschewiki, um sie als unsere Feinde hinzustellen. Nach meiner Meinung also haben die Mitglieder des hiesigen Soldatenrats ihre Aufgabe noch nicht recht begriffen. Das möchte ich bei dieser Gelegenheit deutlich zum Ausdruck bringen. Ich bin mit der Aeußerung der Feinde von links absolut nicht einverstanden. Das sage ich den Mitgliedern des Soldatenrats als Proletarier. Die Betriebswahlen werden zweifellos beschränkte Wahlen sein. Aber, Genossen, darüber bin ich mir nicht im Zweifel, daß wir diese beschränkten Wahlen nur begrüßen können. Wir haben es wirklich nicht nötig, irgend ein bürgerliches Gemüt zu beruhigen, das ist nicht unsere Aufgabe. Die haben uns Jahrhunderte lang unterdrückt, diktatorisch beherrscht und ausgepowert, und wir haben keine Sorge zu tragen, was diese Leute über uns denken, wenn wir ein Reglement schaffen, bei dem sie nicht auf ihre Kosten kommen. Ich bin auch der Meinung, daß der Begriff dessen, was durch die Revolution geschaffen wird, daß der Begriff der sozialistischen Republik wohl verstanden wird. Nun ist doch zwischen uns und den Angehörigen eines Lehrervereins oder eines Beamtenvereins ein sehr großer Unterschied, darüber sind wir uns doch alle klar. Wenn jemand hier sagt: ich strebe nach der sozialistischen Republik, und wenn er das sagt, nachdem die Arbeiterklasse die politische Macht erobert hat, und wenn das einer sagt, von dem ich weiß: vor der Revolution gehörte er womöglich der Vaterlandspartei an, dann weiß ich doch, woran ich bin, und was ich von der Echtheit dieser Ueberzeugung zu halten habe, wie ich dieses Streben nach der sozialistischen Republik zu bewerten habe. Es ist für mich nicht einerlei, ob Proletarier aus einem großen Betriebe oder überhaupt Proletarier, die den Kapitalismus genau kennen gelernt haben, und unter seiner Ausbeutung gelitten haben, die ihn auf Herz und Nieren geprüft haben, die zu seinen Todfeinden geworden sind, sich zur sozialistischen Republik bekennen, oder irgend jemand, für den das zu tun nun auch zeitgemäß geworden ist. Das haben wir ja in der gestrigen Sitzung der Beamtenräte auch erlebt. Ja, wenn man hört, daß auch Herr Direktor Schurig ein Sozialist ist, dann will ich das zwar nicht bezweifeln oder herabsetzen, aber Herr Schurig wird es mir wohl nicht übel nehmen, wenn ich sage, daß wir Sozialisten seiner Gattung mißtrauisch gegenüberstehen. Und wenn es sich um ein Wahlreglement handelt, dann habe ich alle Ursache, zu verhüten, daß irgend ein Herr Direktor mit in den Arbeiterrat hereinschlüpft. Dafür müssen wir sorgen, insbesondere in der Spezialdebatte bei der Gestaltung der einzelnen Paragraphen. Das scheint mir überhaupt der Kernpunkt unserer ganzen Beratung zu sein: wollen wir Betriebswahlen? Wollen wir ein Wahlreglement, das den Arbeiterrat zu einer revolutionären Körperschaft macht? Zu einer Körperschaft im Sinne der proletarischen Diktatur? Denn ohne Diktatur ist noch niemals eine Klasse zur Herrschaft gekommen. Wer etwas anderes behauptet, der kennt die Geschichte der Menschheit nicht, oder er hat vergessen, was er gelernt hat. Niemals ist ohne Diktatur eine Klasse zur Herrschaft gekommen, und niemals hat sie sich in der Herrschaft erhalten ohne Ditatur. Frasunkiewicz stimmt darin ja ganz dem Genossen Deichmann zu, daß, wenn wir die großen Massen nicht in der Hand haben, wir mit der Waffe in der Hand auch nichts machen können. Ach, wer waren denn diejenigen, die die großen Massen beherrscht haben mit der Waffe in der Hand? Das waren doch wenige, das sind doch immer Minoritäten gewesen, und die haben die Massen nicht nur mit der Waffe in der Hand beherrscht, die haben Teilen der Masse selbst die Waffe gegeben, um sie zu beherrschen. Damit ist es ja nun zu Ende. Die Soldaten haben zu unserer großen Freude die Initiative ergriffen bei dieser großen Bewegung. Die Träger der Waffe, die Inhaber der Waffe stehen nicht länger im Dienste der herrschenden Klasse. Im Dienste eines Systems, mittels dessen die Arbeiter beherrscht worden sind durch eine Minderheit. Wir können es wirklich ertragen, wenn man uns den Vorwurf machen wollte, wir erstrebten die proletarische Diktatur. Ich habe das früher schon hier in diesem Saale gesagt, als noch lange nicht von der Revolution die Rede war, und habe in diesem Sinne geschrieben: Wir wollen im Dienste der Arbeiterklasse die politische Macht erringen, ohne die sie überhaupt nicht die Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit überführen kann. Anders geht es nicht. Und wenn jemand kommt und sagt: Das ist etwas unschönes, das gefällt mir nicht, mein ethisches Gefühl sträubt sich dagegen — ja, alle Achtung davor, aber in der Revolution, im politischen Kampfe spielt das ethische Gefühl gar keine Rolle, es kommt dabei mindestens sehr wenig in Betracht. Wir haben hier nicht mit ethischem Gefühl etwas zu tun, sondern mit realen Tatsachen. Und ich glaube nicht, daß der Genosse Deichmann aus ethischen Gründen zu seiner Stellungnahme kommt, sondern daß diese seiner grundsätzlichen Auffassung entspricht, die ich ihm natürlich nicht übelnehmen kann; das zu tun wäre töricht. Aber es ist doch eine Auffassung, die ich nicht als im

Dienste des Proletariats liegend erachte, und deswegen bekämpfe ich sie nach wie vor. Genosse Deichmann will, daß von dem Beamtenkörper 30 Vertreter mit in den Arbeiterrat kommen. Diese sollen also ein gewisses Vorrecht haben. Diese Beamtenvertreter sollen nicht zur allgemeinen Wahl gestellt werden, sondern es sollen hier Vertreter der Beamten hinein kommen auf eine Art, wie früher Kaufleute, Gelehrte, Juristen usw. in diesen Saal hineingekommen sind, soweit die Bürgerschaft in Betracht kam. Nein, für ein solches Vorrecht kann ich mich nicht erwärmen. Wenn schon allgemeine Wahlen, dann allgemeine Wahlen auch in Bezug auf die Lehrer, Beamten usw. Ich bitte also den Antrag Deichmann abzulehnen. Uebrigens kann ich die Unterscheidung des Genossen Frasunkiewicz zwischen Kopf- und Handarbeitern nicht anerkennen. Einen solchen Unterschied gibt es garnicht, das ist nur eine bürgerliche Auffassung. Es gibt keine Kopfarbeit, die nicht auch Handarbeit wäre, und es gibt keine körperliche Arbeit, die nicht auch geistige Arbeit wäre. Als ob geistige Arbeit für den Körper nicht auch sehr anspannend wäre. Dieser Gegensatz zwischen Kopf- und Handarbeitern ist willkürlich von der bürgerlichen Oekonomie gemacht worden zu ganz bestimmten Zwecken. Man hat die Kopfarbeit des Unternehmers, des Ausbeuters als eine höhere Art Arbeit hingestellt, die besser bezahlt werden müsse. Das ist aber ein Schwindel, den wir bekämpfen müssen. Ich mache keinen Unterschied zwischen Kopf- und Handarbeit. Geistige Arbeit ist allemal körperliche Arbeit, und körperliche Arbeit ist allemal auch geistige Arbeit. Es ist sehr gut gesagt worden, daß auch der Holzhacker, der doch anscheinend eine sehr einfache Arbeit zu verrichten hat, eine geistige Arbeit verrichtet. Der geistige Arbeiter hat eine physische Anstrengung, wenn er geistige Arbeit leistet. Solche Unterscheidung führt zu ganz falschen Folgerungen. Aber, was die Hauptsache ist: die Arbeitervertreter, die in den Arbeiterrat hinein kommen, die müssen, soweit wir es in der Hand haben, Arbeiter sein, die revolutionär fühlen und denken und, gleichsam an der Brust der Revolution liegend, mit der Muttermilch den revolutionären Instinkt einsaugen, damit täglich aufs neue die Kampfeskraft gestärkt wird dadurch, daß sie tagtäglich den Kapitalismus am Werke sehen, Sklaven des Kapitalismus, die wir alle waren. Wenn ihr meint: es geht schneller mit einer anderen Methode, da, meine ich, kann gar kein Streit darüber entstehen, daß wir uns dafür entscheiden. So schnell wie möglich weg mit diesem Ungeheuer nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch im Interesse der ganzen Menschheit. Darum müssen die Arbeiterratsmitglieder aus den Betrieben kommen, wo das revolutionäre Fühlen und Denken immer aufs neue angefacht wird. Das ist in erster Linie in den Großbetrieben der Fall, aber auch in den anderen Betrieben. Danach müssen wir unser Wahlreglement gestalten.

Herr Starker: Genossen! Deichmann sprach vom Terror, der in den Betrieben eventuell hervorgerufen würde durch die Betriebswahlen. Da werden die Arbeiter tatsächlich schon verdächtigt, daß sie nur mit Terror arbeiten können, anders wäre es ihnen gar nicht möglich zu arbeiten. Durch diese Auslassungen Deichmanns wird verbreitet, was ja die ganze bürgerliche Welt sagt, daß die Arbeiter nur den Terror wollen, nur auf ihn hinarbeiten. Das sind dann die Kämpfer für die Einigkeit. In der vorigen Versammlung wurde auch ein Antrag gestellt — der aber zurückgezogen wurde —, daß Leute, die über 6000 ℳ verdienen, zu wählen haben, und solche, die unter 6000 ℳ verdienen. Denn verschiedene von diesen Herren verdienen tatsächlich über 6000 ℳ. Genossen! Es handelt sich bei der Vorlage doch tatsächlich darum, Leute hinein zu bekommen, die fest auf dem Boden der Revolution stehen, die also organisiert sind. Darum müssen sich die andern, die sich bisher noch nicht bereit gefunden haben, sich einer sozialdemokratischen Organisation oder einer freien Gewerkschaft anzuschließen, noch einige Zeit gedulden, bis die allgemeinen Wahlen ausgeschrieben werden. Solange wir noch die provisorische Regierung haben, solange werden wir darauf fußen, daß nur organisierte Arbeiter wählen. Ich verstehe ganz gut, was Genosse Frasunkiewicz meinte mit der Kopfarbeit. Aber ich halte es gar nicht für nötig, da noch eine Klausel hineinzusetzen, denn wer politisch organisiert ist, kann ja mitwählen, er ist sozialdemokratisch organisiert, er ist ja nicht ausgeschlossen, ob er Kopf- oder Handarbeiter ist. Den Herren von der Rechten muß ich aber sagen: wenn sie die Demokratie wünschen und das allgemeine Wahlrecht, dann sollten sie bei ihren Gewerkschaftskongressen das auch tun und sollten die Leute, die in den Betrieben tätig sind, ob in der Organisation oder außerhalb der Organisation, alle zum Gewerkschaftskongreß wählen lassen. Das werden Sie aber schön ablehnen. Das haben wir bei den Metallarbeitern in Ostpreußen gesehen. Aber der Zweck ist tatsächlich der, Stimmen zu fangen und die Leute auf ihre Seite zu bekommen. Und wenn sich der große Revolutionär Deichmann hier hinstellt und erklärt, daß uns die Genossen weglaufen, wenn wir ihnen nicht das Wahlrecht geben, wenn er sich auf die Massen so gut stützen kann, daß er nicht die Zeit abwarten will, dann ist es mit seiner Revolution faul. Aber er will sich auf diese Massen stützen. Die Demokratie verlangen auch die Mehrheitssozialdemokraten. Aber als es hieß, die Demokratie durchzusetzen, da wurde gesagt: das können wir im Moment nicht, wir müssen das Vaterland vor dem Untergang retten, und dafür müssen wir die Kredite bewilligen! Das waren Tatsachen, das sind Tatsachen und werden Tatsachen bleiben, und wenn Sie den Aufruf in der heutigen Zeitung lesen, der heißt Klar-

heit Genossen, dann muß man auch sagen, jawohl Klarheit, nicht das Alte vergessen und verschwinden lassen. Wir sind auch organisierte Genossen und ebenso lange in der Organisation tätig, wie Sie tätig sind im Verhältnis zum Alter. Ich will das extra dem Herrn Rhein gegenüber betonen, weil er meint, ich wäre nicht so alt, aber solche Entgleisungen kommen auch von geschulten Leuten; aber wenn in diesem Artikel Klarheit verlangt wird, die U. S. wollten Geschäfte machen auf Kosten der Mehrheitssozialisten (Glocke) führe ich das aus, weil es heißt, für Arbeiterwohl und Demokratie. Ich muß Herrn Henke erklären, daß er genau so ausschweifend geworden ist.

Vorsitzer Herr Henke: Sie wissen ja gar nicht, was ich sagen will. Das muß ich zurückweisen. Sie sagen, ich wäre ebenso ausschweifend geworden, wie Sie. Das muß ich zurückweisen, das bin ich nicht. Sie haben sich jetzt auf ein Gebiet begeben, das über den Rahmen der Tagesordnung hinausgeht.

Herr Starker: Ich will sagen, Sie sind etwas redegewandter und schlauer als ich und können das in eine Form kleiden, daß man es nicht so genau merkt. Aber ich sage als Arbeiter, wie mir der Schnabel gewachsen ist, und die Genossen wissen, was ich meine. Eins will ich vorausschicken. Ich freue mich, daß der Genosse Henke klar ausgesprochen hat, was es mit dem Artikel, der heute von Ecks veröffentlicht ist, auf sich hat. Hier ist der Verdacht ausgesprochen worden, daß Henke der Urheber sein soll von diesem Artikel, und ich glaube, die Genossen, die Henke verdächtigt haben, werden wohl überzeugt sein, daß das Gegenteil der Fall ist, daß der Ecks wieder ex gemacht ist. Meine Ueberzeugung, und ich glaube, die der meisten der U. S. P. ist die, daß wir nicht scharf genug sein können im Kampfe für die Revolution gegen die bürgerliche Gesellschaft. Wir haben keine Ursache, der Spartakusgruppe Unannehmlichkeiten in den Weg zu legen, wenn wir auch nicht mit allem einverstanden sind. Je schärfer der Kampf je eher der Sieg, und je mehr wir gegen die Flaumacher der Revolution angehen, je eher werden wir etwas zum Durchbruch bringen. Wir müssen bei der Arbeiterratswahl einmütig für das stimmen, was im Entwurf festgelegt ist. Abänderungsanträge werden kommen, und Ungleichheiten müssen beseitigt werden, merzen Sie sie aus. Die Anträge, die von rechts kommen, müssen nach allen Seiten geprüft und gewendet werden. Prüfen Sie sie aufs allergenaueste, und wenn Sie fest überzeugt sind, daß sie gut sind und ehrlich gemeint sind, können Sie sie annehmen.

Vorsitzer Herr Henke: Ich muß die Genossen von rechts in Schutz nehmen, daß sie Anträge vertreten, die nicht ehrlich gemeint sind.

Herr Starker: Ich meine, ehrlich gemeint im sozialistischen Sinne.

Herr Klawitter: Ich habe in der vorigen Sitzung gesagt, daß die Anträge und Ausführungen von den Genossen der Mehrheitsparteien immer in einer gewissen Linie laufen, durch alle ihre Ausführungen geht das hindurch. Man hat es während des Krieges deutlich gesehen, sie wollten nach rechts hin Gerechtigkeit ausüben. Heute abend wollen sie, daß 30 Beamte gewählt werden sollen in den Arbeiterrat. Ich bin nicht hier gewesen, aber ich habe mir sagen lassen, was vorhin ausgeführt worden ist. Ich habe gestern in der Beamtenversammlung gesagt, daß ich für die Vertretung der Beamten in dem Arbeiterrat bin. Auf Grund dieses Reglements haben sie Gelegenheit, in den Arbeiterrat zu gelangen. Die Genossen von rechts wollen weiter 30 Beamte hinein haben. Sie wollen auch die Nationalversammlung. Sie wollen auch dem Bürgertume Gelegenheit geben, mit zu bestimmen. Wir führen jetzt einen Krieg gegen das Bürgertum. Jeden Tag wird er schärfer. Und da kommen die von rechts und sagen, wir wollen das Bürgertum in unsern Reihen haben. Nun möchte ich hier etwas in Ihre Erinnerung rufen. 1915 führten wir auch einen Krieg, den Krieg gegen das Ausland, und es fand hier eine Budgetberatung statt, an der nahmen auch unsere Bürgerschaftsvertreter teil. Sie wissen, 1916 hatten wir einen U. S., Henke, die andern 15 waren Mehrheitssozialisten. Da stand das Budget zur Debatte, und wir haben jedes Jahr einen Wahlrechtsantrag gestellt, weil hier Leute saßen, die auf Grund eines schlechten Wahlrechts hineingekommen waren und das Proletariat ausgeschlossen war von der Bürgerschaft. Da fanden diese Genossen es für angebracht, zu sagen, der Einigkeit des deutschen Volkes wegen verzichten wir auf unsern Antrag. Da hielten sie es in dieser wichtigen Zeit nicht für angebracht, dem Proletariat eine besseren Vertretung zu verschaffen. Nun der Erfolg ist für das Proletariat der, daß jetzt Bürgerliche in unsere Reihen hineingeholt werden, und daß Arbeiter abgehalten werden, hier in diesen Saal hineinzukommen, immer zu unserm Nachteile. Sie sind für die Gerechtigkeit für die Bürgerlichen, aber zum Nachteile für das Proletariat, und derartige Vertreter kann ich nicht für Vertreter des Proletariats ansehen. Ich möchte das heute abend wieder in die Erinnerung bringen.

## Spezialdebatte.

Vorsitzer Herr Henke: Es kommt darauf an, ob wir vor § 1 uns zunächst beschäftigen wollen mit dem Antrage von Rhein-Peine und Deichmann. Ich habe die Auffassung, daß wir die vorweg erledigen müssen. Sie stehen in mancher Beziehung in Widerspruch zu dem Geiste, der aus dem Entwurf des Wahlreglements spricht. Ich schlage vor, da der Zeit nach, der Antrag Rhein-Peine zuerst eingereicht ist, diesen zuerst zu behandeln und dann den Antrag Deichmann.

Herr Brauckmüller zur Geschäftsordnung: Ich glaube, es wäre besser, wenn wir uns klar würden, welche Art von Wahlrecht wir überhaupt haben wollen, das Betriebswahlrecht oder das allgemeine.

Vorsitzer Herr Henke: Der Antrag liegt nicht vor. Die Debatte ist geschlossen. Ich kann nicht so ins Blaue hineingehen.

Herr Ehlers: Ich hatte einen Antrag gestellt auf Verhältniswahlen.

Vorsitzer Herr Henke: Ja, der kommt nachher zum Austrage.

Herr Seitz: Genossen! Wir haben schon Gelegenheit gehabt, gegen den Antrag zu sprechen. Ich will deswegen kein Wort weiter darüber verlieren. Lehnen Sie bitte den Antrag ab.

Vorsitzer Herr Henke: Die Worte, die darüber verloren sind, sind von Seitz gesprochen.

Der erste Passus des Antrags Rhein-Peine wird abgelehnt.

Der zweite Passus des Antrages wird abgelehnt.

Der dritte Passus des Antrages wird abgelehnt.

Herr Klenke: Ich empfehle, über jeden Passus getrennt abzustimmen.

Herr Starker: Ich bitte, den Antrag abzulehnen. Das Wahlreglement wird durchberaten, und ich bitte, alle Anträge, die außerhalb dieses Rahmen gestellt sind, abzulehnen.

Der erste Absatz wird abgelehnt.

Der zweite Absatz wird abgelehnt.

Der dritte Absatz wird abgelehnt.

Vorsitzer Herr Henke: Wir kommen zum Antrag Deichmann. Ich frage den Antragsteller, ob er getrennte Abstimmung über die einzelnen Teile des Antrages wünscht?

Herr Deichmann: Es wäre mir lieb.

Vorsitzer Herr Henke: Der Antrag lautet: (Verliest ihn.)

Es würde dann zunächst abzustimmen sein über den Antrag bis zu den Worten „am Wahltage das 20. Lebensjahr vollendet haben," und aus 30 Vertretern geschlossener Beamten- und Angestelltenkörper.

Herr Deichmann: Ja. Wenn darüber die klare Entscheidung gefallen ist, wissen wir, woran wir sind.

Vorsitzer Herr Henke: Wir stimmen also zunächst darüber ab, ob 120 in allgemeinen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählte Vertreter der bremischen Arbeiter und Arbeiterinnen inkl. Angestellten, die der reichsgesetzlichen Krankenversicherungspflicht unterstehen und am Wahltage das 20. Lebensjahr vollendet haben, gewählt werden sollen.

Herr Brodmerkel: Ich ersuche Sie, den zweiten Absatz abzulehneu, daß der Arbeiterrat auch aus 30 Vertretern geschlossener Beamten- und Angestelltenkörper bestehen soll.

Vorsitzer Herr Henke: Wir sind noch beim ersten Passus.

Ich bitte die Genossen, die für den ersten Passus sind, sich zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. Für den ersten Passus haben 46 gestimmt, die große Mehrheit ist dagegen.

Wir stimmen ab über den Passus „30 Vertreter geschlossener Beamtenkörper."

Herr Brodmerkel: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Die Beamten selbst wollen bloß neun Vertreter im Arbeiterrat haben, Deichmann will ihnen 30 bewilligen.

Der Passus wird abgelehnt.

Vorsitzer Herr Henke: Wir kommen zu dem Passus „Jeder Wähler hat nur eine Stimme." Nachdem der erste Teil abgelehnt ist, wird der Antragsteller wohl keinen Wert mehr darauf legen.

Herr Deichmann: Ich lege überhaupt keinen Wert mehr auf die Sache. Die Entscheidung ist gefallen.

Vorsitzer Herr Henke: Wir kommen zu dem Antrage Bauer zu § 1 Satz 2. Ich bitte, den Antrag zu berücksichtigen. Weiter liegt dazu ein Antrag Frasunkiewicz vor, der das Wort „anstreben" durch „wollen" ersetzen will.

Herr Frasunkiewicz: Der erste Satz lautet: „Der Arbeiterrat ist die durch die Revolution geschaffene Vertretung derjenigen Volkskreise, welche die sozialistische Republik anstreben."

Ich will, daß das Wort „anstreben" fällt und gesagt wird „welche die sozialistische Republik wollen." Das ist klar und deutlich.

Vorsitzer Herr Henke: Ich weiß nicht, ob man, wenn man etwas will, es nicht auch anstrebt.

Herr Starker: Es ist doch auch beantragt, der syndikalistischen Richtung das Wahlrecht zu geben.

Vorsitzer Herr Henke: Ja, es soll eingefügt werden, „sowie die Mitglieder der syndikalistischen Partei." — Ich bitte, größere Anträge rechtzeitig schriftlich einzureichen.

Der Antrag Bauer wird mit 83 Stimmen angenommen.

Vorsitzer Herr Henke: Wir kommen zu dem Antrage Frasunkiewicz, statt „anstreben" zu sagen "wollen". (Zuruf: Das ist doch dasselbe! Wortklauberei!) Ich kann es nicht helfen, es ist beantragt.

Der Antrag wird abgelehnt.

Der Antrag, die Worte „sowie die Mitglieder der syndikalistischen Partei" einzufügen, wird mit 80 Stimmen angenommen.

Der so abgeänderte § 1 wird angenommen.

§ 2.

Vorsitzer Herr Henke: Es liegen hier vor ein Antrag Bauer, ein Antrag Opfermann, ein Antrag Hesse und ein Antrag Schad-Seitz.

Herr Höcker: Ich beantrage, in dem Antrage Seitz das Wort „wählbar" zu streichen.

Herr Brodmerkel: Ich möchte bitten, für den Antrag Opfermann zu stimmen, weil Sie sich trotz Deichmann für Betriebswahlen entschieden haben. Es muß jedem Arbeiter das Recht zustehen.

Herr Höcker: Ich bin dagegen, daß Jugendliche, Lehrlinge mit 18 Jahren schon gewählt werden können. Wir wissen, es ist eine uralte sozialdemokratische Forderung, daß die Leute mit 20 Jahren das Wahlrecht haben sollen, weil sie dann auch schon das Vaterland verteidigen müssen. (Zuruf: Das müssen sie schon mit dem 17., ja mit dem 16. Jahre!) 20 Jahre das ist eine uralte Forderung. (Zuruf Seitz: Jetzt stellen wir neue Forderungen!) Mit 17 Jahren sind die Leute noch nicht reif genug. Wenn Lehrlinge und Jugendliche von 17 Jahren gewählt werden können, werden die vor allem hier zu sagen haben. Ich bin dafür, daß nach dem Antrage Bauer das Wahlrecht auf das 20. Jahr festgesetzt wird.

Herr Brauckmüller: Es ist eine alte Geschichte, daß man die Rechte der Jugendlichen zu kürzen versucht. Ich bin der Meinung, wenn Jugendliche 4½ Jahre genug gewesen sind, sich draußen schlachten zu lassen, dann sollte man ihnen auch das Wahlrecht geben. Wenn verlangt wird, daß die jungen Leute erst mit dem 20. Jahre wahlberechtigt und wählbar sein sollen, so widerspricht das der Bestimmung, daß Jugendliche über 18 Jahre Mitglieder der politischen Partei sein dürfen. Ich verstehe nicht, wie man mit einem solchen Antrage kommen kann.

Herr Breitmeier: Ich möchte der Versammlung empfehlen, den Antrag Schad-Seitz anzunehmen und kann den Ausführungen Brauckmüllers zustimmen. Genosse Henke hat den Antrag in der vorigen Besprechung schon eingehend begründet. Warum soll man die Jugendlichen von 18 Jahren noch nicht heranziehen? Ich glaube, es ist nicht notwendig, den Antrag in der Versammlung noch einmal zu vertreten.

Herr Bell: Ich ziehe meinen Antrag zurück.

Vorsitzer Herr Henke: Ich weiß nichts von Ihrem Antrage.

Herr Höcker: Ich kann den Ausführungen Brauckmüllers nicht zustimmen. Ich sage, die 18jährigen sind noch nicht imstande, die Funktionen der Mitglieder des Arbeiterrats auszuüben, dazu fehlt ihnen die Erfahrung. Das werden mir die Kollegen bestätigen. Die 18jährigen sind auch von der Mitbestimmung über die Durchführung der Forderungen in den Fabriken ausgeschlossen, weil sie eben keine Erfahrung haben. Genosse Henke sucht Propaganda für die 18jährigen zu machen und führte an, daß ja auch Potentaten mit 18 Jahren auf Thronen säßen. Ja, die brauchen aber nichts zu leisten, unsere Kollegen sollen aber etwas leisten. 20 Jahre müssen bestehen bleiben.

Herr Starker: Nachdem Sie den Antrag zu 2 angenommen haben, können Sie ruhig die Wählbarkeit mit 18 Jahren annehmen. Daß so viele jugendliche Genossen, wie Sie befürchten, gewählt werden, glaube ich nicht. Und wenn einzelne hereinkommen sollten, so schadet es nicht. Es ist nur ein Streit um Worte. Die Wahlberechtigung mit 18 Jahren besteht in den Gewerkschaften und in unseren politischen Organisationen. Das sollte man aufrecht erhalten.

Vorsitzer Herr Henke: Es liegt kein Antrag auf Streichung vor.

Herr Starker: Brodmerkel hat erklärt, daß das nicht hinein soll. Den Antrag Opfermann lehne ich ab. Er muß abgelehnt werden, weil die Schwarzen, Gelben und Grünen nicht wählen sollen. (Heiterkeit.)

Zur Geschäftsordnung

Herr Brauckmüller: Wir haben § 1 schon angenommen.

?: Es ist nicht angängig, in großen Betrieben tausenden von Unorganisierten das Wahlrecht zu entziehen. Es haben sich während des Krieges sehr viele parteipolitisch nicht organisiert, da sie gewissermaßen erst abwarten wollten und mußten, wie sich die Lage nach dem Kriege klären würde. Ich mache darauf aufmerksam, daß damit zu rechnen ist, daß in den großen Betrieben mindestens 500 bis 1000 Arbeiter, ganz abgesehen von den Angestellten, vorhanden sind, die sich nicht in irgend einer Form organisiert haben. Ich habe schon einmal darauf aufmerksam gemacht, daß diese Unorganisierten nicht Elemente sind, die wir nicht gebrauchen können, sondern wir haben die Wahrnehmung gemacht, daß diese Elemente sehr gut schieben helfen. Wenn wir diesen das Wahlrecht vorenthalten, so ist das nicht berechtigt. Nehmen Sie den Antrag Opfermann an, wir gehen damit sehr vielem Unfrieden aus dem Wege.

Herr Klawitter: Ich stehe auf einem anderen Standpunkte. Ich weiß nicht, in welcher Sitzung es war, da hat Henke ausgeführt, daß die Organisierten ein treibendes Element seien oder sein könnten. Aber

für mich ist folgendes ausschlaggebend. In den Organisationen werden die Arbeiter geschult; da wird das Ziel durchgesprochen und die Sinne geschärft, auch das Ziel fest im Auge zu haben. Leute von außerhalb, die es nicht für notwendig halten, sich zu organisieren, von denen setze ich nicht voraus, daß sie sich mit all den Dingen beschäftigt haben, wie wir es für notwendig halten. Zunächst halten wir es für angebracht, daß durch diesen Passus ein Druck auf solche Leute ausgeübt wird, sich zu organisieren. Ich ersuche also, behalten Sie diesen Passus bei.

Herr Brodmerkel: Ich wundere mich, daß dieser Antrag von den Kommunisten kommt, daß man den gewerkschaftlich und politisch Organisierten allein das Wahlrecht geben will. Auf der andern Seite bekämpfen sie das in jeder Weise und sagen, wir wollen die Einheitsorganisation und sagen, wir wollen die Massenaktion im politischen Kampfe um die Befreiung des Proletariats. Ich glaube, Sie haben nicht gelesen, was Panekoek immer für eine Auffassung vertreten hat und was die russischen Bolschewiki vertreten haben. Gerade als ich in Staatspension war, habe ich einen Beitrag in der „Arbeiterpolitik" gelesen von Radeck, der mit der neuen Einheitsorganisation den Arbeitern die Möglichkeit geben will, Revolution zu machen. Ich möchte zu bedenken geben, wie diese Gewerkschafts- und Organisationsschulen auf den politischen Kampf der Arbeiterklassen hingewirkt haben. Die Politik der Mehrheitssozialisten zeigt uns das deutlich. Für uns kann es nur eins geben, daß wir den unorganisierten Arbeitern — es sind viele, die aus Widerwillen gegen die Politik der Gewerkschaften sich nicht organisieren oder aus den Gewerkschaften ausgetreten sind — das Wahlrecht geben. Denen will man heute das Wahlrecht nehmen. (Zuruf: Politisch organisieren!) Jawohl, ich bin politisch organisiert, aber die Sache liegt so, daß Hunderte und Tausende nicht politisch organisiert sind, weil sie heute nicht dazu aufgefordert sind, weil sie aus dem Felde zurückkommen. Tausende haben aus Widerwillen gegen die gewerkschaftliche und politische Organisation ihren Austritt erklärt. Denen können wir nicht das Wahlrecht rauben. Ich bitte Sie, nehmen Sie den Antrag Opfermann an und stimmen Sie dafür, daß den Jugendlichen vom 18. Lebensjahre an ihr Wahlrecht gesichert bleibt. Die Jugend ist unsere Zukunft, die sollen die Geschicke, die wir jetzt regeln, weiter führen. Wenn wir sie ausschließen, besteht die Gefahr, daß die Errungenschaften nicht von unsern Nachkommen ausgenützt werden.

Vorsitzer Herr Henke: Es ist noch ein Abänderungsantrag eingelaufen von Kaiser. Dann ist Schluß der Debatte über diesen Paragraph beantragt worden von Grupe. Wünschen Sie dazu das Wort?

Herr Grupe: Ich glaube, es ist genügend über diesen Paragraph debattiert worden. Es wird Zeit für den Schluß.

Gegen den Schluß ist niemand. Der Schluß ist angenommen.

Vorsitzer Herr Henke: Der Antrag Schad-Seitz zu § 2 ist der weitgehendste. Er will nicht nur das Alter für die Wahlberechtigung, sondern auch für die Wählbarkeit festgesetzt haben, und zwar auf das 18. Lebensjahr. Ich würde über diesen Antrag zuerst abstimmen lassen.

Der Antrag Schad-Seitz wird abgelehnt.

Der Abänderungsantrag Bauer wird angenommen mit 65 gegen 53 Stimmen.

Herr Buchholz zur Geschäftsordnung: Ich glaube, bei dem Antrag Seitz ist nicht geschäftsordnungsmäßig verfahren worden, indem Genosse Opfermann einen Abänderungsantrag gestellt hat, in dem die Worte „freie gewerkschaftliche und politische Organisation" gestrichen werden sollten. Ich meine, dieser Antrag hätte erst zur Abstimmung kommen sollen und auf Grund dieses Abstimmungsverhältnisses hätten sich viele Genossen zu dem Antrage Seitz anders gestellt. Ich stelle den Antrag, daß wir über diesen Abänderungsantrag Seitz nochmals abstimmen mit der Maßgabe, daß zuerst der Abänderungsantrag Opfermann zur Abstimmung kommt. Dann können wir uns erst ein klares Bild machen.

Vorsitzer Herr Henke: Die Bemerkung des Genossen Buchholz kommt zu spät.

Herr Buchholz: Nicht geschäftsordnungsmäßig!

Vorsitzer Herr Henke: Der Antrag ist gestellt zur Vorlage der Kommission.

Herr Buchholz: Und der ist nicht zur Abstimmung gekommen.

Vorsitzer Herr Henke: Das kommt noch. Bitte, zügeln Sie Ihre Geduld.

Der Antrag Opfermann heißt: (Wird verlesen.)

Das würde bedeuten, daß der § 2 folgende Fassung erhält: (Wird verlesen.)

Der Antrag wird angenommen.

Der Antrag Haase: (Wird verlesen.)

Der Antrag wird angenommen.

Antrag Kaiser ist erledigt.

Vorsitzer Herr Henke: Dann müssen wir insgesamt abstimmen. Der § 2 lautet jetzt: (Wird verlesen.)
Der § 2 wird mit dieser Abänderung angenommen.

§ 3.

Die Herren Schad-Seitz beantragen,
diesen § 3 zu streichen.

Herr Höcker beantragt,
daß § 3 bestehen bleibt.

Im übrigen sollen die Vorschläge der kommunistischen Partei gelten.

Vorsitzer Herr Henke: Der Antrag Höcker ist so gedacht, daß man das Wort „wählbar" in den § 2 hineinbringen soll. Dann ist die Sache erledigt, es ist aber nicht beantragt. Dann kann darüber abgestimmt werden.

Herr Klawitter: Ich möchte vorschlagen, daß wir das Wort „wählbar" nachträglich in den § 2 hineinbringen. Der § 3 hat nur Sinn, wenn in § 2 18 Jahre steht.

Vorsitzer Herr Henke: Das ist ein Irrtum. Man kann auch über die Wählbarkeit einen Passus hineinsetzen.

Herr Klawitter: Der § 3 ist nur hineingekommen, weil 18 und 20 Jahre in Frage kommen. Wir können leicht in den § 2 das Wort „wählbar" hineinbringen.

§ 4.

Vorsitzer Herr Henke: Hierzu liegen folgende Anträge vor: ein Antrag Schad-Seitz, ein Antrag Weber, ein Antrag Ehlers, ein Antrag Frasunkiewicz, ein Antrag Bauer.

Herr Starker: In der vorigen Sitzung ist ebenfalls ein Antrag angenommen, daß die einzelnen kleinen Gruppenbetriebe der Gewerkschaften absolut nicht zusammenlegbar sind, da die Kontrolle der Organisation zu schwer ist. Dann hatte ein Antrag den kleinen Gewerkschaften mindestens einen Delegierten zugestanden. Dieser Antrag ist nicht mit verlesen, oder er ist quasi unter den Tisch gefallen. Dadurch gehen sie ihres Wahlrechts verlustig. Das ist nicht notwendig. Es muß ihnen das Wahlrecht zugestanden werden. Sie müssen einen bestimmten Sitz, ein Mitglied haben, einen Vertreter, resp. müssen sie einen Ersatzmann wählen können. Es können solche Betriebe auch zusammengelegt werden. Das ist ziemlich egal. Die kleinen Betriebe müssen zu ihrem Recht kommen.

Vorsitzer Herr Henke: Der Antrag Starker lautet: (Wird verlesen.)

Herr Klawitter: Ich möchte bitten, folgenden Antrag anzunehmen:

> Die Arbeiter und Arbeiterinnen in den größeren Betrieben wählen auf je 200 Beschäftigte einen Delegierten und einen Stellvertreter. Beträgt die überschießende Zahl der Beschäftigten mehr als 150, so ist ein weiterer Delegierter zu wählen.

Das ist eine substantielle Aenderung insofern, als statt 100 150 gesagt wird, der Paragraph ist aber auch redaktionell etwas geändert. Der Wortlaut ist klarer wie die Fassung des Entwurfs.

Herr Breitmeier: Ich ersuche Sie, den Antrag Starker abzulehnen. Aber die kleineren Betriebe müssen zu einem Wahlkörper zusammengefaßt werden. Es ist nicht nötig, daß die Gewerkschaften Extravertreter bekommen.

Herr Brodmerkel: Ich möchte bitten, das nicht abzulehnen, sondern dahingehend zu votieren, daß den kleinen Gewerkschaften weitere Vertreter nach der Zahl der Beschäftigten eingeräumt werden. Ich bin aber der Meinung, daß nicht die Gewerkschaften allein in Frage kommen.

Vorsitzer Herr Henke: Ich bin nicht klug daraus geworden.

Herr Svenson: In den letzten Satz des Paragraphen müßte auch der vorhin angenommene Zusatz aufgenommen werden, daß auch Arbeiter und Angestellte der syndikalistischen Partei zu wählen haben.

Vorsitzer Herr Henke: Es ist selbstverständlich, daß die Sache redaktionell verarbeitet werden muß. Das läßt sich am Vorstandstische nicht machen. Die Sache muß noch einmal an die Kommission verwiesen werden. (Zurufe.) Wenn Sie auch protestieren, Sie müssen sich aber darin schicken.

Herr Ehlers: Ich habe den Antrag gestellt, daß in den großen Betrieben die Wahlen nach dem Verhältnis der Parteien ausgeführt werden. Wenn in den einzelnen Ressorts einzelne Arbeiter aufgestellt werden, so kann es geschehen, daß die eine Seite ganz ausfällt. In einem Ressort arbeiten von der einen Partei vielleicht 110 Mann, von der anderen 90 Mann, dann würden die 90 Ueberschüssigen zu einem anderen Ressort geschlagen werden müssen. Sonst entfallen die 90 Stimmen auf den einen, die anderen auf den andern Kandidaten. Das gibt Zwistigkeiten. Ich bitte Sie also, in den großen Betrieben nach der Verhältniswahl Vertreter aus allen Parteien zu wählen. Das ist notwendig besonders jetzt, nachdem auch die Syndikalisten hinzukommen sollen, die auch Vertreter haben sollen. In einzelnen Betrieben werden sie aber wenige oder gar keine Vertreter haben. Das richtigste wäre also, wenn nach den Verhältniswahlen die Kandidaten aufgestellt würden.

Herr Klawitter: Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen. Was die Erfassung der Betriebe betrifft, die keine 200 Beschäftigte haben, so denke ich mir das so: Alle in solchen Betrieben Beschäftigte, die für Betriebswahlen nicht in Frage kommen, haben sich an einem bestimmten Tage in einem Lokal zusammenzufinden, um dort ihre Kandidaten aufzustellen und die Wahl vorzunehmen. Kommen beispielsweise 400

zusammen, so haben sie zwei Vertreter zu wählen. Beträgt die Zahl der Angehörigen der kleinen Betriebe 550, so haben sie drei Vertreter zu wählen.

Mit den Ausführungen über die Syndikalisten kann ich mich nicht einverstanden erklären. Ich höre heute zum erstenmal von einer Partei der Syndikalisten, und ich weiß nicht, wie stark sie ist (Zuruf: Es sind nur wenige! 25 Mann!). Und dann sollen sie sechs Vertreter wählen?

Herr Klima: Ich bitte, den Vorschlag Klawitter anzunehmen. Den Vorschlag, der nur den Gewerkschaften das Wahlrecht einräumt, kann ich nicht anerkennen. Das würde zu unerträglichen Zuständen führen. Es gibt Gewerkschaften und Arbeiter, die ihre Mitglieder fast ausschließlich aus den großen Betrieben nehmen. Dann sind noch 30—40 aus den Kleinbetrieben. Die müssen auch das Recht haben, ihren Vertreter zu wählen.

Herr Schelter: Die Ausführungen Klawitter treffen nicht ganz zu. Lassen wir den § 4 so mit der Aenderung, wie ihn der Genosse Ehlers für die Großbetriebe wünscht. Dem könnte man sich wohl anschließen. Es ist Tatsache, daß durch die Verhältniswahlen, wenn sie nicht in Großbetrieben eingeführt würden, wir haben z. B. 10 000 Mann auf der Werft, unter Umständen die eine oder andere Partei keine Vertretung hat, und das müssen wir vermeiden. Nun schlägt Klawitter vor, auf 150 Mann einen Genossen zu wählen. Wir haben 200 vorgeschlagen im Durchschnitt, und ich bitte, bleiben Sie dabei. Es ist so zu verstehen, wenn 300 da sind, sind zwei zu wählen, mit 400 aber auch nur zwei, und ebenfalls haben wir in den folgenden Passus gesetzt, Betriebe, welche mindestens 100 Beschäftigte haben, wählen einen. Wenn wir für 100 Delegierte einen wählen, müssen auch die Betriebe, die 100 beschäftigen, einen haben. Sonst ist das eine Ungerechtigkeit. Ich bitte, nehmen Sie den Passus an mit der Aenderung von Ehlers.

Herr Frasunkiewicz: Ich möchte bitten, diese Aenderung nicht anzunehmen. Der Vorredner hat gesagt, wohin der Weg gehen soll. Er hat gesagt, es könnte vorkommen, daß in dem Betriebe diese oder jene Richtung vertreten ist. Ich bin der Meinung, dann wird diese oder jene Richtung in den Kleinbetrieben vertreten sein. Es ist kein Unglück, wenn in einem Großbetriebe die Wahl so ausfällt, daß irgend eine politische Tendenz nicht vertreten ist. Diejenigen, welche nicht vertreten sind, werden sich ärgern und können sich bei den Wählern bedanken, daß sie nicht gewählt worden sind. Ich fasse diese Aenderung von einem anderen Standpunkte auf, als vielleicht manch einer, der hier anwesend ist. Ich kenne den Weg, den man so gern beschreiten möchte. Auch ich möchte Sie bitten, nehmen Sie den Absatz 2 meinen Antrag an, statt 100 200 zu setzen. Ich sehe nicht ein, daß man den rückständigen Industriebetrieben oder den Kleinbetrieben Konzession machen soll. Die Kleinbetriebe schließen sich zusammen und 200 Beschäftigte wählen einen in den Arbeiterrat. Ich bitte, nehmen Sie meinen Antrag an und lehnen Sie den Antrag Ehlers ab.

Herr Brotmerkel: (übernimmt den Vorsitz) Wir kommen zur Abstimmung. Der weitgehendste Antrag ist der von Schad-Seitz. Ich lasse darüber abstimmen.

Der Antrag wird angenommen.

Vorsitzer Herr Henke: (übernimmt wieder den Vorsitz) Damit ist der § 4 der Vorlage erledigt und alle dazu gestellten Abänderungsanträge.

Herr Ehlers: Ueber meinen Antrag muß doch auch abgestimmt werden.

Vorsitzer Herr Henke: Ich bin nicht hier gewesen. Ich weiß es nicht. Der Absatz 4 des Antrages Schad-Seitz bedeutet eine Aenderung der Vorlage. Wenn der Antrag Schad-Seitz abgeändert werden soll, müssen dazu Abänderungsanträge gestellt werden, und dann hätte Genosse Brotmerkel zuvor über die Abänderungsanträge abstimmen lassen müssen. (Das hat er nicht getan.) Also ich lasse über die Eventualanträge abstimmen und dann noch einmal über den Antrag Schad-Seitz. Also nichts ist angenommen. Ich nehme an, daß Sie einverstanden sind.

Herr Breitmeyer: Der Antrag Schad-Seitz ist eine Aenderung des § 4 der Vorlage. In dem Augenblick wo er angenommen wird, hat sich alles andere erledigt.

Vorsitzer Herr Henke: Ich habe gefragt, ob die Versammlung nochmal abstimmen lassen will.

Herr Breitmeyer: Ich erhebe dagegen Widerspruch. (Ist bloß eine Zeitvergeudung.)

Vorsitzer Herr Henke: Sind Sie der Meinung, daß die erste Abstimmung gelten bleiben soll?

Die Versammlung erklärt sich einverstanden, noch einmal abzustimmen.

Der Antrag Schad-Seitz wird angenommen. Alle anderen Anträge sind damit gefallen. Auch der § 4 der Kommission.

?: Damit sind auch die Anträge gefallen 1, 2 und 3, denn die besagen das Gegenteil, und damit ist alles gefallen.

§ 5.

Schad-Seitz beantragt,
den § 5 zu streichen.

Der Antrag Brotmerkel lautet:

§ 5 zu streichen und ihm folgende Fassung zu geben: (Wird verlesen.)

Herr Brotmerkel: Ich möchte Sie ersuchen, meinen Antrag anzunehmen. Sie werden wohl nicht verkennen, welchen großen Einfluß und welche große Macht die bremischen Staatsbeamten haben. Es kommt eine Zahl von 8000 in Frage. Außerdem kommen bei den Angestellten in Frage die vielen Angestellten der industriellen Betriebe, die Krankenkassen usw. Auch ihnen muß man eine Vertretung einräumen. Wir haben vorhin den Antrag Deichmann abgelehnt, der den Angestellten das Recht einräumen sollte, und ich habe deshalb dagegen gesprochen, aber ich glaube, wir könnten ein Recht von 9 Vertretern einräumen. Den Angestellten ist es weniger darum zu tun, ihren politischen Einfluß geltend zu machen, als bei finanztechnischen Sachen mit raten und taten zu können. Wir sehen es daraus, daß sie nicht ein Wahlrecht verlangen, sondern sie wollen vertreten sein.

Herr Breitmeier: Ich ersuche Sie, den Antrag Brodmerkel abzulehnen. In § 1 heißt es: Der Arbeiterrat ist die durch die Revolution geschaffene Vertretung derjenigen Volkskreise, welche die sozialistische Republik anstreben oder wollen. Die Beamtenorganisationen, die auf dem Boden der sozialistischen Revolution stehen und arbeiten, sind selbstverständlich wahlberechtigt. Die Sondervertretung der Beamten haben wir abgelehnt, ebenso den Antrag Deichmann. Ich bitte, auch den Antrag Brodmerkel abzulehnen.

Herr Klawitter: Ich möchte Sie ebenfalls bitten, das, was Sie im ersten Paragraphen beschlossen haben, nun auch konsequent für § 5 bestehen zu lassen. Alle Beamtenkörper, wie z. B. die Eisenbahnbeamten, können wählen, wenn sie einer Vereinigung angehören, die sich auf den Boden der sozialistischen Republik gestellt hat. Die Bahnbeamten haben einen Verband, der auf diesem Boden steht. Die Handlungsgehilfen haben einen Verband, die Bureaubeamten haben einen Verband, der zu den freien Gewerkschaften gehört. Diese Beamten haben also die Möglichkeit, zu wählen, wenn sie sich ihrem Verbande anschließen. Wir würden uns ja selbst ins Gesicht schlagen, wenn wir den Beamten eine Extrawurst braten würden, weiter nichts. Wir würden sagen: Für die Beamten gilt etwas anderes als für die Arbeiter und die Angestellten in den Betrieben. Wir geben ihnen ja die Möglichkeit, sich einem Verbande anzuschließen, der sich auf den Boden der sozialistischen Republik stellt, und dabei können sie auch in den Verhältnissen bleiben, in denen sie jetzt sind. Brodmerkel sagte, es sei weniger Gewicht zu legen auf die politische Vertretung als auf etwas anderes. Ich aber sage mir: Die Zusammensetzung der Arbeiterräte dauert nicht mehr lange; wir bekommen die Nationalversammlung, und wenn wir die erst haben, dann setzen wir die Arbeiterräte nicht mehr so zusammen, wie sie jetzt zusammengesetzt sind. Also ist nur die Zeit zu berücksichtigen für die jetzige Einrichtung bis zur Nationalversammlung und für die kurze Zeit darauf, bis dann die anderen Vertretungen ihr Recht antreten. Bis dahin können wir auch einheitlich arbeiten, ohne uns von den Bürgerlichen dazwischenfahren und uns in unseren Ansichten stören zu lassen.

Herr Kaiser: Meines Erachtens sollten wir keine Ausnahme machen für diejenigen, welche geschlossenen Beamtenkörpern, wie es so schön heißt, angehören. Die Betriebsangestellten müssen politisch organisiert sein, diesen Beamten aber soll das Wahlrecht ohne diese Verpflichtung zugestanden werden. Das ist eine Ungerechtigkeit. Gerade den Beamten muß es zur Pflicht gemacht werden, sich zu organisieren. Dies ist das beste Machtmittel, sie zur Besinnung zu bringen. Wir haben schon vier Wochen Revolution, und wenn sie noch nicht wissen, wohin sie gehören, so tun sie mir leid. Wir können nicht warten, bis ihr Verband sich entschließt, sich auf sozialistischen Boden zu stellen, sich unbedingt einer Organisation anzuschließen, wie es in § 1 oder 2 vorgesehen ist.

Herr Starker: Ich bin auch der Meinung, daß wir den Antrag des Genossen Brodmerkel ablehnen sollten. Er hat es vielleicht gut gemeint, indem Personen für die praktische Arbeit zugezogen werden sollen; wir sollten aber doch dem Grundsatz treu bleiben, daß nur organisierte Arbeiter den Arbeiterrat bilden sollen. Wenn die Beamten auch hierher kommen und mit wählen, so können wir nur die Bude zuschließen, dann können wohl alle vier Richtungen der sozialdemokratischen Partei Kandidaten aufstellen, genau so wie die Angestellten und die Beamten, aber . . . (Redner ist unverständlich.)

Herr Brodmerkel: Warum ich den Antrag gestellt habe, habe ich schon gesagt. Den Polizeibeamten haben wir drei Vertreter eingeräumt. Jetzt soll die bremische Beamtenschaft, 7—8000 Beamte, neun Vertreter haben. Glauben Sie, die würden einen großen politischen Einfluß haben, wenn sie hier reden und ihre Wünsche zum Ausdruck bringen? Wir brauchen es nicht zu fürchten, daß Beamte hineingewählt werden. Verkennen Sie nicht, welcher Faktor die Beamtenschaft ist, die, wie wir jetzt gesehen haben, sich in ganz Deutschland zu einem Beamtenbunde zusammengeschlossen hat. Es ist auch nahezu gelungen, den Anschluß an die sozialistische Republik zu erklären, der Anschluß soll vor der Türe stehen. (Zuruf: Dann können sie ja wählen!) Erlauben Sie, dann würden die 7000 Beamten nicht nur 9, sondern 40 Vertreter wählen können!

Herr Ehlers: Wir wollen, daß auch die Beamten sich organisieren. Wie wir die unorganisierten Arbeiter ausgeschaltet haben, so müssen wir auch die unorganisierten Beamten ausschalten.

Der Antrag Brodmerkel wird abgelehnt.

Der Antrag Schad-Seitz, § 5 zu streichen, wird angenommen.

§ 6.

Vorsitzer Herr Henke: Dazu liegt ein Antrag Seitz-Schad und ein Antrag Frasunkiewicz vor. Der Antrag Schad-Seitz ist mir erst jetzt eingereicht.

Herr Seitz: Er ist heute vor acht Tagen eingereicht. (Vorsitzer Herr Henke: Mir aber nicht!) Wir können ihn hineinredigieren, das geht aber nicht in der Sitzung. Der Antrag lautet: (Verliest den Antrag.)

Der Antrag Schad-Seitz wird abgelehnt, ebenso der Antrag Frasunkiewicz. § 6 wird in seiner Gesamtheit angenommen.

§ 7.

Hierzu liegt ein Antrag Schad-Seitz vor:

Es soll 100 in 150 geändert werden.

Der Antrag wird angenommen.

Herr Kaiser zur Geschäftsordnung: Ich möchte feststellen, daß die Verhandlungen über diese wichtige Frage in einer Weise geführt werden, daß die meisten Anwesenden nicht wissen, wie sie abstimmen. (Sehr richtig!) Wir machen redaktionelle Fehler, daß wir die Hände über dem Kopf zusammenschlagen werden. Es muß den Genossen klar gemacht werden, worauf es ankommt.

Vorsitzer Herr Henke: Sie werden mir zustimmen, daß ich betont habe, worauf es ankommt. Ich habe verlesen, daß hier die Zahl 100 in 150 geändert werden soll. Man sollte meinen, Kaiser würde das begriffen haben. Ich muß den Vorwurf, daß die Verhandlungen nicht ordentlich geführt werden, zurückweisen. Ueberhaupt ist eine solche Fülle von Anträgen eingereicht worden, daß es für mich nicht möglich ist, sie miteinander zu vergleichen in bezug auf die redaktionelle Fassung. Infolgedessen muß die Sache an die Kommission zurückverwiesen werden, zur redaktionellen Aenderung. Im Reichstage wird über solche Sachen dreimal abgestimmt. Der Antrag Schad-Seitz ist ja angenommen.

§ 8.

Zu § 8 sind folgende Anträge eingegangen: (Werden verlesen.)

Vorsitzer Herr Henke: Dieser Antrag scheint mir nicht am Platze zu sein. Er handelt von der Wählbarkeit und der Wahlberechtigung. Das haben wir in § 2 erledigt.

Ferner liegt zu § 8 vor: (Wird verlesen.)

Herr Klawitter: Ich kann das augenblicklich nicht übersehen, aber ich glaube, es fehlt hier Arbeitslose und Kranke. Ich kann einen Antrag nicht so rasch formulieren, aber er kann ja ungefähr so lauten:

> Er hat neben dem Mitgliedsbuch der Gewerkschaft oder Parteiorganisation den Krankenschein oder den Schein, daß er sich beim Arbeitsnachweis gemeldet hat, beizubringen.

Weil er auf keinem Betriebe arbeitet, kann er da nicht teilnehmen. Die Kranken wollen wir nicht ausschließen. Oder sie müßten alle in den Versammlungen wählen, in welchen die Kleinbetriebe wählen. Dann wäre es in Ordnung.

Herr Blanke: Ich möchte Aufklärung darüber geben. Dem Mitgliedsbuch gleich zu achten ist ein mit dem Stempel versehener Schein. Diesen Absatz haben wir eingesetzt, weil durch die Wahlvorlage die Aufnahme in die Parteien und Gewerkschaften eine so große wird, daß die einzelnen Parteien ihre Mitgliederbücher nicht gleich ausstellen können und deshalb haben wir gesagt, ist der gestempelte Ausweis dem Mitgliedsbuch gleich zu achten.

Herr Dammer: Ich bin mir nicht klar über den letzten Satz des Antrages, der besagt, daß vom Militär Entlassene wahlberechtigt sind, wenn sie Beiträge bis 1. September geklebt haben oder 1/4 Jahr geklebt haben, bezahlt haben; das würde im Widerspruche stehen zu dem, was wir zuerst beschlossen haben, daß jeder Wahlberechtigte, Organisierte wahlberechtigt ist. Wenn jemand seine Mitgliedschaft verbummelt hat und läßt sich wieder neu aufnehmen, soll der nicht wahlberechtigt sein? (Zuruf: Selbstverständlich!)

Herr Breitmeyer: Ich möchte ersuchen, diesen Absatz zu streichen; den Absatz 2 in § 8, weil in der Fassung jede Korperation dazu in der Lage ist, Massenauflagen von Ausweisen herzustellen, mit denen großer Mißbrauch getrieben werden kann. Deshalb ersuchen wir, das abzulehnen.

Herr Schelter: Das letzte trifft nicht zu. Wir haben gedacht, daß der Wahlvorstand, der gewählt werden muß, den Organisationsnachweis zustellt. Es kann niemand dieses ausstellen, als der Wahlvorstand, der übergibt sie den Parteien und Gewerkschaften, und diese haben sie den Leuten auszuhändigen. Was die Militärentlassung betrifft, so kann der Antrag zurückgezogen werden.

Herr Dammer: Ich möchte mich entschieden gegen die Ausführungen Breitmeyer wenden, als wenn

die Gewerkschaften ein Interesse daran hätten, Ausweise auszugeben, die nicht den Tatsachen entsprechen. Es wird sich keine Gewerkschaft finden, die das aus Liebedienerei tut. Aber es scheint mir, man sucht keinen hinter dem Ofen, wenn man nicht selbst dahinter gestanden hat.

Der Antrag Koop, statt 1. September 1. Dezember zu setzen, wird angenommen.

Der Paragraph wird in der Fassung der Kommission angenommen.

Damit ist der Antrag Stockmeyer-Breitmeyer gefallen.

§ 9.

§ 10.

werden ohne Debatte angenommen.

§ 11.

wird angenommen.

Herr Klawitter: Da kann man wirklich nicht folgen. Es heißt, ungültig sind alle Stimmzettel, auf denen mehr Namen stehen. Ich bitte Sie, verweisen Sie die Vorlage an eine Kommission zurück, zur redaktionellen Aenderung.

Vorsitzer Herr Henke: Wir verweisen also die Vorlage an die Kommission zurück. Die mag die redaktionellen Aenderungen vornehmen.

§ 12.

§ 13.

Herr Roche: Das läßt sich nicht durchführen. Ich mache darauf aufmerksam, daß im Gaswerk in der Norddeutschen Hütte eine Tag- und Nachtschicht ist. Es müssen dafür also zwei Termine festgesetzt werden. Es gibt auch Werke mit drei Schichten. Auch müssen die Leute berücksichtigt werden, die weitweg wohnen.

Vorsitzer Herr Henke: Sie müssen einen Antrag stellen und schriftlich einreichen.

Herr Blanke: Das ist Sache des Wahlvorstandes. Wir haben uns in der Kommission gesagt, daß verschiedene Korporationen nicht zu derselben Zeit wählen können. Solche besonderen Fälle müssen berücksichtigt werden, dazu bedarf es keines Antrages.

Herr Starker: Der Wahlvorstand wird die Sache in die Hand nehmen, und sie wird zu aller Befriedigung erledigt werden. Ich beantrage, den Paragraphen zurückzustellen und den Wahlvorstand zu einer klaren Erläuterung aufzufordern.

Vorsitzer Herr Henke: Mit anderen Worten: Sie sind für Ablehnung.

Herr Kaiser: Ich beantrage, den Paragraphen zu streichen.

Der Antrag Kaiser wird angenommen.

§ 14 wird angenommen.

§ 15 wird angenommen.

Vorsitzer Herr Henke: Damit sind die Paragraphen der Vorlage erledigt. Die veränderte Vorlage überreichen wir der Kommission, und in der nächsten Sitzung stimmen wir über die ganze Vorlage ab. Oder wir werden noch eine besondere Lesung vornehmen müssen. Wir werden noch eine Lesung vornehmen müssen.

?: Zur Richtigstellung! Ich habe nicht gesagt, daß die Kommission nicht weiter arbeiten will.

Vorsitzer Herr Henke: Die ganze Vorlage mit den Abänderungen muß an die Kommission zurückverwiesen werden. Dagegen ist kein Widerspruch erhoben. Aber es ist der Antrag gestellt, die Kommission um zwei Mitglieder zu erweitern. (Zuruf: Bleibt es bei Dienstag?) Nächsten Dienstag!

Herr Seitz: Parteigenossen! Ich habe den Antrag gestellt, weil die Kommission in vielen Sitzungen getagt hat und es gut ist, daß noch neue Leute hinein gewählt werden, weil redaktionelle Aenderungen vorgenommen werden müssen, vor allem weil auch Mitglieder der syndikalistischen Richtung wählen sollen. Ich bitte, den Antrag anzunehmen. (Zuruf: Damit Du hineinkommst!)

Herr Kaiser: Ich möchte bitten, den Antrag abzulehnen, dagegen an der Beratung am nächsten Dienstag festzuhalten.

Herr Klawitter: Die Kommission muß unbedingt auch zu § 6 einen Nachtrag bringen, der die Kranken und die Arbeitslosen behandelt. Eventuell würde bei der nächsten Lesung Gelegenheiten gegeben werden, noch Anträge zu stellen.

Vorsitzer Herr Henke: Wenn eine zweite Lesung stattfindet, können auch Anträge gestellt werden, sonst hätte die zweite Lesung keinen Sinn.

Der Antrag Seitz wird abgelehnt.

Ein Antrag, am nächsten Dienstag die endgültige Abstimmung vorzunehmen, wird angenommen.

Vorsitzer Herr Henke: Wollen wir jetzt noch über einen Antrag des Geschäftsvorstandes vom Arbeiterrat verhandeln? (Rufe: Vertagen!)

Herr Starker: Zur Geschäftsordnung! Es steht noch „Verschiedenes“ auf der Tagesordnung. Wir haben doch beschlossen, bis zehn Uhr zu beraten. Nützen wir doch die Zeit aus!

Vorsitzer Herr Henke: Es sind verschiedene Anfragen eingegangen. Eine Anfrage wünscht Aufklärung über die Verhaftung der 22. Ueber die Sache lägen nur Berichte der bürgerlichen Presse vor. — Ja, ich bin nicht klüger wie Sie, ich kann keine Auskunft geben.

Eine andere Anfrage lautet — ich bin aber doch kein Briefkastenonkel —: Besteht noch die Jugendwehrkompagnie? Ich kann die Frage nicht beantworten. Ist das einem Führer des Soldatenrats bekannt?

Herr Drettmann: Ich bin nicht in der Lage, zu antworten. Ich empfehle, sich an den Soldatenrat zu wenden.

Herr Husmann: Ich habe die Anfrage gestellt. Gestern abend ist folgendes passiert: Es kamen einige Genossen bei der Realschule an der Bremerhavenerstraße vorbei, wo das Uebungslokal des Jungdeutschlandbundes ist. Es war uns erklärt, der Jungdeutschlandbund sei aufgelöst. Aber die Genossen konstatierten, daß der Bund noch im geheimen wühlt, indem sie drei Angehörige des Bundes mit Zielgewehren aus dem Lokal haben heraustreten sehen. Deswegen habe ich die Anfrage gestellt, zu unserer Sicherheit. Was treiben die Leute?

Herr Swenson zur Aufklärung: Am gestrigen Tage ist die Meldung mir schriftlich übergeben, und die Meldung ist dem Sicherheitsdienst des Soldatenrats überwiesen, der jedenfalls das nötige veranlaßt hat. Allerdings ist die schriftliche Meldung nicht beantwortet, da Husmann seine Adresse nicht angegeben hat.

Vorsitzer Herr Henke: Eine andere Einsendung lautet: Unterzeichneter ersucht den Aktionsausschuß um die Beantwortung der Frage: In der Sitzung am 29. November wurde beantragt, das Bürgertum zu entwaffnen und die Arbeiterschaft zu bewaffnen. Inwieweit ist dem Rechnung getragen? Breitmeier.

Der Beschluß ist gefaßt, der Soldatenrat hat aber beschlossen ihn abzulehnen.

Herr Breitmeier: Ich bitte ums Wort! Ich würde dem Aktionsausschuß geantwortet haben: Es gibt aber Mittel und Wege, euch zu veranlassen, und die müssen beschritten werden.

Zur Ergänzung der Anfrage:

Herr Buchholz: Ueber die Bewaffnung der industriellen Proletariats hat bis jetzt der Aktionsausschuß noch keine Stellung genommen. Wenn der Soldatenrat das ablehnt, so ist das seine Sache. Aber vor allem hätte der Aktionsausschuß als solcher zur Sache Stellung nehmen und mit dem Soldatenrat in Verbindung treten sollen, wie die Sache zu regeln ist. Ich bin der Meinung, daß der Aktionsausschuß die Sache noch nicht in die Hand genommen hat.

Vorsitzer Herr Henke: Ich muß erklären, daß das Mitglied des Aktionsausschusses Buchholz keinen Antrag in dieser Richtung gestellt hat. (Heiterkeit.) Die ganze Sache ist weiter nichts als eine Bombe, die in die Verhandlung geworfen werden sollte. Es handelt sich um eine leicht zu durchschauende Manipulation. Breitmeier wußte, was für eine Antwort gegeben werden würde. Wir haben mit den Soldatenrat darüber geredet, nicht einmal, sondern ein paarmal, wie mir Drettmann bestätigen wird, und er hat mir erklärt, sie könnten nicht darauf eingehen. Sollten wir mehr erreichen, so werde ich das dem Mitgliede des Aktionsausschusses Buchholz mitteilen. Wir werden der Angelegenheit weiter unsere Aufmerksamkeit schenken.

Vorsitzer Herr Henke: Es sind noch einige Anfragen eingereicht worden: Ist dem Arbeiter- und und Soldatenrat folgende Entscheidung bekannt: Die am 20. November im Parteihaus tagende Mitgliederversammlung der freien Sozialistischen Jugendorganisation usw.

Wir nehmen dankend davon Kenntnis.

Herr Braukmüller: Diese Resolution ist vor fast einem Monat in einer Jugendversammlung gefaßt worden und auch Brodmerckel überreicht worden. Bis jetzt hat der Genosse Brodmerckel sie nicht verlesen, obgleich es notwendig gewesen wäre. Wäre es geschehen, hätten die Bürgerlichen es nicht gewagt, die Jungdeutschlandbündler in der Realschule zusammen zu rufen. Dann wäre der Soldatenrat nicht auf den famosen Gedanken gekommen, die Pfadfinderorganisation noch heute zu unterstützen. (Zuruf Herr Drettmann: Was ist das?) In den Bremer Nachrichten war zu lesen, daß die Pfadfinderorganisation die Aufgabe bekommen habe vom Soldatenrat, sämtliche Jugendvereinigungen auf demokratischer Grundlage zusammen zu bringen, jener Organisation, die das Rückgrad des Jungdeutschlandbundes ist, die gegründet worden ist vom Generalfeldmarschall von der Goltz, die in den ersten Revolutionstagen in Berlin gezeigt hat, von welchem Geiste sie beseelt ist; diese Pfadfinder, die mit dem Generalleutnant in den famosen Pferdestall hineingekrochen sind und gezeigt haben, wozu sie da sind, die die Jugend dazu erzogen hat, auf die revolutionären Arbeiter zu schießen, diese Pfadfinderorganisation wird vom Soldatenrat unterstützt. Und wenn solche Dinge vorkommen, haben wir das Recht, eine solche Anfrage zu stellen, das ist durchaus nichts unparlamentarisches. Im Reichstage werden auch Anfragen gestellt und von den Ministern beantwortet. Ich glaube nicht, daß Henke diese Anfragen abweisen kann. Ich bin dazu veranlaßt auch aus einem anderen Grunde. Es ist uns gelungen in wenigen Wochen eine Jugendorganisation von über 600 Mitgliedern ins Leben zu rufen. Diese Organisation verlangt Unterstützung. Es ist

unsere Jugend, und was an dieser Jugend gesündigt worden ist, wißt Ihr selbst. Deshalb habe ich diese Anfrage gestellt. Ihr müßt uns unterstützen, genau so wie die frühere Regierung ihre Jugendlichen unterstützt hat. Wir fordern, daß uns ein Jugendheim zur Verfügung gestellt wird. Was wir heute durchmachen, ist nicht das Werk einiger weniger Augenblicke, daß ist ein Prozeß, der Generationen dauert, und deshalb ist es von Interesse, von welchem Geiste die Jugend beseelt wird, die nach uns kommt, die das fortsetzen soll, was wir begonnen haben. Ich möchte Euch ersuchen, uns zu helfen.

Vorsitzer Herr Henke: Anfragen können im Reichstage auch eingereicht werden, aber der Genosse Braukmüller wird auch wissen, daß man sie vorher einzureichen hat. Er wird auch wissen, daß man dem Präsidenten nicht zumutet, alle möglichen Anfragen zu beantworten. Darauf läuft es doch hinaus. Ich empfehle, will man solche Anfragen beantwortet haben, muß man sich vorher an den Aktionsausschuß wenden. Will man kleine Anfragen hier einführen, muß man sie vorher einreichen.

Dann soll ich konstatieren, ob die Jugendwehr noch existiert? Ich empfehle, daß man die Sache tatsächlich ändert. Im übrigen steht nichts im Wege, daß man sich mit der Frage der Volksbewaffnung auch hier befaßt. Wenn das nicht möglich ist, mit dem Soldatenrat ins Reine zu kommen, dann haben wir keinen Grund, die Sache aufzugeben, aber dann müssen Anträge gestellt werden.

Herr Drettmann: Sie wissen, daß wir die Waffen in Verwahrung haben und sie nicht jedermann ausgeben wollen. Waffen sind kein Spielzeug! Wenn die Revolution in Gefahr kommt, rufen wir Euch. Wir sind nichts anderes als Ihr seid. Aber auf ein paar Stunden sind wir doch in der Lage, die Kaserne zu halten, und dann könnt Ihr am Platze sein, wenn Gefahr drohen sollte. Bis jetzt ist absolut keine Gefahr vorhanden. Jedenfalls sehen wir nicht ein, weshalb wir die Waffen aus dem Depot heraus geben sollen. Wer gibt uns die Gewähr, daß die Waffen im Stande gehalten werden? Und im übrigen wollen wir, daß damit nicht Unfug getrieben wird. Geben Sie Marken heraus, dann können Sie immer von uns Waffen bekommen. Aber vergessen Sie nicht, daß Sie eines Blutes mit uns sind. (Zuruf: 10 Uhr!)

Herr Brodmerckel: Braukmüller hat einen Antrag gestellt, in den Aktionsausschuß einen Vertreter der Jugendorganisation zu wählen. (Rest der Rede unverständlich, da sich die Versammlung beginnt aufzulösen.)

Herr Reimann: Was würde z. B. geschehen, wenn plötzlich 100 mutige Offiziere den Versuch machten die Kaserne zu stürmen? Dadurch würde es unmöglich werden, noch die Arbeiter zu bewaffnen. Deshalb liegt ein dringliches Bedürfnis vor, sobald wie möglich die Bewaffnung vorzunehmen. Henke sagt, Ihr seht, wie die Dinge auslaufen können.

Vorsitzer Herr Henke: Dann noch eine Anfrage: Wie kommt es, daß der Unterausschuß für das Fabrikwesen, der mit dem Arbeiterrat die großen Betriebe kontrolliert. (Wird verlesen.)

Herr Dammer: Dann ist es doch Sache der Arbeiterräte der Betriebe, diesen Antrag an den Fabrikausschuß zu richten. Weshalb sind solche Anträge noch nicht gekommen? Also haben wir noch keine Verpflichtung, uns den Arbeiterräten der großen Betriebe aufzudrängen.

Herr Breitmeyer: Ich möchte mich kurz gegen die Ausführung Dammers in der Spezialdebatte zum Wahlreglement wenden. Er kann mich persönlich nicht treffen. Dammer kann mich nicht beleidigen.

Vorsitzer Herr Henke: Das war auch vollkommen überflüssig.

Schluß der Sitzung 10 Uhr.

# Vollsitzung des Bremer Arbeiter- und Soldatenrates

**am 17. Dezember 1918 im Konventsaale der Börse.**

## Tagesordnung:

1. Weiterberatung über das Wahlreglement.
2. Entschädigungsansprüche der politisch Inhaftierten.
3. Verschiedenes.

Herr Henke führt den Vorsitz.

Eröffnung der Sitzung 6 Uhr 27 Minuten.

Vors.: Auf der Tagesordnung steht: 1. Weiterberatung über das Wahlregelement und 2. Entschädigungsansprüche einer Anzahl Genossen und Genossinnen.

Der neue Entwurf des Wahlregelments ist leider erst heute abend in meine Hände gekommen — die Kommission ist offenbar nicht früher damit fertig geworden —, und ich habe noch nicht Gelegenheit gehabt, ihn durchzusehen. Genosse Schelter übernimmt es wohl, einleitende Bemerkungen vorzutragen. Zu dem Entwurf sind bisher zwei Anträge eingegangen zu § 2 und zu § 4, die ich später bekannt geben werde.

Dann ist ein Antrag eingegangen, ein Antrag Haase zur Geschäftsordnung:

Ich stelle den Antrag, die Sitzungen müssen pünktlich um 6 Uhr bezw. zur festgesetzten Zeit beginnen.

Natürlich hat der Antrag seine Berechtigung. Heute abend hat sich der Beginn der Sitzung verspätet. Ich komme eben aus einer Sitzung des Aktionsausschusses, die bis jetzt gewährt hat. Wenn die Sitzungen später anfangen, so ist das keine Böswilligkeit, sondern allemal begründet. Der Antrag kann natürlich angenommen werden. Ich stelle es anheim.

Der Antrag wird angenommen.

Vors.: Dann ist folgende Anfrage eingegangen: (Anlage).

Verliest sie.

Ja, Parteigenossen, ich bin zu meinem Teile der Meinung, daß wir uns nicht beschwert fühlen durch die Worte des Soldatenrats Meyer und daß wir dadurch nicht der Lächerlichkeit preisgegeben werden. Wer durch solche Reden der Lächerlichkeit preisgegeben ist, den brauche ich kaum zu nennen. Was er sonst nach dem Bericht erklärt hat, das geht über seine Befugnisse weit hinaus: er mutet, er schreibt sich etwas zu, was sich nicht ziemt. Das ist eine derartige Ueberschätzung, die ich nicht weiter zu charakterisieren brauche. Ich bin der Meinung, daß man solchen Mitgliedern das gelegentlich mal zu Gemüt führen muß, daß so etwas nicht zulässig ist, und ich möchte diese Gelegenheit benutzen, das zum Ausdruck zu bringen (Sehr richtig!). Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir es bei dieser Anfrage, die ich Ihnen unterbreitet habe, und meinen Worten dazu bewenden lassen sollten. Oder wünschen Sie darüber noch eine Debatte? Voriges Mal haben wir den Modus eingeführt, auf Anfragen eine Debatte zu eröffnen. Wollen wir diesen Modus beibehalten? Ich frage, ob jemand dazu das Wort wünscht. Ich gebe das Wort dem Antragsteller Haase.

Haase: Ich möchte bitten, den Arbeiterrat zu ersuchen, eine Erklärung abzugeben dem Soldatenrat gegenüber. Es ist nicht das erstemal, daß solche Sachen vom Soldatenrat gemacht werden, daß der Soldatenrat uns entgegentritt und sagt: So oder so wollen wir es machen. Es ist das wenigste, was wir verlangen können, daß er uns nicht so entgegentritt.

Vors.: Ich habe ja eine Erklärung abgegeben und mich deutlich ausgedrückt. Beantragen Sie einen Beschluß?

Kaiser: Ich freue mich, daß der Antrag gestellt ist. Ich war in der Sitzung zugegen und habe hernach den Kameraden Meyer und auch den Genossen Brodmerkel auf das Unziemliche ihrer Aeußerungen aufmerksam gemacht. Er spielte natürlich wieder eine eigentümliche Rolle, er wollte sich nicht getroffen fühlen. Ich habe auch dem Genossen Brodmerkel vorgehalten, daß er nur für seine Person gesprochen hätte. Es wurde mir gesagt, das hätte der Exekutivausschuß des Soldatenrats getan, die Sache wäre in der ganzen Versammlung nicht bekannt gegeben. Jedenfalls muß auch ich feststellen, daß das Vorgehen des Kameraden Meyer im höchsten Grade eigenmächtig und selbstbewußt erscheint, so daß der Arbeiterrat dazu Stellung nehmen muß.

Zur Aufklärung.

Klawitter: Ich kann mitteilen, daß diese Versammlung der Räte in dieser Form die letzte gewesen ist. Die Ausschußmitglieder vom Soldatenrat haben diese Zusammenkünfte der verschiedenen Räte einberufen, aber es ist mir gesagt worden, sie lehnten es jetzt ab, derartige Einberufungen weiter vorzunehmen. Wenn irgend jemand, irgend einer der Räte wieder an den Soldatenrat heranträte, dann würde er die Sache immer an den Arbeiterrat verweisen. Dieser Beschluß ist ohne unser Zutun, offenbar auf das Meyerische Vorgehen hin gefaßt worden. Wir werden so etwas also künftig nicht wieder erleben. Daß so etwas vorgekommen ist, hat offenbar darin seinen Grund, daß man die Oeffentlichkeit dem Soldatenrat geneigter machen wollte. Dieser Meinung muß ein Ende gemacht werden. Künftig werden alle diese Sachen, die nicht militärischer Art sind, dem Arbeiterrat überwiesen.

Vors.: Es ist also klargestellt, daß es sich nur um Aeußerungen eines einzelnen Herrn handelt. Wollen die Genossen, daß wir einen präzisen Beschluß fassen, so müssen sie einen entsprechenden Antrag stellen. Ich meine aber, wir lassen es bei dem bewenden, was ich gesagt habe und nehmen die Sache nicht tragisch, so unangenehm sie ist. Oder meinen Sie, daß wir dem Soldatenrat eine schriftliche Aeußerung zukommen lassen sollen im Auftrage und Namen des Arbeiterrats. Dann müssen sie einen Antrag stellen. Ich meine, wir sollten nicht weitergehen. Im übrigen müssen wir es uns energisch verbitten, daß einzelne Herren sich derartiges für sich herausnehmen, wenn sie das, was wir eben beschlossen haben, zu durchkreuzen suchen und sagen, daß sie Manns genug dazu wären. Das müssen wir uns verbitten, das ist klar. Wir sind auch fest davon überzeugt, daß der Soldatenrat solche Aeußerungen von einzelnen seiner Mitglieder nicht billigt. Damit ist die Sache erledigt.

Wir kommen dann zur

**dritten oder zweiten Lesung des Wahlreglements.**

Ich nehme an, daß eine Generaldebatte nicht mehr gewünscht wird. Wir treten in die

**Spezialdebatte**

ein.

Die einzelnen Anträge zu den Paragraphen, die das vorigemal eine Mehrheit gefunden haben, sind von der Kommission in die Vorlage hineingearbeitet worden. Genosse Schelter von der Kommission wird dazu das Wort nehmen.

Schelter: Nur ein paar Worte sind es, die ich zu sagen habe. Die angenommenen Anträge sind in das Reglement hineingearbeitet. Bei der Durchsicht ist uns etwas aufgefallen, was die Kommission vorschlägt, noch zu ändern. Ich will nicht viele Worte machen. Es handelt sich um § 4, den zweiten Absatz. Da steht:

Die Aufstellung der Kandidaten in Ressortversammlungen ist nicht zulässig.

Parteigenossen! Wir haben uns die Sache genau überlegt, besonders mit Rücksicht auf die großen Betriebe und sind zu dem Resultat gekommen, daß erstens die Kommission und zweitens der Arbeiterrat in seiner Gesamtheit in der vorigen Sitzung einen Fehler gemacht hat. Wir müssen in diesem Satz das Wort „nicht" streichen, und zwar aus folgenden Gründen. Wir haben besonders die Aktiengesellschaft „Weser" im Auge gehabt, die mit zirka 8000 Mann 40 Delegierte zu wählen hätte. Wenn nun die Wahlen nach den drei Parteien vorgenommen werden, und angenommen, es wären 3000 Wähler vorhanden, dann würde die eine Partei mit 1100 Wählern einfach die Mehrheit haben, die zweite Partei mit 1000 Wählern und die dritte mit 900 Wählern würden keinen Delegierten erhalten, während die Partei mit 1100 Wählern alle 40 Delegierten wählte und die anderen mit 1900 Wählern keinen zu wählen hätte. Das hält die Kommission einmütig für ein Unrecht, und sie hat deshalb beschlossen, Ihnen den Antrag zu unterbreiten, diesen Antrag insofern zu ändern, als das Wort „nicht" gestrichen wird.

Weiter beantragen wir, in § 5 im zweitletzten Absatz folgende Worte zu streichen:

> In Betrieben mit mehreren Wahlorten müssen die Listen immer dieselben sein und die Namen der Kandidaten tragen.

Diese Worte müssen ebenfalls gestrichen werden. Dann können in Betrieben mit mehreren Ressorts die einzelnen Ressorts wählen, und es treten der-

artige schreiende Ungerechtigkeiten nicht zutage. Wenn ich auch zugebe, daß noch Lücken in dem Entwurf sind, so treten diese doch nicht so kraß zutage als diese, wo Wahlen in großen Betrieben vorgenommen werden. Wir geben zu, daß wir eine Dummheit gemacht haben. Das ist aber kein Grund, daß wir das nicht wieder gut machen sollen, wenn wir das eingesehen haben. Ich beantrage diese Aenderungen vorzunehmen.

Vors.: Wir haben den Bericht gehört.

Deichmann zur Geschäftsordnung: Parteigenossen! Wir haben jetzt die dritte, endgültige Lesung. Sollte es da nicht möglich sein, daß man sich doch im Allgemeinen mit wenigen Worten noch einmal über das Wahlreglement äußern kann? (Sehr richtig!) Die Begründung, die Genosse Schelter gegeben hat, beweist zur Genüge, daß noch Raum zu einer allgemeinen Aussprache geschaffen werden muß, ehe wir endgültig über das Wahlreglement beschließen. Ich möchte daher bitten und stelle einen diesbezüglichen Antrag, daß die Möglichkeit gegeben wird zu einer kurzen Generaldebatte, damit uns die Möglichkeit gegeben wird, noch einmal unsern Standpunkt zu präzisieren.

Vors.: Was Genosse Deichmann in seinem Antrage betont hat, daß er eine kurze Generaldebatte haben will, kann natürlich einer Prüfung unterzogen werden. Aber wo ist die Garantie gegeben, daß die Generaldebatte kurz wird? Dann müßte eine bestimmte Redezeit festgesetzt werden, oder ich müßte wenigstens bitten, sich möglichst kurz zu fassen. Der Antrag Deichmann ist klar, er wünscht, daß wir noch einmal in eine Generaldebatte eintreten. Natürlich habe ich nichts dagegen. Wenn wir das vermeiden könnten, wäre es ja besser, aber jeder hat das Recht, eine andere Meinung zu haben. — Wünscht jemand dazu das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag Deichmann sind, aufzustehen. Das ist die Mehrheit. Wir treten also in die

## Generaldebatte

ein. Aber ich bitte, sich möglichst kurz zu fassen. Ueber zehn Minuten darf ein Redner nicht hinausgehen. Einverstanden? (Zustimmung!) Also höchstens zehn Minuten!

Stärker: Zur Richtigstellung!

Vors.: Hängt das hiermit zusammen?

Stärker: Mit den Wahlen.

Vors.: Wir haben jetzt die Generaldebatte. Dann müssen Sie sich zur Generaldebatte melden.

Stärker: Ich möchte Deichmann gleich antworten, es handelt sich um Tatsachenfälschungen.

Heibel: Ich vertrete die Seemannschaft. Ich möchte zu § 3 sprechen. Danach ist es erforderlich, daß die gesamte Wählerschaft vorhanden ist, um Delegierte in den Arbeiterrat wählen zu können. Es liegt aber bei der Seemannschaft eigenartig. Wir können heute 1000 Mann haben, zu anderer Zeit aber nur 20. Wenn nun zu dieser Zeit die Wahlen stattfinden, dann können diese 20 keine Delegierten aufstellen.

Vors.: Das gehört nicht in die Generaldebatte. Wir könnten damit solange warten, bis wir an den Paragraphen kämen.

Deichmann: Parteigenossen! Aus der Begründung des Wahlreglements und der bis jetzt gepflogenen Debatte ist man zu deutlich hervorgegangen, daß der Arbeiterrat nicht nur eine politische Vertretung, sondern zugleich einen Gesetzgebungskörper darstellen soll. Einen Widerspruch haben diese Ausführungen in der Debatte bis jetzt nicht gefunden, ich darf daher annehmen, daß diese Anschauung von allen Anwesenden geteilt wird und gebilligt worden ist. Wenn das so ist, dann muß ich betonen, daß der Wahlkörper, wie er in dem Wahlreglement nunmehr vorliegt, zu eng gezogen ist und der Sache selbst nicht entspricht. In Wirklichkeit sollen die Wahlen nur von den organisierten Arbeitern vorgenommen werden. Wenn wir die Zahl der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen in Bremen betrachten und dem gegenüber die Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen, die überhaupt vorhanden sind, dann werden sie zugeben, daß die übergroße Mehrheit der bremischen Arbeiter und Arbeiterinnen von diesem Wahlrecht ausgeschlossen ist. Ich halte es für gut, daß diese großen Massen ausgeschlossen sind. Wenn sie heute und bis heute noch nicht organisiert sind, so ist das einmal darauf zurückzuführen, daß sie den Wert einer Organisation als solcher noch nicht erkannt haben, andererseits sind sie zum Teil auch deshalb nicht organisiert, weil sie durch die Betriebsagitation uns heute von einer Organisation ferngehalten sind. Unter uns treuen Genossen, die den Standpunkt vertreten, daß sich die Arbeiter im allgemeinen gar nicht zu organisieren brauchten, daß höchstens einige organisiert sein sollten, die tonangebend sein müssen, das ist in den Kopf der Arbeiter hineingepfropft. Aus diesen Gründen ist es zu verzeichnen, daß ein Teil der Arbeiter nicht organisiert ist. Wie aber die Dinge heute liegen, dürfen wir diese noch meiner Meinung nicht von uns stoßen. Es muß unsere Aufgabe sein, sie heranzuholen. Das können wir am besten, wenn auch ihnen das Wahlrecht gegeben wird. Sie brauchen nicht zu fürchten — das ist ihnen von der Mehrheit schon mehrmals ausgeführt —, daß ein Teil dieser unorganisierten

Arbeiter zu den Rabiatesten gehören, die sich am Schlechtesten zügeln lassen. In dieser Zeit kann uns das aber gar nicht gefährlich werden. Ich behaupte, sie werden sich in Bezug auf ihre Stellung zur Revolution genau so verhalten, genau dieselbe Sicherung für die Revolution geben, als wir es von der organisierten Arbeiterschaft erwarten. Darum müssen wir den Rahmen weiterziehen. Wir müssen auch dafür sorgen, daß den vielen Angestellten, den Privatangestellten im allgemeinen das Wahlrecht eingeräumt wird. Bei den langen Verhandlungen über den Antrag Rhein zum Wahlreglement wurde uns vorgehalten, daß wir durch die Anträge nur im Interesse des Bürgertums handelten. Unter dem Sammelnamen „Bürgertum" treffen wir ja die meisten der Privatangestellten. Diese große Masse hat aber gar kein Interesse an der Aufrechterhaltung der bisherigen Verhältnisse, durchaus nicht. Ich behaupte, daß, wenn sie nicht viele Jahrzehnte hindurch unter dem furchtbaren Druck hätten leben müssen, sie heute schon ebenso wie wir an der Sicherung der jetzt geschaffenen Zustände wirken, mit uns an einem Strang ziehen würden. Unsere Aufgabe muß es sein, diese großen Kreise für uns zu gewinnen. Das können wir aber nicht, wenn wir im Wahlreglement sagen: es sollen nur Betriebswahlen sein.

Die Betriebswahlen an und für sich lassen nicht zu, daß die großen Massen wählen können. Im übrigen aber läßt das Betriebswahlrecht zu, daß bei der Wahl ein besonderer Terror geübt werden kann. Wir haben es ja auch von einzelnen Rednern erfahren, daß sie gerade deshalb das Betriebswahlrecht wollen, um einen Wahlterror ausüben zu können. Dagegen müssen wir uns wehren. Vor allem schon deshalb, weil wir zugleich ein Gesetzgebungskörper sein wollen. Aus diesem Grunde müssen wir dafür sorgen, daß nach Möglichkeit die großen Massen mit den Stimmzetteln die Entscheidung treffen. Zum Schluß möchte ich sagen: Wir von unserm Standpunkt vertreten die Anschauung, daß wir nicht ein Betriebswahlrecht wollen, sondern daß wir das allgemeine, geheime und gleiche Wahlrecht haben müssen, wobei gewählt werden muß nach den Grundsätzen der Verhältniswahlen, sodaß die Stadt- und Landbezirke bei der Wahl zu entscheiden haben, welcher politischen Richtung jeder einzelne seine Stimme geben will. Diejenigen, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen, haben dann die meisten Vertreter im Arbeiterrat, und diejenigen Richtungen, die am wenigsten Stimmen auf sich vereinigen, haben selbstverständlich nur ein Anrecht darauf, die wenigsten Vertreter im Arbeiterrat zu haben. Wollen Sie gerecht sein, wollen Sie ein Wahlrecht schaffen, das den Verhältnissen entspricht und das zugleich dazu beiträgt, daß die großen Massen sich an der Revolutionsbewegung beteiligen, daran mitwirken, die sozialistische Republik zu erstreben, dann müssen Sie das vorgeschlagene Betriebswahlrecht ablehnen.

Starker: Genossen! In der Bürgerzeitung am letzten Sonntag stand ein Artikel „Aengstlinge bei der zweiten Lesung." Der Artikel ist so recht ein Beispiel dafür, mit welchen Machinationen gegen uns gearbeitet wird, um die Angestellten gegen uns aufzureizen. Die Worte „Aengstlinge bei der zweiten Lesung" deuten schon auf den Verfasser. Es heißt in dem Artikel:

> Das Unerfreulichste ist, daß weite Kreise der Angestellten und Beamten, die durchaus auf dem Boden der sozialistischen Republik stehen, kein Wahlrecht zum Arbeiterrat haben sollen. Leute also, die mit dem Sozialismus nicht nur sympathisieren, sondern selbst Sozialisten sind, können nicht wählen, nicht gewählt werden, wenn sie Angestellte und Beamte und nicht Arbeiter sind, sofern sie nicht einer sozialistischen Organisation angehören.

Wenn man eine polierte Marmorplatte, die auf beiden Seiten poliert ist, hinschmeißt, fällt sie immer auf die polierte Seite. Der Artikel ist das Bild eines unverschämten Betrugs. Denn jeder Parteigenosse kann stimmen, wenn er in der Partei drin steht und damit Sozialdemokrat ist und organisiert ist. Natürlich nicht die Mitläufer, die gar keine Sozialdemokraten sind. Da bestimmt das Wahlreglement, daß diese nicht mitwählen können. Aber da kommt ja hinterher schon der Pferdefuß, und man sagt: Wenn sie auch nicht organisiert sind, so können sie doch Sozialdemokraten sein. Nein, wenn sie nicht organisiert sind, sind sie keine Sozialdemokraten! Mit solchen Techtelmechteleien aber wird gearbeitet, um die Arbeiter in Grund und Boden zu verdammen. Das ist die Politik der Mehrheitssozialisten. In solcher Weise arbeiten die Mehrheitssozialisten, so wird der Haß gegen die Andersdenkenden gepredigt, so werden die Massen bearbeitet, um den Haß gegen uns zu schüren. Der Arbeiterrat wird hingestellt, als wären es Leute, die plündern und rauben wollten. Und dabei werden diese Mutigen noch als Aengstlinge hingestellt! Das geht doch zu weit. Ich vermute, wer der Artikelschreiber ist und daß er hier ist. Da will ich aber frei und offen sagen: Wenn wir auch keine Zeitung haben und ihm da entgegentreten können, so sind wir doch gezwungen, in die Oeffentlichkeit zu gehen, und wenn wir ihm nun im Arbeiterrat entgegnen, so tun wir das aus einem berechtigten Grund. Wir wollen mit ehrlichen Waffen kämpfen, nicht mit schmutzigen Waffen! (Sehr richtig!)

Ehlers: Genossen! Wir wollen die Sache einmal an uns herankommen lassen in diesem

Falle. Es heißt ohne weiteres, daß das Betriebswahlrecht dasjenige ist, was maßgebend sein soll für den Arbeiterrat. Nun sagt man, die organsiert und sozialistisch sind, können herein und mit aufgestellt werden. Glauben Sie, daß in den Betriebsversammlungen Beamte aufgestellt werden? In den Betriebsversammlungen, wo diese Leute aufgestellt werden, werden zunächst die Arbeiter aufgestellt. Für unsere Kameraden, die wir kennen, wird Propaganda gemacht. Die Beamten, die sich jetzt organisiert haben und zu uns gekommen sind, kennen wir nicht. Es ist ausgeschlossen, daß sie aufgestellt werden. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß es Betriebswahlen sein sollen, und da sorgen wir dafür, daß Arbeiter gewählt werden. Da käme durch die Betriebswahlen der großen Betriebe an und für sich ein Terror auf. Auf dem Standpunkte stehe und bleibe ich. Wir haben uns auf der Aktiengesellschaft Weser die Sache durchgedacht und gefunden, daß es so sein kann, daß die eine Partei die 2100 Wähler hat, die andere, die 3900 Stimmen hat, majorisiert. Das wollen wir doch gegenseitig klarstellen, die wir alle Arbeiter sind von einem Fleisch und Blut, und ich denke doch, wo wir doch hier im Arbeiterrat sitzen, daß wir alle dasselbe Ziel im Auge haben und wir uns nicht gegenseitig bekämpfen und nicht den Versuch machen sollten, daß die eine Richtung die andere niederknüppelt. Ich meine, es wäre richtiger, daß eine Verhältniswahl eingeführt wird in den Betrieben, da wird eine Partei nicht ohne weiteres ausgeschaltet. Wenn Sie die allgemeinen Verhältniswahlen nicht haben wollen, dann führen Sie dieselben doch wenigstens in den Großbetrieben ein, damit diese nicht dem Terror ausgeliefert werden; das darf nicht angehen, und das wollen Sie auch nicht. Wir haben alle unter dem kapitalistischen System gelitten, und da ist keiner unter uns, der diesen Kapitalismus nicht verurteilt. Ich bin der Meinung, daß alle Arbeiter das Recht haben, für das Wohl der gesamten Menschheit zu arbeiten. (Bravo!)

Rhein: Werte Genossen! Ich habe nicht die Aufgabe, den Zeitungsschreiber zu verteidigen. Aber ich glaube, es ist ein großer Irrtum, wie hier die Sache beurteilt wird. Es steht in dem Artikel, so wie ich aus der Verlesung ersehen habe, daß Sozialdemokraten eventl. nicht wählen können. Das kann durchaus richtig sein. Es liegt so, daß jemand sozialistisch nicht organisiert ist, sich aber auf dem Boden des sozialistischen Programms stellt. Wenn er nicht organisiert ist, so ist das zu bedauern, aber es gibt eine große Zahl solcher Leute, die unter dem Drucke der Verhältnisse ängstlich waren, die fürchteten, wenn sie sich organisierten, könnten sie wirtschaftlich Schaden erleiden. In diesem Sinne ist es zu verstehen, wenn der Artikelschreiber meint, es gibt Leute, die innerlich Sozialdemokraten sind und doch von der Wahl ausgeschlossen werden. Es wäre die Möglichkeit, daß wir die Aufforderung an sie richteten, daß sie sich einer Parteirichtung anschließen. Aber ich glaube, die Absicht, die der Genosse Starker in den Artikel hineingelegt hat, ist nicht darin. Man hat sagen wollen, daß eben tatsächlich Leute dadurch ausgeschlossen werden können.

Was nun das Wahlreglement betrifft, so glaube ich, daß wir mit diesem Wahlreglement, trotz der Beratung, die wir gehabt haben, nicht so recht zum Ziele kommen, und die Zusammenstellung der Kommission zeigt, daß die Beschlüsse, die wir gefaßt haben, auch nicht recht klar sind, und wir nicht wissen werden, wie sich die Sache gestalten wird. In § 1 ist davon die Rede, daß drei Richtungen in Frage kommen. Diese drei Parteirichtungen werden gewiß auch die Kandidaten in den großen Betrieben, bei denen Betriebswahlen noch stattfinden und auch anderswo aufstellen. Da heißt es, es sollen in der Regel die doppelte Zahl der Delegierten aufgestellt werden, im äußersten Falle die dreifache Zahl. Damit ist zum Ausdruck gebracht, daß jede der drei Parteirichtungen die Zahl der Kandidaten aufstellt, die überhaupt gewählt werden soll, und daß es Sache der Wähler ist, zu entscheiden, für welche Richtung sie sich entscheiden wollen. Das ist an sich berechtigt. Es ist die Möglichkeit gegeben für eine Anzahl Wähler, sämtliche Kandidaten einer Richtung von sich aus zu wählen. Das ist ausgeschlossen bei der Aufstellung, wie sie jetzt hier ist, wo es heißt, es können nicht bloß drei Parteien kommen, es sollen wahlberechtigt und wählbar sein alle Arbeiter, Angestellte und Arbeiterinnen, soweit sie das 20. Lebensjahr vollendet haben und freigewerkschaftlich oder politisch organisiert sind. Es sind 4 Richtungen, trotzdem daß nur die dreifache Zahl von Kandidaten aufgestellt wird. Es sind große Schwierigkeiten dadurch, daß der Einzelne den Kandidaten seiner Richtung nicht findet, wenn er andere nicht wählen will. — Im übrigen hat das Wahlreglement große Fehler oder Mängel, die sich nicht vertragen mit dem, was wir hier verfochten haben. Es ist kein gleiches Wahlrecht, das die Vorlage bringt. Wir haben eine ganze Zahl festgelegter Betriebe, die andern müssen in Versammlungen wählen, und wir haben keine Garantie, auch nicht durch Heranziehung des Mitgliedbuches, daß die Leute aus den Großbetrieben nicht schließlich wieder in solchen Versammlungen Kandidaten aufstellen und wählen. Gewiß wird ihr Mitgliedsbuch abgestempelt, aber sie können auf Grund des Gewerkschaftsbuches wählen, und haben auch auf Grund des Parteimitgliedsbuches schließlich immer noch die Möglichkeit, zu wählen

Es hat jemand also die Möglichkeit, zweimal zu wählen. Wir haben vorgeschlagen, daß dafür der Schein genommen wird. Wo es nicht der Arbeitgeber sein kann, kann ja der Arbeiterrat diesen Schein ausstellen, da haben wir eine Legitimation.

Ich vermisse die gleiche Wahl, ich vermisse ferner, daß die Minderheit nicht zur Geltung kommt. Nicht nur wir haben das proportionale Wahlsystem gefordert, sondern auch unsere Gegner haben es immer vertreten und gesagt, wir wünschen, daß durch das proportionale Wahlrecht auch den Minderheiten eine Vertretung auf alle Fälle ermöglicht wird. Das ist hier ausgeschlossen. Wir haben in unserm eigenen Wahlsystem nicht an den Proporz festgehalten, sondern haben auf das alte Wahlrecht zurückgegriffen. Das ist ein Widerspruch. Ich kann aus diesem Grunde das Wahlreglement nicht so annehmen, sondern wiederhole die Vorschläge, die wir gemacht haben, da würde nach unserer Meinung das richtige Bild herauskommen. Ich wüßte nicht, was uns abhalten sollte, so zu verfahren, wie wir es sonst für andere Wahlkörperschaften immer gefordert haben. Es besteht noch eine Reihe weiterer kleiner Fehler, daß wir die Angestellten und Beamten vollständig ausschalten nach dem jetzigen Wahlsystem. Aus allen diesen Gründen möchte ich sie bitten, so zu verfahren, daß der grundlegende § 2 nicht in der Weise beschlossen wird, wie hier zum Ausdruck kommt, sondern dadurch, daß wir den Wahlkörper zu Grunde legen in § 2, den wir beantragt haben, daß wahlberechtigt und wählbar sind alle in bremischen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen und Angestellte, die der Reichskrankenpflicht unterliegen und das 20. Lebensjahr vollendet haben. Als Ausweis gilt eine Bescheinigung des Arbeitgebers und in Ermangelung dessen eine Bescheinigung des Arbeiterrats. Ich möchte Sie bitten, das Wahlreglement in diesem Sinne zu ändern.

Brauchmüller: Ich möchte den Anhängern von [illegible] Anhängern der Würzburger Richtung [illegible] bemerken. Wir sind nicht Gegner [illegible] Ich meine, es ist eine Spiegelfechterei [illegible] die Mehrheit der Kommission so [illegible] die Demokratie ge[illegible] Totengräber der [illegible] Auch die Ge[illegible] waren von [illegible] so die Bremer [illegible] sie sich

nicht immer als den allein Heiligen und Guten betrachten, sondern auch von andern Leuten annehmen und voraussetzen, daß sie das Beste des Proletariats wollen. Wir sind nicht Gegner der Demokratie, wir halten nur eine zeitweilige Diktatur des Proletariats für notwendig. (Sehr richtig!) und von diesem Gedanken haben wir uns einzig und allein leiten lassen. Wieweit und wie lange sich diese Diktatur ausdehnen läßt, darüber gehen die Meinungen auseinander. Die einen glauben, es genügt vielleicht einige Monate, die andern, die internationalen Kommunisten, behaupten vielleicht mit Recht, daß man die Diktatur so lange aufrecht erhalten müsse, bis sie sich von selbst aufhebe. Ich meine, das ist deutlich genug. Dann aber: Wenn wir das Gesetz bis heute noch nicht verabschieden konnten, so hat der Arbeiterrat zum größten Teile selbst die Schuld daran. Als damals an jenem Freitage die Massen hier unten standen, ist doch die Geschichte im Grunde genommen entschieden worden.

Da habe ich den Antrag gestellt, sofort ein Reglement zur Vorlage von Neuwahlen auszuarbeiten, und wir haben den Auftrag bekommen, dieses Reglement bis zum Montag Abend zu liefern. Wir haben gearbeitet, aber das will ich Ihnen sagen, wir sind keine geübten Juristen, wir sind Arbeiter und Werkstättler, und ich will es ruhig aussprechen, wenn man ein Gesetz macht, das jeden zur Wahlurne ruft, dann ist es eine Kleinigkeit, wenn man aber die Verpflichtung hat, ein Ausnahmegesetz zu machen, und das ist es zweifellos. Sehr richtig! Darüber wollen wir uns doch klar sein, daß es ein Ausnahmegesetz ist, um die Revolution zu sichern, dann ist die Geschichte etwas schwieriger, und ich glaube, man kann es uns verzeihen, wenn einige Formfehler darin enthalten sind. Im großen und ganzen ist unser Entwurf in der vorigen Sitzung angenommen worden. Aber noch eins soll man dabei berücksichtigen. Wir hätten heute vielleicht eine viel klarere Stellung, wenn nicht der Arbeiterrat und vor allen Dingen der Soldatenrat eine so überaus schwankende Stellung eingenommen hätte, heute hü und morgen hott, heute für die proletarische Diktatur ist und morgen Arm in Arm mit dem Bürgertum geht. Das hat die Sache wohl ein bischen verschlechtert.

Das ist notwendig, daß wir uns darüber klar werden, was wir wollen und müssen.

Wollen wir eine proletarische Diktatur nicht durchführen, ist sie unmöglich, dann müssen wir den dazu nötigen Weg einschlagen. Halten wir sie für möglich, dann muß alles daran gesetzt werden, sie

durchzuführen, ganz gleich, was es kostet. Ich glaube, daß mit meinen Ausführungen die Mitglieder der Kommunisten einverstanden sind.

Krome: Ich möchte Sie davor warnen, dieses Wahlreglement anzunehmen, so wie es vorgeschlagen wird, sämtliche Angestellten und Beamten auszuschließen, und das darf nicht sein. Vergegenwärtigen Sie sich doch, es ist gesagt worden, unter welchem Drucke die Angestellten und Beamten gestanden haben, so daß sie nicht in der Lage waren, sich zu organisieren. Dabei haben wir sehr viele Beamte und Angestellte, die genau so denken wie wir, die mit uns gleich fühlen, die auch Sozialdemokraten sind, wenn sie sich auch nicht sozialistisch organisiert haben, indem sie keiner Partei angehören. Wenn immer gesagt wird, wir wollen mit ehrlichen Waffen kämpfen, wir wollen keinen Terror, so ist es zur Sprache gekommen, daß wir doch ein Ausnahmegesetz wollen. (Sehr richtig!) Verträgt sich das miteinander. Der Grund ist, daß sie Angst haben, daß Sie wieder dahin kommen werden, wo Sie waren, Sie haben Angst, daß Sie an die Wand gedrückt werden. (Große Unruhe, stürmische Zwischenrufe, Glocke!)

Vors.: Bitte, hier ist die Redefreiheit!

Redner, fortfahrend: und aus diesem Grunde gehen Sie bei und verlangen die Betriebswahlen, um den Terror auszuüben; wir wollen das aber nicht. Wir wollen, daß die großen Massen, die mit uns denken und fühlen, die sich auf den Boden der sozialistischen Republik stellen, zu uns kommen, diese wollen und müssen wir haben, sonst können wir die sozialistische Republik nicht halten. Wir haben in der kurzen Frist erlebt, daß 10000 und mehr Beamte und Angestellte der Eisenbahn in Bremen sich einer freien Organisation angeschlossen haben, einer freigewerkschaftlichen Organisation. Und nun sagen Sie, diese sollen nicht wählen! Das ist genau dasselbe, was hier von dem Genossen Ehlers angeführt ist. Unter diesen Verhältnissen ist es nicht möglich, daß sie wählen können. Ich warne dringlich davor, daß Sie diese Leute von sich abstoßen. Wir wollen kein Ausnahmegesetz, wir wollen die sozialistische Republik, aber das können wir nur, wenn wir diese alle, die innerlich zu uns stehen, nicht von uns abstoßen, sondern gewinnen, daß sie zu uns kommen. Es wurde gesagt, wir wollen mit ehrlichen Waffen kämpfen und nicht mit Schmutzereien. Wer tut das? Ich habe nicht gehört, daß die Genossen von der Mehrheitspartei sich ungebührlich geäußert haben, ich habe das immer nur von der andern Seite gehört. Nachher haben sich diese immer entschuldigt und gesagt, sie seien nicht in der Lage, ihre Worte in die richtige Form zu bringen. Ich bitte Sie, nehmen Sie dieses Reglement nicht an, das wird zum Schaden der Allgemeinheit sein.

Blaike: Es ist soeben mit großen Worten betont worden, daß die Beamten nicht wählen könnten. Ich sage, sie können doch wählen, denn sobald sie sich organisiert haben, und sie sind fest dabei, besonders die Staatsbeamten, sich der Generalkommission der Gewerkschaften anzuschließen, in der ersten Woche des Januar werden wir erst wählen können. Soviel Arbeit liegt dem Wahlvorstande noch ob. Die Beamten können wählen, sobald sie sich organisiert und sich einer freien Gewerkschaft anschließen. Es wird gesagt, daß sie trotzdem nicht wählen können. Ja, warum denn nicht? Warum können die Gerichtsbeamten, die im Gerichtsgebäude sind und einen Betrieb bilden, nicht wählen? Warum nicht die Schutzleute, die Beamten im Polizeibetriebe? Sie können doch wählen, das sind gewissermaßen Betriebswahlen. Dann ist von dem Genossen Rhein gesagt worden, es könnte doppelt gezählt werden. Aus den Betrieben könnten sie in die Versammlung kommen und dort auf Grund ihres Gewerkschaftsbuches wählen.

Das ist nicht möglich. Die Wahlen finden zu gleicher Zeit statt. (Zuruf: Nein!). Doch im großen und ganzen, und wo sie nicht zu gleicher Zeit stattfinden, da zu einer Zeit, wo die andern nicht kommen können, und außerdem haben wir uns die Sache so gedacht, es werden Legitimationspapiere ausgegeben. Diese sollen an die verschiedenen Polizeibüros ausgegeben werden, die Unternehmer werden aufgefordert, sich diese Legitimation zu holen und anzugeben, wieviel Leute in ihren Betrieben tätig sind. Also soviel Legitimationen bekommen sie. Und diese werden an die Arbeiter verteilt und auf Grund dieser Legitimation geht er zur Wahl und es wird in seinem Beisein ein Stempel aufgedrückt. Es kann also nicht möglich sein, daß doppelt gewählt wird.

Schindler: Ich muß auf eine Ungerechtigkeit aufmerksam machen, daß dieses Wahlreglement in sich birgt. Man spricht hier den unorganisierten Arbeitern das Wahlrecht ab. Wir haben uns dahin geeinigt, daß wir von einem Betriebswahlrecht sprechen. Wir ziehen dadurch den Kreis noch enger,

in dem wir in diesen Betrieben die unorganisierten Arbeiter und Angestellten ausschließen. Ich mache darauf aufmerksam, wir haben in einem Betriebe 3000 Arbeiter. Von diesen 3000 Arbeiter können nur 2000 organisiert sein. Die tausend anderen Arbeiter gehen das Wahlrecht verlustig. Diese 2000 würden aber für diese 3000 zu wählen haben. Diese 2000 dürfen 15 Arbeiterräte wählen, während in dem andern Betriebe, wo sämtliche 3000 Arbeiter organisiert sind, auch nur 15 gewählt werden. Folglich ist in einem Betriebe, wo weniger organisierte Arbeiter sind, das Wahlrecht besser, als in einem anderen, wo mehr organisierte Leate sind. Das ist eine große Ungerechtigkeit, da hätte man zum mindesten in dem § 3 oder 4 sagen müssen, daß auf so und soviele Organisierte so und soviele Arbeiterräte kommen. Jedenfalls mache ich darauf aufmerksam, was Ehlers angeführt hat, daß selbst die Angestellten, die sich organisiert haben, keine Möglichkeit haben, in den Arbeiterrat zu kommen, weil in den Betriebsversammlungen die wenigen Angestellten ohne weiteres majorisiert werden. Gesetzt den Fall, wir kommen zur Sozialisierung der Betriebe, dann muß man Angestellte haben. Wollen wir sie denn ausschließen? Das ist eine Unlogik. (Glocke!) Das muß jeder sich sagen lassen, in dem Augenblicke, wo die Angestellten wahlberechtigt sind, müssen sie auch ihre Vertretung haben. Es ist natürlich, wenn die Mehrheit bei der Arbeiterschaft liegt, daß sie den Arbeitervertretern den Vorzug geben und daß die Angestellten keine Vertretung bekommen. Aber auch auf sie muß Rücksicht genommen werden, sonst werden uns wertvolle Elemente entzogen werden. Wenn gesagt wird, sie können sich organisieren, so handelt es sich am Tausende von Leutrn und es ist sehr die Frage, ob diese rechtzeitig alle mit Legitimationen versehen werden können.

Höcker: Ueber die Zähigkeit, mit der die Mehrheitssozialisten an der Verhältniswahl festhalten, muß man sich wundern. Der Genosse Starker bemerkte mit Recht, daß gerade durch die Verhältniswahlen die Mehrheitssozialisten ihre Siege, die sie jetzt in den Zeitungen so ausposaunen, gewonnen haben. Wenn hier gesagt wird, wir sollten für das allgemeine und gleiche Wahlrecht eintreten, und die Demokratie herrschen lassen, so muß ich sagen, die Bürgerlichen haben es uns nicht gegeben, und jetzt sehe ich nicht ein, weil die Revolution durchaus nicht gesichert ist, daß wir unsern Gegnern schon eine solche Macht in die Hände geben sollen. Brauckmüller sagt, es ist ein Ausnahmegesetz und soll es sein, das ist es und bleibt es, es dient zur Sicherheit der Revolution. Wir erfahren es tatsächlich tagtäglich und gerade die Arbeiter in den großen Betrieben erfahren es, daß die Bürgerlichen Gelegenheit wahrnehmen, gegen uns zu arbeiten. Und wir würden es nicht verantworten können, wenn wie ihnen das Wahlrecht in solchem Umfange in die Hände geben wollten. Dafür wäre ich aber, daß innerhalb der Betriebswahlen die Verhältniswahl geschaffen wird. Sie dürfen nicht vergessen, daß in den großen Betrieben Arbeiterräte dauernd tätig sein müssen, um einen Ueberblick über das Werk zu behalten. Hier kommt es nicht auf die Richtung innerhalb der sozialdemokratischen Partei an, sondern darauf, daß sich Leute finden, die sich für einen solchen Posten eignen. Es ist nicht allein mit der Richtung getan. Sie wissen, wie schwer es ist, z. B. auf den Atlaswerken und auf der Weser mit dem Betriebsdirektor zu verhandeln, die die geriebensten und durchtriebensten Vertreter des Kapitalismus sind. Wir müssen also geschulte Leute dafür haben. Wir sind dafür eingetreten, das Alter der Wahlberechtigung mindestens auf 20 Jahre hinauf zu setzen. Das ist notwendig, für eine solche Tätigkeit gehört eine Erfahrung, und ich bin dafür, daß innerhalb der Betriebswahlen eine Verhältniswahl stattfinden muß. Es werden sonst Kräfte lahm gelegt, die wir notwendig haben müssen.

Stockhinger, Alfr.: Parteigenossen! Es ist von verschiedenen Seiten schon auf den Artikel der Bürgerzeitung hingewiesen, wo von den Unabhängigen und den Kommunisten gesagt wird, sie hätten sich aus Angst an die Wand gedrückt. Ich möchte fragen: Wer hat dann Angst gehabt während der ganzen Kriegszeit? Ist irgend einer der Mehrheitssozialisten in der Lage, einen Genossen aufzuweisen, der in Schutzhaft oder im Gefängnis geschmachtet hat, weil er seine Meinung frei herausgesagt und für den Frieden gesprochen hat. Kein einziger! Aber eine ganze Reihe von Unabhängigen und Kommunisten haben im Gefängnis geschmachtet. Das zeigt doch nicht von Angst, wenn sie in dieser Weise vorgegangen sind um das bestehende Wirtschaftssystem zu beseitigen. Ich weise entschieden zurück, daß wir Angst haben. Nein, wir fürchten nur den Untergang der Revolution, ntchts für unsere Person. Mit meiner Person hat das garnichts zu tun. Wir fürchten den Untergang der Revolution, wenn alle wählen dürfen. Wenn alle wählen dürfen, auch die Angestellten, dann könnte auch ein Bürgermeister und dann könnten auch Senatoren gewählt werden, und was das bedeuten würde, können Sie sich ausmalen. Ein Kollege meint, die Angestellten könnten nach diesem Wahlreglement nicht wählen. Das ist nicht wahr. Alle Angestellten können wählen, wenn ihrer so viele sind, und wenn sie politisch oder gewerkschaftlich organisiert sind. Aber sind es so viele, die politisch oder wirtschaftlich schon jetzt organisiert sind, daß man ihnen das

Wahlrecht geben kann? Es sind ja Bestrebungen vorhanden, daß vorhandene Organisationen sich auf den Boden der Zentralkommission der Gewerkschaften stellen sollen. In dem Moment, wo sie sich auf den Boden stellen, auf den Boden der sozialistischen Republik, können sie selbstverständlich mit uns wählen, um mit uns zu arbeiten. Solange sie sich aber nicht zur sozialistischen Republik bekennen, solange sind sie ausgeschlossen. Das gilt bisher für alle diese Verbände mit Ausnahme vom Verband der Polizeibeamten, deren Vertreter sich auf den Boden der sozialistischen Republik gestellt haben. Alle anderen Beamtengruppen stehen noch abseits, sie stehen nur auf dem Boden der gegebenen Tatsachen, auf dem Boden der Demokratie, der demokratischen Republik. Wir wollen keine demokratische Republik, sondern die Freiheit der sozialistischen Republik. Diese können wir nur erreichen, wenn nur wirklich sozialdemokratische Leute an die Wahlurne herantreten.

Vors.: Vom Genossen Breitmeier ist Schluß der Generaldebatte beantragt.

Breitmeier: Ich meine, wir können die Generaldebatte schließen, weil jedenfalls neue Momente nicht mehr hervortreten werden. Die Leute von rechts suchen noch einmal für ihre Ansichten eine Lanze zu brechen. Ich bin aber der Ansicht, daß wir schon in der vorigen Sitzung uns genug dagegen ausgesprochen haben. Einem jeden wird es klar sein, welche Stellung er zu dem Entwurf einnehmen will. Deshalb nehmen Sie meinen Antrag an.

Vors.: Will jemand gegen den Antrag sprechen? Das ist nicht der Fall.

Der Antrag auf Schluß der Generaldebatte wird angenommen.

Vors.: Es ist noch folgende Anfrage eingegangen:

Gehört die Arbeitsgemeinschaft der freien Angestellten zu den Gewerkschaften. (Anlage.) Wird verlesen. Die Frage ist von Bauer gestellt.

Ehlers: Die Frage der freien Gewerkschaften ist von der Kommission nicht sehr genau geprüft. Es war das nicht unsere Aufgabe, sondern das muß Aufgabe des Wahlvorstandes sein. Es sind meines Wissens Bestrebungen von Beamtenvereinen im Gange, den Anschluß an die freien Gewerkschaften zu vollziehen. Geschieht dies, so würden sie meines Erachtens mitwählen können.

Vors.: Ich möchte mich darüber auslassen. Die Kommission hat keinen Beschluß darüber gefaßt, was als freie Gewerkschaft zu betrachten ist. Es ist aber doch wohl gut, wenn wir uns darüber aussprechen, damit der Wahlvorstand einen Anhalt hat. Es ist allerdings nicht ganz klar, was unter dem Ausdruck „freie Gewerkschaften" zu verstehen ist. Wenn sich der freie Angestelltenverband oder die Arbeitsgemeinschaft als freie Gewerkschaft charakterisiert, dann würde er auch dazu gehören. Ist das nicht Ihre Meinung, Genosse Schelter?

Schelter: Ja.

Vors.: Die Kommission ist also der Ansicht, daß keinerlei Zweifel bestehen, wer als freie Gewerkschaft zu betrachten ist: alle diejenigen, die der Zentralkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossen sind (Schelter: Ja.) Alle anderen, die sich der Kommission nicht angeschlossen haben, sind als nicht wahlberechtigt in dem Sinne aufzufassen. Das ist jetzt klar und deutlich ausgesprochen. Also auch die Beamtenverbände, die sich als Gewerkschaft der Kommission angeschlossen haben, sind wahlberechtigt.

Ein Genosse meldet sich zum Wort.

Vors.: Weitere Erörterungen darüber kann ich nicht zulassen. Ich hatte nur noch einmal ein Mitglied der Kommission aufgefordert sich zu äußern. Dazu hatte dieses das Recht, weil es das Schlußwort hatte.

Der Genosse, der sich eben gemeldet hatte, meldet sich nochmals zum Wort.

Vors.: Sind Sie Mitglied der Kommission: (Nein.) Dann kann ich Ihnen das Wort nicht geben.

## Spezialdebatte.

§ 1.

Vors.: Ich frage nicht jedesmal „Wer wünscht das Wort?" Ich verlese auch die Vorlage nicht, denn jeder hat sie ja vor sich. Wenn ich alles vorlesen wollte, kämen wir ja nie zu Ende.

Deichmann: Parteigenossen: In § 1 heißt es:

> Er setzt sich zusammen aus . . . sowie aus Vertretern des sozialdemokratischen Parteivereins, der unabhängigen sozialistischen Partei, der internationalen kommunistischen Partei, der freien sozialistischen Jugendorganisation und der syndikalistischen Partei.

Die hier genannten Parteien sind nach § 2 wahlberechtigt und wählbar. Im Zusammenhang damit heißt es am Schluß des § 3:

> Weiter entsendet jede der drei oben bezeichneten sozialistischen Parteien je 6 Vertreter, die drei sozialistischen Jugendorganisationen 3 Vertreter in den Arbeiterrat.

Im allgemeinen haben die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen und Angestellten das Wahlrecht, es wird aber extra gesagt, daß die be-

zeichneten sozialistischen Parteien nochmals ein Wahlrecht haben, sie können als geschlossene Körper noch jede 6 bezw. 3 Vertreter in den Arbeiterrat entsenden. Wird der letzte Satz des § 3 angenommen, dann muß ich sagen, so wird dadurch auch für die syndikalistische Partei das ungleiche Wahlrecht statuiert, da diese Partei nicht wie die größeren Parteien Bremens extra 6 Vertreter entsenden soll.

Vors.: Ich mache darauf aufmerksam, daß es eine syndikalistische Partei nicht gibt. Der Syndikalismus ist bekanntlich ein französisches Gewächs, und seine Eigenart besteht darin; daß er sich gegen jede parlamentarische Tätigkeit wendet. Er will überhaupt keine Parteitätigkeit, keine politische Tätigkeit, sondern den Wirtschaftskampf. Ich habe schon das vorigemal daran Anstoß genommen. Jetzt, wo es die Festlegung des Wortlauts gilt, muß ich feststellen: eine syndikalistische Partei gibt es nicht. Wenn es doch eine gibt, bitte ich den Genossen, der uns den Antrag überreicht hat, uns aufzuklären. Ich bin der Meinung, daß, wenn es keine syndikalistische Partei gibt und wir im Wahlreglement doch davon sprechen, daß man dann auswärts sagen wird, daß es in Bremen ganz sonderbare Nachtgewächse gebe, daß wir sehr wenig .... doch ich will keine scharfen Worte gebrauchen. Also, wenn uns der Beweis nicht erbracht wird, daß es doch eine syndikalistische Partei gibt, dann können wir nur annehmen, daß die Worte „syndikalistische Partei" durch einen Irrtum in den Entwurf hineingebracht sind, der auf die Jugendlichkeit des Antragstellers zurückzuführen ist.

Kaiser: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß die Mitglieder der sogenannten syndikalistischen Partei absolut nicht auf den Boden der sozialistischen Republik stehen. Das können sie garnicht tun, sonst wären sie keine Syndikalisten. Es ist also ein logischer Unsinn, wenn im ersten Satz gesagt wird „Volkskreise, welche die sozialistische Republik anstreben" und im letzten Satz auch die syndikalistische Partei als dazu gehörig aufgeführt wird. Die Syndikalisten werden selbst die Hände über den Kopf zusammenschlagen, daß man so etwas von ihnen annimmt.

Schelter: Wir haben die Frage der Syndikalisten in der Kommission nur gestreift. Es ist mindestens überflüssig, was da steht, sie als syndikalistische Partei aufzuführen. Sie dürften als eine Einheitsorganisation aufgefaßt werden müssen. So war es die Meinung in der Kommission. Diese Einheitsorganisationen gelten für uns als freie Gewerkschaften. Es ist also überflüssig, noch besonders von einer syndikalistischen Partei zu sprechen. Ich bitte daher, die Worte zu streichen. Die Leute kommen nicht zu kurz.

Vors.: Einheitsorganisationen sind etwas anderes. Darunter sollen verstanden werden politische und wirtschaftliche Organisationen, die in einem und demselben organischen Rahmen stehen. Es gibt keine syndikalistische Partei, auch keine Syndikalisten-Einheitsorganisation. Wer beantragt hat, daß sie hier aufgenommen werden sollen, der, ich wiederhole es, hat nicht gewußt, was Syndikalismus ist. Deshalb müssen wir das, was durch einen Irrtum hineingekommen ist, nachdem wir rechtzeitig auf den Irrtum aufmerksam geworden sind, wieder ausmerzen.

Caspar: Parteigenossen! Was uns das vorigemal über die syndikalistische Richtung in Bremen mitgeteilt ist, ist überhaupt nicht maßgebend. Vor dem Kriege haben sich verschiedene Leute, die sich veranlaßt gesehen hatten, aus den Gewerkschaften auszutreten, als Syndikalisten zusammengefunden. Es gehörten dazu auch einige aus den Gewerkschaften ausgestoßene Mitglieder, namentlich vom Baugewerbe. Das ist besonders aus Anlaß der verloren gegangenen Streiks in den Jahren 1904 u. 1912 geschehen. Eine eigentliche syndikalistische Richtung gibt es hier nicht, sondern es handelt sich nur um eine Zersplitterung, ich möchte sagen eine gewerkschaftliche Zersplitterung. Auch während des Krieges konnte diese Richtung keinen Fuß fassen. Wir haben gar keinen Anlaß, dieser Richtung noch ein besonderes Wahlrecht zu geben. Nach einer Mutmaßung Deichmanns füllen die Vertreter dieser Richtung vielleicht eine Droschke. Ich bin deshalb auch der Meinung, daß wir die Worte, die wir in der vorigen Sitzung hineingebracht haben, wieder streichen.

Ehlers: Genossen! Ich hatte gestern Gelegenheit, mit einem Syndikalisten bei der A. G. Weser zu sprechen. Er erklärte mir, daß sie an die Kommunisten herangetreten seien und gesagt hätten, daß sie als Syndikalisten Sitz und Stimme im Arbeiterrat haben möchten. Es ist ihnen gesagt worden, daß sie Stimme im Arbeiterrat nicht erhalten könnten, sondern daß sie höchstens wählen sollten; sie sollten aber die Schmiede bestimmen, ihnen einen Vertrauensmännersitz abzutreten. Das haben die Schmiede abgelehnt. Sie haben gefragt, wie stark die Leute syndikalistischer Richtung seien. In der einen Gruppe sind es 15, in der anderen 5 oder 6. So ist die Sache. Und ich will noch hinzufügen: ich faßte nach, wie sie denn beim Streik herausgekommen sind. Das hing mit den Gelben zusammen. Sie mußten es, die Direktion zwang sie, und diese Leute nahmen zwei Sitze ein. (?)

Brodmerkel: Es ist richtig: eine syndikalistische Partei gibt es nicht, aber eine syndikalistische Organisation gibt es, wofür vor dem Kriege in Bremen eine ziemliche Anhängerschaft vorhanden war. Es muß sich, soweit ich informiert bin, auch dort eine Neuorientierung breitgemacht haben. Auch diese Gruppe hat viel durchzumachen gehabt, weil die früheren Vertreter das getan haben, was sie für richtig hielten. Es ist auch nicht richtig, daß sie nur solche Tendenzen verfolgt hätten, von denen Caspar sprach, sondern sie haben auch revolutionäre Politik getrieben. Ich muß sagen, daß ein großer Teil ihrer Anhänger Revolutionäre sind. Aus diesem Grunde müssen wir ihnen ohne weiteres das Recht einräumen, zu wählen, nicht nur wählen zu dürfen, sondern auch gewählt zu werden. Und wenn es in § 3 heißt: „Weiter entsendet jede der drei oben bezeichneten sozialistischen Parteien je 6 Vertreter usw. und wir setzen für „syndikalistische Partei" „syndikalistische Organisation", dann tun wir nicht die Geschichte fälschen, tragen aber diesen Leuten Rechnung. Es schadet nichts, wenn wir das diesen Leuten gegenüber zum Ausdruck bringen, daß die syndikalistischen Organisationen vom Arbeiterrat anerkannte Vertreter sind. Ich bin der Meinung: im Interesse der Revolution, im Interesse des Kampfes, der in Frage kommt, müssen uns diese Leute willkommen sein. Ich kann mitteilen, daß die Syndikalisten auch in Berlin anerkannt sind. Was in Berlin möglich ist, sollte man auch in Bremen können.

Seitz: Genossen! Zunächst ein paar Worte zu der Entgleisung Henkes, der gesagt hat, die Antragsteller seien ja noch jung. Es ist das eine immer wiederkehrende Behandlung, die den Jugendlichen von Henke widerfährt. Genosse Schad hat mehr Lebensjahre auf dem Buckel als Henke. Wenn wir in dem Antrage von einer syndikalistischen Partei anstatt von einer syndikalistischen Richtung gesprochen haben, so ist das ein Irrtum gewesen, der uns aber nicht immer vorgehalten zu werden brauchte. Die Syndikalisten sind aber nicht unsere Feinde, Feinde von links gibt es nicht, sagte Henke selbst. Die syndikalistische Richtung hat in Bremen vor dem Kriege 300 Mitglieder gehabt. Wir wollten ihnen auch kein Sonderrecht einräumen durch Gewährung von 6 Vertretern wie den drei anderen großen Parteien, wohl aber das Wahlrecht in den Betrieben ebenso wie den anderen, weil sie auch revolutionär sind. Im übrigen kann ja Henke nichts dazu, daß ich etwas früher geboren bin wie Henke (Heiterkeit) etwas später geboren bin. Der Mitantragsteller Schad hat aber mehr Jahre auf dem Buckel wie Sie selber!

Henke: Ich bedauere selbst, daß ich nicht so spät geboren bin wie der Vorredner. Ich möchte sein Los teilen. Wenn ich auf seine Jugend hingewiesen habe, so ist das keine Beleidigung für ihn, sondern es sollte nur eine Begründung für den Irrtum in seinem Antrage sein (Zuruf von Seitz): eine Erklärung des Grundes. Wenn das nicht zutrifft, muß ein anderer Grund vorliegen. Aber den Grund, weshalb wir die Worte wieder streichen müssen, daß wir eben von keiner syndikalistischen Partei sprechen können, weil es keine gibt, den hat Genosse Seitz trotz seiner Jugendlichkeit nicht aus der Welt schaffen können. Dabei muß es bleiben, und darauf habe ich aufmerksam gemacht. Wenn aber Vertreter der syndikalistischen Richtung hier am Platze sind, dann haben sie auch Gelegenheit zu wählen und gewählt zu werden, wenn auf sie die Voraussetzung des § 2 zutrifft:

> Wahlberechtigt und wählbar sind alle Arbeiter, Angestellten und Arbeiterinnen, soweit sie das 20. Lebensjahr vollendet haben und freigewerkschaftlich oder politisch organisiert sind.

Sie sind politisch organisiert, also sind sie wahlberechtigt und wählbar, soweit sie das 20. Lebensjahr vollendet haben und freigewerkschaftlich oder politisch organisiert sind. Die Worte „und Mitglieder der syndikalistischen Partei" aber müssen wegfallen. Den Unsinn dürfen wir nicht stehen lassen, einerlei ob er von Jungen oder von Alten hineingebracht ist. Ein Antrag dazu ist jetzt nicht gestellt. Ich nehme an, weil nur der Genosse Seitz, der jugendliche Genosse Seitz das Wort genommen hat, daß der ältere Genosse Schad — ist er hier? die Streichung dieser Worte beantragen wird. Sind Sie einverstanden, Genosse Schad? (Zuruf: Ist nicht hier!) Dann muß ich es beantragen. Ich kann nicht zugeben, daß das bestehen bleibt.

Genosse Seitz stellt den Antrag,
in § 1 die Worte „syndikalistische Partei" in „syndikalistische Richtung" abzuändern.

Klawitter: Die Sache liegt doch so, daß diesen Leuten kein Sonderrecht gegeben werden soll. Nach § 1 soll nur festgelegt werden, daß auch die Vertreter der syndikalistischen Richtung Vertreter im Arbeiterrat haben dürfen, sobald sie organisiert sind. Sie sind also wahlberechtigt wie alle anderen Parteien, die sich organisiert haben. In § 3 wird dann gesagt, daß diese besonders sechs Vertreter haben sollen, es ist aber nur von den drei oben bezeichneten sozialistischen Parteien die Rede; wenn auch die Syndikalisten eine besondere Vertretung haben sollten, müßte dastehen „die vier sozialistischen Parteien".

Henke: Ich mache darauf aufmerksam, daß in § 1 die Rede ist von den gewählten Vertretern, die den Arbeiterrat bilden, er besteht nämlich aus

den „gewählten Vertretern der gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Arbeiterinnen", und dann wird diesen gegenüber ein Unterschied gemacht: „sowie aus Vertretern des sozialdemokratischen Parteivereins" usw. Da müssen die Worte weg „und der syndikalistischen Partei". Deswegen habe ich den Antrag gestellt, diese Worte zu streichen.

Rhein: § 1 spricht nicht vom Wahlrecht, sondern von der Zusammensetzung des Arbeiterrats. § 2 spricht von den Wahlen zum Arbeiterrat, und, da darf weder von der syndikalistischen Partei noch von der syndikalistischen Richtung gesprochen werden.

Vors.: Abänderungsantrag zu § 1: Buchholz stellt den Antrag:

> den letzten Satz in § 1 zu streichen und statt dessen zu sagen „und der sozialdemokratischen Organisationen".

(Zuruf: Ganz streichen!) Wenn Sie nicht zustimmen, müssen Sie den Antrag ablehnen!

Krome: Wir haben hier vorhin uns lange gestritten darüber, daß es vor allem darauf ankomme, daß, wenn wir Organisationen aufnehmen, sie von der Generalkommission der Gewerkschaften anerkannt werden. Diese Organisation gehört nun nicht der Generalkommission an und wird vielleicht auch nicht von ihr anerkannt werden (sehr richtig).

Buchholz: Genossen! Es ist sehr oft gesagt worden, daß es in Bremen und wahrscheinlich auch in andern Orten keine syndikalistische Partei gebe. Wenn man das wörtlich nimmt, stimmt das vielleicht. Aber es gibt in Bremen und auch anderswo syndikalistische Organisationen. Und wenn hier gesagt wird: die paar Männeken können in einer Kutsche fahren, so möchte ich erwidern, daß in Bremen eine sehr starke syndikalistische Organisation vorhanden ist. (Zuruf: Wer's glaubt!) Und diese Syndikalisten stimmen mit dem sozialdemokratischen, vor allem mit dem kommunistischen Programm überein. (Gelächter.) Wenn sie sich uns anschließen, so ist das ihre Sache. (Zuruf: Quertreiber!) Wenn man die Quertreiber nennt, dann müßte man ja alle, die aus den freien Gewerkschaften ausgetreten sind, Quertreiber nennen. Ich gehöre auch keiner gewerkschaftlichen Organisation mehr an und zwar aus dem einfachen Grunde, weil sie keine Interessenvertretung der modernen Arbeiterklasse mehr ist und auch nicht mehr sein kann. Und es gibt aus demselben Grunde eine große Anzahl Arbeiter, die es nicht mehr mit ihrer Ueberzeugung vereinbaren können, den freien Gewerkschaften anzugehören. Die Bestrebungen der Syndikalisten können wir wohl unterstützen. Sie haben uns in der Revolution jedenfalls keine Knüppel zwischen Beiden sei geworfen, was von den rechten Sozialdemokraten doch teilweise bis kurz nach Ausbruch der Revolution versucht worden ist. Wenigstens hat man bis ein paar Tage nach der Revolution in Kiel noch immer geschrieben: Haltet Ruhe und Ordnung, macht keine Revolution, es wäre das größte Unglück, der Untergang des Deutschen Reiches! Also sehen Sie, Genossen: wenn Sie solche Leute suchen wollen, die nicht im Interesse der Revolution gearbeitet haben, die erst nachher sich ihr angeschlossen haben, dann suchen Sie sie nicht bei den Syndikalisten, sondern auf dem rechten Flügel der Sozialdemokraten. Wenn Deichmann sagt: die paar Syndikalisten könnte man in einer Droschke spazieren fahren, so möchte ich sagen: die paar Herren, die die Bürgerzeitung genommen haben, die brauchen eine Droschke noch nicht einmal zu füllen, da gehen noch viel mehr hinein! (Heiterkeit.)

Henke: Manches, was Buchholz gesagt hat, gehört nicht zu § 1, das hätte besser vermieden werden können.

Meyer: Ich würde es mit Freuden begrüßen, wenn statt „syndikalistische Partei" „syndikalistische Organisation" gesagt würde. Denn da würden auch eine große Menge Beamtenverbände kommen, die auch auf gewerkschaftlicher Grundlage stehen und auch wirtschaftlich organisiert sind. Die Beamtenverbände, die freigewerkschaftlich organisiert sind, würden alle unbedingt hier in Frage kommen. Dasselbe Recht, das den syndikalistischen Organisationen gewährt wird, muß auch diesen gewerkschaftlichen Beamtenverbänden gewährt werden. (Sehr richtig!)

Henke: Sollen wir daraus den Schluß ziehen, daß Sie dagegen sind? Oder sind Sie dafür? Das ist mir aus Ihren Worten nicht recht klar geworden.

Der Antrag Schindelhauer wird angenommen.

Henke: Damit ist der Antrag Buchholz erledigt. (Buchholz ruft: Nein! Nein! Ich habe beantragt, dafür syndikalistische Organisationen zu setzen!) Ich will mich mit Buchholz nicht erzürnen und bringe seinen Antrag auch zur Abstimmung.

Der Antrag Buchholz wird abgelehnt.

??? zur Geschäftsordnung: Es muß über § 1 abgestimmt werden.

Henke: Jawohl. Wir haben an § 1 etwas gestrichen, es muß über ihn abgestimmt werden.

§ 1 ist fast einstimmig angenommen; es erhebt sich nur eine Simme dagegen.

§ 2

Vors.: Zu § 2 liegen mehrere Abänderungsanträge vor. Zunächst ein Antrag Rhein, der grundsätzlicher Natur ist. Er heißt: (Anlage)
(wird verlesen).

Dann liegt ein Antrag Schelter-Blanke vor: (Anlage) (wird verlesen).

Dann heißt es in einem Antrage Seitz-Brauckmüller-Schad: (Anlage)
(wird verlesen).

Ein Antrag Breitmeyer lautet: (Anlage)
(wird verlesen).

Ein Antrag Meyer lautet: (Anlage)
(wird verlesen).

Henke: Jetzt, wo wir bei der Abstimmung sind, kommt noch ein Antrag Ramsberger.
(Ramsberger protestiert).

Brodmerkel: Der Antrag ist während der Abstimmung überreicht worden.

Henke: Der Antrag lautet: (Anlage).
(wird verlesen).

Soll darauf wieder zurückgegriffen werden? Was das in einem Wahlreglement soll, das verstehe ich wirklich nicht. Der letzte Satz ist doch überflüssig. Ich stelle anheim, ob wir darauf zurückgreifen. (Zurufe: Nein! Nein!) Das ist nicht der Fall.

Brodmerkel: Ich bitte Sie, dem Antrag Breitmeyer Ihre Unterstützung zu geben. Es heißt darin: (Anlage).
(wird verlesen).

Brauckmüller: Genossen! Es ist hier soviel geredet worden von der syndikalistischen Organisation und über ihre Ziele. Ich glaube aber nicht, daß jene Genossen, die darüber geredet haben, wissen, daß hier in den letzten Wochen eine sozialistische Jugendorganisation gegründet worden ist, die bereits heute über 800 Mitglieder zählt. Ich führe das an, nicht um damit zu prahlen, sondern um zu beweisen, daß die Arbeiterjugend Bremens begreift, daß sie sich politisch organisieren muß, daß sie sich politisch betätigen muß, daß sie den Kampf Schulter an Schulter mit ihren älteren Arbeitsgenossen führen muß. Ich bin der Meinung, daß das der beste Beweis dafür ist, daß der Jugend vom 18. Lebensjahr an das Wahlrecht gegeben werden muß. In der russischen Republik (Zuruf: wir sind nicht in Rußland!) Nein, wir sind nicht in Rußland. Aber in der russischen Republik ist jeder wahlberechtigt, sobald er das 18. Lebensjahr überschritten hat. Wenn die Jugend vier Jahre lang vom 17. Lebensjahre ab reif genug war, die Waffe zu tragen, um für das sogenannte Vaterland zu kämpfen, dann ist sie heute reif genug, im Augenblick der Gefahr für die Revolution einzutreten. Und dann wird mit dem Antrag auch noch ein erzieherischer Zweck verfolgt, den ich nicht zu unterschätzen bitte. Wenn wir den Jugendlichen sagen: „Ihr sollt an den Kämpfen teilnehmen, die jetzt von den älteren Arbeitern geführt werden!" dann ist das doch ganz etwas anderes, als wenn es bloß heißt: „ihr dürft nur zusehen." Wir wollen die Jugendlichen zum Kampf heranbilden, weil das eine Notwendigkeit ist, damit daß, was wir errungen, auch gewahrt und erweitert wird.

Stockhinger, Carl: Das Reichsvereinsgesetz, das vor dem Kriege bestand, wurde von dem Proletariat als ein Ausnahmegesetz scharf bekämpft. Nun, dieses Gesetz gestand den Jugendlichen die politische Betätigung vom 18. Lebensjahre an zu. Die sozialdemokratische Partei — vor dem Kriege bestand ja nur eine — gestand ebenfalls den Jugendlichen vom 18. Lebensjahre an das Recht zu, sich ihr anzuschließen. Sie hielt sie also ohne weiteres für reif genug, überzeugt zu sein, daß die Sozialdemokratie die einzigste Partei sei, um ihre Interessen zu vertreten. Sie waren nach Ansicht dieser Leute reif dazu. Ja, wenn sie dazu reif genug sind, dann sind sie auch reif genug, um ihren Vertreter in den Arbeiterrat zu entsenden. Ich möchte diejenigen Parteigenossen, die sich gegen dieses Streben der Jugendlichen ausgesprochen haben, heute bitten: kommt einmal in unsere Jugendversammlungen und schaut sie euch an, dann werdet ihr eine andere Meinung bekommen als ihr sie jetzt habt! Aber das ist gerade der Fehler der älteren Arbeiterschaft, daß sie sich um die Proletarierjugend garnicht kümmert, die ganz auf sich allein angewiesen ist. Was hat der Arbeiterrat in Bremen bisher für die Jugend getan? Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß gleich nach der Revolution die proletarische Jugend in Bremen sich gerührt hat, daß sie eine Organisation geschaffen hat, daß sie Beschlüsse gefaßt hat, die sie dem Aktionsausschuß eingegeben hat. Diese Beschlüsse sind allerdings von der Bildfläche verschwunden, und hätte nicht Brauckmüller sie ans Licht gezogen, sie wären vergessen worden. Kümmert euch um die Jugend und gesteht ihr das Recht zu, hier mitzuwirken!

Henke: Den Vorwurf muß ich zurückweisen, daß die Beschlüsse verschwunden wären, wenn sie Brauckmüller nicht ans Licht gezogen hätte. Sie wären wohl zur Verhandlung gekommen auch ohne Brauckmüllers Eingreifen.

Der weitgehende Antrag ist der Antrag Rhein, weil er grundsätzlicher Natur ist.

Der Antrag Rhein wird abgelehnt.

Der Antrag Schelter-Blanke wird angenommen.

Der Antrag Meyer wird zurückgezogen.

Der Antrag Breitmeyer wird abgelehnt.

Der Antrag Brauckmüller wird abgelehnt.

Paragraph 2 wird mit den beschlossenen Aenderungen angenommen.

Henke: Zu Paragraph 3 liegt folgender Antrag Heine vor: (Anlage)

(wird verlesen),

ferner folgender Antrag Heibel: (Anlage)

(wird verlesen).

Was bezweckt das?

Heibel: Ich stelle hiermit den Antrag.

Henke: Sie haben nichts beantragt, Sie müssen die Form der Aenderung vorschlagen, sonst kann ich nichts machen.

Heibel: Der Wahlvorstand muß darauf achten, daß auch den Seeleuten ihr Recht wird (sehr richtig). Es ist richtig, daß eine große Menge von Seeleuten bei den Wahlen nicht zur Stelle ist. Die Hauptsache ist, daß irgend ein Seemann in den Arbeiterrat hinein kommt. Die Seemannschaft muß in Bremen so vertreten sein, wie das dem Range Bremens als des zweitgrößten Hafens Deutschlands entspricht. Ich bitte, nicht zu verkennen, daß die Seemannschaft mehr bedeutet als mancher denkt, der nur an Land arbeitet und nicht im Bilde ist.

Henke: Sie können überzeugt sein, daß wir über die Bedeutung der Seeleute im klaren sind. Einen Antrag haben Sie nicht formuliert, daß darüber abgestimmt werden könnte.

Starker: Genossen! Ich habe noch nicht gewußt, daß das Gewerkschaftskartell eine Partei ist. Da waren bisher nur Parteien darin vertreten.

Henke: Das ist auch nicht gesagt (Zuruf von Starker). Jetzt habe ich das Wort (Erneuter Zuruf. — Glocke.) Wollen Sie einen Augenblick mal still sein?

Starker: Habe ich jetzt das Wort? Die Sache ist doch so, daß jede Gewerkschaft, die organisierte Arbeiter am Ort hat, das Recht, zu wählen. Es ist keiner ausgeschlossen. Bei der sozialdemokratischen Parteiwahl ist das anders. Darin sind Leute, die ausgeschlossen sind, weil sie nur einer Partei angehören und nicht der Gewerkschaft. Aber jeder Gewerkschaftler hat das Recht, zu wählen. Warum soll er dann noch einmal ein Stimmrecht haben? Das soll wohl eine Zuschanzung für die Mehrheit sein?

Heims: Genossen! Ich habe meinen Antrag aus dem Grunde gestellt, weil Sie den Gewerkschaften auch das Wahlrecht geben, genau so wie den Parteigenossen. Die Parteigenossen haben auch ihr Wahlrecht, genau so gut wie die Gewerkschaftler. Und doch sind in jeder Partei noch besonders sechs Mann zum Arbeiterrat delegiert. Weshalb wollen wir da der Interessenvertretung der Gewerkschaften nicht dasselbe Recht zugestehen? Weshalb sollen die Gewerkschaften nicht dasselbe Recht haben? Genossen! Es gibt in Bremen auch eine Anzahl Gewerkschaften, die wegen des unglückseligen Parteistreits nicht wissen, in welcher Partei sie sich eigentlich organisieren wollen (Lachen), die sich angeekelt fühlen von diesen Stänkereien ganz besonders auf der linken Seite. Es gibt eine große Menge Gewerkschaftler, die gute Sozialdemokraten sind, die sich eben sagen: bevor nicht die Partei wieder einheitlich ist, treten wir keiner Partei wieder bei. Auch diese Genossen müssen berücksichtigt werden, genau so wie jede Parteirichtung berücksichtigt werden muß. Ich bitte Sie, stimmen Sie dem Antrage zu. Sie tun damit etwas, was ein guter Sozialdemokrat tun muß. Gleiches Recht für alle!

Vors.: Die Mitglieder der Gewerkschaften können wählen, Genosse Heims, wie die anderen auch. Wenn sich verschiedene Sozialdemokraten in der politischen Organisation angeekelt fühlen und sich nun in einer gewerkschaftlichen Organisation zusammenfinden, so brauchen Sie als solche doch nicht noch besondere Vertreter. (Zuruf von Heims: Bei den politischen Parteien ist das aber auch der Fall, da gestattet man es!)

Breitmeier: Parteigenossen! Ich ersuche Sie, den Antrag abzulehnen. Die Begründung des Vorredners ist in der Beziehung nicht stichhaltig, wenn er meint, daß die politischen Parteien auch noch eine besondere Vertretung hätten. Wir haben gesagt: Wir stimmen zu, daß die politischen Parteien eine besondere Vertretung haben aus dem Grunde, weil die Parteigenossen zu den freien Berufen gehören wie Genosse Henke, der, wenn er noch in der Tabakbranche wäre, den Gewerkschaften angehörte (Henke: Denen gehöre ich nicht mehr an!) Viele sind nicht in der Lage, daran teilzunehmen, vor allem Leute, die mit dem Kopfe arbeiten und außerhalb der Gewerkschaften sind. Für diese muß Raum in der politischen Organisation gelassen werden, und darum müssen diese ein Sonderrecht haben. Das ist auch eine Notwendigkeit, weil die Partei in der politischen Bewegung durch ihre

Hauptstützen hier vertreten sein muß. Wie das Gewerkschaftskartell zusammengesetzt ist, wissen wir, und wie es stimmen wird, wissen wir auch. Und nun verlangen die Leute noch besondere Vertreter! Ich ersuche Sie, den Antrag abzulehnen (Zuruf von Starker: Um zu retten, was noch zu retten ist!)

Vors.: Ich erinnere daran, daß die jetzigen sechs Vertreter Gewerkschaftler sind.

Der Antrag Heims wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

§ 3 wird angenommen.

§ 4.

Vors.: Hier liegen eine Anzahl Anträge vor: Antrag Brauckmüller-Blanke (Anlage), Antrag Höker (Anlage), Antrag Kurz (Anlage). Die Betriebe mit weniger als 150 Beschäftigten sollen in erster Linie so zusammengelegt werden. . . .? Denkt Genosse Kurz, wie sie in zweiter, dritter oder vierter Linie zusammengestellt werden können?

Dann ein Antrag Ehlers (Anlage).

Endlich ein Antrag Meyer-Deters (Anlage). (Die Anlagen werden verlesen.)

Kurz: Ich habe den Ausdruck „in erster Linie" aus dem Grunde gebraucht, weil ich mir sage, daß es praktisch ist, wenn z. B. die graphischen Betriebe und die Betriebe des Baugewerbes zusammengelegt werden, damit sie geeignete Kandidaten aufstellen. Ich dachte bei den graphischen Gewerben z. B. an die Buchbinder, die Hilfsarbeiter usw., die eine Wahlgruppe bilden sollen.

Vors.: Ich stelle den Antrag Ehlers (Verhältniswahlsystem) zur Abstimmung und bitte diejenigen, die für den Antrag sind, aufzustehen. — Der Antrag ist angenommen. (Widerspruch.) Ich bitte Sie, sich noch einmal zu erheben. — Das sind 80. Gegenprobe! — Offensichtlich ist die Mehrheit für den Antrag.

Wo soll der Satz eingefügt werden, Genosse Ehlers?

Ehlers: Als besonderer Absatz zu § 4.

Breitmeier: Eine Anfrage zu dem Antrag Ehlers: Ist da auch bezeichnet, was ein Großbetrieb ist, wieviel Arbeiter dazu gehören?

Vors.: Das ist eine juristische Frage (Zuruf: Der Begriff ist sehr dehnbar!) Das wird der Wahlvorstand zu bestimmen haben.

Breitmeier: Dann ist es sehr notwendig, daß wir einen richtigen Wahlvorstand bilden.

Vors.: Es wird gut sein, wenn Genosse Breitmeier hinzugezogen wird. (Heiterkeit.)

Antrag Deters-Meyer.

Vors.: Der Inhalt des Antrages ist, eine Garantie dafür zu schaffen, daß überhaupt Angestellte gewählt werden durch die Angestellten selbst. Die Arbeiter haben nicht nur das Recht, Angestellte zu wählen, sondern auch, sie ungewählt zu lassen. Die Angestellten wollen deshalb das Recht haben, ihre Kollegen zu wählen. Sie haben den Antrag nicht begründet, deswegen sage ich das. (Zuruf: Nicht verstanden!) Die Angestellten wollen die Garantie haben, daß auch Angestellte gewählt werden. (Zuruf: Die organisierten Angestellten!) Das steht nicht da! Ich habe den Antrag ein paarmal verlesen. (Zuruf: Der Antrag ist überflüssig. Nachdem die Verhältniswahl angenommen ist, ist das selbstverständlich!) Aber der Antrag ist eingereicht, also muß ich darüber abstimmen lassen. Selbstverständlich ist er überflüssig. Leider ist der Antrag nicht begründet. Ich habe den Wortlaut ein paarmal verlesen, es ist aber noch keine Klarheit darüber.

Seitz: Ich bitte ums Wort!

Vors.: Die Debatte ist längst geschlossen.

Seitz: zur Geschäftsordnung: Parteigenossen! Die Debatte über den Antrag sollte noch einmal eröffnet werden. Ich beantrage, die Debatte über den § 4 noch einmal zu eröffnen.

Vors.: Wenn kein Widerspruch erfolgt, ist so beschlossen. Wir kommen so am schnellsten voran. Ich stelle den Antrag Deters-Meyer noch einmal zur Diskussion.

Göhrke: Wir sollten dem Antrage nicht Folge geben. Dann könnten z. B. die Zollbeamten kommen und nominierten 3 Kandidaten (Zuruf: Die haben ja kein Wahlrecht!)

Deters: Streng logisch genommen hätte mein Vorredner ja Recht, wenn er nicht selbst von dem Grundsatze ausginge, daß in den Großbetrieben nur Arbeiter zur Wahl gestellt werden. Ich habe durch meinen Antrag darlegen wollen, daß die Beamten ihrerseits gar nicht von den Arbeitern in den Großbetrieben gekannt werden. Wenn wir heute auf der allgemeinen Liste als Angestellte erscheinen, dann sind wir glatt erledigt; das gibt es nicht. Man kennt uns ja gar nicht. Wie sollen wir unsere Interessen vertreten, wenn unser Vertreter nicht gewählt wird? Aber wir haben doch ein Recht auf Vertretung. Soll denn mit zweierlei Maß gemessen werden? Ich habe meinen Antrag gestellt, weil die Angestellten das Recht beanspruchen, ihre Vertreter selbst zu wählen. Wo ist da der Schmutz, von dem gesprochen worden ist?

Henke: Ich kann nicht finden, daß in dem Antrage Schmutz liegt, das ist aber auch nicht gesagt worden.

Stockhinger, Alfred: Der Antrag Deters kann ohne weiteres angenommen werden. Es muß getrennt gewählt werden von Arbeitern und Angestellten. Aber es ist gar nicht nötig, daß da besonders von 200 Vertretern die Rede ist, das ist doch selbstverständlich. (Deters: Es soll darauf aufmerksam gemacht werden, daß wir keine Vergünstigungen wollen!) Ob die Beamten organisiert sind oder nicht: ein Vertreter der Beamten muß kommen. Er muß aber organisiert sein. Genossen, es handelt sich in diesem Falle ja nicht um die Wahl, sondern um die Aufstellung von Kandidaten. Versteht doch, das ist doch ein Unterschied. Bei der Wahl können die 200 nicht wählen, sondern nur die Organisierten. Bei der Aufstellung der Kandidaten können aber alle teilnehmen, die kann in einer Versammlung stattfinden, in der Organisierte und Unorganisierte anwesend sind. Vorgeschlagen werden dürfen aber nur solche Vertreter, die einer Partei oder einer Gewerkschaft angehören.

Kaiser: Es scheint tatsächlich im Arbeiterrat noch Unklarheit zu herrschen, daß der Passus im Wahlreglement doch lautet: auf so und soviel Beschäftigte kommen so und soviel Vertreter, und die Beschäftigten haben das Recht, den Kandidaten aufzustellen. Sie haben aber nicht das Recht, den Kandidaten zu wählen. Also: aufstellen und wählen ist zweierlei, und beschäftigt und wahlberechtigt ist ein Unterschied. Im Laufe der Debatte kommen immer wieder Unklarheiten vor, weil diese Begriffe nicht auseinander gehalten werden.

Bell: Ich möchte Sie ersuchen, den Antrag Deters abzulehnen. Er sagt, die Angestellten würden mit zweierlei Maß gemessen. Die Bürgerlichen werden doch auch ausgeschlossen. Und früher haben die Angestellten von uns doch auch nichts wissen wollen. (Oho-Rufe. Gelächter).

Becker: Es ist heute soviel über Beamte und Arbeiter geredet worden, aber, ich muß aufrichtig sagen: so ganz klar bin ich mir noch nicht. Ich frage: wenn nun eine Beamtenschaft, ein Beamtenkörper, z. B. die Schutzmannschaft wahlberechtigt und wählbar sein soll, dann muß sie doch organisiert sein? (Zustimmung.) Sie muß sich also der Zentralkommission der freien Gewerkschaften anschließen? (Zustimmung). Jedenfalls möchte ich von Ihnen hören, wie wir zu verfahren haben. Schließen sich die Beamtenverbände der Zentralkommission geschlossen an, oder steht es den einzelnen frei, zu beschließen, was sie tun wollen? Wenn nun von den 800 Mann der Schutzmannschaft 400 Mann politisch organisiert sind, so müssen wir also eine Versammlung derjenigen einberufen, die eben politisch organisiert sind? (Zustimmung.) Also da könnten wir vier Kandidaten aufstellen. Was nun die übrigen betrifft, so kann doch allgemein das Polizeikorps die Kandidaten aufstellen? (Jawohl.) Wählbar und wahlberechtigt sind aber nur Organisierte? (Jawohl.) Ich danke. Ich möchte nur im Bilde sein, damit wir im Beamtenverband die Sache vortragen.

Henke: Die Sache ist ganz einfach. Wenn die Schutzleute sich als Organisation der Zentralkommission anschließen, sind sie wahlberechtigt und wählbar, soweit sie dieser Organisation angehören, und wenn sie sich ihr nicht anschließen, aber sämtlich politisch organisiert wären, wären sie auch wahlberechtigt oder wählbar.

Herold zur Geschäftsordnung: Ich ersuche, etwas lauter zu sprechen und nicht dem Genossen Klawitter dauernd etwas ins Ohr zu flüstern. Wir sind interessiert an dem, was da gesagt wird.

Henke: Ich bitte den Genossen Herold, mir einmal seine Lunge zur Verfügung zu stellen. Ich bin erkältet, wie Sie wohl hören können.

Der Antrag Deters-Meyer wird angenommen.

Der Antrag Kurz wird abgelehnt.

Der Antrag Höcker wird abgelehnt.

Der Antrag Brauckmüller-Blanke wird angenommen.

Henke: Es ist noch ein Antrag eingegangen, er ist offenbar gedacht als Zusatz zu § 4. (Schelter protestiert gegen die Verlesung.)

Zimmermann: Der Antrag ist zu spät gekommen, die Sache ist erledigt.

§ 4 wird angenommen.

Henke: Zu § 5 liegt ein Antrag Heißenbüttel vor, der lautet: (Anlage)

(wird verlesen).

Klawitter: Wir haben grundsätzlich darüber abgestimmt, ob wir Betriebs- oder Verhältniswahl haben wollen. Jetzt wird die Frage wieder angerührt. Nun muß es aber bei unserm Beschluß bleiben. Auf diese Weise darf hier nichts wieder eingeschmuggelt werden.

Schelter: Der Antrag ist hinfällig, weil die Verhältniswahl eingeführt wird.

Henke: Der Antrag Heißenbüttel ist zurückgezogen.

Brauckmüller: Ich bin der Meinung, daß sehr wohl die Betriebe zu entscheiden haben, ob das Verhältniswahlsystem —

Henke: Der Antrag Heißenbüttel ist doch zurückgezogen.

Der Antrag Brauckmüller wird abgelehnt.

§ 5 wird angenommen,
§ 6 „ „
§ 7 „ „
§ 8 „ „
§ 9 „ „
§ 10 „ „
§ 11 „ „
§ 12 „ „

Das Wahlreglement wird mit den beschlossenen Abänderungen gegen 9 Stimmen angenommen.

Vors.: Damit ist der erste Punkt der Tagesordnung erledigt. Wir haben dann den

## Entwurf zur Errichtung eines Geschäftsvorstandes des Arbeiterrats.

Schelter: Drüber braucht nicht viel gesagt zu werden. Es ist ziemlich alles geblieben, wie es bisher war, in dem Sinne, daß der Vorstand lediglich der Vorstand des Arbeiterrats ist, der Aktionsausschuß aber nicht. Der Vorstand ist ein Bindeglied zwischen dem Aktionsausschuß und dem Arbeiterrat. Der Aktionsausschuß ist ein reines Verwaltungsorgan, während der Vorstand für die Geschäftstätigkeit des Arbeiterrats verantwortlich ist, die einzelnen Paragraphen berät und beschließt. Ich glaube, daß das einer besonderen Begründung nicht bedarf. Wenn Sie aber Auskünfte wünschen, bin ich gern dazu bereit. Ueber den Aktionsausschuß ist nichts besonderes festgelegt, sondern er ist in der Höhe gelassen wie bisher. Ob da noch Aenderungen eintreten müssen, steht dahin. Der Aktionsausschuß hat verschiedene Unterausschüsse für die einzelnen Arbeiten.

???: Die Ueberschrift lautet: „Entwurf zur Errichtung eines Geschäftsvorstandes des Arbeiterrats". In der dann folgenden Vorlage ist aber die Rede vom Aktionsausschuß und vom Vorstand. Wir haben uns hier gar nicht mit A. Aktionsausschuß zu beschäftigen, sondern nur mit B. Vorstand.

Schelter: Selbstverständlich steht zur Diskussion nur B. Vorstand.

Vors.: Nur der Uebersichtlichkeit halber ist auch A. Aktionsausschuß mit eingefügt. Es werden ja auch keine Aenderungen vorgeschlagen.

Klima: Unter B. Vorstand ist eine Bestimmung, die undurchführbar ist. Es heißt da:

> Alle Bekanntmachungen des Aktionsausschusses, sowie der Unterausschüsse gehen durch die Hände des Vorstandes.

Das ist nicht durchführbar. Dann müßte dieser die ganze Woche hierfür arbeiten und noch viele Leute anstellen, um die Sachen durchzuberaten. Jetzt wird das nicht so gemacht, und mit Recht. Der Aktionsausschuß und seine Unterausschüsse müssen schnell arbeiten, wenn Bekanntmachungen und Verordnungen erlassen werden sollen, es ist nicht möglich, daß die Beratungen darüber sich vielleicht acht Tage verzögern. Der Punkt ist unmöglich, und weil er unmöglich ist, ersuche ich ihn zu streichen.

Vors.: Ich habe eine andere Auffassung von der Sache. Es ist wohl möglich. Die Unterausschüsse arbeiten die Bekanntmachungen aus, aber diese sollen zur Prüfung durch eine Zentralstelle gehen. Das ist nützlich, ja notwendig, vor allem eine Prüfung der Bekanntmachungen, die durch den Soldatenrat erlassen werden. Es geht nicht an, daß solche Bekanntmachungen ohne Wissen des verantwortlichen Arbeiterrats erlassen werden. Es ist eine Notwendigkeit, daß alle Bekanntmachungen durch eine Zentralstelle gehen. Das ist, was wir gewollt haben. Es ist auch notwendig, daß den Bekanntmachungen manchmal noch eine redaktionelle Feilung gegeben wird. Die Arbeit muß geschehen, und die Prüfung wird auch nicht soviel Zeit in Anspruch nehmen, wie Klima befürchtet.

Klima: Ein Beispiel: das Bekleidungswesen. Die Sachen werden beraten erst mit der Senatskommission, dann unter uns und in den Soldaten- und Arbeiterratausschüssen. Alles muß dann durch die Verwaltungskörper gehen. Dann sollen wir noch weiter mit den Leuten in Verbindung treten, die die Sachen durchführen und in die Wege leiten müssen. Nun soll noch eine neue Kommission ernannt werden, die diese Verordnungen, die schon zweimal beschlossen sind, zum drittenmal beschließen soll. Dadurch werden sie aufgehalten, das ist eine überflüssige Erschwerung. Wenn es sich um Sachen von politischer Bedeutung handelt, ist es selbstverständlich, daß erst ein Ausschuß darüber sich schlüssig macht; aber es handelt sich manchmal um sehr nebensächliche Fragen. Es ist das nur Bureaukratismus.

Vors.: Dem Genossen Klima möchte ich erwidern, daß der Vorstand die Bekanntmachungen usw. nicht beschließen soll, sondern er soll die ihm von den Ausschüssen übergebenen Bekanntmachungen nur überprüfen. Das ist sehr empfehlenswert, daß sie noch einer redaktionellen Prüfung unterzogen werden, denn manches geht hinaus, was nicht schön ist, was die Ausschüsse an die Anschlagsäulen und in die Zeitungen bringen.

Deichmann: Ich möchte bitten, die Bestimmungen unter A und B gänzlich zu streichen. Es ist garnicht unsere Aufgabe, solche Bestimmungen

zu treffen, sondern das wird Aufgabe des neu gewählten Arbeiterrats sein, sobald er erst seine Arbeiten leisten kann. Darüber wird also später zu reden sein. Der Aktionsausschuß wird die eigentliche Regierung sein, über deren Aufgaben wir später Beschluß fassen können. Ich bitte, alles zu streichen.

Vors.: Dies sollte nur ein Entwurf für die Organisation sein, die später zu treffen ist. Deichmann hat recht: der neue Arbeiterrat muß sich seine Organisation selbst schaffen. Aber ob wir ihm nicht einen Gefallen tun, wenn wir ihm den Weg zeigen, wie er es am besten machen kann? Wenn der neue Arbeiterrat aus lauter neuen Mitgliedern bestehen würde, was ja nicht anzunehmen ist, dann wäre es doch ganz gut, wenn wir ihm sagten: Wir haben die und die Erfahrungen gemacht, mit den und den Sachen haben wir schlechte Erfahrungen, haben wir Fehler gemacht. Aus diesem Grunde hat sich die Kommission über ihre Vorschläge verständigt. Ich gebe aber anheim, ob wir heute auf die Sache eingehen oder sie vertagen wollen.

Blanke: Was ich sagen wollte, ist durch Genosse Henke erledigt.

Brodmerkel: Ich bin der Meinung, daß wir doch darüber diskutieren sollten. Die Sache ist nicht so einfach, wie Henke dargestellt hat. Die Sache liegt so, daß auch im Aktionsausschuß ein Vorstand ist, der die Sachen an die Unterausschüsse zu bringen hat. Da müßte man sich überlegen, ob der Vorstand des Aktionsausschusses in unseren Plenarsitzungen oder unser Geschäftsvorstand im Aktionsausschuß vertreten sein soll, der die Regierung darstellt. Dann haben wir zwei Vorstände. Darüber müssen wir uns klar werden, ob wir einen Vorstand wählen wollen, der nur die Plenarsitzungen zu leiten hat, die den Zweck haben wie bisher die Bürgerschaft. Wenn man dazu übergeht, eine Zentralregierung zu bilden, wie Deichmann ausgeführt hat, dann muß in dem Aktionsausschuß und dem Vorstand die politische Leitung der Regierung liegen, und die Mitglieder der Unterausschüsse des Aktionsausschusses sind die Ressortvertreter, die ihre Vorlagen dem Plenum zu unterbreiten haben, nicht dem Vorstande des Arbeiterrats. Der Vorstand des Arbeiterrats hat die Vorlage entgegenzunehmen, aber letzten Endes muß die Entscheidung dem Plenum überlassen werden.

Klawitter: Ich halte dafür, es muß so fortgehen, wie es bisher mit der Bürgerschaft und dem Senat war. Ich halte darum eine Trennung für richtig. Wir haben erst heute abend gesehen, daß unser Vorsitzender nicht rechtzeitig hier sein konnte, weil er durch andere Sitzungen in Anspruch genommen war. Bei einer Trennung der Geschäfte wird das vermieden. Der Aktionsausschuß hat dann Vorlagen auszuarbeiten und unserem Vorstande zur Beschlußfassung im Plenum zu unterbreiten oder sie an die Deputationen zu überweisen, die es angeht. So muß es sein. Wir haben ja auch jetzt schon eine Verbindung mit dem Aktionsausschuß, den Zwölferausschuß.

Damit wäre ich natürlich einverstanden, daß alle Arbeiten des Aktionsausschusses durch die Hände des Vorsitzenden des Aktionsausschusses gehen. Was man bezwecken will, ist, daß nicht die einzelnen Ausschüsse irgend welche Verordnungen in die Welt setzen. Es soll eine Kontrolle da sein, und die muß geübt werden durch den Vorstand des Aktionsausschusses. Wenn die Ausschüsse des Aktionsausschusses irgend etwas beschließen und wollen es veröffentlichen, dann hat das durch die Hände des Vorstandes des Aktionsausschusses zu gehen. Das genügt. Wir müssen dem Vorstande des Aktionsausschusses auch das Vertrauen schenken, daß er stilistisch an den Bekanntmachungen etwas ändern kann. Er hat die Uebersicht über alle Beschlüsse und kann deshalb verhindern, daß einzelne Beschlüsse sich gegen einander richten. Das kann der Vorstand des Aktionsausschusses besser als der Vorsitzende des Plenums des Arbeiterrats.

Blanke: Es ist vielleicht nicht ganz richtig gefaßt, was da vorgetragen wurde. Wir haben uns die Sache so gedacht, wie Klawitter ausgeführt hat. Wir haben uns den Vorstand nicht als Kontrolle des Aktionsausschusses gedacht, durchaus nicht, er soll nur das Bindeglied zwischen Aktionsausschuß und Arbeiterrat sein, und umgekehrt. Er soll die Sitzungen hier leiten und den Aktionsausschuß entlasten. Er soll die Bekanntmachungen der Unterausschüsse entgegen nehmen und auch die des Aktionsausschusses, damit alles durch seine Hand geht. Das ist doch ganz wesentlich.

Henke: Soll ich insgesamt abstimmen lassen oder satzweise? (Zurufe: Satzweise!) Es ist gesagt worden, daß wir über den unter A gefaßten Satz nicht abzustimmen brauchten, er ließe das Alte bestehen. Eine Neuheit wären die Sätze unter B. Ich lasse über die Gesamtheit abstimmen. Was Klima an Einwendungen vorbrachte, ist widerlegt worden. Wir können also insgesamt abstimmen. (Klawitter protestiert. Zuruf: Abstimmen!)

Der Entwurf wird angenommen.

Henke: Wir haben dann noch zwei Anträge zu erledigen. Der eine lautet: (Anlage)

(wird verlesen).

Ein anderer Genosse hat sich dem angeschlossen, ein Dr. med. Groß in Bremen. Er beantragt: (Anlage)

(wird verlesen).

Der Aktionsausschuß hat sich mit diesen Anträgen beschäftigt. Der Genosse Herold wird Ihnen darüber berichten.

Herold: Werte Genossen! Wir haben uns mit diesen Anträgen im Aktionsausschuß beschäftigt. Sie alle wissen, in welcher Weise das alte System uns zu knebeln verstanden hat. Wir sind uns im Aktionsausschuß darüber einig geworden, daß die Forderungen, wie sie von den Genossen aufgestellt worden sind, berechtigt sind (sehr richtig), und sogar sehr berechtigt. Wir haben bisher von dem alten System immer verlangt, daß alle diese politischen Verhaftungen entschädigt werden sollen. Leider ist das bisher nicht geschehen. Wir haben ja nun die Machtmittel in der Hand, um unsere Genossen für die im Kampf für die Revolution erlittenen seelischen Qualen zu entschädigen. Im Aktionsausschuß haben sich zwei Richtungen gebildet. Die eine steht auf dem Standpunkt, man solle diese Regelung der Reichsregierung überlassen, die andere steht auf dem Standpnnkt, daß die heute noch bestehenden Bundesstaaten dafür Entschädigung zahlen sollen. Ich stand zunächst auch auf diesem Standpunkt, die Sache der Reichsleitung auf den Hals zu schieben. Nachdem dann aber das Für und Wider verschiedentlich besprochen worden war, habe ich mich eines anderen überzeugen können. Die Sache liegt so, daß diese Schärfen und Härten, mit denen die politischen Vergehen unter dem Belagerungszustand bestraft wurden, gewiß vom Kriegsminister, also reichsseitig angeordnet worden sind, daß aber die einzelnen Bundesstaaten oder die einzelnen Magistrate unter dem früheren System eigentlich die Hauptschuld an diesen harten Urteilen trugen, denn infolge der Gesinnung, die hier herrschte, konnten erst den Richtern die Unterlagen gegeben werden für ihre Urteile. Ich habe mich also eines bessern überzeugen lassen, und ich kann Ihnen also nur empfehlen, auch Ihrerseits die Zustimmung zu geben dazu, daß den Genossen die Entschädigung bewilligt wird, die sie beantragen. Etwas anders liegt es mit dem Genossen Groß. Es ist ein rumänischer Arzt, der 1914 hierher nach Bremen gekommen ist, während des Krieges als Genosse hier tätig war und 1917 verhaftet und nach Holzminden ins Kriegsgefangenenlager gebracht wurde. Dort war er als Arzt einige Zeit tätig. Als dann die Verhandlungen mit Rumänien über den Waffenstillstand gepflogen wurden, wurde er als lästiger Ausländer in einem Geisellager in Rumänien interniert. Hier hat er sein Leben in der kümmerlichsten Weise fristen müssen. Wenn man auch sagen muß, daß hier gewissermaßen die leidige Frage des lästigen Ausländers wieder vorliegt, so kommt doch auch in Betracht, daß hier in gewissem Grade politische Gründe mit in Frage kommen. Nachdem dann auch in Rumänien die Revolution ausgebrochen war, flüchtete er und ist nach langen qualvollen Wochen wieder in Bremen angekommen. Er stellt nun diese Forderung. Ob man die nun dem Bundesrat oder dem Reich zuschiebt, darüber kann man verschiedener Ansicht sein, weil Bremen doch mit dieser Internierung eigentlich nichts zu tun hat. Aber ich sage mir: bewilligen wir einmal für die Genossen, die in Bremen verurteilt worden sind, diese Forderungen, dann sollten wir auch dazu übergehen, auch Dr. Groß diese Forderung zu bewilligen. Wenn nachher eine Regelung stattfindet, dann könnte man ja von Bremen aus die Ansprüche des Dr. Groß beim Reiche wieder geltend machen. Ich empfehle Ihnen also, diese Forderungen so, wie sie hier gestellt werden, anzunehmen.

Deichmann: Wie aus der Berichterstattung nur zu deutlich zu ersehen ist, herrscht im Aktionsausschuß in dieser Frage keine einheitliche Meinung. Die Minderheit, zu der ich gehörte, hat mit der Mehrheit besonders die Anschauung vertreten, daß man den Grundsatz anerkennen soll, daß die unschuldig Verurteilten und Verhafteten eine Entschädigung zu erhalten haben. Aber wir haben dann ferner den Standpunkt vertreten in der Minderheit, daß wir unmöglich hier in Bremen die Sache von uns aus regeln können, sondern daß das eine Angelegenheit ist, die wir reichsseitig zu regeln wünschen. Reichsseitig muß gewissermaßen die Frage an und für sich ventiliert und, wenn grundsätzlich anerkannt, dann in den allgemeinen Rahmen gegeben werden, in dem dann alle diese Fälle im ganzen Reiche erledigt werden. Die einzelnen selbst, die dann in Frage kommen, haben dann ihre Ansprüche geltend zu machen, worauf dann von Fall zu Fall geprüft werden muß, ob Berechtigung dahinter steckt oder nicht.

Ich habe schon gesagt, daß die Frage erwogen wurde, ob die Bundesstaatskassen, z. B. in diesem Falle die Bremer Kasse, die Bremer Staatskasse verpflichtet werden können, schließlich Geldausgaben zu machen in diesem Zusammenhang für Personen, die im Bundesstaat Bremen nicht wohnen. Das ist eine Frage, die genau zu ventilieren ist, damit keine Fehler gemacht werden. Soweit der Fall Groß in Frage kommt, hat der Aktionsausschuß keine Abstimmung, auch keine formelle Besprechung vorgenommen. Es handelt sich da um persönliche

Erklärungen des Berichterstatters. Es ist durchaus nicht anerkannt, daß eine Entschädigung gezahlt werden muß.

Brodmerkel: Parteigenossen! Wenn ich mich zum Wort gemeldet habe, so ist das nicht geschehen, um für meine wirtschaftlichen Forderungen einzutreten. Das ist nicht meine Absicht. Aber, Genossen, ich möchte die Gelegenheit benutzen, um vor der Oeffentlichkeit zu zeigen, in welcher robusten und gemeinen Weise Vertreter des alten Regimes sich erdreisten, von Demokratie und Freiheit zu sprechen, während sie gegen Menschen, die für Freiheit und Frieden eingetreten seien, schwere Zuchthausstrafen verhängten, in Wirklichkeit also reaktionäre Elemente sind. Solch schwere Strafen sind verhängt für Menschen, die ihre Liebe zum Volk zum Ausdruck gebracht haben. Bürgermeister Hildebrand hat vorige Woche in seiner Empfangsrede an die heimkehrenden 213er gesagt, die Liebe zum Vaterlande hätte sie auf die Schlachtfelder geführt. Das ist nicht wahr: sie gingen nicht aus Liebe zum Vaterlande auf die Schlachtfelder, sondern unter der Knute. Ich bin zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, weil ich zwei Telegramme im Auftrage von Genossen unterzeichnet hatte an Liebknecht und Radek, welche als die edelsten Menschen zu bezeichnen sind, weil sie für Freiheit und Frieden kämpfen. Es wurde mir gesagt, ich wäre derselbe Lump und Hallunke wie Lenin und Trotzki. Der Landrichter Töwe hat das wörtlich ausgeführt. Wegen ihrer Ueberzeugung wurden diese Leute als Lumpen und Hallunken ins Zuchthaus geworfen. Sie wissen, mit welchen Menschen man da im Käfig zusammenkommt. Das wird derjenige vielleicht begreifen, der schon einmal im Gefängnis gesessen hat. Aber er hat doch noch kein Bild von den Zuständen, die in einem Zuchthaus herrschen. Unsere Leute, die im Zuchthaus gesessen haben und dort mit solchen Menschen zusammengekommen sind, wissen, was das heißt. Nun muß ich sagen, hat es mich eigenartig berührt, daß, als unsere Forderungen eben vorgelesen wurden, sich Leute erdreistet haben, zu lachen. (Pfui!) Wenn sie wüßten, was für Opfer wir gebracht haben, würden sie nicht lachen. Ich möchte sagen: Es sind ihre Genossen, Ihre Parteigenossen, um die es sich handelt. Sie müssen anerkennen, daß die Vergütungen von der bisherigen Regierung gezahlt werden. Wenn Sie den Antrag ablehnen, dann sagen Sie sich damit los von Ihren Genossen, die für die gute Sache gekämpft haben, dann zeigen Sie, was für Reaktionäre Sie sind.

Brauckmüller: Ich möchte auf die Gefahren aufmerksam machen, die entstehen, wenn man sagt: Alle diejenigen, die irgendwie dem Belagerungszustande zum Opfer gefallen und wegen politischer Vergehen zu Zuchthaus und Gefängnis verurteilt sind, sollen entschädigt werden. Wo ist die Grenze für diejenigen, die da in Frage kommen? Ich will nicht in eigener Sache sprechen, aber doch einen Fall vorführen, der allerdings meine Person mit betrifft, der aber die Sache betrifft. Als ich im vorigen Juli auf den Hansa-Lloydwerken war, ist die Militärbehörde — zweifellos auf Drängen der Direktion der Hansa-Lloydwerke hin — dazu geschritten, Vertrauensleute auf den Hansa-Lloydwerken einzuziehen. Fünf oder sechs Mann waren wir. In einer ganz schoflen Weise sind wir von der Militärbehörde behandelt worden, und wir haben das Recht und die Pflicht, dagegen zu protestieren. Weil ich konsequent erklärte, daß ich freiwillig der Einberufung zur Fahne keine Folge leisten würde, wurde ich nach Altona geschafft. Ich fand keine Unterstützung von bürgerlicher Seite und erhielt im ersten Termin vier Jahre Gefängnis. Ich hatte ausdrücklich vor dem Gerichtsoffizier und dem Gericht erklärt, daß ich für meine Kameraden eingetreten wäre, um zu zeigen, was wir erstrebten. Ich wollte das Generalkommando mit der Nase darauf stoßen, daß ich für den Frieden und gegen die Fortsetzung des Krieges eintrete. Ich hatte dabei keine Gelegenheit bekommen, mir einen Verteidiger zu nehmen. Das zweitemal habe ich eine Verteidigungsschrift selbst geschrieben, und ich habe darin gesagt, wenn ich wüßte, daß der Friede dadurch um eine Stunde eher herbeigeführt werden würde, würde ich bei meinem Verhalten bleiben. Im zweiten Termine wurde ich dann zu neun Monaten Festung verurteilt. Das ist mein Bericht. Wohin soll es, so frage ich, nun führen, wenn die Anträge angenommen werden? Ich wollte nur auf die Konsequenzen aufmerksam machen, da doch mancherlei zu bedenken ist.

Heibel: Ich kann mich dem Genossen Deichmann anschließen, der vorschlägt, die kommende Reichsregierung solle diejenigen entschädigen, die auf Grund ihrer Bestrebungen zur Verwirklichung ihrer Ideale inhaftiert worden sind. Auch Vertreter der Mehrheit der Sozialdemokratie haben auf Grund ihrer Ideale im Gefängnis gesessen. Ich verweise auf die vielen Mariner, die auf Grund des Militärstrafgesetzbuches verurteilt sind. Das ist eine sehr erkleckliche Liste. (Zuruf.) Ja, auch Bremer sind darunter, und ich könnte Namen anführen, ich spreche an der Hand von Tatsachen. Viele sind ins Gefängnis gewandert, weil sie mit dem Militärstrafgesetzbuch in Konflikt geraten sind (Zuruf: Nicht aus politischen Gründen!) Weil sie sozialdemokratische Agitation in der Kompagnie getrieben haben: Ich möchte die Sache nur richtig stellen, da von den Mehrheitssozialisten behauptet

wird, sie hätten kein Opfer gebracht. Die Behauptung hat mir wehe getan. Die Leute haben dieselben Opfer gebracht wie die anderen. (Widerspruch.) Das kann ich beweisen. Bei der Armee allerdings fehlt mir der Einblick. Die Ansprüche der Genossen halte ich für gerechtfertigt; es muß aber geprüft werden, ob das finanzielle Verlangen bei der momentanen Lage durchführbar ist.

Stockhinger: Mir hat es auch im höchsten Grade weh getan, wenn sich hier Leute herstellen und lachen, (Pfui!) wenn Forderungen zur Entschädigung der unschuldig verurteilten vorgeschlagen werden. Denn daß die Leute unschuldig verurteilt sind, darüber sind wir uns alle im Saale klar. Und daß sie unschuldig verurteilt sind, dafür ist die vorige Regierung mit verantwortlich. Die Justiz ist nicht gerade durchgegangen, und die unschuldig verurteilten sind infolgedessen gezwungen, Entschädigungsansprüche zu stellen. Wir haben doch auch schon den Fall erlebt, daß ein Mann zu sieben Jahren unschuldig verurteilt worden ist; nachher hat sich seine Unschuld erwiesen und sind ihm 100000 Mk. aus der Reichskasse bewilligt, weil er körperlich und seelisch durch die Gefängnishaft heruntergekommen war und infolgedessen arbeitsunfähig war. Genossen! Es sind nach meiner Ueberzeugung viele Leute unschuldig ins Gefängnis gewandert, weil sie für große Ziele, für den Frieden während der ganzen Kriegszeit gewirkt haben. Sie haben diese Arbeit hinter verschlossenen Türen tun müssen und sind schließlich von den Häschern der bisherigen kapitalistischen Regierung erwischt. Parteigenossen! Ich bin der Ansicht, daß auch die anderen Genossen eine Entschädigung haben müssen. Außer diesen Genossen gibt es noch eine ganze Reihe unschuldig verurteilter. So bei den Hansa-Loydwerken, die damals eingezogen oder verhaftet wurden. Andere wurden wegen Flugblätterverbreitung auch unschuldig verhaftet und nach unserer Ueberzeugung unschuldig bestraft, weil sie bestrebt waren, Aufklärung über die Mißwirtschaft zu verbreiten. Frasunkiewicz wurde wegen seiner Bestrebungen für den Frieden unschuldig zu Zuchthaus verurteilt. Genosse Brauckmüller ist auch ein Opfer seiner Ueberzeugung geworden. So haben noch verschiedene Genossen Opfer bringen müssen. Wenn der Antrag angenommen wird, werden wir in den Tageszeitungen sofort sämtliche Leute, die während des Krieges wegen ihres politischen Verhaltens verurteilt sind, auffordern, bei dem Arbeiter- und Soldatenrat Entschädigungsanträge zu stellen.

Wenn gesagt worden ist, von den Mehrheitssozialisten seien keine Opfer gebracht, so bedeutet das lediglich, daß wenigstens in Bremen mir von den Mehrheitssozialisten niemand bekannt ist, der wegen seines politischen Verhaltens während der Kriegsdauer in Haft gewesen ist. Wenn Genosse Heibel erwähnte, daß Matrosen ja genügend inhaftiert gewesen wären, so kann er nicht behaupten, daß das Mehrheitssozialisten sind, denn von diesen waren zu Anfang des Krieges die meisten eingezogen, wo der Bruch der Parteien noch nicht eingetreten war. Wie kann man also sagen, daß dies Mehrheitssozialisten seien? Wir haben ja keine Kontrolle darüber, ob diese Leute auf dem Boden der Mehrheitssozialdemokratie stehen. Aber die auf dem Boden der Linken stehenden Radikalen und Unabhängigen haben sich mit der Revolutionsfrage beschäftigt, und die haben die Entscheidung herbeigeführt.

Stockhinger: Auch ich war der Annahme der Mehrheitssozialisten, daß es Sache der Reichsregierung wäre. Inzwischen bin ich eines andern belehrt worden. Es wäre z. B. möglich gewesen, unsern Vertretern, die jetzt in Berlin sind, diesen Fall als Auftrag mitzugeben. (Zuruf: Es ist ihnen gesagt worden!) Aber es konnte den Abend nicht hier auf die Tagesordnung gesetzt werden. Es wäre dann möglich gewesen, daß wir unsern Vertretern den Auftrag mitgegeben hätten, dort einen Antrag einzureichen, die Sache auf reichsgesetzlicher Grundlage zu regeln. Aber das ist jetzt nicht mehr möglich. Die Leute sind zur Konferenz gereist. Wir wissen nicht, wie lange sie noch tagt; man hat sich jedenfalls noch gründlich auszusprechen. Deshalb aber sollten wir die Sache jetzt hier im bundesstaatlichen Rahmen annehmen.

Buchholz: Wenn ich mich zum Wort gemeldet habe, so nicht darum, um die Rechtmäßigkeit von Forderungen zu begründen, sondern, weil hier von den Mehrheitssozialisten der Vorschlag gemacht worden ist, daß die Reichsregierung diese Sache regeln soll. Ich möchte dem gegenüber beweisen, daß die einzelnen Bundesstaaten in ihrer reaktionären Rechtsprechung dafür verantwortlich sind, was in diesen einzelnen Fällen verbrochen worden ist. Genossen! Ich stand nicht auf dem Standpunkt der Mehrheitssozialisten, daß man sich an der Revolution erst beteiligen müßte, nachdem sie im Gange war. Ich stand schon früher auf dem Standpunkt, daß wir die Verantwortlichen dieses Regimes auf alle Fälle, sei es mit legalen oder mit illegalen Mitteln, stürzen müßten. Eine Anzahl Genossen hatte sich denn auch zusammengefunden, Anfang 1915 oder 1916, und wir wurden uns darüber einig, daß unter den damaligen Verhältnissen, unter dem damaligen Belagerungszustand, unter der Militärdiktatur eine legale Tätigkeit zum Sturze dieses Systems und zur

Beendigung dieses Krieges nicht möglich war. Und darum sagten wir uns: wir müssen die Sache von der illegalen Seite anfassen. Wir haben uns daran gemacht, die wirklichen Verhältnisse, wie sie in Deutschland herrschten, in Flugblättern zu schildern und diese auf illegalem Wege unter den Massen zu verbreiten, um die Massen für den gewaltsamen Umsturz der damaligen Militärdiktatur zu gewinnen. Ich hatte dann die Freude, dabei mit ausersehen zu sein. Ich habe dann zuerst ein Flugblatt verbreitet, das besonders die Verhältnisse schilderte, wie sie sich bei einer Fortführung des Krieges gestalten müßten. Es war in diesem Flugblatt geschrieben, daß bei dem Ueberwachungssystem und bei dem Markensystem, wie es da eingeführt wurde, bei einer derartigen Rationierung der Lebensmittel die gesamte Bevölkerung der Degenerierung entgegengeführt würde, und daß bei einer derartigen Aushungerung der Bevölkerung der Kapitalismus nicht mehr siegen könnte, und daß Deutschland dem sichern Zusammenbruch entgegenginge, daß nur die Arbeiterbevölkerung der notleidende Teil wäre, der alles auszufressen hätte, während die Besitzenden, die Militärkaste nicht in dieser Weise geschädigt würden. Genossen! Bei diesen Flugblättern, die vollständig die Wahrheit sagten, fiel ich eben den Schergen des bremischen Regimes in die Hände. Ich bin dann von der Strafkammer zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden und zwar nach § 110. Ich bekenne mich nun wohl für schuldig des Verbrechens, den Interessen der herrschenden Klasse entgegen gehandelt zu haben, aber darüber hinaus bin ich vom bremischen Gericht noch unschuldig verurteilt worden und zwar darum, weil ich nicht — wie es durch zwei Schutzleute unter Hochheben der drei Finger und unter Berufung auf den lieben Gott beschworen worden ist — dieses Flugblatt hergestellt habe, sondern es von zwei mir, von Ansehen bekannten Genossen, die ich wohl aus den Versammlungen kannte, erhalten habe, selbstverständlich zu dem einzigen Zweck, sie unter den Arbeitermassen zu verteilen. Dann hatte ich noch ein hektographiertes Flugblatt, welches die Heldentaten der bremischen Polizeischergen der Wahrheit entsprechend kennzeichnete und die Vorgänge schilderte, welche sich aus Anlaß der Liebknechtdemonstration in Bremen abgespielt haben.

Vielleicht sind unter Ihnen Genossen, die dieser Demonstration beigewohnt haben, und die mir Recht geben werden, daß die Polizei in ganz brutaler und gemeiner Weise zwischen den Arbeitermassen gehaust hat (sehr richtig). Haben diese Leute nur ihre Pflicht getan? Nein, sie haben noch viel mehr getan, denn sie haben sich direkt in den Dienst der herrschenden Klasse gestellt. Was da gemacht wurde, haben unsere Leute berichtet, die da des Weges gingen. Da wurde einem Manne die Mütze vom Kopf geschlagen und er dann auf den Kopf geschlagen, daß er zu Boden fiel. Gehört das wirklich zu den Pflichten der Polizei? Auch von diesem Standpunkt aus bin ich von dem bremischen Scharfmachergericht unschuldig verurteilt worden. Ich habe versucht, den Wahrheitsbeweis für diese Heldentaten der Polizei zu erbringen. Ich habe einen Brief und mehrere Briefe an die Redaktion der Bürgerzeitung geschrieben mit dem Ersuchen, eine Lokalnotiz loszulassen, damit diejenigen, welche diesen Gemeinheiten beigewohnt haben, sich als Zeugen melden sollten. Aber der bremische Staatsanwalt schien die Wahrheit zu fürchten, denn dieser Brief ist nicht durchgegangen. Und ich wollte doch den Beweis erbringen für die Angaben, die in dem Flugblatt enthalten waren. Ich möchte Sie ersuchen, dies den bremischen Polizeibeamten nicht nachzutragen, sie haben sich mit uns solidarisch erklärt. Ich kann Ihnen auch mitteilen, daß mittlerweile der Hauptmacher der bremischen Polizei, Herr Steinhoff, der politische Schnüffler, seinen Urlaub beendet und seinen Dienst wieder angetreten hat. Bei dieser Gelegenheit möchte ich gleich bemerken, daß selbst Herr Steinhoff viel revolutionärer gesinnt war als vielleicht viele von den Parteigenossen. Selbst Herr Steinhoff erklärte mir aus Anlaß der Schutzhaft: „Na, wenn nun mal was von der Revolution wird und die Arbeiter siegen, dann kommen wir wohl alle ins Zuchthaus!“ meinte Herr Steinhoff.

Ich habe ihm allerdings erklärt, daß wahrscheinlich, wenn die Arbeiter auf der Höhe wären, die reaktionären Elemente, die sich besonders hervorgetan hätten, ein derartiges Los zu erwarten hätten. Aber Herr Steinhoff hat sich mittlerweile geirrt: verhaftet ist er bisher noch nicht worden. Also ich bin außerdem verurteilt worden, weil ich das hektographierte Flugblatt hergestellt hatte. Es wäre mir natürlich leicht gewesen, den Gegenbeweis anzutreten, aber ich hätte dann die vier beteiligten Genossen auch noch den Schergen ausliefern müssen. Das Gericht hat in seiner Urteilsbegründung durchblicken lassen, daß der Hersteller doch vielleicht anderwärts zu suchen sei, aber der Beweis ließ sich nicht direkt erbringen, und so nahm man an, daß ich auch der Hersteller gewesen sei. So steht also die bremische Polizei, das bremische Gericht, das bremische Bürgertum da. Ich könnte noch vielmehr anführen. (Zuruf: Laß man, wir haben genug!) Ja, ich habe auch genug. Wenn Sie zwei Jahre die Steckrüben und die Kohlrüben genossen haben, dann werden Sie auch genug haben. Ich kann Ihnen sagen, daß ich nun genug habe. Nach Verbüßung dieser eineinhalb Jahre bin ich noch in Schutzhaft gekommen und zwar mit der Begründung, daß die Gefahr

bestände, daß ich nach meiner Freilassung meine alte politische Tätigkeit wieder aufnehmen würde. Es wurde mir von dem Richter die Frage vorgelegt, ob ich bereit wäre, eine Erklärung abzugeben, daß ich neutral bleiben würde, da das Generalkommando wahrscheinlich annehme, daß ich nach meiner Freilassung wieder politisch tätig sein würde. Wenn ich das täte, hätte ich wahrscheinlich Aussicht, aus der Schutzhaft herauszukommen. Ich habe allerdings darauf erklärt, daß ich nicht wüßte, ob ich meine politische Tätigkeit gleich wieder aufnehmen könnte, weil ich krank wäre. Aber auf eine Verpflichtung konnte ich mich nicht einlassen, schon darum nicht, weil die politischen Freiheiten in Bremen ja so minimal waren, daß ich mir sagte: solch entwürdigende Unterschrift zu geben, das ist eines Parteigenossen, eines Sozialdemokraten nicht würdig. Da wurde mir von dem Amtsrichter die Frage vorgelegt, ob ich die Führung der linksradikalen Gruppe übernehmen würde; das nehme das Generalkommando an, da der Vorsitzende der linksradikalen Gruppe zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt worden wäre, und ob ich mich verpflichten wollte, das nicht zu tun. Sie sehen, auf welch gemeine Weise gerade hier in Bremen von den Behörden gewütet worden ist. Nun sagen die Genossen vom rechten Flügel, es wäre Sache der Reichsregierung, das zu regeln. Nein, das kann niemals Sache der Reichsregierung sein. Wir haben ja auch noch die Landesbehörden, es ist noch keine Aenderung eingetreten. Außerdem bin ich der Ueberzeugung, daß die Bundesstaaten unter dem Belagerungszustand ganz verschieden geurteilt und gewütet und gearbeitet haben. Ich bin der Meinung, es kann nicht Sache des Reiches sein, zumal wir wissen, daß in der nächsten Zeit die Nationalversammlung stattfindet und wir noch nicht einmal wissen, ob wir dann noch eine sozialdemokratische Mehrheit in der Nationalversammlung haben. Deshalb muß das eine Sache der Bundesstaaten sein. In Braunschweig und Sachsen hat man die Angelegenheit schon für sich allein geregelt und hat die Inhaftierten aus der Staatskasse entschädigt. Dann wird gesagt, die Staaten würden mit diesen Forderungen zu sehr belastet. Ich bin der Ueberzeugung, daß die Arbeiterschaft schon derartig belastet ist, daß sie nicht mehr belastet werden kann. Aber ich bin der Meinung, daß für diese Schandtaten reaktionärer perfider Urteile die besitzenden Klassen durch eine Extrasteuer herangezogen werden müssen, damit sie fühlen, daß sie für die Missetaten ihrer Vertreter zu büßen haben. (Beifall.)

Vors.: Es sind noch eine große Anzahl Redner eingezeichnet, sieben, darunter Genosse Becker, der wünscht, als Vertreter der Schutzmannschaft einige Worte sagen zu dürfen. Dann hat Genosse Stockhinger auf Schluß der Debatte angetragen. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß wir noch unbedingt den Wahlvorstand wählen müssen, und weiter müssen wir noch den Wahltermin festlegen. Das sind zwei Punkte, die unbedingt erledigt werden müssen. Ob es sich empfiehlt, bei einer so großen Rednerliste angesichts einer so wichtigen Sache Schluß zu machen, die uns alle in gleichem Maße bewegt, wird zweifellos gründlich zu überlegen sein. Damit will ich keinem zu nahe treten. Nachdem ich dem Genossen Buchholz eine ziemliche Spanne Zeit gegeben habe, werden wir uns die Sache gründlich überlegen müssen nach den verschiedenen Richtungen. Es werden sich Folgerungen ergeben, auf die ich jetzt nicht hinweisen will. Aber wir werden uns nichts vergeben, wenn wir die Sache erst in der nächsten Sitzung fortführen und die Rednerliste bestehen lassen. Wenn Sie Vertagung beschließen, kommen noch die beiden Sachen zur Erledigung, auf die ich eben hingewiesen habe. Genosse Stockhinger, sind Sie damit einverstanden, daß wir es so machen? Wenn ich keinen Widerspruch höre, nehme ich an, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir Vertagung eintreten lassen.

Zur Geschäftsordnung.

Stockhinger: Parteigenossen! Die Schutzmannschaft hat ein Interesse daran, daß der Eindruck, den die heutige Verhandlung gemacht hat, einigermaßen gemildert wird. Der Vertreter der Schutzmannschaft Becker möchte einige kurze Ausführungen machen.

Vors.: Ich habe nichts dagegen, daß Genosse Becker einige kurze Bemerkungen macht. Ob er den Eindruck, den das Verhalten der Schutzmannschaft hier gemacht hat, beseitigen wird, lasse ich allerdings vorläufig dahingestellt.

Becker: Parteigenossen! Genosse Buchholz hat seinen Herzen Luft gemacht, und mit Recht. Aber ich bitte Sie, doch die Sache auch noch von der andern Seite zu beleuchten und stelle Ihnen dafür das Protokoll unseres Vereins zur Verfügung, damit Sie ein Gegenstück zu den politischen Akten haben. Ich bin Gründer des Polizeibeamtenvereins, und wir haben bei Gründung unseres Vereins genau so große Schwierigkeiten erlebt wie Sie jetzt, das ist sicher. Ich bin Klempner von Beruf und Gründer des Metallarbeiterverbandes. Was wäre aus mir geworden, wenn ich nicht zur Zeit gegangen wäre. Nun sage ich, unser Protokollbuch steht Ihnen zur Verfügung. Da finden Sie über eine Sitzung vor vier Jahren, als gestreikt wurde, die Bemerkung: Wir wollen die Streikenden

schützen, und wenn demonstriert wird, sollen die Kollegen aufgefordert werden, die Demonstration nicht irgendwie zu inhibieren, weil wir selbst Forderungen an die Behörde haben — nur mit dem Unterschiede, daß wir das Streikrecht nicht zur Seite haben. Sie sollten nicht verallgemeinern: unter uns gibt es Lumpen, wie anderwärts auch.

Vors.: Wir haben nun noch die beiden Punkte zu erledigen,

1. den Wahlvorstand zu wählen.

Es ist folgender Wahlvorschlag eingereicht:

Kerls, Blanke, Starker, Seitz, Brauckmüller, Breitmeier, Ernemann.

Es werden aus der Versammlung noch vorgeschlagen Krome, Schelter, Deichmann, Dammer, Ehlers, (Ehlers: Ich verzichte!) Becker, Ehlers, (Ruf: Dammer ist nicht da!), (Schelter: Ich verzichte!) Kopp.

Vors.: So geht es nicht. Also:

Ehlers, Becker, Kopp, Ritzen, Kurz, (Kerls verzichtet, Kopp verzichtet).

Vors.: Es sind also vorgeschlagen: Blanke, Starker, Seitz, Brauckmüller, Breitmeier, Ernemann, Ehlers, Becker, Kurz (Ruf: Kurz ist nicht da!). Das sind acht Mann. Das paßt nicht gut. Sieben Mann müssen es sein, eine ungerade Zahl ist die beste. Entweder wir wählen noch einen zu .... (Zuruf: Schelter! (Schelter hat abgelehnt) Kerls. Wir nehmen dann anstatt sieben neun für den Wahlvorstand. Wer dafür ist, daß diese neun Genossen den Wahlvorstand bilden, den bitte ich, sich zu erheben. — Angenommen.

## Festsetzung des Wahltermins.

Blanke: Die Kommission ist sich darüber einig, daß die Wahl erst in der ersten Woche des Januar stattfinden kann. Es kommt das Weihnachtsfest dazwischen, und zwischen Weihnacht und Neujahr sind die Betriebsarbeiter teilweise verreist. Am besten ist wohl, wenn am 5. Januar gewählt wird. (Zuruf: Das ist ein Sonntag!) Sonntag geht es nicht, es muß an einem Werktage gewählt werden, weil es Betriebswahlen sind. Zurufe, 4. Januar! 3. Januar! Ich mache den Vorschlag: das dem Wahlkomitee zu überlassen!)

Vors.: Das scheint mir das richtigste zu sein, weil der Wahlvorstand die Vorbereitungen zu treffen hat und den Termin am besten auswählen kann. Wenn ich keinen Widerspruch höre, nehme ich an, daß sie damit einverstanden sind, daß der Wahlvorstand beauftragt wird, den Wahltermin festzusetzen.

Schluß der Sitzung 10 Uhr 9 Minuten.

### Druckfehler-Berichtigung.

Auf der Seite 30, 2. Spalte muß es die zweite Zeile wie folgt heißen:

„jedenfalls keine Knüppel zwischen die Beine usw."

12

# Vollsitzung des Bremer Arbeiter- und Soldatenrates

## am 23. Dezember 1918 im Konventsaale der Börse.

Vorsitzer Herr Brodmerkel:

Eröffnung der Sitzung 6 Uhr 40 Minuten.

Die Tagesordnung wird bekanntgegeben.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Ich möchte einen Antrag bekanntgeben, der folgendermaßen lautet: (Wird verlesen.) Ich möchte wünschen, daß hierüber keine Diskussion entsteht, weil wir noch recht viele Sachen zu erledigen haben. Wir werden das im Vorstande soweit als möglich immer tun, wenn es aber nicht möglich ist, wie es am Sonnabend der Fall war, können wir das nicht. Ich glaube, damit werden sich die Antragsteller zufrieden geben.

Herr Herold zur Geschäftsordnung: Ich möchte beantragen,

daß der vierte Punkt als erster auf die Tagesordnung gesetzt wird der Wichtigkeit halber.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Wir haben letzhin unsere Sitzung vertagt, und zwar deshalb, weil der letzte Punkt der Tagesordnung nicht erledigt worden war, und der deshalb heute als erster Punkt auf der Tagesordnung steht. Ich glaube, über die ersten drei Punkte, die schon im Aktionsausschuß behandelt worden sind, wird sich hier kaum eine Debatte erheben, so daß wir diese drei Punkte rasch erledigen werden, und dann können wir den Punkt vier der Tagesordnung ebenfalls noch genügend behandeln. (Zuruf: 11½ Uhr!) Nein, wir hoffen, daß wir 9½ Uhr Schluß machen können. (Einverstanden?!) Dann muß ich Ihnen mitteilen, daß wir in der Rednerliste nicht fortfahren können. Henke ist nicht da, er hat sie mitgenommen. (Heiterkeit. Hört! Hört!) Zu der Sache selbst möchte ich mitteilen, daß weitere Ansprüche geltend gemacht werden, und zwar (Wird verlesen.)

Weiter geht uns folgendes Schreiben zu: (Wird verlesen.)

Zu der Sache selbst geht uns noch folgender Antrag zu: (Wird verlesen.)

Zur Begründung des Antrages Ludewig: Parteigenossen! Ich will zunächst, bevor ich auf den Antrag eingehe, bemerken, daß es mir unbekümmert um die Stellungnahme des Aktionsausschusses gegenüber diesen Forderungen unbenommen sein muß, auch meine Meinung zu sagen. Der Vorsitzende war der Meinung, als ich ihm den Antrag überreichte, daß dieses ein Mißtrauensvotum gegenüber dem Vorstande wäre. Nach meinem Dafürhalten ist es in der politischen Bewegung immer möglich gewesen, daß es dem Betreffenden frei gestellt ist, unbekümmert um die Meinung des Vorstandes, anderer Meinung zu sein, und ich setze voraus, daß das auch hier das Rechte bleiben muß, in dieser Form meine Meinung zu sagen. Zu dem Antrage selbst, Parteigenossen, stehen wir auf dem Standpunkte, daß die von der herrschenden Klasse ausgeübten und vollzogenen Urteile Klassenurteile sind. Daß wir diese Urteile als solche betrachten und dem entsprechend logischerweise auf dem Standpunkte stehen müssen und auch stehen, daß nun für diese politischen Opfer eine Entschädigung stattfinden muß. Aber, Parteigenossen, es wird notwendig sein, daß wir uns eingehend mit der Frage beschäftigen; Sie haben eben schon wieder gehört, daß mehrfach in

dieser Form Forderungen gestellt werden, und so ist es meines Erachtens nach notwendig, daß wir uns ganz genau mit dieser Frage beschäftigen. In der vorigen Sitzung haben einige der in Frage kommenden Genossen ihre Forderungen damit begründet, indem sie vor allen Dingen darauf hinwiesen, daß, nachdem sie für das Vergehen, welches sie begangen haben sollen, bestraft worden sind, hier aufgeführt haben, daß sie unter furchtbaren seelischen Qualen gelitten haben und zweifellos, Parteigenossen, werden Sie alle zugeben, daß dem so ist. Wir werden und wollen aber auch nicht vergessen, daß auch alle übrigen zum großen Teile in Deutschland, wenn nicht genau dasselbe, aber doch ähnliche Qualen durchgemacht haben. Ich brauche nur darin zu erinnern an die grauenhaften Stunden, die in diesem Weltdrama stattgefunden haben. Ich glaube, die Parteigenossen, die jahrelang im Blut und Schlamm herumgewirtschaftet haben, die nicht wußten, wie es ihren Lieben daheim ging, werden auch reden können von seelischen Qualen, und ebenso wird es auch für diejenigen gewesen sein, die nach draußen geblickt haben. Damit will ich sagen, daß die seelischen Qualen für mich gar nicht maßgebend sein können, weil das allgemeine deutsche Volk in seiner großen Masse unter denselben Qualen gelitten hat. Und wenn der eine von diesen politisch Inhaftierten, Buchholz, ausgeführt hat, daß er mit Schaudern an die Zeit der Kohlrüben zurückdenke, so glaube ich ohne weiteres feststellen zu können, daß auch Sie alle froh sind, aus dieser Kohlaffaire herausgekommen zu sein. (Heiterkeit.) Das ist meine Auffassung. Von diesem Standpunkte aus wird es nicht richtig sein, eine derartige Forderung zu begründen. Und darum soll es auch nicht meine Aufgabe sein, dieses möchte ich nur so quasi anführen, meine Aufgabe soll es sein, an der Hand der gegebenen Tatsachen zu versuchen, zu dieser Frage Stellung nehmen von dem Standpunkte des Sozialismus aus. Und ich glaube sagen zu können, daß es unser Leitmotiv in all den Jahren gewesen ist, wo wir für das Ideal des Sozialismus gewirkt und gestrebt haben, daß für die Allgemeinheit eine andere und bessere Lebenslage geschaffen werden soll. Das Wort, was jetzt draußen in den Fabriken so unheimlich viel gebraucht wird, das uns speziell bewogen hat, zu der Frage Stellung zu nehmen, das lautet, die betreffenden Inhaftierten wollen versuchen, materielle Vorteile zu erringen. Als die Gehaltsvorlage des Aktionsausschusses hier vorgetragen wurde, hat der Genosse Erdmann mit Recht ausgeführt, daß wir vor allen Dingen den Idealismus nicht vergessen dürfen und auf der andern Seite nicht vergessen sollen, daß wir nach außen damit bestehen können, und dem haben wir damals zugestimmt, und so wird es heute sein. Wir haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß das Geld, welches wir ausgeben und ausgeben müssen, dreimal geprüft wird aus dem einfachen Grunde, weil wir unsern Genossen da draußen verantwortlich sind und aus diesem Grunde, Parteigenossen, waren wir als Antragsteller der Auffassung, daß vielleicht der Aktionsausschuß nicht genau prinzipiell sich mit den einzelnen Verdiensten der in Frage kommenden Genossen beschäftigt hat und glauben nunmehr dazu übergehen zu müssen, dies in einer Kommission zu prüfen. Denn, Parteigenossen, man liest da, daß dieser oder jener 60 oder 72 ℳ verlangt. Die Genossen werden in der Kommission genau nachweisen müssen, ob sie dieses Geld verdient haben. Vergessen dürfen wir auch nicht, Parteigenossen, daß sehr viele Listen herumgegangen sind, in den Betrieben, um Gelder zu sammeln für die politisch Inhaftierten. Ich denke, auch dieses Geld müßte von der Summe abgezogen werden. Es wird sich weiter darum handeln, und es muß ausgesprochen werden, festzustellen, ob die angeforderten Kurkosten alle ausgegeben sind, ob die betreffenden Genossen die Kur gemacht haben; denn man kann nicht einfach eine Kurkost verlangen, wenn man solche nicht durchgemacht hat. Aus diesen Gründen möchte ich Sie bitten, den von uns gestellten Antrag anzunehmen, eine Kommission von sieben Personen zu wählen zur Nachprüfung der hier geforderten Summen.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Ich möchte sagen, daß ich es dem Genossen Ludewig nicht verwehrt habe, seinen Antrag zu begründen. Ich habe ihm persönlich gesagt, daß meines Erachtens ein Mißtrauensvotum gegenüber dem Vorstande liegt, wenn eine Kommission gewählt werden soll. Glauben Sie, in dem Aktionsausschuß hat eine starke Debatte stattgefunden, ehe man zu einem solchen Beschlusse gekommen ist, und man hat geprüft, ob die Antragsteller ein derartiges Einkommen hatten. Ich kann nachweisen, daß ich jede Woche 250 ℳ verdient habe, weil ich selbständig gewesen bin und schwer habe arbeiten müssen. Die andern Genossen werden das ja auch nachweisen können. Der Genosse Buchholz hat auf den Hansa-Lloydwerken 90—100 ℳ verdient. (Zurufe: Haltstopp!) Das ist der Fall, möchte ich sagen. (Zurufe: 50 ℳ!) Melden Sie sich doch nachher zum Worte. Ich möchte sagen, das wird jedenfalls geprüft werden. Es kommen noch andere Forderungen in Frage, was die Leute sonst noch an Verlusten gehabt haben, das alles muß zusammengezogen und hier zugrunde gelegt werden. Ich habe im übrigen nichts gegen den Antrag.

Herr Frasunkiewicz: Ich freue mich außerordentlich, daß Genossen vorhanden sind, die die Summe, betreffend der Entschädigung sehr ernst prüfen wollen. Das ist unbedingt notwendig. Ich stehe selbst auf dem Standpunkte, daß man sehr gewissenhaft prüfen soll, ehe man jemand eine Vergütung oder Entschädigung für ausgestandene Qualen bewilligen will und soll. Ich muß leider pro domo

reden. Ich will folgendes bemerken. Als der Krieg 1870 tobte, sind auch verschiedene vom Generalkommando in Schutzhaft genommen worden, Genossen, die im Vordergrunde der Bewegung standen, sind ebenso unrecht in Schutzhaft genommen worden, und sie haben dann an die betreffenden kommandierenden Generäle Entschädigungsansprüche gestellt, die ihnen zugebilligt werden mußten. Wer die Geschichte der Sozialdemokratie, in vier Bänden von Mehring herausgegeben, kennt, wird das bestätigt finden. Ich will kurz sagen, wählen Sie ruhig eine Kommission, prüfen Sie nach, ob die Summen, die gefordert werden, angebracht sind und entscheiden Sie dementsprechend. Denken Sie aber auch daran, daß die betreffenden Genossen, wenn der Krieg nicht gewesen wäre, nicht im Zuchthause und nicht im Gefängnisse gesessen hätten. Sie haben eigentlich nichts weiter getan, als den politischen Klassenkampf im Interesse des Proletariats geführt. Weil sie an exponierter Stelle standen, waren sie ja auch diejenigen, die zuerst hinter schwedische Gardinen gebracht wurden. Es werden in allen Bundesstaaten derartige Schutzhaftlinge und Zuchthäusler Entschädigungsansprüche stellen, und die einzelnen Bundesstaaten haben darüber, soweit sie in den Arbeiter- und Soldaten-Räten ihre Vertretung haben, bereits ihre Besprechungen gehabt. Es entzieht sich meiner Kenntnis allerdings, ich habe in den letzten acht Tagen wenig Zeitung lesen können, ob da positive Beschlüsse gefaßt worden sind. Ich bin ferner der Meinung, hat der Krieg 135 Milliarden dem deutschen Volke gekostet, dann sollte es um die paar Tausend Mark, die hier in Frage kommen für die, die ihre Gesundheit zu Markte getragen haben, auch nicht ankommen. Denn manch einer hat Rheumatismus bekommen; auch ich habe es in den ungeheizten und unliebsamen Räumen erhalten und nachher noch schwer darunter leiden müssen. Wie gesagt, ich muß pro domo reden, das ist unangenehm. Aber prüfen Sie von Ihrem Klassenstandpunkte aus, und denken Sie daran, je eher Sie diese Entschädigung den Genossen bewilligen, desto eher haben Sie die Gewähr, daß sie sie erhalten. Wir sind erst am Anfang der Revolution, und die Contrerevolution ist sehr eifrig am Werke, wie ich Ihnen nachher noch berichten werde. Sollte die Contrerevolution die Oberhand gewinnen, daß dann an eine Entschädigung von jener Seite aus nicht zu rechnen ist, ist selbstverständlich. Trotzdem will ich bemerken, daß in der letzten Reichstagssitzung Ansprüche eingereicht worden sind, daß diejenigen, die in Schutzhaft und Gefängnis gewesen sind, Entschädigungsansprüche an den Staat, der sie verhaftet hat, stellen. Nun ist leider, oder vielmehr nicht leider durch die entfachte Revolution der Reichstag ad acta gelegt worden und ist nicht dazu in der Lage gewesen, sonst hätte er Anfang Oktober oder November seine Sitzungen wieder aufgenommen und darüber beraten. Der Reichstag ist nun aber ad acta gelegt worden, und deswegen wenden sich die Genossen an die einzelnen Körperschaften, die jetzt hierzu kompetent sind. Also wählen Sie ruhig eine Kommission und prüfen Sie, und sind Sie der Ansicht, daß die Entschädigung gewährt werden muß, dann bewilligen Sie sie und wenn nicht, dann lehnen Sie sie ab. Wir werden nach wie vor dieselben bleiben, was wir waren, besitzlose Proletarier, auch dann, wenn wir 3—4000 ℳ erhalten. Es hat jeder seine eigene Wäsche gehabt, und die ist jetzt so ramponiert, daß man 26 ℳ für ein koddriges Hemd ausgeben muß, das ich in der vorigen Woche habe bezahlen müssen.

Herr Heibel: Ich habe nicht gesessen, aber das Gefühl, daß es recht peinlich sein muß für einen Menschen, der gesessen hat. Was er an seelischen Qualen gelitten hat, für das haben wir kein geeignetes Maß zu urteilen. Wir sind Laien darin, aber selbst ein Psychiatiker hat keinen Maßstab für das, was so ein Mensch leidet. Auch ich habe als Mehrheitssozialist dem Antrage zugestimmt als vorläufiger Mehrheitssozialist, weil ich jetzt noch außerhalb des Programms stehe. (Heiterkeit. Zurufe.) Ich habe mich neulich der sozialdemokratischen Partei angeschlossen aus dem einfachen Grunde, weil ich organisiert sein möchte. (Zurufe.) Ich muß bitten, Genosse Henke hat sehr oft die russische Republik angeführt; nun möchte ich wissen, wo ist der Maßstab zwischen Deutschland und Rußland? Da ist doch kein Vergleich zu ziehen! Auf dem letzten Schiffe, mit dem ich herkam, waren wir mit sieben Genossen zusammen, die 16mal von dem zaristischen Regime verschickt worden waren wegen ihrer politischen Gesinnung, das kann man doch nicht mit deutschen Verhältnissen vergleichen. Ich möchte die Genossen bitten, sich dem Antrage anzuschließen und die Entschädigung zu bewilligen. Und man soll den Genossen auch glauben. Wenn einer sagt, ich habe das an Kurkosten gebracht, dann bekommt er die Entschädigung, dann braucht das nicht einzeln durchgenommen zu werden. Wir überlassen das der Kommission, eventuell dem neuen Arbeiterrat, damit möglichst bald beschlossen wird.

Antrag auf Schluß der Debatte.

Herr Breitmeyer: Ich habe Schluß der Debatte beantragt und befürworte, den Antrag Ludewig an eine Kommission zu verweisen. Es ist peinlich, wenn jeder, der eine Geldforderung hat, einzeln daran kommt und sich herstellen muß, ob er das Geld verdient hat. Gleichzeitig möchte ich sagen, daß die Kommission, die heute gewählt wird, mindestens in der nächsten Sitzung die Sache fertig hat, ohne daß lange Wochen darüber vergehen. Darüber sind wir uns einig, daß die Genossen entschädigt werden müssen. Eine Ablehnung kommt gar nicht in Frage. Deshalb ersuche ich Sie, nehmen Sie den Antrag an.

Herr Starker: Ich bin nicht im Prinzip gegen den Antrag; ich hätte nur eine etwas klarere Fassung gewünscht. Ich bin der Meinung, daß in diesem Antrage zum Ausdruck kommt, daß der Bremer Staat verpflichtet ist, daß das Geld bezahlt wird, er kann es ja vom Reiche zurückfordern. Es ist sonst zu befürchten, daß ihre Entschädigung bei einer Gegenrevolution in Verlust kommt. Deshalb bin ich mit dem Antrage Breitmeyer einverstanden.

Der Schluß wird angenommen.

Herr Buchholz zur Richtigstellung: Ich möchte richtig stellen, daß ich keine 100 ℳ auf den Hansa-Lloydwerken gehabt habe. Jedenfalls aber verdiene ich jetzt viel weniger als vor meiner Verhaftung. Wenn Sie eine Kommission einsetzen, muß sie prüfen — — — (Stürmische Schlußrufe.)

Der Antrag Warnken-Ludewig wird angenommen.

### Wahl einer Kommission.

Herr Ludewig: Parteigenossen, um eine Objektivität in dieser Frage vornehmen zu können, schlage ich Ihnen vor, drei Genossen aus der kommunistischen, zwei aus der U. S. P. und zwei von der Mehrheitspartei zu wählen. Ich glaube, dann haben wir eine richtige Zusammensetzung, und diese Kommission wird dann aufs schnellste prüfen, inwieweit die Vorlage berechtigt ist oder nicht.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Die Mehrheitssozialisten haben heute eine wichtige Mitgliederversammlung. Ob welche da sind? (Zurufe: Jawohl!) Dann bitte ich die einzelnen Parteien, Vorschläge zu machen.

Herr Henke, zur Geschäftsordnung: Ich bin der Meinung, daß wir solchen Modus nicht einführen sollten. Wir wählen die Genossen, so wie sie sitzen und nicht nach Parteien, dann müßte erst nachgewiesen werden, welches die stärkste Partei ist, und warum drei Kommunisten? Und warum von den andern zwei? Ich bin der Meinung, Sie schlagen aus der Versammlung die Namen vor, und dann wählen wir.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Ich möchte sagen, daß jedem Genossen das Recht zusteht, Vorschläge zu machen.

Herr Ludewig: Ich habe es gut gemeint, weil die meisten Genossen, die eine Forderung gestellt haben, aus der kommunistischen Partei sind. Aus diesem Grunde habe ich für die kommunistische Partei drei vorgeschlagen; das darf mir keiner übel nehmen, weil ich festgehalten haben möchte an der vollen Objektivität.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Ich bitte um Vorschläge. (Zurufe)

Gewählt worden sind: (Wird verlesen.)

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Sind Sie mit den Vorschlägen einverstanden. (Es erhebt sich kein Widerspruch) Sind alle Vorgeschlagenen bereit, in die Kommission einzutreten? (Es erhebt sich kein Widerspruch.) Dann ist die Kommission gewählt.

Zu dem zweiten Punkt der Tagesordnung,

### Anerkennung des Beamtenrats,

möchte ich sagen daß der gewählte Beamtenrat beim Aktionsausschuß die Forderung gestellt hat auf Anerkennung des Beamtenrats zur Vertretung seiner Interessen und zur Mitwirkung bei Verbandsangelegenheiten. Er ersucht Sie um Anerkennung.

Dazu möchte ich mitteilen, daß der Aktionsausschuß darüber mit dem Beamtenrat verhandelt hat und daß der Aktionsausschuß der Forderung des Beamtenrats auf Anerkennung zustimmt. Wünscht dazu jemand das Wort?

Herr Knopp: Ich möchte fragen, welche Kategorien von Beamten da in Betracht kommen?

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Alle bremischen, Reichs- und preußischen Beamten (Zuruf: Auch die Rechtsanwälte?) Nein, die gehören zu den freien Berufen, die kommen nicht in Frage, auch die Privatangestellten nicht, sondern lediglich die staatlich angestellten Beamten, die sich zusammengetan und den Beamtenrat gebildet haben.

Herr Starker: Wenn auch der Aktionsausschuß dem Antrage stattgegeben hat, bin ich doch nicht in der Lage, ihn zu befürworten, aus dem einfachen Grunde: Der Arbeiterrat ist aus Poletariern zusammengesetzt, und wenn Beamte sich ebenfalls auf Grundlage der sozialistischen Republik organisieren, so habe ich nichts dagegen. Aber es muß festgestellt sein, daß die Beamten sich auf sozialistischer Grundlage als Beamtenverband organisiert haben. Wenn das der Fall ist, dann sollen sie ruhig die zehn Tage bis zur Wahl am 6. Januar noch warten, dann können sie ihre Kandidaten vorschlagen, und dann können ja vielleicht auch Beamte, die auf der Grundlage der sozialistischen Republik stehen, in den Arbeiterrat hineingewählt werden. Ich meine, das wäre das richtigste. Auf die zehn Tage oder auf die kurze Zeit bis zu den Wahlen kommt es doch wohl nicht an. Es wäre doch auch nicht von Bedeutung, daß sie im letzten Moment in den Arbeiterrat hineinkämen und dann vielleicht wieder draußen wären. Im Prinzip bin ich also dafür, daß der Beamtenrat anerkannt wird, sofern die Leute sozialistisch denken und fühlen und sich sozialistisch organisiert haben, aber

nicht, wenn es etwa bürgerliche Demokraten, vielleicht sogar Nationalliberale sind. Wenn sie aber auch sozialistisch sind, können sie doch die zehn Tage noch warten.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Genosse Starker ist nicht im Bilde; er weiß nicht, um was es sich handelt. Es handelt sich nicht darum, daß die Leute in den Arbeiterrat hinein wollen, sondern daß sie gegenüber ihren nächsten Vorgesetzten bei geschäftlichen und Verbandsangelegenheiten mit zu beraten und zu beschließen haben z. B. über Regelung des Arbeitsverhältnisses und weitere Forderungen der Angestellten. Ueber diese Fragen haben sie jetzt nicht mitzusprechen, sie wollen aber das Recht haben und darum die Anerkennung als Beamtenrat haben.

Herr Stockinger: Der Antrag, daß der Arbeiterrat den Beamtenrat anerkenne, ist lediglich gestellt, weil den Beamten von den zunächst vorgesetzten Behörden Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Wie es Arbeiterausschüsse gibt, so gibt es jetzt einen Beamtenrat, der über gewisse Fragen mit den zunächst vorgesetzten Behörden zu verhandeln hat, wobei die zunächst vorgesetzten Behörden ihn aber nicht anerkennen, nicht mit ihm verhandeln wollen. Aus diesem Grunde hat der Beamtenrat beantragt, daß der Arbeiterrat ihn anerkenne und bestätige; dann erst wird es möglich sein, daß er mit den zunächst vorgesetzten Behörden verhandelt. Die Beamten haben nicht die Absicht, hier im Arbeiterrat mitzuwählen, sondern lediglich, wenn auf der Tagesordnung des Arbeiterrats Gegenstände stehen, die sich hauptsächlich mit der Beamtenschaft beschäftigen, zugezogen zu werden als beratende Teilnehmer. Ich bitte Sie, dem Antrage zuzustimmen.

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Wünscht jemand gegen den Antrag auf Schluß zu sprechen?

Herr Kaiser: Durch die Ausführungen der Genossen Brodmerkel und Stockinger ist die Sache aufgeklärt.

Herr Meyer: Ich wollte nur die Erklärung abgeben, daß das, was wir verlangen, nur eine Selbstverständlichkeit ist, über die wir nicht weiter zu sprechen brauchen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Leute zuzulassen sind.

Herr Henke: Ich erlaube mir festzustellen, daß die Ausführungen des Genossen Meyer eine falsche Vorstellung erwecken können, indem er von einer Zulassung spricht. Es handelt sich nur darum, daß der Beamtenrat als solcher anerkannt wird, damit er von den Behörden in einzelnen Fragen gehört werde. Dagegen können wir nichts haben. Der Aktionsausschuß hat sich auch nicht mit der Zulassung des Beamtenrats zu unseren Versammlungen beschäftigt, sondern nur mit der Anerkennung des Beamtenrats.

Der Schluß wird angenommen.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Ich ersuche die Genossen, die die Forderung der Beamten, den Beamtenrat anzuerkennen, annehmen wollen, aufzustehen, — Gegenprobe. Ich konstatiere, die einstimmige Annahme.

### 3. Die Bürger-Zeitung als amtliches Organ des Arbeiter- und Soldatenrats.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Sie werden aus den Blättern wissen, daß der Soldatenrat beschlossen, die Bürger-Zeitung, die nunmehr in den Händen der U. S. P. ist, als Organ, als amtliches Organ des Soldatenrats anzuerkennen. Ich glaube, daß auch Sie damit einverstanden sind. Der Aktionsausschuß schlägt Ihnen vor, die Bremer Bürger-Zeitung als amtliches Organ des Arbeiter- und Soldatenrats anzukennen, so daß heute ein gemeinschaftlicher Beschluß herbeigeführt werde, daß die Bremer Bürger-Zeitung jetzt amtliches Organ des Arbeiter- und Soldatenrats ist. Wünscht dazu jemand das Wort: Das ist nicht der Fall. Ich bitte, diejenigen, die für den Antrag sind, aufzustehen, — Gegenprobe. Der Antrag ist gegen vier Stimmen angenommen.

### 4. Bericht vom Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte.

Herr Frasunkiewicz: Parteigenossen! Mit anderen Gefühlen — (Zuruf: Lauter!) Seien Sie ruhig, dann werden Sie mich verstehen! — als ich zum Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte hinreiste, bin ich zurückgekommen. Ich bin enttäuscht über das, was ich dort miterleben mußte, enttäuscht über die Physiognomie des ganzen Kongresses, enttäuscht über die Beschlüsse, die dort gefaßt wurden, enttäuscht über die Vertreter, die dort auf dem ersten Arbeiter- und Soldatenkongreß vertreten waren. Nach meiner politischen Anschauung gehörte der größte Teil der Vertreter auf dem Arbeiter- und Soldatenkongreß nicht in ein revolutionäres Volkstribunal, sondern in einen bürgerlichen oder patriotischen Kriegerverein. (Hört! Hört! Sehr richtig!) Es ist von meinem politischen Standpunkt aus bedauerlich, daß Delegierte von den Arbeiter- und Soldatenräten gewählt worden sind, die politisch so indifferent sind, daß sie sich in das Schlepptau der Sozialpatrioten, der Rechtssozialisten haben nehmen lassen.

Parteigenossen! Die Tagesordnung — — Ich werde, weil wir ja 5½ Tage getagt haben summarisch berichten. Denn wollte ich über die einzelnen Tagesordnungspunkte berichten, so müßten wir mehrere Versammlungen abhalten. Aber Sie haben aus der Presse teilweise erfahren, was auf dem Kongreß verhandelt wurde und wie die Beschlüsse dort ausgelaufen sind.

Die Tagesordnung des Kongresses lautete: 1. Bericht des Vollzugsrats, Referent: Richard Müller, 2. Bericht der Volksbeauftragten. Diese Sache wurde fallen gelassen. Es wurde die Tagesordnung nicht innegehalten. Gleich nach Eröffnung des Kongresses, nachdem das Präsidium gewählt war, wurde aus taktischen Gründen von den Sozialpatrioten, den Rechtssozialisten eine Aenderung der Tagesordnung vorgenommen. Während der Punkt „Vollzugs- oder Zentralräte" der an fünfter Stelle stand, gleich zu Anfang kam, wurde an die zweite Stelle der Tagesordnung gesetzt „Nationalversammlung oder Rätesystem," Referent: Cohen, Korreferent: Däumig. 3. Sozialisierung des Wirtschaftslebens, Referent: Hilferding, Korreferent: Rosa Luxemburg. 4. Friedensregelung und deren Einfluß auf den Neuaufbau der Republik, Referent: Ledebour.

Der erste Tagesordnungspunkt — — ich will nicht berichten, wie das Präsidium war, das haben Sie ja durch die Presse erfahren: der erste Punkt war „Bericht des Vollzugsrats," hat die größte Zeit des Kongresses in Anspruch genommen, und die Gegensätze sind auf dem Kongreß gerade bei diesem Tagesordnungspunkt scharf aufeinander geplatzt. Parteigenossen! Der Vorsitzende des Vollzugsrats Richard Müller hat nach meiner Meinung ganz richtig ausgeführt, daß die Arbeiter und Soldaten es waren, die das alte morsche System, den Polizei- und Militärstaat, gestürzt haben, Arbeiter und Soldaten waren es, die den Sieg errungen haben. Er sagte: Die Arbeiter und Soldaten haben es in der Hand, die sozialistische Republik zu errichten, um dort die Ausbeutung des Menschen durch Menschen zu beseitigen. Leider, so führte Richard Müller vom Vollzugsrat aus, hat der Rat der Volksbeauftragten, die Regierung, in der Ebert, Scheidemann, Landsberg, Haase und Dittmann vertreten sind, nicht auf dem Boden der Revolution gestanden, sondern sie sind die größten Gegner derjenigen, die im Rat des Vollzugsrat vertreten waren, und deshalb sind dort die Gegensätze zwischen diesen beiden Korporationen scharf aufeinander geplatzt. Parteigenossen! Nicht nur in Berichten der bürgerlichen Presse sind Schwindelnachrichten über den Vollzugsrat zu lesen, sondern auch das Regierungsblatt, der Vorwärts hat sich mit an der Verbreitung von solchen Schwindelnachrichten beteiligt. Es ist unter andern, wie Richard Müller ausführte, die Schwindelnachricht verbreitet, der Vollzugsrat hätte über 800 Millionen verpulvert, ohne in der Lage zu sein, nachzuweisen, wo das Geld geblieben sei. In der bürgerlichen Presse und von Seiten der Volksbeauftragten ist behauptet worden, daß in unverantwortlicher Weise mit dem Gelde gewirtschaftet sei. Nach meiner Anschauung ist es aber so, wie der Genosse Richard Müller berichtete: er hat nachweisen können, wo die Gelder geblieben sind, er hat spezialisiert aufgeführt: soviel ist für Drucksachen, soviel für andere, für die Revolution, und nicht ein Einziger konnte für das Gegenteil, soweit ich das beurteilen kann, den Beweis vorbringen. Genosse Herr Landsberg, der im Rat der Volksbeauftragten sitzt, wollte dem Vollzugsrat eins auswischen. Er hat das in der Weise gemacht, indem er im Plenum des Rätekongresses anführte, daß der Vollzugsrat soviel Stenotypisten und Kuriere angestellt hätte. Richard Müller und ein anderer Redner haben aber nachgewiesen, daß die Kuriere und die Stenotypisten, die vom Vollzugsrat angestellt sind, unbedingt notwendig sind, ja daß dieser sogar Entlassungen hat vornehmen müssen gegen den Willen der Volksbeauftragen, weil diese und jene Kräfte, die ihnen von Leuten der Volksbeauftragten geschickt waren, in den Ressorts nicht ihre Arbeiten zu tun vermochten. Der Gegensatz zwischen dem Vollzugsrat und dem Rat der Volksbeauftragten, der Regierung, ist erklärlich, weil nach Ansicht des Genossen Richard Müller diktatorischer Weise vorgegangen ist. So ist dort von dem Genossen Richard Müller erwähnt worden, daß die Truppenvereidigung nicht auf die sozialistische Republik vorgenommen ist, sondern die Truppenvereidigung, die dort im Auftrage des Genossen von der Regierung vorgenommen wurde, ist auf die deutsche Republik erfolgt. Es ist nach meiner politischen Anschauung ein großer Unterschied zwischen der deutschen Republik und der sozialistischen Republik (Sehr richtig!). Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Proletarier den Kampf in der Revolutionszeit nicht geführt, um die deutsche Republik zu errichten, sondern um die sozialistische Republik zu errichten. (Sehr richtig!) Wir wissen, daß Frankreich auch eine Republik ist, die französische Republik, die aber genau so wie monarchische Staaten Maschinengewehre für streikende Arbeiter gebraucht, genau so, wie bisher Preußen und Deutschland. Man sollte daher gerade in dieser Beziehung auf Worte Wert legen. Parteigenossen! Ich will auf die anderen Sachen, die Sie in der Presse gelesen haben, nicht eingehen, um Ihnen Zeit und Gelegenheit zu geben, zu diskutieren.

Parteigenossen! Es fand während der Tagung mittags 12 Uhr am ersten Tage, am Montag, eine große Riesendemonstration der Berliner Arbeiterschaft statt. Vor dem Abgeordnetenhause waren Tausende und Abertausende von Arbeitern erschienen. Wie groß die Zahl der demonstrierenden Arbeiter war, konnte man nicht zählen, es waren sehr viele Köpfe. Die Rote Fahne, die Zeitung Liebknechts und Rosa Luxemburgs, schreibt von 250 000 Arbeitern, die dort vor dem Abgeordnetenhause und in den umliegenden Straßen demonstriert haben, während die rechtssozialdemokratischen und die bürgerlichen Zeitungen die Zahl verkleinern und von 20—50—80 000 Arbeitern reden. Ich habe die Demonstration gesehen, kann die Teilnehmer allerdings nicht abschätzen. Diese Proletarier, die demonstriert haben, wurden nun von meinem politischen Standpunkt aus in einer so unverfrorenen, unverschämten Weise von Seiten der Delegierten des Kongresses behandelt (Pfui!), wie ich es nicht für möglich gehalten

hätte. Es waren auf dem Kongreß über 400 Delegierte. 89 Soldaten-Mandate wurden für ungültig erklärt, darunter auch leider drei Mandate des Bremer Soldatenrats, weil der Bremer Soldatenrat nicht richtig vorgegangen war. Nach der Bekanntmachung oder der Verordnung für die Wahlen zum Zentraltage sollten die Arbeiter- und Soldatenräte gemeinsam Delegierte wählen. Der Bremer Soldatenrat hätte sich mit dem Arbeiterrat Bremen in Verbindung setzen müssen, so daß der Soldatenrat und der Arbeiterrat je einen Delegierten zu wählen hatte. Als der Arbeiterrat am Freitag voriger Woche seine Delegierten wählte, hatte der Soldatenrat seine Delegierten schon zwei Tage vorher gewählt. So ist es leider gekommen, daß die drei Mandate der Soldatenvertreter Bremens für ungültig erklärt wurden. Wir aber konnten nicht anders. Es waren also über 400 Delegierte anwesend, darunter über 30 Offiziere, Offiziere in Uniform und in Zivil. Es sind da Ausführungen über die Demonstration der Berliner Arbeiter gemacht, die kein Arbeiter machen kann. Es sind Ausführungen gemacht von arbeitslosem Gesindel und solche Unverschämtheiten (Pfuirufe.) Danach ist es erklärlich, daß eine große Empörung im Saale entstand, als die Leute, als derartige reaktionäre und konservative Elemente im Zentralrat sein konnten und so etwas sagen konnten, ging es wie ein Sturmpeitschen durch den Kongreßsaal, so daß es nicht möglich war, die Verhandlungen so zu führen, wie es in einem Parlament sein sollte. Aber ich bin der letzte, der darüber richten will. Wir wissen, daß die Arbeiter keine formale Bildung haben. Die Arbeiter, die es ehrlich mit der Revolution meinen, die kennen den Klassenkampf im wahrsten Sinne des Wortes, die lassen sich hinreißen durch Zwischenrufe und Ausrufe, wenn die Arbeiter keine formale Bildung haben, weil sie nicht gewöhnt sind, sich auf Parkettboden zu bewegen, ist das mit den Regierungssozialisteu und den Gewerkschaftsbrüdern anders. Davon waren eine Unmenge von Gewerkschaftsbeamten dort versammelt, und als von der linken Seite, von den Unabhängigen und den Spartakusleuten ein Antrag gestellt wurde, da wurde ihr Temperament entfacht bei den Radaumachern, da schrien sie, wie die Wilden, so daß ich erstaunt war über die Leute, die doch über eine formale Bildung verfügten. Ich hatte das Unglück, zwischen einem Bayern und einem Badenser zu sitzen. Na, vor deren politischen Anschauungen möge uns der Himmel bewahren. Die sagten mir: Sie sind ja auch einer von den Spartakusleuten! Da sagte ich ihnen: Ich bin U. S. P. aber ich bewahre mir meinen Verstand, Sie schreien ja wie die Wölfe! Sie sollten doch soviel Bildung genossen haben, daß Sie sich in diesem Parlament wie gesittete Menschen betragen! Welche Forderungen haben die demonstrierenden Arbeiter denn aufgestellt? Sie verlangten: (wird verlesen.)

Parteigenossen! Das sind, von meinem politischen Standpunkt aus betrachtet, alles Forderungen, die wir auch in Bremen erhoben haben, Forderungen, die wir in Bremen mit Ausnahme der Rechtssozialdemokraten, der Sozialpatrioten, in allen Volksversammlungen, in allen Zusammenkünften erhoben haben, und die meines Erachtens auch unterstützt werden sollten und müßten im Interesse der sozialistischen Republik, die wir uns erst erkämpfen wollen.

Parteigenossen! Ich will Ihnen einen Zwischenfall erzählen: Ich ging aus dem Abgeordnetenhause, um die Stimmung unter den Demonstranten kennen zu lernen. Da war ein Delegierter, den ich für einen Offizier halte. Der ließ sich in einen Disput mit den Arbeitern und den Arbeiterfrauen ein. Wenn der nicht schnell ins Abgeordnetenhaus zurückgelaufen wäre, denn wäre er einmal richtig berlinisch behandelt worden. Er hat sich in unglaublicher Weise den Frauen gegenüber ausgesprochen, so daß ich geradezu empört darüber war. Ich wollte den Namen dieses Offiziers feststellen und wissen, zu welchem Korps er gehöre. Die ganze Hetze, die gegen den Vollzugsrat inszeniert wurde, hat es mit sich gebracht, daß die ganze bürgerliche Presse, die diese Hetze mitmachte, auch einen Teil der Arbeiter in dieser Beziehung verballhornte, so daß sie nicht wußten, was für Delegierte sie zu wählen hatten. Richard Müller hat erklärt in seinem Bericht: Sie haben einen Fehler gemacht, und das ist, daß Sie nicht sofort zwei oder drei Tage nach Ausbruch der Revolution den Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte einberufen haben. (Sehr richtig!) Hätten Sie gleich nach Ausbruch der Revolution den Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte einberufen, dann hätten die bürgerlichen Demagogen mit Hilfe der Rechtssozialisten, der Sozialpatrioten, wie sie es nach fünf Wochen getan hatten, die Arbeiter in dieser Beziehung zu nasführen und so die Wahlresolution zustande zu bringen.

Parteigenossen! Wir wissen ganz genau, daß die Arbeiter, die zur U. S. P. oder zu den Linksradikalen gehören, in Deutschland sehr wenig Gelegenheit haben, Zeitungen herauszugeben. Für Bremen haben Sie ja eben beschlossen, von heute ab eine Zeitung der U. S. P. herauszugeben. Genau so wie es in Bremen der Fall ist, ist es in sehr vielen Städten mit Ausnahme Sachsens der Fall. Dadurch ist es erklärlich, daß die Gewerkschaftsbureaukratie, die Gewerkschaftsbeamten, die Krankenkassenbeamten, die gewissermaßen Redner im wahrsten Sinne des Wortes sind, Gelegenheit haben, überall zu reden, überall einzuschlüpfen, überall ihre demagogischen Künste spielen zu lassen. Ihnen ist es gelungen, Mandate zu ergattern für den Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte. Betrübend war es für mich und meine Freunde als Delegierte, die wir auf dem Boden der U. S. P. oder des Kommunismus stehen, daß man durch einen Beschluß es unmöglich machte, daß die Genossen Liebknecht und Rosa Luxemburg als Gäste mit beratender Stimme an dem Kongreß teilnahmen. Es war ein Antrag ein-

gelaufen, daß Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die doch die geistigen Träger der Revolution sind, zum Kongreß einzuladen seien. Man mag über ihre politische Tendenz denken wie man will — ich von meinem politischen Standpunkt aus unterschreibe auch nicht alles, was sie in der Hitze des Gefechts getan haben, — man hätte sie aber doch, weil sie auf dem Boden der Revolution stehen, auf dem Boden des klassen- und zielbewußten Proletariats, und nur das eine Ziel im Auge haben, diese Revolution in rein sozialistische Bahnen zu lenken, damit die sozialistische Revolution fest und sicher verankert werde, zulassen sollen. Man hätte sie mit beratender Stimme teilnehmen lassen sollen am Kongreß, zumal ja die Genossin Rosa Luxemburg als Korreferentin vorgesehen war zu dem Punkte der Tagesordnung: Die Sozialisierung des wirtschaftlichen Lebens. Die Genossin Rosa Luxemburg hat aber verzichtet auf das Korreferat, weil sie auf dem Standpunkt stand: bevor die Frage der Nationalversammlung geregelt ist, soll nicht erst der Punkt: Sozialisierung des Wirtschaftslebens behandelt werden. Aber die Einberufer des Kongresses, soweit sie zu den Volksbeauftragten gehören, die die Macht in der Regierung bilden, und die diktatorisch vorgehen, die haben sich nicht darauf eingelassen, und infolgedessen hat die Genossin Rosa Luxemburg konsequenterweise auf ihr Korreferat verzichtet, weil sie sich sagte: Ist die Nationalversammlung vorher beschlossen, dann hat es ja keinen Zweck mehr, über die Sozialisierung des Wirtschaftslebens zu reden, denn die Nationalversammlung wird eine Physiognomie erhalten, die kaum etwas anders sein wird, als der alte Reichstag, es werden da dieselben Schlot- und Krautbarone drin sitzen. Die Nationalversammlung wird kein revolutionäres Parlament sein und sein wollen aus dem einfachen Grunde, weil jetzt jeder Schlot- und Krautbaron nach der Nationalversammlung schreit.

Parteigenossen! Die Volksbeauftragten, die Vertreter der Regierung, suchten dann die Angriffe, die der Vollzugsrat gegen die Regierung gerichtet hatte, zu entkräften. Richard Müller hat ausgeführt, daß der Rat der Volksbeauftragten den Vollzugsrat erst verhindert hat, die geheime Wahl vorzunehmen, damit er in der Lage sei, alle diejenigen festzustellen, die auf dem Boden der Contrerevolution stehen. (Hört! Hört!) Die Regierung Ebert—Scheidemann hat dies verhindert. Es ist ferner festgestellt worden von dem Genossen Müller, daß der neue Putsch, der am 6. Dezember in Berlin stattfand — am vorigen Sonnabend sind erst die Toten beerdigt, die 14 Tage lang standen, weil noch verschiedene Argumente vorlagen gegen die Beerdigung — von rechter Seite inszeniert worden ist, und daß die Regierung Ebert—Scheidemann nicht unschuldig an diesem Putsch ist. (Pfuirufe.) Die Erwiderung des Genossen Ebert auf diese Beschuldigung war so lendenlahm, daß ich mir sagen mußte: Es ist sehr vieles wohl wahr daran, was der Ankläger Richard Müller hier vorgebracht hat.

Parteigenossen! Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte hat nicht das gebracht, was wir vielleicht alle gewünscht haben. Er hat durch die eigenartige Zusammensetzung, die dort vorhanden war, das Gegenteil von dem erzeugt, was er eigentlich erzeugen sollte. Er war der Totengräber des Arbeiter- und Soldatenräte-Systems. Die Delegierten, die aus den Arbeiter- und Soldatenräten der Provinz gewählt worden sind, sind als Totengräber dieses Systems hingekommen und haben selbst ihre Hand dazu gegeben, dieses System tot zu machen und zu beerdigen. Ich sage aber: Tot ist das System der Arbeiter- und Soldatenräte trotz des Rates der Volksbeauftragten, trotz der Regierungssozialisten, trotz der ganzen bürgerlichen Gesellschaft nicht, es ist nur scheintot. Ich bin der Meinung, daß die Arbeiter- und Soldatenräte in den größeren Städten Deutschlands, die eine politische Schulung erfahren haben, sich nicht das wegnehmen lassen werden, was sie unter Gut- und Blutopfern erkämpft haben, durch irgend einen derartigen reaktionären Beschluß, denn würden sie das tun, dann würden sie bald eine sehr trübe Erfahrung machen, sie würden das Gegenteil von dem erleben, was sie eigentlich wollten, nämlich, die sozialistische Republik mit Hilfe der Arbeiter- und Soldatenräte zu errichten.

Parteigenossen! Am zweiten Tage fand auch eine Demonstration statt und zwar eine Demonstration von seiten der Vertreter der Berliner Garnison. Die Delegierten waren empört darüber, daß die einzelnen Vertreter der Berliner Garnison mit Schildern in den Saal einmarschieren wollten, um dort vor dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte ihre Forderungen zu stellen. Die Rechtssozialisten haben den Ruf ertönen lassen, als die Vertreter der Soldatenräte die Forderungen vortragen wollten: Wir verlassen alle den Kongreßsaal! Parteigenossen! Es sind vielleicht 100 bis 150 Mehrheitssozialisten und bürgerliche Demokraten aus dem Kongreßsaal hinausgegangen. Sie kamen nachher aber wieder herein. (Heiterkeit!) Und was für Forderungen haben denn die Vertreter der Linken der Berliner Soldaten gestellt? Sie forderten: (wird verlesen).

Parteigenossen! Das sind meines Erachtens doch Forderungen, die man, wenn man die Revolution sichern und die sozialistische Republik errichten will, doch unterstützen sollte. Ich möchte bemerken, daß die Garde, die der Wels in Berlin bekommen hat, selbst sich mit an dieser Demonstration beteiligt hat. Der Sprecher der Soldaten verlangte, daß man sofort über diese Forderungen der Soldaten beraten und beschließen sollte; sie wollten solange dort bleiben. Da hat der Leiter des Kongresses, Leinert aus Hannover, gesagt: Das geht nicht, da könnte ja jeder kommen und hier Forderungen stellen. Gestern waren die

Arbeiter hier, heute kommen Sie her, morgen kommen noch andere Delegationen. Ja, wenn nun vielleicht auch noch die Eisenbahner kommen, dann wird ja der Verkehr stillgelegt, und die Delegierten kommen dann nicht nach Hause! usw. usw. In dieser Weise hat Leinert, der Präsident des Kongresses, die Ablehnung sofortiger Beschlußfassung über die Forderungen der Berliner Soldaten begründet, und da die Mehrheitssozialisten mit den bürgerlichen Demokraten in der Mehrheit waren, wurde dem Wunsche des Herrn Leinert Rechnung getragen, und die Soldaten mußten wieder abziehen. Es hat nachher Leinert einen Antrag eingebracht, daß das Abgeordnetenhaus gut besetzt wird, damit keine Delegationen mehr diese behäbige bürgerliche Vertretung in ihren Verhandlungen stören. Es sind in einer Anzahl Fraktionen Kommissionen gewählt worden, die dann mit den Vertretern der Arbeiter verhandeln sollten.

Parteigenossen! Auch dieses Ereignis hat eine sehr große Unruhe im Kongreß verursacht, so daß teilweise die Verhandlungen haben ausgesetzt werden müssen. Es ist bedauerlich, daß es soweit gekommen ist. Ich bin der Meinung: hätte der Präsident einfach über die Forderungen — die man von meinem politischen Standpunkt aus unterstützen kann, er steht ja allerdings mit den Mehrheitssozialisten auf einem andern Standpunkt — hätte er in geschickter Weise über die Forderungen verhandeln lassen, dann wäre der Unmut dort nicht entstanden.

Parteigenossen! Es ist — ich berichte summarisch — dann nach einer reichhaltigen Diskussion (die Diskussion erfolgte auf Vorschlag Leinerts so, daß jeder, der reden wollte, sich bei der Fraktion zu melden hatte und dann die Fraktion die Wortmeldung weitergab, so daß von jeder Fraktion immer nur einer sprechen konnte) ein Antrag Lüdemann und Genossen eingebracht worden. Bekanntlich sind Lüdemann und Severing Gewerkschaftsbeamte. Der Antrag lautet: (wird verlesen).

Ich habe schon betont, daß der Punkt 2 der Tagesordnung „Nationalversammlung oder Rätesystem" zurückgestellt wurde und als Punkt 2 „Wahl des Vollzugsrats der Republik oder des Zentralrats" gesetzt wurde. Die Vertreter der U. S. P. — es sind vielleicht 120 dort vertreten gewesen — haben, weil dieser Antrag Lüdemann am Mittwoch ohne Diskussion angenommen worden war, infolge der Regiekünste des Präsidenten Leinert sich gezwungen gesehen, demonstrativ den Kongreß zu verlassen. Trotzdem die Vertreter der U. S. P. — 150 an der Zahl — den Kongreß demonstrativ verlassen haben, hätte doch logischerweise der Präsident den Kongreß solange vertagen müssen, bis die Fraktion der U. S. P. Stellung genommen hätte zu dem Antrage Leinert. Man hat aber ruhig weiter getagt und sich um weiter nichts gekümmert, weil man das, was man auf Seiten der Rechtssozialisten auf dem Kongreß durchsetzen wollte, einfach mit brutaler Gewalt durchgesetzt hat. Das hat natürlich die Gemüter auf dem Kongreß wiederum sehr erregt. Das ist erklärlich und verständlich. Ueber die Nationalversammlung hat dann der Referent Cohen berichtet. Er hat nun nichts neues gesagt. Alle die Argumente, die wir hier in den bürgerlichen Casinoversammlungen, in den Beamtenversammlungen usw. gehört haben, die hat auch er zum Ausdruck gebracht. Er hat u. a. gesagt, er stände auf dem Standpunkt wie Ebert, der als Vertreter der Volksbeauftragten hierauf auch das Wort nahm: Erhalten wir die Nationalversammlung möglichst schnell, dann haben wir Frieden, Freiheit und Brot! Das ist natürlich ein bekanntes Zugmittel: Frieden, Freiheit und Brot! Hunger haben ja viele tausend Arbeiter in Deutschland. Und man hat darum auf dem Kongreß beschlossen, die Nationalversammlung nicht, wie es vorgesehen war, im Februar, sondern schon am 19. Januar nächsten Jahres wählen zu lassen. Ein ungeheurer Beifall bei den Mehrheitssozialisten wurde dort laut, als die Nationalversammlung mit großer Mehrheit auf den 19. Januar festgesetzt wurde. Man freute sich des Sieges, den dort jene Elemente erreicht haben, die größtenteils mit zu den Contrerevolutionären gehören.

Genosse Däumig als Korreferent zu diesem Tagesordnungspunkt — denn der lautete: Nationalversammlung oder Rätesystem? — hatte selbstverständlich einen sehr schweren Stand. Es war ihm nicht möglich, und hätte er mit Engelszungen geredet, vor diesen Leuten, die da auf dem Kongreß vertreten waren, mit seinen logischen Argumenten durchzudringen, daß das Rätesystem die einzige gesunde Vertretung des Proletariats sei. Man hat sich während seines Vortrages auf Seiten der Mehrheitssozialisten unterhalten, man wollte gar nicht hören, was Däumig in so klarer, vernünftiger Weise begründete. Man hat ihn einfach sabotiert.

Parteigenossen! Nichts ist beständiger als der Wechsel. Es findet immerfort ein Wechsel statt. Wir haben seit Ausbruch der Revolution die Tatsache zu verzeichnen, daß von den U. S. P. verschiedene nach rechts hinüber geschwenkt sind und verschiedene von den Mehrheitssozialisten nach links. Also es findet ein fortwährender Wechsel unter den politischen Faktoren statt, so daß manch einer dadurch irregeleitet wird. Genosse Däumig steht natürlich auf dem Standpunkt des linken Flügels der U. S. P. und hat dem entsprechend das Rätesystem befürwortet und begründet in einer so klaren und deutlichen Form, daß ich und meine politischen Freunde auf dem Standpunkt des Rätesystems stehen und dieses als die glücklichste Form des Proletariats anerkennen.

Parteigenossen! Es ist beschlossen worden, daß der Vortrag des Genossen Cohen über die Nationalversammlung im Druck erscheinen soll. Sie werden dann Gelegenheit haben, seine Ausführungen zu lesen, und werden dann auf Grund Ihrer politischen Erkenntnis

das begründet finden, was ich heute vor Ihnen über die Ausführungen des Genossen Cohen sagte.

Parteigenossen! Man hat dann, als die Hauptpunkte erledigt waren, als unsere Genossen aus der Fraktion der U. S. P. sahen, daß man es hier mit einer Bewegung zu tun hatte, die alles niederzutrampeln und niederzustimmen versuchte, was da an Gründen vorgebracht wurde, unserseits in einer Sitzung beschlossen, uns an den Wahlen zum Zentralrat nicht zu beteiligen. (Bravo.) Wir haben gesagt, daß dadurch den sechs Männern in der Regierung eine so große Gewalt in die Hand gegeben würde, daß sie dem Proletariat gegenüber in jeder Weise die Diktatur auszuüben in der Lage waren, und daß dem Zentralrat nur eine parlamentarische Ueberwachung zugeordnet werden sollte, und wir haben entsprechende Abänderungsanträge gestellt, die man aber einfach niedergestimmt hat. Wir waren dann in der Fraktionssitzung einstimmig der Anschauung, daß wir für den Zentralrat niemanden in Vorschlag brächten. Für den Vollzugsrat war man einig zu ernennen Richard Müller, Ledebour, Däumig, alles U. S. P.-Politiker. In einer Fraktionssitzung, die zwei Tage vorher stattfand, hatten wir beschlossen, Vertreter in den jetzt neu zu bildenden Zentralrat zu wählen. Damals hatten wir von dem Antrag Lüdemann noch keine Kenntnis. Als Lüdemann diesen Antrag mit einer gewissen Ueberrumpelung einbrachte, haben wir in der folgenden Fraktionssitzung das Gegenteil beschlossen. Haase, der ja auch in der Regierung sitzt, stand leider auf einem andern Standpunkt und meinte, man müßte weiter die parlamentarische Kontrolle darüber haben. Aber es ist von den andern Rednern bewiesen worden, daß es doch nur Marionetten im Zentralrat wären auf Grund der praktischen Erfahrungen, die gemacht worden seien, da wir wohl etwas zu sagen, aber nichts zu bestimmen haben. In unserer Fraktionssitzung ist noch beschlossen worden, daß die Politik der sechs Volksbeauftragten in der Weise weitergeführt würde, daß auch Genosse Haase, Dittmann und die andern Genossen aus dem Rat der Volksbeauftragten auszuscheiden hätten. Es wird ja nicht besser werden, auch mögen die Herren Ebert und Scheidemann jetzt eine andere Politik belieben oder möge in dem alten Fahrwasser weiter politisiert werden.

Genossen! Ein Antrag, den Grenzschutz abzuschaffen, hat auch eine sehr scharfe Debatte hervorgerufen. Bekanntlich haben wir noch viele militärische Formationen, die dazu verwendet werden, den Grenzschutz zu sichern. Wir Vertreter der U. S. P. stehen auf einem entgegengesetzten Standpunkt, wir sagen: der Grenzschutz ist praktisch nichts weiter als eine Gefährdung der Revolution, ein Sammelbecken für alle gegenrevolutionären Elemente. Denn jene Offiziere, die die Soldaten an den Grenzen heute noch kommandieren, die werden dann leicht bei den Mannschaften, die politisch nicht aufgeklärt sind, starken Einfluß gewinnen. Das wäre also die weiße Garde gegen die Revolution. Ein Hauptmann Steinhardt, der auf dem Kongreß vertreten war, hat sich ganz besonders für den Grenzschutz ausgesprochen. Von den Vertretern der U. S. P. ist erwidert worden, daß, wenn an dem Grenzschutz festgehalten würde, die Entente leicht Gelegenheit haben würde, einzumarschieren, und schon aus dem Grunde sollte man den Grenzschutz nur soweit aufrecht erhalten, als es sich vielleicht um die Demobilisierung handelt, um vielleicht noch das wertvolle Material von Eisenbahnen usw. ins Land zu bringen.

Parteigenossen! Es ist ferner festgestellt worden, daß die Contrerevolutionäre eifrig an der Arbeit sind. Ich will noch erwähnen, was ich am Eingang über den Bericht der Volksbeauftragten vergessen hatte, daß Vertreter der Volksbeauftragten ein paar Offiziere verhaften lassen wollten, weil sie contrerevolutionärer Bestrebungen verdächtig waren, wenn der Beweis dafür erbracht würde. Der Vollzugsrat, worin auch Regierungssozialisten sitzen, haben auch dies verhindert. Also, Parteigenossen, das läßt meines Erachtens tief blicken. Hauptmann Steinhardt aus Kassel stellte weiter den Antrag, daß ein Kandidat für den Präsidentschaftsposten in Deutschland zu bestimmen sei, und zwar schlug er Ebert und Dr. Preuß vor. Er begründete das damit, daß am 29. Dezember das Volk durch Abstimmung entscheiden solle, wer Präsident werden solle. Dieser Präsident, so begründete Hauptmann Steinhardt seinen Antrag, sollte verpflichtet werden, ein Kabinett von zehn Mitgliedern zu ernennen, in denen besonders die Führer der heutigen sozialistischen Revolution vertreten sein sollten. Ferner sollte das Kabinett nur die Arbeiter- und Soldatenräte anerkennen, die nach den Weisungen des Kabinetts verfahren, also à la Ebert handeln. Wähle die Nationalversammlung einen andern Präsident, so sollte dieser, der bis zum 29. Dezember gewählt sei, zurücktreten. Also anstatt eine Diktatur des Proletariats zu errichten, hat man sich, wie man sieht, zusammengeworfen für eine Diktatur Ebert, wo die Massen ausgeschaltet werden sollten, der allein die Macht und das Handeln gegeben werden sollte. Parteigenossen! Dieser Antrag ist — erfreulicherweise sage ich — nicht angenommen, und es ist gut so. Nach den Anschauungen der Sachverständigen, also nach den Anschauungen des Vollzugsrats wird schon jetzt nach fünf Wochen Revolution die Diktatur nicht im Interesse des Proletariats, sondern im Interesse der Demokratie ausgeübt. Der 19. Dezember war der schwarze Tag des Kongresses. Am 19. Dezember hat man den Volksbeauftragten die Diktatur überwiesen, und deswegen ist der 19. Dezember der Totengräber der proletarischen Revolution. Von meinem Standpunkt aus betrachtet, hat man die Arbeiter- und Soldatenräte unter die Diktatur der sechs Männer in der Regierung gestellt. Ich stehe

persönlich auf dem Standpunkt, wenn auch die Nationalversammlung für den 19. Januar beschlossen ist, werden auch dann die Arbeiter- und Soldatenräte unter Diktatur der Volksbeauftragten stehen und daß dann diese sechs Volksbeauftragten eine Verordnung herausgeben werden, daß die Arbeiter- und Soldatenräte nach der Nationalversammlung sich auflösen sollen. Da bin ich der Meinung, daß die Proletarier Deutschlands, soweit sie politisch geschult und gebildet sind, dieser Verordnung nicht folgen werden. (Sehr richtig!) Auch die Soldatenräte werden nach meiner Meinung nicht für diese Diktatur sein, denn sie würden ja sich selbst das Genick umdrehen. Ich bin der Meinung, so schwarz der Tag war, daß wir doch noch das Vertrauen haben können, daß die Proletarier mit den Totengräbern der Revolution nicht solidarisch sein wollen, die auf dem Kongreß vertreten waren.

Parteigenossen! Die Sozialisierung des Wirtschaftslebens hat Genosse Hilferding behandelt. Ich habe vorhin bemerkt, daß dieser zweite Tagesordnungspunkt von den Mehrheitssozialisten eigentlich abgesetzt werden sollte. Man wollte dieses Thema nicht behandeln, die Sozialiesirung des Wirtschaftslebens und die Friedensregelung und deren Einfluß auf den neuen Aufbau der Republik. Man hat vier Tage getagt, einen Zentralrat gewählt und nach den Wünschen der Mehrheit eine Diktatur Scheidemann errichtet. Der Mohr hatte seine Schuldigkeit getan, er konnte nun gehen. Aber diejenigen Delegierten, die auf dem Boden der Opposition standen, haben richtiger gehandelt und einen Strich durch die Rechnung gemacht, sie haben die Versammlung gezwungen, noch auf die Tagesordnung die Sozialisierung des Wirtschaftslebens zu setzen. Es ist ihnen schwer gefallen, aber es war der einzige Weg. Hilferding, wenn er auch den Unabhängigen angehört, hat die Frage der Sozialisierung des Wirtschaftslebens nicht so behandelt, wie ich es eigentlich erwartet hätte. Ich will nur ein paar Andeutungen darüber machen. Er steht auf dem Standpunkt, daß, wenn eine Sozialisierung der Betriebe vorgenommen wird, ein Zusammenbruch auf wirtschaftlichem Gebiet erfolgen müsse, ferner auf dem Standpunkt, daß man den Soldaten, die im Kriege verwundet worden sind, wenn sie Lust dazu haben, Gelegenheit geben soll, auf dem Lande, vielleicht im Kleinparzellenwesen zu arbeiten. Parteigenossen, als Oekonomiker stehe ich auf dem Standpunkt, daß wir nicht Dezentralisierung, sondern Zentralisierung der landwirtschaftlichen Produktion vornehmen sollen, damit aus dem Lande mehr herausgeholt werde, aus den einzelnen Provinzen und Ländern, da es notwendig ist, daß die Landwirtschaft durch die Bevölkerung möglichst rationell betrieben wird. Ich habe mich gewundert, daß Hilferding, der ein Oekonomiker erster Klasse sein soll, dies in den Vordergrund seiner Betrachtungen gestellt hat. Er ist nachher von verschiedenen Diskussionsrednern widerlegt worden. Hilferding steht auf dem Standpunkt, daß die Betriebe, die reif zur Sozialisierung sind, sozialisiert werden sollen. Als nicht zur Sozialisierung reif rechnet er die kleinen und mittleren Betriebe, wohl aber den Großlatifundienbesitz, den Großgrundbesitz, während die Bergwerke zu gegebener Zeit sozialisiert werden sollten. Er wurde dann von Unabhängigen angegriffen, und gerade Barth als einer der Volksbeauftragten hat in der Diskussion hervorgehoben, daß gerade im Ruhrgebiet die Bergarbeiter sehr oft gestreikt haben und noch streiken, daß sie Lohnforderungen stellen, welche die Grubenbesitzer nicht bewilligen wollen und vielleicht auch nicht können. Er stände auf dem Standpunkt, daß er sagte: Hätte die Regierung in der Zeit vor der Revolution die Sozialisierung der Bergwerksbetriebe, die reif für die Sozialisierung sind, vorgenommen, denn wäre mancher Streik nicht entstanden. So sagten sich die Bergarbeiter, die immer mit ihren Lohnforderungen abgewiesen sind, einfach: Ja, wie ist denn das? Wir haben die politische Macht erobert, aber der Kapitalismus lebt nach wie vor, und wenn wir Lohnforderungen haben, sollen wir zurückstehen zu Gunsten der Kapitalisten? Das sehen wir nicht ein. Es ist dann in Versammlungen versucht, den streikenden Bergarbeitern begreiflich zu machen, daß es notwendig ist, die Arbeit wieder aufzunehmen, weil Kohlenmangel herrscht und weil wir besonders auch Kohlen zur Herstellung von Waren gebrauchen, um solche ausführen zu können, aber gegen diese Verhaltungen wurde immer gesagt: Wir sind nicht dazu in der Lage; hätte die Regierung die Sozialisierung der Bergwerke vorgenommen, dann würden wir mit uns reden lassen, aber jetzt zu Gunsten einzelner Besitzer, großer Millionenunternehmer von den Lohnforderungen Abstand zu nehmen, das sehen wir nicht ein. Deshalb trat Barth für sofortige Sozialisierung der Bergwerksbetriebe, die dafür reif sind, ein. Nun mußten die Rechtssozialisten unter allen Umständen den Antrag von Barth annehmen, wenigstens wurde der Antrag zur Sozialisierung der Bergwerkbetriebe dem Rat der Volksbeauftragten zur Berücksichtigung überwiesen. Die Meinung, Diskussion stellte fest, daß sich die Gewerkschaftsführer im Ruhrgebiet um die Sachen, um die Streiks der Bergarbeiter nicht genügend bekümmern. Das wurde ganz besonders unterstrichen. Der Antrag der Unabhängigen, sofort die Sozialisierung der Bergwerksbetriebe vorzunehmen, wurde abgelehnt, aber es wurde wenigstens der Antrag angenommen, die Sozialisierung der Bergwerkbetriebe, die für eine Sozialisierung reif sind, sofort vorzunehmen, wenn nicht das gesamte Wirtschaftsleben Deutschlands dadurch gefährdet würde. Die Korreferentin Rosa Luxemburg verzichtete.

Es wurde noch ein Antrag angenommen, den ich verlesen will, weil er eine große Bedeutung hat. Er lautet:

> Die oberste Kommandogewalt über das Heer und die Marine und die Schutztruppen (wird verlesen.)

Parteigenossen! Der Antrag ist wichtig, soweit der Soldatenrat in Frage kommt. Leider ist die oberste Kommandogewalt den Volksbeauftragten zugesprochen, aber unter Kontrolle des Vollzugsrats. Es liegt nun an den Soldatenräten sich soviel Selbständigkeit zu bewahren, als sie es im Interesse der Sicherung der Revolution für nötig halten.

Ich will nicht die Fülle von Anträgen, die noch eingereicht sind und teils abgelehnt, teilweise angenommen wurden, vortragen, sondern zum Schluß nur bemerken, daß ein Antrag so recht das ganze Gesicht des Kongresses charakterisiert, nämlich ein Antrag von einem Soldatenrat in irgend einem Orte — ich habe vergessen, den Ort aufzuschreiben und noch nicht Zeit gefunden, das in der Presse nachzulesen. Der Antrag ging dahin, Karl Liebknecht zu verhaften (Hört! Hört! Pfui!) wegen seiner Tätigkeit für die Revolution. Der Antrag ist ja nicht verhandelt worden, aber daß der Präsident Leinert diesen Antrag überhaupt dem Kongreß unterbreitet hat, daß er den Antrag überhaupt bekannt gegeben hat, das charakterisiert so ganz die Physiognomie des Kongresses. Erfreulicherweise ist darüber nicht abgestimmt. Aber ich bin der Meinung: wäer der Antrag angenommen, so wäre ein Sturm der Entrüstung über ganz Deutschland, über die Proletariermassen dahingegangen, wenn sie erfahren hätten, daß der Kongreß einen derartigen Antrag angenommen hätte. Aber Leinert hat ihn nicht zur Abstimmung gebracht, er hat es infolge seiner Regie verstanden, den Antrag nur den Delegierten bekannt zu geben.

Parteigenossen! Ich habe Ihnen einen mageren Bericht gegeben, aber versucht, von allem etwas zu geben. Sollten Sie noch Auskunft wünschen, so bin ich und Kollege Mantei gern bereit, dem nachzukommen. (Beifall.)

Herr Rietschel: Ich wollte nur wenig bemerken und muß sagen, daß der Genosse Frasunkiewicz einen ziemlich objektiven Bericht gegeben hat. Daß die Wahl der Delegierten des Bremer Soldatenrats für ungültig erklärt wurde, darüber sind wir selbst nicht traurig. Die Ungültigkeitserklärung erfolgte erst am vierten Tage der Verhandlungen, und bis dato waren wir berechtigte Mitglieder. Für uns als Soldatenrat kommen besonders einzelne wichtige Beschlüsse in Frage, die für die Revolution von Bedeutung sind, besonders die Annahme der sieben Hamburger Punkte. Sehr erfreulich blickten wir Soldaten auf die Demonstrationen, die vorgenommen wurden, denn nur unter ihrem Druck hat die Regierung unter der Regie Eberts und Haases den Forderungen der Soldaten stattgegeben, die aus den Kommissionsverhandlungen am anderen Tage dem Plenum vorgelegt und einstimmig angenommen wurden. Nun aber kommt der Pferdefuß. Die Volksbeauftragten telegraphieren heute, daß dieser Beschluß keine Gesetzeskraft erlangt habe, und zwar wohl darum, weil das System Hindenburg noch immer eine Hauptrolle spielt: Hindenburg und Gröner sind in Berlin gewesen und werden die Volksbeauftragten so bearbeitet haben, daß diese sieben Punkte nicht zur Durchführung kommen. Dies ist der Ausdruck des Dankes dafür, daß wir den Volksbeauftragten in einer höchst kritischen Stunde zur Seite gestanden haben, und gleichzeitig eine Warnung für uns, da es uns zeigt, was wir von der Nationalversammlung zu erwarten haben, wenn man heute, wo die Revolution noch in unseren Händen liegt, derartige Sachen schon unternimmt.

Des weiteren möchte ich bekannt geben, daß die Soldaten der Garnison Bremen gestern folgende Resolution einstimmig angenommen haben:

> Die Versammlung der Garnison Bremen nimmt Kenntnis von der schon am 19. Januar stattfindenden Wahl zur Nationalversammlung. Die Versammelten stehen nach wie vor auf dem Standpunkt der sozialistischen Republik und versprechen, mit allen Mitteln dahin zu arbeiten, daß dieselbe verwirklicht wird. Den vom Rätekongreß angenommenen Beschluß, daß die Nationalversammlung über das Fortbestehen der Arbeiter- und Soldatenräte entscheiden soll, erkennen wir nicht an, sondern erklären, unbedingt an dem Rätesystem festzuhalten, welche auf parlamentarisch-demokratischer Grundlage aufgebaut werden sollen und als Kontrollinstanzen mit Vetorecht zu gelten haben.

Das ist die Stellung unsererseits dazu.

Im allgemeinen ist dem Bericht des Genossen Frasunkiewicz nicht viel nachzutragen. In der Versammlung waren viele Soldaten, schätzungsweise 180 von allen Fronten, und jeder trat auf unter der Devise. „Wir von der Westfront!" „Wir von der Ostfront!" „Wir von der Südostfront!" Dazu eine große Zahl von Offizieren. Eine bunt zusammengewürfelte Schar hatte sich zusammengefunden, die sich aber in ihren Aeußerungen nicht klar war, es gab andauernd Auseinandersetzungen. Die Soldaten waren nicht imstande, haben nicht verstanden, eine geregelte Geschäftsführung durchzusetzen, und Anträge wurden gestellt und Beschlüsse gefaßt so kunterbunt, daß man den Kopf schüttelte, wie es möglich ist, daß derartige Leute delegiert wurden, die nicht das nötige politische Verständnis haben. Und gerade die Soldatenräte übten dort eine große Gewalt aus. Es ist ein Unglück, daß solche Beschlüsse herbeigeführt worden sind.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Wünscht noch jemand das Wort? — Das ist nicht der Fall.

Wir kommen dann zum nächsten Punkt — — —

Herr Rietschel: Wie ist es mit der Resolution?

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Wir haben die Resolution zur Kenntnis genommen.

Herr Rietschel: Wenn Sie unserer Auffassung sind, so unterstützen Sie unsern Antrag.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Ich glaube, Sie haben die Resolution gehört, verlesen brauche ich sie wohl nicht mehr.

Herr Starker: Ich glaube nicht, daß darüber abzustimmen ist, denn sonst würden wir in denselben Fehler verfallen, den der Soldatenrat gemacht hat. Es heißt in der Resolution, daß die Delegierten sich einsetzen für das Rätesystem, das auf parlamentarisch-demokratischer Grundlage aufgebaut werden soll. Das muß heißen „auf der Grundlage der sozialistischen Republik".

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Wir würden dann vorschlagen, die Resolution folgendermaßen lauten zu lassen:

Die Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte nimmt Kenntnis von der schon am 19. Januar stattfindenden Wahl zur Nationalversammlung. Die Versammelten stehen nach wie vor auf dem Standpunkt der sozialistischen Republik und versprechen, mit allen Mitteln dahin zu arbeiten, daß dieselbe verwirklicht wird. Den vom Rätekongreß angenommenen Beschluß, daß die Nationalversammlung über das Fortbestehen der Arbeiter- und Soldatenräte entscheiden soll, erkennen wir nicht an, sondern erklären, unbedingt an dem Rätesystem festzuhalten, welche als Kontrollinstanzen mit Vetorecht zu gelten haben.

Der Satz „welche auf parlamentarisch-demokratischer Grundlage aufgebaut werden sollen" ist da gestrichen.

Herr Henke: Ich bin der Meinung, wir sollten die Resolution folgendermaßen fassen:

Der Arbeiterrat schließt sich der Entschließung des Soldatenrats in folgender Form an: (Wird verlesen.)

Dann kommt die Kundgebung, worin der Schlußsatz geändert werden müßte. Der Satz „welche auf parlamentarisch-demokratischer Grundlage aufgebaut werden sollen" müßte wegfallen, sondern zum Schluß nur erklärt werden „als Kontrollinstanzen mit Vetorecht zu gelten haben."

Herr Buchholz: Dieser Satz „von den Kontrollinstanzen mit Vetorecht" scheint mir auch bedenklich zu sein. Wir wissen nicht, wie sich in Zukunft nach Zusammentritt der Nationalversammlung die Situation gestalten wird. Wir müssen erst sehen, ob man sich entschließen wird, die Arbeiter- und Soldatenräte bestehen zu lassen, was notwendig ist, wenn das durch die Revolution herbeigeführte wirklich bestehen bleiben soll. Z. B. in Bremen haben wir augenblicklich Senat und Bürgerschaft abgesetzt, ob wir sie aber wieder einsetzen wollen, darüber sind wir uns noch nicht klar. (Lebhafter Widerspruch.) Ja, Genossen, darüber sind wir uns ja klar, daß wir den bisherigen Senat und die bisherige Bürgerschaft nicht wieder einsetzen, aber wir sind uns noch nicht klar darüber, ob nicht ein neuer Senat und Bürgerschaft zu wählen ist. Darüber ist lang und breit geredet, wir sind uns aber noch nicht klar darüber. Die bürgerlichen Kreise allerdings schreien viel davon, daß man sobald wie möglich in Bremen wieder einen Senat und eine Bürgerschaft schaffen müßte. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß wir in unserm Staate Bremen keinen Senat und keine Bürgerschaft wieder wählen und wählen lassen. Die Folge davon wäre, daß der Arbeiter- und Soldatenrat in Bremen nicht als Kontrollinstanz in Frage käme, sondern als gesetzgebende Körperschaft in Frage käme. Darum ist mir dieser Satz in der Resolution etwas bedenklich. Ich möchte vorschlagen, wenn es möglich ist, die Resolution redaktionell so zu ändern, daß dieser Punkt auch gestrichen wird, und daß wir uns in einer späteren Sitzung noch einmal ausführlich damit beschäftigen, vielleicht nachdem die Nationalversammlung eingesetzt ist.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Sie werden alle verstehen, daß die Resolution, die als ein neues Moment in unsere Verhandlungen hineingeworfen ist, nicht gleich klar zu verstehen gewesen ist. Genosse Buchholz hat ausgeführt, daß durch den Beschluß des Arbeiterrats, der die Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft ablehnte, auch der Satz der Resolution fallen muß, daß der Arbeiter- und Soldatenrat ein Kontroll- oder Vetorecht haben soll. Ich schlage deshalb vor, daß wir sagen,

Der Arbeiterrat schließt sich der Entschließung des Soldatenrats in folgender Form an:

Die Versammlung nimmt Kenntnis von der schon am 19. Januar stattfindenden Wahl zur Nationalversammlung. Die Versammelten stehen nach wie vor auf dem Standpunkt der sozialistischen Republik und versprechen, mit allen Mitteln dahin zu arbeiten, daß dieselbe verwirklicht wird. Den vom Rätekongreß angenommenen Beschluß, daß die Nationalversammlung über das Fortbestehen der Arbeiter- und Soldatenräte entscheiden soll, erkennen wir nicht an.

Weiter nichts.

Herr Buchholz: Das würde vorläufig genügen.

Die Resolution wird angenommen.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Es wurde uns noch zu dem vorigen Tagesordnungspunkt ein Antrag eingebracht, der wohl rasch erledigt werden kann. Ich glaube, Sie haben nichts dagegen, wenn ich das nachhole. Der Antrag Haase lautet: (wird verlesen).

Herr Haase: Der Antrag ist doch ganz klar. Es muß aus dem Kopf der Bürger-Zeitung klar hervorgehen, daß es sich um ein führendes Organ unserer Bewegung handelt.

Herr Henke: Welcher Bewegung?

Herr Haase: Des Arbeiter- und Soldatenrats.

Herr Henke: Das ist doch eine etwas unklare Vorstellung. Da eine Bemerkung hineingekommen ist, daß die Bürgerzeitung das Organ geworden ist, können wir doch unterlassen, jetzt schon wieder eine Aenderung vorzunehmen. Es ist doch selbstverständlich schon gesagt worden: offizielles Organ. Den Antrag annehmen wird der Arbeiter- und Soldatenrat doch nicht. (Zuruf: Titeländerung!) Der Titel würde geändert worden sein, wenn nicht Rücksichten zu nehmen wären, die zunächst unerörtert bleiben müssen.

Herr Haase: Ich ziehe meinen Antrag zurück.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Zu Punkt 5 ist folgender Antrag eingegangen: (wird verlesen). Ich glaube, Sie sind einverstanden, wenn wir Ihnen vorschlagen, diesen Antrag dem Aktionsausschuß zu überweisen. Sie werden überzeugt sein, daß er in Ihrem Sinne erledigt werden wird. Oder wünscht der Antragsteller das Wort?

Herr Husmann: Wir müssen diesen Antrag ausführlich im Interesse des klassenbewußten Proletariats und der Arbeiterturner behandeln. Die Arbeiterturner wurden in ganz Deutschland bis zum Kriege und auch während des Krieges unterdrückt. Die Turnhallen wurden uns versagt. Unser Bruderverein in Woltmershausen hat bis heute noch keine Spielgelegenheit. Der einzige Spielplatz, den wir haben, ist in Gemüseländereien verwandelt worden. Wir haben uns mit ganzer Energie dagegen gewandt, man hat uns aber geschuhriegelt, noch mehr als die Partei, mit allen Mitteln, weil man wußte, daß die Arbeiterturnvereine den gesunden Geist der heranwachsenden Jugend vertraten. Deshalb habe ich ausdrücklich betont, daß uns jede Unterstützung verweigert worden ist, wie sie die Bürgerlichen haben, die im Interesse des Kapitalismus handeln. Jetzt ist die Zeit für unsere Jugend gekommen, für ihre Wünsche mehr als bisher einzutreten, damit sie so bald wie möglich verwirklicht werden. (Sehr richtig!)

Vorsitzer Herrn Brodmerkel: Ich glaube jedenfalls, daß die Worte des Antragstellers uns alle überzeugt haben, daß sie berücksichtigt werden müssen.

Herr Lohmann: Ich möchte bloß betonen, daß die bürgerlichen Sportvereine hier in Bremen etwa 10 bis 12 Sportplätze haben und die Arbeitersportbewegung bisher nur einen einzigen. Wir haben letzte Woche noch einen hinzubekommen. Wir sind an die Schuldeputation herangetreten, man müsse uns einen Platz geben, und wir haben darum sechs Wochen gehandelt, bis wir einen Platz bekommen haben. Nun möchten wir den Aktionsausschuß ersuchen, uns doch Plätze der Bürgerlichen zu überlassen. In unserer Sportbewegung sind mehr Mitglieder als in der bürgerlichen, und wir stehen auf dem Standpunkt, daß uns die gleiche Anzahl Plätze zusteht.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Wir haben einen Ausschuß dafür, und ich glaube, der wird die Arbeit übernehmen.

Herr Klawitter: Hier wurde gesagt, daß die Bürgerlichen 10 Sportplätze haben. Jedenfalls sind das Privatplätze, die sie selbst bezahlen. (Herr Rietschel: Nein, nein!) Ich weiß, daß der Sportverein auf dem Werder seinen eigenen großen Platz hat mit Tribünen. Einen Staatsplatz gibt es nur auf dem Peterswerder, das ist ein Platz, auf dem verschiedene Vereine Sportübungen abhalten können. (Zuruf: Nur keine Arbeiter!) Ich glaube aber, daß der Arbeiterturnverein diesen Platz auch schon gehabt hat. (Zuruf: Am Osterdeich noch nicht!) Sonst wüßte ich nicht, daß staatliche Plätze irgendwelchen Sportvereinen unentgeltlich zur Verfügung stehen. (Zuruf: Findorffstraße!)

Herr Brauckmüller: Dieser Antrag beweist, wie sehr wir darauf zu achten haben, daß für unsere Jugend etwas getan wird. Wenn gesagt wird, daß den Bürgerlichen keine Plätze öffentlich zur Verfügung gestellt werden, mag das richtig sein, aber wir wollen daran denken, daß sie es nicht nötig haben, sie verfügen über die Mittel und wir nicht, und deshalb könnten wir diese Forderung ruhig annehmen. Es ist ein Ausschußwesen für das Lehrlingswesen eingesetzt worden, und dieser Antrag, der heute eingelaufen ist, beweist, daß dieser Ausschuß zu eng begrenzt ist, daß er ein Ausschuß für Lehrlinge und Jugendwehr sein müßte. Es muß nicht nur für öffentliche Spielplätze, sondern auch für Jugendheime gesorgt werden. Wohin soll das führen? Es muß doch für die kommende Arbeitslosigkeit gesorgt werden. Da müssen irgendwelche Veranstaltungen getroffen werden. Wenn ich heute das Wort genommen habe, so handelt es sich darum, daß es notwendig ist, etwas für die Jugend zu tun; bei den Mitgliedern des Aktionsausschusses vermisse ich dafür das nötige Verständnis noch. Ich glaube, wenn wir diesen Antrag dem Aktionsausschuß überweisen und die Kompetenzen des Lehrlingsausschusses etwas erweitern, daß wir dann zufrieden sein können.

Herr Koops: Wir können ohne weiteres die Sache dem Aktionsausschuß überweisen. Nur möchte ich hinzufügen, dnß die Abteilung für Volkswohlfahrt sich mit dem Arbeiterturnverein in Verbindung setzen muß. Da sind Plätze an der Weser, die brach liegen, die jetzt in den Zeiten der Arbeitslosigkeit und der Notstandsarbeiten für unsere Zwecke hergerichtet werden könnten. Es ständen freie Plätze zur Verfügung für unsere Jugend, aber die sind alle für die Gemüseversorgung gebraucht worden.

Herr Rietschel: Es ist bereits ein Zentralplan für sämtliche Stadtteile Bremens, wo Spielplätze errichtet werden sollen, in Vorbereitung. Soweit ich unterrichtet bin, hat der Senator Feuß das in der Hand mit dem Verein zur Förderung der Bewegungs-

spiele im Freien. Ich habe bereits mit dem Oberlehrer Probst gesprochen und habe gehört, daß auch den Arbeiterturnvereinen genau dasselbe Recht gewährt werden soll, wie den bürgerlichen Vereinen. Ich weiß nicht, wieweit die Sache gediehen ist. Wir sollen, sobald die Frage aktuell wird, hinzugezogen werden.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Ich glaube, mit der letzten Erklärung werden wir uns nicht beruhigen. Mit einer Einladung werden wir uns nicht begnügen, wir wissen selbst, was wir zu tun haben.

Herr Klawitter: Wenn ich gesagt habe, daß die Bürgerlichen Privatspielplätze zur Verfügung haben, so will ich damit nicht gesagt haben, daß wir keine öffentlichen Plätze verlangen sollen. Ich möchte nur bitten, wenn wir in irgend einer solchen Frage an die Bürgerlichen herangehen, daß wir nie den Ausdruck gebrauchen, daß auch uns etwas „gewährt" werden müsse von den Bürgerlichen. Das darf nie und nimmer sein. Gerade dem Senator Feuß gegenüber, der ist ein Schulmeister geblieben, der behandelt alle Sozialdemokraten von oben herab. Ich habe neulich auch mit ihm die Erfahrung gemacht und habe Anlaß genommen, ihn etwas zurückzuweisen, er solle mir gegenüber einen etwas anderen Ton anschlagen. Die Bürgerlichen haben uns nichts zu „gewähren". Gewöhnen wir uns also diesen Ausdruck ab, ein für allemal.

Vorsitzender Herr Brodmerkel: Ich glaube, sie stimmen dem zu, daß die Sache dem Aktionsausschuß überwiesen wird.

Dann ein neuer Antrag, der lautet: (Wird verlesen.)

Frau Becker: Werte Anwesende! Seit 4½ Jahren sind die Kriegerfrauen tatsächlich mit einem Hungerlohne abgespeist worden, mit einer Unterstützung, die ganz unzureichend war, mit der man bei weitem nicht auskommen konnte. Ich nehme an, daß hier verschiedene Krieger sitzen, die das bezeugen können. Die Kinder zerreißen doch auch Anzüge, aber bei den heutigen Preisen kann man mit diesen Zuwendungen doch kein Zeug kaufen. Ich habe wiederholt den Antrag gestellt, daß die Unterstützung erhöht werden müßte, sodaß man tatsächlich davon leben kann. Ich habe alle Mittel versucht, aber die Unterstützung ist nicht erhöht worden. Ich habe neulich bei der Erwerbslosenversammlung den Antrag gestellt, daß jetzt für die Kriegerfamilien die Unterstützung erhöht werden müßte, weil doch jetzt die Erwerbslosen aus den Kriegerfamilien hervorgehen und das Elend doppelt so groß ist. Leider ist nichts davon verlautet, und deswegen habe ich mich veranlaßt gesehen, auch dieses hier zum Austrage zu bringen. Es kann nicht angehen, daß die Kriegerfamilien, die Unterstützung beziehen, weiter hungern und darben. Sie sind nicht in der Lage, was ihnen an Marken zusteht, von dem Gelde zu bezahlen. (Sehr richtig!) Sie sind angewiesen, das Rote Kreuz zu betrügen und sich selbst etwas zu verdienen. Man kann keine Worte finden, wie die Familien sich den Unterhalt beschaffen müssen. Es ist ganz unmöglich, daß sie von dem Gelde leben können. So habe ich in der Frauenversammlung darüber Klage geführt, daß man Kriegerfamilien, wenn man in dem einen Bezirk nicht mit ihnen fertig wird, sie einem Extrabezirk überweist, der einem Armenpfleger untersteht. Dieser ist so abgeseimt, daß er die Frau so zurechtstutzt, daß die Frauen zufrieden sein müssen. Es ist mir wiederholt vom Roten Kreuz persönlich ins Haus geschickt worden, ich sollte das, was ich gesagt habe, zurücknehmen, weil es falsche Tatsachen seien. Dazu sah ich mich nicht veranlaßt, denn es ist mir gesagt worden, daß einer Frau 50 Mark abgezogen wurden, weil sie einen Mariner in Logis und außerdem zwei Kinder in Holtheim habe.

Es können Tatsachen angeführt werden — es müssen Ihnen die Haare zu Berge stehen, wenn Sie hören wie Kriegerfrauen behandelt werden. Wir müssen uns darum wenigstens hier darüber unterhalten, damit den Bezirksleitern gesagt werde, daß endlich geregelte Zustände eintreten. Wenn aber einer dieser Frauen gesagt ist, ihr Lebenswandel sei nicht so, wie er sein sollte, sie hätte einen Mariner in Logis, mit dem sie intim verkehre — ja, was geht das denn das Rote Kreuz an? Darum hat es sich garnicht zu kümmern, das geht das Rote Kreuz gar nichts an. Die Frau muß eben soviel bezahlt erhalten daß sie davon leben kann und nicht auf solche Abwege kommen braucht. (Sehr richtig!) Wenn die Frauen zu wenig Geld erhalten, müssen sie, wenn sie sich nicht durch ihrer Hände Arbeit noch genug dazu erwerben können, auf andere Weise Geld verschaffen. Die betreffende Frau hat für zehn Kinder zu sorgen. Ich bitte den Antrag anzunehmen, daß wenigstens die Frauen, die noch nach dem 1. Januar Unterstützung bekommen, mehr bekommen. Z. B. wird denjenigen, deren Mann zurückgekehrt ist und die vorher für ein Kind eine Zulage von 10 Mk bekommen haben, jetzt, wo der Mann zurückgekehrt ist, die 10 Mk. wieder abgezogen werden, ganz gleich, ob der Mann Arbeit hat oder nicht. Eine Frau hatte 90 Mk. zu verlangen, es wurden ihr aber nur 50 Mk. bezahlt, oder so ungefähr, ich kann es nicht genau sagen. Das kann nicht so weitergehen. Die Arbeiter erhalten Teuerungszulagen, da sollte auch für die Kriegerfrauen gesorgt werden, daß sie mehr bekommen. (Sehr richtig!)

Vorsitzender Herr Brodmerkel: Ich möchte Ihnen vorschlagen, stimmen Sie dem Antrage der Frau Becker im Prinzip zu. Erledigen können wir ihn heute nicht. Ich möchte den Vorschlag machen, daß Sie den Antrag zur Verhandlung im Aktionsausschuß überweisen. Wir werden uns dann mit der Kriegsdeputation, die die Mittel zu bewilligen hat, in Verbindung setzen. Am nächsten Sonnabend, in der nächsten Sitznug

werden wir Ihnen dann Bericht erstatten und dem Arbeiterrat und Soldatenrat eine Vorlage unterbreiten, die dann Gesetzeskraft erlangen soll.

Herr Kaiser: Als Druckmittel und Material möchte ich noch auf eins hinweisen. Vor ungefähr drei Monaten wurde von uns, von der linken Seite bei den Beratungen des Hilfsausschusses, von dem besonders die Familien der eingezogenen Krieger unterstützt werden, der Antrag gestellt, die Unterstützung seitens des Hilfsausschusses zu erhöhen. Der Antrag wurde nicht angenommen mit dem Hinweis darauf, der Hilfsausschuß dürfe dem Staat nicht mit gutem Beispiel vorangehen, die armen Kriegerwitwen würden dann, weil der Staat nicht soviel geben könne, ihre Unzufriedenheit gegenüber dem Staat zeigen usw., man dürfe dem Staate keine Konkurrenz machen. Es ist gut, wenn der Aktionsausschuß das weiß.

Vorsitzender Herr Brodmerkel: Sind Sie mit meinem Vorschlage einverstanden? (Zustimmung.)

Ich bringe sodann die heute morgen in einer Soldatenversammlung angenommene Resolution zur Kenntnis der Versammlung:

> Die Versammlung der Garnison Bremen billigt das Vorgehen des engeren Soldatenrats in Sachen der Bürger-Zeitung. Nur dadurch, daß die Bürger-Zeitung ein amtliches Organ des Arbeiter- und Soldatenrates geworden ist, ist die Gewähr gegeben, daß der Sache der Revolution ein Sprechrohr gegeben wird, welches die Revolution zu ihrem Ziele, der sozialistischen Republik führen kann.

Sie werden gehört haben, daß die Vertrauensleute des Soldatenrats das ebenfalls gutgeheißen haben. Unsere heutige Versammlung hat ebenfalls zugestimmt. Damit ist der Beweis erbracht, daß die Maßnahmen, die der Soldatenrat in Gemeinschaft mit Mitgliedern des Arbeiterrats getroffen hat, indem er die Bürger-Zeitung in den Besitz der Unabhängigen gebracht hat, nicht ein Gewaltstreich ist, sondern weiter nichts als derjenige Weg, der notwendig und gerecht war, um die bremische Arbeiterschaft wieder in den Besitz der Zeitung gelangen zu lassen.

Damit sind unsere Arbeiten für die heutige Sitzung erledigt. Die Mitglieder, die heute gewählt sind, müssen aber noch hier bleiben.

Herr Ecks: Als wir heute nach unserer Versammlung die Demonstration veranstalteten nach der Bremer Bürger-Zeitung, um dem Spießbürgertum, den bremischen Spießbürgern zu zeigen, was wir sind und wollen, wurden uns unterwegs sehr viele Bravos zugerufen. Der Demonstration wurde nirgends Widerstand entgegengesetzt, nirgends gestört. Als wir in den Geeren einbogen, winkten uns auch aus den Fenstern der Geschäftszimmer der Internationalen kommunistischen Gruppe männliche Gestalten freundlich zu. Nur Frau Ahrens konnte es sich nicht verkneifen, aus dem offenen Fenster den Soldaten zuzurufen: „Ihr macht ja Spuk!" Also man kann sich noch soviel Mühe geben, um in jeder Beziehung dem revolutionären Proletariat zu Willen zu sein, um auf dem besten und geradesten Wege zum Ziele zu kommen, es gibt immer doch Personen, einzelne Personen, die auch dann nicht zufrieden sind. Da wäre es notwendig, daß man sie entweder auf den Kopf stellt oder anderswo hin. Mir ist es nicht möglich, das in Worte zu kleiden, aus welchen Gründen Frau Ahrens das macht. Ich kann nur bedauern, daß diese Frau Ahrens noch einen Vertrauensposten in der kommunistischen Partei inne hat. Denn eine Partei, die doch sozusagen große Ideale hat, große Prinzipien vertreten will, eine Partei, die führen will, muß zunächst für Ordnung sorgen, wenigstens für ein anständiges Betragen. Wir haben Ihnen gesagt, daß sie voll und ganz auf uns zählen können, und haben das bewiesen, da sollte man uns nicht von Seiten der führenden Personen so etwas an den Kopf schmeißen, daß man uns zuruft: „Ihr macht ja Spuk!" So etwas ist tatsächlich haarsträubend, das verbitten wir uns in Zukunft.

Vorsitzender Herr Brodmerkel: Es wäre richtiger, wenn wir nicht unsere Versammlungen dazu hergeben persönliche Angriffe zu erwidern oder selbst solche vorzunehmen. Ich bin der Meinung, daß dadurch das Niveau unserer Versammlungen nicht gehoben wird, wenn in dieser Weise hervorgehoben wird, was eine einzelne Person tut. Ich bin der Meinung, man sollte einer einzelnen Person eine solche Ehre nicht antun. Damit hat die Sache wohl ein Ende gefunden.

Herr Starker: Ich hätte den Aktionsrat daran zu erinnern, daß die Arbeitslosen Forderungen aufgestellt haben. Es werden gefordert 6.50 Mk. für jeden, der eine Frau hat, und für jedes Kind noch 75 Pfennig. Wenn ein Soldat vom Militär entlassen wird, geht die Unterstützung weiter, aber sonstige Unterstützungen werden auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet. Hat ein Arbeiter drei Kinder, so erhalten diese jedes 75 Pfg., 6.50 erhält er und seine Frau, macht zusammen 8.75 Mk. Erreichen die anderen Unterstützungen diese Summe nicht, so wird ein Teil der Arbeitslosenunterstützung dazu genommen, geht die Summe aber über 8.75 Mk. hinaus, so wird der überschießende Teil abgezogen. Das ist unser aller Sinn nicht gewesen, als wir den Beschluß faßten. Die Sache müßte untersucht und nachgeprüft werden, damit den Arbeitslosen ihr Recht wird.

Vorsitzender Herr Brodmerkel: Die Forderungen der Arbeitslosen sind ja durch die Zeitungen bekannt geworden. Der Aktionsausschuß wird selbstverständlich auch diese Angelegenheit zu erledigen haben. Wir können heute noch keine Stellung dazu nehmen.

Schluß der Versammlung 9 Uhr 10 Minuten.

13

# Vollsitzung des Bremer Arbeiter- und Soldatenrates

**am 28. Dezember 1918 im Konventsaale der Börse.**

---

## Tagesordnung:

1. Bericht der Siebenerkommission.
2. Beschlußfassung über die Bewaffnung des Proletariats.
3. Stellungnahme zum Antrag Frau Becker auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.
4. Stellungnahme zum Antrag der Arbeitslosen auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.
5. Verschiedenes.

---

Henke führt den Vorsitz.

Eröffnung der Sitzung 6 Uhr 30 Minuten.

Vors.: Die Tagesordnung liegt Ihnen gedruckt vor:

1. Bericht der Siebener-Kommission.
2. Beschlußfassung über die Bewaffnung des Proletariats.
3. Stellungnahme zum Antrag Frau Becker auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.
4. Stellungnahme zum Antrag der Arbeitslosen auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.
5. Verschiedenes.

Es ist der Wunsch ausgesprochen worden, über Punkt 4 zuerst zu verhandeln. Wenn dagegen kein Widerspruch erhoben wird, kann dem entsprochen werden.

Stellungnahme zum Antrag der Arbeitslosen auf Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung.

Leiter: Genossen! Die Arbeitslosen haben am Montag im Gewerkschaftshaus eine Versammlung gehabt und haben sich mit verschiedenen Fragen, die sie interessieren, befaßt, und ihre Forderungen gestellt. Ich brauche die Forderungen nicht zu verlesen, denn die meisten Mitglieder werden sie aus den Zeitungen gelesen haben. Es handelt sich zunächst um die Erhöhung der Unterstützungssätze für Ledige auf 6 Mark, für Verheiratete auf 8 Mark, dazu für jedes Kind 1.50 Mark. In verschiedenen Städten wird eine bedeutend höhere Unterstützung gezahlt, besonders in Hamburg. Die Sache liegt auch so, daß bei den Teuerungsverhältnissen heutzutage mit den Unterstützungssätzen tatsächlich nicht mehr auszukommen ist. Es ist also dort sehr dringend gewünscht worden, daß die Sätze erhöht werden. Ich bin der Meinung, daß an sich zwar auf die finanzielle Seite der Frage für den Staat zu achten ist, daß es aber nicht unsere Aufgabe ist, darauf besonders aufmerksam zu machen. Ich habe lediglich die Wünsche der Arbeitslosen vorzulegen.

Des weiteren fordern die Arbeitslosen, daß die vom Militär entlassenen Mannschaften sofort nach der Entlassung eine Unterstützung erhalten, und nicht erst dann, wenn sie sich beim Arbeitsnachweis melden. Es kann vorkommen, daß sie erst eine lange Reise zu machen haben (manchmal acht Tage) ehe sie sich beim Arbeitsnachweis melden können, und mancher wird vielleicht auch durch Familienangelegenheiten usw. zurückgehalten, das sofort zu tun, vielleicht wohnt die Familie nicht mehr in Bremen. So kann es sich um fünf oder sechs Tage handeln, in denen er keine Unterstützung erhält. Wenn er einwandfrei nachweisen kann, daß er während der Zeit nicht gearbeitet hat, dann sollte man ihm eine Unterstützung gewähren.

Drittens verlangen die Arbeitslosen die Aufhebung der Karenzzeit. Sie sind der Meinung, daß sie vom Tage der Arbeitslosigkeit an eine Unterstützung erhalten sollen.

Das sind die wichtigsten Punkte. Dann die Nichtanrechnung der Familienunterstützung. Wenn ihre Familien noch ein, zwei oder auch drei Raten Unterstützung vom Reich oder vom Roten Kreuz erhalten während der Zeit, wo die Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird, dann soll ihnen diese Arbeitslosenunterstützung darauf nicht angerechnet werden. Das ist ein gerechtes Verlangen. Denn diejenigen, die vom Militär entlassen werden und das Glück haben, bei einem Unternehmer sofort Arbeit zu finden, erhalten die Familienunterstützung vom Reich usw. ebenfalls, ohne daß sie ihnen irgendwie angerechnet würde. Das kann auch nicht geschehen, weil es sich nicht um eine doppelte Unterstützung aus öffentlichen Mitteln handelt.

Die Frage wegen der Feiertage ist schon geregelt, wenn Feiertage in die Woche fallen, wird dafür eine Unterstützung gezahlt.

Es ist dann noch ein Antrag angenommen, daß der Arbeiterrat in Gemeinschaft mit den Arbeitslosen eine Kommission wählen solle, die die Betriebe in Bremen dahin kontrolliert, ob noch Arbeiter angestellt werden können, ob berufsfremde Leute dort beschäftigt werden. Ob von einem Unternehmer noch Arbeiter anzustellen sind, darüber herrschen oft die größten Meinungsverschiedenheiten. Diese Sache müßte daher von einer Zentralstelle geregelt werden. Diese soll auch die Auszahlung des 14tägigen Lohns vermitteln. Die Arbeitslosen sind der Meinung, daß der Fürsorgeausschuß die Vermittlung übernehmen sollte, da die Arbeitslosen an sich gar keine Möglichkeit haben, einen Unternehmer zu zwingen, den Lohn zu zahlen, wenn er es nicht freiwillig tut.

Es gibt viele Betriebe, wo noch Leute angestellt sind und oft hohe Löhne erhalten, die mit dieser Arbeit an und für sich nichts zu tun haben, die im Laufe des Krieges dazu verpflichtet wurden im Interesse des Heeres. Außerdem viele berufsfremde Leute, zum großen Teil Geschäftsleute, Wirte, aber auch andere Leute, die sich vom Militär drücken und durch das Hilfsdienstgesetz sich Arbeit verschafft haben, Leute, die es zum größten Teil garnicht nötig haben, bei dieser Arbeit zu bleiben, die ganz gut zu ihrem alten Beruf, ihrer alten Beschäftigung zurückkehren könnten. Die Arbeitslosen fordern, daß die Anstellung dieser Leute geregelt werde, damit diese Leute nach Möglichkeit entlassen werden, damit mehr Arbeitslose zu ihrem Recht kommen können. Die Sache könnte vom Fürsorgeausschuß geregelt werden. Wenn die Sachen an das Demobilisierungsamt gehen, so gehen sie an eine der verschiedenen Abteilungen. Die haben aber kein Urteil darüber, und die eine Abteilung des Demobilisierungsausschusses faßt sie so, die andere anders auf. Wenn ein Arbeitsloser z. B. zu einer Firma kommt, wo er bei Ausbruch des Krieges herausgeworfen, so hat er keinen Anspruch darauf, angestellt zu werden, während die Leute im allgemeinen da, wo sie bei Ausbruch des Krieges angestellt waren, wieder angestellt werden. Wie gesagt, die eine Abteilung des Demobilisierungsausschusses urteilt darüber anders wie eine andere, es herrscht eine große Verwirrung. Diese ganze Angelegenheit muß von einer Zentrale einheitlich geregelt werden. Einheitlichkeit muß in ganz Bremen darin sein. Die Betriebe müssen möglichst von Berufsfremden gereinigt werden, damit möglichst viele Arbeitslose, vielleicht unter Verkürzung der Arbeitszeit eingestellt werden. Damit würde das Heer der Arbeitslosen, die jetzt schon in Bremen die Zahl von 5000 erreichen, eingeschränkt.

Das wäre, was ich zu sagen hätte. Im großen und ganzen würde man es jetzt sehr begrüßen können, wenn für die Arbeitslosen Arbeit geschafft werden könnte. Denn Sie wissen, wie schwer es fällt, wenn man arbeitslos geworden ist, wieder Arbeit zu erhalten, besonders aber für diejenigen, die jahrelang draußen im Felde gewesen sind und nun zurückkommen und Arbeit suchen, aber zum großen Teile auf das Straßenpflaster geworfen werden. Ich möchte Sie bitten, möglichst den Wünschen der Arbeitslosen entgegen zu kommen.

Geffken: Kollege Leiter hat noch einen Punkt vergessen. In der Versammlung der Arbeitslosen wurde auch ein Antrag angenommen, daß der Arbeiterrat der bürgerlichen Presse verbieten solle — unsere Presse kommt da nicht in Frage — Arbeitsangebote direkt aufzunehmen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß viele Unternehmer auf diese Weise, indem sie annonzieren und den amtlichen Arbeitsnachweis umgehen, viele Stellen besetzen, die für die Leute, für die wir in erster Linie sorgen müssen, verloren gehen. Wir haben den Leiter des Arbeitsnachweises Dr. Lange schon darauf aufmerksam gemacht. Ich möchte bitten, dies mit zur Sprache zu bringen.

Vorsitzender: Die Arbeitslosen haben am 22. Dezember folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Arbeitslosenversammlung hält mit allem Nachdruck an den bekanntgegebenen Unterstützungsforderungen fest und fordert, sie mit größter Beschleunigung zur Ausführung zu bringen.

2. Die Versammlung ersucht den Arbeiterrat, in Gemeinschaft mit der Kommission der

Arbeitslosen die Betriebe zu kontrollieren, ob noch Arbeiter eingestellt werden können und ob noch Berufsfremde tätig sind.

3. Die Reichsregierung soll veranlassen, daß die Lebensmittelpreise herabgesetzt werden.

4. Es soll dafür gesorgt werden, daß sämtliche Erwerbslose die Schwerstarbeiterbrotzulage behalten.

Der Antrag unter Nr. 2 hätte vom Aktionsausschuß behandelt werden müssen. Das ist nicht möglich gewesen. In diesem Zusammenhang will ich noch darauf hinweisen, daß wir uns gestern darüber in einem Zwölferausschuß unterhalten haben, der gerade diese Materie zum guten Teile regeln soll. Er soll dafür sorgen, daß Frauen und Mädchen, die während des Krieges in Betrieben tätig gewesen sind und die auf andere Weise in der Privatwirtschaft leicht beschäftigt werden können, in diesen Betrieben nicht mehr beschäftigt werden. Es ist eine Verordnung vorgesehen, die bestimmen soll, daß diese Elemente aus diesen Betrieben herauskommen. Es handelt sich auch um kleine Geschäftsleute, die eigentlich nicht wirtschaftlich zu solcher Beschäftigung gezwungen sind, die aber im Kriege aus den bekannten Ursachen zu diesen Arbeiten hinzugezogen sind. Wenn sie heute noch diese Arbeiten leisten, während sie andere Arbeiten ebensogut leisten können, so sollte man sie aus diesen Betrieben herausbringen, damit die Leute, die von der Front kommen und arbeitslos sind, ihren Arbeitsplatz einnehmen können. Ich meine, wir sollten mit einer Beschlußfassung solange warten, bis der Aktionsausschuß diese Sache geregelt hat, bis die Verordnung erlassen ist. Gestern abend haben wir darüber beraten, und am Montag wird die Zwölferkommission sich darüber schlüssig werden, so daß die Bekanntmachung im Laufe der nächsten Woche, wahrscheinlich noch bis 1. Januar bekannt gegeben wird. Diese paar Tage könnten wir die Sache noch ansehen. Ich möchte gerne hören, wie sich die Kommission dazu stellt. Wenn es möglich wäre, die Bekanntmachung erst abzuwarten, würden wir die weitere Debatte heute vertagen, aussetzen können. Wünscht jemand das Wort?

Radzuhn: Parteigenossen! Wir haben in dieser Sache schon bedeutend vorgearbeitet. Wir haben, um die Arbeitslosen unterzubringen, einen Leitfaden herausgegeben gemeinsam mit der Direktion des bestehenden Nachweises. Dadurch ist schon ein großer Teil der Leute, die nicht gerade für diese Arbeiten nötig sind, aus dem Arbeits- und Lohnverhältnis dieser Betriebe entlassen, um arbeitslosen, aus dem Felde heimkehrenden Kriegern Platz zu machen. Es muß da in manchen Betrieben ganz energisch vorgegangen werden. Es gibt Direktoren die sagten, daß uns in dieser Angelegenheit ein Recht nicht zu stände. Die Herren sträuben sich bloß, um nicht Leute, die von der Front kommen, sondern ganz andere Leute anzustellen. Dagegen haben wir ganz energisch protestiert, und ich kann Ihnen mitteilen, daß wir hierüber an die Leitung der Geschäfte des Reiches, an Se. Exelenz Ebert berichtet und uns bitter beschwert haben, er möchte versuchen, da Wandel zu schaffen. So geht es nicht, wie es seitens der alten Mehrheit gemacht wird. Es wird gesagt, die Betriebe könnten nicht aufrecht erhalten werden, wenn es nach unseren Wünschen gemacht würde. Wenn unser Schritt bei Exelenz Ebert nichts nützt, müssen wir selbst dafür sorgen, daß es anders wird. Es muß für die Arbeitslosen vom Heere Luft gemacht werden, und wenn es nicht genügt, daß wir so vorgehen, dann müssen wir unbedingt in nächster Zeit gemeinsam mit dem Aktionsausschuß fordern, daß die Arbeitszeit der Einzelnen in den Betrieben verkürzt wird. Wenn wir leiden, wollen wir gemeinsam leiden. Wir sehen, daß das Heer der Arbeitslosen sich von Tag zu Tag vergrößert und es ist unsere heiligste Pflicht, diese Arbeitslosen unterzubringen. Das kann nur geschehen durch eine Verkürzung der Arbeitszeit. Ich ersuche den Aktionsausschuß speziell für das Fabrikwesen, hierin gemeinsam mit den größeren Betrieben vorzugehen. Einzelne Betriebe können da nicht vorgehen. Ich bin überzeugt, daß dadurch den Arbeitslosen eine bedeutende Hilfe zuteil werden wird.

Geffken: Gegen den Vorschlag Henkes, daß diese Sache erst im Aktionsausschuß zur Beratung komme, habe ich nichts einzuwenden. Aber ich glaube, es muß unbedingt sofort etwas geschehen. Wenn wir die Situation betrachten, wenn wir sehen, wie jeden Morgen Scharen von Arbeitslosen zum Arbeitsnachweise strömen und zum größten Teile keine Arbeit bekommen können, so müssen wir sagen: da muß eine Aenderung eintreten. Die Gärung unter den Arbeitslosen ist groß. Der paritätische Arbeitsnachweis kann nicht arbeiten, wie er sollte, weil Arbeit auch auf andere Weise vermittelt wird. Wir sehen auch, daß im paritätischen Arbeitsnachweis Leute beschäftigt sind, die an der Spitze der früheren Arbeitsnachweise gestanden haben, so der Vorsteher des Schwarzen Bureaus an der Palmenstraße, der ebenfalls heute morgen dort beschäftigt war. Die Arbeitslosen fordern ebenfalls die direkte radikale Entfernung dieser Elemente. Es ist nicht wünschenswert, daß diese Leute, die jahrelang die Interessen der Unternehmer vertreten und sich nicht gescheut haben, unsere Kollegen erbarmungslos anzuschnauzen, so daß sie lange haben herumlaufen müssen und brotlos gewesen sind, die Vermittelung ausüben. Das

fordern die Arbeiter, und wenn man ihnen nicht entgegenkommt, gehen sie selbständig vor. Die Kommission muß dafür sorgen, daß die Bewegung nicht ins Uferlose geht, da wir sonst nicht in der Lage sind, sie aufzuhalten. Wir müssen darauf dringen, daß es unbedingt zu einer guten Regelung kommt, und ich meine, daß die Anträge schon heute sehr gut angenommen werden könnten.

Koop: Seit den ersten Tagen der Revolution ist der Arbeiterrat bestrebt gewesen, für die Arbeitslosen zu sorgen, aber eine genügende Kontrolle über den Arbeitsnachweis hat er noch nicht. Die Sache ist schon vielfach erörtert. In der ganzen Zeit ist von einzelnen Betrieben nicht ein einziger Mann angefordert, trotzdem verschiedene Meister Mangel an Leuten hatten. Dabei ist allerdings in anderen Abteilungen, in anderen Branchen Ueberfluß an Arbeitern gewesen. Das hängt mit der Ueberleitung der Betriebe aus der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft zusammen. Es besteht nun ein paritätitscher Arbeitsnachweis, der aber nicht voll anerkannt wird und darum nichts zu tun hat. Deshalb müssen wir direkt die Forderung an die Unternehmer stellen, daß sämtliche Meister bei dem Arbeiterrat die Leute, die sie gebrauchen, anmelden und beim paritätischen Arbeitsnachweis anfordern. Man muß dann eventuell, wenn es nicht anders möglich ist, die Unternehmer ganz und gar ausschalten. Die Schmusereien müssen aufhören, daß andere Leute, die nicht vom Arbeitsnachweis geschickt sind, eingestellt werden.

Ueber die anderen Sachen, die von dem Vertreter der Arbeitslosen vorgetragen sind, können wir momentan nicht diskutieren, weil wir das Vorgelesene wohl gehört, aber keinen Ueberblick darüber haben. Wir können nicht ohne weiteres darüber beschließen, sondern müssen eine Kommission zur Prüfung einsetzen, oder, wie Genosse Henke vorschlägt, dem Aktionsausschuß zur Beratung und Prüfung überweisen. Aber in der allernächsten Sitzung, wenn uns das Material vorgelegt ist und wir dann einen Ueberblick haben, müssen wir die Entscheidung treffen. Selbstverständlich muß ohne weiteres der Vorschlag angenommen werden, daß das, was die Arbeitslosen in dieser Zeit bekommen müssen, berücksichtigt wird. Man weiß ja nicht, wie lange Zeit sie arbeitslos sein werden. Die Entscheidung muß gleich getroffen werden für die Leute, die keine Aussicht haben, sich Arbeit zu verschaffen. Wenn aber überhaupt keine Aussicht besteht, ihnen Arbeit zu beschaffen, dann muß noch auf andere Weise eingegriffen werden, insofern daß man in großen Betrieben die Arbeitszeit teilt. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Leute von der Straße kommen und Arbeit und Verdienst erhalten. Denn es ist nicht jedermanns Sache, hinzulaufen und sich Arbeitslosenunterstützung zu holen. Aber eins ist bei der erhöhten Arbeitslosenfürsorge auch zu bedenken. Es wird auch verschiedene Elemente geben, die das ausnutzen wollen. Es hat sich schon in verschiedenen Fällen ergeben, daß Leute Mißbrauch damit getrieben haben. Einzelne gehen darauf aus, Arbeitslosenunterstützung zu erhalten, während sie selbst und vielleicht ihre Frauen auch zur Arbeit gehen, das Doppelte verdienen und auch noch zu Unrecht Arbeitslosenunterstützung fordern. Selbstverständlich müssen solche Fälle sofort zur Meldung kommen.

Sommer: Ich möchte auf ein paar Fälle eingehen, die der Vorredner angeschnitten hat. Er hat gemeint, daß über die Wiederbeschäftigung der aus dem Felde zurückkehrenden Arbeiter Mißverständnisse und Meinungsverschiedenheiten herrschten. Ein Irrtum über die Arbeiter, die in einem Betriebe wieder angestellt werden müssen, kann eigentlich nicht herrschen. Nach den Bestimmungen des Demobilisierungsausschusses sollen nur diejenigen, die vor dem 1. August 1914 bei einem Unternehmer schon beschäftigt waren, in dem Betriebe wieder angestellt werden. Sie wissen, daß in den meisten Betrieben ein Teil der Arbeiter bei Ausbruch des Krieges nicht sofort für dienstfähig erklärt wurde. Und manche von diesen haben in dieser Zeit noch freiwillig ihre Stellung gewechselt. Diese Kameraden haben keinen Anspruch darauf, in den Betrieben wieder angestellt zu werden. Also nur diejenigen, die vor dem 1. August 1914 in einem Betriebe angestellt waren, haben den Anspruch, diejenigen aber, die allerdings 1914 in einem Betriebe waren, aber, ehe sie eingezogen wurden, ihre Stellung Ende 1914 oder 1915 usw. gewechselt haben, haben keinen Anspruch. Die Sache ist ganz klar, aber die meisten können das nicht begreifen.

Dann ist schon vom Vorsitzenden Henke gesagt worden, daß eine Verfügung erlassen werden soll, und zwar noch vor dem 1. Januar, wonach aus allen Betrieben, staatlichen und privaten, die weiblichen Beamten und Angestellten, die den betreffenden Dienst nicht zu ihrem Beruf gemacht haben, herausgezogen werden müssen. Der Aktionsausschuß wird sich am Montag im 12er Ausschuß nochmals mit der Sache befassen, es wird aber nicht anders gehen, als daß ein Teil der weiblichen Arbeiterkräfte aus den Betrieben herausgezogen wird, jedenfalls muß das in erheblichem Maße geschehen. Wir kommen nicht drumhin, es muß Luft für die Arbeitslosen geschaffen werden. Auf der anderen Seite aber müssen die Frauen geschützt werden, deren Männer gefallen sind und die Kinder zu ernähren haben. Auch die Frauen

die schon vor dem Kriege in einem Betriebe gearbeitet haben, und die Mädchen ohne Anhang, wenn sie nicht Privatkundschaft haben oder sich anderweitig Arbeit verschaffen können, müssen in Arbeit bleiben, damit sie nicht sittlichen Gefahren ausgesetzt werden, das kann natürlich nicht unsere Aufgabe sein. Aber es gibt in den verschiedenen Berufskreisen sehr viele Frauen und Mädchen, die man dort ohne weiteres missen kann, ohne daß man sie sehr hart trifft. Es muß für die Soldaten gesorgt werden, die zum Teil sechs oder sieben Jahre gedient haben, die müssen vor allem berücksichtigt werden. Man kann es nachfühlen, daß z. B. die Mariner, die sieben Jahre gedient haben, das Bedürfnis empfinden, eine Stellung zu erhalten, und es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, für sie zu sorgen, und gewisse Härten sind dabei nicht zu vermeiden. Schon augenblicklich ist die Zahl der Arbeitslosen in Bremen ziemlich groß. Es sind über 3000. Davon sind 1757 Arbeiter — das ist der größte Teil — 310 Handlungsgehilfen, 14 Buchhalter, dann auch Reisende. Besonders groß ist die Zahl der Arbeitslosen Metallarbeiter: 32 Klempner, 20 Schlosser. Eine Arbeitszeitverkürzung kann nicht willkürlich gehandhabt werden. Wir können in den Großbetrieben allgemein keine Verkürzung vornehmen. Bei verschiedenen Berufen vielleicht.

Bei verschiedenen Berufen sparen wir heute einen ganz erheblichen Teil der Arbeitskräfte. Die Hansa-Lloydwerke können noch jeden Tag 60 Dreher anstellen, auch die Aktiengesellschaft Weser kann noch Dreher beschäftigen. Wenn wir heute gleich die verkürzte Arbeitszeit einführen würden, dann würde die Folge sein, daß die Arbeit verringert würde. Das muß man in Betracht ziehen. Wenn man Ueberstunden machen könnte, würde man mehr Schlosser anstellen können. Diese sind da, aber es sind nicht genügend Dreher da, die die Vorarbeiten verrichten können. Die Dreher sind ein rarer Artikel. Es sind ca. 60 bei der Aktiengesellschaft Weser und auch bei den Hansa-Lloydwerken angestellt. Solange als diese Zustände so sind, muß man die Arbeitszeit verkürzen. Soweit es möglich ist, muß es geschehen. Wir waren auch der Auffassung, daß die Arbeitszeit verkürzt werden müsse. In diesem Falle würde es zum Gegenteile führen. Vorläufig sind die Doppelschichten noch nicht besetzt, weil es an Metallarbeitern gefehlt hat. Der größte Teil der Arbeitslosen sind die Berufslosen. Ferner die Handlungsgehilfen, die Buchhalter und Reisenden usw. Bremen ist ja eben Handelsstadt, und es leidet unter dieser Krisis ganz besonders.

Zu dem Antrage, der von Seiten der Arbeitslosen gestellt worden ist, bin ich der Auffassung, daß er dem Aktionsausschuß überwiesen werden muß. Andererseits ist die Sache so, der Antrag spricht aus, daß eine Kommission eingesetzt werden muß, daß geprüft werden soll, ob noch Arbeiter angestellt werden können. Nun habe ich als Aktionsausschußmitglied, Abteilung Fabrikwesen, soviel Vertrauen, daß unser Fabrikarbeiterrat genau prüft und weiß, was dort noch unterzubringen ist und was entlassen werden muß. Ich werde jeden Tag durch das Telefon angerufen, wie die Sache am besten zu machen ist, um möglichst viele Kollegen von der Straße zu holen. Das geschieht. Es wird von jedem Fabrikarbeiterrat versucht, um möglichst alles unterzubringen, was geschehen kann. Ebenso ist es mit den Notstandsarbeiten, die lassen sich auch nicht aus dem Boden stampfen. Die Not ist groß, es kommt alles so plötzlich. Es wird aber alles getan von seiten der Kollegen, die in den Betrieben sind, der Not zu steuern.

Hase: Ich bin der Ansicht, daß die Kundgebung von dem Demobilmachungsausschuß erst bearbeitet werden muß.

Sommer: Ich habe noch eins übersehen. Es wurde von seiten der Arbeitslosen, von Geffken, hingewiesen, daß ein großer Unwille besteht über den Arbeitsnachweis, daß dort Leute beschäftigt sind, die früher in Scharfmachernachweisen tätig waren. Sie wissen, daß als die Revolution ausbrach, unsere Bewegung es sich zur Aufgabe gemacht hat, einen guten Arbeitsnachweis zu machen in Form eines Zentralarbeitsnachweises. Denn damit verschwinden alle die andern Nachweise. Nun ist aber der Zentralarbeitsnachweis, der alle Berufsgruppen vom Buchhalter bis zum Schauspieler umfaßt, eine neue Einrichtung. Bisher bestand so etwas nicht. Da war es schwierig, durchzufinden. Wir mußten im Anfange geeignete Kräfte haben, und es kamen nur die Personen in Frage, die solche Arbeiten schon gemacht hatten. Im Anfange ging die Sache auf Parität, und man hat auf dieser alten Parität aufgebaut, damals waren keine anderen Kräfte vorhanden. Es war Jahn und Lüdecke, die haben wir herangezogen und jene Kräfte aus dem alten Paritätsnachweis, gegen die kein Unwille bestand. Wenn sie sich nicht eignen, müssen sie entfernt werden, aber im Anfange mußten wir solche Leute haben, die mit dem Nachweis umgegangen waren. Wir hatten in unsern Kreisen nicht recht Leute, deshalb haben wir die alten genommen. Wenn sich heute Mißstände ergeben haben, müssen sie beseitigt werden. Aber die Klagen müssen an die richtige Adresse gebracht werden, damit man sie prüfen kann, um Mißstände abzuschaffen.

Soßna: Ich muß erklären, daß die Arbeitslosen sich keineswegs mit einer Antwort befriedigen werden, wenn man ihnen sagen wird, es sollte erst in den betreffenden Instanzen verhandelt werden. Die Erregung ist so groß, daß wir kaum in der Lage waren, sie zu halten.

Sie haben heute morgen auf uns eingedrungen, wann denn endlich etwas gemacht würde? Die Frage muß heute beantwortet werden. Wir haben gleich am ersten Tage sämtliche Forderungen und Mißstände den Instanzen vorgetragen, die dafür in Frage kommen, z. B. dem Arbeiternachweis und dem Demobilmachungsausschuß und dem Fürsorgeausschuß. Sie haben Zeit genug gehabt, sich darüber ein Bild zu machen. Und ich glaube, beim guten Willen läßt sich darüber sprechen. Wenn wir mit einer leeren Antwort zu den Arbeitslosen kommen, denn wir sind verpflichtet, ihnen eine Antwort zu geben am Montag, und ich glaube, Sie werden sehen, wenn die Antwort nicht nach ihrem Sinn ausfällt, wenn wir ihnen sagen.: Ihr müßt noch warten, ich glaube, daß sie dann zu andern Mitteln greifen, und ich glaube, es ließe sich mit gutem Willen darüber reden. Der Satz von 4 Mark, das leuchtet jedem ein, damit kann niemand auskommen. Es sollte eigentlich ein Provisorium sein, aber wie lange dauert es, bis es geändert wird? Und darum haben wir diese Forderung heraufgesetzt. Natürlich bestehen die Arbeitslosen darauf, daß an dieser Forderung nichts geändert wird. Jedenfalls kann man bei gutem Willen prüfen, ob es zu recht besteht oder nicht, daß manche Familien ein erhöhtes Einkommen bekommen. So wie die Sachen liegen, sind die Sätze gar nicht zu hoch. Wir müssen dem Kapitalismus diese Sätze, die dafür aufgebracht werden müssen, abnehmen. Was den Reichszuschuß von 50 Prozent beträgt, den bekommen wir ja, und das übrige muß das Kapital aufbringen. Wenn es an seinen Geldbeutel geht, wird er dafür sorgen, daß Arbeit da ist. Sommer hat vor einigen Tagen erklärt, wie sich diese Herren versteifen, wenn man zu ihnen kommt, und man will Arbeit haben. Geht es an ihren Geldbeutel, werden Sie uns Arbeit geben. Wir müssen darauf dringen, daß die Arbeitslosigkeit verschwindet. Denn sie ist in der sozialistischen Republik ein Schaden an dem Volke; es laufen Leute herum, die werden zu Vagabunden. Sie suchen Arbeit und können keine bekommen. Sie wollen gar keine Unterstützung haben; gewiß sind immer einige Elemente da, die sind immer da gewesen, aber es werden sich Mittel und Wege finden, um die zur Arbeit heranzuziehen. Ich möchte bitten, wenigstens etwas zu erledigen, daß man den guten Willen zeigt, den Arbeitslosen zuvorzukommen, sodaß wir nicht mit leeren Händen diesen Arbeitslosen entgegentreten müssen.

Klima: Parteigenossen! Ich bin entgegen allen meinen Vorrednern anderer Meinung. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß die Arbeitslosigkeit, die jetzt herrscht, ein Produkt der kapitalistischen Verhältnisse und ein Produkt des Krieges ist und der Gesellschaft, die uns dazu geführt hat, daß die Arbeitslosigkeit jetzt in dem Maaße herrscht, und wir werden niemals im Stande sein, diese Sache zu regeln, wenn die Sache so sein soll, daß wir die Zufriedenheit der Arbeiterschaft damit erringen und daß die Leute nun von der Straße kommen, wenn wir nicht auf der anderen Seite etwas aufbauen, was wir auf der einen Seite umschmeißen. Man redet von der geteilten Arbeitszeit, es wird dadurch eine gewisse Verelendung eintreten. Andererseits kann man sagen, es sind verschiedene Elemente in den Fabriken, die zuhause noch Nebenbeschäftigung haben, es mögen Ausnahmen sein, aber es sind einige da. Ich glaube aber, so schlimm wird das nicht sein. (Widerspruch.) Diejenigen, die es nicht nötig haben, in die Betriebe zu gehen, werden es nicht tun. (Zwischenrufe). Parteigenossen, die Arbeitslosigkeit ist ein Problem, welches wir tatsächlich nicht lösen können. Die einzige Lösung ist, wir bewilligen die Forderungen der Arbeitslosen und sagen, was ihr verlangt, ist noch zu wenig, denn sie sind unschuldig ins Elend gekommen. Wir haben das getan, die Gesellschaft, und wir müssen Mittel und Wege finden, um diese Gesellschaft zur Zahlung der Kosten heranzuziehen. Ich ersuche Sie, nehmen Sie den Vorschlag der Kom. an und bewilligen Sie ihnen die Sätze. Sie sind nicht zu hoch, eher zu niedrig. Und was die Beschaffung der Arbeit anbelangt, so hat Sommer schon gesagt, daß die Arbeitsräte auf der Hut sind. Es läßt sich sonst jetzt weiter nichts schaffen. Die Arbeitslosigkeit wird in Zukunft auch noch da sein; die einzige Lösung wäre die sozialistische Republik. Sie wissen, der Krieg hat alles über den Haufen geworfen. Arbeit ist genug da, aber solange die bürgerliche Gesellschaft besteht, verhindert Sie, daß die Arbeit sich wieder entwickeln kann. Es wäre doch so einfach! Es sind hunderte von Familien ohne Wohnungen, das Bauwesen müßte schon im vollen Flor sein; Rohmaterialien sind vorhanden, aber es wird nichts gemacht. Die Herren Bauunternehmer sollen ein Abkommen getroffen haben, wir bauen nicht, es muß erst eine andere Regierung kommen". So wird es immer schlechter werden, es ist immer das Kapital, das hindernd in die Wege tritt. Die Gegenrevolution wächst von Tag zu Tag, es hilft nichts weiter, als die Kapitalien auf andere Weise heranzuziehen.

Vors.: Ich muß noch ein Wort dazu sagen. Ich glaube, wir kommen in eine uferlose Debatte, wenn wir so fortfahren, wie der letzte Redner die Sache angefaßt hat. Wenn man das Arbeitslosenproblem behandeln will und wenn wir nicht Fachleute sind und nicht Vorschläge für eine große Versammlung ausarbeiten wollen, was ich für notwendig und zweckmäßig halte, so müssen wir das Arbeitslosenproblem tiefgründiger anfassen, als es hier angefaßt wurde. Einstweilen haben wir noch nicht die sozialistische Republik. Wir wollen die sozialistische Republik alle, meinetwegen so schnell wie möglich. Solange wir aber die kapitalistische Gesellschaftsordnung haben, haben wir auch die Krankheitserscheinungen, wodurch die Arbeitslosigkeit verursacht worden ist. Das wissen wir alle. Sie wird natürlich nicht so im Handumdrehen zu beseitigen sein, und das Schlimme ist, daß durch die Fehler der jetzigen Gesellschaftsordnung es erst zu der kolossalen Arbeitslosigkeit hat kommen müssen, und daß wir garnicht einmal die Mittel haben, die Folgen zu beseitigen. Es wird nur immer ein Teil dessen den Arbeitslosen gegeben werden können, was ihnen entgangen worden ist. Es wird gesagt, es sollten die Sätze einfach angenommen werden, die beantragt worden sind. Ich kann das nicht nachprüfen, zu welchen finanziellen Folgen das führt.

Daß die Sätze an sich nicht unverschämt sind, wird jeder zugeben müssen. Aber, Parteigenossen! 10 Mark wären auch nicht zuviel, es wäre noch mehr am Platze 12 Mark; auch damit hat der einzelne noch seine liebe Not, wie die Löhne der Rüstungsarbeiter beweisen, die das Geld doch auch gebrauchen und es nicht zur Sparkasse gebracht haben. Es kann keine Rede davon sein, daß die Sätze zu hoch wären. Aber so dürfen wir nicht rechnen! Wenn wir hier in die Lage kommen, solche Dinge zu beschließen, müssen wir fragen, wer hat die Gelder aufzubringen? Und inwieweit ist das Gemeinwesen in der Lage, nun die Kosten in der Form von Steuern aufzubringen? Und da dürfen wir nicht vergessen, daß die Sache nicht so liegt, wie der letzte Vorredner sagte. Die Gelder haben nicht nur die Kapitalisten, sondern auch die Arbeiter aufzubringen, und zwar in größerem Maße werden sie sie aufzubringen haben, und zwar wird in der Zukunft die Steuergesetzgebung die Arbeiter noch mehr erfassen, als in der Vergangenheit, sonst werden die einzelnen Gemeinden nicht in der Lage sein, selbst bei direkten Steuern, die ungeheuren Kosten aufzubringen, die entstanden sind durch den Krieg. Da müssen wir mit starken Verantwortlichkeitsgefühlen an solche Fragen gehen, bei aller Sympathie für die Arbeitslosen, und wo könnte man ihnen wohl mehr Sympathie entgegenbringen als hier. Aber wir müssen so unantastbar wie irgendmöglich unsere Entscheidung treffen. Es könnte sonst der Fall eintreten, daß wir uns den Vorwurf der Leichtfertigkeit gefallen lassen müßten. Ist es denn wirklich nicht angängig, daß wir die Sache noch ein paar Tage verschieben? Daß wir sie im Aktionsausschuß beraten? Ein Antrag will, daß das, was beschlossen ist, rückwirkende Kraft haben soll. Dann wird den Arbeitslosen immer noch zuteil, was sie haben wollen, und es kann ihnen doch nicht darum zu tun sein, daß die Dinge übers Knie gebrochen werden, sondern daß so gründlich wie möglich beraten wird, daß also im Aktionsausschuß Vorbesprechungen stattfinden sollen. Es wird sich dann der Antrag auf Einsetzung einer Kommission erübrigen, zum Teile wenigstens. Ich möchte vor allem warnen, sich über die Frage der Arbeitslosigkeit so im Allgemeinen und kritiklos auszulassen. Irgendwelche Gefühlsergüsse helfen uns nicht über die schwierige Lage hinweg. Das Problem der Arbeitslosigkeit will ökonomisch erfaßt sein. Und wenn man das nicht tut, wird man auf große Schwierigkeiten stoßen. Wenn Soßna meint, die Arbeitslosigkeit muß beseitigt werden, dann muß er sich gesagt sein lassen, daß die in Jahren noch nicht beseitigt sein kann, dazu ist die Gesellschaft noch nicht imstande, selbst wenn diese Gesellschaft überwunden wäre, was das Beste wäre, wenn wir den Kapitalismus überwunden hätten, würden uns noch ungeheure Schwierigkeiten im Wege stehen, denn wir stehen auf den Trümmern des Staates. So einfach liegt die Sache nicht, das ist ein außerordentlich schwieriges Problem die Arbeitslosigkeit, und es ist niemals in einem so großen Umfange aufgetreten, als wie nach einem solchen Kriege, dem größten aller Kriege, und niemals waren auch die Mittel so minimal zur Lösung dieses Problems.

Heibel: Ich muß immer wieder die Finanzfrage heraushören. Ich möchte einen Antrag stellen, „diejenigen Institute, wie Reedereien, die verdient haben, auch restlos zu fassen." Die Argo, die doch eine hohe Dividende verteilt hat, hat einfach vier Schiffsbesatzungen noch am Heiligen Abend an Land geschmissen. Soll die Kosten dafür nun das Volk tragen? Soll es das Geld aufbringen, was die Kapitalisten in ihrem Säckel haben? Diese Reedereien haben verdient. Natürlich jetzt wird gehungert. Aber das liegt an der Blockade, die Blockade ist verschärft entgegen den Waffenstillstandsbedingungen. Daher kommt die Rohstoffnot und die Arbeitslosigkeit. (Lachen!) Wir haben so viele Rohstoffe, daß jeder in Bremen beschäftigt werden kann. Ein Schiff von 20000 Tonnen, das ist in 9 Stunden beladen und braucht nur 7 Tage zur Ueberfahrt. (Zwischenrufe, Lachen, Heiterkeit.) . . . das sind praktische Beweise. Ein

Schiff von Rußland braucht zweieinhalb bis viereinhalb Tage. . . . Wenn die Arbeitslosen sich nicht beruhigen, was sollen die Kriegsbeschädigten mit ihren 2.50 Mark machen? (Zuruf: Was denn die Arbeitslosen, die zum Teil noch kriegsbeschädigt sind?) Nun ja, dann können sie Rente bekommen. Die Reeder sind zu erfassen trotz ihrer Stickharrigkeit. Heute hat Direktor Nolze erklärt, er wolle nicht, daß er verhaftet würde, wenn er die Bedingungen nicht erfülle, die er in Hamburg unterschrieben hat. (Lachen.) Lachen Sie nicht, das ist eine traurige Sache, wenn Sie sich nicht überzeugen lassen, ist das eine traurige Sache. Wenn ein Kapitalist wirklich in der Lage ist, die Leute zu entschädigen, muß er dazu gezwungen werden. Die Schiffe müssen in Stand gesetzt werden, und bitte ich, die Leute zu den alten Bedingungen beschäftigen zu lassen.

Starker: Genosse Sommer führte aus, daß die Bestimmnngen über die Einstellung der Arbeiter sehr klar wären. Ich sage, sie sind sehr unklar, und zwar aus dem einfachen Grunde, es heißt darin, wer bis August 1914 beim Arbeitgeber beschäftigt war, soll wieder von diesem eingestellt werden. Nun ist es Tatsache, daß viele Leute im August 1914 nicht eingezogen worden sind, aber nicht freiwillig die Arbeit aufgegeben haben, sondern aus Angst vor dem Kommenden die Arbeit aufgeben mußten, weil die Unternehmer die Betriebe still legten. Ich bin der Meinung, daß unter diese Rubrik August 1914 alle diejenigen Leute fallen, die damals im August 1914 bei einem Arbeitgeber beschäftigt waren und von diesen wieder eingestellt werden müssen. Es ist aber notwendig, den August ausdrücklich festzusetzen, denn womöglich ging ein Arbeiter dann im September zu einem anderen Unternehmer und Oktober wieder zu einem anderen und das hätte Unklarheiten ergeben. Eine andere Kategorie sind die Leute, die aktiv waren, Die müssen eingestellt werden, wo sie waren, oder sie müssen 14tägigen Lohn erhalten. Das soll die Arbeitslosen, wenn sie zurückkehren, über Wasser halten. Ein anderer Satz wäre, daß den Arbeitslosen als solchen nichts von der Kriegsunterstützung für Kinder und Frauen, die dies bekommen, abgezogen wird, und zwar ist das billig und gerechtfertigt. Es ist jetzt doch so, daß wer vom Militär beurlaubt, oder noch nicht entlassen ist, dessen Familie die Unterstützung weiter bekommt. Er hat ein größeres Einkommen als die Arbeitslosen und seine Unterstützung geht weiter. Die Arbeitslosen, die das kleinere Einkommen haben, denen wird auf dieses kleinere Einkommen auch noch die Unterstützung mit angerechnet, und infolgedessen bekommt er nicht den Satz, sondern etwas weniger. Es gibt Arbeitslose, die 2,90 und solche, die 2,80 Mk. bekommen. War das unser Wille, als wir den Antrag hier annahmen, daß die Arbeitslosen jeden Tag 4 Mk, die Frauen 6,50 Mk. und die Kinder 75 Pfg. bekommen? War bei einem von Euch der Gedanke aufgetaucht, daß die Familienunterstützung auf diese in Anrechnung gebracht werden dürfe? Ich glaube, es ist keinem der Gedanke gekommen. Ich bin der Meinung, daß wir ohne weiteres den Beschluß herbeiführen, daß den Leuten die abgezogene Unterstützung wieder ausgezahlt wird. Das wäre eine Hilfe für die derzeitige Arbeitslosigkeit, soweit sie Soldaten waren. Aber auch eine andere Hilfe muß es geben. Das ist eine korrekte Erfassung sämtlicher Betriebe, daß sie gezwungen werden, ihre Arbeiter aus dem Arbeitsnachweis zu holen. Ich bin selbst im Arbeitsnachweis beschäftigt und weiß, wie es da hergeht. Nimmt man sich eine Zeitung, wird man sehen, daß in der Rubrik für männliche und weibliche Arbeitssuchende ein Teil der Unternehmer Leute suchen und sich also um den Arbeitsnachweis nicht kümmern. Das sind die Kleinen. Dann die großen Firmen. Die schreiben einen Zettel und dann sagen sie, gehen Sie zum Arbeitsnachweis und lassen Sie sich eine Karte ausstellen, und dann können Sie bei uns anfangen. Und wenn er dann kommt, dann heißt es: Hast du auch 1914 bei der Firma gearbeitet? — Nein! Und dann hat er doch nicht die Arbeit bekommen. Das ist ein Fall, der zu Hunderten vorkommt an einem Tage. (Hört! Hört!) Das ist der Krebsschaden der Arbeitslosenversicherung wie des Arbeitsnachweises, daß die Arbeiter hergehen, sich Arbeit suchen und dadurch die Unternehmer ermutigen, den Arbeitsnachweis zu schneiden.

Der Demobilisierungsausschuß muß ernst machen und Strafen festsetzen und auch Strafen verhängen, damit die Arbeitgeber die Bekanntmachung innehalten. Was nützt es, daß der Arbeiterrat beschlossen hat, daß die Arbeit nur durch den amtlichen Arbeitsnachweis vermittelt werden soll, und die Arbeitgeber richten sich nicht danach? Das ist ein Krebsschaden, an dem die ganze Sache leidet. Wenn man da von 10 bis 11 Uhr steht und sieht die Scharen von Arbeitslosen, besonders von Gruppe 6, ungelernte Arbeiter, die nun keine Arbeit bekommen können, weil die Unternehmer schon hinterrücks so viele Leute angestellt haben, und wenn man Anfragen stellt, dann kriegt man Antworten, die jeder Beschreibung spotten. Ich habe im Arbeitsnachweis angefragt, ob die Leute mit dem Lohn zufrieden wären, die so hinterrücks angestellt würden. Ich kann aus Erfahrung sprechen, was für Löhne die Unternehmer tatsächlich anbieten. Es sind Löhne, die jeder Beschreibung spotten. Es werden z. B. für Moorarbeiten bei zehnstündiger Arbeitszeit und Kost und Logis 2,50 Mk. geboten. Und dabei wird er-

klärt, daß der bremische Staat mit 40 Prozent an der Moorkultur beteiligt sei. Damit soll gesagt werden, daß der bremische Staat gewissermaßen der Arbeitgeber sei. Als Arbeitslohn müßten aber 4 Mk. bei achtstündiger Arbeitszeit gezahlt werden. Man sagt, bei solchen Löhnen brächte das Geschäft keinen Nutzen. Aber daß der Staat als Arbeitgeber hingestellt wird, ist nicht richtig: der Staat stellt die Summe nur zur Verfügung. Aber auf diese Weise sucht man hinterrücks den amtlichen Arbeitsnachweis unwirksam zu machen. Was hat das aber zur Folge? Das hat zur Folge, daß die Arbeitslosen schreien, daß ein Wutgeheul der Arbeitslosen losbricht. Solche Sachen können nicht bestehen bleiben. Der Demobilisierungsausschuß muß da ganz energisch einschreiten. Wenn er die Unternehmer, die den Arbeitsnachweis so umgehen, in Strafe nimmt und ihre Namen öffentlich bekannt gibt, dann kommt etwas ganz anderes heraus, dann können so und soviele Arbeitslose in den Betrieben untergebracht werden. Die Arbeitslosigkeit wird zum großen Teil von den Arbeitgebern künstlich hervorgerufen, die Arbeitslosigkeit liegt im System des Kapitalismus, er will eine Reservearmee haben. Das kann verhindert werden durch eine Bestrafung der Arbeitgeber. Es muß ernst gemacht werden mit Taten, es muß dem Kapitalismus an die Zähne und Nieren gehen.

Über die Forderungen der Arbeitslosen müssen wir ein klares Bild bekommen. Ich bin darum damit einverstanden, daß die Sache vom Aktionsausschuß geprüft wird, damit wir ein klares Bild bekommen und eine Grundlage bekommen, auf der wieder das Ganze aufgebaut werden kann, und nicht ein Zwitterding. Es muß ein regelrechter Antrag gestellt werden. So begründet die Forderungen auch sind, wir können sie doch nicht im Pauschal annehmen. Wir müssen die Angelegenheit einheitlich regeln. Wir haben ja die Vorlage ziemlich durchberaten; nur einzelne Punkte stellen wir bis zur nächsten Sitzung zurück. Dann werden wir beschließen, wie den Arbeitslosen geholfen werden soll, des können wir versichert sein, das geht nicht an, daß den Arbeitslosen die Kinderzulage von 10 Mk. wieder abgezogen wird (Pfui!) Wir sitzen hier und sind die Vertreter, die maßgebenden Persönlichkeiten, wir gestatten es nicht, daß den Ärmsten der Armen das abgezogen wird. Das können wir schon heute beschließen.

Vors. Es ist ein Antrag von Koop eingegangen, die Sache an den Aktionsausschuß zur Prüfung zu überweisen.

Ich mache darauf aufmerksam, daß noch viele Redner angeschrieben sind, daß dabei sehr viel wiederholt wird.

Zimmermann: Viele Frauen, die in Betrieben beschäftigt werden, haben noch eine Nebenbeschäftigung zu Hause: eine Brotverkaufsstelle, eine Gemüsehandlung, eine Gastwirtschaft, eine Milchwirtschaft usw. Wir müssen darauf achten, daß diese Leute vor die Alternative gestellt werden, entweder das Nebengeschäft aufzugeben oder den Betrieb zu verlassen. Wenn sie den Betrieb nicht verlassen wollen und die Nebenbeschäftigung aufgeben, können da Kriegsinvaliden hineinkommen, oder Kriegerfrauen mit kleinen Kindern. Es gibt auch viele Leute, die Sonntags abends musizieren und kellnerieren und sonst auch in den Betrieben tätig sind. Diese müßten auch den Betrieb verlassen oder ihre Nebenbeschäftigung aufgeben. Ich möchte die Arbeiter, insbesondere in den Großbetrieben bitten, die Leute genau unter die Lupe zu nehmen. Auf der A.-G. Weser haben wir die Sache schon in die Hand genommen, um sie korrekt durchzuführen. Wir haben da mit den Meistern und den Betriebsingenieuren Rücksprache genommen, inwieweit Kriegsinvaliden zu beschäftigen sind. Ihre Zahl soll genau festgestellt werden, und sie sollen nach Möglichkeit untergebracht werden. Ich möchte den Arbeiterrat bitten, dem Beispiele zu folgen, wie wir auf der A.-G. Weser begonnen haben.

Stockhinger: Zur Geschäftsordnung! Zur Abkürzung der Debatte möchte ich mitteilen, daß heute abend . . :

Vors.: Ist das zur Geschäftsordnung? Sie sind zur Sache als nächster Redner angeschrieben.

Stockhinger: Habe ich das Wort?

Vors. Zur Geschäftsordnung oder zur Sache?

Stockhinger: Zur Sache. Ich habe Dr. Völckers, den Leiter der Erwerbslosenfürsorge gefragt, wieweit die Sache gediehen sei, was für Schritte unternommen seien, er hat aber keine rechte Antwort darauf gegeben. Dr. Völckers hat gesagt, daß noch kein Resultat erzielt sei, daß die Sache am Montag noch einmal in der Unterstützungskommission zur Sprache kommen werde. Wenn das geschehen ist, wird sie noch erst an den Demobilisierungsausschuß überwiesen und von diesen an uns. Es ist also ein langweiliger Apparat, der eingeschlagen wird. Man hätte etwas beschleunigter arbeiten können. Man weiß genau, wie dringend die Sache mit den Arbeitslosen ist, jeden Tag wird sie dringlicher, und man muß wünschen, daß der Beschluß über die Forderungen beschleunigt wird. Am Montag hat die Versammlung stattgefunden, und bis heute hat man es noch nicht für nötig befunden, daß man sich überhaupt an

den Verhandlungstisch gesetzt hat. Es handelt sich um eine so wichtige Frage, daß sofort etwas geschehen muß, es muß, wenn der Tag nicht ausreicht, die Nacht zu Hilfe genommen werden, um die Sache zu erledigen, es ist nicht nötig, daß die Herren ihre Bureaustunden inne halten. Wenn am Montag die Kommission für die Erwerbslosenfürsorge zusammentritt, muß an demselben Tage noch der Demobilisierungsausschuß dazu Stellung nehmen, damit das Resultat der Beratungen, das, was man für nötig hält, an den Arbeiterrat gebracht werden kann. Parteigenossen! Auf die Forderungen, im einzelnen will ich nicht weiter eingehen. Ich will nur kurz bemerken, daß die Forderungen sich in gewissen Grenzen zu halten haben. Daß nicht ins Uferlose alles bewilligt werden kann, ist selbstverständlich. Ein Holzarbeiter, der zehn Kinder hat, erhält jetzt 158 Mark. Da sollten wir nicht nur Mindestsätze, sondern auch Höchstsätze festsetzen. Daß der Satz von 4 Mark für Ledige zu niedrig ist, sehe ich ein. Ich werde dafür sein, daß ein Höchstsatz von 80 oder 85 Mark festgesetzt wird, der nicht überschritten werden darf. Was aber die Familienreichsunterstützung betrifft, so ist da verschiedentlich im Fabrikausschuß angefragt. Ich habe mit Dr. Böhmert darüber gesprochen und er hat mir erklärt wie es mit der Reichsunterstützung für Familien und mit den Unterstützungen für andere Zwecke sei, und er hat mir gesagt, das läge in dem Gesetz begründet, wenn jemand vom Reich eine gesetzliche Unterstützung erhalte, dann könnte er nicht noch eine neue, eine zweite reichsgesetzliche Unterstützung erhalten.

Parteigenossen! Die Arbeitslosigkeit ist ein Problem, über das werden wir in aller Kürze hinwegkommen müssen. Wie bisher an der Lösung des Problems gearbeitet ist, geht es nicht weiter. Würde an der alten Wirtschaftsordnung auch bei Lösung dieses Problems festgehalten, dann würden wir auf Zustände hinarbeiten, wie wir sie in Rußland haben, es würde Sabotage eintreten. In Bremen ist die Arbeitslosigkeit noch größer geworden, weil hier noch viele Arbeitskräfte von außerhalb angenommen werden. Ich habe Dr. Lange mitgeteilt, es müßten sofort Maßnahmen getroffen werden, es müßte verboten werden, wenn hier so viele Arbeitslose seien, noch Leute von außen anzunehmen. Ich habe dabei lediglich das Prinzip im Auge, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Parteigenossen! Die Karenzzeit muß gestrichen werden. Wenn noch eine Woche dazu kommt, wird, nicht vom Demobilisationsausschuß eine große Summe gespart werden. Anders ist es bei den Unterstützungen, die auch nicht zu hoch sein brauchen. Natürlich muß ein Normalsatz festgesetzt werden. Wenn jetzt ein Holzarbeiter mit zehn Kindern an Erwerbslosenunterstützung 138 Mark erhält, dazu noch 20 Mark Rente, so macht das 158 Mark. Wenn wir nun einen Höchstsatz von 84 bis 85 Mark festsetzen, so macht das einen Unterschied von 60 Mark. Das ist immerhin allerlei Geld. Wir dürfen nicht ins Uferlose bewilligen, das möchte ich nochmals betonen. Parteigenossen, ich halte den Satz von 4 Mark aber für zu niedrig, der muß auf 6 Mark heraufgesetzt werden. (Zuruf: Ich denke, Sie wollen die Debatte abkürzen? Anderer Zuruf: Das kommt noch! — Heiterkeit). Wir müssen für die Unterstützung eine Höchstgrenze festlegen.

Vorsitzender: Genosse Stockhinger, Sie wollten die Debatte abkürzen — das ist Ihnen aber schwerlich gelungen.

Ich mache darauf aufmerksam, daß der Antrag, die Frage an den Aktionsausschuß zu verweisen, schon angenommen ist, eine weitere Debatte darüber also überflüssig ist.

Es sind noch neun Redner angeschrieben.

Zur Geschäftsordnung hat Genosse Hagedorn ums Wort gebeten. Sie wollten Schluß der Debatte beantragen? (Hagedorn: Ja). Ich habe es erraten. (Heiterkeit).

Opfermann: Wenn wir den Schluß annehmen, ist die ganze Diskussion, die wir über diese Angelegenheit gehabt haben, unfruchtbar geblieben.

Vorsitzender: Das ist wohl nicht richtig. Es sind in der Beratung noch Anträge eingereicht, auch ein Antrag, der gleich erledigt werden soll. Der Antrag ist von Genossen Opfermann selbst gestellt. Er geht dahin, daß Arbeitsangebote nicht durch die Presse erfolgen sollen, und lediglich durch den Arbeitsnachweis gehen sollen. Das eine ist die Folgerung des ersten. Ich bin der Meinung, daß wir, wenn wir auch die Anträge der Arbeitslosen heute nicht erledigen wollen, über diese Anträge doch abstimmen können. Ich stelle es anheim.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Vorsitzender: Die beiden Anträge Opfermann sind erst später gestellt, haben aber gleich zu Anfang vorgelegen. Wir stimmen zunächst über den Antrag ab, daß Arbeitsangebote durch die Presse nicht erfolgen dürfen. (Zuruf von Sommer: Das ist schon verboten!) Dann werden wir den Soldatenrat veranlassen, das Nötige zu besorgen. (Zuruf: Ich bitte ums Wort). Die Debatte ist geschlossen.

?: Unter der Hand werden aber noch Leute angestellt, massenhaft stellt man Leute unter der Hand an!

Vorsitzender: Sie dürfen die Debatte nicht von neuem eröffnen. Ich bin ja nachsichtig nach jeder Richtung hin, aber die Debatte kann nicht wieder eröffnet werden. (Zuruf: Aber solche Anzeigen gehen fortwährend durch die Presse!) Es kann kein Antrag mehr gestellt werden; wir sind in der Abstimmung. (Zuruf: Es steht doch aber jeden Tag drin). Dann müssen wir dafür sorgen, daß das unterbleibt. Ob wir dazu die Mittel in der Hand haben, ist freilich eine andere Frage. Wenn so etwas drin steht, können wir es doch nicht wegradieren! Was sollen wir denn machen? (Starker: Die Zeitungen verbieten, die so etwas aufnehmen!) Wenn es drin steht, können wir es doch nicht wegradieren. (Klawitter: Die Zeitungen verbieten, wie die Weser-Zeitung und das Tageblatt!) Ob das geht, ist eine andere Frage.

Es bliebe dann nur der Antrag: Die Arbeitsvermittlung hat lediglich durch den zentralen Nachweis zu erfolgen. Das ist auch selbstverständlich. Wenn das Verbot des Annoncierens in Zeitungen schon erfolgt, brauchen wir darüber keinen Beschluß mehr zu fassen. Aber wenn wir den Beschluß noch einmal fassen, wird die bürgerliche Presse und auch unsere Presse auf die Folgen einer Übertretung aufmerksam gemacht.

Der Antrag wird angenommen.

Vorsitzender: Es ist jetzt noch ein Antrag Herold eingegangen: Den gewerblichen Stellenvermittlern ist die Besetzung offener Stellen zu untersagen. Der Antrag ist zu spät eingereicht. Der Antrag könnte aber dem Aktionsausschuß zur Beratung überwiesen werden, dann würde er in der nächsten Sitzung darüber berichten müssen.

Wir kommen dann zu dem früheren Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht der Siebenerkommission.

Ein Feldgrauer geht von links nach rechts am Präsidium vorbei und ruft: Noch ein Abschiedswort! Was wir heute abend hier gehört haben, befriedigt uns nicht. Es tut mir leid, daß in dieser Sache eine Verschleppungspolitik eintreten soll. (Vors. schwingt die Glocke: Liebe Freunde . . . . .) Seid überzeugt, daß wir mit allen Machtmitteln unsere Forderungen durchdrücken werden mit den Waffen. Nötigenfalls setzen wir eine neue Regierung ein, die uns genehm ist. (Unruhe im Saale, Beifall von den Galerien.)

Bericht der Siebenerkommission.

Vorsitzender: Von dem Vorsitzenden der Kommission ist mir mitgeteilt worden, er empfehle die Sache von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, weil die Kommission nach seiner Meinung noch nicht recht zu einem Beschluß gekommen sei. Der Vorsitzende wird uns das aber selbst sagen.

Opfermann: Genossen! Die Kommission ist gestern zu einer Sitzung zusammengetreten, mit den Verhandlungen aber noch nicht zum Rande gekommen. Sie hatte beschlossen, die Beratungen am Montag abend fortzusetzen. Heute nachmittag erhielt ich aber vom Arbeiterrat telephonisch die Mitteilung, daß die Sache unbedingt erledigt werden müsse. Heute nachmittag um vier Uhr sollten dann die Beratungen fortgesetzt werden. Ich bin auch dort gewesen. Es waren aber nur drei Genossen von der Kommission anwesend. Als wir das gesehen haben, sind wir wieder fortgegangen. Nachträglich habe ich dann von Brodmerkel erfahren, daß während meiner Abwesenheit Ludewig und Stockhinger zu einem Entschluß gekommen sind. Ich muß aber die Verantwortung dafür ablehnen, ich weiß garnicht, was die Kommission in meiner Abwesenheit beschlossen hat.

Vors. Sie empfehlen also, die Sache zurückzustellen.

Bröster: Parteigenossen! Als die Kommission in der vorigen Sitzung gewählt wurde, ist uns mitgegeben worden, die Sache so schnell wie möglich zu erledigen und sie womöglich schon in der heutigen Sitzung zur Sprache zu bringen. Wir haben uns gestern abend redlich Mühe gegeben, aber wir konnten, wie die Verhältnisse lagen, nicht zu einem Entschluß kommen, weil zu viele Fälle auf uns hereinstürmten. Aber jedenfalls sind wir nicht zu einem Entschluß gekommen. Wenn Sie bedenken, daß von der Kommission nur die Hälfte anwesend ist — wir waren gestern mit fünf da, zuletzt noch mit vier und sogar nur mit 3 von der Siebenerkommission — so werden Sie zugeben, daß mit 3 Leuten nicht richtig gearbeitet werden kann. Aber wir haben uns gestern abend, soweit wir versammelt waren, auf den Standpunkt gestellt, daß die politisch Inhaftierten zu den Forderungen, die sie gestellt haben, jedenfalls einen berechtigten Anspruch haben, da sie materiell geschädigt sind, daß sie längere Freiheitsstrafen erduldet haben, daß sie seelische Qualen erlitten haben. Daß ist eine Tatsache. Wenn es auch richtig ist, daß die Soldaten in den Schützengräben seelische Qualen erlitten haben, so muß man doch auseinanderhalten, die seelischen Qualen, die die Leute in den Schützengräben erlitten haben, sind anders als die, die die Leute im Zuchthaus erlitten haben. Parteigenossen, aus diesen Gründen sind wir gestern abend nicht dazu gekommen, Ihnen bestimmte Vorschläge zu machen, wir, die Fünf, die

gestern versammelt gewesen sind, sind der Meinung, daß die Forderungen der Inhaftierten berechtigt sind.

Vors. Das, was die beiden Redner gesagt haben, scheint wirklich nicht dafür zu sprechen, die Sache heute abend schon zu erledigen. Der Vorsitzende der Kommission machte uns die Mitteilung, daß die Kommission zu keinem Beschluß gekommen sei, und der Genosse, der eben sprach, hat das einfach unterstützt, noch unterstrichen. Ich glaube, die Sache muß geprüft werden, sodaß wir auf einer bestimmten Grundlage verhandeln können, ohne uns in die Nesseln zu setzen. Die Kommission hat noch keine abschließende Prüfung vornehmen können, aus Gründen, die ich nicht übersehen kann. Wenn gesagt wird, wir müßten trotzdem schon beschließen, da die Sache Eile habe, so erscheint mir das merkwürdig. Es scheint mir solche Eile garnicht am Platze zu sein, wie die Betreffenden meinen. Warum eilt denn die Sache? Ich sehe das nicht ein, dafür ist gar kein Grund vorhanden. Der Vorredner sagt jetzt, Genosse Opfermann hat selbst beantragt, heute darüber nicht zu verhandeln. Ich beschränke darum geschäftsordnungsmäßig die Diskussion auf diese Frage. Wünscht jemand dagegen zu reden?

Buchholz: Parteigenossen! Ich bitte, den Antrag abzulehnen. Dann möchte ich kurze Ausführungen über die gestrige Sitzung der Kommission geben. Ich bin zu der Überzeugung gekommen, daß es ganz zwecklos ist, daß die Kommission noch länger Schachergeschäfte mit uns betreibt Ich bitte, den Antrag abzulehnen. Es wird nicht lange dauern, dann werden wir ganz anders reden in dieser Sache

Vors.: Ich lasse darüber abstimmen. (Geschieht.) Die Sache wird also vertagt.

Buchholz: Ich wünsche das Wort zu einer Erklärung.

Vors.: Zu einer Erklärung kann ich Ihnen das Wort nicht geben.

Buchholz: Das kann doch jeder. (Widerspruch. Gelächter).

Punkt 3.

Swenson: Parteigenossen! Am gestrigen Tage wurde ich vom Aktionsausschuß beauftragt, diesen Antrag zu bearbeiten. Ich habe mich aus diesem Grunde mit der Kommission, die die Sache bearbeitet, zunächst mit Syndikus Dr. Tack, in Verbindung gesetzt. Wir hatten gestern eine Besprechung, und gestern nachmittag um 4 Uhr kamen wir mit Dr. Völckers zusammen. Wir konnten in dieser Zusammenkunft zu einem Entschluß noch nicht kommen, weil die betreffenden Herren ja darauf bedacht sind, erst genügend Unterlagen zu bekommen. Es mußte bedacht werden, daß hier noch ein großer Teil Militärpersonen in Garnison sind, als Wachkommandos oder als Schreibgehilfen, im Sicherheitsdienst usw. usw., die außer ihrer Löhnung noch 3 Mk. täglich verdienen, Die Herren standen also auf dem Standpunkt, daß diese Militärperpersonen für die Familienunterstützung ausscheiden müßten. Ich habe mich deshalb mit dem Soldatenrat heute abend in Verbindung gesetzt, um festzustellen, wieviel Militärpersonen hierfür in Frage kämen. Es ist dies nur ein verschwindend geringer Teil gegenüber dem Garnisonbestande überhaupt. Wir haben nun heute nachmittag wieder eine Sitzung gehabt und sind dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß Dr. Tack und auch Dr. Völckers sich bemüßigt gesehen haben, gegenüber der Kriegsdeputation vertreten zu wollen, daß die Sätze für den Haushalt um 15 Mk. erhöht werden, für jedes Kind um 2.50 Mk. Danach bekäme also eine alleinstehende Ehefrau statt 84.60 Mk. jetzt 99.60 Mk., eine Ehefrau mit einem Kinde statt 107,15 Mk. jetzt 124,65 Mk. usw. usw. Es ist mir auch ausdrücklich zugesichert worden, daß die erhöhte Unterstützung vom 1. Januar ab fällig ist. Sie kann allerdings erst in der zweiten Hälfte Januar ausgezahlt werden, weil in dieser Beziehung noch technische Schwierigkeiten vorliegen. Dr. Völckers erklärte, daß es ihm nicht möglich wäre, bei dem umfangreichen Abbau, der jetzt stattfindet, bei den ungeheuer viel Entlassungen vom Militär, die jetzt erfolgen, alles sofort zu bewältigen. Noch mehr Arbeitskräfte anzustellen, ginge auch nicht, weil sonst sich doch nur einer auf den anderen häufen würde. Es ist dann weiter gesagt worden, daß ein gewisser Stichtag festgesetzt werden müsse, eine Grenze, bis zu der die Unterstützung noch fällig ist für diejenigen, die jetzt vom Militär entlassen werden. Wer vor dem 31. Dezember entlassen wird, bekommt die Familienunterstützung noch für 4 Wochen nach dem Reichsgesetz, woran nicht zu rütteln ist, aber zu den früheren Sätzen, nicht zu den erhöhten Sätzen. Wenn nun Stockhinger hier erklärt hat, daß Dr. Völckers betreffs der Arbeitslosenfürsorge erklärt habe, daß die Unterstützung weiter in Anrechnung zu bringen ist, so haben dagegen mir Dr. Völckers und auch Dr. Tack erklärt, daß die Arbeitslosen, die mit dem 31. Dezember entlassen werden und die achttägige Karenzzeit durchgemacht haben, dann die Arbeitslosenunterstützung beziehen, und daß die Arbeitslosenbezw. die Familienunterstützung nicht in Anrechnung gebracht werden darf. Er hat also mir gegenüber das Gegenteil von dem erklärt, was er Stockhinger erklärt hat. Wenn das geschehen ist, so ist es zu unrecht geschehen, und wenn die Kriegsdeputation wirklich so verfahren sollte, so müßte dem entgegen getreten werden. Aber die beiden

Herren sind doch Mitglieder der Senatskommission und sie werden sich doch wohl überlegt haben, was sie mir gegenüber erklärt haben. Jedenfalls ist es Tatsache, daß die Familienunterstützung für die nächsten vier Wochen bezogen wird, daß die Arbeitslosenunterstützung aber nicht auf die Familienunterstützung in Anrechnung gebracht werden darf. Für den, der vor dem 31. Dezember entlassen wird, tritt also die erhöhte Familienunterstützung nicht in Kraft. Ferner war am 31. Dezember eine einmalige Kinderzulage von 10 Mk. bezahlt worden, und zwar nur für Kinder, nicht auch für Geschwister eines Einberufenen. Die erhöhte Unterstützung soll nun selbstverständlich der Mutter eines Einberufenen oder seinen Geschwistern zugute kommen, wo die versorgt werden müssen. Die erhöhte Unterstützung soll durch das rote Kreuz bezahlt werden. Der Staatszuschuß als solcher wird erhöht, die Auszahlung erfolgt aber durch das rote Kreuz, weil sich die Geschichte dadurch vereinfacht. Außerdem erklärten mir die beiden Herren, daß eine gewisse Erleichterung für die Kriegerfrauen doch auch noch erfolge durch die Warenverbilligungskarten. Das, was die Herren da zugestanden haben, würden sie sicher herausholen, meinten Sie. Diese Unterstützungssätze sind ja in gewisser Beziehung angelehnt an die Sätze für die Arbeitslosen. Ich habe auch erklärt, daß die Arbeitslosen als solche eine erhöhte Unterstützung beantragen würden, und daß also auch die Familienunterstützung damit in Einklang gebracht werden müsse, Es ist mir nicht möglich gewesen, noch mehr herauszuholen. Die Kriegsdeputation muß natürlich noch endgültig darüber entscheiden. Wenn die in den Küchen, Schreibstuben, Wachkommandos beschäftigten Soldaten, die doch ihre 3 Mark extra kriegen, nun noch die Erhöhung bekämen, wäre das eine Ungerechtigkeit, sagten mir Dr. Tack und Dr. Völkers.

Frau Becker: Werte Anwesende! Ich glaube, der größte Teil unter den Anwesenden weiß überhaupt gar nicht, was die Ehefrauen heute bekommen. Wir müssen nicht denken, daß uns nun 15 Mark extra bewilligt worden sind. Das habe ich aus den Ausführungen des Vorredners entnommen. Wir bekommen jetzt tatsächlich ungefähr 4 Mark mehr, mehr nicht. Wir bekommen keine 15 Mark mehr. Für ein Kind kämen mit Reichsunterstützung 17,50 Mark heraus. Ich habe schon einmal einem Bezirksleiter gesagt: Wenn er dafür meine Tochter gut ernähren und kleiden könnte, so stellte ich ihm meine Tochter jeden Tag zur Verfügung (Heiterkeit). Es ist doch unmöglich, ein Kind mit 17,50 Mark zu ernähren und zu kleiden. Und nun 2,50 Mark mehr. Was soll das? Was das bei den heutigen Teuerungsverhältnissen bedeutet, das weiß wohl jeder. Was hier geboten wird, ist ein ganz minimaler Satz, ist sozusagen gar nichts, ist ein Tropfen auf einen heißen Stein. Ich habe die Ausführungen des Vorredners nicht recht verstanden: sollen die 2,50 Mark für das Kind wöchentlich oder monatlich gezahlt werden? (Zuruf: Monatlich!) Das ist ja großartig, da gibt es ja kein Portemonnaie, das klein genug wäre, dieses Geld hinein zu stecken. Wir sollen also im Monat 15 Mark mehr bekommen und für das Kind 2,50 Mark. So ist das gedacht? (Zustimmung.) Dann kommt es ja auf dasselbe hinaus. Es wäre Pflicht gewesen, daß der Arbeiterrat oder der Aktionsausschuß jemanden dazu herangezogen hätte, der die Unterstützungssätze kennt, und der weiß, wie die Frauen damit auskommen können. Wovon sollen wir denn für die Kinder ein Paar Stiefel kaufen oder ein Paar lumpige Kriegshausschuhe? Dafür müssen wir 10 Mark zahlen, und dann bleiben noch 10 Mark übrig, um das Kind zu ernähren. Das ist doch ausgeschlossen, das geht doch nicht. Eine Schürze, was kostet die denn heute? Die kostet jetzt 15 Mark. Also dieses Geld ist ein Tropfen auf den heißen Stein. So kann es unter keinen Umständen weiter gehen. Daß man ein Kind mit 10 Mark nicht erhalten kann, daß weiß doch jeder, der Soldat gewesen ist. Und nun ist denen ja auch die Kindergabe wieder abgezogen worden, die haben sie also überhaupt nicht erhalten. In den Bestimmungen über die Zahlung der Unterstützung sind so viele Klauseln, daß die wenigsten wissen, was jetzt überhaupt eine Kriegerfrau bekommt. Da heißt es, daß eine alleinstehende Frau genau so viel bekommt wie ich, die ich ein Kind zu ernähren habe, nur bekomme ich 50 Pf. mehr für das Kind. Das ist eine Ungerechtigkeit. Es wird auch gar kein Unterschied gemacht, ob ein Kind zwei Tage oder 14 Jahre alt ist, es bekommt immer nur 17,50 Mark im Monat. Das kann nicht so weiter gehen. Mein Vorredner hat sich das einfach in die Schuhe schieben lassen, er hat sich zufrieden geben müssen.

Vors.: Meines Erachtens hat es wenig Wert, zu debattieren, wenn wir keine konkreten Unterlagen haben (Zuruf Starker: Man muß sich welche verschaffen!) Ja, bitte, wenn Sie dazu in der Lage sind. Aus allem, was gesagt worden ist, geht nichts hervor, worüber wir verhandeln könnten.

Starker: Es handelt sich hier doch um den Antrag der Frau Becker, der in loyaler Weise erledigt werden muß, und heute kommt ein Antrag, der den Kriegerfrauen eine wesentlich erhöhte Unterstützung geben möchte. Und wenn da von oben gesagt wird, das ginge nicht, das wäre zu viel, dann haben wir als Arbeiter- und Soldatenrat doch

zu bestimmen, was wir zulassen wollen. Wir haben hier zu bestimmen, was der bremische Staat zuzulegen hat. Es handelt sich auch um die Kriegerwitwen, die müssen genau so berücksichtigt werden wie die Kriegerfrauen. Wir wollen uns von den Herren nicht die Brocken von den Brocken hinwerfen lassen, damit wir für den Augenblick zufrieden sind. Sie bekommen ja jetzt noch weniger als die frühere Regierung gegeben hat. Wenn auch das Rechenexempel der Frau Becker etwas unklar war, so verstehe ich doch ihren Grundgedanken, und das ist der: wir müssen sofort einen Satz bewilligen, der ausreicht, und der den Kriegerfrauen vom bremischen Staat sofort auszuzahlen ist. Die kapitalistische Gesellschaft ist schuld daran, daß ihnen die Männer geraubt worden sind, und deshalb muß sie auch zahlen. Darüber sind wir uns doch alle einig. (Zuruf von Swenson: Wieviel soll dann bezahlt werden?) Ich schlage Ihnen vor, daß der doppelte Satz bezahlt wird.

Vors.: Frau Becker beantragt die Erhöhung der Unterstützungssätze, für die Ehefrau um 20 Mark, für jedes Kind um 7.50 Mark, und Genosse Starker beantragt . . . aber er hat ja einen Antrag garnicht schriftlich eingebracht, also existiert er noch nicht.

Swenson: Ich habe den Auftrag vom Aktionsausschuß bekommen zusammen mit Ertinger, die Sache zu besprechen. Ertinger hatte keine Zeit, und ich habe deshalb die Sache allein in Angriff genommen. Ich als Berichterstatter kann doch keine Anträge stellen. Mir sind die Sätze so vorgetragen worden, wie ich sie hier mitgeteilt habe. Wenn die Genossin Becker andere Sätze anführt, so verstehe ich das nicht. Die Sätze liegen doch fest und müssen doch bezahlt werden. Wenn Abzüge gemacht werden, so verstehe ich das nicht. Es wäre jedenfalls richtiger gewesen, wenn die Genossin Becker mit dazu herangezogen worden wäre. Ich bekam gestern morgen erst den Auftrag, und es sollte doch schnell Bericht erstattet werden. Deshalb war es mir nicht möglich, noch andere Personen heranzuziehen. Es wäre jedenfalls besser, die Sache heute abend nicht zu erledigen, sondern sie zu verschieben. Aber Brodmerkel bestand ja darauf, und deshalb mußte ich so schnell wie möglich vorgehen. Wenn Sie nicht zufrieden sind, haben Sie ja das Recht, höhere Sätze zu verlangen.

Vors.: Was Swenson zuletzt sagte, das halte ich auch für richtig. Daß diese ganze Materie, wie sie uns hier vorliegt, so unvollkommen ist, beweist, wie unrichtig es ist, irgend eine Sache unvorbereitet an den A. u. S.-Rat zu bringen (sehr richtig!) So etwas muß vorbereitet und zu einem Antrage verdichtet werden, es müssen bestimmte Vorschläge gemacht werden, sonst redet man hier ins Blaue hinein. Das geht nicht wie in irgend einer Volksversammlung. Wir müssen Klarheit haben über solche Dinge, und die haben wir noch nicht. Da wird von verschiedenen Seiten beantragt, die Sache an den Aktionsausschuß zurück zu verweisen. Zunächst hat Genosse Opfermann beantragt: Der Aktionsausschuß möge dafür eintreten, daß den Kriegerfrauen eine einmalige Teuerungszulage bewilligt wird. Ueber die Höhe möge der Aktionsausschuß bestimmen. Darüber müssen wir also beschließen; es soll sich also der Aktionsausschuß damit abquälen? Dann hat Klima beantragt: Ich stelle den Antrag, die Sache der Kriegerfamilienunterstützung zur nochmaligen Regelung an den Aktionsausschuß zurück zu verweisen. Frau Becker hat den Antrag gestellt, den ich bekannt gemacht habe. Wenn wir den Antrag auf Zurückverweisung annehmen, hat die weitere Debatte keinen Sinn mehr.

Klima: Parteigenossen! Ich glaube, es hat keinen großen Zweck, daß wir uns heute Abend weiter damit beschäftigen. Es ist blos Zeitvergeudung. Daß die Vorlage, wie sie hier vorliegt, nicht akzeptabel ist, ist doch wohl allen klar. Es muß noch weiter verhandelt werden. Es ist das einfachste, daß wir zurück verweisen.

Buchholz: Ich möchte Sie bitten, den Antrag abzulehnen. Es hat keinen Zweck, daß Sie alles dem Aktionsausschuß überweisen, das bedeutet weiter nichts als eine Verschleppung dieser ganzen Sache. Ich möchte Sie darauf hinweisen, daß der Aktionsausschuß die wenigsten Tage überhaupt noch beschlußfähig ist. Wie lange wollen Sie denn beraten, bis der Antrag erledigt wird? Wozu weiter diskutieren? Entscheiden Sie sich heute dafür, es hat keinen Zweck, die Sache weiter zu verschleppen.

Vors.: Es liegt nichts im Wege, eine besondere Kommission einzusetzen, aber darum ist es doch richtiger, daß wir heute Abend die Sache hier nicht weiter behandeln. In einer größeren Körperschaft läßt sich die Sache nicht erledigen. Wollen wir den Antrag auf Zurückverweisung ablehnen, dann müssen wir die Sache hier regeln. Ich bin der Meinung, wir müssen uns nach irgend einer Richtung entscheiden und entweder an den Aktionsausschuß verweisen oder eine bestimmte Kommission wählen, die vielleicht schneller arbeiten wird. Buchholz wird damit wahrscheinlich auch einverstanden sein, denn die Sache wird dadurch doch beschleunigt. (Buchholz ruft: Sie können auch einmal vom Sitz kommen! (Gelächter.) Ich muß mir solche Infamien verbitten. (Buchholz ruft: Ich muß mir niederträchtige Infamien Ihrerseits verbitten!) Ich

schlage vor: wenn wir nicht an den Aktionsausschuß zurück verweisen, eine besondere Kommission einzusetzen.

Der Antrag Klima wird abgelehnt.

Der Antrag Opfermann wird angenommen.

Ich habe den Vorschlag gemacht, eine besondere Kommission einzusetzen. Wird das angenommen? (Jawohl!) Also machen Sie Vorschläge, wie stark sie sein soll, sieben oder fünf Mitglieder? Ich bitte um Vorschläge. (Zurufe: Becker, Buchholz, Starker, Opfermann, Pröster, Otten.)

Vors.: Nimmt Buchholz an? (Buchholz: Nein (Lachen). Buchholz: Weil ich nicht für Verschleppung bin!) (Zuruf: Du willst nicht praktisch mitarbeiten: Weiterer Vorschlag: Kretschmer.

Vors.: Es sind also vorgeschlagen: Frau Becker, Opfermann, Bröst, Rott und Kretschmer. Die Kommission besteht also aus diesen fünf Genossen. Alle Anträge, die gestellt sind, werden dieser Kommission überwiesen, also der Antrag Becker, der Antrag Opfermann auf Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage und der Antrag Prösters auf Erhöhung der Unterstützung für Voll- und Halbwaisen.

## Beschlußfassung über die Bewaffnung des Proletariats.

Klima: Parteigenossen! Die Fassung dieses Punktes der Tagesordnung ist nicht richtig. Die Bewaffnung des Proletariats haben wir ja beschlossen, und wir haben nur darüber zu berichten, ob und wie er ausgeführt ist. Höchstens handelt es sich darum, Ihnen einen Bericht darüber zu geben, warum der Beschluß noch nicht ausgeführt ist. Ich glaube in Ihrem Sinne zu sprechen, wenn ich erkläre, daß das nicht unsere Schuld, nicht die Schuld des Aktionsausschusses ist, sondern daß die Verhältnisse noch nicht so weit waren, daß die Verhältnisse noch nicht so weit gediehen waren. Heute sind die Verhältnisse so weit gediehen, daß der Beschluß ausgeführt wird. Wir werden in den nächsten Tagen zu einer Bewaffnung des Proletariats kommen. Sie wissen alle, daß das anfangs am Widerstand des Soldatenrats gelegen hat. Der Soldatenrat, der damals noch mehr aus bürgerlichen Elementen zusammengesetzt war, erblickte in der Bewaffnung des Proletariats eine gewisse Gefahr. Es waren öfters Mißstimmigkeiten zwischen einzelnen Räten in dieser Frage hervorgetreten. Aber nach und nach hat es sich während der Revolution erwiesen, daß die Leute weiter gingen, daß es auf die Dauer nicht so geht. Der Soldatenrat ist jetzt der Ansicht, daß es unbedingt notwendig ist, das Proletariat zu bewaffnen, da nur das Proletariat in Waffen eine Sicherung gegen die Gefahren ist, die uns bedrohen. Wir haben später in einer Sitzung des Aktionsausschusses gemeinschaftlich mit dem Soldatenrat eine Kommission gewählt, sechs Mann, drei vom Arbeiterrat und drei vom Soldatenrat, die die Aufgabe hat, diesen Bewaffnungsplan auszuarbeiten, die Bewaffnung zur Durchführung zu bringen. Die Kommission hat mehrere Sitzungen gehabt. Was in den Sitzungen beschlossen wurde, ist ja bekannt. Ich glaube, Sie lesen alle die Zeitungen, und wissen, was in den Zeitungen steht. Es ist beschlossen worden, ein aktives Bataillon und ein passives Bataillon zu bilden. In das aktive Bataillon werden Leute eingereiht, und es besteht zum Teil schon, die Leute werden teilweise aus Arbeitslosen entnommen, teils aus den Betrieben, aber alles Arbeiter, die voll und ganz für die Interessen der Revolution arbeiten, die voll und ganz mit ihrer ganzen Person dafür eintreten. Parteigenossen! Im Laufe der Verhandlungen hat sich der Bruch mit den Mehrheitssozialisten vollzogen, die Mehrheitssozialisten sind aus dem Aktionsausschuß und aus dem Arbeiterrat ausgetreten. Es liegt daher kein Grund vor, diese Leute mit Waffen zu versehen. Das aktive Bataillon bildet also ein rein proletarisches Volksheer oder eine Rote Garde und alle diese Leute stehen auf dem Boden der unabhängigen oder der kommunistischen Partei. Die Aufgabe dieser Armeegruppe, dieser Roten Garde, ist vollständig klar. Es kommen nur Leute hinein, die tüchtig sind, die wissen, wozu sie berufen sind, die in Gefahr ihren Mann stehen. Weiter sind passive Bataillone vorgesehen. Das aktive Bataillon soll mindestens 1000 Mann umfassen. Mit diesen 1000 Mann — ich brauche Ihnen aber nicht den ganzen Plan auseinanderzusetzen und Sie werden sich damit einverstanden erklären, daß das ausgeführt wird, was vorläufig in der Sache geschehen soll. Weiter soll ein 1000 Mann starkes passives Bataillon gebildet werden. Dieses passive Bataillon wird auch bewaffnet werden, und einzelne werden nötigenfalls die Waffen mit nach Hause nehmen können. (Unruhe.) Seien Sie unbesorgt: es wird kein Unfug mit den Waffen getrieben werden. Es sollen auch regelmäßig Uebungen mit den Waffen abgehalten werden, damit das Bataillon im Falle der Gefahr in Aktion treten kann. Parteigenossen, das soll nicht als Bedrohung der Bürgerlichen aufgefaßt werden, als der Anfang zum Endkampf, sondern nur als ein Menetekel, daß die Arbeiter auf ihrem Posten sind, wenn die Kamarilla glaubt, am Ziele zu sein und uns um die Macht betrügen zu können. Dann wollen wir auf dem Posten stehen, um mit Gewalt unsere Position zu verteidigen.

Deters: Ich bin im Gegensatz zum Vorredner der Meinung, daß die Frage der Bewaffnung des Proletariats noch nicht geklärt ist. Es ist seinerzeit nur erklärt, daß Listen angelegt werden sollten. Heute entnehme ich zu meinem Bedauern aus den Zeitungen auf verschiedene Anfragen, daß doch etwas beschlossen sei, was mit meiner Ansicht nicht übereinstimmt. Es ist bedauerlich, daß der Soldatenrat nur in einer kleinen Zahl zugegen ist. Die Soldaten haben auf der Nordwestdeutschen Delegiertenversammlung erklärt, daß sie auf dem Boden der heutigen Regierung ständen. Dies hat Ecks in der heutigen Zeitung voll widerrufen und erklärt, er erkenne weder Ebert noch Haase als Regierung an. (Sehr gut! Sehr richtig!) Wenn nun Ecks aus dem Saulus zum Paulus geworden ist, so will ich doch an die Worte erinnern, die derselbe Ecks gelegentlich der Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Nordwestdeutschlands — Hannover, Bremen, Wilhelmshaven — geschrieben hat. Er schrieb damals u. a.:

> Ebenso gewappnet sind wir auch gegen den anderen Feind, der von links gegen uns anzuarbeiten versucht. Bei ihm handelt es sich ebenfalls um eine verblendete Minderheit, persönliche Rachegedanken und Verbitterung einerseits, Ideale, die sich erst in die Praxis umsetzen lassen, wenn die ganze Welt dazu reif ist, andererseits . . . .

Ich frage, was ist denn in den kurzen Tagen geschehen, daß sich das Bild verschoben hat, daß der Soldatenrat jetzt von Furcht beseelt ist und Arbeiterbataillone gründen will? Was ist im Laufe der Zeit, in den 14 Tagen geschehen, daß der Soldatenrat so seine Meinung geändert hat? Wie kommt es, daß der Soldatenrat eine solche kolossale Angst hat? Er will Arbeiterbataillonen die Waffen in die Hand geben — für wen und was denn? Es ist doch nie so ruhig in Bremen zugegangen, wie jetzt (Lachen) (Zurufe). Ich gehe jeden Tag verschiedentlich über die Straße, habe aber noch nichts von Unruhen gesehen. (Zuruf: Lesen Sie denn keine Zeitungen?) Daß man so etwas tun will, kann man nur verstehen, wenn man annimmt, daß der Soldatenrat furchtbare Angst hat. Ich fürchte, daß, wenn, wie der Vorredner sagte, die Waffen mit nach Hause gegeben werden, sehr viel Spielereien damit vorkommen werden, wie es leider häufig der Fall gewesen ist. Manche Leute können nicht mit Schießgewehren umgehen, und von denen, die zum Tragen der Waffen berechtigt werden sollen, ist nicht immer einer zugegen, so daß auch Familienangehörige sich leicht damit beschäftigen, wodurch schon öfters Schaden angerichtet ist. (Starker: Haben Sie aber Angst!) Merkwürdig, keiner kann uns sagen, für was und für wen die Waffen gebraucht werden sollen. (Zuruf: Wolf im Schafspelz!) Ist denn die Revolution in Gefahr? Wer steht denn da, um sie zu bekämpfen? Sie sehen ja nur Schreckgespenster! Ich kann ja verstehen, warum Herr Ecks mit Ihrem linken Flügel auf diese Weise vorgeht. Jetzt werden ja auch die Mehrheitssozialisten, die den Krieg mit verursacht haben sollen, bekämpft von den Unabhängigen und Kommunisten. Wie Herr Ecks jetzt so auftreten kann, ist mir schleierhaft. Woher hat er denn seine neue Überzeugung. Hier im Saale hat auch schon Deichmann feierlich erklärt, daß auch die Mehrheitssozialisten voll und ganz für die sozialistische Republik sind. Damit stehen und fallen wir. (Zuruf: Sie werden fallen!) (Zuruf: Ganz wie Deichmann!)

Libertin: Die Kommission ist zu dem Entschluß gekommen, die Bewaffnung des Proletariats vorzunehmen zur Sicherung der sozialen Republik. Wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß wir vor allen Dingen in Bremen ein Sicherheitsbataillon haben müssen. Aber wir haben uns gesagt, daß wir nur darin Elemente haben müssen, worauf wir uns verlassen können, und darum haben wir beschlossen, dieses Sicherheitsbataillon zu organisieren aus den Reihen, die sicher zu uns gehören. Wir sind jetzt dabei gegangen, dieses aktive Bataillon aufzubauen und haben jetzt in den Betrieben Listen ausgelegt, die in den Fabriken kursiert haben, um wirkliche Genossen, Genossen, die politisch reif sind, dafür zu erhalten. Dieses Bataillon wollen wir dann in verschiedene Stadtteile legen. So soll die eine Kompagnie nach Walle, die andere nach Hastedt, die dritte nach Schwachhausen, die vierte nach Woltmershausen, die fünfte nach dem Buntentor gelegt werden. Für diese Kompagnien wird die achtstündige Dienstzeit eingeführt, so daß sie dauernd eine Wache von mindestens 50 Mann haben. In diesen Quartieren werden auch die Waffendepots untergebracht, und aus diesen Depots sollen dann die Leute auch die Waffen bekommen, derart, daß die Leute, die sich verpflichten, in der Stunde der Gefahr die Revolution zu verteidigen, Waffen erhalten. Dauernd sind aber 50 Mann auf Wache, so daß kein Überfall passieren kann und Sicherheit gegen einen Putsch gegeben ist. So haben wir beschlossen. Auf dem Kasernenhofe werden die Genossen zusammentreten, und da werden sie eingeteilt. In Zeitungsaufrufen werden sie aufgefordert, sich bei ihren Kompagnien zu melden. Ich wiederhole: in der Stunde der Gefahr. So haben wir in der Kommission beschlossen, und ich möchte Sie bitten, dem zuzustimmen.

Ertinger: Ueber die Waffenfrage, diese wichtigste Frage in der ganzen Reichsrevolution, möchte auch ich einige Worte verlieren. Es hat sich zwischen den Aeußerungen des Genossen Nieberding und und denen des Genossen Klima ein Widerspruch ergeben, der darin besteht, daß Klima die Auf-

fassung vertritt, daß den einzelnen Arbeitern die Waffen ins Haus gegeben werden sollen, während Nieberding meint, daß in den einzelnen Stadtteilen Waffendepots errichtet werden und bei ihnen 50 bewaffnete Arbeiter die Wache halten sollen. Ueber die technische Seite möchte ich mich heute nicht auslassen. Nur möchte ich der Kommission mit auf den Weg geben, daß die ganze Sache eilt. Die Bewaffnung des Proletariats ist eine dringende Sache, wenn man bedenkt, daß in unserer schnelllebigen Zeit jeden Augenblick die Sache sich ändern kann. Morgen sollen die Listen aufgestellt werden, und wenn dann noch 14 Tage verstreichen, bis die Sache geregelt ist, kann es schon gefährlich sein. Die Aktiven im Arbeiterbataillon müssen natürlich entsprechend entlohnt werden. Wenn wir die aus den Betrieben herausziehen und ihnen 8 Mark Löhnung täglich geben, so ist das wenig. Leute, die in den Fabriken 15 bis 16 Mark täglich verdient haben, dürfen sich bei uns nicht schlechter stehen, zumal ihre Aufgabe doch jetzt weit wichtiger ist, als in den Fabriken. An der Geldfrage darf die Sache nicht scheitern. Dann noch eins: Das alte Heer hat sich nicht aus klassenbewußten Arbeitern zusammengesetzt, sondern aus einem Mischmasch von Bauern, Kleinbürgern, Arbeitern usw., jedenfalls unsicheren Elementen. Da muß mit der Bewaffnung zugleich eine Gewähr dafür eintreten, daß wir nur sichere Leute bekommen. Aber wenn ich da auf den Kasernenhof komme, da sehe ich da manch einen, der dort nicht hingehört. Sehr gefährlich sind auch die aktiven Unteroffiziere. Alles das darf man nicht vergessen. Man hat doch seine Erfahrungen gemacht in andern Städten, namentlich mit dem Bunde der aktiven Unteroffiziere. Hier in Bremen beschäftigt man sie noch allzu sehr. Deters kann nun die Bewaffnung des Proletariats nicht begreifen. Er kann sie aus dem Grunde nicht begreifen, weil ihn eine Weltanschauung von uns trennt. Er steht mit beiden Füßen noch auf dem Boden der alten bürgerlichen Gesellschaft, er ist kein Sozialist und kann es auch nicht sein, und weil er es nicht ist, muß er die Bewaffnung des Proletariats bekämpfen. Verstehen kann sie nur, wer auf dem Boden unserer Weltanschauung steht und die neue Gesellschaftsordnung errichten will, sonst kann man nicht sagen: die Revolution ist in Gefahr. Wer Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, der weiß, daß die Gegenrevolution sehr im Gange ist. Sehen Sie nach Berlin, sehen Sie nach Bremen, sehen Sie nach München, nach Schlesien, sehen Sie die streikenden Bergleute in Schlesien an. Da liegt die Sache doch so, daß die U. S. von Schlesien die Regierung in Berlin anrufen um Waffenhilfe, um die streikenden Arbeiter mit Waffengewalt in die Schächte hinein zu bringen. Wenn wir da die Bewaffnung des Proletariats fordern, so ist das unser heiliges Recht. Das möchte ich jedem ans Herz legen.

Klima: Der Widerspruch zwischen meinen und Nieberdings Ausführungen besteht tatsächlich. Ich kann wohl feststellen, daß wir tatsächlich nicht in dem Sinne beschlossen hatten. Es war ausdrücklich ausgeführt worden, daß ein Wachtkommando leicht überrumpelt werden könnte, und wenn die Waffen da lägen, würden sie für die Volksbewaffnung keinen Wert mehr haben. Ich will aber auf den Wiederspruch nicht weiter eingehen, das hat keinen Zweck. Wir werden ja noch weiter beraten und dann das richtige treffen. Wenn der Genosse Deters meint, die Revolution wäre nicht in Gefahr, dann möge er hinsehen nach der Armee, nach Berlin, wo sich Hindenburg und Groener das Vertrauen wieder geholt haben. Das Heer wird da zusammengehalten, um der Revolution in den Rücken zu fallen. Das ist der einzige Grund. So gibt es hundert Gründe. Wir müssen unsere Revolution sichern. Parteigenossen! Die weitere Gefahr besteht darin, daß in dem Moment, wo die Nationalversammlung tagt, wir als Räte abgesägt werden. Und das wollt ihr doch alle nicht! Wir wollen das Rätesystem aufrecht erhalten, und dazu ist es nötig, daß wir das Bewaffnungsrecht haben. Die Bewaffnung muß deshalb mit der größten Eile durchgeführt werden.

Ecks: Die Frage der Bewaffnung des Proletariats ist in der Kommission soweit gediehen, daß wir zunächst das Wachtbataillon auf 1000 bis 1200 Mann erhöhen werden, und hinter diesem Wachtbataillon werden wir dann die allgemeine Bewaffnung des Proletariats vornehmen. Wie die ausfallen wird, das können wir allerdings heute noch nicht sagen aus dem einfachen Grunde, weil wir dabei etwas Taktik treiben und dem Gegner nicht alles vorher erzählen wollen. Dem Genossen Deters, der mir vorgeworfen hat, ich hätte mich gemausert, möchte ich doch erklären, daß nicht ich mich gemausert habe, sondern die Regierung in Berlin. Wer das noch nicht gemerkt hat, der tut mir leid. Der Kampf gegen links, den ich damals in der Aufforderung angesagt habe, halte ich noch heute voll aufrecht. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß wir den Kampf gegen links wollen, gegen diejenigen Gruppen, die unter dem Namen des unverstandenen Bolschewismus herrschen und diesen unverstandenen Bolschewismus an die Wand malen, sowie gegen das anarchistische Auftreten gewisser Banden. Wenn Deters das nicht versteht, dann tut er mir herzlich leid. Daß wir den Rechtssozialisten keine Gewehre in die Hand drücken, daß können Sie uns doch nachfühlen. Von uns bekommen sie keine!

Peters: Ich habe leider nicht alles von Ecks verstanden, aber doch einiges, und auch von Ertinger. Ertinger meint, die Weltanschauung trennt uns. Mag ja möglich sein. Ich fasse die sozialistische Republik allerdings etwas anders auf. Nur eins begreife ich nicht: wo eine sozialistische Republik ist, da gibt es doch eine Volkswehr, aber kein bewaffnetes Proletariat. Davon redet keine Sozialdemokratie, sondern nur von einem Volksheer. Auf diesem Boden stehe und falle ich. Was die Angst aber betrifft, daß die paar Bremer Soldaten nach Oberschlesien und Berlin geschickt werden könnten, das glauben Sie doch selber nicht. Ich bin überzeugt, daß Ecks eine genügende Menge hinter sich hat; wenn ich nicht irre, 4500 Mann. Sollten die nicht für das kleine Bremen ausreichen? Oder wollen wir einen Staat im Staate bilden? Das ist natürlich eine andere Frage, darüber müßte debattiert werden. Dann wäre aber wohl logisch, daß wir einen Staat gründeten. Das haben wir aber bisher nicht. Also: was ich über die Bewaffnung des Proletariats sagte, hat mir keiner widerlegt. Die Gefahr von Berlin und Oberschlesien gehört doch nicht hierher. Ich erblicke aber in der Bewaffnung ganz etwas anderes, und darin gehen eben die Ansichten weit auseinander. Das sage ich frei und offen.

Vors.: Irgend welche Anträge sind nicht gestellt. Ich mache aber in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß morgen früh ein Appell stattfindet, um 9.30 Uhr auf dem Kasernenhof. Wer also daran teilnehmen will, hat sich rechtzeitig einzufinden. — Wir haben dann noch als weiteren Punkt: Verschiedenes.

Sommer: Ich glaube, der Punkt Verschiedenes gehört gar nicht hierher. Wenn wir hier etwas verhandeln, dann muß das vorher festgesetzt werden. Den Punkt Verschiedenes kann man wohl in Mitgliederversammlungen behandeln, aber nicht in einem Parlament. Ich bin also der Auffassung, daß die heutige Tagesordnung erledigt ist (sehr richtig). Wenn jemand etwas vorbringen will, dann muß er es dem Aktionsausschuß vortragen, der es dann auf die Tagesordnung zu setzen hat. Es ist nicht unsere Aufgabe, über alles mögliche zu reden.

Vors.: Ich habe die Tagesordnung nicht zusammengestellt. Ich bin aber der Meinung, daß Genosse Sommer Recht hat.

Brodmerkel: Ich glaube, es ist richtig, daß die einzelnen Parteien, wenn sie etwas verhandelt wissen wollen, den Antrag vorher in ihren Organisationen beraten und die Unterlagen für die Verhandlung im A.- u. S.-Rat schaffen. Sonst ist der Aktionsausschuß immer gezwungen, die Unterlagen sich bei den Verwaltungsbehörden zu verschaffen, um überhaupt erst einmal zu erforschen, was der Antragsteller eigentlich will. Erst wenn wir das alles wissen, können die Verhandlungen geführt werden. Das möchte ich zum Ausdruck gebracht haben.

Vors.: Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung 9 Uhr 10 Minuten.

14

# Vollsitzung des Bremer Arbeiter- und Soldatenrates

## am 3. Januar 1919 im Konventsaale der Börse.

Eröffnung der Sitzung 6 Uhr 49 Minuten.

Vorsitzender Herr Brodmerkel: Ich eröffne die Sitzung. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: (Wird verlesen.)

Dann möchte ich bemerken, daß uns soeben die Mitteilung von einem Gerücht zugegangen ist, daß von konterrevolutionären Elementen ein Putsch versucht worden ist gegen den Arbeiterrat. Es sind aber alle Maßnahmen getroffen, die notwendig sind, um den Putsch niederzuschlagen. (Bravo!) Ich kann Ihnen mitteilen, daß bereits eine Anzahl Mitglieder des Arbeiterrats mit ihren Gewehren hier waren und sofort zur Kaserne gegangen sind. Daraus erklärt sich der schlechte Besuch.

Weiter möchte ich Ihnen mitteilen, daß der Aktionsausschuß beschlossen hat, über seine Tätigkeit, die er hier entfaltet hat, Bericht zu erstatten insoweit es sich um Fälle handelt, wegen derer er nicht die Zustimmung des Arbeiterrats eingeholt hat. Als solche Fälle möchte ich Ihnen zwei Punkte mitteilen. Der eine ist die Erhöhung des Brotpreises, die sich notwendig gemacht hat auf Grund der Lohnforderungen der Bäckergesellen. Wir sind da zu dem Entschlusse gekommen, das Brot von 2 Kg. um 10 Pfg. im Preise heraufzusetzen. Es ist aber dafür gesorgt, daß diese Erhöhung die minderbemittelte Bevölkerung nicht trifft, durch die Verbilligungsmaßnahmen, die wir getroffen haben, und die gegenüber dem Vorjahre eine Erhöhung aufweisen. Die Brotpreiserhöhung war nicht zu umgehen, weil einerseits die Produktion in den bremischen Großbetrieben, die wir ebenfalls dabei im Auge gehabt haben, sich nicht als möglich erwies, und weil andererseits die Mehlpreise sich nicht erniedrigen ließen. Als zweiten Fall möchte ich Ihnen mitteilen, daß wir auf Grund der knappen Zufuhren an Kohlen uns veranlaßt gesehen haben, in der Polizeistunde dadurch eine Aenderung eintreten zu lassen, daß wir die Tanzvergnügen an den Wochentagen verboten haben. Wir sind der Meinung, daß, wenn die Jugend das Tanzbein schwingen will, sie in den heutigen ernsten Zeiten das am Sonntag tun kann. Ferner haben wir veranlaßt, besonders auch wegen der brennenden Frage der Geschlechtskrankheiten, daß die Wirtschaften mit Damenbedienung schon um 9 Uhr zu schließen haben. Ich glaube, daß Sie damit einverstanden sein werden. (Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Ich möchte anfragen, ob die Einschränkungen in der Kohlenlieferung an die Haushaltungen auch vom Aktionsausschuß veranlaßt worden sind.) Mir ist davon nichts bekannt. Wir haben diese Maßnahmen jedenfalls nicht ins Auge gefaßt. Genosse Swenson, der diese Angelegenheit zu erledigen hat, ist nicht hier. Aus dem Aktionsausschuß ist ein derartiger Antrag nicht hervorgegangen. (Zuruf: Den einzelnen Haushaltungen sind 30 Zentner bewilligt. Als erste Rate haben sie 15 Zentner erhalten, von der zweiten Rate aber nur 10 Zentner.) Uns ist davon nichts bekannt. Wenn seitens der Kohlenverteilungsstelle derartige Maßnahmen getroffen werden, so hat sie uns davon in Kenntnis zu setzen und wir werden uns sofort deswegen mit der staatlichen Kohlenverteilungsstelle in Verbindung setzen.

Herr Herold: Zur Aufklärung über die Kohlenfrage möchte ich nur mitteilen, daß die zweite Rate in zwei Teile geteilt worden ist und zwar aus dem

Grunde, weil die Zufuhren augenblicklich stocken. Es ist nicht möglich, im vollen Umfange zu liefern. Es werden jetzt 10 Zentner geliefert und 5 Zentner später. Die Schwierigkeiten sind derartig, daß wir in der nächsten Zeit vor der Frage stehen, ob wir noch weiter Gas liefern können.

Vorsitzender Herr Brodmerkel: Die Kohlennot erklärt sich nicht allein durch die schwierigen Transportverhältnisse und durch die vielen Ablieferungen an die Entente, sondern auch durch die vielen Streiks in den Kohlenbezirken, weil die Arbeiterschaft es dort für die Zukunft ablehnt, sich weiter von den Kohlenbaronen knechten und ausbeuten zu lassen. Das Bestreben der Bergleute richtet sich vor allem nach politischen Zielen, nicht nach wirtschaftlichen, denn sie wollen die Enteignung der Bergwerke.

Wir kommen zu Punkt 2:

Bericht der Siebenerkommission.

Herr Opfermann: Parteigenossen! In dieser Angelegenheit, die wir zu erledigen hatten, konnten wir zu einer Einigung innerhalb der Kommission nicht gelangen. Die Mehrheit der Kommission möchte Ihnen zur Annahme folgenden Antrag empfehlen: (Wird verlesen.)

dann einen zweiten Antrag: (Wird verlesen.)

und schließlich Antrag Nr. 3: (Wird verlesen.)

Parteigenossen! Nur ungern bin ich als Person Mitglied der Kommission geworden. Die Genossen, die in meiner Nachbarschaft gesessen haben, werden mir das bestätigen, daß ich immer auf dem Sprunge stand, zu verzichten. Ich kam leider nicht mehr dazu. Es ist nun in der Kommission die Rede davon gewesen, daß man einen Unterschied machen müsse zwischen militärisch Inhaftierten und politisch Inhaftierten. Aber die Grenzen sind dermaßen verschwommen, daß man den Unterschied praktisch nicht machen kann, und daß der eine Fall in den anderen hineingeht. Da ist z. B. der Genosse Braukmüller, der Vertrauensmann in den Hansa-Lloyd-Werken war. Er ist militärisch bestraft worden. Er war ein junger tüchtiger Genosse mit hellen Augen und gesundem Verstande und war als solcher selbstverständlich in dem reaktionären Betriebe der Hansa-Lloyd-Werke äußerst lästig. Die Folge war, daß die Hansa-Lloyd-Werke ihn zum Tode verurteilten. Die Sache war sehr einfach. Eine Postkarte genügte und unser Genosse bekam seine Einberufung. Aber Braukmüller war eben nicht ein Mensch nach der Schablone, sondern sein Proletariergehirn ließ sich das nicht einfach gefallen. Er schrieb einfach an das Bezirkskommando, er stelle sich nicht zur Einberufung, weil er diese als eine Schikane ansehe. Der Genosse Braukmüller wußte natürlich, daß er sich damit straffällig machte. Aber es war ihm einerlei. Mögen Sie mit mir machen, was Sie wollen, ich stelle mich nicht, weil das eine Schikane bedeutet! Er wurde verhaftet und dann zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Kann man nun sagen, daß Genosse Braukmüller militärisch bestraft worden ist? Muß man nicht vielmehr hervorheben, daß er lediglich wegen seiner politischen Gesinnung und seiner Betätigung in der Arbeiterbewegung bestraft worden ist? Er hat ja nun die ganze Zeit nicht abzusitzen brauchen, nur neun Monate, aber immerhin kann er mit Recht sagen, daß er wegen politischer Vergehen bestraft worden ist. Mit den Fällen Schneider, Dieterle, Schmitz verhält es sich ähnlich. Man kann ihnen nichts nachweisen, sie standen bloß unter dem Verdacht, Flugblätter verteilt zu haben. Sie wurden in Untersuchungshaft gesteckt und nach 11 bezw. 13 Wochen wieder entlassen, aber wenige Tage später zum Militär eingezogen. Sie wären selbstverständlich niemals eingezogen worden, wenn sie nicht in dem Verdacht ständen, irgend etwas zu unternehmen, was den Herren nicht in den Kram paßte. Der eine sitzt heute noch in der Ukraine, der andere sitzt in englischer Gefangenschaft. Da ist nun die Frage: Wollen wir diese Genossen lediglich dafür entschädigen, daß sie in Schutzhaft gesessen haben, oder müssen sie auch dafür entschädigt werden, daß sie Soldaten sind oder in englischer Gefangenschaft sitzen? Die Frage war für uns in dieser Form nicht zu lösen. Außerdem sagten wir uns: Entschädigen wir die Genossen, die gemaßregelt worden sind, so wird das einen Rattenschwanz von anderen Entschädigungsansprüchen nach sich ziehen, und wenn wir in einem Falle entschädigen, müssen wir es auch in den übrigen. Deshalb müssen wir diese Genossen an das Reich verweisen. Wir sind selbstverständlich fest davon überzeugt, daß ihnen vom Reiche auch in irgend einer Form eine Genugtuung gegeben werden wird. Selbstverständlich werfen diese Urteile auch ein grelles Schlaglicht auf die bürgerliche Gerechtigkeit der damaligen Zeit. Heute schreit das Bürgertum Zeter und Mordio, wenn man einige von den Bürgerlichen anfaßt, die sich hinreichend verdächtig gemacht haben, während unsere Genossen wegen nichts einfach Jahre lang in Schutzhaft oder Gefängnis gesteckt worden sind. Genosse Frasunkiewicz saß 400 Tage, obgleich man ihm nicht das geringste nachweisen konnte. Bezüglich der Seelenqualen der Genossen stehe ich auf einem anderen Standpunkt. Ich glaube, die Genossen, die dieses Argument ins Feld geführt haben, haben unsern Kämpfern einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Wer sich in einen politischen Kampf begibt, der weiß doch, was er zu erwarten hat, der weiß, daß er Schlägen ausgesetzt ist. Aber diese Gegenschläge fürchtet er nicht, und er trägt seinen Nacken noch einmal so stolz. Seelenqualen können also als Grund für Entschädigungsansprüche nicht angeführt werden. Aber wir sagten uns mit Recht, wenn ein Genosse auch keine Seelenqualen im Gefängnis erlitten hat, so ist er doch in dieser Zeit nicht unerheblich zermürbt worden, und so haben wir in der Kommission dem Antrag nicht nur

stattgegeben, sondern sind noch weit darüber hinaus gegangen. Wir gehen von dem Standpunkt aus, daß nach den heutigen Kurkosten 15 bis 20 Mk. den Tag angemessen ist, und daß eine vierwöchige Kur nicht genügt, sondern mindestens eine achtwöchige. Bei 20 Mk. täglich und unter Hinzurechnung der persönlichen Bedürfnisse haben wir 1500 Mk. ausgesetzt. Wir sind auch der Meinung, gerade die Genossen, die eine Kur durchmachen sollen, sollen auch entsprechend gekleidet sein. Genossen, die Jahre lang im Gefängnis gesessen haben, haben in dieser Zeit nichts einkaufen können, und es muß ihnen deshalb geholfen werden. Natürlich sind unsere Genossen unschuldig verurteilt worden, denn sie haben weiter nichts getan als das vorhergesagt, was nun Wirklichkeit geworden ist. Sie können zufrieden sein, ihre Tätigkeit hat ihnen herrlichen Lohn eingebracht, indem die alte Gesellschaft gestürzt worden ist und an ihre Stelle eine neue junge Freiheit getreten ist. Das sollte den Genossen zum Trost dienen. Von den weiteren Fällen beantragt Genosse Meyer 29 Wochen à 90 Mk. gleich 2600 Mk. Er war politisch nicht tätig. Er war in einer Sache wegen der Reparatur von Granaten verwickelt gewesen, und dafür hat er 1½ Jahre bekommen. Ein anderer Fall ist der des Genossen Dr. Groß. Er ist 655 Tage interniert gewesen und fordert à 6 Mk. Dr. Groß ist Rumäne. Er hat auch weiter nichts getan als die Schriften gehalten, die jeder Deutsche lesen durfte, z. B. die Arbeiterpolitik. Bei einer Haussuchung hat man das Blatt beschlagnahmt, und dafür ist er interniert worden. Ich glaube auch, daß man dem Dr. Groß dafür die Kurbehandlung bewilligen sollte, die Kommission empfiehlt diese Bewilligung. Der Fall Mesing liegt so: Als der verhaftet werden sollte wegen der Liebknecht-Agitation, ging die Polizei nicht gerade liebenswürdig vor, es wurde ihm der Anzug vom Leibe gerissen und ein Stiefel zertreten, außerdem wurde er mißhandelt. Das soll ihm ersetzt werden. Wenn er aber außerdem 10 Wochen à 30 Mk. verlangt, so sind wir der Meinung, daß ihm das nicht von uns aus zusteht, sondern das Reich dafür zuständig ist. Wir wissen nicht genau, ob sie sich mit unsern Vorschlägen einverstanden erklären. Wir sind der Meinung gewesen, daß wir keinen andern Ausweg haben. Wir bitten deshalb unsere Anträge anzunehmen.

Vorsitzender Herr Brodmerkel: Bevor ich jemandem das Wort gebe, möchte ich doch zum Ausdruck bringen, daß die Kommission sich selbst zu einer Karrikatur gemacht hat. Es war doch die Kommission eingesetzt worden zu dem Zweck. um zu prüfen, ob die Strafen verbüßt sind und ob die Angaben der Antragsteller im übrigen zutreffen. Die Entschädigungsansprüche sind doch schon von uns im Prinzip anerkannt worden. Die Kommission hat sich also eine andere Aufgabe gestellt als sie bekommen hatte. Sie hat eigenmächtig gehandelt und hat sich über Ihre Köpfe hinweg gesetzt. Zu der Sache selbst möchte ich bemerken, daß in der gestrigen Nummer der Freiheit, dem Zentralorgan der U. S. die folgende Notiz stand:

(Wird verlesen.)

Das ist auch heute in der Bürgerzeitung abgedruckt. Weiter heißt es da:

Hierzu schreibt uns der Genosse Dr. Herzfeld usw.

(Wird verlesen.)

Genossen! Wir können doch ganz gewiß sagen, daß die Mitglieder dieser Kommission, soweit sie für diesen Antrag gestimmt haben, päpstlicher als der Papst gewesen sind. Ich spreche pro domo, aber ich spreche meine Meinung aus. Sie sagen also, daß Sie der Meinung sind, daß den Inhaftierten (wie Dr. Groß) eine Entschädigung gezahlt werden soll. Das trifft selbstverständlich nicht zu auf Strafgefangene, die wegen ihrer Tätigkeit zu Gefängnis oder Zuchthaus verurteilt worden sind. Haben nun vielleicht unsere Genossen eine unehrliche Handlung begangen, durch die Tätigkeit, wegen derer sie verurteilt worden sind, wegen derer man sie für verlogene Lumpen erklärt hat? Ich meine, das soll nie und nimmer der Fall sein. Ich möchte Ihnen aber weiter sagen: was wir hier für Anträge gestellt haben, die können wir vor der Öffentlichkeit jederzeit verantworten. Genossen! Sie sehen, daß selbst die bürgerliche Presse nicht einen Funken Kritik daran geübt hat und zwar aus dem Grunde, weil sie es für selbstverständlich gehalten hat, daß ein revolutionäres Parlament, ein revolutionäres Tribunal diejenigen, die für den heutigen Zustand gekämpft haben, auch für die Nachteile, die sie gehabt haben in wirtschaftlicher, seelischer und moralischer Hinsicht einfach entschädigt. Wenn wir aber weiter sehen, daß die herrschenden Klassen sich nicht scheuen, Hunderttausende von Mark zu opfern, um die Gegenrevolution zu fördern (hört! hört!) — Sie werden wissen, daß die Bremer Kapitalisten 170 000 Mk. angeboten, um die Revolution niederzuschlagen — dann sollen wir der Öffentlichkeit gegenüber nicht verantworten können, daß wir unsere Kämpfer mit den paar Pfennigen entschädigen? Ich glaube, das können wir doch wahrlich verantworten. Wenn wir weiter wissen, daß sogar die bürgerlichen Gesetze unschuldig Verurteilte entschädigen, wie z. B. die Führer der Bergleute, dann stellt sich heute ein revolutionäres Tribunal hin und erklärt, daß diese Forderungen unberechtigt sind? Überlegen sie sich, wie man das begründen soll. Man sagt: wenn die Leute eine Kur durchmachen, die ihnen wohl zusteht, dann will man ihnen eine Unterstützung gewähren. Aber das Gehalt will man ihnen nicht weiter zahlen. Das ist haarsträubend. Man kann nun weiter doch nicht einfach die Leute in den Schützengräben mit den Revolutionären vergleichen, die für den Sozialismus freudig die Freiheit geopfert haben, während die Soldaten draußen gekämpft haben für den Kapitalismus gegen unsere russischen Brüder. Was nun diejenigen betrifft, die militärischerseits be-

straft worden sind, wenn sie wegen ihrer politischen Überzeugung ins Zuchthaus oder Gefängnis gesteckt worden sind, so haben sie ein Recht, an das Kriegsministerium ihre Forderungen zu stellen. Anderseits sehen Sie, daß ein Teil der Forderungen hinweg fällt. Frasunkiewicz wird seine Ansprüche geltend machen bei den Reichsbehörden, auch Genosse Buchholz. Urteilen Sie so, wie es einem revolutionären Sozialisten geziemt!

Herr Broester: Wir haben uns eingehend mit der Frage beschäftigt. Ich bin nicht mit dem Antrage der Kommission einverstanden gewesen. Ich habe mich stets dagegen gewandt, daß man diese Leute an das Reich verweist. Ich habe gesagt: das sind politisch Inhaftierte, sie müssen auf alle Fälle unterstützt werden von uns. Wenn man den Leuten schon die Kurkosten bewilligen will, so muß man ihnen auch den Ausfall ihres Gehalts oder Lohnes entschädigen. Ich habe bis zuletzt auf dem Standpunkt gestanden, konnte aber nicht durchdringen. Es war nach meiner Ansicht garnicht unsere Aufgabe, daß wir uns über die Geldfrage unterhielten, was hauptsächlich der Fall gewesen ist. Es wurde hauptsächlich angeführt, daß, wenn wir diese Summen bewilligen, noch zahlreiche weitere Fälle an uns herantreten würden, und wir müßten der Öffentlichkeit gegenüber unser Verhalten verteidigen können. Ich habe gesagt, daß die Kommission hauptsächlich über diese politisch Inhaftierten entscheiden soll, und daß über die anderen Fragen später entschieden werden müsse. Ich bin fest überzeugt, daß wir der Öffentlichkeit Rechnung tragen, wenn wir diese Genossen entschädigen. Es ist aber garnicht unsere Sache, zu prüfen, wo die Geldmittel herzunehmen sind. Unsere Sache ist nur, zu prüfen, ob diese Leute bestraft waren, ob sie politisch bestraft waren und wie hoch die Unkosten sind, die sie während der Zeit eingebüßt haben. Es ist absolut nicht möglich, alles dem nachzugehen, worüber wir uns in den verschiedenen Sitzungen unterhalten haben und was Genosse Opfermann vorgebracht hat.

Herr Heibel: Parteigenossen! Ich will nur noch einmal betonen, was ich schon früher gesagt habe, daß es peinlich, ekelhaft ist, daß die Menschen darum bitten sollen, schließlich für das, was sie zustande gebracht haben. Die Kommission hat unsern Beschluß nicht richtig aufgefaßt. Darum muß die Sache wieder an den Rat verwiesen werden. Es ist traurig, übertraurig, daß wir die Sache nun zum drittenmal durchkauen müssen. Es ist gar nicht zu ermessen, was die Menschen durchgemacht haben. Da müssen wir mit allem Gewicht dafür sorgen, daß sie bezahlt werden. Es geht doch nicht, daß die Leute solche Opfer tragen. Es wird gesprochen von der Verantwortlichkeit für uns. Wir tragen gemeinsam die Verantwortung. Es ist vom menschlichen Standpunkt aus traurig, daß diese Fälle dreimal erörtert werden müssen. Die Kommission hat gezeigt, daß sie ihrer Aufgabe nicht gewachsen war. Wir sollten darum heute beschließen: Die Leute sollen entschädigt werden. Es muß reine Bahn geschaffen werden. Dann die politische Kehrseite. Ich habe mich früher dem Antrag Deichmann angeschlossen. Für die militärischen Fälle ist der bremische Staat nicht zuständig, das ist Reichssache, Bremen hat in diesen Fällen nicht zu entschädigen. Aber Bremen kann die Zahlungen à conto leisten, kann die Leute entschädigen und bekommt später diese Summe vom Reich erstattet. Damit werden wir den Quatsch aus der Welt schaffen.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Ehe ich weiteren Rednern das Wort gebe, möchte ich Folgendes zur Kenntnis bringen. Ich habe vorhin erklärt, daß Gerüchte im Umlauf seien, wonach von Seiten der Gegner ein Putsch geplant sei. Dazu wird eben mitgeteilt, daß die Vertrauensmännerversammlung dem Kameraden Ecks, gegen den hauptsächlich in der bürgerlichen Presse geschürt wurde, einstimmig ein Vertrauensvotum ausgestellt hat. (Bravo!) Weiterhin hat die ganze Garnison beschlossen, eine Vertrauensdemonstration für den Kameraden Ecks zu veranstalten. (Bravo!) Sie sehen also, daß die ganze Garnison geschlossen hinter der revolutionären Arbeiterschaft und den Soldaten steht. (Bravo!)

Herr Stockinger: Genossen! Ich bin auch Mitglied der Kommission, habe aber leider keine Gelegenheit gehabt, an den Sitzungen, außer an der ersten Sitzung teilzunehmen, weil ich im Interesse unserer Bewegung nach Hamburg mußte. Ich muß sagen, ich war sehr überrascht über den Bericht Opfermanns. Ich bin überrascht, nachdem die erste Sitzung ein wesentlich anderes Bild gezeigt hatte wie der Bericht heute. In der ersten Sitzung der Kommission wurde darauf hingewiesen, daß es nur die Aufgabe der Kommission sein könne, die Berechtigung der einzelnen Forderungen zu prüfen. Danach ist auch verfahren in der ersten Sitzung. Man ist auf meinen Antrag dazu übergegangen, die einzelnen Genossen vorzuladen, damit sie die einzelnen Forderungen begründen konnten. Da höre ich nun heute abend vom Genossen Opfermann, daß die Kommission später in anderer Weise verhandelt hat. Er hat auch die seelischen Qualen angeschnitten. Ich stehe da auf einem anderen Standpunkt wie Opfermann. Es ist doch nicht einerlei, ob man jemand mit gewöhnlichen Verbrechern zusammenlegt, da er nur für seine politische Ueberzeugung bestraft ist. Da ist es ihnen nachzufühlen, daß die Leute Seelenqualen erlitten haben, wenn auch nicht Seelenqualen in dem Sinne, daß sie Gewissensbisse gehabt hätten, sondern darüber, daß sie gezwungen waren, in einer solchen Umgebung zu leben. Es ist eine Notwendigkeit, die Leute zu entschädigen, die für unsere Sache gekämpft haben. Nicht nur im Aktions-

ausschuß und nicht nur in der Vollsitzung des Arbeiter- und Soldatenrates, sondern auch in der ersten Sitzung der Kommission hat man auf dem Standpunkt gestanden, daß die Leute unbedingt entschädigt werden müssen. Man müsse nur dazu übergehen, zu prüfen, ob die Höhe der Forderungen berechtigt sei. Das ist geschehen. Die Kommission wollte auf die Sätze drücken, und das sollte zum Beschluß kommen. Der Beschluß ist nun wesentlich anders ausgefallen, als ich mir nach der ersten Sitzung gedacht hatte. Genosse Brodmerkel hat schon angeführt, daß die Kommission nicht das getan hat, wozu sie beauftragt war. Das Plenum hatte sich mit den Forderungen einverstanden erklärt. Sie hatte der Kommission nur den Auftrag gegeben, die einzelnen Forderungen zu prüfen und die Art und Weise, wie die Entschädigung geleistet werden sollte, näher auszuarbeiten und vorzubereiten. Die Kommission hat sich dann aber Rechte angemaßt, die sie nicht hatte, sie hat etwas beschlossen, was mit den Beschlüssen des Aktionsausschusses und des Plenums nicht in Uebereinstimmung steht. Ich verstehe den Beschluß nicht, ich kann den Vorschlag der Kommission nicht anerkennen. Den Leuten muß Gerechtigkeit widerfahren. Parteigenossen! Sogar nach der bürgerlichen Geschäftsordnung haben unschuldig verurteilte Schadenersatzansprüche, und es sind unschuldig Verurteilten auch Entschädigungen zugesprochen worden. Diese Leute sind von unserem Standpunkt aus auch unschuldig, sie sind ein Opfer der Klassenjustiz geworden. (Sehr richtig!) Sie haben uns in unserem Kampf unterstützt und müssen nun entschädigt werden, für das, was sie für uns erlitten haben. In der ersten Sitzung habe ich bei der Sache einen Schlußantrag gestellt, nachdem vorher eine ziemlich lange Debatte stattgefunden hatte, weil ich von vornherein der Ansicht war, daß es beleidigend für die Genossen ist, wenn man stundenlang darüber streitet. Nun haben wir in drei Sitzungen darüber debattiert und noch in einer Kommission, die jetzt sagt, daß berechtigte Ansprüche zurückgewiesen werden sollen. Ich stelle den Antrag, die Forderungen der Genossen ohne weiteres und ohne weitere Prüfung zu genehmigen.

Herr Starker zur Geschäftsordnung: Nach den Ausführungen des Genossen Stockinger stelle ich den Schlußantrag.

Herr Warnken: Ich bitte, den Schlußantrag nicht anzunehmen. Dem Plenum ist überhaupt nicht bekannt, in welcher Höhe die Forderungen gestellt sind. Wir müssen der Oeffentlichkeit gegenüber mit unseren Beschlüssen vorsichtig sein.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Genosse Warnken hat seinen Antrag mit einer Behauptung begründet, die nicht zutrifft. (Herr Warnken: Das kann ich beweisen!) Jedes Mitglied der Versammlung weiß, daß die Forderungen hier verlesen worden sind und überall in der Presse so gestanden haben. (Zurufe von Herrn Warnken: Die Forderungen sind zu hoch angegeben, soviel haben die Betreffenden nicht verdient!)

Herr Dannat: Die bürgerliche Gesellschaft hat erklärt, sie stehe auch auf dem Boden der Revolution. Wenn das der Fall ist, muß sie auch damit einverstanden sein, daß diese Opfer der früheren Zustände entschädigt werden. Wir können Schluß machen.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Ich bitte die Genossen, die für Schluß sind, aufzustehen. — Gegenprobe. Der Schluß ist gegen 5 Stimmen angenommen.

Genosse Opfermann hat zwei Anträge gestellt. Genosse Stockinger hat den Antrag gestellt, daß die politischen Inhaftierten entschädigt werden sollen. Die anderen — es war wohl ein Antrag Meyer — —

Herr Stockinger: Es handelt sich noch um eine Granatenexplosion, dafür muß ebenfalls eine Entschädigung gezahlt werden.

Meine Ansicht ist, daß der Aktionsausschuß von Fall zu Fall entscheiden soll, ob ein Mann wegen politischer Vergehen bestraft ist und ob wegen der politischen Bestrafung die Forderung bewilligt werden soll.

Herr Claus: Ich möchte anfragen, ob die gesammelten Gelder, die für die Inhaftierten in großen Posten zusammengeholt sind von dieser Unterstützung in Abzug gebracht wird. (Zuruf: Nichts wird abgezogen!)

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Wir können nicht eine neue Debatte eröffnen. Die Debatte ist geschlossen.

Herr Claus: Ich meine nur, ob das in Abzug gebracht werden soll.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Wir haben darüber keine Forderungen gestellt. Wenn Sammlungen stattgefunden haben, so ist das nicht geschehen für die Personen der Inhaftierten, sondern für ihre Familien, die davon unterstützt worden sind. Das möchte ich sagen, daß der Abzug, wenn er gemacht wird von den Parteigenossen, diese Gelder an die Partei zurückgezahlt werden müssen.

Herr Klawitter: Ich möchte bitten, den weiteren Antrag Stockinger abzulehen. Als Aktionsausschußmitglied kann ich eine solche Entscheidung nicht fällen. Er kann nicht entscheiden, ob die Inhaftierten nur wegen politischer Vergehen bestraft sind. Wegen der Unterstützungen kann ich Auskunft geben. Hünken hat 900 ℳ bekommen, auch Brodmerkel für seine Familie — — —

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Während der Zeit, da ich im Gefängnis gesessen habe, sind für meine

Familie pro Woche 35 ℳ Unterstützung gezahlt. Daß eine vierköpfige Familie mit wöchentlich 35 ℳ auskommt, davon kann keine Rede sein. Ich kann nachweisen, was meine Familie zugesetzt hat. Ich glaube, Stockinger hat den Antrag gestellt, daß die Forderungen derjenigen, die politisch bestraft sind, genehmigt werden sollen. Das betrifft die Fälle Hünken, Buchholz. Es kommt weiter in Frage die Forderung von Frasunkiewicz, der sie aber beim Reich geltend machen will, ebenso die Forderung von Buchholz für die letzten vier Monate. Weiterhin die Forderung von Groß. Was die Forderung von Frasunkiewicz betrifft, so muß, wenn das Reich die Summe zahlt, das Geld an den Bremer Staat zurückgezahlt werden. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit, Genossen (Heiterkeit) Ich muß das mitteilen. Wer damit einverstanden ist — — —

Herr Opfermann: Schlußwort!

Zur Geschäftsordnung Herr Manthey: Es ist nicht möglich, daß, nachdem die Debatte geschlossen ist, Opfermann noch das Schlußwort erhält und damit die Debatte wieder eröffnet. Das ist nicht angängig. Wenn Opfermann noch etwas zu sagen hat, hätte er sich vorher melden müssen, bevor der Antrag auf Schluß angenommen war.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Wir wollen niemand vergewaltigen. Ein Antragsteller kann das Schlußwort erhalten. Aber wenn jemand nur ein Referat erstattet, über eine Kommission berichtet, dann ist nie ein Schlußwort erteilt.

Herr Frasunkiewicz: Die Meinungen darüber, ob der Berichterstatter irgend einer Kommission das Schlußwort beanspruchen kann, sind geteilt. Mir sind Fälle bekannt, die ich praktisch durchgemacht habe, daß ein Vertreter einer Kommission, der sich nicht an der Diskussion beteiligt hat und nur den Bericht erstattet hat, das Schlußwort erhielt. Wir haben auf diesem Gebiet keine Geschäftsordnung festgelegt, infolgedessen muß das Plenum des Arbeiterrats entscheiden, ob Opfermann das Schlußwort bekommen soll. Man kann, wie gesagt, darüber geteilter Meinung sein, ob ein parlamentarischer Berichterstatter einer Kommission das Schlußwort erhalten soll. Ich habe nichts dagegen, daß Genosse Opfermann das Schlußwort erhält. Sie müssen aber bedenken: das gilt dann für alle Fälle. Opfermann hat sich an der Diskussion nicht beteiligt, infolgedessen kann man geteilter Meinung sein.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Ich hatte Opfermann das Wort schon erteilt. Wir wollen aber darüber abstimmen, ob Opfermann das Schlußwort haben soll. Wer dafür ist, den bitte ich aufzustehen. Gegenprobe, — Das erstere war die Majorität.

Herr Opfermann: Genosse Brodmerkel meint, die Kommission hätte sich selbst karrikiert, wie sie dem Plenum berichtet hätte, und die Einsetzung der Kommission wäre eigentlich überflüssig gewesen. Die Kommission ist niedergesetzt und ihr Auftrag war durch den Antrag Ludewig dahin kommentiert, daß die Sachen nachgeprüft werden sollten, weil man der Meinung war, daß die Sachen noch nicht richtig vorgeprüft waren. Solche Gründe sind nicht von der Hand zu weisen, und die Kommission mußte daher prüfen. Wenn die anwesenden Kommissionsmitglieder das quasi allein tun mußten, weil die anderen Kommissionsmitglieder nicht anwesend waren, weil sie durch Berufsgeschäfte verhindert waren, so konnten wir das nicht ändern. Rietschel vom Soldatenrat hat sich ganz auf meinen Standpunkt gestellt, und wenn er hier wäre, hätte er sicher seine Worte für mich in die Wagschale gelegt. Das wäre besser gewesen, und jedenfalls wäre die Meinung der Versammlung eine andere geworden. Richtig ist ja, daß die Kommission den Forderungen im Prinzip zugestimmt hat. Wir haben sie prinzipiell nicht verworfen, sondern einfach die Leute an das Reich verwiesen. Damit haben wir die Forderungen nicht im Prinzip verworfen. Genosse Brodmerkel hat gesagt, einige Mitglieder der Kommission wären nicht ehrlich gewesen. (Herr Brodmerkel: Das habe ich nicht gesagt!) Das sollte auf meine Person gemünzt sein. Aber immerhin, ein gut disziplinierter Arbeiter, der in einem Großbetrieb tätig ist, ist mit seinen Kollegen in den Großbetrieben zum größten Teil der Meinung, daß die Sachen so nicht bewilligt werden dürfen. Uebrigens ist die Sache auch nicht so eilig. Haben die Genossen vom Aktionsausschuß denn so wenig Vertrauen zur Revolution, daß sie fürchten, sie könnte in der nächsten Zeit umgeworfen werden, und daß darum diese Sache am besten heute noch erledigt werden soll? Wenn das aber der Fall ist, dann hätte der Arbeiterrat zunächst wichtigere Aufgaben erledigen sollen und sich nicht zuerst mit dem Antrag auf Entschädigungsansprüche derjenigen beschäftigen sollen, die an der Spitze stehen, z. B. mit dem Antrage der Frau Becker bezüglich der Kriegerfrauen. Die Sache ist viel wichtiger (Vorsitzer Herr Brodmerkel: Ich ersuche Sie, zur Sache zu sprechen!) Die Führer müßten zuletzt kommen, nicht die ersten sein. Stockinger, der ebenfalls der Kommission angehört, wundert sich, daß die Kommission so beschlossen hat. Er wußte, daß die Kommission am Montag weiter tagen sollte, und wenn er nicht zugegen gewesen, so war das nicht unsere Schuld. Wenn er dagewesen wäre, hätte er jedenfalls seine Worte in die Wagschale geworfen. Von den fünf Genossen haben vier für diesen Antrag gestimmt. Wie gesagt, wir sind prinzipiell für eine Entschädigung, wir konnten uns aber nicht dazu aufschwingen, daß der Arbeiterrat die höchste Gebühr zubilligt, dieser alte Arbeiterrat der heute vielleicht zum letztenmal versammelt ist.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Genosse Opfermann bezweifelt, daß es richtig sei, was ich darüber gesagt

habe, was in der Vollsitzung beschlossen ist. Der Antrag lautete, dahin, daß die Versammlung im Prinzip mit den Forderungen einverstanden ist. Damit waren die Forderungen anerkannt (Herr Opfermann: Stimmt nicht!) (Der Vorsitzende verliest den früheren Antrag) Damit waren die Forderungen anerkannt, und es war Aufgabe der Kommission, lediglich zu prüfen, ob die Leute die Strafe verbüßt haben und ob die Forderungen der Inhaftierten berechtigt seien. Weiter hatte die Kommission keine Aufgabe. Weiter hat mir Rietschel heute erklärt, daß er nur der Meinung des Genossen Opfermann gewesen sei daß das Reichssache sei.

Ich bitte diejenigen, die für den Antrag Stockinger sind, sich zu erheben — Gegenprobe. Der Antrag ist mit 78 gegen 16 Stimmen angenommen. (Zuruf: Ueberrumpelung!)

## 2. Forderungen der Arbeitslosen.

Herr Sommer: Die Arbeitslosen hatten den Antrag gestellt, ihnen höhere Sätze zu bewilligen. Die Abteilung VII des Demobilisierungsausschusses hat sich mit der Frage beschäftigt und Vorschläge gemacht, die angenommen worden sind. Die Forderungen der Arbeitslosen gingen dahin, für Ledige 6 ℳ, für Verheiratete 8 ℳ, für jedes Kind 1.50 ℳ zu bewilligen. Der Demobilisierungsausschuß und die Abteilung VII machen nun folgende Vorschläge: Einzelpersonen von 16 bis 18 Jahren 4.25 ℳ, von 18 bis 21 Jahren 4.50 ℳ, über 21 Jahre 5 ℳ Außerdem meinen sie, daß die Familienunterstützung für Mann und Frau von 6 auf 7 ℳ und für die ersten beiden Kinder pro Kind auf 1.25 ℳ erhöht werden sollten. Die Karenzzeit soll von 6 auf 3 Tage herabgesetzt werden. (Zuruf: Lauter! — Vorsitzender: Es ist vielleicht besser, Sie sprechen von hier aus, dann haben Sie das Plenum vor sich!) Als wir in Bremen seinerzeit die Erwerbslosenfürsorge einführten, haben wir uns nicht danach gerichtet, was in andern Städten bezahlt worden ist, sondern haben in der Abteilung Fabrikwesen mit dem Demobilisierungsausschuß die Sätze festgelegt, die von den Arbeitslosen jetzt moniert werden als zu niedrig. Nachdem nun aber unsere Arbeitslosen hier neue Forderungen gestellt hatten, war es notwendig, daß wir, da es sich um den Steuersäckel des gesamten Volkes handelte, uns darüber unterrichteten, was in anderen Städten bezahlt wird. Vordem hatten wir uns aus freiem Ermessen den bremischen Verhältnissen angepaßt. Ich möchte da nun ein paar Zahlen zum besten geben. Es erhielten eine alleinstehende männliche Person in Bremen 4 ℳ, in Hamburg 4 ℳ, in Berlin 4 ℳ, in Hannover 4 ℳ, in Kiel 4 ℳ, in Syke 3.50 ℳ, in Lübeck 4 ℳ, in Elberfeld 4.50 ℳ; eine weibliche Person in Bremen 4 ℳ, in Hamburg 3 ℳ, in Berlin 3 ℳ, in Hannover 3 ℳ, in Kiel 3.50, in Osterholz-Blumenthal 3 ℳ und im übrigen 2.50 bis 3.35 ℳ; eine alleinstehende männliche Person unter 17 Jahren in Bremen 2.50 ℳ, in Hamburg 2.50 ℳ, in Berlin 3 ℳ, in Hannover 3 ℳ; eine alleinstehende weibliche Person fast überall 2.50 ℳ, nur in Kiel 3 ℳ, in Elberfeld 1.80 ℳ (eine alleinstehende männliche 4.70 ℳ in Elberfeld, also ein ganz erheblicher Unterschied); eine Ehefrau 5.50 ℳ, in Hamburg 5.50 ℳ, in Berlin 5 ℳ, in Hannover 5 ℳ, in Kiel 5 ℳ, in Osterholz 4.50 ℳ, in Blumenthal 5 ℳ, in Lübeck 5 ℳ, in Elberfeld 5.60 ℳ Also auch da sind unsere Sätze sehr hoch; mit einem Kinde in Bremen 7.25 ℳ, in Hamburg 7.50 ℳ; für ein Kind in Hamburg 1 ℳ. Wir haben diese Sätze erhöht auf 1.25 ℳ für die beiden ersten Kinder. In Berlin bekäme also eine Ehefrau mit einem Kinde nur 6 ℳ, in anderen Städten 6 ℳ, 5 ℳ und darunter. Wir haben die Familienunterstützung auf 7 ℳ erhöht, die Kinderunterstützung auf 1.25 ℳ pro Tag für die beiden ersten Kinder, sodaß für eine Familie mit zwei Kindern 9.50 ℳ herauskäme. Für eine alleinstehende männliche Person sind 5 ℳ gewiß nicht allzu viel, aber wir glaubten auf Grund der allgemeinen finanziellen Verhältnisse nicht darüber hinaus gehen zu sollen. Ich möchte Sie ersuchen, die Sätze nach unsern Vorschlägen anzunehmen. Höher zu gehen wären wir nicht in der Lage, weil die Mittel dazu fehlen. Es geht alles auf Kosten der allgemeinen Steuern, die wir alle aufbringen müssen. Die Unterstützung in den anderen Städten ist heute so, daß der Satz 70 % des Gesamteinkommens beträgt. Für Bremen haben wir festgelegt, daß das Gesamteinkommen durch die Unterstützung nicht überschritten werden darf. Ergibt diese weniger als 70 %, dann tritt die Erwerbslosenfürsorge in Kraft. Das beruht auf Reichsgesetz. Ich möchte Sie ersuchen, die neuen grundlegenden Bedingungen anzunehmen. Am 8. Dezember hatten wir 6655 Arbeitslose, es kommen täglich neue hinzu, es ist also eine brennende Frage. Aber die festgesetzten Sätze zu überschreiten, geht nicht, denn die finanziellen Verhältnisse erlauben es nicht.

Herr Oetting: Als Vertreter der Arbeitslosenkommission möchte ich die Genossen fragen, ob sie in der Lage sind, für 4.25 oder 4.50 ℳ einen Mann zu beköstigen und zu kleiden. Es handelt sich doch um Männer, die vier Jahre draußen im Felde gewesen sind, denen es an allem fehlt. Die rechnen jetzt auf den Dank des Vaterlandes. Da sind 5 ℳ noch zu wenig und selbst 8 ℳ genügen nicht. Diese Leute wollen, daß Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden, es ist ihnen nicht darum zu tun, möglichst hohe Unterstützungen herauszudrücken, Arbeit wollen sie haben, und in dieser Hinsicht ist sehr wenig getan. 200 Bauten sollen in Auftrag gegeben sein, aber nichts ist angefangen. Die Reedereien könnten Arbeit schaffen, es liegen 8 Schiffe der Hansa-Linie im Hafen, die Arbeit ist also da, aber die Reeder sagen: es geht nicht. Es könnte doch darauf gedrungen werden, daß die Leute

eingestellt werden. Ich möchte Sie ersuchen, für die Forderungen der Arbeitslosen einzutreten. Halten Sie sich vor Augen, wieviel Zündstoff in den Arbeitslosen liegt. Lassen Sie es nicht zum äußersten kommen. In Hamburg und anderen Städten haben die Arbeitslosen auch nicht stillgeschwiegen. Der revolutionäre Geist ist groß in ihnen, sie haben nichts zu verlieren. Nehmen Sie das bischen doch an, was die Leute fordern. Nehmen Sie auch die Familienunterstützung an. Nach einer Mitteilung soll sie abgezogen werden, nach einer anderen soll sie bestehen bleiben. Bisher ist sie eingehalten worden. Ich fasse die Unterstützung so auf, daß sie eine Notbeihilfe sein soll bis zu einem Monat. Daß man sich mit solchen Kleinigkeiten überhaupt noch beschäftigen muß.

Vorsitzender Herr Brodmerkel: Ich möchte Ihnen zur Kenntnis bringen, daß der Aktionsausschuß sich gestern erneut mit dieser Frage beschäftigt hat und daß er einen Antrag angenommen hat, der vorschlägt, die Forderungen der Arbeitslosen zu bewilligen. Ich möchte weiter sagen, daß der Aktionsausschuß sich auch um die Bautätigkeit bekümmert hat. In allernächster Zeit sollen die Bauten, die von der Baupolizei genehmigt worden sind, aber nicht von den Unternehmern in Angriff genommen sind, von uns selbst ausgeführt werden. (Sehr richtig!) Ich glaube, es war eine gute Anregung von Oetting, daß er uns auf die Reeder aufmerksam gemacht hat. Wir werden uns deshalb an die Reeder wenden, und wenn sie die Schiffe nicht in Tätigkeit setzen, dann werden wir es machen, wie es der Soldatenrat in Bremerhaven gemacht hat, und die Schiffe selbst in See fahren lassen.

Herr Ertinger: Parteigenossen! In der gestrigen Aktionsausschußsitzung wurde, wie schon Brodmerkel berichtet hat, der Antrag Dannat angenommen, daß die Forderungen der Arbeitslosen bewilligt werden sollten. Mit einer Ausnahme allerdings, und zwar betreffs der Teuerungszulage, über deren technische Gestaltung wir uns im Aktionsausschuß nicht ganz klar waren, weil doch die Arbeitslosen ständig wechseln. So konnten wir diesem Beschluß nicht ohne weiteres beistimmen. Die Karenzzeit hat der Aktionsausschuß ganz gestrichen. Ebenfalls hat der Aktionsausschuß die materiellen Forderungen der Arbeitslosen anerkannt. Aber, Parteigenossen, wenn wir jetzt diese Forderungen anerkannt haben, so müssen wir uns über die politische Lage und über das Arbeitslosenproblem klar werden. Die Forderungen, die beantragt worden sind, werden von Ihnen bewilligt werden müssen, schon aus rein politischen Gründen. Wir werden vor den letzten Konsequenzen nicht zurückschrecken dürfen. Diese Forderungen müssen bezahlt werden, das Reich wird das ablehnen. Deshalb werden wir zur Selbsthilfe schreiten müssen. Für die Forderungen hat der bremische Staat aufzukommen. Dazu kommen die Forderungen der politisch Verhafteten, die Forderungen der Kriegerfrauen, die Forderungen der Arbeitslosen, die bewilligt worden sind. Alle diese Ansprüche ziehen eine weitere Konsequenz nach sich. Der bremische Staat mit seinem jetzigen Steuerprogramm ist gar nicht in der Lage, diese Forderungen zu bewilligen. Was soll dann geschehen? Vor diese Frage müssen wir uns stellen. Es heißt jetzt so: wir können diese ganzen Forderungen, die aufgestellt worden sind, gar nicht bewilligen, wenn wir den alten Rechtsboden beibehalten wollen, wenn wir den alten Senat hier lassen. Für die Lösung aller der Fragen, des Arbeitslosenproblems überhaupt, ist die heutige Gesellschaft machtlos, des Arbeitslosenproblems, wie es heute in den Forderungen der Arbeitslosen zum Ausdruck kommt. Die Arbeitslosen waren in jeder Revolution eine mächtig treibende Bewegung. Nun kommt es darauf an, daß die Arbeitslosen ihre Forderungen durchsetzen. Sie sind nicht unberechtigt. Es sind Forderungen, die sie an die alte Gesellschaft stellen zum Zeichen, daß sie mit der alten Gesellschaft nicht zufrieden sind. Nun fragt es sich: wer kann die Forderungen bewilligen? Da sage ich: die alte Gesellschaft und die auf ihr fußenden Einrichtungen können es nicht, es kann also nur durch den Fortgang der Revolution, durch die proletarische Revolution geschehen. Die Berichte aus Rußland sagen, daß dort das Arbeitslosenproblem zur Zufriedenheit der Arbeiter geregelt worden ist. In Rußland, wo vor einem Jahre noch große Mengen Arbeitsloser vorhanden waren, gibt es kein Arbeitslosenproblem mehr. Die Arbeitslosen wollen keine Unterstützung, sondern Arbeit, sie haben ein Recht auf Arbeit und nicht auf Unterstützung. Sie verlangen von der heutigen Gesellschaft Arbeit. Die heutige Gesellschaft kann ihnen die Arbeit nicht geben, deshalb müssen wir, das revolutionäre Parlament, ihnen diese Forderungen bewilligen. Das ist unsere Pflicht. Was wir weiter verlangen, ist die Tat. Wie kann aber die heutige Gesellschaft Arbeit schaffen? Die heutige Gesellschaft hat keine Rohstoffe, sie hat nichts. Selbst Notstandsarbeiten scheitern am Profitinteresse des Kapitalismus. Die Arbeitslosenfrage kann nur gelöst werden durch den Kommunismus. Ich möchte dafür einige Beispiele anführen. Vom alten Staat aus können wir nicht zur Lösung des Wohnungsproblems kommen. Warum nicht? weil der Staat nicht zur Enteignung der Hausbesitzer schreiten kann. Würden wir aber zur Beschlagnahme schreiten, so könnten wir Tausende von Arbeitslosen beschäftigen damit, daß wir die großen Villen an der Schwachhauser Heerstraße usw. in Vier- bis Fünffamilienwohnungen umbauen ließen. Dadurch würden wir für die Proletarier in der westlichen Vorstadt, die jetzt in elenden Kellerwohnungen hausen, gute Wohnungen schaffen. Dann könnte man auch eine gute Arbeitsgelegenheit schaffen durch Einschmelzung der alten herrlichen Hohenzollern-Denkmäler. Es steckt da allerhand Metall drin, das wir bei dem

Rohstoffmangel sehr gut brauchen können, das sollte man nicht unterschätzen. Wenn man sagt: das bischen Kupfer, das in einem solchen Denkmal steckt! so sage ich: zusammengenommen, machen viele ein wenig doch viel aus. Der einzelne Türdrücker, den wir abliefern mußten, war auch wenig, und doch ist eine Menge Kupfer dabei herausgekommen. Die Schunddenkmäler müssen beseitigt werden, Kunstprodukte sind natürlich ausgenommen, denn wir sind doch keine Barbaren. Es muß da einmal tabula rasa gemacht werden. Die Forderungen müssen bewilligt werden, auszahlen kann sie nur das revolutionäre Proletariat. Das sind nicht die Mehrheitssozialisten, und es wird schwer fallen, daß auch die U. S. es können, wenn sie so bleiben wie bisher. Es kommt in der letzten Konsequenz nicht darauf an, daß wir Gleichheit und Freiheit haben, sondern nur die Diktatur des Proletariats. Die Interessen des Proletariats können nur vertreten werden durch die Demokratie des Proletariats. Demnach: nur durch die Diktatur des Proletariats können wir die Welt befreien!

Herr Manthey: Das was Ertinger gesagt hat, bitte ich nur, sich zu Herzen zu nehmen. Ich möchte daraufhin sagen, daß die Forderung, die die Arbeitslosen an das revolutionäre Parlament gestellt haben, anstandslos von uns bewilligt werden müssen; denn die Forderungen sind nicht so hoch, daß wir glauben können, daß man sie nicht bewilligen könnte. Sie sind so minimal, daß jeder Mensch, der zwei bis drei Kinder zu ernähren hat, ohne weiteres einsehen muß, daß die Forderungen von uns angenommen werden müssen. Und alles übrige sind nur die Konsequenzen, die uns Ertinger so vorzüglich geschildert hat. Und wir selbst müssen uns bewußt sein, wenn wir jetzt zu den Arbeiterratswahlen schreiten, wen wir in diesen Rat hinein zu wählen haben, damit nicht nur in Bremen, sondern im ganzen Deutschen Reiche die Revolution Fortschritte macht. Wir können feststellen, daß das Bremer revolutionäre Proletariat weitere Fortschritte gemacht hat als in andern Orten. Wenn wir hier vorangehen, und die Bourgeoisie sieht, daß wir revolutionär fortschreiten, dann kann es nichts anderes geben, als auf dem Wege der Revolution weiter zu schreiten, damit das, was im Interesse des Proletariats brauchbar ist, auch voll und ganz gesichert wird.

Herr Heibel: Ich möchte zu den Ausführungen des Genossen sprechen, der vorher gesprochen hat. Die Reeder haben uns in Hamburg bei den Verhandlungen vom 20.—30. November, und zwar nicht nur für Hamburg, sondern für ganz Deutschland, das Allerheiligste was sie haben, zur Verfügung gestellt: ihre Schiffe, und ich habe als Mehrheitssozialist zur Antwort gegeben, daß wir jederzeit, das seemännische Proletariat, inklusive Kapitäne und Maschinisten, denn die bekennen sich heute zu uns, die Schiffe in See fahren können. Dem Auslande kann es egal sein, unter welcher Flagge die Schiffe kommen. Ich möchte noch bemerken, daß die Kapitäne und Maschinisten auf unserem Standpunkt stehen, daß sie sofort sich in den Dienst des Proletariats stellen und ihre Pflicht tun im kommunistischen Sinne.

Was nun die Heranziehung der Reeder zu der Arbeitslosenversicherung betrifft, so sage ich, daß augenblicklich kein Seemann eine Unterstützung braucht, aus dem Grunde, obwohl wir in Bremen mit einem Zustrom von guten Berufsseeleuten durch die Auflösung der Kaiserlichen Marine rechnen müssen, wir trotzdem in der Lage sind, alle Seeleute hier unterzubringen, und zwar aller Branchen, und da wäre es widersinnig, wenn wir den Seeleuten eine Unterstützung zahlen und wenn sie unter den günstigen Lohnverhältnissen, die jetzt an Bord herrschen, noch Arbeitslosenunterstützung bekämen. Denn ein Matrose bekommt jetzt 120 ℳ, ein Heizer 130 ℳ, wenn das Schiff nicht fährt. Also unterstützen Sie nicht, es sind Schiffe genug da, um jeden Seemann unterzubringen.

Herr Frasunkiewicz: Ja, Parteigenossen, ich bin der Meinung, es wird nicht ein einziger von den Arbeiterräten im Saale sein, der gegen den Vorschlag der Kommission, daß 8 ℳ für die Verheirateten und 5 ℳ für die Ledigen an Arbeitslosenunterstützung zu zahlen ist, stimmen wird. Ich bin der Meinung, daß die Bourgeoisie Zeter und Mordio schreien wird darüber, daß die Arbeiterräte eine Forderung der Arbeitslosen hier angenommen haben, aber das soll uns wenig kümmern. Dann wollen wir den Vertretern der Bourgeoisie sagen, ihr habt euch nicht geniert, tausende von Menschen auf die Schlachtfelder zu schicken und Millionen vom deutschen Volke auszusaugen für den deutschen Imperialismus. Ich bin der Meinung, wir haben so schlagende Argumente um der Bourgeoisie entgegentreten zu können, daß wir immer von allen logisch denkenden Menschen als diejenigen angesehen werden, die vom ökonomischen Standpunkte aus betrachtet, das gemacht haben, was unbedingt von einem objektiv denkenden Menschen gemacht werden muß. Also ganz rücksichtslos sollten wir auf diesem Gebiete vorgehen. Man hat sich nicht gescheut, im Reichstage an eine Reihe Reeder Millionen Mark an Entschädigung zu bewilligen, weil sie nicht genügend Dividende einstecken konnten, weil während der Kriegszeit ihre Schiffe interniert gewesen sind. Ich will erinnern, daß die Vertreter der Bourgeoisie sich auch gar nicht darüber aufgeregt haben, daß Tausende und Abertausende von Offizieren in Deutschland herumlaufen, ihre Gehälter bekommen und nicht einen Jota leisten und sich gar kein Gewissen darüber machen, wo das Geld herkommt. Wir sind es den Arbeitslosen schuldig; denn der alte morsche zusammengebrochene Staat, der hat es mit verschuldet, daß so viele Existenzen vernichtet worden sind, und daß der wirtschaftliche

Zusammenbruch erfolgt ist, denn nicht wir Proletarier und die Arbeitslosen sind schuld daran, sondern die Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit.

Da treffen wir die Bourgeoisie am besten und empfindlichsten, nämlich im Geldschrank, dann da schlägt ihr das Herz. (Heiterkeit.) Da müssen wir sie ungeachtet der Miesmacher der Bourgeoisie anpacken, am Kapital. Um alle diese Sachen zu bezahlen, müssen wir dafür sorgen, daß, wenn ein Direktor vielleicht 200 000 oder 300 000 ℳ verdient, er davon 80—90 % zu Gunsten des Staates abgibt. Dann würden wir auch die Arbeitslosen entschädigen können. Ich meine, der größte Teil der Bevölkerung wird damit einverstanden sein. Zu den Arbeitslosen werden auch noch verschiedene Leute gehören, die früher eine selbständige Existenz hatten, die diese aber durch den Krieg oder durch ihre lange Abwesenheit verloren haben. Dazu gehören vor allem zahlreiche kleine Handwerker, wie Schlosser und Klempner. Sie alle werden dem Arbeiterrat dafür dankbar sein, wenn er so für sie sorgt und sie vor dem Verhungern rettet. Es werden da immer einzelne sein, die den Arbeiterrat aufreizen wollen und sagen, die Forderungen wären unverschämt. Das werden aber nicht viel sein. Wir sollten die Forderungen bewilligen, weil uns die Verhältnisse bekannt sind. Ich bitte Sie, nehmen Sie die Forderungen der Kommission an.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Es liegt ein Antrag Knopp auf Schluß der Debatte vor.

Herr Knopp: Ich glaube, die weiteren Erörterungen bringen nichts neues mehr, da Gegenredner sich nicht gemeldet haben. Wir haben gehört, was die Kommission will, und können darüber abstimmen.

Vorsitzender Herr Brodmerkel: Wünscht jemand gegen den Schluß zu sprechen.

Herr Dannat: Ich würde gern für Schluß sein, wenn ich noch sagen könnte, daß jedem von der „eisernen Division", die gegen den Bolschewismus kämpfen soll, 10 ℳ pro Kopf bezahlt werden. Da ich nun Gelegenheit dazu gehabt habe, bin ich für Schluß.

Herr Starker: Der hat ja dafür gesprochen.

Vorsitzender Herr Brodmerkel: Ich hatte ihm doch das Wort gegen den Schluß gegeben.

Herr Starker: Er will dagegen sprechen und täuscht die Gesellschaft.

Vorsitzender Herr Brodmerkel: Das kann ich aber nicht ändern.

Herr Starker: Ich bin gegen den Schluß. Man sollte die Rednerliste bestehen lassen, aus dem einfachen Grunde, weil hier Programmreden für irgend eine Idee gehalten sind. Man sollte aber nicht die praktische Arbeit vergessen, und da hätte ich gern geantwortet. Genossen! Es ist absolut notwendig, Theorie und Praxis da ins Gleichgewicht zu stellen.

Vorsitzender Herr Brodmerkel: Es ist da vieles gesagt, was nicht zum Schlußantrage war.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Zur Geschäftsordnung

Herr Klima: Ich beantrage, über die Forderungen der Arbeitslosen namentlich abzustimmen.

Vorsitzender Herr Brodmerkel: Wünscht jemand für diesen Antrag zu sprechen? (Zuruf: Die Anträge werden ja einstimmig angenommen!) Wer für namentliche Abstimmung ist, den bitte ich aufzustehen — Gegenprobe — Letzteres ist die Mehrheit.

Herr Sommer (Schlußwort): Ich habe hier die Ansichten der Kommission vertreten und besonders die Ansichten der Abteilung VII und habe sie begründet. Ich möchte nun nur noch ein paar Äußerungen machen in der Sache der Geldbeschaffung. Es ist außerordentlich leicht eine Programmrede zu halten. Genosse Ertinger sagte, wir müßten die Anträge annehmen schon der Konsequenzen wegen. Was soll das heißen: Wenn wir die Forderungen der Arbeitslosen bewilligen, so tun wir das nicht der Konsequenzen wegen, sondern der Notwendigkeit wegen. Wenn der politische Hintergrund ein anderer wäre, würden wir vielleicht noch anders vorgehen können, wenn wir Geld hätten. Aber selbst Ertinger sagt: wir haben es nicht. Das Reich will nicht bewilligen, also fällt das der bremischen Staatskasse zur Last. Und in Bremen muß das Geld durch Steuern aufgebracht werden. Keiner kann uns sagen, daß es auf andere Weise aufgebracht werden kann. Eine andere Begründung hat also wenig Fuß. Die Arbeiter in ihrer Gesamtheit müssen das Geld mit aufbringen. Wenn ich etwas geben soll, muß ich etwas haben. Hier aber wird der Standpunkt vertreten, daß wir etwas geben sollen ohne etwas zu haben. Wir sollen „der Konsequenzen wegen" bewilligen. Was für Konsequenzen. Ich bin der Auffassung mit Ertinger, daß wir garnicht in der Lage sind, alle Wünsche erfüllen zu können, die vorgebracht sind, so gern wir sie erfüllen möchten. Ich bin der Auffassung, daß wir Mittel nicht genug haben um über den Rahmen dessen hinauszugehen, was im allgemeinen in anderen Städten, wo die Verhältnisse nicht besser, wo die finanziellen Verhältnisse vielleicht noch schlechter sind, geleistet wird. Die Arbeiterschaft, also der größte Teil der Bevölkerung wird die Mittel aufzubringen haben, weil das der produktive Teil der Bevölkerung ist (Lebhafter Widerspruch, Unruhe). Das ist meine Meinung. Ich spreche jetzt, Genossen, mit Genossen und lasse mich nicht mundtot machen, will aber auch niemand nach dem Munde reden.

Herr Ertinger zur tatsächlichen Richtigstellung! Parteigenossen! Wenn Genosse Sommer sagte, ich hätte gemeint, wir müßten der „Konsequenzen wegen" die Forderungen bewilligen, so stimmt das nicht. Ich habe gesagt: die Forderungen der Arbeitslosen sind notwendig, ich machte aber auf die Konsequenzen aufmerksam. Ich habe gesagt, wenn der Kapitalismus die Forderungen nicht bewilligt, so müssen wir die Konsequenzen ziehen, die Diktatur des Proletariats hat dann die Konsequenzen weiter zu führen. (Vorsitzender Herr Brodmerkel: Die Debatte kann nicht wieder eröffnet werden.) Das Arbeitslosenproblem kann nur durch den Kommunismus gelöst werden, weil wir bei dem keine Arbeitslosen mehr haben und dann nicht mehr nervös sind.

Vorsitzender Herr Brodmerkel: Wir stimmen zunächst ab über den weitestgehenden Antrag, den der Aktionsausschuß empfiehlt, mit Streichung des Absatzes, daß die einmalige Teuerungszulage nicht in Frage kommt. Es wird dann über den Antrag auf Zahlung einer Teuerungszulage von 30 ℳ extra abgestimmt werden.

Der Antrag des Ausschusses wird mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Vorsitzender Herr Brodmerkel: Zu dem Absatz, eine einmalige Teuerungszulage von 30 ℳ zu bewilligen, wird erklärt, daß er nicht auszuführen ist.

Der Antrag wird abgelehnt.

Vorsitzender Herr Brodmerkel: Damit ist die Angelegenheit erledigt.

Herr Starker: Sie ist noch nicht erledigt, weil noch ein ganz anderes Moment in Frage kommt.

Vorsitzender Herr Brodmerkel: Momente kommen nicht in Frage.

Herr Starker: Es handelt sich um die Abzüge der Familienunterstützung. Es ist doch eine Selbstverständlichkeit, daß diese Unterstützungen nicht in Abzug gebracht werden dürfen.

Die rückwirkende Kraft muß auch noch ausgesprochen werden!

Herr Sommer: Zur Frage des Abzuges der Familienunterstützung mußten wir uns, weil das Reich davon die Hälfte trägt, mit dem Reich in Verbindung setzen. Sobald eine Antwort eingegangen ist, werden wir darauf zurückkommen.

Vorsitzender Herr Brodmerkel: Es ist dann noch Beschluß darüber zu fassen, ob die erhöhten Sätze nach dem Antrage des Aktionsausschusses zum 1. Januar in Kraft treten sollen.

## IV. 4. Antrag Frau Becker, betreffend Erhöhung der Unterstützung für Kriegerfamilien.

Vorsitzender Herr Brodmerkel: Dazu hat das Wort Genosse Opfermann als Vorsitzender der Kommision.

Herr Opfermann: Pröster ist eigentlicher Vorsitzender. Ich kann aber erklären, daß wir mit keinem Resultat aufwarten können. Nachdem aber die Sache der Arbeitslosen ganz anders gekommen ist, als vom Demobilisierungsausschuß beschlossen worden war, wird vielleicht auch in dieser Sache eine ähnliche Form gefunden werden können. Wir haben bei der Kriegsdeputation folgende Anträge gestellt:

a) Die Unterstützungssätze für Kriegerfrauen, die jetzt 84.60 ℳ betragen, um 40 ℳ zu erhöhen.
b) Für jedes Kind eine Unterstützung von 50 ℳ pro Monat festzusetzen.
c) Für Kriegerwitwen eine einmalige Teuerungszulage von 300 ℳ zu bewilligen.
d) Für Kriegerfrauen, deren Männer ein Jahr Soldat waren und im Oktober entlassen worden sind, eine einmalige Teuerungszulage von 200 ℳ und für Kriegerfrauen, deren Männer vom 1. November ab zurückkehrten, eine solche von 300 ℳ bewilligen zu wollen.
e) Für Waisen und uneheliche Kinder, deren Väter gefallen sind, einen Zuschuß von 30 ℳ per Monat festzusetzen.

Wir haben mit Herrn Senator Dr. Spitta, Senatssekretär Dr. Tack und Dr. Voelckers verhandelt. Diese Herren betonten natürlich, daß sie den Wünschen entgegenkommen wollten, daß aber erst die Kriegsdeputation darüber beschließen müßte. Selbstverständlich fanden sie die Sätze viel zu hoch, an ihre Bewilligung sei nicht zu denken. Wir sagten, daß an den Sätzen, die wir aufgestellt hätten, nicht zu rütteln sei und daß wir unter allen Umständen darauf bestehen müßten. Die Herren sagten, der Staat würde dabei Bankerott gehen. Daß wir uns nicht einigen konnten, war selbstverständlich, obwohl die Sätze minimal sind und noch hinter den alten Sätzen für die Arbeitslosen zurückbleiben. Darum hat es keinen Zweck, vor der Sitzung der Kriegsdeputation noch zu berichten. Schließlich wird aber wohl der Aktionsausschuß so entscheiden wie in der Sache der Arbeitslosen.

Frau Becker: Ich möchte auf einiges hinweisen. Herr Hagemeyer hat in der Besprechung ausgeführt, daß diese Unterstützungen für den Staatshaushalt pro Monat sechs Millionen ausmachten. Wir haben bei unseren Forderungen sämtliche Ausgaben für Kriegerfamilien aufgeführt z. B. gesagt, daß sie für Oberkleidung 41 ℳ ausmachen. Es wurde uns gesagt, das sei viel zu hoch. Wir haben es aber genau berechnet: Eine Frau muß doch zwei Kleider haben,

eines für die Arbeit und ein besseres. Die Kinder müssen auch zwei Kleider haben, eines für die Schule und außerdem eins für Sonntag. Da sind 41 ℳ sicher nicht zuviel. Dann wurde uns gegenüber aufgeführt, daß die Ausgaben für Lebensmittel zu groß seien, denn wenn wir an der Volksspeisung teilnähmen, würden wir viel billiger wegkommen. Ich habe aber darauf bestanden und gesagt, daß ich als Kriegerfrau, solange die Volksspeisung nicht für die ganze Bevölkerung durchgeführt sei und die Volksspeisung nicht eine Zwangsspeisung für alle sei, ich selbst kochen würde, und dafür müßten die Mittel bewilligt werden. (Sehr gut!) Was wir gefordert haben, möchte ich kurz vorlesen:

Nahrungsmittel:
Brot 4 ℳ, Butter 4.20 ℳ für den Monat, der Marktpreis zugrunde gelegt, alles für eine Frau mit einem Kinde, Eier zwei Stück 0.90 ℳ, mehlhaltige Nahrungsmittel 1.50 ℳ, Mehl 0.90 ℳ, Zucker 0.90 ℳ, Aufstrich 4.20 ℳ, Kartoffeln 4.50 ℳ, Gemüse 30 ℳ. Ich habe da den Herren gesagt, die Kriegerfrauen könnten doch nicht immer Steckrüben kochen, sondern wollten auch einmal Blumenkohl haben, und der ist allerdings sehr teuer, und es ist nicht daran zu denken, daß man ihn jetzt kauft. Fleisch 5.10 ℳ. Jeder weiß, daß man Fleisch nur auf Fleischkarten kaufen kann und das nur an zwei Tagen, man will aber doch auch einmal Fisch kaufen, das habe ich aber noch gar nicht mit aufgeführt. Milch 5.40 ℳ, Kaffeeersatz 1.50 ℳ.

Feuerung:
2 hl Koks 7.15 ℳ, Kochgas 7.50 ℳ, Beleuchtung, Licht 4.00 ℳ.

Bekleidung und Wäsche:
Oberkleidung 41 ℳ, Fußbekleidung 14 ℳ, Tischtücher, Handtücher, Leibwäsche 19 ℳ. Das, meinten die Herren, sei zu viel. Aber wenn eine Schürze 20 ℳ kostet, kann man nicht viel Schürzen kaufen (Schürze 4.50 ℳ, Waschmittel 1.20 ℳ), Miete 25 ℳ, Steuern 1 50 ℳ, Zeitungen (die Kriegerfrauen müssen doch wenigstens die Bekanntmachungen über die mehlhaltigen Lebensmittel usw. lesen) 1 ℳ, Wassergeld 1 ℳ, Abnutzung der Haushaltsgegenstände 15 ℳ — zusammen 204.95 ℳ.

Dabei sind noch nicht mitgerechnet Ausgaben für Hygiene, Straßenbahn, Mäntel, Hüte und verschiedenes. Wir bekommen aber für eine Frau mit einem Kinde 174 ℳ. Wir sind dann darauf hingewiesen, daß die Unterstützung für Kriegerfamilien nicht so hoch sein dürfe wie die Arbeitslosenunterstützung, weil die Kriegerfrauen noch Verdienstmöglichkeiten hätten, wodurch sie sich ihre Einnahmen vergrößern könnten, während die Erwerbslosen eben nichts verdienten. Wir sollen also mit arbeiten, damit wir leben können. Wieviele Frauen, Kriegerfrauen aber gibt es, die mehrere Kinder haben und für sie sorgen müssen, so das sie garnicht arbeiten können. Es wurde uns auch entgegengehalten, daß es doch unmöglich sei, daß eine Frau mit fünf Kindern 374 ℳ im Monat erhält, daß verdiene ja ein Arbeiter überhaupt nicht, denn die Arbeiter hätten durchschnittlich ein wöchentliches Einkommen von 80 ℳ. Dem haben wir entgegengehalten, daß doch die Arbeitslosenunterstützung vielleicht nur vorübergehend sei. Man will aber nicht, daß die Kriegerfrauen ebensoviel als die Arbeitslosen erhalten, man will den Satz wenigstens 25 Pfennig darunter festsetzen. Ich meine, wenn man die Forderungen der Arbeitslosen jetzt bewilligt hat ohne vorher die Genehmigung irgend einer Instanz einzuholen, so halte ich es für notwendig, daß der Arbeiterrat sich auch darüber klar wird, daß er nicht erst noch die Kriegsdeputation darüber zu Rate zieht, sondern daß die von uns gewählte Kommission sich direkt mit der Kriegsdeputation herumschlägt. Auf morgen ist wieder eine Sitzung eingeladen. Wir hätten dann ohne weiteres mit der Kriegsdeputation selbst zu verhandeln und ihr mitzuteilen: Wir haben die und die Anträge gestellt. Ergibt sich dann aus den Verhandlungen, daß sich die Kriegsdeputation auf den Standpunkt stellt, daß sie den Kriegerfamilien die verlangten Unterstützungen nicht gewähren will, dann werden wir uns wieder mit unseren Forderungen an den Arbeiterrat wenden, und der hat auf Grund der Diktatur des Proletariats zu versuchen, den Kriegerfrauen zu helfen. Charakteristisch für den, der unsere Verhältnisse kennt, ist, daß jetzt bei solcher Kälte Kinder barfuß auf der Straße laufen. Ich habe das selbst gesehen und Opfermann auch. Das ist gar nicht zu verantworten, daß man Kriegerfrauen derartige Unterstützungen zahlt, daß sie ihre Kinder barfuß herumlaufen lassen müssen. Man sagt, man dürfe den Staat nicht noch mehr belasten. Da aber diese Zustände heraufbeschworen sind, müssen wir verlangen, daß, wenn unsere Männer zurückkehren, sie nicht mit Schrecken auf uns sehen brauchen, sondern daß sie einigermaßen anständige Verhältnisse bei uns vorfinden. Wir müssen einen Druck ausüben, damit sie eine gute Heimstätte finden.

Vorsitzender Herr Brodmerkel: Wenn ich Frau Becker richtig verstanden habe, ist sie der Meinung, daß wir heute noch nicht über die Forderungen beschließen sollen (Zuruf: Sie sind gerechtfertigt!) daß darüber nicht die Kriegsdeputation, sondern der Arbeiterrat beschließen soll. Wenn wir beschließen, daß die Forderungen zu Recht bestehen, ist die Sache damit entschieden und die Kriegsdeputation braucht nicht mehr gefragt zu werden.

Herr Broester: In dem Augenblick, in dem ich mit diesen Herren sprach, besonders mit dem Vor-

sitzenden Senator Spitta, habe ich gleich das Gefühl gehabt, daß überhaupt nichts herauskommen wird. Wer während der Kriegszeit mit den Herren vom Senat zu tun gehabt hat, hat das Gefühl, daß diese reaktionären Herren wenig oder nichts davon wissen, was diese Kriegerfrauen und ihre Kinder ausgestanden haben, da sie uns einfach mit solchen Argumenten gegenübertreten. Man verweist uns z. B. auf das Essen in den Volksküchen, und Senator Spitta sagte, daß dort ein nahrhaftes schmackhaftes Essen verabfolgt werde. Das ist ein großer Irrtum. Genossen! Es wird genügen, darauf hinzuweisen, wie das Essen während der ganzen Zeit des Krieges gewesen ist. Diese Herren haben aber noch nicht von dort ihr Essen bezogen, sondern — nun ich will nicht sagen gar nicht, aber vielleicht eine Kostprobe genommen. Was ich aber nicht zugeben kann, ist, daß sie nach einer solchen Kostprobe behaupten können, daß ein nahrhaftes und schmackhaftes Essen geliefert wird. Dann ist auch angeschnitten, daß Kinder barfuß laufen. Da sagte Dr. Spitta: aber es sind in den einzelne Schulen Vorkehrungen getroffen, daß dort die Lehrer und Lehrerinnen an den Schulvorstand herantreten, dann kriegen sie für die Kinder Schuhe und Strümpfe geliefert. Das kann richtig sein — ich bin nicht weiter darüber informiert — aber jedenfalls gingen die Kinder, die ich gesehen habe, auf der Straße und nicht in die Schule und gerade da habe ich welche gesehen, die keine Schuhe hatten, die barfuß liefen. Wenn nun die Kommission mit den Herren verhandelt, wird doch nichts dabei herauskommen. Wir sollten daher die Entscheidung über die Forderungen nicht in die Länge ziehen, sondern ich möchte dem Arbeiterrat empfehlen, daß diese Forderungen heute hier zur Annahme gelangen.

Herr Starker: Als wir in der vorigen Sitzung über die Forderungen der Frauen verhandelten, da waren wir des Glaubens, daß sie bewilligt werden müßten, weil jeder Einzelne, soweit er draußen im Felde war, die Not und das Elend seiner Familie durch Jahre hindurch gehört und auch mit eigenen Augen kennen gelernt hat. Wer ein oder zwei kleine Kindlein im Hause hat und wollte diesen ein reines Röckchen anziehen, der konnte es nicht, es war keins vorhanden das heil war und weil man zum Flicken nichts hatte, und kaufen ist nicht möglich, weil sie zu teuer sind, und man mußte noch von Herodes nach Pilatus laufen, um einen Bezugsschein zu bekommen. Die Forderungen der Frauen sind berechtigt. Hier wirft sich nicht die Frage auf, wo bekommen wir das Geld her, sondern was tun wir, um den Aermsten unter den Armen zu helfen. Unser Krebsschaden ist, daß wir eine Zersplitterungstaktik treiben und dadurch einen Arbeiterrat bekommen, der nicht so zusammengesetzt ist, wie jetzt. Dann werden wir solche Leute hineinbekommen durch ihre Taktik, die das Wenn und das Aber eine Rolle spielen lassen und niemals die Tat. Solange die Mehrheitssozialisten hier waren, hat das Wenn und das Aber eine Rolle gespielt, als sie hinaus waren, gab es die Tat, das ist die Wirkung. Das macht Ihr zunichte durch Euren Beschluß, daß Ihr gespalten bei den Arbeiterratswahlen vorgeht. Zu dem, was Ertinger gesagt hat, muß ich bemerken, was nutzen die schönen Reden, wenn Ihr sie nicht in die Praxis umsetzen könnt, und da müssen wir die Einigkeit zur Tat werden lassen und dann müssen solche Vertreter gewählt werden, die den Willen zur Tat haben. Wenn Sie so fortfahren, werden Sie später nicht mehr die Macht haben, derartige Gelder zu bewilligen, um den Arbeitslosen wie den Kriegerfamilien zu helfen, wie es Not tut. Die Mehrheitssozialisten werden auch helfen. Mit 10 oder 15 ℳ werden sie sagen, kommt ihr aus. Das nenne ich ein Kuhhandelsgeschäft. Was muß man tun, um das zu inhibieren? Da gibt es nur eine Antwort, und das ist die Einigkeit. Ich glaube, Ihr fühlt Euch gar nicht mehr fähig, das durchzudrücken, sonst müßtet Ihr einig sein und hier geschlossen auftreten.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Wir wollen aber doch hier keine Parteipolitik treiben.

Herr Starker: Ich muß erklären, daß Ertinger auch nicht unterbrochen worden ist vom Vorsitzenden, und da muß ich auch das Recht haben, mich politisch auszulassen. Wir müssen also praktisch arbeiten und mein Vorschlag ist, wenn wir in früheren Zeiten noch nicht fähig waren zu praktischer Arbeit, weil wir uns in die einzelnen Kommissionen noch nicht eingearbeitet hatten und deshalb mit den Bürgerlichen zusammenarbeiten mußten und ihre Hilfe in Anspruch nehmen mußten, so ist das heute nicht mehr notwendig, denn wir haben uns in die einzelnen Abteilungen und Ressorts so eingearbeitet, daß es absolut nicht nötig ist, die bürgerliche Gesellschaft als Fragekasten und Antworts- und Bestimmungskasten zu gebrauchen, oder wir müssen diese Gesellschaft soweit absetzen, daß an ihre Stelle Arbeiter kommen, die Gefühl für die Armen haben, denn auch das Gefühl entscheidet hier, und das hat die reiche Gesellschaft oder die besser situierte Gesellschaft nicht, und wenn sie es zum Teil gehabt hat, dann hat sie es zum Teil verloren. Sie haben doch nur immer in einzelnen Fällen von diesen Küchensuppen gekostet, und wenn, dann haben sie sich das Fett abschöpfen lassen und es sich auf einem feinen Teller servieren lassen. Im allgemeinen haben sie noch nie einen Pott ausgelöffelt. Ich weiß ja auch, wie es draußen im Felde war. Den Offizieren ist immer extra serviert worden und da kam immer noch etwas Fett hinzu, damit die Suppe Augen hatte, wir haben es nicht bekommen. Und so ist es hier. Da steckt man den Löffel eben hinein, um nicht mit sattem Bauch nach Hause zu kommen. Wie kann aber ein praktischer Weg gegangen werden, wenn über die Hälfte

Mehrheitssozialisten hier sitzen, und wenn unsere Anträge einfach hier abgelehnt werden, weil die Mehrheitssozialisten sagen, wir sind nicht fähig zur Sozialisierung. Sie werden sagen, ihr seid überspannte Köpfe, zu praktischer Arbeit seid ihr nicht zu gebrauchen.

Stockinger: Zur Geschäftsordnung: Genosse Starker hat eine lange Rede gehalten. Wir haben aber noch sehr viele Sachen auf der Tagesordnung. Ich stelle deshalb den Antrag auf Schluß der Debatte.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Ich möchte sagen, daß der Antrag hinfällig ist. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich werde Ihnen nun die Forderungen, die Genosse Opfermann als Antrag erhoben hat, nochmals verlesen. (Geschieht.)

Genossen! Man hat vorhin soviel gesprochen, daß kein Geld da wäre, um diese Sätze zu bewilligen. Wir haben ja alle die schönen Worte der bürgerlichen Herren, die vom Rathause gesprochen wurden, gehört, die Reden vom Danke an die Krieger, die Heim und Herd geschützt haben. Nun können die Herren den Beweis erbringen, nicht durch Redensarten, sondern durch Taten. Nun können sie ihr Portemonnaie öffnen. Wir wollen den Herren die Gelegenheit geben, ihre Liebe zu beweisen und bitten Sie deshalb, dem Antrage zuzustimmen.

Der Antrag Opfermann wird einstimmig angenommen.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Es ist nicht gesagt worden, wann die Unterstützung in Kraft treten soll. Ich nehme an vom 1. Januar.

Frau Becker: Jawohl!

Die Versammlung ist damit einverstanden.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Herr Bell: Zur Geschäftsordnung: Ich stelle den Antrag, daß die Redezeit auf 10 Minuten beschränkt wird.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Wir müssen dem Referenten eine unbeschränkte Redezeit gewähren. Vielleicht redet er gar nicht solange.

Herr Klawitter: Genossen! Die Arbeit, die Ihnen vorliegt, ist im wesentlichen ausgearbeitet durch Sachverständige. Dieses sind Lehrer. Es ist eine Zusammenkunft von Lehrern, und zwar von sozialistischen Lehrern gewesen, die Ihnen diese Forderungen zusammengestellt hat. Der Lehrerrat bestand zu der Zeit, als diese Lehrer herangingen an ihre Arbeit, noch nicht. An demselben Tage, als diese Forderungen abgeschlossen wurden, an demselben Sonnabend, hat der Lehrerrat sich konstituiert, und ich habe dann diese Forderungen dem Lehrerrat übermittelt und der Schuldeputation. Letztere hat sich dann einmal damit beschäftigt, ist aber zu keinem Beschluß gekommen. Auch der Lehrerrat hat sich damit beschäftigt und hat dann einen Beschluß gefaßt, der Ihnen durch die Tageszeitungen bekannt geworden ist. Die Schuldeputation, an die ich mich heute wandte, ob sie einen Beschluß gefaßt habe, hat geantwortet, daß sie auf eine Nachricht vom Lehrerrat gewartet habe. Die Nachricht sei Ihnen nicht zugegangen, und deshalb ist die Schuldeputation nicht in der Lage gewesen, in der Angelegenheit Beschluß zu fassen. Das wollte ich vor meinen übrigen Ausführungen gesagt haben, weil Erörterungen darüber gepflogen sind, daß der Lehrerrat nicht in der gehörigen Weise zur Verantwortung gezogen sei.

Was nun die Frage selber anbetrifft, so handelt es sich beim ersten Antrage darum, daß der Religionsunterricht aus der Schule entfernt werden soll, und zwar bei Schulanfang.

Es wird gesagt: „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft". Man kann auch sagen: „Wer die Schule hat, hat die Zukunft." Jede herrschende Gesellschaft hat die Schule sich zu sichern gewußt. Sie hat gewußt, sie nach ihren Bedürfnissen einzurichten, und die Schule ist immer das Herrschaftsinstrument in der Hand der Betreffenden gewesen. Die herrschenden Klassen aber wollen nichts davon wissen, daß die Schule eine Vermittelungsanstalt ist, während wir den Ausbau der Schule wollen, den Ausbau zu einer Vermittlungsanstalt. Das wollen wir tun, sogut wir das tun können und zwar sobald wir das können. Und da wollen wir uns zunächst mit der Religion beschäftigen. Die Religion beherrschte früher alles. Sie beherrschte die bildende Kunst, die Dichtkunst, sie beherrschte die öffentlichen allgemeinen Interessen, das Handeln, das Sinnen und Denken und die Schulen. Die Schulen in hervorragendem Maße. So haben wir die Religion hier in der Schule und so ist die Religion in sehr hohem Maße in schwarzen, in katholischen Gegenden beibehalten worden, weil das ein Mittel für die Regierenden zum Regieren ist. Wieweit das geht, sehen wir schon daran, daß mehrfach die weltlichen Herrscher und die geistlichen Herrscher sich vielfach in einer Person repräsentierten. Bislang ist das in Rußland, aber auch noch in Deutschland der Fall gewesen. Bis jetzt, wo bei uns die Fürsten abgesetzt sind, vereinigte sich mit den regierenden Fürsten auch die kirchliche Macht.

Was nun unseren Standpunkt als Sozialdemokraten in der Religionsfrage anbetrifft, so ist der in unserem Programm festgelegt, da heißt es unter 6, daß Religion Privatsache ist. Verboten sind alle Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die Kirchen und religiösen Gesellschaften sind als Privatvereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten völlig selbständig ordnen. Und in Verbindung damit wird unter 7 die Weltlichkeit der Schule ver-

langt. Wir sagen also: Religion ist Privatsache für jeden einzelnen. Damit sagen wir zugleich: Es ist keine Staatssache, nicht Sache des Staates irgendwie in Sachen der Religion einzuwirken auf die Staatsangehörigen. Damit sagen wir zugleich: Es ist nicht Sache der Schule, der Staatsschule, Religion zu lehren. Religion ist Gewissenssache und vielfach Weltanschauung. Soweit die christliche Religion in betracht kommt, ist sie Weltanschauung. Mit der christlichen Religion verbindet sich christliche Weltanschauung. Und wenn die Sache so ist, und wir betrachten dann die Staatsverhältnisse in den Schulen, die sich uns so darstellen, daß Kinder aller Bekenntnisse die Volksschule besuchen, auch Kinder von Dissidenten, daß Lehrer aller Bekenntnisse in den Schulen lehren, auch Dissidenten. Ich sage, wenn wir uns diese Sachlage ansehen, so kann uns nur der Schluß bleiben: Das ist ein Zustand, der nicht gut ist. Ein Lehrer, der Dissident ist, kann natürlich keinen christlichen Religionsunterricht geben, und ein Lehrer, der orthodox ist, kann nicht der rechte Lehrer für Dissidentenkinder sein, soweit der Glaube in Frage kommt. Sehen wir die Sache so an, so können wir nur zu dem Schluß kommen: bei uns wird in der Schule der Glaube oktroyiert, im wesentlichen noch ebenso wie beim Friedensschluß von 1648, dem Frieden, der dem 30jährigen Kriege folgte; dort ist in dem Friedensvertrage festgesetzt worden, daß der, dem das Land gehört, auch über den Glauben der Einwohner zu befinden hat. Daran hat sich im wesentlichen bis heute nichts geändert. Es ist so: Ist der Herrscher protestantisch, so wird die Schule protestantisch beeinflußt, ist er katholisch, so hat die katholische Kirche die Gewalt.

In Bremen hat man, was die Religion anbetrifft, auf ziemlich freiem Boden gestanden und es ist auch zu berücksichtigen, daß hier in den Schulen nicht eigentlicher Religionsunterricht gegeben, sondern Religionsgeschichte gelehrt werden soll. So ist es eigentlich vorgesehen, und daß hat uns auch Herr Senator Feuß immer wieder entgegengehalten: wir haben keinen Religionsunterricht, sondern nur biblischen Geschichtsunterricht. So heißt es offiziell im Lehrplan. Nun ist es richtig, daß wir die Religionsgeschichte nicht so ohne weiteres in den Schulen unberücksichtigt lassen können, da die Religion immer ein sehr wichtiger Gegenstand für die Kulturgeschichte, von sehr großem Einfluß auf die Kulturentwicklung gewesen ist. Insofern wäre es nicht richtig, wenn wir einfach dekretieren würden, die Religionsgeschichte ganz beiseite zu lassen, den Kindern darüber nichts mitzuteilen. Das kann nicht angehen. Man sollte den Kindern Religionsgeschichte bieten. Aber wenn man das will, dann soll man ihnen eine Geschichte der Religion bieten, das heißt, man soll die Kinder darüber unterrichten, wie die religiösen Gedanken bei den Menschen entstanden und sich allmählich zu dem entwickelt haben, was jetzt auf der Erde als Religionssysteme bestehen, das heißt, man soll den Kindern zeigen, wie sich in den Menschen Einflüsse geltend gemacht haben, wie die Religion sich in diesem Volksstamm so, in dem andern Volksstamm so entwickelt hat, wie Klima und Bodenbeschaffenheit dabei mitgewirkt haben, wie das gesamte Lebensniveau der Menschen in betracht kommt. Aber wenn so religionsgeschichtlicher Unterricht gegeben würde, würde das antikirchlich wirken. Denn man wird dann nicht so einfach sagen: „Der liebe Gott hat einen Erdenkloß genommen und daraus einen Menschen gebildet, der liebe Gott hat die Welt mit ihnen besetzt", sondern man wird den Kindern sagen müssen, wie die Menschen auf den Gedanken gekommen sind: Wie bin ich in die Welt gekommen? Wie ist das entstanden, das um mich herum ist? Das würde antikirchlich wirken. Deshalb ist man gegen einen solchen Unterricht, weil er nicht im Interesse der Kirche und der herrschenden Klassen liegt, die absolut ein Interesse daran haben, daß die Kinder in der Schule Religionsunterricht haben. Weiter fällt für sie ins Gewicht, daß der Religionsunterricht ein Mittel sein soll, die Kinder christlich zu erziehen. Wir sind ein christlicher Staat, und deshalb erziehen wir die Kinder so, wie es eben geschieht. Wir stehen allerdings auf dem Standpunkt, daß man die Kinder in dieser Weise erziehen will, um sie zu einem gefügigen Werkzeug in der Hand der Pfarrer und damit auch in der Hand der Herrschenden zu machen. Der Pfarrer sagt: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist!" und der Kaiser sagt wieder: „Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben." (Zuruf: Wir haben ja keinen Kaiser mehr!) Ja, das wird aber doch in der Bibel gelehrt. So sagen beide, und eine Hand wäscht die andere. In diesen drei Worten kennzeichnet sich denn auch das System der Religionen. Soweit Religionsgeschichte in Frage kommt, soll sie in der Geschichtsstunde gelehrt werden, oder vielleicht in der einzuführenden Kulturgeschichte. Die Kulturgeschichte ist bis jetzt zu kurz gekommen. Bislang wurde die bibliche Geschichte in den Religionsstunden behandelt. Die deutschen Göttersagen aber nicht in der Religionsgeschichte, sondern in der deutschen Geschichte. Welche Folgen das hat, daß wichtige Unterrichtsgegenstände fehlen, dafür Unterricht in Religion gegeben wird, das kennzeichnet sich am besten dadurch, wenn wir jemand fragen, wie nach dem Unterricht in den Religionsstunden der Mensch entstanden ist. Da wird jedes sofort sagen: Gott nahm einen Erdenkloß und schuf den Adam. Das weiß jeder, der Religionsunterricht gehabt hat. Aber fragen wir jemand, wie der Mensch entstanden ist nach der Natur, da stößt man in den allermeisten Fällen auf Unkenntnis. Das kennzeichnet unsere Schulen und das Ergebnis des Schulunterrichts. Es wird Gewicht darauf gelegt, daß jedem eingeprägt wird, wie nach der Bibel der Mensch entstanden ist, aber nicht, wie es in Wirklichkeit ist. Im Lehrplan für die bremischen Schulen ist, worauf man sich an bremischen maßgebenden Stellen viel zugute tut, nicht

von Religionsunterricht die Rede, sondern von biblischer Geschichte. Es heißt da: (Wird verlesen).

Um nun etwas einzugehen auf die Bedenken, welche die Veröffentlichung dieser Forderung in den letzten Wochen hervorgerufen hat, so möchte ich anführen, daß die Pastoren Felden, Mauritz, Steudel für die Abschaffung des Unterrichts aus der Schule sind. Den meisten von Ihnen, die länger in Bremen sind, ist Pastor Schwalb bekannt. In einer Schrift, die er herausgegeben hat, sagt er über diesen Punkt folgendes: (Wird verlesen.)

Um noch kurz einen anderen anzuführen, möchte ich Ihnen Richard Rothe nennen, einen Theologen, der eine theologische Ethik herausgegeben hat. In diesem Werke heißt es: (Wird verlesen.) Daß Religionsunterricht gegeben wird und daß christliche Erziehung beabsichtigt ist, nicht nur Unterricht in der Religionsgeschichte, das beweisen die Morgenandachten, die gehalten werden und der Gesang von geistlichen Liedern. Wer diese Gebete mit angehört hat von Lehrern, die nicht bei der Sache waren, ist jedenfalls mit mir der Auffassung, daß diese Gebete vielfach heruntergeleiert wurden und die Lehrer sich zu Gebetsmaschinen degradieren. Mir ist es jedenfalls so ergangen, daß mein Lehrer die Andachten herunterleierte und betete: „Mein Gott, vorüber ist die Nacht. Gesund und froh bin ich erwacht", und dann begann er den Unterricht, als wenn er sagen wollte, ich halte die Andachten, weil ich es muß.

Das kann nicht zum Vorteil der Kinder und der Religion sein, und die Eltern, die für religiöse Erziehung der Kinder sind, können nicht damit einverstanden sein. Das ist also die Stellung einer Anzahl von Pastoren. Der Lehrerverein hat sich schon seit einigen Jahren damit beschäftigt und hat die Entfernung der Religion aus der Schule empfohlen, und der Beschluß des Lehrerrats geht dahin, die Religion zu entfernen. Auch Bürgervereine haben den Beschluß gefaßt, sich dafür zu erklären, daß die Religion entfernt werden müsse, ebenso die Sozialdemokratie, so daß wir heute mit Recht sagen können, wenn wir heute abend beschließen, daß bei Schulanfang keine Religion mehr gegeben werden darf, daß wir die Mehrheit der bremischen Bevölkerung hinter uns haben. Ich will extra noch erwähnen, die Entfernung des Religionsunterrichts aus der Schule soll nicht heißen, Aufhebung der Religion. Wir wollen niemand in seinem Glauben behindern, jeder soll nach seiner Fasson selig werden. Aber das soll in den einzelnen Religionsgemeinschaften, wie der Theosophischen Gesellschaft, der freireligiösen Gemeinschaft usw., gemacht werden. Die haben ihre eigenen Kultusgemeinschaften, da mögen sie das ausführen. Wir wollen keine Bevormundung in der Schule und auch nicht in der Fortbildungsschule, wie es angestrebt wird. Wir wollen uns dagegen wenden, daß uns die Religion aufoktroyiert wird in der Schule. Das ist ebenso, als wenn die Soldaten kompagnieweise in die Kirche geführt werden. Das ist meiner Ansicht nach genau dasselbe. Und warum wollen wir das schon jetzt im Januar mit Schulanfang einführen? Es könnte jemand der Meinung sein, es hätte Zeit bis 1. April d. J. Das hat folgenden Grund: Die Schulverhältnisse liegen augenblicklich sehr im argen. 12 Volksschulen sind außer Betrieb. Die Kinder sind andern Klassen zugeteilt worden. Es sind wenige Lehrkräfte da gewesen. Die Kinder mußten zusammengepfercht werden, wie wir es sonst nicht gewohnt sind. Im vorigen Jahre haben wir noch dazu die Kohlenferien gehabt, die von Februar bis Mai dauerten. Drei Wochen haben wir Grippeferien gehabt; eine ganze Zahl von Sammeltagen sind gewesen, man hat Laubheu, Gemüse (Wildgemüse) usw. gesammelt, für die Kartoffelernte sind Schüler beurlaubt worden, und auch zum Hamstern haben die Kinder Urlaub bekommen, weil es durchaus war, so daß die Schule sehr gelitten hat. Jetzt kommen die Kräfte zurück vom Felde und — ich habe mich an den Soldatenrat gewandt — die Schulen werden in nächster Zeit wieder frei vom Militär, und da wollen wir dieses Vierteljahr ausnützen, soweit wir es nicht durch Kohlenferien verlieren, um die Kinder in den Fächern weiter zu bringen, die sie besonders im Leben gebrauchen, im Rechnen, Schreiben und Deutschen usw. In diesen Fächern wollen wir nachhelfen durch das Freiwerden der beiden Religionsstundene Diese Stunden sollen dazu benutzt werden. Darum wollen wir jetzt schon die Aenderung getroffen wissen. Ich möchte Sie bitten, nehmen Sie den ersten Antrag an.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Wir kommen zur Diskussion. Ich möchte bitten, wer das Wort wünscht.

Herr Höcker: Die Vorschläge, die uns vom Aktionsausschuß für das Bildungswesen vorliegen, sind ohne weiteres anzunehmen und bedürfen keiner Debatte. Ich möchte wünschen, daß der Religionsunterricht aus der Schule ausscheidet. Jeder Genosse wird wissen, was gerade die Religion bisher für eine großes Kulturhindernis war. Auch daß die Lehrer auf eine Basis gestellt werden, ist von großem Vorteile für ihre Tätigkeit. Was ich vermisse, ist, daß nicht auch das gewerbliche Fortbildungsschulwesen erwähnt ist. Gerade dieses ist bisher während des Krieges sehr vernachlässigt worden. Die Lehrlinge wurden als Ausbeutungsobjekte der Unternehmer behandelt und der Schulunterricht hat in den vier Jahren fast gar nicht stattgefunden. Es ist wichtig, daß auch die gewerbliche Fortbildungsschule ihren Schülern eine gute technische Durchbildung gibt. Wenn sich nun aber die Jungens morgens in den Fabriken abrackern müssen, sind sie nachmittags nicht mehr imstande, das Pensum zu bewältigen, was der Lehrer ihnen aufgibt. Wir sind auf der Weser vorangegangen und haben die ungeteilte Schulzeit von 7—1 Uhr eingerichtet, und der Nach-

mittag wurde frei gegeben. Ich will bemerken, daß die Weser und alle Firmen es ablehnen, den Lehrlingen diese Zeit, wo sie zur Schule gehen, zu bezahlen. Sie sagen, daß das nur durch gesetzliche Regelung stattfinden könne. Ich muß hinweisen, daß viele Lehrlinge Kinder von Kriegerwitwen sind, und diese sind auf den Verdienst ihrer Kinder angewiesen, und es wäre daher ein Zustand der Gerechtigkeit, wenn ihnen diese Schulzeit bezahlt würde. Wir haben uns an den Ausschuß für das Lehrlingswesen gewendet. (Zuruf: Wir sind beim Religionsunterricht!) Ich möchte den Bildungsausschuß ersuchen, daß er hier seine helfenden Hände anlegt.

Herr Klawitter: (Zur Richtigstellung) Ich möchte bitten, daß wir uns heute abend beschränken auf das, was vorliegt. Wir haben Ihnen heute nicht das Schulprogramm der Sozialdemokratie vorgelegt, das hätte anders ausgesehen, da wäre die Einheitsschule gekommen usw. Was heute vorliegt, sollen die Forderungen sein, die wir jetzt verwirklichen wollen, und ich möchte bitten, sich in der Debatte darauf zu beschränken und nicht die ganze Schulfrage aufzurollen. Das würde jetzt zu weit führen.

Herr Breitmeier: Genossen! Auf das, was Klawitter sagte, einzugehen, möchte ich erklären, ich stehe auf dem Standpunkte, daß es möglich wäre, auch andere wichtige Fragen zuzulassen, die in der nächsten Zeit an uns herantreten, und zwar am Schlusse des Schuljahres. Da werden die Entlassungen aus der Schule stattfinden. Es ist schon früher von uns gewünscht worden und darüber gesprochen worden, daß die besten Köpfe, die aus der Volksschule scheiden, in eine höhere Lehranstalt gesteckt werden müßten, um ihnen das zu teil werden zu lassen, was wir stets gefordert haben, nämlich daß die Intelligenteren unter den Schulkindern weiter ausgebildet werden müßten, und dieser Punkt ist sehr wichtig, und ich glaube annehmen zu dürfen, daß unsere Genossen in dem Unterrichtsausschuß diese Frage schon besprochen haben. Ich will nicht unterlassen, auf diese Sache hinzuweisen, da in der nächsten Zeit diese Frage aktuell wird. Zur Religionsfrage ist nicht viel zu sagen. Was da gefordert wird, ist von uns schon viel durchgesprochen und beraten, so daß darüber kein einziges Wort mehr zu sagen ist.

Vorsitzender Herr Brodmerkel: Der Aktionsausschuß hat sich ebenfalls mit dem Schulprogramm befaßt. Die Fragen liegen uns sehr am Herzen, aber es ist zunächst das notwendigste zu fordern. Zur Durchführung des Schulprogramms gehört eine reiche Literatur und die Bedingung, daß Lehrkräfte vorhanden sind, um die Kinder zum Sozialismus zu erziehen. Daran fehlt es uns im Moment noch. Auch ist die Frage nicht vom bremischen Staat allein zu lösen, sondern es ist das Reichssache. Wir werden erst vorwärts kommen, wenn wir sozialistische Universitäten haben. In Rußland sind bereits fünf sozialistische Universitäten, wo die Lehrkräfte geschult werden.

Wir kommen nun zur Abstimmung über diese Fragen.

Herr Klawitter: Ueber den ersten Punkt, nicht wahr? (Vorsitzender: Ueber alle Sätze.) Ich habe nur das Referat über den Religionsunterricht gehabt, meine beiden Kollegen Böse und Eildermann werden noch über Geschichtsunterricht und Lehrermaßregelung sowie über Schulorganisation sprechen. Wenn jetzt abgestimmt werden soll, kann es nur über den Punkt „Religionsunterricht" geschehen.

Herr Ertinger zur Geschäftsordnung: Ich glaube, wenn die Genossen Böse und Eildermann noch über Geschichte und Schulorganisation sprechen, wird das sehr lang werden. Die Sache liegt doch so, daß noch Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, die dann bei der Diskussion zum Ausdruck kommen werden. Ich bitte, bei der vorgerückten Zeit von den weiteren Referaten abzusehen.

Vorsitzender Herr Brodmerkel: Ich bin anderer Meinung. Es liegt ja bei uns, ob wir nachher eine Spezialdebatte belieben wollen. Wir kommen zum zweiten Punkt.

Herr Böse: Genossen! Bei unserer Stellungnahme zum Geschichtsunterricht kommen wir in eine weit schwierigere Lage als bei der Behandlung des Religionsunterrichts. Um Konflikte zu vermeiden bei den gegensätzlichen Standpunkten der Kinder, der Eltern und der Lehrer verlangen wir die Entfernung des Religionsunterrichts aus der Schule und weisen ihn den Fachleuten zu, die außerhalb der Schule stehen und die sich jeder nach seinem Standpunkt frei wählen kann. Wir stellen uns auf den Standpunkt der Toleranz und gehen damit jedem Konflikt aus dem Wege. Wie steht es nun beim Geschichtsunterricht? Auch hier stehen sich bisweilen sowohl bei den Kindern und den Eltern als bei den Lehrern die Standpunkte diametral gegenüber: auf der einen Seite die bürgerliche Auffassung mit der nationalen patriotischen Tendenz, auf der anderen Seite die Auffassung des wissenschaftlichen Sozialismus. Wie kommen wir über die Gegensätze hinweg? Auch der Lehrerrat sieht den kommenden Konflikt. Er empfiehlt darum, daß jeder Lehrende es vermeidet, durch Besprechung der jetzigen revolutionären Vorgänge im Unterricht aufreizend zu wirken. Also in der Besprechung „der jetzigen revolutionären Vorgänge" liegt der Konfliktstoff, sagt der Lehrerrat. Liegt der nicht auch in der Behandlung fernliegender Zustände und Geschehnisse? Ruft nicht die Verherrlichung längst vermoderter Hohenzollern oder die einseitige, oft vollständig unhistorische Darstellung der Ursachen oder der Bedeutung eines Krieges nicht den

lebhaften Widerspruch weiter Kreise hervor? Warum verlangt der Lehrerrat die Lehrfreiheit inbezug auf die ebenso gefährliche Behandlung der fernen Vergangenheit? Er lehnt es ab, mit den Lehrkräften darüber zu verhandeln, welche Auffassung dem geschichtlichen Unterricht zugrunde gelegt werden soll. Danach würde also bei dem Geschichtsunterricht genau wie früher beim Religionsunterricht die Kinder, die einer verschiedenen Weltanschauung und geschichtlichen Auffassung anhängen und ihre Eltern von den Lehrenden bald so, bald so beeinflußt werden, und die Eltern, vielleicht nur die wenigen sehr gleichgültigen Eltern würden damit zufrieden sein. Wir fordern aber von den Lehrenden bewußt die geschichtliche Darstellung nach einer Auffassung, wie sie den Anhängern und Vertretern der sozialistischen Republik geziemt. Wir haben das größte Interesse daran, unsere Auffassung zu verbreiten, und wir benutzen dazu auch das äußerst wirksame Mittel der Schulbildung. Wohlverstanden, wir schließen von der Behandlung keinerlei Stoff aus. Wir schließen die Behandlung der Geschichte eines einflußreichen Fürsten und eines wichtigen Krieges nicht aus. Wir führen aber ihre Bedeutung auf das richtige und wahre Maß zurück, indem wir im weltgeschichtlichen Unterricht durch Heranziehung aller Faktoren das Interesse der Schüler zu erwecken suchen. Darum fordern wir in These 2 über den Geschichtsunterricht eine sachgemäße kulturhistorische Belehrung. Wir verkennen durchaus nicht die Schwierigkeiten der Durchführung unseres Planes. Wir wissen z. B. daß in Deutschland an den Hochschulen noch die Lehrstühle fehlen, die zur Heranbildung der Historiker der neuen Schule nötig sind. Wir haben uns noch lange Zeit zu bescheiden, weil uns die Lehrer fehlen, die mit der materialistischen Geschichtsauffassung genügend vertraut sind. Daher fordern wir als vorläufige Maßnahme zur Neugestaltung des geschichtlicheu Unterrichts in These 2 eine Revision des Lehrplanes. Um den Lehrenden in Bremen auch jetzt schon Gelegenheit zu geben, sich mit dem wissenschaftlichen Sozialismus zu beschäftigen fordern wir in These 3 die Einstellung geeigneter Werke in den Lehrbibliotheken. Wir sind nicht so genügsam wie Herr Senator Feuß, der bei Besprechung dieses Punktes die Bemerkung machte, daß unsere Wünsche durch das Vorhandensein der betreffenden Bücher in der Stadtbibliothek erfüllt seien. Man denke: ein Antedüring und ein Möhring für Hunderte von Lehrern! Von den Thesen 3 bis 6 hat sich der Lehrerrat merkwürdigerweise nur die These 4 zu eigen gemacht: Entfernung der Bücher aus den Schülerbibliotheken, die den Krieg an sich verherrlichen sowie solche mit chauvinistischer und byzantinischer Tendenz. Es ist doch nur konsequent, wenn wir im Anschluß an diese Forderung auch verlangen, daß tendenziöse Stoffe vom Unterricht ausgeschaltet, nicht behandelt werden. Es ist weiterhin Sache einer Kommission, die an den Wänden hängenden Bilder einer Prüfung zu unterziehen; es werden manche Bilder zu entfernen sein, weil der darin ausgeprägte Gedanke, der nicht mehr in unsere Zeit paßt, schwerer wiegt als ihr Kunstwert.

Zum Schluß möchte ich zu 3) Lehrermaßregelung nur bemerken, daß die Wiederanstellung von seiner Zeit wegen ihres Kampfes gegen die Schulbureaukratie gemaßregelten Lehrern eine selbstverständliche Forderung ist, der sich auch der Lehrerrat und die Schuldeputation nicht werden verschließen können.

Ich empfehle Ihnen die Annahme dieser These und auch der Thesen über den Geschichtsunterricht.

Vorsitzender Herr Brodmerkel: Wird darüber eine Debatte gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen dann zu

### 4. Schulorganisation.

Herr Eildermann: Genossen! Es handelt sich bei den Sätzen über die Schulorganisation um eine alte Forderung der Lehrerschaft. Die Abschaffung des Schulvorsteheramtes wurde schon beschlossen in der Zeit, der guten alten Zeit des Lehrervereins unter Wilhelm Holzmeier, wo überhaupt manche Forderungen demokratischer Art gestellt worden sind. Jetzt muß die Macht des Arbeiter- und Soldatenrats in Anspruch genommen werden, um auch die kleinsten Schulforderungen durchzusetzen. Die Autokratie im Staatswesen ist beseitigt, aber im Schulwesen besteht sie noch. Die Schulvorsteher und Direktoren an den Schulen sind eine Art kleiner Könige geworden. (Sehr gut!) Und es wird Zeit, daß sie sich wieder in Reih und Glied stellen. Das hohe Gehalt, das sie als fest angestellte Beamte beziehen, sollen sie bis zu ihrem Ende genieſſen lassen, aber die Schulleiter, welche jetzt eingesetzt werden, haben durch Wahlen aus dem Kollegium hervorzugehen, nach demokratischen Grundsätzen. Deswegen sagen wir:

> In der Schulverwaltung wird das autokratische System abgeschafft. Der Schulleiter ist dem Kollegium der Lehrenden nicht mehr über, sondern nebengeordnet. Er ist an die Beschlüsse des Kollegiums gebunden.

Die Wahl des Schulleiters erfolgt nach demokratischen Grundsätzen durch das Kollegium. Dieses kann jederzeit eine Neuwahl vornehmen, so daß der Schulleiter jederzeit abberufen werden kann, wenn das Kollegium es für notwendig hält. Es muß ferner dem Schulleiter die Befugnis entzogen werden, den Unterricht zu kontrollieren. Es ist das ein Ausbau zu Gunsten des Schulwesens, da dem Unterricht die nervöse Hast genommen wird, unter der die ganze Schularbeit leidet. An diesen Zuständen ist natürlich nicht der Schulvorsteher allein schuld: aber die Schulvorsteher sind die Hauptstützen des ganzen alten Systems, unter dem die Arbeitsfreudigkeit der Lehrer sehr gelitten haben

und die Kinder sehr geschädigt worden sind. Wenn wir auch einige Ausnahmen bei den Schulvorstehern zugestehen können, so kann man doch sagen, daß die Macht, die ihnen gegeben ist, den besten Menschen verdirbt. Ich habe oft gedacht, wenn so ein Schulvorsteher in meine Klasse hineinkam und sich hintenhin stellte und sagte, fahren Sie fort, um zuzuhören: Was will der Herr eigentlich? Ich habe mich auch mein Lebenlang bemüht um das Verständnis der Kindesseele und bin von Natur auch vielleicht nicht dümmer als er; also ich denke, nur weil er mein Vorgesetzter ist und er Berichte zu schreiben hat an die Behörde, deswegen weiß und muß er alles besser wissen. Es geht nicht an, daß man beim Unterricht überfallen wird durch einen Schulvorsteher oder Schulinspektor. Eine Kontrolle muß dasein in irgend einer Form, und die ist auch da. Es wird das Licht der Oeffentlichkeit mehr als bisher in den Unterricht des Lehrers hineinfallen. Es muß ferner das Verantwortlichkeitsgefühl des Lehrers mehr als bisher gestärkt werden. Ich denke da auch, was die Kontrolle betrifft, an die Eltern- und Schülerräte, die können Wünsche und Beschwerden an das Kollegium der Lehrer gelangen lassen. Und das Kollegium selbst, dessen Beschlüssen sich der Lehrer zu fügen hat, ist eine Kontrolle für den Lehrer. Es wird ein gemeinsamer Arbeitsplan aufgestellt werden müssen vom Kollegium, und die Lehrer müssen sich einfügen, und wo das an einer Schule nicht möglich ist, wird sich der Lehrer, ohne daß an eine Strafversetzung gedacht wird, eine andere Schule suchen, und da wäre es zweckmäßig, wenn von jeder Schule ein Vertreter in den Lehrerrat gewählt würde, und und dieser Lehrerrat könnte solche Regelungen vornehmen, ebenso wie das Verhältnis der Kollegen zu einander an einer Schule geregelt wird durch die Konferenz der Lehrer. Und dann der Arbeiter- und Soldatenrat, welche Rolle dürfte der dabei spielen oder ein Kommissariat für Vollsaufklärung? Hier müßten die politischen und wirtschaftlichen Richtlinien gegeben werden. Die Lehrer müßten sich in politischer Hinsicht natürlich eine Kontrolle gefallen lassen, und was die wirtschaftlichen Gesichtspunkte anbelangt, so hat der Arbeiterrat die Entwicklung der Schule zu beeinflussen, besonders in der Beziehung, daß Schule und Leben immermehr miteinander verbunden werden und die Schule in den Dienst des wirtschaftichen Lebens gestellt wird, so daß die Trennung zwischen Leben und Schule immermehr aufhört, und die Schule ein Faktor im Wirtschaftsleben wird. Dann könnten Millionen Werte gespart werden durch eine richtige Verwaltungsorganisation. Wie stellt sich nun die Lehrerschaft zu dieser Frage der Organisation? Aus der Lehrerkammer ist der Lehrerrat gewählt worden. Aber dieser ist sehr ungünstig für uns zusammengesetzt. Es sind zuviel Schulvorsteher im Verhältnis zu den Lehrern darin, und darunter ist auch der bekannte Schulvorsteher Karrenberg, der uns schon in der Schuldeputation entgegengetreten ist, nur in den Nebenpunkten stimmt er mit uns überein, aber nicht in den Hauptpunkten, die lehnt er ab, oder er weigert sich. Der hat gesagt, er wolle Kopf und Kragen daran setzen, damit unsere Sache zu Fall kommt. Zu dieser Sache sagt der Lehrerrat, es müsse eine Kommission eingesetzt werden, die diese Frage gründlich prüft. Da werden dann die Lehrer neben den Schulvorstehern sitzen, und die Schulvorsteher werden sich hüten, sich selbst abzusetzen. Wir brauchen diese Kommissionssitzung absolut nicht abzuwarten, wir werden sowieso vom Arbeiterrat nachhelfen müssen. Unsere Sätze sind sehr wohl überlegt und von einem stets sich erweiternden Kreise demokratisch gesinnter Lehrer, so will ich sagen, durchberaten worden, so daß Sie diese Sätze ohne Bedenken annehmen können. Es ist das mindeste, was in diesem Augenblicke geschehen muß. Es ist gerade das, was uns in diesem Augenblicke nottut. Selbstverständlich wird noch mehr folgen. Es sind auch schon Wünsche geäußert worden in der Versammlung; wenn Sie diese Sache annehmen, machen Sie die Bahn frei für die weitere Entwicklung des Schulwesens zum Sozialismus. Wenn die Lehrer völlige Freiheit haben wollen in politischer Beziehung, dann müssen sie natürlich mithelfen zum Sozialismus. Dann verschwinden die Gegensätze von vorher und eine völlige Lehrfreiheit ist möglich.

Herr Ertinger: Wir haben diese Sache im Aktionsausschuß beraten, aber ich möchte heute noch eine Sache hineinlegen. Beim Punkt 3, Lehrermaßregelungen, möchte ich hinzugefügt wissen, „und Hilfslehrer", und zwar aus folgendem Grunde: In der Kommission (12er Ausschuß), in der diese Lehrermaßregelungen behandelt wurden, hat der Bürgermeister Hildebrand die Ausführungen gemacht, daß die gemaßregelten Lehrer wieder angestellt werden müßten, nur mit den Hilfslehrern wisse man nicht, ob das möglich wäre. Es handelt sich nur um einen. Da halte ich es für notwendig, daß wir einfügen: „Hilfslehrer". So gehen wir allen Zweideutigkeiten aus dem Wege. Dann möchte ich noch auf eins hinweisen. Diese Schulfragen müssen angenommen werden, aber wie sollen sie durchgeführt werden mit der heutigen Schuldeputation? Mit Karrenberg? Es wird so weit kommen, daß die alte Schuldeputation nach Haus geschickt werden muß. Dafür müssen wir ein Volkskommissariat für Schulbildung setzen, das ist notwendig. Die jetzige Schuldeputation arbeitet genau so, wie die Finanzdeputation, die führt unsere Anträge einfach nicht durch. Das können wir nicht verantworten, und so wird auch die Schuldeputation sagen, das können wir nicht machen.

Herr Klawitter: Die Sache liegt so, wenn wir den letzten Satz annehmen, dann dekretieren wir damit, daß die Lehrer sich selbst einen Schulleiter zu wählen haben, und dieses Kollegium hat die Sache mit dem

Religions- und Geschichtsunterrichte durchzuführen. Soweit sich die Lehrer, was den zweiten Punkt anbetrifft, widerspenstig zeigen sollten, so müssen wir Abhilfe schaffen, wir müssen da nachhelfen. Dann müssen wir die Lehrer- und Schülerbibliotheken selber revidieren und korrigieren. Ich habe das schon gemacht insofern, als ich verhindert habe, daß an 4 Schulen eine Anzahl von diesen Augenblicksbüchern aus der Kriegszeit verteilt wurden. In anderen Schulen waren sie schon. Der Senator Feuß berief sich darauf, daß man die Pädagogik beachten müsse bei allem, was für die Schule geschehe. Ich habe ihn die Bücher gezeigt, die er in der Unterrichtskanzlei liegen hatte. Da waren die Bücher, die Sie kennen aus dem Ullstein- und Scherlschen Verlage, der Flieger von Tsingtau usw. Solche Bücher sind in die Schülerbibliotheken hineingesetzt worden, diese Augenblicksschmierereien von irgend einem Offiziere, zu dem Scherl gekommen ist und ihm gesagt hat, Du, mit der Fliegerei ist es augenblicklich aktuell. Hier hast Du 1000 oder 20- oder 30 000 ℳ und schreib mir mal ein Buch, und der hat sich hingesetzt und etwas hingeschmiert, und ein solches Buch hält Feuß für würdig, daß es in die Schülerbibliothek hineinkommt. So werde ich es auch ferner tun. Also, wenn die Behörde sich selbst widerspenstig zeigt, muß ich einschreiten. Wir müssen Lehrer, die sich dafür eignen, und die wir dafür fähig halten, haben, die Sache weiter zu verfolgen.

Die Anträge werden einstimmig angenommen.

Punkt 6 der Tagesordnung.

Zur Geschäftsordnung:

— —?: Es ist 10 Uhr.

Vorsitzender Herr Brodmerkel: Es geht mir noch folgender Antrag ein:

> Der Arbeiter- und Soldatenrat hebt die alte Schuldeputation auf und beauftragt die Genossen Böse und Eildermann mit der Leitung des bremischen Schulwesens als Kommissare.

Ich glaube, es ist das richtigste, daß wir diesen Antrag dem Aktionsausschuß überweisen. Wir lassen diese Frage dann wieder an uns herantreten.

Herr Ertinger: Parteigenossen! Es liegt mir nicht daran, diesen Antrag zur Abstimmung zu bringen. Ich möchte nur, daß der Aktionsausschuß in dieser Sache Handlungsfreiheit bekommt. Wenn Sie den Antrag annehmen, und die Schuldeputation führt das nicht durch, dann müssen wir schnell handeln. Es ist wohl möglich, daß wir nicht so schnell im Arbeiter- und Soldatenrat die Sache behandeln können, und da wäre es gut, wenn wir einen besonderen Ausschuß hätten.

Vorsitzender Herr Brodmerkel: Sie werden wissen, daß am Montag die Neuwahlen zum Arbeiterrat stattfinden und auf Grund dessen werden Sie die Neuwahl des Aktionsausschusses belieben müssen. Wir wollen nun, ehe wir von unserem Wirken zurücktreten, Ihnen einen finanziellen Ueberblick geben, wie wir gewirtschaftet haben, und um uns zu revidieren, möchten wir bitten, drei Revisoren zu wählen.

Es werden gewählt: Harms, Opfermann, Hagedorn.

Schluß der Sitzung 10 Uhr.

15

# Vollsitzung des Bremer Arbeiter- und Soldatenrates

## am 5. Januar 1919 im Konventsaale der Börse.

Vorsitzer Herr Brodmerkel.

Eröffnung der Sitzung 9 Uhr 57 Minuten.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Genossen! Ich erkläre die Sitzung für eröffnet. Tagesordnung: Stellung des Senats zu Beschlüssen des A.- u. S.-R. Genossen! Sie werden bereits aus der Presse erfahren haben, womit wir uns heute zu beschäftigen haben. Die am Freitag gefaßten Beschlüsse machten es notwendig, gestern mit der Finanzdeputation des Senats Unterhandlungen zu haben. An diesen Verhandlungen nahmen Genosse Ertinger, meine Wenigkeit und ein Vertreter des Soldatenrats teil. Da haben wir Herrn Bürgermeister Donandt mitgeteilt, was für Forderungen wir zu stellen hätten auf Grund der Beschlüsse. Zunächst haben wir gefordert 60 000 ℳ zur Bezahlung des Wachtbataillons. Herr Bürgermeister Donandt hat erklärt, daß er dies Geld nicht anweisen könnte, und zwar auf Grund dessen, weil er einerseits die Notwendigkeit eines solchen Wachtbataillons nicht einsehe, (Hört! Hört!) andererseits aber die Schaffung dieses Nachtbataillons im Gegensatz zu einer Verordnung der Reichsbehörden stehe, und auf Grund dessen eine Entscheidung der Reichsregierung herbeigeführt wissen wolle, ob dieses Wachtbataillon zu Recht bestehe oder nicht; erst dann, wenn die Reichsregierung sich damit einverstanden erkläre, würde er das Geld anweisen. Herr Bürgermeister Donandt war weiter der Meinung, daß, wenn auch das Wachtbataillon geschaffen sei, Bremen doch die Waffen und Munition nicht bezahlen könnte, weil das Reichssache sei, sie seien Eigentum des Reiches und nicht Eigentum des bremischen Staates. Zu der zweiten Forderung, der Entschädigung für die Inhaftierten, erklärte Herr Bürgermeister Donandt, daß der Senat sich mit dieser Angelegenheit bereits beschäftigt habe, aber grundsätzlich die Zahlung und die Ausführung des Beschlusses ablehne. Auch das sei nach ihrer Meinung Reichssache. Herr Bürgermeister Donandt erklärte weiterhin, daß wir Beschlüsse fassen könnten, soviel wir wollen, wir könnten dekretieren soviel wir wollten, aber solange wir als Verwaltungsbehörde tätig sind — er sagte noch, er habe die Beschlüsse, die wir gefaßt hätten, in der Zeitung gelesen — wir könnten dekretieren soviel wir wollten, aber solange der Senat noch als Verwaltungsbehörde eingesetzt sei, würde er die Ausführung solcher Beschlüsse mit seinem Gewissen nicht vereinbaren können. (Hört! Hört!) (Zuruf: Also absetzen!) Das ist ziemlich deutlich gesprochen. Wir haben dem Herrn Donandt unsere Stellung dazu gekennzeichnet. Wie die Verhältnisse waren, mußte man sich sagen und wir sind uns darüber einig gewesen, daß wir uns mit dem Senat nicht würden einigen können. Auf Grund dieser Tatsache sind dann einige Mitglieder des Aktionsausschusses zusammengekommen, und wir haben uns gesagt, es sei notwendig, daß wir die Sache noch einmal im Aktionsausschuß behandelten. Es war also notwendig, sofort eine Sitzung des Aktionsausschusses anzuberaumen. Das ist geschehen. Deshalb sind wir zusammengekommen und haben uns gestern nachmittag mit der Frage beschäftigt. Während wir damit beschäftigt waren, ist uns — es war am Schluß der Verhandlung — folgende Erklärung zugegangen, die auch in der Presse veröffentlicht worden ist:

Mit Beziehung auf die in der heutigen Ausgabe der Bremer Bürgerzeitung gebrachte Mitteilung über einen Konflikt zwischen Senat und A.- und S.-Rat weise ich ergebenst darauf hin, daß die früher vom Senat erledigten Regierungsgeschäfte bekanntlich zurzeit von dem „Gemeinschaftlichen Ausschuß" beraten und entschieden werden. Dieser Ausschuß hat noch keine Gelegenheit gehabt, zu den angeführten Beschlüssen Stellung zu nehmen. Ebenso wenig hat der Senat als solcher dazu Stellung genommen.

In einer Besprechung, die heute zwischen einigen Mitgliedern des A.- und S.-Rates und dem Vorsitzer der Finanzdeputation, Herrn Bürgermeister Donandt, stattgefunden hat, ist von den die Erwerbslosenfürsorge und die Unterstützung der Kriegerfamilien betreffenden Beschlüssen des A.- u. S.-Rats überhaupt keine Rede gewesen, sondern nur von dem Beschlusse wegen Entschädigung der Inhaftierten und von den durch die Bewaffnung eines Wachtbataillons entstehenden Kosten. Es wurden für letztere bis zum 10. d. Mts. 60 000 ℳ aus der Staatskasse gefordert und hinzugefügt, daß die Kosten künftig monatlich 200 000 ℳ betragen würden. Herr Bürgermeister Donandt erklärte, daß beide Angelegenheiten Reichssache seien und daß deshalb seiner Ansicht nach der bremische Staat dafür nicht in Anspruch genommen werden könne. Er sei bereit, die Entscheidung der Reichsregierung herbeizuführen. Auch zu der letzteren Angelegenheit hat seither weder der Senat noch der gemeinschaftliche Ausschuß Stellung genommen.

Die nächste Sitzung des gemeinschaftlichen Ausschusses findet Dienstag, den 7. d. Mts. statt.

Die Mitteilung der Bürger-Zeitung entspricht hiernach nicht den Tatsachen und ist irreführend. Ich ersuche Sie ergebenst, dem Aktionsausschuß hiervon unverzüglich Kenntnis zu geben.

gez. Hildebrand.

Genossen! Auf Grund der Erklärung, die uns Herr Bürgermeister Donandt gegeben hat, war die Sache für uns eine andere. Jetzt aber, auf Grund dieser Erklärung, liegen die Verhältnisse wieder anders. Sie sehen also, daß die Sache zunächst im Verhandlungswege noch nicht erledigt ist. Der Zwölferausschuß, der die Regierungsgeschäfte wahrnimmt, wird morgen tagen und sich damit beschäftigen. Auf Grund der Lage sind kurz vor dieser Sitzung verschiedene Mitglieder des Aktionsausschusses zusammengetreten, und wir möchten Ihnen vorschlagen, die heutige Sitzung ausfallen zu lassen und die Verhandlungen des Zwölferausschusses abzuwarten, damit wir nicht einen übereilten Beschluß fassen. Wenn wir dann erfahren, daß der Senat sich der Ausführung unserer Beschlüsse widersetzt, werden wir Ihnen konkrete Vorschläge zur Beschlußfassung vorlegen. Der Zwölferausschuß besteht bekanntlich aus sechs Vertretern des A.- und S.-Rats und sechs Vertretern des Senats. Dort werden wir die Stellungnahme der verwaltenden Staatsbehörde erfahren. Es wird ausdrücklich erklärt, daß das Bürgermeister Donandts eigene Auffassung gewesen wäre, nicht die Auffassung des Senats. Ich möchte aber noch einmal bemerken, daß Herr Bürgermeister Donandt ausdrücklich erklärt hat, daß sie den Beschluß betreffend die Unterstützung der Inhaftierten, womit man sich im Senat schon beschäftigt habe, abzulehnen beschlossen habe. Es mag sein, daß die Herren vom Senat auf Grund der Notiz in der Bürger-Zeitung gestern zu einer anderen Auffassung gekommen sind. Es wäre gut, wenn das der Fall wäre. Ich empfehle Ihnen deshalb, die heutige Sitzung zu vertagen und erst die Beschlüsse des Zwölferausschusses entgegenzunehmen.

Herr Diedrichs: Es ist nur darüber gesprochen, daß die Forderungen für das Wachtbataillon und die Inhaftierten abgelehnt seien, es ist aber gar nicht gesagt, ob auch über die Forderungen der Arbeitslosen und der Kriegerfrauen verhandelt ist. Ich möchte fragen, ob darüber nicht verhandelt ist. Für diese beiden Sachen müßten wir doch vor allem Geld erhalten, damit die Leute zu ihrem Geld kommen.

Herr Ertinger: Die Sache liegt so, daß wir mit der Finanzdeputation über die einzelnen Punkte nacheinander verhandelt haben. Zuerst haben wir über die Inhaftierten gesprochen, dann über das Wachtbataillon (Zuruf: Zuerst über das Wachtbataillon!) Nun ja, also in zweiter Linie über die Inhaftierten. Da sagte Bürgermeister Donandt: Ich habe eure Beschlüsse ja schon in den Zeitungen gelesen. Ihr könnt ja meinetwegen Beschlüsse fassen, wie ihr wollt, was die Ausführung der Beschlüsse anlangt, so kann ich das nicht mit meinem Gewissen vereinbaren. Damit hat er auch die Beschlüsse über die Unterstützung der Kriegerfrauen und die Erwerbslosenunterstützung gemeint. Das war die Sache.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Glauben Sie, daß wir die anderen Beschlüsse vergessen hätten? Absolut nicht. Auf Grund der Verhandlungen über die beiden ersten Punkte erklärte Bürgermeister Donandt: Meine Herren! Wir haben Ihre Beschlüsse in den Zeitungen gelesen, Sie können dekretieren und beschließen auch über unsere Köpfe hinweg, aber solange wir als Verwaltungsbehörde im Senat sitzen, werden wir die Beschlüsse nicht ausführen, das können wir mit unserem Gewissen nicht vereinbaren. Parteigenossen! Es ist doch eine Selbstverständlichkeit und sollte Ihnen doch klar sein, daß Bürgermeister Donandt, der ein Vertreter der kapitalistischen Klassen ist, und wir, die wir Vertreter der proletarischen Klassen sind, über die Arbeiterbataillone, die ebenfalls Brüder von unserem Fleisch und Blut sind, — es ist doch eine Selbstverständlichkeit, daß er und wir zu einer Auffassung

über die Notwendigkeit dieses Wachtbataillons nie kommen können und ihn davon auch nicht überzeugen können. Für uns ist das vollständig klar. Aber wir wollen die Sache nicht übereilen. Wir sind der Meinung, daß wir erst das Ergebnis der Beratungen des Zwölferausschusses abwarten sollen. Der kann morgen schon darüber beraten. Wir vergeben uns nichts, müssen aber jeden verfassungsmäßigen Weg beschreiten, der möglich ist zur Regelung der strittigen Fragen.

Herr Buchholz: Genossen! Ich möchte Sie ersuchen, den Antrag des Genossen Brodmerkel auf Vertagung der Sache abzulehnen und zwar aus dem einfachen Grunde, weil der Senat erklärt hat, daß er die Forderungen in Bezug auf das Wachtkommando sowohl wie die anderen Posten grundsätzlich ablehnt, weil das nach seiner Meinung Reichssache wäre. Nun meinte Genosse Brodmerkel, daß der Senat sich auf Grund der Notiz in der Bürger-Zeitung eventuell doch anders besonnen hätte. Genossen! Ich glaube nicht, daß der Senat so wankelmütig ist, daß er sich durch eine Notiz in der Bürger-Zeitung ins Bockshorn jagen läßt. Er wird nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, das sei Reichssache. Aus diesem Grunde halte ich es für zwecklos, diese Sitzung darum zu vertagen. Wir haben uns gestern im Aktionsausschuß auf Grund dieser Stellungnahme des Senats mit der Sache befaßt und der Aktionsausschuß hat den Beschluß gefaßt, den Senat nun ein für allemal gründlich zu erledigen, das heißt nicht nur als gesetzgebende Körperschaft, sondern auch als verwaltende Körperschaft. Wir haben uns eingehend damit beschäftigt und alles bis ins einzelne durchberaten, wir haben uns die künftige Organisation, wie wir sie uns denken und wie sie jetzt beschlossen werden muß, alles haben wir uns klar gemacht. Infolgedessen, Genossen, bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen und auf Grund der Beschlüsse des Aktionsausschusses zu beraten und Stellung zu nehmen und weitere Entschlüsse zu fassen.

Herr Klawitter: Genossen! Ich bitte Sie, den Ausführungen des Genossen Buchholz nicht zu folgen. Es geht nicht, daß wir so verfahren. Wir haben den Zwölferausschuß als letzte Instanz, die augenblicklich die regierende Gewalt darstellt. Dieser Zwölferausschuß hat bisher immer in solchen Sachen entschieden, und er muß es auch in diesem Falle. Es geht nicht, daß wir anarchisch verfahren. (Lebhafte Zurufe.) Ja, das ist anarchisch, wenn wir so arbeiten! Wir haben beschlossen, daß Senat und Bürgerschaft als verwaltende Körperschaften weiter bestehen sollen. Das haben wir beschlossen, und halten wir uns nicht an diesen Beschluß, dann haben wir anarchische Zustände. (Zuruf: Die kommen auch so!) Das ist eine andere Frage. Aber wir haben einen geordneten Weg zu beschreiten. Ich bitte Sie, nicht mehr weiter darüber zu verhandeln, sondern die Sitzung ausfallen zu lassen. Das ist das einzig richtige.

Herr Meyer: Ich möchte Sie bitten, den Antrag Brodmerkel anzunehmen, die Sitzung zu vertagen und die Sache dem Zwölferausschuß zu überweisen. Eine Frage möchte ich dabei an Sie richten. Wenn Sie so fortfahren und Milliarden bewilligen, woher und wie sollen wir denn das Geld bezahlen? Haben Sie denn Milliarden zur Verfügung? Wir können sie nicht herbeischaffen. Wenn Anträge gestellt wurden, die viel Gelder erfordern, so müssen sie sich in gewissen Grenzen halten, andernfalls muß erst die Frage gelöst werden, wo das Geld hergenommen werden soll. Nehmen Sie den Antrag Brodmerkel an!

Herr Breitmeier: Genossen! Wir haben Beschlüsse gefaßt, die auch für den Senat maßgebend sind. Wir wollen den Arbeiterrat nicht als eine Komödienbude hinstellen. Darum ist es eine Notwendigkeit, daß wir die Beschlüsse auch zur Durchführung bringen. Ich glaube, es ist nicht ein einziger in diesem Saale, der glaubt, wenn der Senator, der frühere Senator Donandt für die Finanzdeputation erklärt, „Sie können alles, was Sie wollen, beschließen, das auszuführen kann ich aber mit meinem Gewissen nicht vereinbaren", daß er es damit nicht ernst meine. Also erklärt er uns den Krieg damit. Es ist ja so, daß alles, was wir beschließen, diesen Leuten entgegengeht, weil es ihnen an den Kragen geht und daß sie dem nicht zustimmen. Das ist selbstverständlich. Ich möchte Sie darum ersuchen, den Aktionsausschuß zu beauftragen, diese Beschlüsse zur Durchführung zu bringen. Der Aktionsausschuß muß dem Zwölferausschuß die Beschlüsse vorlegen. Lehnt der Zwölferausschuß die Ausführung der Beschlüsse ab, so wird der Aktionsausschuß beauftragt, sofort die Schritte zu unternehmen, die notwendig sind, nämlich an die Stelle des Finanzministers einen andern zu setzen. Der Aktionsausschuß hat gestern gesagt: Er hätte schon jetzt den Beschluß fassen sollen, da es sich um Angelegenheiten dringender Natur handelt. Die Entschädigung der Arbeitslosen ist eine sehr dringende Frage, sie hätte sofort erledigt werden müssen. Der Aktionsausschuß hätte das machen müssen. Warum ist das nicht geschehen? Die Bezahlung des Wachtbataillons ist auch eine dringende Frage, die Unterstützung der Kriegerfrauen auch. Alles sind sehr dringende Fragen, und sie hätten sofort erledigt werden müssen. Warum ist das nicht geschehen? Die Herren müssen aufgeschwänzt werden, damit sie rascher arbeiten. Wir sollen uns nicht erst damit befassen, an die Herren heranzutreten und an die Gerechtigkeit und ihr Amtsgefühl appellieren, sondern wir beauftragen den Aktionsausschuß, sofort die nötigen Schritte zu unternehmen. Wenn der Zwölferausschuß ablehnt, müßte sich der Aktionsausschuß erst wieder damit befassen, dann würde die Sache wieder an den Arbeiterrat gebracht und da

verhandelt, dann wird die Sache vielleicht wieder vertagt und wir kriegen dann nochmals eine Verhandlung. Das haben wir satt. Wir wissen, daß der Senat eine energische und zielbewußte Politik verfolgt. Mit der Reichsregierung wollen wir nichts zu schaffen haben. Lesen Sie die Zeitungen, dann wissen Sie: man will einen Konflikt heraufbeschwören, die Reichsregierung zwingen, eine Entscheidung herbeizuführen. Wird aber der Arbeiterrat sich ein Eingreifen der Reichsregierung gefallen lassen? Wir haben die Diktatur des Proletariats, und das bewaffnete Proletariat ist auch gegen die Reichsregierung eingesetzt. Werden die Forderungen abgelehnt, so werden wir sie auch gegen die Reichsregierung zur Durchführung bringen. Wir erklären, daß wir auf Grund dessen, was wir aufgebaut haben, einen schnurgeraden Weg gehen werden.

Wenn Genosse Meyer fragt, woher denn das Geld genommen werden solle, ob denn der Aktionsausschuß wisse, woher das Geld genommen werden solle, so frage ich ihn: Weiß er denn nicht, daß auch schon früher der Weg beschritten ist, Zwangsanleihen aufzunehmen? Das kann auch hier geschehen, um diese notwendigen Ausgaben zu bezahlen; der Weg steht uns offen und muß beschritten werden. Vorläufig aber haben wir die Banken, von denen wir uns die nötigen Gelder verschaffen können. (Zurufe.) Vorläufig würde es genügen. Wir werden nötigenfalls mit Beschlagnahme vorgehen, um vor Kalamitäten bewahrt zu bleiben. Wir brauchen Geld für die Volksbataillone, wir brauchen Geld für die Inhaftierten, für die Arbeitslosen usw. und das Geld muß beschafft werden, und wenn der Aktionsausschuß bei den Verhandlungen im Zwölferausschuß nichts erreichen kann, muß es eben anders gemacht werden.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Ich habe die Ausführungen des Genossen Breitmeier so verstanden, daß er beantragt: Der Arbeiterrat erteilt dem Aktionsausschuß die Vollmacht, wenn der Senat als Verwaltungsbehörde den Beschlüssen des Arbeiterrats sich widersetzt, Maßnahmen zur Durchführung der Beschlüsse zu treffen, die notwendig sind. (Sehr richtig!)

Herr Frasunkiewicz: Parteigenossen! Wir haben am Freitag in der Vollsitzung des Arbeiterrats wichtige Beschlüsse finanzieller Natur gefaßt: Erwerbslosenunterstützung, Unterstützung der Kriegerfrauen, Entschädigung der Inhaftierten und Bezahlung für die Sicherungstruppe genannt Arbeiterbataillon. Der Senat hat diese Beschlüsse durch die Presse früh am Sonnabend erfahren, und sie sind ihm durch Brief und durch die Ausführungen, die hier gemacht sind, bestätigt worden. Die Erwerbslosenunterstützung sollte laut Beschluß des Vollrats vom 1. Januar ab in Kraft treten. Jeder, der arbeitslos gewesen ist, weiß, daß die Erwerbslosen keine liegenden Kapitalien haben, um in dieser Beziehung aus dem Vollen zu schöpfen. Ich bin der Meinung, weil derartige wichtige Beschlüsse finanzieller Natur in der Vollsitzung des Arbeiterrats gefaßt sind, hätte, falls der sogenannte bremische Senat ein Interesse an der praktischen Durchführung der Unterstützung der Kriegerfrauen und der Erwerbslosenunterstützung gehabt hätte, sofort den Zwölferausschuß einberufen müssen. Der Vorsitzende des Zwölferausschusses — ich gehöre ihm nicht an — ist, wie mir mitgeteilt worden ist, Senator Hildebrand. Das ist nicht geschehen. Parteigenossen! Warum ist es nicht geschehen? Nach meiner politischen Anschauung kann ich mir die Sache nur so erklären: Man weiß, daß Neuwahlen zum Arbeiterrat sind (Sehr richtig!) Die Mehrheitssozialisten haben mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln versucht, alle jenen Leute, die zum Bürgertum gehören und Gegner der Sozialdemokratie, Gegner der Revolution, Gegner des A.- und S.-Rat-Systems sind, Schutzleute, Steuerbeamte und Privatangestellte, in ihre Organisation hineinzubekommen, doch nur zu dem ausgesuchten Zweck, um dadurch eine Mehrheit bei den Wahlen zum Arbeiterrat zu erhalten. Nun stelle ich an Sie die Frage: Sind Sie vielleicht der naiven Anschauung, daß diese von den Mehrheitssozialisten eventuell in Erscheinung tretende Mehrheit des Arbeiterrats ein Interesse daran haben kann, daß eine Sicherheitstruppe, ein Arbeiterbataillon, bewaffnet in Bremen einhermarschiert, wo die Regierung Ebert — Scheidemann — Landsberg den Befehl ausgegeben hat, daß alle diese Personen, die Waffen tragen, diese auszuliefern? Parteigenossen! Ich bin der Meinung, von jenen Leuten, die Vertreter des alten Systems sind, ist nicht zu erwarten, daß sie bewilligen für Anträge, die der Arbeiterrat, der nicht auf dem Boden des alten Systems steht, gefaßt hat. Ich bin mir vollständig klar darüber und der Ueberzeugung, daß, falls eine rechtssozialistische Mehrheit, was nicht ausgeschlossen ist, im Arbeiterrat entstehen sollte, dann ein anderer Wind hier wehen wird. Und auf diesen andern Wind warten jetzt Senat und Bürgerschaft. (Sehr richtig!) Das erste würde dann sein, wenn sie die Mehrheit haben, daß man sofort Senat und Bürgerschaft wieder einsetzen wird. (Sehr richtig!) Wenn aber Senat und Bürgerschaft wieder eingesetzt sind, dann, Parteigenossen, dann ist der Moment gekommen, wo die Bourgeoisie in Bremen wieder am Ruder ist, mit Hilfe der Rechtssozialisten. Wir haben uns nun darüber klar zu werden, was geschehen soll. Es ist — das will ich betonen — ein Fehler von einzelnen Aktionsausschußmitgliedern, die dem Zwölferausschuß angehören, gemacht worden, indem sie nicht sofort den Vorsitzenden des Zwölferausschusses, Senator Hildebrandt, veranlaßt haben, sofort eine Sitzung des Zwölferausschusses einzuberufen, der dann über die Lebensfragen des revolutionären Proletariats zu beraten und zu beschließen hat. Wenn wir praktisch verfahren wollen, gibt es nur ein Mittel. Das ist das, daß der Vorsitzende des Aktionsausschusses

sofort, in aller Eile dem Vorsitzenden des Zwölferausschusses die Mitteilung macht: Morgen vormittag um neun oder zehn Uhr, wenn es den Herren am besten paßt, wird der Zwölferausschuß zusammentreten, um Stellung zu nehmen zu den Beschlüssen des alten Arbeiterrats. Dann erhalten wir Klarheit, dann werden wir erfahren, ob der Senat seine Verschleppungstaktik morgen vielleicht noch belieben wird mit verschiedenen Wenns und Aber, oder ob er sich auf Seiten der Beschlüsse der Vollsitzung des Arbeiterrats stellt. Also ich bin der Meinung, wir beauftragen den Vorsitzenden des Aktionsausschusses, sofort auf morgen vormittag eine Sitzung des Zwölferausschusses zu veranlassen, damit die Sache in ordnungsmäßiger Weise erledigt wird und man nicht sagen kann, wir hätten nicht ordnungsmäßig gehandelt. Aber die Beschlüsse müssen zur Durchführung gebracht werden. Was uns Kamerad Meyer gesagt hat, ist nur hervorgegangen aus einer Zwickangstmühle. Er fragt, woher das Geld genommen werden solle. Kamerad Meyer! Die Bourgeoisie hat sich kein Gewissen daraus gemacht, die 135 Milliarden für das Schlachten zusammenzubringen, und da sollen wir uns ein Gewissen daraus machen, in aller Ruhe die paar Millionen zu nehmen, die nötig sind um die Revolution fest zu verankern, die sozialistische Republik zu festigen? Ich bin der Meinung, das sind Klassenkämpfe im wahrsten Sinne des Wortes. Wir sollten uns in dieser Beziehung in Bezug auf die Beschaffung der Mittel nicht ins Bockshorn jagen lassen. Die Mittel müssen, solche geringen Mittel müssen aufgebracht werden, und sie werden aufgebracht werden, wenn der Arbeiterrat ernstlich bemüht ist, seine Beschlüsse mit genügendem Nachdruck zur Durchführung zu bringen.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Ich will Ihnen einige Mitteilungen machen, die für die Verhandlungen sehr wichtig sind. Die Weser-Zeitung berichtet heute:

> Regierungsmaßnahmen gegen Spartakus. Die neue Reichsregierung hat beschlossen, gegen die Bewaffnung der Spartakusanhänger und gegen den Terror dieser Minderheit im ganzen Reiche einzuschreiten. Es sind Anordnungen an die Behörden bezw. an die Volksregierungen ergangen, mit polizeilichen und strafrechtlichen Maßnahmen gegen den Terror und die Propaganda der Tat seitens der Spartakusleute vorzugehen. (Bravo!)

Dann noch eine andere Mitteilung, die noch wesentlicher ist. An der Spitze des Blattes teilt die Weser-Zeitung mit:

> Das Kabinett, der Zentralrat und das Kriegsministerium sind in gemeinsamen Beratungen zu dem einmütigen Entschluß gekommen, den Grenzschutz zu verstärken. Die dazu noch nötigen Vorbereitungen technischer Art sollen mit größter Beschleunigung getroffen werden. Sie sollen in den ersten Tagen der nächsten Woche bereits in Erscheinung treten.
>
> Zentralrat und Volksbeauftragte haben beschlossen, durch einen Aufruf für die freiwillige Volkswehr zu werben. Dieser Aufruf ist bereits fertig gestellt und wird erscheinen, wenn die technischen Vorbereitungen für den verstärkten Grenzschutz im Osten fertig sein werden. (Zuruf: Weiße Garde!)

Genossen! Das bedeutet den Krieg gegen die russische Revolution (sehr richtig), das bedeutet den Krieg gegen die Arbeitersache in Deutschland (sehr richtig), die Bildung einer weißen Garde. Es wird der weiße Terror folgen. Bisher haben Sie von einem roten Terror noch nichts gesehen.

Frau Becker: Verehrte Anwesende! Es ist doch der Beschluß gefaßt worden, Senat und Bürgerschaft abzuschaffen. Das war in einer der ersten Sitzungen beschlossen worden. Was haben denn die Beratungen im Aktionsausschuß bisher ergeben? Man hat den Senat als Verwaltungskörperschaft belassen, und dadurch haben wir jetzt die Kalamität, daß die notwendigen Mittel für die Erwerbslosen und die Kriegerfrauen sowie die Entschädigung für die Inhaftierten abgelehnt werden. Der Senat kann für uns lange nicht mehr maßgebend sein, wir verhandeln einfach nicht mehr mit ihm. Er ist keine Körperschaft mehr. In der sozialistischen Revolution ist für den Senat kein Platz mehr. Wir müssen ganz konsequent vorgehen, und wenn der Zwölferausschuß bisher nichts gemacht hat, so müssen wir als Arbeiterratsmitglieder verlangen, daß es jetzt nachgeholt wird. Der Senat muß sofort verschwinden. Wenn er sagt, daß die notwendigen Millionen nicht da sind, dann sind wir dazu da, sie zu schaffen. Das Geld muß beschafft werden. (Zuruf: Bitte um Vorschläge!) Wir müssen zu einem System kommen, das nicht die Arbeiter und Arbeiterinnen belastet, sondern das Bürgertum, das uns doch so weit gebracht hat. So wie bisher geht es unter keinen Umständen mehr. Wir müssen doch einmal handeln. Aus dem, was jetzt die bürgerlichen Blätter bringen, kann man doch tatsächlich erkennen, daß die Gegenrevolution stark am Werke ist. Das hat auch Brodmerkel gesagt mit seiner Bemerkung, daß der Spartakusbund entwaffnet werden soll und man mit Polizeigewalt gegen ihn vorgehen will. Sobald die Gegenrevolution eintritt, wo werden dann die Schutzleute sein? Werden sie auf Seiten der Bürgerlichen sein oder auf unserer Seite? Wenn ein Streik durchgeführt wurde, so sind die Schutzleute immer diejenigen gewesen, die uns niedergekämpft haben. Wenn die Gegenrevolution da ist, müssen auch die nötigen Hilfskräfte auf unserer Seite vorhanden sein.

Herr Dannat: Parteigenossen! Als seinerzeit Bürgerschaft und Senat abgesetzt wurden, da hieß es doch in der Proklamation, daß der Senat als Ver-

waltungskörperschaft weiter bestehen bleibe. Nun ist er ganz natürlich eine Verwaltungskörperschaft. Er ist also heute noch, was er war: er ist heute die regierende Körperschaft, er kann heute noch entscheiden, ob er bei Meinungsverschiedenheiten die Dinge bewilligen oder ablehnen will. Das sehen Sie daran, daß der Senat sagen kann: Der Arbeiterrat kann viele Dekrete erlassen, aber ob wir sie durchführen, das ist die zweite Frage! Darum sind wir wirklich der Meinung: wenn wir das, was wir hier beschließen und für notwendig halten, durchführen wollen, dann müssen wir den Senat auch als Verwaltungskörperschaft absetzen (sehr richtig), und wir werden von uns aus die verschiedenen Kommissariate und Kommissionen bilden. Die Geschichte ist wirklich nicht so schwierig. Seien Sie überzeugt: wenn wir nach irgend welcher Seite Schwierigkeiten sähen, würden wir diese Vorschläge nicht machen. Wir werden die Mittel aufbringen lassen, wir werden die Verwaltungskörperschaft, die Steuerdeputation ersuchen, Steuern auszuarbeiten nach Richtlinien, die wir ihr geben. Es wird sich ja zeigen, ob sie dazu den Willen und die Fähigkeit hat. Die Steuern werden natürlich durch unsere Hände gehen. Aber wir haben nicht immer Zeit, uns mit diesen technischen Einzelheiten zu beschäftigen, und deshalb brauchen wir diese Kommissionen. Aber seien Sie überzeugt: die Steuern werden wir bringen. Und wenn die Bürgerlichen sich an den Staatsanwalt wenden und sagen: der A.- und S.-Rat ist keine gesetzgebende Körperschaft, dann schaffen wir ein Tribunal, das die Herrschaften zwingt, uns zu willen zu sein. Wir sehen ganz klar, was kommt und was kommen muß. In diesem Augenblick brauchen wir uns ja über den letzten Schritt noch nicht zu entscheiden; es ist ein Vermittlungsvorschlag, wir können ja bis Montag warten, bis der Zwölferausschuß beraten hat. Damit bin ich ganz einverstanden. Dann haben wir Dienstag oder Mittwoch ein klares Bild darüber, was zu geschehen hat. Ich möchte empfehlen, bis dahin zu warten, damit man uns nicht den Vorwurf macht, wir übereilten die Geschichte. Nein, so ist es nicht. Wir kennen doch die Verhältnisse in der Senatskommission. Die Herrschaften können wirklich nicht anders, auch wenn sie wollten. Es ist keine Schlechtigkeit der Senatskommission, wenn sie so handelt, wie wir es annehmen, sie ist gebunden an das Bisherige, an die Ueberlieferung, an alle diese Dinge und kann nicht ihrerseits die Neuordnung einführen, kann nicht das Alte über den Haufen werfen. Also wie gesagt: wir werden uns nicht sträuben dürfen, dem Vermittlungsvorschlage zuzustimmen, müssen aber auch sagen, wenn nicht bald ein Resultat herauskommt: Wir alten Arbeiterräte haben unsere Aufgabe nicht ganz erfüllt, der neue Arbeiterrat wird noch Fragen stellen, die eigentlich wir hätten lösen müssen. Und darum sagten wir uns: wir dürfen nicht vorgreifen, wir müssen abwarten.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Ich möchte bloß sagen: es wird immer gesagt, daß wir nichts getan hätten. Dannat hat ja eben gesagt, daß auf Grund der Lage nichts weiter getan werden konnte. Wir konnten keine einschneidenden Maßnahmen treffen. Am vorigen Freitag haben wir vor der Kalamität gestanden. Und es ist ja eben selbst vor übereilten Maßnahmen gewarnt worden. Ich möchte bloß sagen: Anarchie herrscht bei uns nicht. Was wir jetzt tun, ist keine Anarchie; wir sehen vollkommen klar, was wir wollen. Wenn wir, wie man sagt, das alte System beseitigen wollen, dann geht das nicht, wie Henke immer gesagt hat, mit Rosenöl. Darüber sind wir uns doch immer klar gewesen, daß die Herren sich sträuben würden.

Herr Haase: Ich möchte anfragen: mit welchem Recht kommt der Senat dazu, über Gelder zu verfügen, über die er gar nicht das Verfügungsrecht hat? Senat und Bürgerschaft sind abgesetzt, mithin können sie keine Gelder mehr bewilligen. Ich verstehe das nicht. Dann hat man gefragt: wo das Geld hernehmen? Ja, wo nehmen wir ernstlich das Geld her, wie bringen wir es auf? Das müssen wir doch. Ich meine, daß der Aktionsausschuß sowohl wie auch unsere Führer im allgemeinen viel zu lax vorgehen (sehr richtig). Infolgedessen wird uns auf der Nase herum gespielt. Das ist die reine Hanswursterei. Wir müssen viel energischer vorgehen. In den Bremer Nachrichten wird ein Brief von den höheren Schülern veröffentlicht, ein offener Brief an Henke. Nun frage ich: wie ist es möglich, daß die bürgerlichen Blätter solche Sachen machen? (Zuruf von Stockinger: Es ist doch gut, daß die Jungens das machen!) Ach was, Unsinn. Für die demokratische Partei ist immer Papier genug da, wenn wir aber kommen, dann heißt es immer: wir haben kein Papier. Man sieht eben, wie von oben herunter die Sache gemacht wird. Wir müssen viel energischer vorgehen, und wenn unsere Führer nicht energisch genug sind, müssen wir sie absägen. Ueberall sehen wir, daß weiße Garden gebildet werden. Wie lange wollen wir das noch mit ansehen? Das hat doch gar keinen Zweck.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Ich möchte bloß erwidern, daß der Senat Verwaltungsbehörde ist, und und daß die Meinung bisher dahin ging, daß der Senat die Repräsentation der Finanzherrschaft ist. Aus diesem Grunde, also um mehr Kredit zu haben, hat man die Herren im Amt belassen, weil man der Meinung ist, daß die Arbeiterschaft keinen Kredit hat. Man hat eben bisher vor dem Schritt zurück geschreckt, der notwendig ist, um die Herrschaft zu erlangen (Zuruf: absetzen!) Als Verwaltungsbehörde besteht der Senat immer noch. Sie werden ja wissen, daß man sogar den Antrag gestellt hatte, Senat und Bürgerschaft wieder einzusetzen. Man darf uns also nicht den Vorwurf machen, wir wüßten nicht, was wir zu

tun haben. Entweder wir müssen abtreten von der Bühne, oder wir müssen die Revolution weiter treiben im Interesse des Proletariats. Diese Entscheidung müssen wir treffen.

Herr Seitz: Parteigenossen! Die Ausführungen, die ich machen wollte, sind zum Teil überholt. Ich wollte nur sagen: wenn es nicht möglich ist, von diesem Arbeiterrat aus die Frage zu erledigen, dann wird eben der neue Arbeiterrat gleich vor diese Frage gestellt werden müssen, und dann wird ja die Arbeiterschaft sofort sehen, was sie von dem neugewählten Arbeiterrat zu erwarten hat, und wir werden dann unsere Maßnahmen danach treffen, je nachdem, ob er im Sinne der proletarischen Diktatur zusammengesetzt ist oder nicht (sehr gut).

Herr Sommer: Vor allem möchte ich mich gegen die Methode des Vorsitzenden wenden, daß er nach jeder Rede selbst das Wort ergreift. Das ist doch absolut nicht zulässig, und ich protestiere dagegen. Genossen! Die Ausführungen, die hier heute gemacht worden sind, sind dieselben, die hier schon vor sechs bis sieben Wochen gemacht worden sind. Wir müssen Geld haben, müssen es irgend wo hernehmen, aber es ist in keinem Antrag gesagt worden, wie das gemacht werden kann. Ich denke daran, wie seinerzeit hier wir uns mit dem Antrage befaßten, unter dem Vetorecht des Arbeiterrats den Senat wieder einzusetzen, und wir einen Antrag durchbringen wollten, durch den die Steuerrestanten bis 31. Dezember erfaßt werden sollten. Die Redner sagten: Der Arbeiterrat wird das schon machen, wir werden beschließen und ein Gesetz erlassen. Das Gesetz ist aber nicht erlassen worden, und die Steuern sind verfallen, wir sind das Geld also los. Die Reden sind hier zwar gehalten, aber die Genossen, die diese Reden gehalten haben, sind nicht mit dem Gesetzentwurf gekommen, sondern haben nur schöne Reden gehalten. Am Freitag sind Beschlüsse gefaßt worden, wonach in kurzer Zeit 10 Millionen ausgegeben werden. Das Geld muß beschafft werden. Senat und Bürgerschaft sind abgesetzt, und der Zwölferausschuß hat sich nunmehr damit zu befassen. Die Herren, die darin sitzen, müssen uns Bericht erstatten. Und wenn die nun sagen: wir sind nicht in der Lage, das Geld zu beschaffen, die Beschlüsse durchzuführen, wir müssen gehen, unter diesen Umständen geht das nicht, wir können das mit unserm Gewissen nicht vereinbaren! so ist ist das etwas, was ich ohne weiteres anerkenne. Der Zwölferausschuß hat nun noch keine Stellung genommen. Ich bin am Sonnabend nicht hier gewesen, weil ich verreisen mußte, aber ich bin der Auffassung: wenn man schon einmal das hier vorlegen wollte, dann hätte doch der Zwölferausschuß als höchste Instanz darüber entscheiden müssen, dann hätten wir ein klares Bild gehabt, und es wäre nicht nötig gewesen, so aus dem Aermel heraus eine Versammlung einzuberufen, nur damit es nachher heißt: Sie können nach Hause gehen. Wir haben uns beraten, und haben wir einmal die höchste Regierung eingesetzt, dann ist es auch selbstverständlich, daß sie die erste Entscheidung hat. Solche überflüssigen Sitzungen haben wir nicht einmal gehabt, sondern schon öfter. Wir haben eine Sitzung gehabt über einen Kommissionsbericht, der noch gar nicht fertig war, wegen Erwerbslosenfürsorge, Haftentschädigung usw. Was ist das für eine Methode? Man weiß im Aktionsausschuß nicht immer, was man will; da wird recht viel dummes Zeug gemacht. Wir sind vor Schluß unserer Tätigkeit. Und gerade vor Schluß wird aus einer kleinen Sache ein großer Klamauk gemacht. Ich möchte nun empfehlen, den Antrag Brodmerkel anzunehmen, damit die richtigen Instanzen auch Gelegenheit haben, über diese Fragen zu beraten. Und wenn der alte Arbeiterrat nicht entscheiden soll, dann weiß ich immer noch, daß eine neue Regierung immer etwas anderes zu tun hat, und daß Sie heute oder morgen immer noch beschließen können, was Sie wollen. Wir haben die alte Regierung abgesetzt und eine andere Regierung geschaffen, und wenn der neue Arbeiterrat einer anderen Meinung ist, dann wird er eben andere Gesetze schaffen. Darum möchte ich Ihnen empfehlen, den Antrag Brodmerkel anzunehmen.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Ich muß zunächst den Ausdruck Sommers zurückweisen, daß wir im Aktionsausschuß dummes Zeug gemacht hätten. (Zuruf Sommers: Ich denke dabei an dich!) Ich hoffe, daß Sommer das zurücknehmen wird (Sommer ruft: denke gar nicht daran!) Den Beweis dafür wird er nicht antreten können. Wo sind die Beweise? (Sommer ruft: Diese Versammlung hier!)

Dann ist folgender Antrag Arnold eingegangen:

Ich beantrage, noch heute Beauftragte für das Finanzwesen, für das Schulwesen und für das Sicherheitswesen zu wählen.

Herr Casper: Wenn die bisherigen Träger der Revolution gemeinsame Sache machen wollen, dann könnten sie es heute tun, indem sie den Antrag Brodmerkel annehmen. Es scheint aber noch große Unklarheit darüber zu herrschen. Ich möchte aber sagen, daß wir von der U. S. P. vollkommen klar darüber sind. Wir sagen: da nicht alle Fragen in dieser Kommission behandelt worden sind (wegen Unterstützung der Kriegerfrauen), ist es besser, die Sache noch einmal an den Zwölferausschuß zu verweisen. Man muß auch sagen, daß die Ausführungen von Bürgermeister Donandt für uns nicht maßgebend sind. Das beweist uns der Brief von Bürgermeister Hildebrand. Deshalb darf man heute noch nicht sagen: wir verhandeln nicht mehr mit dem Senat. Bisher haben wir uns auf den Standpunkt gestellt, daß wir doch noch ver-

handeln müssen. Man braucht also nicht viel Worte zu verlieren, sondern kann einfach sagen: wir wollen den Zwölferausschuß hören. In der Zeit, wo wir heute morgen hier debattiert haben, hätten wir schon Wichtigeres tun können. Also nehmen Sie den Antrag Brodmerkel an.

Herr Harms zur Geschäftsordnung: Wir sind bereits zwei Stunden beim Verhandeln (Zuruf: eine Stunde!) und es ist noch kein Ende abzusehen. Wir haben denselben Gegenstand doch schon in früheren Sitzungen durchgenommen. Wenn jetzt selbst der Aktionsausschuß dazu übergegangen ist, uns zu empfehlen, daß die Materie noch einmal an den Ausschuß zurückverwiesen wird, so verstehe ich zunächst nicht, warum er uns denn heute überhaupt zusammenberufen hat. Das wäre doch gar nicht nötig gewesen. Und nun reden wir schon zwei Stunden über den Antrag Brodmerkel (Zuruf: eine Stunde!) Nein, wir sind hier schon zwei Stunden versammelt, und da sollten wir doch endlich zum Schlusse kommen. Kann man es den Leuten verdenken, wenn sie sagen, wir wären eine Quasselbude? Wir sollten doch wissen, was wir wollen. Wir sind für 9 Uhr berufen worden, und da hätten wir um 9 Uhr anfangen sollen. Wenn jemand um 9¼ Uhr nicht hier ist, sollte er keine Sitzungsgelder bekommen; dann würden sich die Herren schon an Pünktlichkeit gewöhnen. Ich beantrage das.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Es liegt auch ein weiterer Antrag auf Schluß der Debatte vor. Dagegen spricht niemand.

Der Schluß der Debatte wird angenommen.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Ich möchte, ehe wir über meinen Antrag abstimmen, noch eine Erklärung abgeben. Wir haben uns, nachdem wir die Verhandlungen mit Bürgermeister Donandt gehabt haben, im Aktionsausschuß mit der Frage beschäftigt, was nun zu tun sei, und ob wir erst den Zwölferausschuß fragen sollten. Dann haben wir uns, da wir die Erklärungen Donandts doch als definitiv betrachten mußten, gesagt, daß der Zwölferausschuß nicht mehr befragt zu werden brauche. Dazu kam, daß Donandt eine Entscheidung der Reichsregierung verlangte. Die kann man doch nicht in einer Viertelstunde haben, das dauert einen bis zwei Tage, auch wenn man telegraphiert. Das ist der Grund, weshalb wir den Zwölferausschuß nicht zusammenberufen haben. Deshalb sind die Aeußerungen Sommers sehr überflüssig.

Herr Ertinger zur tatsächlichen Aufklärung: Ich wollte nur bemerken, daß der Zwölferausschuß noch niemals Geldforderungen des A.- und S.-Rats verhandelt hat. Es konnte für uns gar nicht die Frage auftauchen, daß nun die Frage des Wachtbataillons im Zwölferausschuß verhandelt werden sollte. Da haben wir den Weg beschritten, den wir immer beschritten haben, daß wir uns mit der Finanzdeputation in Verbindung gesetzt haben, und die hat uns die Antwort gegeben, die wir gehört haben. Jetzt soll der Zwölferausschuß eintreten? Was ist der Zwölferausschuß denn gewesen? (Sommer ruft: du bist ja nie da gewesen!) Ich bin öfter da gewesen! Der Ausschuß ist ein Ding, womit garnicht praktisch gearbeitet werden kann. Darin sitzen sechs Beamte und von unserer Seite auch sechs. Den Vorsitz führt Hildebrand. Wie kann da eine Sache durchkommen? Wenn einer sich nicht auf den Zwölferausschuß beruft, wird sich der Senat darauf berufen, daß eine Ueberrumpelung stattfindet.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Das ist keine Erklärung mehr.

Herr Ecks zur Geschäftsordnung: In Zukunft müssen wir dringend bitten, daß solche Erklärungen nicht nach Schluß der Debatte abgegeben werden, sondern vorher. Die ganze Geschichte erhält dadurch ein anderes Gesicht. Die Quintessenz ist, daß wir den Zwölferausschuß absetzen.

?! Ich möchte bitten, uns die Mitglieder des Zwölferausschusses mit Namen zu nennen.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Die Namen kann ich gleich nennen. Zum Zwölferausschuß gehören vom Arbeiter- und Soldatenrat Ertinger, Dannat, Henke und Sommer. Weiter haben ihm früher angehört Dammert und Rhein, die aber zurückgetreten sind. Jetzt sind also von uns nur vier Vertreter dort. (Zurufe: Hört! Hört!) Wir sind jetzt in der Abstimmung. (Zuruf: Warum ist keine Ergänzung vorgenommen?)

Herr Starker: Wenn ein Antrag gestellt ist, darf über ihn nicht abgestimmt werden, ehe über ihn debattiert ist. Ueber einen Antrag soll jetzt sofort ohne Debatte abgestimmt werden.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Ich habe den Antrag gestellt, daß im Zwölferausschuß verhandelt werden soll. Darüber soll jetzt abgestimmt werden.

Herr Starker: Es sind noch weitere Anträge gestellt. Ueber den Antrag Arnold soll jetzt ohne Debatte abgestimmt werden.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Der Antrag ist zur Debatte gestellt, es hat sich aber niemand dazu zum Worte gemeldet. Zur Abstimmung muß er selbstverständlich gebracht werden.

Herr Arnold: Ich habe ihn zeitig genug gestellt. Am Vorstandstisch ist aber eine Unterlassungssünde begangen, weil der Antrag nicht gleich verlesen ist.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Ich habe den Antrag zur Kenntnis gegeben, allerdings nicht gleich, weil — — — ich nicht gleich dazu gekommen bin. (Heiterkeit.) Ich habe allerdings eine Unterlassungssünde begangen, der Vorwurf fällt auf mich. Ich bringe also den Antrag des Aktionsausschusses zur Abstimmung, die Sitzung zu vertagen und die Angelegenheit an den Zwölferausschuß zu verweisen, der darüber verhandeln soll.

Herr Klima: Der Aktionsausschuß hat das nicht gewünscht.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Dann ist es mein Antrag. Aber vorher haben sieben Mitglieder des Aktionsausschusses darüber verhandelt und sind einig geworden. Weiter ist abzustimmen über den Antrag Breitmeier. Der Antrag Arnold muß heute für erledigt betrachtet werden. Der Antrag Brodmerkel ist der weitestgehende.

Herr Starker: Es muß über jeden Antrag debattiert werden. Es ist nicht über den Antrag Arnold debattiert, der verlangt, daß Behörden abgesetzt werden sollen.

Herr Klawitter: Wenn Behörden abgesetzt werden sollen, müssen nicht drei Deputationen abgesetzt werden, sondern 20. Arnold beantragt, für drei Behörden neue Mitglieder zu wählen. Ehe neue Behörden gewählt werden können, müssen die alten abgesetzt werden.

?! Was Klawitter sagt, trifft nicht zu. Vor diese Frage könnten wir nur gestellt werden, wenn sich alle Senatoren solidarisch erklärten.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Der Antrag Brodmerkel will Vertagung. (Zuruf: Dasselbe wie der Antrag Breitmeier!) Dasselbe nicht. Wenn Sie meinen Antrag annehmen, dann muß der Arbeiterrat wieder beschließen, was zu geschehen hat. Wenn aber der Antrag Breitmeier angenommen wird, wird dem Aktionsausschuß die Vollmacht gegeben, sofort Anordnungen zu treffen, wenn Ablehnung erfolgt.

Herr Seitz: Ueber den Antrag Breitmeier muß zuerst abgestimmt werden, weil er der weitestgehende ist.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Ich habe nichts dagegen. Wer dafür ist, daß zuerst über den Antrag Breitmeier abgestimmt wird, den bitte ich aufzustehen. — Gegenprobe. — Das ist angenommen.

Herr Starker: Wird der jetzige Aktionsausschuß aufgelöst, wenn die Wahlen stattgefunden haben?

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Er wird dann neu gewählt. Dann muß erst das Plenum zusammentreten. Wer für den Antrag Breitmeier ist, den bitte ich aufzustehen. — Gegenprobe. — Der Antrag ist gegen vier Stimmen angenommen.

Ich möchte Ihnen dann noch mitteilen, daß ich in der Presse gelesen habe — — — (Zuruf: Das können wir auch lesen!) Die Tagesordnung ist erledigt. Ich möchte dann noch darauf hinweisen — — —

Herr Brauckmüller: Zur Geschäftsordnung: Nachdem der Antrag Breitmeier angenommen ist, stelle ich den Antrag, daß die Vollsitzung morgen abend den Bericht entgegennimmt. (Unruhe. Viele Mitglieder verlassen den Saal.)

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Es ist noch eine Angelegenheit zu erledigen; ich bitte nicht wegzugehen. Es ist noch ein Antrag eingereicht: Der Wahlvorstand resp. das Wahlkomitee haben bekannt zu geben, daß nur die Ehefrauen, die gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt sind, wählen dürfen. Hilger. (Zuruf: Ist längst erledigt!)

Zur Geschäftsordnung

Herr Dietrich: Wir haben eben gehört, daß der Zwölferausschuß, nachdem Dammer und Rhein ausgeschieden sind, nur noch aus vier Genossen besteht. Ich bin der Meinung, daß wir eine Ersatzwahl hätten vornehmen müssen.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Dazu bedarf es keines Antrages. Das geht an den Aktionsausschuß.

Herr Kaiser: Die Geschichte mit dem Wahlrecht der Ehefrau — — — (Unruhe) (Vorsitzer Herr Brodmerkel. Kaiser hat das Wort! Zum Donnerwetter nochmal!) Gestern nachmittag haben wir eine Sitzung gehabt um vier Uhr für die Wahlen. Da wurde auch die Frage angeschnitten, ob alle Ehefrauen, die politisch organisiert sind, wählen dürfen. Es wurde gesagt, das sei nicht angängig. Wir haben darauf erwidert, daß sämtliche politisch organisierte Frauen wählen dürften, ganz gleich, ob sie gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt sind. Wir haben bei der Beratung des Wahlreglements an diesen speziellen Fall nicht gedacht. Ich will nur konstatieren, daß ich nicht daran gedacht habe; einer von Ihnen vielleicht? Gestern abend hat dann das Wahlkomitee den Vorsitzenden Breitmeier beauftragt, Ausführungsbestimmungen selbständig zu treffen. Dazu haben Sie uns allerdings nicht bevollmächtigt. Aber das Wahlkomitee hat gesagt, wie die Lage ist, so ist es praktisch, so zu verfahren, daß alle politisch organisierten Frauen wählen dürfen. Es ist nur die Frage: hatte das Wahlkomitee das Recht, diese Auslegung hineinzulegen? Oder war es gazu nicht kompetent? Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das nicht eine Ueberschreitung seiner Kompetenzen gewesen ist, sondern daß das im Sinne, in der Bahn steht, wie überhaupt die Debatte gestanden hat. Ich möchte Sie bitten, den Antrag Hilger abzulehnen und es bei der Auslegung des Wahlkomitees zu belassen.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Das Wahlreglement hebt im zweiten Passus die Worte im ersten Absatz wieder auf. Es ist aber selbstverständlich, daß alle politisch oder gewerkschaftlich organisierten Frauen das Wahlrecht haben.

Herr Frasunkiewicz: Es ist für mich, wie ich geschäftsordnungsmäßig bemerken kann, ganz selbstverständlich, daß eine Frau, die politisch organisiert ist in unserem Sinne, das Wahlrecht hat. Ich verstehe nicht, wie man da irgendwelche Bedenken haben kann. Was die Frau ist, ob Hausfrau, oder Wittfrau, womit sie sich beschäftigt, das ist alles Wurst, sie ist organisiert und infolgedessen wahlberechtigt. Kein logisch denkender Mensch kann etwas dagegen einzuwenden haben.

Herr Starker: Ich bitte ums Wort!

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Ich kann Ihnen das Wort nicht mehr geben — es ist Schluß der Debatte beantragt — weil es sonst mit der Debatte schief liegt.

Herr Starker: Mit der Debatte liegt es so wie so schief inbezug auf die Zersplitterungstaktik.

Herr Hilger: Ich bin gegen Schluß. Im ersten Paragraphen steht, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt sind, wählbar sind. Der zweite Paragraph kann den ersten nicht aufheben, sonst könnte jeder andere Paragraph vorhergehende wieder aufheben. Das ist doch unmöglich. Noch eins. Gestern wurde berichtet, daß verschiedene Kollegen, die sich vor drei Wochen organisiert haben, ihr Verbandsbuch noch nicht bekommen haben. (Zurufe: Geschäftsordnung! — Vorsitzer Herr Brodmerkel: Er spricht ja! — Unruhe, bei der der Redner nur noch in Bruchstücken verständlich ist.) Quittung — Quittungsbuch abgestempelt. Das hätte vorher beschlossen und in den Zeitungen bekannt gemacht werden müssen.

Herr Seitz: Das haben Sie zehnmal lesen können in den Zeitungen, es steht ja drin.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Herr Brauckmüller: Wenn Frauen nicht zugelassen werden, so muß Wahlprotest eingelegt werden.

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Das ist selbstverständlich, daß wir das Wahlreglement auszulegen haben.

Herr Hilger: Können die Frauen wählen — — — (Herr Starker: Wir lehnen den Antrag ab! Es ist widersinnig!) Ich protestiere! Ich habe den Antrag geschäftsordnungsmäßig eingereicht. Sie haben nicht das Recht — — — (Herr Starker: Zuerst habe ich ums Wort gebeten, es aber nicht bekommen. (Zurufe) Nicht Leidenschaften dürfen regieren, sondern Einigkeit. (Unruhe.)

Der Antrag Hilger wird abgelehnt.

Herr Hilger: Ich möchte noch erklären, daß die Kollegen, die hier sind, das wissen, die anderen aber nicht. (Unruhe.) (Zuruf: Reden gehen uns nichts an, Beschlüsse sind maßgebend! — Zuruf: Wortmeldung zu Verschiedenes!)

Vorsitzer Herr Brodmerkel: Wir haben auf der Tagesordnung nicht „Verschiedenes" stehen.

Herr Starker: Ich kann mitteilen, daß die Wahlkommission beschlossen hat über die Stimmzettel, die von den einzelnen Parteien ausgegeben werden. Die Bescheinigung über die Mitgliedschaft soll Geltung haben, wenn sie auch keinen Stempel hat. Kurz vor der Aufnahme — — — der Aufnahmeschein — gedruckte Zettel abgerissen — die haben Gültigkeit. (Fortgesetzte sich immer steigernde Unruhe, so daß der Redner schließlich gar nicht mehr zu verstehen ist.)

Schluß der Sitzung 11 Uhr 16 Minuten.

# Bremer Arbeiter- und Soldatenrat

## 16. Sitzung Freitag, den 10. Januar 1919.

### a) Ausrufen der sozialistischen Republik Bremen.

**Einsetzung eines Rats der Volkskommissare. Standrecht und Belagerungszustand. Vorzensur der Presse.**

Die für gestern angekündigte Demonstration der den Parteien der U. S. und der Kommunisten angehörenden Arbeiterschaft hat einer Besiegelung des Revolutionsschicksals für Bremen gegolten. Ihr Abschluß war das Ausrufen der von einem Rat der Volkskommissare regierten sozialistischen Republik Bremen, in der das Bürgertum und die Mehrheitssozialisten von Vertretung und Mitwirkung ausgeschlossen bleiben.

Bald nach 4 Uhr rückten von Osten und Westen, wie von der Neustadt her die Arbeitermassen mitsamt den Jugendlichen zum Marktplatz. Die Garnisonkapelle kam mit und begleitete den Anmarsch mit ihren Weisen. Rote Fahnen wehten über den Zügen, in denen man Schilder bemerkte mit Aufschriften, wie „Hoch die sozialistische Republik", „Nieder mit Ebert-Scheidemann", „Hoch Liebknecht", „Nieder mit Senat und Bürgerschaft", „Hoch die proletarische Diktatur". Am Markt sah man das Rathaus von Bewaffneten umgeben, Maschinengewehre auf der Domtreppe, Börsentreppe sowie vor dem westlichen Rathauseingang, auch einzelne Bewaffnete zu Pferde. Der Marktplatz selbst war von Bewaffneten abgesperrt. An die Jugendlichen wurden auf dem Domshof vom Balkon des Bankhauses Bernhd. Loose aus, an die Arbeiter von beiden Söllern des Rathauses und auch von der Börsentreppe aus durch ihre Führer und auch durch Mitglieder des Soldatenrats Ansprachen gehalten. Sie enthielten die in dem untenstehenden Aufruf näher bezeichneten Forderungen, zu deren Vertretung eine Delegation der demonstrierenden Arbeiter, neun Mann stark, vor den im Rathaus versammelten Aktionsausschuß geladen wurde. Die Beratung darüber dauerte nur kurze Zeit. Unter lebhaften Hochrufen der demonstrierenden Arbeiter wurde dann vom Rathaus herab die Errichtung der sozialistischen Republik Bremen, Einsetzung eines Rats der Volkskommissare, völlige Ausschaltung von Senat, Bürgerschaft und Deputationen, Entfernung der Mehrheitssozialisten aus dem Arbeiterrat und ihre Ersetzung durch je 30 U. S. und Kommunisten, weitere Bewaffnung der Arbeiterschaft und restlose Entwaffnung des Bürgertums sowie Verhängung des Standrechts verkündet. Nach der Proklamierung der Republik Bremen erfolgte noch vom Rathaus herunter unter starkem Beifall die Mitteilung, daß die sofortige Absendung eines Telegramms an die Regierung Ebert-Scheidemann beschlossen worden sei, mit der Aufforderung, daß diese Regierung baldmöglichst von der Bildfläche verschwinden möge. Des weiteren sei ein Sympathietelegramm an die russische Räteregierung abgesandt worden, in dem der Zuversicht Ausdruck gegeben worden sei, daß mit beiderseitiger Unterstützung der Revolution zum Siege verholfen werde. Herr Ecks teilte vom Rathaus herunter mit, daß er nunmehr sein Amt als Vorsitzer des Soldatenrats zu Händen der Volkskommissare niederlege, aber ja wiedergewählt werden könne.

Hinzu kamen dann noch Sonderbeschlüsse, betr. Vorzensur für die bürgerliche Presse und Inbesitznahme des Gewerkschaftshauses, wohin sich ein großer Teil der Arbeiter, als die Demonstration beendet war, mit Musik begab, um die Herrschaft der neuen Gewalten über dieses Gebäude zum Ausdruck zu bringen. Es geschah von einem Fenster des Gebäudes aus mit einer Rede, in der auch die schon vom Rathaus aus verkündete Absetzung der Gewerkschaftsführer und Beschlagnahme ihrer Kassen für das revolutionäre Proletariat bestätigt wurde. Die Gewerkschaftsführer, so hieß es, könnten sich ja nun an den Arbeitsnachweis wenden. Ein bei der Auflösung der Menge auf dem Marktplatz ertönender Schuß ging beim Entladen aus einem der Maschinengewehre los, schlug in das Schaufenster von Rütes Weinstube und verletzte abprallend einen 13jährigen Knaben schwer am Bein.

Sofort nach Beendigung der Demonstration erschienen in der Stadt Plakate mit folgender Bekanntgabe:

Einwohner Bremens!

Die Entscheidung ist gefallen! Um nicht mit in den selbmörderischen Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung hineingerissen zu werden, hat das werktätige Volk Bremens, das revolutionäre Proletariat, sein Schicksal in die eigene Hand ge-

nommen. Ueber Bremen ist das Standrecht verhängt. Die gesamte wirtschaftliche und politische Macht liegt in den Händen der proletarischen Volksregierung. Bremen ist eine selbständige sozialistische Republik. Der Senat ist abgesetzt! Alle im Besitz von Waffen befindlichen Bürger und Offiziere haben ihre sämtlichen Waffen bis Sonnabend, den 11. Januar 1919, nachmittags 5 Uhr, im Neuen Rathaus abzuliefern. Nach diesem Termin in unerlaubtem Besitz von Waffen betroffene Personen verfallen dem Standrecht. Alle Rangabzeichen sind sofort abzulegen. Diebstahl, Raub und Plünderung sind Verbrechen gegen die sozialistische Gemeinschaft. In Ausübung dieser Verbrechen betroffene Personen werden sofort erschossen! Jeder gegenrevolutionäre Versuch wird als Hochverrat mit sofortigem Erschießen geahndet. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit wird die Polizeistunde vorläufig auf 9 Uhr abends festgesetzt und der Ausschank von Wein und Spirituosen verboten. Einwohner Bremens! Alle getroffenen Maßnahmen dienen dem Schutze der Allgemeinheit. Sorgt selbst für die Durchführung der getroffenen Bestimmungen. Dann ist der Bürgerkrieg eine Unmöglichkeit. Dann ist die Durchführung der sozialistischen Wirtschaftsordnung gesichert, die Wohlfahrt der Gesamtheit gewährleistet.

Bremen, 10. Januar 1919.

Der Rat der Volkskommissare.

Im Auftrage der am Freitag nachmittag auf dem Marktplatz versammelten Demonstranten hat der Rat der Volkskommissare Bremen folgende Telegramme abgesandt:

An unsere Kämpfer für den Sozialismus in Berlin. Unseren Klassengenossen, die in unerhörtem Kampfe gegen das Blutregiment Ebert-Hindenburg stehen, unsern Brudergruß und die Sympathieerklärung der revolutionären Bremer Klassengenossen. Das Bremer Proletariat hat heute, am 10. Januar 1919, sein Geschick in die Hand seiner eigenen proletarischen Volksregierung gelegt und ist bereit, für seine Zukunft Seite an Seite mit seinen Berliner Klassengenossen im Kampfe gegen alle Ausbeuter sein Blut zu mischen.

Rat der Volkskommissare Bremens.

An alle A.- und S.-Räte Deutschlands. Das Bremer Proletariat, empört über das Blutregiment der mit dem Ausbeutertum verbündeten Ebert-Regierung, hat sich heute, am 10. Januar 1919, losgesagt von jeder Gemeinschaft mit dem Blutterror der Bourgeoisie, wie er sich in Berlin im Kampfe gegen das Proletariat offenbart. Das Bremer Proletariat hat sein Geschick in die Hand einer eigenen proletarischen Volksregierung gelegt. Das Bremer Proletariat fordert den dortigen A.- und S.-Rat auf, sich ihm im Kampfe gegen das Blutregiment des Bürgertums anzuschließen.

Rat der Volkskommissare Bremens.

## b) Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats.

Gegen 7½ Uhr abens fanden sich die neugewählten Mitglieder des A.-Rates, soweit sie der unabhängigen sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei angehörten, zu Fraktionssitzungen im Konventsaale der Börse zusammen. Es wurde beschlossen, die Mehrheitssozialisten von einer Vertretung im A.-Rat auszuschließen und nur die am 6. November gewählten Unabhängigen und Kommunisten als Mitglieder desselben anzuerkennen. Ein Antrag, den A.-Rat dann um je 30 Mitglieder der U. S. und der Kommunisten zu erweitern, wurde dem Aktionsausschuß überwiesen. Darauf konstituierte sich die Versammlung als neuer Arbeiter-Rat und trat als solcher in die erste öffentliche Vollsitzung zusammen mit dem S.-Rat ein. Den provisorichen Vorsitz übernahm Herr Henke.

Herr Frasunkiewicz teilte darauf die nachmittags im Aktionsausschuß gefaßten Beschlüsse mit, die Errichtung der sozialistischen Republik Bremen, die Amtsenthebung des Senats, weiter den Beschluß zur Einsetzung eines Rates der Volksbeauftragten und der Schaffung von Kommissariaten, die mit den Syndikern der einzelnen Senatsdeputationen die Verwaltungsgeschäfte zu führen haben.

Herr Ecks betonte, daß das Proletariat, das sich bisher nur die politische Macht gesichert hätte, nunmehr auch dafür kämpfen müßte, die wirtschaftliche Macht zu erringen. Die Bewaffnung des Proletariats wäre zur Sicherung der Errungenschaften der Revolution erfolgt und würde weiter durchgeführt. Er schloß mit einem Hoch auf die sozialistische Republik.

Darauf wurde zur Wahl des

**Rates der Volksbeauftragten**

geschritten. Der Rat der Volksbeauftragten soll aus neun Personen bestehen, die gewissermaßen die ausführende Regierungsgewalt (Exekutiv-Ausschuß) darstellen sollen. Ein Vollzugsrat (Aktionsausschuß) soll aus den Leitern der einzelnen zu bildenden Kommissariate bestehen und eine Kontrolle des Rates der Volksbeauftragten, des Exekutiv-Ausschusses, darstellen. Die einzelnen Kommissariate werden dem Rate der Volksbeauftragten und dem Vollzugsrat unterstellt.

Es wurden gewählt als

**Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten:**

Henke, Frasunkiewicz, Kaiser, Knief, Bäumer, Dannat, Rietschel, Drettmann, Jannack.

**Mitglieder des Vollzugsrates:**

Braune, Brauckmüller, Herold, Genossin Otto, Stockhinger, Brentermann. (Ecks, Reimann, Spindler, Brodmerkel verzichten.) Weiter gehören dem Vollzugsrat an die Leiter der nachgenannten Kommissariate.

**Folgende Kommissariate**

wurden gebildet:

1. Volkskommissariat für Schul- und Bildungswesen:
   Leiter: Böse, Beiräte: Eildermann, Klawitter.
2. Volkskommissariat für Polizei- und Gerichtswesen:
   Leiter: Herold, Beiräte: Düe, Becker.
3. Volkskommissariat für Ernährungswesen:
   Leiter: Vögeding, Beiräte: Klima, Grabowsky.
4. Volkskommissariat für Steuer- und Finanzwesen:
   Leiter: Ertinger, Beiräte: Hagedorn, Fritz.
5. Volkskommissariat für Volkswohlfahrt:
   Leiter: Kerrls, Beiräte: Jörn, Kullrich.
6. Volkskommissariat für Fabrik- und Arbeitswesen:
   Leiter: Radzuhn, Beiräte: Sommer, Opfermann, Manthey.
7. Volkskommissariat für Bau- und Wohnungswesen:
   Leiter: Starker, Beiräte: Götze, Hoyer.
8. Volkskommissariat für Schiffahrt- und Verkehrswesen:
   Leiter: Schaare, Beiräte: Diedrichs, Schaper.
9. Volkskommissariat für Presse und Propaganda:
   Leiter: Faust, Beiräte: Störmer, Willems.

Ein Kommissariat für Jugendwesen wurde abgelehnt.

Weiter wurden gewählt als

**Vorstand des Arbeiterrates:**

Brodmerkel 1. Vors., Schilling 2. Vors., Both, Frese und Lindau.

Die Wahl eines Stadtkommandanten soll in der nächsten Vollsitzung des A.- und S.-Rates vorgenommen werden.

Dann erstattete Mitglied des A.-Rats Bäumer Bericht über die

**Vorgänge in Delmenhorst.**

Die Gerüchte wären übertrieben, aber es wären tatsächlich 68 Infanteristen, 10 Reiter und zwei 7,2 cm-Kanonen in Delmenhorst eingetroffen. Der Soldatenrat Delmenhorst hatte erklärt, diese Leute wären plötzlich dagewesen, und in Delmenhorst hätte man sich gefreut, einen Schutz gegen Bremen zu haben. Schließlich wurde erklärt, infolge der turbulenten Ereignisse der letzten Tage hätten der Soldatenrat von Hannover und der von Oldenburg dem Delmenhorster Soldatenrat Schutz angeboten und diesen tatsächlich abgesandt. Die Truppen werden unverzüglich, das heißt nach der nächsten Nachtruhe, in ihre Standorte zurückkehren. Damit hat sich der Delmenhorster Soldatenrat einverstanden erklärt. Wir haben weiter von diesem verlangt, daß er uns das Recht der Propaganda in Delmenhorst in jeder Form zusteht und er, Redner, empfahl, Delmenhorst erst einmal unter aktive Propaganda zu setzen, da es dann voraussichtlich wie eine reife Frucht den Bestrebungen zufiele. Er hätte auch selbst mit dem Hauptmann, der die erwähnte „Garde" nach Delmenhorst geführt hätte, gesprochen und dieser hätte erklärt, daß er auf Befehl des Garnisonkommandos Oldenburg nach Delmenhorst maschiert wäre. Warum und weshalb, wüßte er nicht. Das Standrecht ist, fuhr der Redner fort, über Delmenhorst nicht verhängt worden, es ist niemand von unseren Parteigenossen dort verhaftet worden, und der Soldatenrat Delmenhorst erklärte, es wäre auch niemand in die Gelegenheit gekommen, aus Delmenhorst flüchten zu müssen. Das konnten wir nicht nachprüfen, weil wir keine Gegenaussagen hören konnten. Jedenfalls aber ist mit Sicherheit anzunehmen — diesen Eindruck haben wir alle — daß von einer gegenrevolutionären Aktion gegen Bremen absolut nicht die Rede sein kann.

Darauf geriet ein Antrag zur Beratung, den

**Belagerungszustand in Bremen**

sofort aufzuheben und die Polizeistunde auf 11 Uhr festzusetzen. Lindau begründete diesen Antrag; zur Verhängung des Belagerungszustandes läge absolut kein Grund mehr vor.

Vorsitzer Henke machte darauf aufmerksam, daß Braunschweig und Bayern sich gegen die Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin gewandt hätten. Man wäre immer gegen den Belagerungszustand gewesen und hätte oft genug erklärt, daß mit dem Belagerungszustand jeder Esel regieren könnte. Er wäre auch der Meinung, daß der Belagerungszustand so schnell wie möglich aufgehoben werden sollte.

Gegen den Antrag sprachen Bäumer und Brodmerkel; dafür Vögeding: Wir müssen uns auf die revolutionären Massen verlassen können, und ich glaube, daß wir das können.

Auf Vorschlag Henkes und Frasunkiewiczs wurde der Antrag dahin abgeändert und in dieser Form dann mit großer Mehrheit angenommen, der Exekutive

die Vollmacht zu erteilen, den Belagerungszustand aufzuheben und die Polizeistunde heraufzusetzen, wenn sie das nach bester Prüfung der Verhältnisse für am Platze hält.

Der Antrag des Aktionsausschusses, daß von der unabhängigen und der kommunistischen Partei je 30 Vertreter, zusammen also 60 Unabhängige und Kommunisten in den A.-Rat hinzugewählt werden sollten, wurde abgelehnt. Angenommen dagegen wurde ein Antrag, daß die beiden Parteien je 15 Mitglieder in den A.-Rat entsenden sollen.

Es wurden dann noch Vertreter einzelner Gewerkschaften gewählt, die am Sonnabend die Rentenauszahlungen im Gewerkschaftshause überwachen sollen.

Darauf wurde die Sitzung, nachdem sich die Verhandlungen bis tief in die zweite Morgenstunde hineingezogen hatten, geschlossen.

# Vollsitzung des Bremer Arbeiter- und Soldatenrates

**am 13. Januar 1919 im Konventsaale der Börse.**

## Tagesordnung:

1. Stellungnahme zur Inhibierung der Wahlen zur Nationalversammlung.
2. Bericht über die Arbeitslosenunterstützung.
3. Bericht über die Angestellten-Forderung, betreffend siebenstündige durchgängige Arbeitszeit.

Beginn der Sitzung 7 Uhr 37 Minuten.

Vorsitzender Brodmerkel: Ich erkläre die Sitzung hiermit für eröffnet. Auf der Tagesordnung steht: Stellungnahme zur Inhibierung der Wahlen zur Nationalversammlung; Bericht über die Arbeitslosenunterstützung; Bericht über die Angestelltenforderungen betreffend siebenstündige durchgängige Arbeitszeit.

Weiter wird beantragt, folgendes auf die Tagesordnung zu setzen:

An die Reichsregierung, Berlin.

Die revolutionären Vertrauensleute der Bremer Kommunisten haben beschlossen, beim Arbeiterrat in Bremen zu beantragen: Es werden von den bremischen Führern der Scheidemannschen Politik und von den Spitzen der Bourgeoisie in Bremen Geiseln festgesetzt und für jeden in Berlin und anderen Orten standrechtlich erschossenen revolutionären Genossen drei Geiseln der Bourgeoisie und der reaktionären Gewerkschafts- und Parteibureaukratie erschossen.

Die revolutionären Vertrauensleute: Plättner.

Ich möchte weiter bemerken, daß an mich die Frage gerichtet worden ist, wieviel Vertreter von der kommunistischen Partei entsandt worden sind. Ich kann Ihnen dazu gleich die Antwort geben, indem ich Ihnen folgendes Schreiben verlese:

(wird verlesen)

Damit ist wohl die Frage beantwortet. Die Kommunisten haben also 15 Vertreter entsandt.

Genossen! Weiter muß ich Ihnen folgendes Schreiben mitteilen:

(wird verlesen)

Genosse Böhm ist Ihnen ja aus seiner Tätigkeit in der Arbeiterbewegung her gut bekannt. Sie werden jedenfalls alle erfreut sein, daß er auch in Rußland im Sinne unserer Ideale wirkt.

Meyer (zur Geschäftsordnung): Ich möchte beantragen, daß als zweiter Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wird: Klärung des Verhältnisses der Garnison zur augenblicklichen Regierung. Es sind zwingende Gründe, welche uns dazu treiben, diesen Punkt mit auf die Tagesordnung setzen zu lassen. Verschiedene Punkte müssen sobald wie möglich geklärt werden.

Vorsitzender: Das ist doch Sache der Garnison selbst, Klarheit zu schaffen. (Zuruf: Es handelt sich doch um die Stellung zur neuen Regierung!) Ja so.

Es sind noch weitere Anträge eingegangen.

(werden verlesen)

Ich lasse über die Geschäftsordnungsanträge abstimmen.

Plettner: Wir haben gestern in einer Vertrauensmännersitzung beschlossen, zu beantragen, daß die Frage der Festnahme von Geiseln und des Erschießens der Geiseln heute abend auf die Tagesordnung gesetzt wird. Das entsprechende Telegramm ist von uns schon abgeschickt worden. Es verliert natürlich an Wirkung, wenn es nur von einer Parteigruppe ausgeht, und wenn nicht offiziell die Bremer Regierung dahinter steht. Dann haben wir in der gestrigen Sitzung der Vertrauensleute beschlossen, den Volksbeschluß aufrecht zu erhalten, daß nicht 15, sondern 30 Mitglieder jeder der beiden Parteien in

den neu zu bildenden Arbeiterrat entsandt werden. Ich bitte also diese beiden Punkte mit auf die Tagesordnung zu setzen.

Vorsitzender: Der Antrag Brackert deckt sich mit dem Antrag Plettner, der Antrag Buchholz deckt sich mit dem Antrag I des Genossen Plettner Ich lasse also über die Anträge getrennt abstimmen. (Zuruf: Es kann doch nicht ohne Diskussion abgestimmt werden!) Es handelt sich doch um Geschäftsordnungsanträge, die auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen.

Es wird beschlossen, die Anträge auf die Tagesordnung zu setzen.

Es wird beschlossen, den Antrag betreffend Ergänzungswahlen zum neuen Arbeiterrat (30 statt 15 Mitglieder jeder Partei) auf die Tagesordnung zu setzen.

Es wird beschlossen, den Antrag Meyer wegen Klärung des Verhältnisses der Garnison zur bremischen Regierung als zweiten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Boll (zur Geschäftsordnung): Ich möchte hier etwas klargestellt wissen. Es ist mir bisher nicht bekannt gewesen, daß man durch Mehrheitsbeschluß einen Antrag als Geschäftsordnungsantrag auf die Tagesordnung setzen kann. Bisher war es üblich in Parlamenten, daß für den Antrag zur Geschäftsordnung eine Unterstützungsfrage gestellt wurde, daß 20, 30 oder 50 Personen ihn unterstützen. Das Verfahren hier ist nicht richtig. Ein Antrag, der zur Geschäftsordnung eingebracht ist, bedarf nur der Unterstützung, nicht der Mehrheit des Plenums. Ich möchte bitten, daß dem entsprechend verfahren wird.

Vorsitzender: Ich stelle fest, daß wir noch keine Geschäftsordnung haben. Aus dem Grunde habe ich es für richtig gehalten, darüber durch Mehrheit entscheiden zu lassen. Der Vorredner hat aber Recht. In der alten Bürgerschaft genügte es, wenn sieben Vertreter den Antrag unterstützten. (Zuruf: fünf Vertreter!) Wir werden also diesen Antrag als letzten Punkt behandeln, nicht wahr?

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Wer wünscht das Wort? Niemand? Ich sehe, daß der Rat der Volksbeauftragten nicht einmal einen Redner für seinen Antrag bestimmt hat. Mir wurde gesagt, Frasunkiewicz spräche dazu.

Frasunkiewicz: Der Vorsitzende der Wahldeputation, also derjenigen Deputation, die von der Bourgeoisie eingesetzt war, teilte uns mit, daß die Vorarbeiten, Ausstellung von Listen usw. für die Nationalversammlungswahlen gemacht seien. Er fragte nach irgend welchen Wünschen. Wir haben uns im Rat der Volksbeauftragten mit der Frage beschäftigt und dann auch in einer kombinierten Sitzung mit dem Vollzugsrat und haben — um nur zu skizzieren — ausgeführt, daß wir auf dem Boden des Rätesystems stehen, weil wir von vornherein die Anschauung haben, daß die Nationalversammlung eine Physiognomie erhalten wird, die nicht dem Rätesystem günstig sein wird, aus dem einfachen Grunde, weil über das Rätesystem im allgemeinen im Deutschen Reich noch eine sehr große Unkenntnis vorhanden ist. Die Soldaten z. B. haben wohl Soldatenräte errichtet, waren sich aber nach meiner Ueberzeugung grundsätzlich nicht ganz klar darüber, zu welchem Zwecke eigentlich die Soldatenräte errichtet werden sollten. Das gleiche kann man auch von vielen Arbeiterräten sagen. Man hat, weil die Revolution spontan ausgebrochen ist, überall Soldaten- und Arbeiterräte errichtet. Nun stehen wir grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß das Rätesystem die einzige und beste Regierungsform des Proletariats ist. Und weil wir auf diesem Standpunkte stehen, und weil wir in Bremen in die zweite Etappe der Revolution in voriger Woche eingetreten sind, weil wir uns grundsätzlich durch die Revolution in der zweiten Etappe auf den Boden des Rätesystems gestellt haben, so sagten wir uns im Rate der Volksbeauftragten und im Vollzugsrat, daß es doch eigentlich ein Nonsens sei, von einer Regierung, die grundsätzlich auf dem Boden des Rätesystems steht, dann noch Propaganda für eine Wahl zur Nationalversammlung zu machen, die der Todfeind des Rätesystems sein wird. (Sehr richtig!) Alle diejenigen, welche den Kongreß der Arbeiter- und Soldaten-Räte im Dezember vorigen Jahres verfolgt haben, werden sich klar darüber sein, daß die Drahtzieher des Kongresses, die Rechtssozialisten, in übergroßer Mehrheit Todfeinde des Rätesystems sind. Es ist das auch ganz natürlich, denn es fehlte an der nötigen Aufklärung. Denn wer in der Kriegszeit versuchte, Aufklärung unter das Volk zu bringen, der wurde rücksichtslos ins Gefängnis oder ins Zuchthaus gesteckt. Erst seit Ausbruch der Revolution Anfang November 1918 lag die Möglichkeit vor, Aufklärung zu bringen. Hunderttausende von Soldaten sind sich nach meiner Logik heute noch nicht ganz klar, ebenfalls auch manche Arbeiter nicht über die Grundlagen des Rätesystems, und weil, wie ich schon sagte, die Tendenz der Nationalversammlung diejenige sein wird, als gesetzgebende Körperschaft doch Beschlüsse zu fassen, so wird eine Nationalversamlung, in der Schlot- und Krautjunker gemeinsam mit den Rechtssozialisten vertreten sein werden das Rätesystem in Deutschland beseitigen wollen. Ich stehe allerdings auf dem Standpunkt, daß das deutsche Proletariat, das sich jetzt endlich die Zipfelmütze vom Kopfe gerissen hat, sich einem Diktum einer Nationalversammlung nicht beugen wird, sondern mit seinem ganzen Leben dafür kämpfen wird, daß das Rätesystem im

Deutschen Reiche die grundlegende Regierungsform sein wird. In der Beratung des Rates der Volksbeauftragten und des Vollzugsrats ist mit allen gegen sechs Stimmen beschlossen worden, hier in Bremen, wo wir doch jetzt in die zweite Etappe der Revolution eingetreten sind, keine Propaganda für eine Institution zu machen und dafür Kräfte zu vergeuden, die uns gewissermaßen das Grab bereiten soll. Es sind ja nun noch von der Wahldeputation 100 000 ℳ für die Nationalversammlung bewilligt worden, die bewilligt werden mußten, weil Schreib- und andere Kräfte für die technische Ausarbeitung der Wahllisten usw. bezahlt werden müssen. Es entzieht sich meiner Kenntnis, wieviel ausgegeben worden ist. Wir, die Mehrheit des Rates der Volksbeauftragten und des Vollzugsrates, stehen auf dem Standpunkt, keine Propaganda für die Wahl im bremischen Staatsgebiet zu machen. Natürlich können wir nicht verhindern, daß in den anderen Provinzen und Staaten Deutschlands die Wahlen vor sich gehen. Es ist aber auch nicht ganz klar, ob Bremen allein dastehen wird. Denn es ist sehr leicht möglich, daß sich Cuxhaven, Braunschweig und verschiedene andere Orte ebenfalls gegen das Zustandekommen der Wahlen zur Nationalversammlung erklären werden. Selbstverständlich wird die Bourgeoisie mit den Sozialdemokraten Zeter und Mordio schreien, wenn heute die Vollsitzung des Arbeiter- und Soldaten-Rates beschließen sollte, daß der Beschluß des Rates der Volksbeauftragten und des Vollzugsrats im Interesse des Rätesystems, im Interesse der sozialistischen Republik angenommen wird. Ich weiß nicht, ob ich noch weitere Worte darüber verlieren soll. Ich glaube, wir haben hier Parteigenossen, die sich vielleicht noch nicht ganz klar sind über ihre eigene Stellungnahme. Ich setze den Fall, daß beschlossen wird, daß auch im bremischen Staatsgebiet die Wahlen zur Nationalversammlung vorgenommen werden. Werden wir nun trotz alledem, wenn die Nationalversammlung das Gegenteil von dem beschließt und das Rätesystem aufheben will, werden wir uns in Bremen dem fügen wollen? (Rufe: Nein!) Nun kann man die Frage aufwerfen, wenn dem so ist: wenn wir nach acht oder zehn Tagen doch den Kampf gegen jene Gewalten führen müssen, die unsere Todfeinde sind, jene Gewalten der Regierung Ebert-Scheidemann, die jetzt ihre Bajonette in Berlin haben wirken lassen, die jetzt genau so Proletarierblut in den Straßen rinnen lassen, wie das die herrschende Junkerregierung getan hat, das heißt also, wenn wir uns darüber klar sind, was von jener Seite zu erwarten ist, ist es taktisch richtig, jetzt den Kampf entbrennen zu lassen? Oder ist es besser, erst die Wahlarbeiten machen zu lassen und dann, wenn die Nationalversammlung zusammengetreten ist, oder acht oder vierzehn Tage nachher den Kampf zum Austrag zu bringen? Ich würde dafür plädieren, daß wir das letztere nicht tun, sondern daß wir jetzt, in der heutigen Vollsitzung beschließen: wir beteiligen uns nicht an der Nationalwahl und ersuchen den Rat der Volksbeauftragten, keine praktische Arbeit zur Wahlvorbereitung zu machen. (Bravo!)

Kerrl: Genossen! Das deutsche Arbeitertum ist seit 50 Jahren in dem Gedanken erzogen worden, das Wahlrecht zu benutzen. Wir haben nicht allein das Wahlrecht benutzt zum Reichstage, zur Nationalvertretung, sondern auch zu den Landtagen und zu den Gemeindevertretungen, obgleich wir überall nicht das gleiche und direkte Wahlrecht besaßen. Ich erinnere nur an das Wahlrecht zum preußischen Abgeordnetenhause. Aber dennoch haben wir das Wahlrecht benutzt. Und weshalb? Nur um den herrschenden Gewalten in den verschiedenen Landtagen und auch in den Gemeinden Wahrheiten sagen zu können, weil wir wußten, daß dadurch unsere Gedanken in die Welt hinausgetragen wurden. Gerade unsere Beteiligung an den Wahlen hat dazu geführt, solche Klarheit in das Volk hinein zu tragen, wie wir es heute sehen. Heute wäre nicht die Tatkraft vorhanden gewesen, wenn diese Klarheit auf diesem Gebiete nicht zu verzeichnen wäre. Lassalle hat uns auch gelehrt, daß das allgemeine und gleiche Wahlrecht zwar keine Wünschelrute sei, daß man es aber benutzen müßte, um die Verfassung zu erobern, die papierne, daß jedoch die eigentliche Verfassung in den tatsächlichen Machtverhältnissen, in den Bataillonen, in den Bajonetten, in den wirtschaftlichen Verhältnissen beruhe. Das haben wir heute begriffen, das wissen wir, und am besten ruht die Gewalt in unsern Organisationen. Nun liegt die Sache so bei den kommenden Nationalversammlungen: Die Verhältnisse, wie sie sich heute zugespitzt haben, werden dazu führen, daß im allgemeinen in Deutschland die Beteiligung an den Wahlen stattfindet. Auch selbst in den Gebieten, wo der Radikalismus herrscht, wie in Braunschweig und in Leipzig wird eine Beteiligung stattfinden. Und wir als Staat, als Bremer Staat, den wir ja jetzt vollständig in unserer Hand haben, wollen das unmöglich machen? Das ist undenkbar, unmöglich! Das Föderativsystem mag ja hin und wieder von Erfolg gekrönt sein, und der Streit darüber, was richtig oder unrichtig ist, ist ja nach jeder Richtung hin beleuchtet worden. Wir haben in Deutschland aber das Zentralsystem. In allen unsern Organisationen, in unsern politischen und gewerkschaftlichen Organisationen haben wir die Zentralregierung, die Zentralorganisation. Deshalb dürfen wir uns nicht auf einen isolierten Standpunkt stellen. Man kann dem entgegensetzen: wir wollen doch das Föderativsystem, und nachdem wir eine Provinz nach der anderen erobert haben, wollen wir uns schließlich verbünden und vielleicht eine deutsche sozialistische Republik gründen, genau so,

wie wir in Nordamerika eine kapitalistische Republik haben. Aber das wird doch wohl so leicht nicht möglich sein. Es ist unmöglich, wir können uns vom Reiche nicht ganz trennen, schon aus den vorangeführten Gründen nicht. Es ist deshalb notwendig, daß wir uns an den Nationalratswahlen beteiligen. Ich erinnere daran, daß wie Sie, Genossen von links, genau so gedacht haben Genossen in Spanien, in Barcelona. Da suchten die linksstehenden Genossen die Herrschaft zu bekommen. Sie erhielten auch die Herrschaft, sie regierten eine Zeitlang in Barcelona. Aber sie mußten notwendigerweise zugrundegehen, weil ihnen die Verbindung mit ganz Spanien fehlte. Und ich befürchte, daß es uns genau so ergehen wird, wenn wir uns abschließen vom übrigen Deutschland. Es kommt noch eine andere Frage in Betracht, die ich aber hier nicht weiter begründen will, die ihre Beantwortung finden wird im zweiten Punkt der Tagesordnung, die also nicht hierher gehört. Aber wir müssen uns beteiligen, selbst auf die Gefahr hin, daß wir hin und wieder hereinfallen. Wir werden, das steht ja fest, einen besonderen Vorteil bei den Wahlen nicht erzielen, vor allem nicht die links stehenden Genossen. Das ist undenkbar, die Erfahrung hat es uns ja gelehrt. Aber möglich wäre es ja denn doch, daß wir einzelne Genossen in das Nationalparlament hinein bringen, damit das Nationalparlament nicht ein solches Parlament wird, wie wir es 1848 in Frankfurt a. M. gesehen haben. Es ist notwendig, daß einzelne entschlossene Leute von uns sich in dem Parlament befinden, um in dieser alten Schacherbude die Wahrheit gründlich zu sagen. Glauben Sie nicht daran, Genossen von links und rechts, daß alles sich so schnell machen läßt, wie man es vielleicht gern wünscht. Daß wir die Insel der Glücklichen so mit einem Schlage errichten werden, das ist undenkbar. Einzelne Leute von uns und gerade auf der äußersten Linken, die im Parlament rücksichtslos die Wahrheit sagen können, bringen damit hinaus ins Volk. Die bürgerliche Gesellschaft, die ihren Einzug in die Nationalversammlung halten wird, wird nicht in der Lage sein, alle diese Fragen beantworten zu können, die mit Gewalt jetzt auf Deutschland einstürmen. Das ist undenkbar, das ist unmöglich. Und deshalb ist es notwendig, daß wir da sind im Parlament und im Parlament die Meinung des gemeinen Volkes, des arbeitenden Volkes zum Ausdruck bringen können.

Und dann Genossen, liegt die Sache doch auch so: Wir sind bestrebt gewesen, durch das Wahlreglement die Leute an die Wahlurne zu bringen. Wir haben auch versucht, auf dem Lande den Landleuten Aufklärung zu bringen über das, was geschehen ist und was wir wollen. Gerade auf dem Lande ist solche Aufklärung notwendig. Ich habe auf dem Lande an der Hand der geschichtlichen Entwicklung den Leuten gezeigt, daß die Dinge doch etwas anders liegen, als es ihnen in ihren Blättern geschildert wird, die in alten Vorurteilen leben und bei denen nicht allein alte Vorurteile wirksam sind, sondern die auch von der Profitgier leben. Da ist dem arbeitenden Volk da draußen Aufklärung besonders not. In dem Sinne haben wir taktisch und praktisch zu verfahren gesucht, haben Wählerversammlungen veranstaltet, um das den Leuten klar zu machen. Sie, Genossen von der Linken, ich will das offen aussprechen, haben durch Ihre Partei und besonders durch Ihre Organisation sich große Vorteile zu verschaffen gewußt. Sie haben die Wahlbewegung in sehr geschickter Weise betrieben. Ich kann Ihnen das nicht verdenken, und wenn ich zu Ihnen gehörte, würde ich dasselbe getan haben. Sie haben das durch Wahlversammlungen erreicht, haben das Volk aufgepeitscht. Durch die Presse können wir in die Bevölkerung auf dem Lande nicht hineindringen, weil die bürgerliche Presse auf dem Lande nur ein- oder zweimal wöchentlich erscheint und von den großen Zeitungen bedient wird. Durch die Presse können wir auf dem Lande nichts erreichen, wir können das nur durch Wählerversammlungen. Deshalb ist es notwendig, die Tage vor der Wahl noch recht in taktischer und praktischer Beziehung auszunutzen, um den Leuten aus der geschichtlichen Entwicklung darzutun, was nötig ist für das arbeitende Volk. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag, der gestellt ist, die Wahldeputation aufzuheben, und uns an der Wahl nicht zu beteiligen, abzulehnen. Ein Beschluß im Sinne des Antrages wäre für uns kein Vorteil, es würde uns dadurch nur Schaden zugefügt werden. (Sehr richtig!)

Jörns: Ich denke, es wären nur zwei Fraktionsredner bestimmt? (Gibts nicht!) Unsere Stellung zu den Wahlen zur Nationalversammlung ist bekannt. Wir stehen als Kommunisten auf dem prinzipiellen Standpunkt, daß es für uns, die wir für die Diktatur des Proletariats sind, ganz ausgeschlossen ist, daß wir zurzeit für eine Beteiligung an den Wahlen sind, und, daß wir überhaupt nicht dafür sind, daß sie stattfinden. Ferner steht fest nach dem Ergebnis der großartigen Demonstration am vorigen Freitag, nach der Begeisterungswelle, die durch das Proletariat hindurchgegangen ist, daß es ausgeschlossen ist, daß wir überhaupt daran denken können, daß die Wahlen in Bremen stattfinden, daß in Bremen, dem Bollwerk des Bolschewismus, die Wahlen für die Nationalversammlung im Januar stattfinden. Es wäre ein schwächlicher Zug, wenn wir nicht mehr den Mut haben wollten, Bremen und ganz Deutschland und der ganzen Welt zu zeigen, daß wir das nicht wollen. (Sehr richtig!) Genosse Kerrl hat die Geschichte herangezogen, um uns zurückzuhalten. Ich möchte die Geschichte heranziehen, um uns vorwärts zu bringen. Ich könnte Ihnen beweisen, daß die Revolutionen von 1848 und 1830 und die früheren zu

schwächlich betrieben wurden und darum nicht die gewünschten Folgen gehabt haben. Die Spartakuspartei in Berlin und an anderen Orten würde auch viel mehr erreicht haben, wenn sie mehr terroristisch vorgegangen wäre. Daraus lernen wir, daß wir nicht rückwärts, sondern vorwärts gehen sollen. Für das Verhalten gegenüber den Wahlen zur Nationalversammlung könnten verschiedene Wege in Betracht kommen. Erstens könnten die Wahlen ganz verboten werden. Da das nicht geschieht, könnte für uns in Frage kommen, ob wir uns nicht an den Wahlen beteiligen wollten. Das ist für uns Kommunisten ganz außer Frage. Eine dritte Möglichkeit ist, daß sich die neue Bremer Regierung dahin entscheidet, die Wahlen ganz zu ignorieren und in dieser hochpolitischen Frage die Verantwortung in die Hände der Massen zu legen. Die Bremer Massen würden es sich aber nicht bieten lassen, daß die Wahlen stattfinden, und wenn die Gewalt gegen sie einschritte, würden wir in Bremen Unruhen bekommen. Darum ist das allein richtige, daß die neue Bremer Regierung die Initiative ergreift und von vornherein entscheidet, daß in Bremen die Wahlen zur Nationalversammlung nicht stattfinden, daß die bremische Bevölkerung an den Wahlen für die Regierung Ebert-Scheidemann nicht teilnehmen darf.

Meyer: Genossen! Der Soldatenrat als solcher hat sich auf den Standpunkt gestellt, für die Nationalversammlung einzutreten. Persönlich muß ich erklären, daß nach dem, was in den letzten Tagen geschehen ist, eigentlich ein Eintreten für die Nationalversammlung sich erübrigt. (Sehr richtig!) Aber der Soldatenrat glaubte einem großen Teile der Bevölkerung und auch der Industriearbeiter besonders Rechnung tragen zu müssen und aus anderen Gründen für die Nationalversammlung einzutreten, für die Wahlen zur Nationalversammlung. Der Soldatenrat ist in dieser Hinsicht einstimmig und geschlossen für die Wahlen. Eine weitere Erklärung kann ich leider nicht geben.

Henke: Parteigenossen! Ich glaube, Genosse Meyer hat die Frage, vor der wir stehen, doch nicht richtig erfaßt. Es handelt sich nicht darum, ob wir uns an den Wahlen beteiligen wollen, ob die Kommunisten oder die Unabhängigen sich an den Wahlen beteiligen wollen. Es handelt sich um die Frage: Wollen wir, nachdem wir uns die politische Macht in Bremen erobert haben, soweit erobert haben, daß wir die Regierung in den Händen haben, wollen wir die Wahlen geschehen lassen? Das ist die Frage, die zur Debatte steht. Sollen wir durch Majoritätsbeschluß, soweit es in unserer Macht liegt, die Wahlen verhindern, unsere Stimme gegen die stattfindenden Wahlen in die Wagschale werfen? (Sehr richtig:) Genossen! Sie rufen „Sehr richtig!" Sie wollen, daß die Wahlen nicht stattfinden. Im Prinzip sind wir alle einverstanden. Wir Unabhängige und Sie, Kommunisten — die überwiegenden Unabhängigen und die Kommunisten samt und sonders — sind grundsätzlich gegen die Nationalversammlung. Wir alle erblicken in der Nationalversammlung ein Hindernis auf dem Wege der Entwicklung der Revolution. Darüber kann kein Zweifel bestehen. Wenn auch von den Unabhängigen, Genosse Frasunkiewicz und meine Wenigkeit auf der Liste der Unabhängigen Partei stehen, so sind wir doch prinzipiell Gegner der Nationalversammlung. Auch unsere Parteileitung ist gegen die Nationalversammlung als eine Einrichtung, die, wie gesagt, der Revolution schädlich werden könnte. Daß diese Gefahr besteht, beweisen die Hoffnungen, die die bürgerlichen Kreise auf die Nationalversammlung setzen, und die Mehrheitssozialisten, die sich in dieser Beziehung auch in ihrer Taktik dem Bürgertum nähern. Ueber den Zweck und die Bedeutung der Nationalversammlung sind wir uns also ganz klar und einig. Aber über die Frage, ob es nach der Art der Verhältnisse nicht doch geraten sei, sich an den Wahlen zu beteiligen, sind die Meinungen geteilt, in Ihren Reihen (zu den Kommunisten gewandt) sowohl wie in unseren Reihen. (Rufe von den Kommunisten: Nein!) Jawohl! (Nein!) (Zuruf: Liebknecht hat sich dafür erklärt!) Von den Unabhängigen haben sich ja eine Anzahl Genossen gegen eine Beteiligung an den Wahlen ausgesprochen, die meisten aber dafür, und von den Kommunisten wissen Sie doch, daß von den Bremer Genossen sehr viele für die Beteiligung waren. (Zurufe.) Nein, nicht einer, sondern mehrere. Dieser eine, den Sie meinen, ist sonst sehr ausschlaggebend, er ist aber in der Minorität geblieben, so daß sein Vorschlag, sich an den Wahlen zu beteiligen, abgelehnt worden ist. Weiter wissen Sie doch, daß Rosa Luxemburg und Liebknecht für die Beteiligung gewesen — sie haben möglicherweise nach der Meinung des Genossen Jörns einen Fehler gemacht, indem sie sich für die Beteiligung an den Wahlen ausgesprochen haben, das beweist doch, daß die Kommunisten, wenn auch vielleicht nur wenige, vielleicht nur erleuchtete Köpfe unter den Spartakusleuten, sich für eine Beteiligung erklärt haben. Die Frage, ob eine Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung, unbeschadet der grundsätzlichen Stellungnahme dazu, geboten erscheint oder nicht geboten erscheint, ist ein rein praktische. Alle Genossen von den Spartakusleuten, den Kommunisten, auch außerhalb Bremens, sind nach wie vor grundsätzliche Gegner der Nationalversammlung. (Zurufe.) Wenn einige trotzdem für die Beteiligung an den Wahlen eintreten, so beweist das nichts gegen ihre Logik, sondern es beweist nur, daß sie nicht blind sind gegenüber den Dingen, die wir um uns sehen. Die Frage, ob unter den jetzigen Verhältnissen die Wahlen zur Nationalversammlung stattfinden sollen,

ist eine rein praktische Frage. Samt und sonders stehen wir auf dem Standpunkt: Nein, die Wahlen sollten nicht stattfinden, eine Nationalversammlung soll jetzt nicht zusammentreten. Wenn das jetzt zur Frage stände, so wäre die Sache längst entschieden. Die Wahlen zur Nationalversammlung sind aber, beschlossen, festgesetzt worden und die Arbeiterschaft, die nicht hinter Ebert-Scheidemann steht, hat das nicht verhindern können. Der Drang in der Bevölkerung nach dem Stattfinden der Wahlen ist ein so großer, — das wird auch durch Ausfälle der bürgerlichen Zeitungen, des Bürgertums und ihre Reden, auch durch die Reden, die hier gehalten sind, bestätigt, daß es eine Torheit wäre, sich einem solchen Sturmwagen entgegenzustellen. (Zurufe.) Wir müssen mit den Verhältnissen rechnen, das muß man in einem solchen Falle tun, wenn man nicht der Verhältnisse Herr werden kann. Darum handelt es sich. Frasunkiewicz sagte, wir wären jetzt in das zweite Stadium der Revolution eingetreten. Jawohl, eingetreten; wir haben es aber noch nicht durchgeführt. Es handelt sich jetzt darum, ob sie auch durchgeführt werden kann. Der Eintritt in die zweite Phase der Revolution ist schon eine etwas große Belastung für uns geworden: der Belagerungszustand und die Zensur sind verhängt, all das ist getan, was auf dem Plakat stand. Das war eine sehr große Belastung unseres Kontos. Was wir jetzt tun müssen, ist nicht, zu erörtern, ob es notwendig war, diese schwere Belastung auf uns zu nehmen, sondern darüber nachzudenken, wie wir verhindern können, daß diese Belastung noch größer wird. Wie sehr diese Belastung im Volke empfunden wird, geht schon daraus hervor, daß der Rat der Volksbeauftragten heute mittag den Belagerungszustand bereits wieder aufgehoben und die Polizeistunde auf ½11 Uhr festgesetzt hat.

Vors.: Ich bitte, zur Sache zu sprechen.

Henke: Ich spreche zur Sache. Wenn Sie das nicht begreifen, liegt das an dem Verstehen des Vorsitzenden. (Zurufe.) Wir haben keine Zehnminutenredezeit, sondern freie Aussprache. Ich sage, wir müssen darüber nachdenken, wie wir es verhindern können, daß, ohne daß wir uns an unseren Grundsätzen versündigen, die Belastung für uns noch eine größere wird. Es ist richtig, was Jörns von der Begeisterung der Massen sagte, und daß ein Teil der Massen Bremen zu einer selbständigen sozialistischen Republik proklamiert hat. Es handelt sich heute nicht um eine Kritik dieses Schrittes, sondern um unsere Stellung zu den vorliegenden Tatsachen. Wenn Frasunkiewicz und ich uns haben als Kandidaten aufstellen lassen, so ist das, wie gesagt, kein Beweis dafür, daß wir in unseren Reihen für die Nationalversammlung wären, sondern das ist geschehen, weil wir auch zu unserem Teile, wenn auch noch so kleinen Teile, dafür sorgen wollten, daß die Nationalversammlung ein Teil der Kraft werde, die, obgleich sie Böses will, doch Gutes schafft. Die Absicht der Kommunisten, die Beteiligung an den Wahlen zu verhindern, läuft darauf hinaus, der ganzen übrigen Bevölkerung ihren Willen aufzuzwingen, nicht nur den Unabhängigen, sondern auch der ganzen übrigen Bevölkerung, soweit es möglich ist. Es kommt nur darauf an, ob sie dazu die Macht haben oder nicht, und ob es politisch klug oder unklug ist, das zu tun. Und wenn wir diese Frage prüfen, ob es politisch klug oder unklug ist, die Wahlen einfach zu verbieten, so kann sie unmöglich im Sinne des Beschlusses des Rates der Volksbeauftragten entschieden werden. Die Kommunistische Partei — und auch die Unabhängigen — haben große Kosten nicht gescheut. Jetzt kommt es darauf an, welche Wirkung es haben wird, wenn die Wahlen verhindert werden. Was meinen Sie, was für eine Empörung würde wachgerufen werden durch einen solchen Gewaltakt? Jörns sprach von der Empörung, die eintreten würde, wenn wir zulassen wollten, daß die Wahlen stattfinden. Wir wollen ja nicht die Wahlen befürworten, dafür wirken, sondern sie nur zulassen. Ich aber frage Sie, was meinen Sie, welche Empörung würde wachgerufen werden, wenn wir die Wahlen verbieten wollten? In der ganzen Bevölkerung, die für die Wahlen ist, die, ganz gleichgültig, ob mit Recht oder Unrecht, auf die Nationalversammlung große Hoffnungen gesetzt hat — selbstverständlich uns schädliche Hoffnungen — würde eine große Empörung wachgerufen werden. Ich will nicht untersuchen, welche von diesen Hoffnungen nicht in Erfüllung gehen werden, sondern will sie nur nach den Machtverhältnissen abschätzen. Da meine ich, daß gerade durch die Verhinderung der Wahlen die sozialistische Republik in Frage gestellt werden könnte. Wir sind nur ein Teil von Deutschland, ein verschwindend kleiner Teil. Es ist darum lächerlich, glauben machen zu wollen, daß die Vorgänge hier einen nennenswerten Einfluß auf die politischen Verhältnisse Deutschlands haben würden. Wenn Bremen die Beteiligung an den Wahlen inhibiert, so gibt Frasunkiewicz der Hoffnung Ausdruck, daß wir nicht isoliert bleiben würden, sondern daß noch mehr sozialistische Republiken gegründet würden und beschließen werden, die Wahl ebenfalls noch nicht zuzulassen. Möglich, daß die sozialistische Republik Cuxhaven den gleichen Beschluß fassen wird, möglich, daß auch diese oder jene andere Stadt folgen wird, die paar Städte fallen aber gar nicht ins Gewicht gegenüber dem großen Teile Deutschlands, wo die Wahlen vollzogen werden. Aber sehr in Betracht kommt, was für ein Schaden uns dadurch eventuell entstehen könnte. Von dem politischen Schaden habe ich schon gesprochen: er besteht darin, daß die Spannung in unserem Volksleben in sehr unnötiger Weise zunimmt, daß die Spannung ungeheuer wird, daß die

Spannung Dimensionen annimmt, daß sie eventuell zur Entladung kommt. Aber nicht nur politisch würden wir dadurch geschädigt werden, sondern auch materiell. Was will Fra'unkiewicz tun, wenn man uns beispielsweise die Lebensmittel abschneidet? Wir wollen doch leben. Und können wir uns selbst mit den nötigen Kohlen versorgen? Wenn man uns das alles abschneidet, wenn man uns den Kredit abschneidet, so ist das eine sehr schwierige Frage. Man könnte sich ja helfen und Notgeld herausgeben. Damit kann sich aber die sozialistische Republik Bremen nicht behelfen, denn das Notgeld würde nur in der Stadt Bremen, nicht einmal in Vegesack und Bremerhaven Geltung haben. (Zuruf: In Vege'ack auch!) Gut, ich will annehmen, daß es mit dieser Vergrößerung der sozialisti chen Republik Bremen seine Richtigkeit hat. (Heiterkeit.) Aber wir erhalten mit diesem bremischen Notgeld nur Kleinigkeiten aus der unmittelbaren Nachbarschaft, aus anderen Ländern aber keine Nahrungsmittel, keine Kohlen, keine Rohstoffe. So erwachsen uns große Schwierigkeiten, die noch vergrößert werden durch die Niederschlagung der Spartakisten in Berlin. Die Politik, die uns heute empfohlen wird, wirkt dahin, daß unsere Macht, die wir jetzt erreicht haben, zertrümmert wird. Das ist die Folge davon, wenn man den Verhältnissen nicht Rechnung trägt. Auch die Unabhängigen stehen grundsätzlich auf dem Boden, daß die Nationalversammlung an sich schädlich ist, aber die Unabhängigen sagen, daß sie sich den Verhältnissen fügen müssen, daß sie die Beteiligung an den Wahlen nicht hindern soll, weil sie überhaupt die Wahlen nicht verhindern kann. Weiter sagen wir uns, daß wir auch nicht imstande sind, die Wahlen in Bremen zu verhindern, weil die großen Massen für die Beteiligung sind. Ferner dürfen wir nicht vergessen, daß in der Nationalversammlung nicht nur die Bourgeoisie vertreten sein wird mit den Mehrheitssozialisten, sondern auch unsere Freunde, und wir versprechen uns von der Arbeit unserer Genossen in der Nationalversammlung eine Aufklärung auch der Kreise der Bourgeoisie, die jetzt nur durch Artikel ihrer Zeitungen über die Verhältnisse unterrichtet wird. Durch Teilnahme von Genossen werden wir die Nationalversammlung von der wahren Stimmung des Volkes unterrichten, und ich verspreche mir davon eine ungeheure Aufklärung. Man könnte versucht sein, darin gerade eine ungeheure indirekte Propaganda für das Rätesystem zu sehen. So ist an der an sich schädlichen Sache auch etwas Nützliches, wenn es auch nur relativ nützlich erscheint. Zusammenfassend sage ich: Ich würde es für einen großen taktischen und politischen Fehler halten, wenn wir in Bremen die Wahlen zur Nationalversammlung verbieten wollten. Wenn aber gesagt werden sollte, daß es doch ein zu großer Fehler ist, daß die Nationalversammlung zusammentrete und daß ihr Zusammentritt auf jeden Fall verhindert werden müsse, daß unsere Ideale darunter nicht leiden dürfen, so meine ich, daß sich auch trotzdem ein Fortschritt herausstellen kann. Eine Partei, wie der Menschewismus in Rußland, hat auch ihre Ohnmacht bewiesen, weil sie den Kampf gegen den Kapitalismus nicht in genügender Weise aufnehmen konnte, auf den Trümmern dieser Ideen aber baute sich der Bolschewismus auf, der jetzt im Siegeslauf durch die ganze Welt geht. Die Mehrheitssozialisten werden ebenso wie die bürgerlichen Kräfte zerstieben, und dadurch werden unsere Reihen größer werden. Mit anderen Worten: die Nationalversammlung ist ein Teil der Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. Wenn gesagt wird, die sozialistische Republik sei jetzt in Bremen gegründet, und die schließe die Nationalversammlung aus, die dem Rätesystem gegenüberstehe, so scheint das ja vollständig richtig zu sein. Aber wollten wir konsequent sein, so müßten wir mit der Gründung der sozialistischen Republik auch vieles andere beseitigen, was aus den alten Verhältnissen stammt und schädlich ist, wie z. B. den Beamtenkörper. Die bürgerliche Presse muß bestehen bleiben, wenn man sie auch unter Zensur gestellt hat, was ich bedaure. Ich habe den Wunsch, daß so schnell wie möglich diese Repressalien, die ich kaum für eine berechtigte politische Forderung halte, aufgehoben werden, daß sie nur so lange aufrechterhalten bleiben, als sie unbedingt notwendig sind. (Unruhe, Ruf: Henke schwankt!) Was schwankt, das ist ihr Verstand! Diejenigen, die mich schwanken sehen . . .! Ich stehe fest auf beiden Beinen! Ich sage: Wir können eine ganze Menge Einrichtungen nicht mit einem Federstrich wegräumen, und es ist eine politische Dummheit, gegen alle Verhältnisse standzuhalten, wo es nicht notwendig ist. Daß wir eine Beteiligung an den Wahlen verbieten, ist nicht notwendig. Ein solches Verbot würde sogar zu einer großen Erregung Anlaß geben. Diese Erregung hat sich schon gegenwärtig bemerkbar gemacht. Können wir sie dämpfen? Wir können diese Erregung beseitigen insofern, als wir einen Zustand schaffen, der einen Frieden herbeigeführt und zu gleicher Zeit ein gedeihliches Fortarbeiten zum Besten der sozialistischen Republik ermöglicht. Darum bitte ich Sie, dem zuzustimmen, was wir Unabhängigen vorschlagen, die Wahlen in Bremen für die Nationalversammlung zu gestatten.

Die Kommunisten werden ihre Beschlüsse nicht heute fassen. Die U. S. werden allein bleiben mit dem Soldatenrat, der in dieser Frage auf ihrer Seite steht. Nun, Genossen, daraus folgen gewisse Konsequenzen, auf die ich heute nicht hinweisen will. Wenn Sie diese Konsequenzen ziehen wollen, dann bitte, heraus mit der Sprache! Wollen Sie uns,

Ihren Klassengenossen gegenüber, klug oder heimtückisch vorenthalten, was Sie planen? (Stürmisches Sehr richtig! b. d. U. S.) Ich würde es für klug halten, zu sagen: wir wollen keinen Konflikt unter uns, der doch auch ein wenig in Rechnung gestellt werden muß, und der heraufbeschworen werden muß, wenn gewisse Ansichten durchdringen. Genossen, das darf nicht sein, daß wir einander entgegen wirken, und darum bitte ich Sie: schließen Sie sich dem Beschluß der Volksbeauftragten nicht an, sondern beschließen Sie heute abend, daß in Bremen die Wahlen zur Nationalversammlung stattfinden dürfen!

(Bravo! Lebhaftes Händeklatschen.)

Manthey: Parteigenossen! Sie haben nun verschiedene Redner gehört, da möchte auch ich mir erlauben, Ihnen im Namen meiner Fraktion unsere Ansicht über die Nationalversammlung und unsere Stellungnahme zur Nationalversammlung kundzutun, so wie es Genosse Jörns von unserer Fraktion bereits getan hat. Ich will zunächst auf das eingehen, was Genosse Frasunkiewicz im Namen des Rates der Volksbeauftragten und was Genosse Henke hier erklärt haben, daß der Rat der Volksbeauftragten in Gemeinschaft mit dem Vollzugsrat beschlossen haben gegen sechs Stimmen, sich nicht an den Wahlen zur Nationalversammlung zu beteiligen. (Bravo!) Er hat beschlossen gegen sechs Stimmen, die Wahlen nicht zuzulassen. Daraus geht klar und deutlich hervor, daß wir ein revolutionäres Proletariat in Bremen haben. Es geht auch klar und deutlich hervor, daß wir eine revolutionäre Regierung haben mit Ausnahme dieser sechs Personen, die dabei ja keine Rolle spielen. Aber besonders freue ich mich darüber, daß Genosse Frasunkiewicz vor allem, obwohl er für die Nationalversammlung als Kandidat aufgestellt ist, jetzt eingesehen hat, daß, nachdem das revolutionäre Proletariat hier in Bremen beschlossen hat, mit allen Mitteln gegen die Nationalversammlung aufzutreten, es nicht angehen kann, daß ein so gefährliches Experiment gestattet wird vor den Augen des revolutionären Proletariats. Ich will auf die Ausführungen des Genossen Kerrl eingehen. Kerrl ist auch der Meinung, daß man sich an der Wahl beteiligen muß. Parteigenossen! Wenn wir heute noch auf dem Standpunkt stehen, nachdem wir die Revolution gemacht haben, daß man sich darauf beschränken will, in einem Parlament, in einem reaktionären Parlament, mit dem wir nichts zu tun haben, — denn dieses Parlament, welches für uns eventuell in Frage kommt, ist ein reaktionäres Parlament —, daß man sich darauf beschränken will, in diesem Parlament den Leuten die Wahrheit zu sagen, so ist das doch nicht richtig gesehen. Genosse Frasunkiewicz hat die Physiognomie dieses Parlaments bereits beschrieben. Aus diesem einfachen Grunde können wir doch nicht zugeben, daß man sich jetzt an den Wahlen beteiligt, um mit den paar Männeken, die man da vielleicht als Kandidaten hinein schickt, große Phrasen zu schwingen. Parteigenossen! Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß alle bürgerlichen Zeitungen doch nur ein klein wenig von dem schreiben, was unsere sozialdemokratischen Abgeordneten im Hause bisher immer geredet haben. Es sind immer nur die Arbeiterzeitungen gewesen, die uns einen vollen Bericht gegeben haben von dem, was dort gesagt worden ist von unserer Seite. Die Leser der sozialdemokratischen Zeitungen halten nicht die bürgerlichen Blätter, aber die Bevölkerung auf dem platten Lande hält nicht die sozialdemokratischen Zeitungen. Deshalb können wir doch wirklich nicht unterschreiben, daß durch das Parlament Aufklärung geschaffen werden kann. Die Aufklärung ist die: wenn das revolutionäre Proletariat auf den Straßen erscheint und dort seine Stimme erhebt, um dem reaktionären Bürgertum zu zeigen: hier ist das Proletariat in seiner Gesamtheit! und wenn es dann erklärt: wir wollen nicht an den Wahlen zur Nationalversammlung teilnehmen, sondern wollen sie mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, verhindern, dann ist das die beste Aufklärung. Ob es uns gelingen wird, diese Nationalversammlung zu verhindern, das ist eine Frage der Zeit, darüber können wir wohl heute noch nichts sagen. Oder besser gesagt: wir können behaupten, daß es uns gelingen wird, die Nationalversammlung zu verhindern. Aber, Parteigenossen, wenn wir alle so denken, dann wird sie überhaupt nicht zustande kommen können. (Sehr richtig!) Es muß doch einmal von einer Gruppe in einer Stadt mit gutem Beispiel vorangegangen werden, und wenn wir das nicht tun, dann werden wir in Zukunft die Nachahmung unserer Maßnahmen, die wir in Bremen beabsichtigen, in anderen Städten unmöglich machen. Ich bin fest überzeugt: wenn die bremische Arbeiterschaft, nachdem sie sich eine sozialistische Republik errichtet hat, auch die Konsequenzen daraus zieht und sich als revolutionäres Proletariat auf diesem Gebiet bewährt, dann kann es auch kommen, daß Braunschweig, Cuxhaven und in allernächster Zeit auch andere Städte zu einer solchen Initiative übergehen werden. Davon bin ich fest überzeugt. Aber wenn wir das hier nicht tun, nachdem wir den deutschen Städten mit einem so großartigen historischen Beispiel vorangegangen sind, dann werden wir uns doch selbst untreu. Die Wahlagitation hat uns viele Mitglieder gebracht, hat Kerrls gesagt. Alles richtig. In früheren Zeiten! Trotzdem wir damals die gesamte Bourgeoisie gegen uns hatten, haben wir nicht verzichten wollen. Wir haben mit allen Mitteln auf dem platten Lande versucht, unsere Ideen zu vertreten. Wir haben versucht, Stimmen zu ergattern für unsere Kandidaten. Das ist uns zum Teil gelungen. Aber auf solche Kleinigkeiten dürfen wir uns heute nicht einlassen, nachdem

wir in die Revolution eingetreten sind, nachdem wir uns verpflichtet haben, die revolutionären Forderungen zur Durchführung zu bringen. Das kann für uns heute nicht mehr maßgebend sein. Auf die Ausführungen Henkes brauche ich eigentlich gar nicht einzugehen. Henke hat eine große Rede geschwungen, und aus dieser Rede ist fast nichts herausgekommen — ich will besser sagen, daß er das mit ein paar Worten hätte sagen können, was er uns in einer halben Stunde vorgepredigt. Die Stellungnahme des Genossen Henke ist uns allen bekannt. Aber, Parteigenossen, wenn Sie glauben, daß Sie sich an der Wahl zur Nationalversammlung beteiligen müssen, so karrikieren Sie sich selbst. Sie haben doch seinerzeit mit veranlaßt, daß die Arbeiter auf die Straße marschieren sollen, um hier etwas zu fordern, wonach die gesamte Arbeiterschaft sich schon lange gesehnt hat. Und da dies geschehen ist, jetzt wollen Sie sich plötzlich an den Wahlen zur Nationalversammlung beteiligen, nachdem Sie bereits eine sozialistische Republik errichtet haben? Sie machen eine Karrikatur, wie ich sie mir schlimmer nicht vorstellen kann. Das ist Karrikierung erster Klasse. Es kann doch wirklich nicht angehen, nachdem Sie hier das Bollwerk der ganzen Revolutionsbewegung in Deutschland fest fundiert haben, daß Sie sich jetzt noch dafür entscheiden, sich an den Wahlen zu beteiligen. Da muß ich Sie doch hinweisen darauf, daß meine Fraktion sich fast einstimmig auf den Standpunkt gestellt hat (Zuruf: Fast?) — — mit allen gegen vier Stimmen — — (Zuruf: Wer ist dagegen gewesen?) Die Fraktion der Kommunisten hat gegen drei Stimmen beschlossen, sich nicht an den Wahlen zur Nationaversammlung zu beteiligen, sondern mit allen Mitteln zu versuchen, die Nationalversammlung hier in Bremen oder besser gesagt die Wahlbeteiligung zur Nationalversammlung hier in Bremen zu inhibieren. Was bedeutet das? Darüber sind wir uns klar. Henke hat es zum Schluß schon gesagt: das bedeutet nach seiner Logik den offenen Kampf der Kommunisten gegen die U. S. So liegen die Dinge, meine Herren. Und wenn sich nun die revolutionäre Linke dazu entschlossen hat, mit allen Mitteln dafür einzutreten, dann wird sie auch die Konsequenzen ziehen. (Stürmische Zwischenrufe.) Oder auch wir. So liegen die Dinge. Ich will mich hier weiter gar nicht auf diese Dinge einlassen, das ist zwecklos. Es ist von Henke auch gesagt worden, daß dieses oder jenes uns davon abhält. Er hat die Gründe angeführt und hat z. B. gesagt: Man will uns vom Lebensmittelmarkt abschließen, wir haben keinen Kredit mehr. Ich möchte nur ein gefährliches Experiment in dieser Beziehung nennen: wenn wir heute abend hier beschließen, uns nicht an den Wahlen zu beteiligen, aber nichts dagegen haben, wenn die Bürgerlichen sich beteiligen — was bedeutet das? Das kann eventuell bedeuten, daß die revolutionären Arbeiter abermals auf die Straße kommen und die Wahlurnen zertrümmer usw. Wenn Sie logisch darüber nachdenken (Gelächter), dann müssen Sie sich doch mit der Frage beschäftigen: Was dann? (Zwischenrufe. Gelächter.) Sie können mir nicht imponieren. Ich will Ihnen nur klar sagen, wie die Dinge liegen. (Stürmische Zurufe: Du kannst uns auch nicht imponieren!) Wenn Sie glauben, daß es nicht so schlimm ist, so mache ich Sie auf den Ernst der Dinge aufmerksam. Wenn die Arbeiter hier in Bremen mit allen Mitteln die Nationalversammlung verhindern wollen, dann muß man doch die Frage stellen: bekommen wir dann Kredit? Dann bekommen Sie auch keinen Kredit mehr! Wenn wir uns hier auch einig sind, wenn sich der Rat der Volksbeauftragten mit dem Vollzugsrat auch einigt, die Arbeiterschaft aber anders handelt als Sie glauben, dann stehen Sie vor genau derselben Zwickmühle. Parteigenossen! Es ist Ihnen doch bekannt, daß die revolutionäre Arbeiterschaft hier in Bremen am 10. Januar, am Freitag, ihren Willen kundgegeben hat hier am Rathause. Sie werden doch wohl diesen Arbeitern zutrauen — es waren etwa 30 000 (Oho!) — daß sie sich Ihrem Willen nicht fügen wird. (Zurufe.) Nun, wir wollen uns über die Zahlen nicht streiten, es ist leicht (möglich, daß ich mich um einen oder zwei geirrt habe. (Zuruf: Da waren auch w i r dabei!) Und wenn diese Arbeiterschaft nun den Beschluß gefaßt hat, daß sie mit allen Mitteln die Abhaltung der Wahlen verhindern will, dann ist es doch selbstverständlich, daß sie den Weg, den Sie beschreiten wollen, nicht mitmacht. Darüber müssen wir uns doch klar sein. Auch wir, Parteigenossen, auch wir haben die Aufgabe, der revolutionären Arbeiterschaft in Bremen zu sagen, daß Sie, nachdem Sie die sozialistische Republik hier errichtet haben, jetzt wieder anfangen abzubauen, daß wir das nicht mitmachen. Sonst werden wir einen Sturm der Entrüstung hier erleben unter den Arbeitern. So liegen die Dinge. Die Bestrebungen von der anderen Seite sind nicht so gefährlich. Den Sturm, den fürchte ich nicht, den Henke uns da vorgegaukelt hat. Aber den Sturm der Arbeiter, den haben Sie zu fürchten, darauf möchte ich Sie aufmerksam machen. Ueber den lauwarmen Beschluß des Soldatenrats, der nicht einmal in der Lage war, hier eine richtige Erklärung abzugeben, brauche ich wohl kein Wort zu verlieren. Die Stellungnahme des Soldatenrats haben die revolutionären Arbeiter von Anfang an klar durchschaut. (Sehr richtig!) Mit dem Soldatenrat werden wir uns wohl abfinden müssen. Nun können Sie machen, was Sie wollen. Sie können sich an den Wahlen zur Nationalversammlung beteiligen. Ich will nur sagen, daß Ihnen das nicht gelingen wird. Aber nachdem die Sache doch soweit gediehen war, nachdem wir hier in Bremen ganz Deutschland mit einem solchen Beispiel vorangegangen sind, jetzt wollen Sie sich als U. S.

abwenden von den Kommunisten. Das hätte ich nicht erwartet. Da wäre es besser gewesen, wir hätten den Schritt, den wir am 10. Januar gewagt haben, nicht getan. (Sehr richtig!) Wenn Sie wenigstens gleich herangetreten wären an uns und hätten gesagt, wir hätten eine Dummheit gemacht! Aber Ihr wollt die Revolution nicht fördern, sondern abbauen. Parteigenossen! Wir lassen uns auch nicht abhalten durch das, was in Berlin geschehen ist. Wenn die Spartakusleute in Berlin eine Niederlage erlitten haben, so ist das uns wohl erklärlich. Hindenburg und Ludendorff mit Scheidemann an der Spitze haben ihre Maßnahmen getroffen, darüber sind wir uns klar. Wir sind uns aber auch darüber klar, daß das revolutionäre Proletariat in Berlin keinen Rückzug unternommen hat. Nein! Das revolutionäre Proletariat hat eine Kampfpause angesagt und wird sich sammeln und so sammeln, daß es zu einem neuen Schlage ausholen kann. Und ich bin fest überzeugt: wenn das Berliner Proletariat jetzt wieder die Barrikaden besteigt, daß es dann den Sieg erringen wird. Aber, Genossen, wenn das Berliner Proletariat den Sieg davon trägt, dann müssen Sie hier in Bremen ganz entschieden eine andere Stellung einnehmen. Mit einer so lauwarmen Stellungnahme können Sie das Berliner Proletariat nicht ermutigen, damit schrecken Sie die Revolutionäre ab. So liegen die Dinge, und unsere Aufgabe als revolutionäres Proletariat muß es nun sein, die Revolution zu fördern. Und darum möchte ich Sie ersuchen, heute abend den Beschluß anzunehmen, den unsere Fraktion Ihnen entgegenbringt, daß wir mit allen Mitteln die Wahlen zur Nationalversammlung inhibieren. (Stürmischer Beifall. Händeklatschen links. Widerspruch bei den Unabhängigen.)

Vorsitzender: Es ist ein Geschäftsordnungsantrag eingegangen auf Schluß der Debatte. Ich möchte bemerken, daß wir in unserer Fraktion zwei Redner bestimmt hatten und die U. S. drei Redner. Wünscht Stockinger das Wort zur Begründung seines Antrages?

Stockinger: Parteigenossen! Wir haben uns in unserer Fraktionssitzung des langen und breiten mit dieser Frage beschäftigt, und ich glaube, daß in Anbetracht der Wichtigkeit dieser Frage die Kommunisten sich ebenso sehr mit der Frage beschäftigt haben. Wir sind zu dem Beschluß gekommen, daß es auf Grund unserer politischen Tätigkeit in der letzten Zeit für uns gar keine andere Stellungnahme geben kann als wie sie von den beiden Rednern unserer Partei — — (Zuruf: Zur Geschäftsordnung!) Ich spreche zur Geschäftsordnung. Ich meine, wir sollten uns nicht mehr auf lange Unterhandlungen einlassen, sondern nach den Erklärungen unserer Redner es zur Abstimmung kommen lassen.

Dannat: Parteigenossen! Es ist auch nach den Ausführungen Mantheys manches unklar geblieben über die Fragen, um die es sich dabei handelt, und über die Konsequenzen, die dabei zu ziehen sind. Ich möchte bitten, den Schluß noch nicht anzunehmen.

Vorsitzender: Es sind noch acht Redner eingetragen.

Der Schluß der Debatte wird angenommen.

Frasunkiewicz: Parteigenossen! Genosse Manthey von der Kommunistischen Partei hat gar keine Ursache, seine Freude darüber auszudrücken, daß ich jetzt Gegner der Nationalversammlung sei, und ich kann Manthey nur empfehlen, logisch und dialektisch zu denken, dann wird er seine Freude bald zügeln müssen. Ich bin grundsätzlich Gegner der Nationalversammlung. Warum ich mich habe als Kandidat aufstellen lassen und in Versammlung geredet habe, geschah aus den Gründen, um die Versammlungen wahrzunehmen zur Aufklärung über das Rätesystem, zur Aufklärung der Bevölkerung über die Revolution. Das war für mich ein taktischer Grund, mich an den Versammlungen zu beteiligen. Was ich zur Verhinderung der Nationalversammlung auf dem Rätekongreß habe tun können, das habe ich getan bis zum letzten Ende. Aber seit voriger Woche hat sich die Situation doch geändert hier in Bremen. Ich war früher immer der Anschauung, Henke sei ein Dialektiker. Henke hat heute bewiesen, daß er an der Wissenschaft zehrt, die er früher einmal von anno dazumal sich angeeignet hat, und jetzt in Revolutionen ein politisches Kind ist. Einige Beweise: Genosse Henke sagte, es sei eine politische Dummheit, wenn wir uns unnötige Feinde schafften dadurch, daß wir als Regierung jetzt so quasi, wo wir die Macht haben, einfach verbieten, daß die Wahlarbeiten mit unserem Gelde geschehen. Ich meine, die Bourgeoisie und die Rechtssozialdemokraten sind auch unsere Todfeinde, und wenn sie jetzt vielleicht etwas schmunzeln werden, wenn Sie beschließen, daß der Beschluß des Rates der Volksbeauftragten und des Vollzugsrats soll inhibiert werden, so werden sie schmunzeln nur bis zum 19. Januar, weil, wenn dann die Nationalversammlung in Permanenz zusammentritt, dann entweder das bremische Proletariat pater peccavi sagt und sich den Beschlüssen der Diktatoren der Nationalversammlung fügt, oder den Kampf gegen die Nationalversammlung aufnehmen muß. Von den zwei Dingen gibt es doch nur eines: den Kampf auf Leben und Tod. Es gibt allerdings Kämpfer, die Furcht vor ihrer Bravour haben. Nun meint Henke: man wird uns die Nahrungsmittel abschneiden, und der Kredit wird verloren. Ja, aber mein lieber Alfred Henke! Glaubt denn der Alfred Henke, daß

wir einen größeren Kredit haben bei den Krautjunkern, die doch noch die wirtschaftliche Macht haben, und daß wir von ihnen mehr Nahrungsmittel bekommen werden als die paar Bourgeois in den vorigen Wochen, soweit sie politisch etwas zu sagen hatten? Man muß sich darüber klar sein, mit wem man es zu tun hat. Und wenn erst jetzt Henke zu der Erkenntnis kommt, daß wir nur ein kleines Teilchen von Deutschland sind — ja, mein lieber Alfred Henke, das wußten wir doch! Und so kleine Teilchen vom Deutschen Reich bestehen erfreulicherweise auch schon wo anders. Aber wenn man erst darauf warten will, bis überall zu gleicher Zeit, wenn es Punkt 12 Uhr schlägt, dann gewissermaßen das geschieht, was in Bremen gemacht wird, dann, lieber Alfred Henke, können wir alt wie Methusalem werden und werden doch nicht dazu kommen. Man soll der Welt ein typisches Beispiel eines Proletariers geben, wenn man überhaupt als revolutionärer Klassenkämpfer gelten will. Man darf nicht die früheren Methoden fortgebrauchen wollen wie Kerrls, den ich schätze als alten lieben Freund mit seinen großen Erfahrungen, die er sich im Laufe der Vergangenheit erworben, und aus denen wir noch viel lernen können. Aber, mein lieber Henke, die Sache ist doch so: wir leben doch in der Zeit der Revolution. Genau so wie die Revolution an einem Ort am 4., 6., 8. oder 9. November so quasi das Licht der Welt erblickte, ganz genau so müssen wir, wenn wir die Macht der Diktatur offen und ehrlich ausnutzen wollen, das rücksichtslos tun im Interesse des Proletariats. Warum wollen wir jetzt anders handeln? Ich bin mir vollständig klar darüber: wenn wir heute beschließen, daß die Wahlarbeiten der Wahldeputation weiter vorgenommen werden sollen und die Nationalversammlungswahlen stattfinden, das uns die Konservativen, die Reaktionäre in der Nationalversammlung, nicht danken werden. Wenn wir uns fügen, so haben wir umsonst gekämpft, umsonst gelitten, umsonst ist unser Blut geflossen. Wir wußten, daß es so kommen würde, da Hindenburg und Ludendorff wieder bei der Regierung in Berlin sind. Ludendorff ist wieder auf deutschem Boden, denn er ist dort sicher, der Boden brennt ihm nicht mehr unter den Füßen. Gewiß, die Dinge waren zu erwarten, aber trotzdem mußte der Schritt gewagt werden. Natürlich Henke hat einen Zurückhupfer gemacht gegen Freitag voriger Woche, wenn er könnte, würde er den aus der historischen Geschichte Bremens ausstreichen, denn er hat sehen müssen, daß ohne sein Beisein die Revolution zweiten Typs in Bremen angefangen hatte. Und er wäre doch ein sehr guter Diktator gewesen! Er hat die ganze Revolutionszeit persönlich politisch auf dem Boden der Diktatur gestanden. Ich stehe natürlich nicht auf dem Standpunkt, mit derartigen banalen Mitteln wie sie Manthey anführte, Zertrümmerung von Wahlurnen usw., Eindruck auf diejenigen Volksgenossen zu haben, die auf dem Boden stehen, daß die Wahlen zur Nationalversammlung von der bremischen revolutionären Regierung trotz alledem in die Wege geleitet werden müssen. Ich wenigstens habe vor keiner Kugel Angst und auch vor keiner Zertrümmerung meines Schädels. Ich sage frei was ich denke und lasse mich auch von keiner Seite beeinflussen. Ich will ein revolutionärer Kämpfer sein. Ich richte meine Worte an die Unabhängigen und an die Soldatenräte. Was wir heute im Fraktionsausschuß und in der Arbeitsgemeinschaft beschlossen haben, soll nicht gelten, weil andere Gründe stichhaltig wären: Nicht das, was im Interesse des Revolutionskampfes notwendig ist? Seien wir konsequent. Konsequente Kämpfer können wir nach meiner Logik nur sein: nachdem wir bis jetzt so weit gegangen sind, muß uns jetzt Gelegenheit gegeben werden, noch weiter zu gehen. Würden wir nicht die Regierung in Bremen besitzen, dann wäre ich selbstverständlich für Beteiligung an den Nationalversammlungswahlen, denn die Regierung würde sie ausschreiben, und wir ständen einer ganz anderen Situation wie jetzt gegenüber, wir müßten dann soviel Anpassungsfähigkeit an die politischen Verhältnisse zeigen müssen und dieser Situation Rechnung tragen müssen. Nehmen Sie den Majoritätsantrag der Beauftragten an!

Dannat: Genossen! Ich habe eine Erklärung abzugeben. Ich glaube, im Namen der Fraktion der Kommunisten sprechen zu dürfen, wenn ich ausführe: Wir fordern die Inhibierung der Wahlen zur Nationalversammlung. Wenn von seiten der jetzigen bremischen Regierung in der Frage zuungunsten gegen uns entschieden wird, daß wir dann diese Frage als eine taktische ansehen und in keiner Weise Konsequenzen daraus ziehen.

Zu einer persönlichen Bemerkung

Kerrl: Der Genosse Frasunkiewicz hat erwähnt, daß ich als alter Genosse viele Erfahrungen hätte. Ich halte diese Bemerkung für eine persönliche und glaube, da von Frasunkiewicz die Rede ist, daß er wenigstens im letzten Augenblick als Goldfisch die ganzen Häfen des Ozeans beherrschen will. (Sehr richtig!)

Vorsitzender: Lassen Sie alle persönlichen Momente ausscheiden und seien Sie sachlich! Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit dem Beschluß des Rats der Volksbeauftragten einverstanden ist, daß die Wahlen zur Nationalversammlung zu inhibieren sind, den bitte ich aufzustehen — Gegenprobe. Dafür haben 88, dagegen 101 gestimmt. Der Antrag ist abgelehnt. (Bravo! Zurufe: Das geht nicht an!) Es gibt keine Erklärungen zur Abstimmung, das geht nicht.

Ecks: Zur Richtigstellung: Der Soldatenrat ist 26 Mitglieder stark. Die Vertrauensmänner gehören nicht zum Soldatenrat. (Sehr richtig!)

Rietschel: Ich möchte zur Geschäftsordnung aufklären, daß Genosse Ecks, der ehemalige Vorsitzende des Soldatenrats schändlich im Irrtum ist. Logischerweise stehen den Soldaten genau so viel Mandate zu wie den übrigen. Die Garnison ist 5000 Mann stark und auf 200 Mann kommt ein Delegierter. Dann möchte ich ersuchen, daß Ecks feststelle, wer ihm sein Mndat gegeben hat. (Bravo!)

Henke zur Geschäftsordnung: Ich kann natürlich die Erklärung Ecks auf ihre Richtigkeit nicht nachprüfen, aber angenommen, sie wäre richtig, dann hätte Ecks die verdammte Pflicht gehabt, sie vor der Abstimmung zu geben. Wir haben keine Garantie dafür, daß er seine Erklärung bei einem Resultat, das zu seinen Gunsten ausgefallen wäre, auch abgegeben hätte. Deshalb protestiere ich dagegen, daß nach der Abstimmung eine solche Erklärung zugelassen ist.

Reimann: Im Soldatenrat sind auch Kommunisten, aber sie dürfen nicht dagegen stimmen, sonst werden sie ausgeschlossen. (Lachen.) Gehen sie nicht mit dem Soldatenrat, dann werden sie einfach ausgeschlossen. Das wissen sie auch. (Zuruf: Ist das zur Geschäftsordnung?) Die Abstimmung muß durch Stimmzettel geschehen.

Frasunkiewicz zur Geschäftsordnung: Parteigenossen! Ich will zur Abstimmung nichts sagen, aber für künftige Fälle muß eine Klarstellung darüber erfolgen, wie eigentlich die Zusammensetzung des Soldatenrats erfolgt. Es geht nicht an, daß auf 100 Soldaten ein Mitglied des Soldatenrats gewählt wird und auf 300 oder 250 Arbeiter auch nur ein Vertreter. (Zuruf: auf 200!) Wir haben doch ein Statut, und nach diesem Statut ist die Wahl angegeben, die die Soldaten wählen dürfen. Ich will den Soldaten keinen Vorwurf machen, es geht so nicht weiter, daß jemand, weil er einen grauen Rock trägt, größere Rechte hat als jemand, der einen schwarzen Rock trägt.

Vorsitzender: Zu der Erklärung, die abgegeben ist, bemerke ich, daß die Garnison 4000 Mann stark ist (Ruf: 5000 Mann!), und daß sie nach dem Wahlreglement 25 Vertreter zu wählen hat. Ich konstatiere aber, daß zirka 40 Mitglieder oder Vertrauensmänner anwesend sind.

Libertin: Ich verstehe nicht, wie Ecks jetzt verlangen kann, daß Vertrauensleute nicht mit abstimmen dürfen. Früher, als er Vorsitzender war, hat er immer darauf gedrängt, daß die Vertrauensleute an den Sitzungen teilnehmen sollten. Auch in der Vorkonferenz vor acht Tagen, wo von der Zusammensetzung des Soldatenrats die Rede war, ist die Sache nicht angezweifelt. Es ist das in der letzten Vorkonferenz festgelegt.

Brauckmüller: Zu einer Erklärung!

Vorsitzender: So können wir nicht weiter fortfahren!

Brauckmüller: Nachdem alle anderen eine Erklärung abgegeben haben und das zugelassen ist, muß es mir auch gestattet werden. Ich gehöre der Unabhängigen Partei an (Ruf: Wie lange?). Nicht sehr lange, darüber aber wollen wir nicht streiten. Ich erkläre, daß ich heute aus der Partei austrete. (Bravo!) Schreien Sie nur Bravo! Wo ich eintrete, sage ich noch nicht, in die Kommunistische Partei trete ich nicht ein, da ich mit dem Treiben innerhalb der Kommunistischen Partei nicht einverstanden bin. Ich will nur das eine bemerken, daß ich ehrlich gekämpft habe, daß ich darum einen derartigen Schritt nicht gehen kann. Ich habe für den Antrag gestimmt und stehe zu meinen Worten. Wie viele von den Kommunisten zu ihren Worten stehen, weiß ich nicht, da sie das Oberste zu unterst kehren.

Vorsitzender: Ist das zur Geschäftsordnung?

Frasunkiewicz: Zur Abstimmung muß ich noch folgendes sagen: Mir ist soeben mitgeteilt, daß die Mitglieder des Soldatenrats in den heutigen „Bremer Nachrichten" veröffentlicht sind. Wenn nicht mehr Mitglieder da sind, als in den „Bremer Nachrichten" veröffentlicht sind, dann kommen nur 30 heraus. Hier sind aber 43 anwesend. Infolgedessen sind 14 anwesend, die kein Stimmrecht haben. (Zuruf: Die anderen sind Vertrauensleute!) Vertrauensleute sind keine Soldatenräte. Darüber müssen wir uns klar werden. Stimmberechtigt sind und Zugang in diesem Saale haben nur Arbeiter- und Soldatenräte, aber keine Vertrauensleute. Wir müssen unsere Vertrauensleute ausweisen, und wenn sie auch draußen schimpfen. Ordnung muß sein.

Vorsitzender: Das ist nicht zur Geschäftsordnung. So kann es nicht weiter gehen. Wohin soll das führen?

Lindau: Wenn man derart das Wahlresultat angreift, habe ich folgende Erklärung abzugeben: Laut Veröffentlichung des Wahlvorstandes des A.- und S.-Rats haben die Kommunisten hier 60 Mitglieder plus 15 von der Parteiorganisation. Bei der Abstimmung haben aber 88 Kommunisten abgestimmt. Es steht fest, daß von den Unabhängigen nur Frasunkiewicz dafür gestimmt hat, einige andere haben sich der Stimme enthalten. Ich stelle also fest.

daß mindestens 12 Kommunisten anwesend sind, die auch kein Recht zur Abstimmung hatten.

Vorsitzender: Ich mußte die Erklärung Lindaus zulassen, er hatte dasselbe Recht wie die anderen. Ich habe aber gesehen, daß eine Reihe Unabhängiger mitgestimmt haben. (Zuruf: im ganzen 6!) Ich weiß nicht wieviel. Ich will nur feststellen, und das ist etwas anderes. Wir haben ein Wahlreglement, und das gilt auch für den Soldatenrat, wonach nur Mitglieder gewählt werden dürfen, die entweder Mitglieder der Kommunistischen oder der Unabhängigen Partei sind. Inwieweit das bei den Vertrauensleuten des Soldatenrats der Fall ist, kann ich im Moment nicht feststellen. Aber ich glaube, das Resultat . . . (Zuruf: Dafür ist doch das Wahlreglement nicht maßgebend!) Selbstverständlich! Aber es ist kein Antrag gestellt, und wir sind über den Tagesordnungspunkt hinweg. (Ruf: Zur Geschäftsordnung!) Wir gehen weiter in der Tagesordnung zu Punkt 2 . . . (Ruf: Zur Geschäftsordnung!) Ich lasse darüber abstimmen, ob wir über die Angelegenheit weiter verhandeln wollen und auf Grund dessen eine neue Abstimmung haben.

Henke: Es ist unerhört, daß der Vorsitzende hier die Frage suggeriert, ob wir aufs neue verhandeln wollen über den erledigten Gegenstand, um auf diese Weise ein anderes Resultat herbeizuführen. Er will den Kommunisten suggerieren, einen Antrag darauf zu stellen. Dagegen protestiere ich! Solche Schweinerei mache ich nicht mehr mit! (Zuruf: Henke hat es noch viel schlimmer gemacht!)

Vorsitzender: Parteigenossen! Ich will nur feststellen: Ich brauche mir die Aeußerung Henkes nicht zuzuziehen, denn wer weiß, wie er die letzte Sitzung gehandhabt hat, der hat genug erlebt. (Ruf: Viel schlimmer!) Ich habe nur gesagt, daß kein Antrag auf eine neue Abstimmung gestellt sei. Und was das betrifft ..... (Rufe: Weiter! Weiter!) Genosse Henke erklärt zur Geschäftsordnung . . . . . (Unruhe. Ruf: Kuddelmuddel!)

Becker zur Geschäftsordnung: Um ein richtiges Resultat herbeizuführen, schlage ich vor, eine neue Abstimmung vorzunehmen, und zwar in der Weise, daß jeder, der dafür ist, solange herausgeht, diejenigen, die dagegen sind, hier bleiben. Scheren Sie sich um die Geschäftsordnung! Ich habe einen Geschäftsordnungsantrag gestellt.

Vorsitzender: Hast Du dafür gesprochen?

Becker: Ich habe einen Antrag gestellt. (Ruf: Ist nicht zulässig!) Selbstverständlich ist er zulässig!

Vorsitzender: Will jemand gegen den Antrag sprechen? Wie heißt der Antrag?

Becker: Ich habe den Antrag gestellt, eine neue Abstimmung herbeizuführen. (Ruf: Warum denn?) und darüber hinaus zu beschließen, daß diejenigen herausgehen sollen, die dafür sind.

Vorsitzender: Becker beantragt eine neue Abstimmung, da die Richtigkeit der vorigen Abstimmung bezweifelt wird. Die dafür sind, sollen herausgehen. (Zuruf: Das hast Du veranlaßt!)

Plettner: Genossen und Genossinnen! Eine neue Abstimmung erübrigt sich bei der jetzigen Situation, erübrigt sich ganz besonders deshalb, weil wir in diesem Parlament als erste vorliegende Aufgabe haben, den Soldatenrat zu säubern. Andererseits wollen wir andere Maßregeln ..... (Zuruf: Wir lassen uns keinen Beschluß aufoktroyieren! Wir auch nicht! — Wir lassen uns nicht überrumpeln! — Wir lassen uns nicht provozieren!)

Vorsitzender: Bitte, lassen Sie doch die persönlichen Gespräche. (Stürmische Zwischenrufe. Glocke des Präsidenten.) Genossen, wir werden noch einmal abstimmen.

Das ist die große Mehrheit.

Genossen! Ich möchte Sie doch bitten, die Politik nicht mit Leidenschaft, sondern mit Vernunft zu machen.

Frasunkiewicz zur Geschäftsordnung: Ich bin der Meinung, wir sind doch nicht in einer antisemitischen Versammlung. Es gibt wirklich Flegel unter uns, die während der Verhandlungen, wenn sie stürmisch sind, anfangen zu pfeifen. (Pfui-Rufe.) Die Flegel, die das tun, die gehören nicht hier in diesen Saal. (Sehr richtig!)

Vorsitzender: Wir kommen zum zweiten Punkt:

**Stellung der Garnison zur bremischen Regierung.**

Meyer: Parteigenossen! Ich möchte an ein Wort anknüpfen, das vorhin hier gefallen ist: wir werden erst müssen den Soldatenrat säubern! Nun, Genossen, wir fordern Sie alle auf, den Soldatenrat zu säubern, wir sind darauf gefaßt. (Hört, hört!) Es ist notwendig, daß die Stellung der Garnison zur neuen Regierung präzisiert wird. Wir haben gestern nachmittag eine Vollsitzung mit Vertrauensleuten gehabt, da haben wir unsere Stellung zur Regierung in folgender Resolution festgelegt:

Die heute am 12. 1. 1919 tagende Vollversammlung der Vertrauensmänner und des Soldatenrates der Garnison Bremen erklärt:

„Die Verkündung der sozialistischen Republik Bremen ist eine vollendete Tatsache. Sie bedeutet den logischen Ausbau und die Krönung der Revo-

lution. Die Versammlung stellt sich geschlossen auf den Boden der bestehenden Tatsachen; — sie erklärt, sich voll und ganz in den Dienst der sozialistischen Republik zu stellen und sie mit Blut und Leben zu schützen.

Die Versammlung ist sich der ungeheuren Arbeit und Verantwortung bewußt, welche nunmehr auf der Garnison lastet. Sie erklärt, daß eine vollständige Reorganisation innerhalb der Garnison notwendig sein wird und beauftragt den Vorstand und die Exekutive, die Vorarbeiten hierzu sofort in die Hand zu nehmen.

Um nun ein geeintes, zu keinen Mißverständnissen führendes Vorgehen mit der herrschenden Macht zu ermöglichen, ernennt die Versammlung eine Delegation von drei Kameraden, einen aus dem Vorstand, einen aus der Exekutive und einen von den Vertrauensmännern, welche in ständige Fühlung mit dem Rat der Volksbeauftragten und dem Stadthauptmann zu treten und der Garnison darüber Bericht zu erstatten hat."

Soldatenrat Bremen:
Schilling, 1. Vorsitzender.

Soldatenrat Bremen, Exekutive:
Alb. Meyer.

Diese Resolution fand gegen eine Stimme Annahme. Wenn eine Versammlung, eine große Versammlung, gegen eine Stimme eine derartige Resolution annimmt, so ist es mir immer noch unerfindlich, wie von gewisser Seite gefordert werden kann: wir müssen hier säubern. Das ist mir unerfindlich, und man muß sich wirklich die Frage vorlegen: ist es Mache, oder ist es etwas anderes? Ich habe vorhin gesagt: wir sind bereit, bei der Säuberung mitzuhelfen, jederzeit, sind auch gefaßt darauf. Durch diese Resolution ist die Stellungnahme der Garnison festgelegt, genau so wie sie festgelegt wurde, gleich nachdem die Revolution hier in Bremen ausgebrochen war, in einer größeren Resolution, welche besagte, daß nur allein die sozialistische Republik für uns maßgebend ist. Jetzt, wo in Bremen die sozialistische Republik begründet ist, erklärt die Garnison, daß sie diese als die Krönung der Revolution ansieht, daß sie auf Grund ihres ersten Beschlusses bereit ist, mit allen Mitteln, selbst mit Blut und Leben, die sozialistische Republik zu verteidigen. (Bravo!) Nun taucht die Frage auf der Einheit der Regierung. In der letzten Versammlung hier ist eine Anzahl Ratsmitglieder aus unseren Reihen in die Räteregierung übernommen worden. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß diejenigen Ratsmitglieder, welche in die neue Regierung eingetreten sind, aus dem Soldatenrat ausscheiden, und nicht nur aus dem Soldatenrat, sondern auch aus der Garnison ausscheiden, denn es ist unmöglich, daß ein Mensch zwei entgegengesetzten Richtungen angehört, einmal einer Zivilverwaltung, das andere Mal einer Militärverwaltung. (Unruhe. Zuruf: Unsinn!) Es ist unmöglich, daß wir Löhnungsempfänger in den Listen führen, die auch anderwärts besoldet werden. Es sind zwei Dinge, die nur relativ oben schwimmen, aber in Wirklichkeit liegt die Sache tiefer. Es handelt sich um folgendes: Wir wissen heute noch nicht, welche Stellung die Reichsregierung in Berlin zu den Vorgängen in Bremen einnehmen wird. Es liegt sehr nahe, daß sowohl das Kommando des 9. Armeekorps wie die Intendantur in Schleswig, von welcher die Garnison Bremen ihre Geldmittel und Verpflegung bezieht, erklären, vielleicht auch auf Druck des Kriegsministeriums in Berlin, weil Bremen zur sozialistischen Republik ausgerufen ist, daß das Verhältnis der Garnison zum Reiche aufgehoben ist und deshalb die Löhnungs- und auch die Verpflegungsbezüge gestrichen werden. Da haben wir uns gefragt: was soll dann eintreten? Wie sollen wir uns dazu stellen? Wird der Staat Bremen dann imstande sein, diese Gebührnisse aufzubringen, die notwendige Verpflegung zu liefern? Der Staat Bremen müßte dann auch imstande sein, die Garnison zu bekleiden. Dies waren die Beweggründe, die uns dazu brachten, unsern Beschluß zu fassen. Ich glaube, daß, wenn man sich die Sache richtig überlegt, es keinen anderen Weg gibt als den, den wir eingeschlagen haben. Denn wir sind nun einmal den oberen Instanzen Rechenschaft schuldig über alles. Wir müssen den Instanzen gegenüber den Nachweis führen, daß wir noch Garnison des 9. Armeekorps sind und uns nicht von dem Militärkörper Deutschland losgelöst haben.

Nun komme ich noch zu einigen anderen Punkten, die leider auch die Stellungnahme der Garnison zur neuen Regierung kennzeichnen. Der neue Stadtkommandant Ecks, der aus unseren Reihen hervorgegangen ist, gab heute abend die telephonische Anweisung, wonach unser Wachtbataillon, welches an der Nürnberger Straße liegt, auf Anordnung von Ecks morgen früh entwaffnet werden soll, und wonach diese Waffen auf der Werft abgeliefert werden sollen. (Zuruf: Das gibt's nicht!) Ich bin von seiten des Vorstandes, der diese Meldung entgegengenommen hat, beauftragt, die Sache hier vorzutragen. Genossen, beruht dies auf Wahrheit — und ich habe keine Ursache, daran zu zweifeln — so möchte ich demjenigen, der diesen Befehl ausgegeben hat, den Auftrag erteilen, hinzugehen und diesen Leuten auch die Waffen abzunehmen. Es ist weiter in der letzten Sitzung, welche hier stattfand, von dem Platze aus, auf dem ich augenblicklich stehe, die Erklärung abgegeben worden von dem jetzigen Stadthauptmann: „Ich habe die Revolution bis hierher geführt, jetzt werde ich noch dafür sorgen, daß die letzten Waffen aus der Kaserne heraus kommen und dem Proletariat ausgehändigt werden!" (Sehr gut!) Alle

diese Fragen bewegen die Garnison, hierzu endgültig Stellung zu nehmen. Es muß die Frage hier endlich einmal geregelt werden, ob die Garnison als solche vor Ihnen auch noch gelten soll oder nicht. Erkennen Sie, der Sie da „Sehr gut!" rufen, an, daß der Garnison die Waffen abgenommen werden sollen, dann erkennen Sie an, daß Sie die Garnison nicht mehr haben wollen, und Sie stellen sich dann vollkommen außerhalb des Rahmens. Ich kann Ihnen die Erklärung abgeben: Sie können ruhig der Garnison die Waffen abnehmen, wenn Sie kommen und es verlangen, ich werde dafür sorgen, daß alles ruhig zugehen wird. Ich kann Ihnen aber die Erklärung abgeben, daß die Garnison in zehn Tagen noch zehnmal soviel Waffen haben wird, wie sie heute hat. (Stürmische Erregung. Wiederholte Zwischenrufe. Glocke des Vorsitzenden. Ecks ruft: Ich werde Sie morgen verhaften lassen!) Sie beschreiten einen Weg, den Sie unter Umständen nicht wieder gutmachen können. Sie erklären also, daß die Garnison die Waffen ablegen soll. Dadurch stellen Sie der Garnison, die sich vollständig auf den Boden der jetzigen Regierung gestellt hat, ein Zeugnis aus, das sie nicht verdient, Sie tun etwas, was Sie nicht wieder gutmachen können, es ist dies die stärkste Beleidigung, die Sie diesem Rat zufügen können, und diese Beleidigung habe ich im Namen der Garnison zurückzuweisen. Weiter handelt es sich um folgendes: Der Wagenpark (die Autos) untersteht ebenfalls der Militärverwaltung. Nun ist es vorgekommen in der letzten Zeit, daß bewaffnete Arbeiter in den Wagenpark eingedrungen sind und unter Drohungen Wagen verlangt haben, die ihnen gestellt werden sollten. Unter dem Druck dieser Drohungen sind sie ihnen gestellt worden. Heute sind durch Schaare, wie uns mitgeteilt wird, wieder zwei Personenwagen und zwei Lastautos angefordert worden, ohne daß die Garnison davon in Kenntnis gesetzt worden ist.

Vorsitzender: Wohin kommen wir denn, wenn wir diese Sache erörtern?

Meyer: Das muß doch ausgesprochen werden. Wir müssen wissen, woran wir sind. Unter Drohung mit der Waffe haben diese Wagen gestellt werden müssen.

Vorsitzender: Derartige Dinge gehören nicht hierher, Sie müssen bei der Tagesordnung bleiben.

Meyer: Ist die Regierung mit diesem Vorgehen einverstanden? Erklärt sie sich damit einverstanden, daß diese Sachen geschehen oder nicht . . .

Vorsitzender: Das geht uns nichts an.
Meyer: Ich muß es vorbringen, es ist mir aufgetragen.

Vorsitzender: Es geht nicht an, aus dem Parlament eine Plauderbude zu machen. Genosse Meyer muß sich als Referent an das Material halten.

Meyer: Die Garnison verlangt, daß Klarheit geschaffen wird. Die Garnison weiß nicht, was morgen befohlen wird und kann für seine Leute nicht einstehen, wenn nicht Klarheit geschaffen wird. Nur zur Verhütung von Unheil verlangen wir die bestimmte Erklärung, wie wir uns zu stellen haben. Wenn es weiter so geht wie in den letzten Tagen, dann kann der Soldatenrat für nichts aufkommen.

Frasunkiewicz zur Geschäftsordnung: Parteigenossen! Es ist bedauerlich, daß derartige Vorkommnisse hier berichtet und vorgekommen sind. Aber ich stehe auf dem Standpunkt: Wir haben doch Kommissionen, die sollten wir beauftragen, wenn derartige Sachen vorgekommen sind, sie zu untersuchen. Nachdem die Sachen in einer Kommission untersucht sind und keine Einigung und keine Klarheit geschaffen ist, dann erst sollte die Sache in der Vollsitzung des Arbeiterrats erscheinen, um sie dort kritisieren zu lassen. Ich kann mir nicht denken, daß Genosse Meyer seine Rede nur zum Fenster hinaus gehalten hat, aber ich kann mir auch nicht denken, welchen Zweck er damit verfolgt. Ich stelle den Antrag, darüber nicht zu debattieren, sondern sie einer Kommission zu überweisen, damit sie ordnungsgemäß untersucht wird. Später kann sie dann eventuell in der Vollsitzung vorgebracht werden, wo dann jeder seinem Herzen Luft machen kann.

Vorsitzender: Ich glaube, Genosse Meyer hat mit seinen Ausführungen der Sache der Revolution nicht gedient. Wir haben feststellen können, daß die Gegner von irgendwoher Automobile gebraucht haben, um Material zur Gegenrevolution heranzuholen. Wir haben den Soldatenrat gefragt, ob er uns ein Automobil oder einen anderen Wagen zur Verfügung stellen wolle, wenn unsere Genossen einen Wagen im Interesse der Revolution gebrauchen. Es ist dagegen kein Widerspruch erhoben, von seiten des Soldatenrats sollte kein Widerspruch erhoben werden. Das ist uns gesagt worden.

Jörn: Parteigenossen und Kameraden! Meyer hat zu Anfang seiner Ausführungen eine Resolution vorgelesen und dazu weitere Ausführungen vorgetragen. Ich möchte zuerst persönlich folgendes sagen: Wenn der Soldatenrat eine solche Erklärung abgibt, so muß er dafür einen politischen Grund haben, sonst hätte das Ganze keinen Sinn. Der Soldatenrat sollte sich aber mit der Frage der Demobilisierung der Garnison beschäftigen und sollte heute für die Demobilisierung der Garnison eintreten im Sinne der gegenwärtigen bremischen Regierung. Den Ausführungen Meyers ist aber etwas anderes zu ent-

nehmen. Ferner möchte ich folgende Frage an die Kameraden richten: Sind die Kameraden vom Soldatenrat voll und ganz hinter den Ausführungen Meyers? (Zuruf: Schweigen!) Ich wiederhole die Frage: Sind die Kameraden und Vertrauensleute vom Soldatenrat voll und ganz hinter den Ausführungen Meyers? Wenn die Kameraden schweigen ... (Ruf: Schweigen ist auch eine Antwort!), dann ist das eine bedenkliche Antwort. Ihr wißt alle, daß wir jetzt in der Lage sind, das Rätesystem zu verwirklichen und daß das voll und ganz im Interesse der Soldaten und Arbeiter liegt. Der Soldatenrat ist ein Bestandteil der Regierung und zu einer guten Ausführung der Geschäfte notwendig. Dazu ist aber erforderlich, daß der Soldatenrat mit der neuen Regierung einheitlich vorgeht. Die Situation ist aber jetzt so, daß er gegen die neue Regierung sich kehrt. Die Ausführungen Meyers sind daher sehr bedauerlich. (Zuruf: Er hat sich falsch ausgedrückt!) Wenn die Garnison Bremen hinter der Revolution steht — ich habe schon hervorgehoben, daß der Soldatenrat ein Bestandteil der neuen Regierung bildet, so kann das Verhältnis des Soldatenrats nur folgendes sein: Das Einvernehmen zwischen Soldatenrat und Regierung muß das denkbar beste sein, weil der Soldatenrat jetzt einen notwendigen, den ausführenden Teil der Regierung darstellt. Es darf daher nichts fehlen, um eine direkte dauernde Verbindung zwischen Regierung und Soldatenrat herzustellen. Es dürfen da keine Hemmungen eintreten. Von einer Sonderstellung des Soldatenrats darf keine Rede sein, Arbeiterrat und Regierung wollen davon nichts wissen. Wenn Meyer Fälle nichtpolitischer Art vortragen will, so ist dafür selbstverständlich der Verwaltungsweg gegeben. Der Soldatenrat wäre verpflichtet gewesen, für die Erledigung dieser Fragen einen anderen Weg zu finden. Wir haben ja ein Kommissariat für das Heereswesen. An dieses mußte sich der Soldatenrat in solchen Fragen wenden. Im übrigen aber habe ich die Auffassung, daß es das beste wäre, das alte Heer ganz zu demobilisieren und eine Rote Garde zu mobilisieren, und ich möchte empfehlen, in unseren Rat auch Vertrauensleute des aktiven und des passiven Wachtbataillons zu entsenden.

Gieseke verzichtet

Goldenbogen: Wenn jemand irgend etwas gegen die Bewaffnung des Proletariats haben sollte, so wird er durch die Worte des Genossen Meyer zu einem anderen Urteil gekommen sein. Kamerad Meyer sagte, wenn Ecks morgen 300 Gewehre aus der Kaserne holen lasse, würden ihnen innerhalb weniger Stunden 1000 Gewehre zur Verfügung stehen. Ich frage ihn, woher diese Gewehre kommen. Als das Proletariat Waffen verlangte, waren keine Gewehre vorhanden. Wenn der Zeitpunkt gekommen ist, die Waffen gebrauchen zu müssen, wird das Proletariat nicht genügend Waffen haben. Henke sagte hier einmal: Es gibt keine Feinde von links. Wenn das richtig ist, dann soll man dem Proletariat auch mehr Waffen geben. Aber der Soldatenrat ist dagegen, er will die Verantwortung tragen. Die wollen wir mit Waffen ebenso gut tragen wie der jetzige Soldatenrat. (Sehr richtig!)

Jörn: Was ich sagen will, ist sehr kurz. Der Bremer Soldatenrat hat, wenn Kamerad Meyer in seinem Namen gesprochen hat, eine schmähliche Stellung offenbart. Nicht zur Bremer Regierung, sondern zur Bremer Revolution und dadurch zur deutschen Revolution und zur Weltrevolution. Wenn Meyer in Berlin gewesen wäre, so würde er auf Befehl von Scheidemann und Ebert auch auf die Proletarier haben schießen lassen. Das geht deutlich und klar aus seinen Worten hervor. Daraus geht auch hervor, daß Kamerad Meyer auch das Bremer Proletariat nicht schonen würde. Es geht aus seinen Ausführungen ganz klar hervor, daß der ganze Soldatenrat reaktionär arbeitet. (Zuruf: Blödsinn!) Sie können erwidern, was Sie wollen. Das geht nicht allein aus den Worten des Kameraden Meyer hervor, sondern auch aus dem oft hervorgetretenen Bestreben des Soldatenrats, Ecks Schwierigkeiten zu bereiten. Ich bin persönlich der Meinung, daß bei Meyer auch gekränkte Eitelkeit im Spiele ist, daß nicht er Stadtkommandant geworden ist, sondern Ecks.

Buse: Genossen! Ich möchte eine Erklärung abgeben. Es tut mir wirklich leid, daß in den letzten 14 Tagen mit allen Kräften von außen her auf den Soldatenrat herumgehämmert wird. Wodurch ist das gekommen? Die einzelnen Mitglieder unseres Soldatenrats sagen: Jetzt verlieren wir auch die Lust an der Geschichte. Es wird von draußen gegen den Soldatenrat gearbeitet, er soll an die Wand gedrückt werden. Deshalb haben die Vertrauensleute diese Erklärung abzugeben, die vielleicht nicht in genügender Weise durch den Kameraden Meyer abgegeben ist. Aber ich muß sagen, ein derartiges Herumhämmern auf den Soldatenrat, der tatsächlich in Bremen seine Pflicht voll und ganz getan hat und der stets auf Eurer Seite gestanden hat, ist eine Gemeinheit! (Sehr richtig!)

Plettner: Ganz kurz! Der Genosse Meyer erklärte vorhin, daß sich der Bremer S.-Rat und damit die Garnison auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellt. Genossen! Das ist die Charakteristik dieses ganzen S.-Rats und damit drückt sich seine bisherige Arbeit in jeder Weise aus, d. h., weil es nicht anders geht und weil die Dinge so liegen, deshalb hat man sich gefügt. (Zuruf: Wortverdreher!)

Daß es nicht anders ist, beweisen die Tatsachen des S.-Rats, das beweist die große Wandelung selber, solange wir in der Revolution stehen. (Stürmische Zurufe.) Und wer noch daran gezweifelt hat, der wird eben, wie die verschiedenen Vorredner erwähnt haben, jetzt durch die Ausführungen Meyers zu einem anderen Urteile gekommen sein, indem er ausführte, wie das Verhältnis zwischen der jetzigen Regierung ist und er ferner anführte, in welchem Verhältnis wir zur neuen Reichsregierung stehen. Genossen! Wenn man sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellt, stelle ich fest, daß es für den Bremer S.-Rat nur eine Frage der Selbstverständlichkeit wäre, sich abzulösen von der Ebert-Scheidemannschen Regierung. (Zwischenruf: Sind wir lange los!) Bitte, dann stellt Euch auf den Boden der Tatsachen, und wenn man auf dem Boden der Tatsachen steht und sich losgelöst hat von Ebert-Scheidemann, hat man auch keine Ursachen, die Intendantur und das Generalkommando und die Reichsmilitärstellen in bezug zu setzen auf Löhnung, Verpflegung usw. (Zuruf: Wo wollen wir denn die herkriegen?) Dann wäre es selbstverständlich, daß die Organisation und Regelung dieser Dinge nicht mehr Sache ist einer Konterrevolution. (Große Unruhe, Du hast ja keine Ahnung, der hat ja keinen Schimmer! Du weißt den Militarismus doch wohl kennen? Weitere stürmische Zurufe.), ... daß das eine Aufgabe ist dieser Regierung in Bremen. (Zurufe. Glocke.) Es ist ferner die Frage aufgeworfen, daß wir feststellen sollen oder nicht, d. h. ob wir überhaupt noch Vertrauen in die Garnison setzen sollen. Ich für meinen Teil stelle fest, daß wir unsererseits noch kein Vertrauen gehabt haben und auf Grund der Tatsachen auch nicht haben können. (Große Unruhe, erregte Zwischenrufe, Pfuirufe) und deshalb sagen wir, daß der S.-Rat gesäubert werden muß, weil wir wissen, daß in diesem S.-Rat und in dieser Garnison nicht Arbeiter der proletarischen Revolution, sondern Soldaten der Konterrevolution sitzen. (Zwischenrufe.) Die sind hier mit drin, das steht fest, und das läßt sich nicht aus der Welt streiten. Alle Arbeiten, die geleistet sind und von dem S.-Rat selbst, zeigen nicht das Bild der proletarischen Revolution, sondern etwas anderes, und aus diesem Grunde bin ich persönlich und mit mir meine Parteigenossen (Zuruf: Nein! Nein! Gelächter, stürmischer Widerspruch. Zurufe: Nicht wahr!), deshalb bin ich persönlich und ich glaube, mit mir der größte Teil meiner Parteigenossen, der Meinung, daß wir diesen S.-Rat nicht bloß säubern, sondern diese ganze Garnison demobilisieren müssen und eine wirklich rote und kommunistische Armee schaffen müssen, die wirklich eintritt für die Interessen des Proletariats. (Erregte Zurufe, Gelächter, Glocke.) Wir wissen, daß von diesem S.-Rat nicht viel zu erwarten ist, wir wissen auch, daß dieser S.-Rat zwar Paraden machen kann bei Demonstrationen, aber wir wissen auch, daß in dem gegebenen Moment dieser S.-Rat und ein großer Teil der Garnison nicht auf unserer Seite sein wird. Die Aeußerung Meyers, daß, wenn ihnen die Waffen weggenommen würden, sie jeden Augenblick zehnmal soviel Waffen wieder bekommen würden, beweist das. (Große Unruhe. Glocke. Erregte Zwischenrufe. Lachen.)

Reimann: Vorhin erwähnte Meyer, er wisse es genau, daß, wenn irgend etwas vorfällt, der S.-Rat berechtigt sei, eine Komission einzusetzen, aber er wollte die Sache zu einem anderen Zwecke ausnützen; ich kenne Meyer! Als die Kulis bei uns eingezogen sind (Zurufe der Matrosen: Diesen Ausdruck verbitten wir uns!), nun, bei uns werden alle Mariner Kulis genannt. Ueber diese Aeußerung brauchen Sie sich nicht aufzuregen, nachher habe ich den Genossen Meyer herangeholt, aber er muß einen haben, der ihn im Zügel hat. Er empfing dauernd Leute von der „Weser-Zeitung" oder von den „Bremer Nachrichten". Wir müssen auf Meyer aufpassen. Nachher kamen Major Caspari und Leutnant Sies, und da sagte er: Reimann, Du mußt jetzt zurückgehen. Aber das ist mir nicht eingefallen, denn ich habe dasselbe Recht gehabt. (Zurufe.) Ihr müßt wissen, mit wem Ihr zu arbeiten habt. Ihr müßt einen haben, der genau und zuverlässig ist (Stürmische Zurufe), aber nicht einen, der mit denen von links und rechts arbeitet. (Zurufe.) Ich habe mit der Linken gearbeitet von Anfang an für die Bewaffnung des Proletariats. Genossen, ich bin der einzige gewesen, der für die Bewaffnung des Proletariats gewesen ist, und Meyer nutzt diese Gelegenheit aus. Ich bin an dem Abend nicht da gewesen, ich bin zum Gewerkschaftshaus gewesen, und da haben sie die Gelegenheit wahrgenommen, mich herauszuwählen. (Zuruf: Ecks war schuld daran!) Das muß festgestellt werden. (Zurufe. Redner wird angeschrien.) Und wenn Ihr Euch alle hinstellt und noch so schreit, ich spreche doch meine Meinung aus. Wir müssen uns einigen, wollen wir die Revolution fördern. (Zwischenrufe.) Es war meine Pflicht und Schuldigkeit, die Revolution zu befestigen und die Kameraden aufzuklären und die Verbindung herzustellen. Ihr habt gesagt, Ihr wollt mit Arbeitern nichts zu tun haben. (Widerspruch.) Nein!? Ueberlegt Euch das! Stimmt das nicht? (Zuruf: In militärischen Sachen braucht sich der S.-Rat nichts vorschreiben zu lassen.) Dadurch brauche ich mich nicht beeinflussen zu lassen. Der A.-Rat hat gesagt, auf wirtschaftlichem Gebiete müssen wir mitarbeiten, mit militärischen Sachen habt Ihr allein zu tun, aber Ihr müßt mit dem Arbeiterrat zusammengehen. Ihr müßt eine kompakte Masse schließen. Ihr seid mit bürgerlichen Elementen durchseucht, die müssen ausgemerzt werden. Heute sind wir uns noch nicht im

klaren, es wird die Zeit kommen (Zurufe.), wo Ihr geschlossen mit uns arbeiten müßt, und ich weiß, daß einzelne Kameraden dafür sind. Aber Ihr wißt, daß der S.-Rat von Anfang an eingeschwenkt hat nach rechts und nach links. (Zuruf: Ecks!) Jetzt sind wir so weit, daß wir wieder auseinander sind, jetzt ist der Zwist wieder da. Jetzt sind verschiedene in die Regierung gekommen und andere wieder heraus, und ich erwähne noch einen Kommunisten, der herausgekommen ist. (Stürmische Zurufe.) Ich spreche bis zum Schluß und lasse mich nicht unterbrechen. Ich mache darauf aufmerksam: Paßt Meyer auf die Finger! Ihr wollt nicht nach rechts. Er hat die Beamten- und die Bauernräte einberufen und die Mehrheitssozialisten in Delmenhorst wollen nicht mit ihm zusammenarbeiten.

Ecks: Kameraden! Genossen! Ich will nicht in den Fehler meiner Vorredner verfallen, sondern ruhig und sachlich berichten über das, wozu ich am besten in der Lage bin, ich als hochwohllöblicher Stadtkommandant (Heiterkeit), zu dem man mich so gnädigerweise gemacht hat. (Heiterkeit.) Ich kann am besten empfinden, ob ein Zusammenarbeiten mit dem S.-Rat noch möglich ist oder nicht. In den zwei Tagen, wo ich meinen Posten bekleide, kann ich sagen, daß mit dem S.-Rat ein tadelloses Zusammenarbeiten sein wird, aus dem einfachen Grunde, weil vier bis fünf Mitglieder hineingekommen sind, die auf grundsätzlich sozialistischem Standpunkte stehen. Zu der Anfrage Reimanns, wie es käme, daß er herausgewählt sei, ein paar Worte. An dem Sonntagmorgen, als die Ergänzungswahlen stattfanden, habe ich erklärt, Reimann habe eine Stellung bekommen als Kontrolleur der Gewerkschaften. Leider war meine Auffassung falsch, ich habe aber diese Mitteilung im S.-Rat gemacht und darauf wurde gesagt, man könne nicht zwei Aemter haben, und infolgedessen hat man ihn nicht wiedergewählt. So verhält es sich. Er war für die Exekutive vorgeschlagen und wäre wiedergewählt worden. Das zur Richtigstellung. – Weiter zur Frage der Entwaffnung, die mir vorgeworfen wird. Meyer hat der Sache der Revolution nicht gedient, sonst wäre er gekommen und hätte sich zu mir darüber geäußert. Ich stelle fest daß ich mit keinem einzigen der Regierungsmitglieder, die mir unterstellt sind, über Entwaffnung der Mariner gesprochen habe, und als ich mein Amt angetreten habe, habe ich den Herren in die Hand zugesagt, daß ich nichts machen werde, wovon die Herren nicht unterrichtet sind. Ich habe nicht gesagt, die Mariner sollten entwaffnet werden, fällt mir ja gar nicht ein, meine einstigen Kampfgenossen entwaffnen!? Ich denke gar nicht daran! Ich werde Meyer morgen früh festnehmen lassen, und zwar solange, bis ich weiß, wo er die Waffen hat.

Ein weiterer Beweis, daß die S.-R.-Mitglieder mit der Regierung zusammenarbeiten können, ist der, daß bereits am gestrigen Tage ein Beschluß gefaßt worden ist, daß eine große Garnisonversammlung stattfinden soll, in der ein Regierungsvertreter das Programm der jetzigen Regierung kundgeben soll, und der S.-Rat arbeitet darauf hinaus, eine große Arbeiterversammlung zusammenzubringen, um endlich die Garnison hinter die Regierung zu stellen Ich möchte raten, diese künstliche Erzeugung von der dicken Luft zu lassen. Es ist möglich, mit dem S.-Rat zusammenzuarbeiten, seitdem einige Querköpfe, wozu ich auch gehöre (Heiterkeit), hinaus sind.

Kops zur Geschäftsordnung: Genossen! Ich glaube, es ist nun genug über diese Sache diskutiert, und ich glaube nicht, daß es gut ist, sie noch fortzusetzen. Es könnten noch Aeußerungen fallen, die morgen öffentlich bekannt werden, was nicht gut wäre. Ich beantrage Schluß der Debatte.

Vorsitzender: Was der Tagesordnungspunkt soll, wissen wir überhaupt nicht. Genosse Meyer hat keinen Antrag gestellt, sondern nur eine Resolution des Soldatenrats verlesen. Die sollten wir zur Kenntnis nehmen und damit wäre die Sache erledigt. Er hat nicht für die Revolution, sondern für die Gegner gearbeitet. Morgen kann das jedermann in der Presse lesen

Frese: Ich will nicht die Debatte fortsetzen, möchte aber noch auf einen Punkt hinweisen, der in einer heute abgehaltenen Besprechung von 180 Mann zur Sprache gekommen ist. Es handelt sich um die aktiven Unteroffiziere, die sich zusammengefunden hatten. Es herrscht unter ihnen eine große Beunruhigung darüber, daß sie ihre Rangabzeichen ablegen sollen. Sie sehen eine Degradierung darin, wenn man ihnen diese Abzeichen nimmt. (Zuruf von Rietschel.) Ich habe versprochen, den Wunsch vorzutragen, und das habe ich getan. (Zurufe.)

Vorsitzender: Durch die Erklärung des Genossen Rietschel, daß die Regierung die Angelegenheit bereits prüfe, ist das wohl erledigt.

Frese: Das habe ich vorher nicht gewußt.

Vorsitzender: Ein Antrag zur Sache liegt nicht vor. Es sind noch 12 Redner eingeschrieben.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Meyer: Zur Geschäftsordnung! Zur Richtigstellung!

Vorsitzender: Ich möchte Sie aber ersuchen, nur eine Richtigstellung zu geben und nicht die Debatte wieder zu eröffnen.

Meyer: Sie brauchen keine Angst zu haben. Es handelt sich nur um eine Richtigstellung, nur darum, ein Mißverständnis aufzuklären, das vielleicht dadurch entstanden ist, daß man meine Worte nicht deutlich gehört hat. Es handelt sich jedenfalls um die Worte: Waffen können wir spielend bekommen. Es wurde gefragt, woher wir die bekommen könnten. Ich kann erklären: daß hinter uns alle Soldatenräte stehen, die gesamten Soldatenräte aus Nordwestdeutschland. Wenn wir an die herangehen und ihnen sagen: „Wir können uns nicht verteidigen!", dann bekommen wir von den Soldatenräten Waffen. Das ist die Erklärung. Daß ich mich vielleicht nicht so genau ausgedrückt habe, das kommt daher, daß stets störende Zwischenrufe gemacht werden, wodurch man erregt wird.

Stucke: Zur Richtigstellung.

Vorsitzender: Die Debatte ist geschlossen.

Stucke zur Geschäftsordnung: Genossen! Kameraden! Ich glaube, es ist ein schlechter Dienst, den der Vorsitzende der ganzen Versammlung erweist, wenn er jemand das Wort kurzerhand abschneidet, nachdem einer das Wort zur Richtigstellung gehabt hat. Ich möchte richtigstellen, daß Kamerad Meyer gesagt hat, daß die sämtlichen Garnisonen Nordwestdeutschlands Schulter an Schulter mit dem hiesigen Soldatenrat stehen. Also Cuxhaven und Hannover und Wilhelmshaven sind es, die Waffen liefern. (Zuruf: Das war eine schöne Richtigstellung!)

## Bericht über die Arbeitslosenunterstützung.

Ertinger: Parteigenossen! In einer der letzten Sitzungen des alten Arbeiterrats ist der Beschluß gefaßt über eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Dieser Beschluß bedarf zur Ausführung noch der Genehmigung durch eine Vollsitzung des Arbeiterrats. Die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung hat naturgemäß durch die Umwandlung der Regierung Schwierigkeiten gehabt. Der Senat hatte sich, weil er erkannt, wie wackelig seine Stellung war, mit der Auszahlung der erhöhten Unterstützung bereits einverstanden erklärt. Die Sache verzögerte sich dadurch, daß eine andere Regierung eingeführt wurde. Am kommenden Freitag könnte dann die Zahlung der erhöhten Sätze noch nicht in Angriff genommen werden. Wir werden aber dafür sorgen, daß Freitag, den 24. Januar, die Erwerbslosen zuerst die erhöhten Sätze bekommen. Dazu bedarf es aber noch der Zustimmung dieser Versammlung. Einige Bestimmungen der Vorlage haben eine neue Fassung erhalten. Wir sind leider nicht in der Lage gewesen, Ihnen die neue Vorlage zuzusenden, weile die Vorlage heute erst fertiggestellt worden ist und nicht mehr vervielfältigt werden konnte. Die endgültige Fassung des Gesetzes muß auf jeden Fall heute abend vorgenommen werden, weil sonst die Auszahlung der erhöhten Unterstützung eine weitere Woche zurückgestellt werden müßte, was nicht im Interesse der Erwerbslosen und des Arbeiter- und Soldatenrats liegen kann. Sie werden aber im Bilde sein, wenn ich Ihnen die abgeänderten Paragraphen vorlese.

Redner verliest § 16 Absatz 4.

Die Vorlage ist noch vom alten Senat ausgearbeitet und der Vollzugsrat hat sich mit der Vorlage mit einigen kleinen Aenderungen einverstanden erklärt. Die Einschränkung, betreffs die Erwerbslosen, die nicht länger als zwei Monate in Bremen ihren Wohnsitz gehabt haben, ist notwendig, weil sich sonst ein außergewöhnlicher Zuzug von Arbeitslosen nach Bremen einstellen würde, die meist nur unterstützt werden wollen und Bremens Finanzen nicht in der Lage sein würden, die dann erforderlichen Summen zu zahlen. Ich glaube, daß Sie diesem Standpunkt beipflichten werden.

Was die Frage der Unterstützung von einzelnen weiblichen Personen über 16 Jahre betrifft, so hält der Vollzugsrat den Satz von 1 ℳ aus dem Grunde für richtig, weil die Möglichkeit besteht, daß Frauen und junge Mädchen in der Lage sind, bei ihren Eltern wohnen zu können. Allerdings liegt in dieser Bestimmung eine gewisse Härte. Diese kann aber ausgeglichen werden, weil der Demobilisierungskommissar — und die Zentralbehörde sind wir! — ohne weiteres in der Lage ist, bei außergewöhnlicher Härte diese niedrigen Sätze zu erhöhen. Krankenversicherung und unsere Regierung werden diese Sache wohlwollend prüfen

Eine weitere Aenderung ist in § 18 vorgenommen. (Wird verlesen.)

Eine weitere Aenderung hat der § 18 erfahren. Der Gesamtbetrag der Erwerbslosenunterstützung darf 70 Proz. des seitherigen Verdienstes nicht übersteigen. Das ist nach Lage der Verhältnisse als angemessen zu betrachten. Der Höchstbetrag ist 12,50 ℳ. Ich glaube, daß durch die Annahme dieses Gesetzes wir das Vertrauen der Arbeitslosen gewinnen werden. Und ich möchte sagen, daß wir als Regierung das Vertrauen des Arbeiter- und Soldatenrats haben müssen, weil sonst ein Arbeiten, wie es hier durchaus notwendig ist, nicht vor sich gehen kann. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß wir in Bremen auf exponierter Stelle stehen. Diese Stelle kann nur mit Erfolg behauptet werden, wenn wir aus der Vollsitzung des A.- und S.-Rates nicht das machen, was eben getan ist. Ich möchte mit vollem Ernste betonen, Sie haben uns in eine schwierige Stelle gesetzt. Wir werden sie mit voller Ueberzeugung und vollem Optimismus ausüben. Aber

ich sage, daß wir diesen Optimismus nur dann haben können, wenn der A.- und S.-Rat unsere Arbeit insgesamt zu würdigen weiß und seinerseits wieder mit arbeitet, wie es im Interesse des gesamten Proletariats notwendig ist.

Geffken: Nachdem in Bremen die neue Regierung eingesetzt ist, haben wir, respektive die Arbeitslosen das große Glück gehabt, daß die seinerzeit hier in diesem Saale von den Arbeitslosen vertretenen Sätze bewilligt sind. Aber eine Frage, die komisch berührt, ist die, daß man jetzt am 24. Januar diese erhöhten Sätze auszahlen will. Die alte Regierung hatte schon beschlossen, diese Sätze am 17. und 18. auszuzahlen, und vielleicht wäre es doch noch möglich, daß diese Unterstützung am 17. und 18. ausgezahlt werden könnte. Wenn Etwer glaubt, es würde nachbezahlt, so glauben es die Arbeitslosen nicht mehr. Es ist ihnen immer gesagt worden, sie bekämen es nachbezahlt. Es wird gesagt, es ist das nicht möglich aus technischen Gründen, und da möchte ich sagen, von jenem Bureau in der Albutenstraße, welches die Entscheidungen über die Unterstützung fällt, kommt jeden Tag ein Teil der Leute zurück, die erklären uns, sie haben mir meine Unterstützung abgelehnt, weil von den jungen Leuten, die noch nicht 21 Jahre alt sind, verlangt wird, daß sie sich von den Eltern versorgen lassen. Aber das kann man von den Eltern jetzt nicht verlangen, die selbst nur ein paar Groschen verdienen im Verhältnis zur heutigen teuren Zeit. Ich glaube, die Sätze von 6 und 8 M, die von den Arbeitslosen vertreten worden sind, sind nicht zu hoch, und ich möchte den Appell an die Regierung richten, so bald als möglich den Arbeitslosen das zu geben. Einem großen Teile ist seinerzeit von der Reichsunterstützung die Arbeitslosenunterstützung abgezogen worden. Das muß nachbezahlt werden.

Frau Ahrens: Es berührt mich eigentümlich, daß ein Unterschied gemacht werden soll zwischen ledigen weiblichen Arbeitskräften und männlichen ledigen Arbeitskräften. Den Unterschied darf es nicht geben. Den ledigen weiblichen Personen wie den ledigen männlichen muß man dieselbe Unterstützung ausbezahlen. Anders kann es nicht gehen. Wenn der Genosse Ertinger sagt, wir haben angenommen, daß die meisten weiblichen Arbeitskräfte bei ihren Eltern wohnen, — nein, das sind Ausflüchte! Ich kann es nicht begreifen, wie ein Arbeiter dazu kommt, uns solche Sachen vorzumachen! Denn nicht nur viele Mädchen, sondern auch junge Männer wohnen bei den Eltern. Ich frage euch, sind die Frauen nicht ebensoviel wie die Männer? Und brauchen die Frauen nicht mehr Zeug als die Männer? Es ist viel schwerer, eine Tochter zu haben als einen Sohn, und ich appelliere an euer Solidaritätsgefühl, wenn ich bitte, meinen Antrag, den ich jetzt stelle, anzunehmen. Der Antrag lautet: (Wird verlesen.) Ich meine, anders kann es nicht gehen. Er muß angenommen werden.

Henke: Genossen! Der Antrag der Frau Ahrens ist zweifellos gut gemeint und ein ähnlicher Antrag hat uns im Rate der Volksbeauftragten beschäftigt. Genossin Ahrens geht davon aus, daß die männlichen und weiblichen Arbeiter gleichgestellt werden, daß in dieser Zeit der Teurung es teurer sei, ein weibliches Wesen am Leben zu erhalten als ein männliches. Wir dürfen aber so die Dinge nicht beurteilen. Hier handelt es sich um eine Erwerbslosenunterstützung, d. h. um einen mehr oder minder guten Ersatz dessen, was die Arbeiter früher verdienten. Es handelt sich nicht darum, daß wir unsere Lohngrundsätze durchführen, sondern wir müssen uns den realen Verhältnissen anpassen. Darüber kommen wir nicht hinweg. Wenn wir dem Antrage nachgeben, würde es natürlich sehr anziehend sein für weibliche Arbeitskräfte, nach Bremen zu ziehen, sie würden hier mehr als Arbeitslose verdienen, als wenn sie in Lohn und Brot ständen. (Zuruf Frau Ahrens: Das sagt Dr. Böhmert auch!) Das wäre das Resultat davon, und das müssen wir vermeiden. Wir müssen sie den Lohnverhältnissen anpassen, mit denen wir es zu tun haben, und wenn wir die uns ansehen, so haben wir bedeutende Lohnunterschiede. Das ist bedauerlich, das können wir aber nicht ändern. Wir werden das tun, wenn es sich um die Festsetzung der Löhne handelt. Dann würden wir mit der Frau Ahrens dafür sein, daß gleiche Löhne gezahlt werden. Aber hier handelt es sich um eine Art Ersatz eines entgangenen Lohnes. Darum können wir den Antrag nicht annehmen. Wir können nicht auf dem Wege der Erwerbslosenunterstützung das korrigieren, was leider zuungunsten der weiblichen Arbeiter nach dem heutigen Lohnsystem ausschlägt. Deshalb bitte ich, den Antrag abzulehnen.

Kaiser: Ich möchte darauf hinweisen, daß prozentual die weiblichen Kräfte einen höheren Satz bekommen als die männlichen. Wenn wir die Werftarbeiterlöhne zugrundelegen, so verdient ein gelernter Werftarbeiter 19 bis 20 M bei 8stündiger Arbeitszeit und bekommt 6 M Erwerbslosenunterstützung, das sind 30 Prozent seines Arbeitslohnes. Die weiblichen Personen verdienen im Werftbetriebe achtmal 1,60 M im besten Falle, das sind 12,80 M. Sie bekommen 4 M Erwerbslosenunterstützung, das sind 33⅓ Prozent ihres Arbeitsverdienstes. Sie sehen also, daß das prozentuale Verhältnis zugunsten der weiblichen Personen sich verschoben hat.

Fräulein Otto: Ich stehe auch auf dem Standpunkte, daß ledige weibliche Personen genau den-

selben Lohn erhalten, wie die ledigen männlichen Personen. Wenn Löhne festgesetzt werden, dann ist im allgemeinen immer angeführt worden, die weiblichen Personen können nicht dasselbe verdienen, weil sie nicht dasselbe leisten. Für gleiche Leistung sollen wir auch das Gleiche bezahlt erhalten. Ich bemerke hierzu, daß wir diese Forderung auch bei den Hansa-Lloydwerken auf meinem Antrag hin durchgesetzt haben, daß die männlichen und weiblichen Kräfte bei gleicher Leistung dasselbe Gehalt bekommen. (Zuruf: Wir auch!) Im Arbeiterrat aber nicht. Die Arbeitslosen, die man hier ernährt von den weiblichen Personen, müssen auch da angeführt werden, wo es sich um die männlichen handelt. Hier ist auch gesagt worden, daß der Satz von 6 ℳ für die männlichen Arbeiter zu hoch wäre, weil dadurch die männlichen arbeitslos würden. Dem könnte durch andere Maßnahmen entgegengewirkt werden. Es ist kein Grund für eine Erniedrigung der Erwerbslosenunterstützung, weil die Löhne niedriger sind. Meiner Meinung nach müßte daraus gefolgert werden, daß die Löhne höher werden, daß die Löhne auch so sind, daß man davon leben kann. Wenn Genosse Kaiser anführt, daß die weiblichen prozentual besser gestellt sind, so möchte ich sagen, daß die Männer auf Grund ihres höheren Lohnes in der Lage sind, Rücklagen zu machen. (Zuruf: So? Wie schön?!) Das können die weiblichen Personen doch nicht! (Zuruf: So? Heiterkeit.) Ferner gibt es viele weibliche Personen, die jetzt 900 ℳ und mehr verdienen. Von 180 ℳ im Monat können wir uns doch nicht ernähren! Der Vorwand, daß wir einer Familie angehören, ist komisch. In einer Familie muß man doch auch wohnen und essen und sich kleiden, und außerdem gibt es auch viele männliche Personen, die auch einer Familie angehören, die bekommen auch denselben Satz, als wenn sie keiner Familie angehören. Was Genosse Henke sagt, daß er für die Gleichbezahlung beider Geschlechter ist, stimmt doch wohl nicht ganz. Denn gerade im Arbeiterrat wird dieser Unterschied doch gemacht. Da bekommen die weiblichen 250 und die männlichen Personen 400 ℳ. Ich möchte den Antrag Ahrens unterstützen und bitte um Annahme desselben.

Koffka: Parteigenossen! Der Antrag der Frau Ahrens ist an und für sich sehr gut und ich würde ihn sofort unterstützen. Aber hier sind verschiedene Genossen anwesend, die schon auf dem Arbeitsnachweis gearbeitet haben, die werden mir zustimmen, wenn die weiblichen Arbeitslosen morgen pro Tag 6 ℳ Arbeitslosenunterstützung bekommen, dann nimmt keine eine Arbeit mehr an. Wir müßten eine Zwangsvermittlung vornehmen. Und wohin würde eine solche Zwangsvermittlung führen? Zu nichts gutem. Wir haben heute auf dem Arbeitsnachweise einen Teil Karten einbehalten müssen, um endlich reine Bahn zu schaffen. Wir hatten einen großen Teil von jugendlichen Arbeitern, die auf Grund der Erwerbslosenunterstützung 4 ℳ erhalten, die aber, wenn sie für 4,80 ℳ arbeiten müssen, keine Arbeit annehmen. Und ich kann es ihnen nicht verdenken, wenn sie für 80 ₰ keine Arbeit annehmen. Deshalb sollte man es sich überlegen, ob man einen solchen Antrag annehmen will. Ich möchte im Interesse der ganzen Sache und damit es nicht allzuschwer wird, bitten, den Antrag abzulehnen. An und für sich sollte man dazu übergehen.

Plettner: Wir sind uns darüber klar, daß der Antrag der Frau Ahrens nichts anderes ist, als eine Forderung der Gerechtigkeit, und es braucht darüber gar nicht weiter gesprochen zu werden. Wollen wir aber durchgreifende Maßnahmen einführen, so müssen wir eine Verkürzung der Arbeitszeit vornehmen, damit wir nicht soviele Arbeitslose haben. Das läßt sich aber nicht aus dem Handgelenk schütteln.

Mahl: Im Zeitalter des werdenden Kommunismus sollte man meinen, daß nicht wieder Klassengegensätze geschaffen werden. Wenn weibliche Personen weniger erhalten als männliche, dann schafft man wieder zwei Kategorien Arbeiter. Wir fordern ausdrücklich, daß die weiblichen Arbeitskräfte den männlichen gleichgestellt werden. Hier aber will man wieder die weiblichen Arbeitskräfte minder reichlich bedenken als die männlichen. Man verfällt also wieder in den alten Fehler, den die Kapitalisten während des Krieges gemacht haben, wo die elenden Reklamierten in Fabriken mit Granatendrehen und beim Eisenbahnbau beschäftigt wurden und die Arbeiterinnen geringer bezahlt wurden als die männlichen, und jetzt sollen auch die schwer ausgemergelten Arbeiterinnen niedrigere Unterstützungssätze erhalten. Ich möchte Sie bitten, von diesem Standpunkt, der nur im Kapitalisteninteresse liegt, abzugehen. Ich möchte auch die Angriffe gegen die Frauen energisch zurückweisen.

Lindau: Genossen! Die Uhr ist gleich 11. Sechs Redner sind noch angeschrieben. Ich stehe auf dem Standpunkt, wir sollten, da sich schon verschiedene Anwesende verkrümelt und nach Hause gehen wollen, Schluß machen.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Ertinger: Wenn wir Ihnen als Unterstützung für weibliche Erwerbslose den Satz von 4 ℳ vorgeschlagen haben, so haben wir dabei nicht an die proletarischen Frauen und Mädchen in den Fabriken gedacht, sondern an das große Heer der Arbeitslosen,

die früher nie zum Proletariat gehörten, vor allem an die Mädchen, die in Kontoren und Bureaus arbeiteten, an die Mädchen, die früher nie gearbeitet haben. Die Eltern dieser Mädchen sind meist so gestellt, daß sie ihre Töchter früher statt in Fabriken oder an den Kochtopf in Musikschulen oder in Tanzstunden geschickt haben. Ich mache aber einen Vermittlungsvorschlag, der geht dahin, daß wir den alleinstehenden weiblichen Personen über 16 Jahre einen Satz von 6 ℳ zahlen. Das läßt sich rechtfertigen und können wir annehmen. Es kämen also dafür nur diejenigen in Frage, die auf sich allein angewiesen sind.

Ueber die technische Ausführbarkeit des Vorschlages von Gesken, die Auszahlung noch bis zum 18. Januar vorzunehmen, so muß ich, soweit ich einen Einblick habe, die Ausführungen der Leute am Bureau, die die Sache ausgearbeitet haben, als richtig anerkennen, weil wir nicht die Möglichkeit haben, während der kurzen Periode von drei Tagen die Vorarbeiten auszuführen. Die Zusammenstellung der Listen erfordert viel Arbeit, namentlich, wenn noch Aenderungen beschlossen werden. Die erhöhten Sätze werden aber nachgezahlt werden. Die Arbeitslosen werden uns Glauben schenken. Es ist nicht so wie wenn der frühere Senat so etwas erklärte. Die neue Regierung wird die Erklärung abgeben.

Dann noch eine Frage. Ein Arbeitszwang ist selbstverständlich, er soll und wird eingeführt werden. Aber das ganze Arbeitslosenproblem in der Form der Unterstützungssätze ist selbstverständlich nicht nach unserer Mütze. In der Uebergangszeit muß aber jede Regierung, sei es Cuxhaven, sei es Rußland, dies durchmachen. Weil wir nicht ein genügendes Hinterland und nicht die Macht haben, können wir im Augenblick in Bremen das Problem nicht lösen. Wir können in Bremen noch 6000 Arbeitslose beschäftigen. Die Arbeitslosen selbst wollen auch keine Unterstützung, sondern Arbeit. Es handelt sich nur um die Uebergangszeit, später wird sich ein anderer Weg finden, und diesen andern Weg zu finden, ist Aufgabe der Regierung, aber nicht in diesem Moment. Ich möchte die Kollegen bitten, zu warten, bis der Moment kommt. Die Sache bedarf der Ausarbeitung. Das Problem — ich will nicht weiter darauf eingehen — das Arbeitslosenproblem und das Wohnungsproblem läßt sich im kommunistischen Sinne lösen. Aber es bedarf Vorarbeiten. Diese Vorarbeiten konnten aber nicht geleistet werden in der kurzen Zeit, die zur Verfügung stand. Das Arbeitslosenproblem kann nicht im kapitalistischen Sinne gelöst werden, nur im kommunistischen Sinne. Wir haben heute noch den Kapitalismus, die alte kapitalistische Gesellschaft besteht noch, darum wird sich in diesem Moment das Problem nicht lösen lassen. Wenn der Kapitalismus durch den Kommunismus abgelöst sein wird, dann ist auch die Zeit gekommen, wo das Arbeitslosenproblem zu aller Zufriedenheit gelöst werden kann.

Gesken: Wie denkt die Regierung über die Anrechnung der Reichsunterstützung?

Ertinger: Das liegt nicht in meinem Ressort. Radzuhn hat die Sachen zu bearbeiten, er kann Aufschluß geben.

Vors.: Wir haben abzustimmen über die vom Vollzugsausschuß vorgeschlagenen Aenderungen. (Die Anträge werden noch einmal verlesen.) Dazu hat Ertinger noch einen Vorschlag gemacht.

Henke: Ueber Vorschläge wird nicht abgestimmt.

Becker: Ich stelle den Antrag.

Starker: Zur Aufklärung! Die Sache liegt so: Hier ist ein Paragraph eingeflochten, daß diejenigen Arbeitslosen, die nicht zwei Monate in Bremen beschäftigt gewesen sind, ausgeschlossen sein sollen. Die Vorlage hat uns nicht gedruckt vorgelegen. Wer dahinter sitzt, konnte Ertinger nicht verstehen, und deshalb habe ich mich jetzt hierher begeben. Wir haben das vorige Mal den Beschluß gefaßt, daß ein Austausch der Arbeitslosen stattfinden soll: die früher in Bremen gearbeitet haben, sollen wo anders arbeiten, eventuell die Arbeitslosen aus Bremen nach auswärts verschickt werden und umgekehrt.

Vors.: Das ist nicht mehr zur Richtigstellung.

Starker: Doch! Setzen Sie den Beschluß heute aus, bis wir die Vorlage schriftlich vor uns haben, damit es keinen Irrtum gibt.

Vors.: Ich möchte sagen, das ist keine Richtigstellung mehr. Ich lasse zunächst über den Antrag der Frau Ahrens abstimmen.

Der Antrag wird mit 52 gegen 40 Stimmen angenommen.

Die abgeänderte Vorlage wird angenommen.

Der Höchstbetrag von 12,50 ℳ wird angenommen.

Vors.: Ich glaube, wir haben schon einmal beschlossen, daß die Unterstützung vom 1. Januar ab rückwirkende Kraft haben soll. (Es erhebt sich kein Widerspruch.)

Ertinger: Die erhöhten Unterstützungen werden sich erst am 24. Januar auszahlen lassen, weil die Aufstellung und Berechnung soviel Arbeit macht. Darauf müssen die Arbeitslosen aufmerksam

gemacht werden, daß die Sätze nachbezahlt werden, das ist technisch nicht anders möglich. Sie bekommen das Geld, solange wir eben noch leben.

### IV. T.-O. Bericht über die Forderung der Angestellten.

Kaiser: Die bremischen Staatsbeamten haben die Forderung gestellt, daß sie die 7stündige tägliche Arbeitszeit haben, und zwar die ungeteilte von 8 bis 3 Uhr. Wir haben die Sache deswegen vor den Arbeiterrat gebracht, um dem Arbeiterrat Gelegenheit zu geben zu einer grundsätzlichen Stellungnahme; der Kopfarbeiter hat also eine 7stündige Arbeitszeit gegenüber den 8 Stunden des werktätigen Arbeiters. Ich glaube, ich brauche mich im einzelnen nicht darüber auszusprechen, denn es ist allgemein der Grundsatz anerkannt, daß der Kopfarbeiter im großen und ganzen eher ermüdet als der werktätige Arbeiter. Das wird jeder bestätigen müssen, der im Bureau tätig ist. Außerdem wird die ungeteilte Arbeitszeit gewünscht, weil die Beamten sagen, sie können in der ungeteilten 7stündigen Arbeitszeit ebensoviel leisten wie in 8 Stunden. Der frühere Senat hat in der Zwölferkommission diesem Antrage der Bureaubeamten zugestimmt mit der Einschränkung, die Reglung am 1. April d. J. einzuführen. Die jetzige Regierung tritt an Sie heran mit dem Antrage, daß diese ungeteilte 7stündige Arbeitszeit in den Bureaus der bremischen Staatsbeamten schon am 20. Januar d. J. eingeführt wird. Ich glaube, Sie werden dem zustimmen.

Franke: Ich glaube, diesem Antrage können wir zustimmen. Der alte verknöcherte Senat hat im vergangenen Jahre zu dieser Frage Stellung genommen, als es sich darum drehte, Kohlen und Licht zu sparen. Aber man konnte sich nicht dazu aufschwingen, diesen Beamten die Einheitszeit zu gewähren. Es handelt sich in der Hauptsache darum, die höheren Beamten wollten nicht mit den niederen auf eine Stufe gestellt werden mit der 7stündigen Arbeitszeit, die diese schon lange gehabt hatten. Ich möchte Sie ersuchen, diesem Antrage zuzustimmen. Auch weiter, Genossen, schon deswegen, um einen großen Teil Kohlen zu sparen, die heute den ganzen Tag verheizt werden. Auch Licht kann gespart werden. Also auch aus Sparsamkeitsrücksichten muß dem Antrage zugestimmt werden.

Der Antrag wird angenommen.

### V. T.-O.: Antrag der revolutionären Vertrauensleute zwecks Telegramm an die Reichsregierung.

Plettner: Ganz kurz! Wir haben in der gestrigen Sitzung Stellung genommen zu den Vorgängen im Reiche und haben gesagt, daß wir jetzt in der Provinz die Pflicht haben, unsere Brüder in Berlin und anderen Orten zu entlasten. Wir sagen uns, daß wir in Bremen auf Grund der neuen Ereignisse alle Maßnahmen ergreifen werden, um unseren Genossen zu helfen. Es stand fest, daß in Berlin ein Genosse erschossen ist, der zu den Spartakusleuten gehörte, und wir haben gefordert, wenn weitere Genossen erschossen werden, daß dann von den von uns festgenommenen Geiseln aus den Kreisen der führenden Gewerkschaftsbonzen, der Parteibureaukraten und aus der Bourgeoisie drei von diesen erschossen werden sollen. Wir haben das Telegramm sofort abgeschickt als dringend, weil wir uns sagten, es hängt sehr viel davon ab, um Menschenleben zu retten, und ich bitte deshalb, die Wirkung dieses Telegramms dadurch zu erhöhen, daß Sie sich unserem gestrigen Beschlusse anschließen, damit es offiziell von der Regierung ausgeht. Denn nicht wir haben das Recht, die Geiseln festzunehmen und zu erschießen, sondern die Regierung. Der Antrag lautet so:

An die Reichsregierung, Berlin.

Die revolutionären Vertrauensleute der Bremer Kommunisten haben beschlossen, beim Arbeiterrat in Bremen zu beantragen: Es werden von den bremischen Führern der Scheidemannschen Politik und von den Spitzen der Bourgeoisie in Bremen Geiseln festgesetzt und für jeden in Berlin und anderen Orten standrechtlich erschossenen revolutionären Genossen drei Geiseln der Bourgeoisie und der reaktionären Gewerkschafts- und Parteibureaukratie erschossen.

Die revolutionären Vertrauensleute: Plättner.

Ich bitte euch, diesen Antrag anzunehmen.

Henke: Ich bitte, den Antrag abzulehnen. Es wäre höchst unpolitisch, einen solchen Antrag anzunehmen. Ich bin fest überzeugt, daß die Scheidemannsche Regierung gar nicht daran denkt, irgend jemand erschießen zu lassen. (Zuruf: Sie haben es getan!) Sie hat alle Ursache, mit den Opfern, die gefallen sind, es genug sein zu lassen. Es ist auch nicht nur der spartakistische Genosse, der uns hier interessiert, sondern es sind die vielen, vielen Genossen, die von Spartakus und den Unabhängigen gefallen sind. Es soll eine Taktik befolgt werden, die Hindenburg einmal den Gegnern gegenüber als Mittel empfohlen hat. Damals hieß es in einem Hindenburgerlasse, auf jedes Dorf, das von den Franzosen und Engländern zerschossen würde, sollten von uns drei Dörfer zerstört werden. Von den Gegnern dieses Erlasses hatte sich Ludendorff mit aller Emphase dagegen gewendet, und es kam zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen ihm und der Reichsregierung und den Regierungssoldaten, weil

er bei dieser Gelegenheit die ganze Taktik und Strategie Hindenburgs geißelte. Wir würden in einen ähnlichen Fehler verfallen, wenn wir heute einen solchen Antrag annehmen würden. Drei Geißeln sollen genommen werden aus dem Bürgertum und aus den Regierungssozialisten. Sie sollen büßen für etwas, was wir im Augenblicke gar nicht nachprüfen können. Das ist Wahnsinn! Wenn das in Bremen passieren würde, wenn es sich um kontrollierbare Fälle handelte, dann wäre noch darüber zu reden. Aber eine Sache, die noch ziemlich weit von uns entfernt ist, worüber uns widersprechende Meldungen kommen, kann man nicht mit standrechtlicher Erschießung komplizieren. Die standrechtlichen Erschießungen sind in der Berliner Presse auch widerrufen worden. Das Ganze ist unverantwortlich, und das ist auch die Rede, die Plettner gehalten hat.

Wir sollten nicht augenblicklichen Stimmungen nachgeben, uns nicht durch Verstimmungen leiten lassen, sondern klar und nüchtern die politischen Dinge beurteilen. Wenn wir das tun, müssen wir den Antrag ablehnen.

Starker: Genossen! Ich kann mich dem anschließen, was Henke gesagt hat. (Zuruf von Buchholz.) Buchholz, du bist ja der erste, der ins Mauseloch kriecht, du bist der größte Maulheld. Mit solchen Prahlereien gebe ich mich nicht ab. Beim Kampf gibt es keine Rücksichten, und, Genossen, jedes Mittel wird angewandt, um dem Gegner auf den Leib zu kommen, doch solche Arbeit, diese Blutarbeit, die kann ich auf keinen Fall mitmachen. Wir sind Gegner von der Bourgeoisie, auch Gegner von denen, die den Krieg gemacht haben, und wenn wir die erwischten, würde ich der erste sein, der dafür wäre, daß sie bestraft würden. Aber Leute herausgreifen und an die Wand zu stellen und zu erschießen, ohne daß wir genau wissen, ob sich in Berlin die Sache so verhält, oder ob nicht vielleicht eine Dummheit nacherzählt wird, da mache ich auf keinen Fall mit. Ich spreche ehrlich meine Ueberzeugung aus, ich habe auch Mut, aber Mut im Kampfe, aber auf die Art mache ich nicht mit, daß ich helfen sollte, solche Leute zusammenzuknüppeln. Wir haben ja in Berlin manches erlebt. Wir haben in der „Roten Fahne" gelesen, daß nach drei oder vier Aussagen Sanitäter erschossen wurden, tot oder verwundet wurden. Wenn der Beweis dafür erbracht wird, daß diese böswillig erschossen sind, und man faßt die Angreifer, dann sollte man sie festsetzen und am Hungertuch nagen lassen, was aber hier vorgeschlagen wird, das ist unmöglich, das erscheint mir unmenschlich. Ich bin als Mensch gegen das, was hier als Blutregime vorgeschlagen und von Plettner propagiert wird. Ich appelliere an euer Gefühl, an euer Gefühl als Mensch. So etwas ist unmenschlich. Es wird gesagt, jetzt müßten wir den Mut zeigen, das zu tun. Nein, ich bin nicht so mutig. So etwas kann auch nicht ein begeisterter Revolutionär sagen, sondern nur ein Maulheld, wie ich sie immer genannt habe. (Zuruf.) Ja, solche Maulhelden wie Buchholz, der in der vorigen Sitzung von seinen eigenen Parteigenossen nur 22 Stimmen erhalten hat. Das beweist, wie hoch man da Buchholz einschätzt. Wir haben gehört, daß sie manchen Genossen in ihren Worten gar nicht radikal genug sein können. Warten wir ab, ob sie es auch in der Tat sein werden. Genossen, wir haben in unseren Programmen manche einheitliche Ideale, was Sie aber hier beantragen, das soll uns zu Mordbuben machen, das ist unserer Ideale nicht würdig.

Vorsitzender: Ich glaube, ich darf sagen, daß wir die Ebert-Scheidemann-Regierung kennen und daß die das Telegramm als nichts weiter als eine Drohung auffaßt. Ich glaube auch, daß wir unseren Klassengenossen in Berlin einen wertvolleren Dienst geleistet hätten, wenn wir ihnen eigene Parteigenossen mit 5000 Gewehren geschickt hätten. Dazu ist es aber noch Zeit (sehr gut!), denn die Parteigenossen pflegen in diesem Sinne vorzugehen.

Buchholz: Genossen! Es ist weiter nicht zu verwundern, wenn die Unabhängigen fortwährend zum Rückzug blasen. Henke hat uns das schon angekündigt hinsichtlich der Beschlüsse über Belagerungszustand und Preßzensur, er hat gesagt, daß wir sie so bald wie möglich rückgängig machen sollten. (Henke: Das haben Deine Parteigenossen jetzt gemacht!) Wenn Beschlüsse gefaßt werden, soll man sie durchführen, und wenn man sie nicht durchführen kann, soll man dafür kämpfen. Aber zu kämpfen hat man keine Lust. Da erscheint es manchem besser, den Rückzug anzutreten. Ebert-Scheidemann haben über die Revolution gesiegt, und zwar haben Ebert-Scheidemann es so reaktionär gemacht, wie es schlimmer die Reaktionäre nicht hätten machen können. Die Ebert-Scheidemannsche Regierung will zu noch größeren Taten schreiten. Ich weiß nicht, was sie tun will, sie wird es wissen. Aber wir wissen aus Spandau, daß Genossen gefangen genommen und standrechtlich erschossen wurden. (Pfui!) Was in Berlin passiert ist, können wir darum nicht wissen, weil Ebert-Scheidemann jede Verbindung abgeschnitten haben, damit wir nicht gewahr werden, was für Schandtaten dort verübt werden. Wir sind aber besser unterrichtet als die Unabhängigen. Alfred bleibt im kleinen Bremen stecken, wir wünschen anderwärts Umschau zu halten. (Ruf: Falle man nicht um!) Wir gehen auch nicht nach der Berliner Regierung, denn da sind wir verlassen; wir haben einwandsfreie Berichte von Berlin, wo man bereits zu den äußersten Maßnahmen gegriffen hat: man hat

eine Anzahl Genossen, um ein Exempel zu statuieren, standrechtlich erschossen. Wenn man so etwas in Berlin tut, dann soll man in Bremen, wo man bereits die politische Macht hat, dasselbe tun. Wir brauchen kein Gewaltregiment zu führen. Ja, wenn Ebert-Scheidemann anfangen, ihre Macht zu erweitern und ein Gewaltregiment zu führen, dann brauchen wir uns nicht zu schämen, mit gleichen Mitteln heimzuzahlen. Wie kommen Sie denn dazu, solche äußersten Maßnahmen zu bekämpfen, nachdem, wo man hier soweit gekommen ist, den bremischen ehemaligen Senator Bömers mit einer Mission nach Berlin zu schicken? Sie werden mit uns glauben, daß Bömers jedenfalls nicht im Interesse der neuen bremischen Regierung in Berlin arbeiten wird. (Zurufe.) Das gehört hierher. Das mit dem Blutregiment wird nicht so schlimm sein. Das Blutregiment wird erst einsetzen, wenn Ebert-Scheidemann zum äußersten greifen, dann werden auch wir unsere äußersten Mittel gebrauchen. Wir werden die Parteiführer und die Gewerkschaftsführer solange festhalten und auf einen Mann drei Mann setzen. Ich soll ins Mauseloch kriechen? Ich habe während des Belagerungszustandes alles versucht, das System zu brechen. (Lachen.) Wenn Sie aber die Bremer Unabhängigen näher ansehen, finden Sie, daß jeder hübsch still ins Mauseloch gekrochen ist. Ich bin überzeugt, daß es in der Beziehung nirgends in Deutschland so gewesen ist wie in Bremen bei den Unabhängigen. Haben sie denn wirkliche Arbeit geleistet? (Ruf: Was haben Sie denn gemacht?) Sie können es ablehnen, mit den kommunistischen Genossen, die Mut haben, dieses Nest auszuheben, zu arbeiten. (Zuruf: Wenn Du bezahlt wirst, sonst tust Du es auch nicht!) Sie können ablehnen, zu sagen, was geschehen soll, damit Ebert-Scheidemann sehen, daß, wenn sie zu den äußersten Mitteln greifen, eine bedeutende Gefahr für sie in Betracht kommt, auf diesen Vorschlag einzugehen. Trotzdem wir in Bremen die Macht haben, trotzdem die Hoffnung besteht, daß der Sieg Ebert-Scheidemann wieder rückgängig gemacht wird; (Bravo!) lehnen die Unabhängigen ab. Die Mittel, die wir anwenden werden, wollen wir Ihnen natürlich nicht vorher brühwarm erzählen, aber ich gebe Ihnen die Versicherung: wir finden noch Mittel, um Ebert-Scheidemann eines anderen zu belehren. Ich möchte Sie ersuchen, wenn Sie im Interesse der Revolution arbeiten und nicht ins Mauseloch kriechen wollen, nehmen Sie den harmlosen Antrag an. (Heiterkeit.) (Starker: Warum sind Sie nicht freiwillig nach Berlin gegangen?)

Vorsitzender: Es sind noch etwa 15 Redner eingezeichnet. Ich glaube, wir erledigen die Sache am besten dadurch, daß wir praktisch arbeiten und nicht lange Reden halten. Wir haben einen Stadtkommandanten, der großes organisatorisches Talent besitzt, und ich glaube, der wird ohne Zweifel damit einverstanden sein, daß er, wenn von Berlin Hilfe gefordert wird, binnen drei Tagen mindestens 1000 Mann auf die Beine bringen wird, um den Berliner kämpfenden Genossen zu Hilfe zu sein; damit können wir alle einverstanden sein. Ich glaube, die U. S. werden auch mitgehen. Durch die Annahme dieser famosen Resolution ist nichts geschehen. (Bravo!) Handeln wir, dann haben wir mehr erreicht, als wenn wir weiter debattieren. (Schlußrufe.)

Sommer, zur Geschäftsordnung: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Vorsitzender: Es sind noch 15 Redner eingereicht,

Reimann: Jedesmal sprach Henke nach jedem Redner und Brodmerkel macht dasselbe, und er sagt, daß 15 Redner eingezeichnet sind, nur damit keiner zu Worte kommen soll. Es ist eine sehr wichtige Sache, es ist notwendig, diese zur Sprache zu bringen. Wir wissen genau, daß es notwendig ist, Geißeln in der Hand zu haben, wenn einer an die Wand gestellt wird . . .

Vorsitzender: Das ist auch nicht zur Geschäftsordnung.

Brauckmüller: Ich möchte den Schluß der Debatte empfehlen und vor allen Dingen den Kommunisten, und zwar aus folgendem Grunde: Ich möchte nicht gern, daß von einem unverantwortlichen Mitgliede der Kommunistischen Partei die Ideen des Kommunismus in den Dreck und an den Pfahl gezogen werden. (Sehr richtig!) Deshalb bitte ich den Antrag auf Schluß der Debatte anzunehmen.

Der Schluß der Debatte wird angenommen.

Plettner: Ich will Brauckmüller erklären, daß diese ganze Sache nicht etwa Mache eines Unverantwortlichen ist, sondern durchgedacht und nachgeprüft worden ist und so vereinbart ist. Mit dem roten Terror, den wir anwenden wollen, wollen wir nicht die Ideen des Kommunismus in den Schmutz ziehen, sondern wollen die Ziele des Kommunimus durchführen. Dieser Antrag ist nicht mein Produkt, sondern ein Produkt des revolutionären Bundes der Kommunistischen Partei.

Der Antrag wird abgelehnt. (Bravo! Händeklatschen.)

Vorsitzender: Uns wurde noch ein Antrag überreicht. Aber wir waren am Schlusse der Debatte.

VI. T.-O.: **Ergänzungswahlen zum Arbeiterrat.**

Stucke: Ich möchte zur Begründung sagen, den Arbeiterrat voll zu ergänzen, sowie es die Proletariermassen auf dem Marktplatze verlangt haben. Sie werden zugeben, es waren nur die gewählten Vertreter der U. S. und die Kommunisten, die so wichtige Beschlüsse, wie die Ergänzung des Arbeiterrats doch wohl nicht fassen können. Die Mehrheitssozialisten waren durch Beschluß vom Marktplatz ausgeschlossen, das war ganz selbstverständlich; aber ein weiterer Beschluß dieser Volksmassen lag vor, nämlich, daß 30 Mitglieder jeder Parteirichtung in den Arbeiterrat hinzuzuwählen seien, und vorher waren sich sowohl die U. S., ich möchte das feststellen, in den Vertrauensmännersitzungen darüber einig geworden, wie auch die Kommunisten, daß 30 Vertreter für die ausscheidenden Sozialpatrioten gewählt werden sollen. (Zuruf: Wo war denn das? — Anderer Zuruf: Im Offizierskasino!) Vielleicht seid Ihr darüber nicht unterrichtet. Da liegt die Sache so, daß auch wir vorher schon den Beschluß gefaßt hatten, 30 zu wählen, und ich glaube, daß man sich nicht kurzer Hand über einen Volksbeschluß hinwegsetzen darf, der so sehr berechtigt ist. (Zurufe von Brauckmüller.) Genosse Brauckmüller, ich muß feststellen, daß Du den ganzen Abend die Versammlung lebhaft gestört hast. Man kann sich über einen solchen Volksbeschluß, der berechtigt ist, nicht ohne weiteres hinwegsetzen, und ich stehe auf dem Standpunkte, daß unbedingt die weiteren 15 Vertreter in den Arbeiterrat gesandt werden müssen, daß wir zu dem Beschlusse kommen, den Beschluß der vorigen Arbeiterratssitzung aufzuheben und heute den Beschluß fassen, durch Ergänzung 30 hinzuzuwählen und nicht 15, wie vorigesmal beschlossen wurde.

Henke: Genossen! Die Beschlüsse von Volksversammlungen in allen Ehren. Wenn wir zu dem Entschluß gekommen sind in der vorigen Versammlung, nicht 30, sondern 15 hineinzuwählen, dann glaube ich, sollte dieser Beschluß heute nicht umgestoßen werden. Wir sollten etwas mehr Achtung beweisen vor unseren eigenen Beschlüssen, sonst machen Sie sich lächerlich. (Sehr richtig!) Das ist schlimm. Solche Leute sind unter ein gewisses Niveau gesunken, das ich nicht näher bezeichnen will. Wir haben den Antrag, 30 zu wählen, abgelehnt. Warum haben wir ihn abgelehnt? Wir haben den Antrag abgelehnt, weil keine zwingenden Gründe vorlagen, ihn anzunehmen. Wir haben aber trotzdem eine Mittellage geschaffen, um die Genossen, die mit aller Gewalt danach riefen, zu versöhnen, deshalb haben wir uns geeinigt auf 15. Und ist der Saal nicht voll genug? Sind wir nicht beschlußfähig genug? Und wird dadurch etwas geändert an unserem Mehrheitsverhältnis? Gar nichts! Oder erhoffen Sie dadurch eine Aenderung? Dann würde ich mir das allerdings erklären können, um nach außen den Anschein zu erwecken, daß Stucke und seine Freunde die rechten Dolmetscher des Willens der Massen sind! Das ist nichts anderes als Demagogie. Und das müssen wir in aller Oeffentlichkeit aussprechen. Und darum bitte ich Sie, machen Sie solche Menkenke nicht mit, sonst machen Sie sich lächerlich, letzten Endes auch bei der Masse.

Vorsitzender: Ich glaube, daß man sich dadurch, daß man einen Antrag stellt, die Zahl der Vertreter zu erhöhen, nicht lächerlich macht. Ich muß solches zurückweisen. (Henke: Ich habe das nicht erklärt. Ich bitte, meine Worte recht zu lesen!)

Vorsitzender: Das hat Henke erklärt!

Henke: Nein!

Lindau: Ich will Stucke erzählen, daß er trotz des Spitzeltums nicht über die Beschlüsse der U. S. orientiert war. Wir hatten einen Kommunisten, der trotzdem, daß er Mitglied Ihrer Partei war, bei unsern Wahlen abstimmte, und als er festgestellt werden sollte, klappte er sein Notizbuch zusammen und ging hinaus. In der Freitagssitzung ist von „allen" Genossen beschlossen worden, nur 15 Genossen zu schicken, und in der heutigen Sitzung will man noch 15 dazu wählen. Gehen Sie hinauf auf die Gallerie, ob die die Nase nicht voll haben von unsern verflixten Kommunisten! Würden noch 15 Querköpfe hinzukommen, würde der Krach noch größer sein und praktische Arbeit würde doch nicht geleistet werden. Das Wort Volkswille sollte man nicht zuviel in den Mund nehmen. Belassen Sie es bei den 15 Mann. Wenn eine Frage auftauchen sollte, wäre es die, von jeder Partei 15 Mann nach Hause zu schicken. (Heiterkeit.) Lehnen Sie den Antrag ab.

Vorsitzender: Ich kann nicht zulassen, daß Lindau sagt, wenn noch 15 Querköpfe von der Kommunistischen Partei hereinkämen, so . . . (Zurufe: Von beiden Seiten!) Er hat ausdrücklich von Kommunisten gesprochen. Ich glaube, das werden keine Querköpfe sein. Ich glaube, es wird überall Querköpfe geben, aber beleidigende Aeußerungen dürfen nicht ausgesprochen werden, auch nicht vom Vorsitzenden. (Heiterkeit.)

Hallmann, zur Geschäftsordnung: **Mit Rücksicht darauf, daß in der letzten Sitzung die 30 Vertreter abgelehnt worden sind, stelle ich den geschäftsmäßigen Antrag, über diesen Antrag zur Tagesordnung überzugehen.**

Reimann: Genossen! Wir werden unsere 30 Vertreter schicken, ob Sie mit uns arbeiten wollen, ob Sie sie annehmen wollen oder nicht! (Große Heiterkeit.)

Schulze: Ich halte es aus technischen Gründen für unpraktisch, das Parlament zu vergrößern, und bitte deswegen, den Antrag, der darauf abzielt, gar nicht weiter zu erwägen, sondern Uebergang zur Tagesordnung anzunehmen.

Vorsitzender: Es ist Uebergang zur Tagesordnung beantragt. Wer dafür ist, den bitte ich aufzustehen. Der Antrag ist mit 61 gegen 51 Stimmen angenommen.

Breitmeier: Zu einer Erklärung! Einige Worte zur Sache selbst! Ich möchte erklären, daß es nicht darauf ankommt, das Parlament um 30 Mitglieder zu vermehren, sondern es handelt sich darum, die Kompetenzen des Arbeiterrates zu vergrößern und zu wirklichen Vollsitzungen zu machen. Nach meiner Meinung ist der Arbeiterrat noch vollzählig, darum ist beantragt worden, ihn zu ergänzen. Was wir jetzt haben, ist ein Provisorium, nicht eine Vollsitzung des Arbeiterrates.

Vorsitzender: Das war eigentlich zur Sache gesprochen. Es wäre gut gewesen, wenn Genosse Stucke dies bei der Begründung vorgebracht hätte. Jetzt kann das nicht mehr maßgebend sein, der Antrag ist erledigt.

—

Henke, zur Geschäftsordnung: Ich muß mich dagegen äußern, daß der Vorsitzende zuläßt, daß nach Schluß der Debatte und nach erfolgter Abstimmung noch eine Erklärung abgegeben wird, eine altbekannte kommunistische Erklärung, gegen die dann nicht mehr gesprochen werden kann. Das ist ein Unfug, und dem muß gesteuert werden. Darum fordere ich, darum ersuche ich, nach Erledigung einer Sache irgend welche Erklärungen nicht mehr zuzulassen.

Vorsitzender: Ich konnte nicht wissen, was erklärt werden sollte, und will nur, daß jeder zu seinem Recht kommt. Ich handle unparteiisch.

Wahl: Ich wollte auch eine Erklärung abgeben!

Vorsitzender: Im übrigen möchte ich ersuchen, die Sache nicht lächerlich zu machen.

Wahl: Ich wollte etwas vernünftiges erklären.

Vorsitzender: Für mich ist die Sache erledigt.

Es wird noch folgender Antrag eingereicht: „Beantrage sofortige Sozialisierung der Straßenbahn". Unterzeichnet im Namen der Genossen . . . ich kann nicht alle lesen. Ich glaube, wir überweisen die Angelegenheit dem Rat der Volksbeauftragten, dann haben wir die Gewißheit, daß das Ideal verwirklicht wird, was wir alle wünschen.

Weiter wird mir mitgeteilt: „Lege mein Mandat im Vollzugsrat nieder. Karl Herold". Ich weiß nicht, ob wir den neuen Vertreter heute schon wählen wollen.

Henke: Genossen! So geht es nicht. Herold hat mitgeteilt, daß er sein Mandat niederlege. Er hätte doch mitteilen müssen, was für einen Grund er dafür hat. Jetzt erfahren wir am Schluß — und es ist nach 12 —: Herold legt seinen Posten nieder. Es ist ein sehr wichtiger Posten. (Zuruf: Das ist ein anderer Herold, ein Herold ohne Kopf, sagten Sie damals!) Nicht derjenige, der den Polizeidienst hat? Den kopflosen Herold können wir entbehren. (Heiterkeit.) Aber die Neuwahl muß vorbereitet werden. Es macht einen schlechten Eindruck, wenn wir die Wahl so unvorbereitet vornehmen. Daß jemand einen Posten ohne Angabe der Gründe niederlegt, geht auch nicht.

Vorsitzender: Er hat mir das Schreiben überreicht. Ich habe Herold ersucht, das heute abend nicht vorzubringen. Er hat aber gesagt, ich sollte es vorbringen, es müßte ein Vertreter gewählt werden, weil er nicht weiter tätig sein könne. Die Gründe könnte er mir nicht angeben.

Stauck: Ich habe zu erklären: Die Zusammensetzung des Ressorts und des Vollzugsrats können wir nur als ein Provisorium ansehen. (Zuruf: Erklären Sie das für sich allein?) Nein, in Uebereinstimmung mit dem Vertrauensmannkörper erkläre ich, daß wir die Zusammensetzung des Vollzugsrats und der Kommissariate nur als ein Provisorium ansehen. (Zurufe.) Wenn die Unabhängigen darüber lachen, so ist das ein Zeichen dafür, daß sie nicht wissen, worum es sich handelt. Es ist eine Sache, die sehr ernst ist, und darüber lachen Sie? (Ruf: Johann, du hast nicht das Buch!)

Franke: Parteigenossen! Ich möchte Ihre Geduld nicht lange in Anspruch nehmen. Wir haben gesehen, daß ein großer Wirrwarr in die Verhandlungen gekommen ist. Die Ursache davon ist zum Teil, daß wir keine Unterlagen für die heutige Tagesordnung gehabt haben. Deshalb bitte ich, uns das Material, das am Abend zur Verhandlung kommen soll, einen Tag oder ein paar Tage vorher zugehen zu lassen, wenn es möglich ist, damit die Fraktionen dazu Stellung nehmen können. Dadurch würden die

Verhandlungen bedeutend abgekürzt werden. Sonst müssen wir immer bis Mitternacht und darüber hinaus tagen.

Vorsitzender: Wir leben in der Zeit der Revolution. Wir haben Mittel und Wege gesucht und jetzt gefunden, um es zu ermöglichen, die Vorlagen, die zur Beratung stehen, den Mitgliedern des A.- u. S.-Rats rechtzeitig zuzusenden. Bis jetzt ist das nicht möglich gewesen, schon deshalb nicht, weil wir noch nicht die Hälfte der Adressen der Mitglieder hatten. Ich möchte alle, die ihre Adressen noch nicht angegeben haben, bitten, sie uns aufzugeben.

Weiter habe ich mitzuteilen, daß folgender Antrag eingegangen: Eine Kommission von fünf Genossen zu wählen, die bis zur nächsten Sitzung eine Vorlage für die Geschäftsordnung der Vollratssitzungen ausarbeitet und vorlegt. Wolde. (?)

Sommer: Ich möchte beantragen, daß die Soldaten- und Arbeiterratssitzungen abends nicht über zehn Uhr hinaus tagen und nicht, wie heute, bis 12 Uhr.

Lindau: Du hast nicht mehr Rechte wie andere, Plettner! Du rauchst!

Vorsitzender: Das Rauchen ist hier verboten.

Es ist gut, wenn wir die Verhandlung jetzt bis zur nächsten Sitzung vertagen. Dann ist noch ein Antrag von Stauck eingegangen, der die paritätische Besetzung der Kommissionen usw. fordert, und ein Antrag Starker, der fordert, daß der Rat der Volksbeauftragten paritätisch zusammengesetzt wird. Ich glaube, daß wir die Aussprache darüber vereinigen können. Sind Sie damit einverstanden? (Zurufe von verschiedenen Seiten.) Ich möchte Sie ersuchen, uns nicht lächerlich zu machen. Zuruf: Die Weisheit Starkers brauchen wir nicht! — Buchholz: Der ist nichts anderes als ein großer Wauwau, ein Hofköter!) Wir haben dann noch den Antrag, eine Kommission zur Ausarbeitung einer Geschäftsordnung zu wählen.

Wolde: (?) Es ist eine unerquickliche Sache, wenn wir im Parlament sitzen und wiederholt eine Debatte üfer die Geschäftsordnung anhören müssen, daß dann der Vorsitzende erklärt: „Wir haben noch keine Geschäftsordnung!“ Es ist bedauerlich, daß wir noch tagen, ohne eine Geschäftsordnung zu haben. Ich beantrage fünf Genossen zu wählen, die eine Geschäftsordnung auszuarbeiten und uns bis zur nächsten Sitzung vorzulegen haben, nach der sich dann der Vorsitzende in der Handhabung seiner Geschäfte zu richten hat. Wenn wir eine Geschäftsordnung hätten, hätte ich heute schon zehnmal Einspruch gegen die Handhabung der Geschäfte erheben können.

Breitmeier: Ich beantrage, den Vorstand mit der Ausarbeitung der Geschäftsordnung zu beauftragen.

Vorsitzender: Sind Sie damit einverstanden? — Gut. (Zuruf: Und der Antrag Sommer auf Schluß der Sitzungen um 10 Uhr?)

Schluß 12 Uhr 7 Minuten.

# Vollsitzung des Bremer Arbeiter- und Soldatenrates

**am 20. Januar 1919 im Konventsaale der Börse.**

## Tagesordnung:

1. Beschluß des Rates der Volksbeauftragten über Aufhebung der Zensur und des Belagerungszustandes;
2. Gehaltsregulierung der Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten, des Vollzugsrates, der Volkskommissariate und des Vorstandes des A.- u. S. Rates;
3. Beschlußfassung über die Verfügung, betreffend den Lehrlingsstreik;
4. Antrag des Rates der Volksbeauftragten, betreffend Ausschreibung der Wahlen zu einer bremischen Volksvertretung.

Brodmerkel führt den Vorsitz.

Eröffnung der Sitzung 8 Uhr 3 Minuten.

Vorsitzender: Auf der Tagesordnung stehen:

1. Beschluß des Rates der Volksbeauftragten über Aufhebung der Zensur und des Belagerungszustandes;
2. Gehaltsreaulierung der Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten, des Vollzugsrates, der Volkskommissariate und des Vorstandes des A.- und S.-Rates;
3. Beschlußfassung über die Verfügung, betreffend den Lehrlingsstreik;
4. Antrag des Rates der Volksbeauftragten, betreffend Ausschreibung der Wahlen zu einer bremischen Volksvertretung.

Wünscht jemand zur Tagesordnung das Wort?

Lindau: Ich stelle folgende Anfrage: Die Börse sowie verschiedene andere Gebäude werden von bewaffneten Kommunisten besetzt. Die Fraktion der U. S. P. verlangt vor Eintritt in die Verhandlungen eine klare, unzweideutige Antwort, gegen wen sich diese Rüstungen richten, bzw. was damit beabsichtigt wird. Billigen die Vertreter der Kommunisten diesen Schritt? Wenn nein, was gedenken sie zu tun, um diese Maßnahmen sofort zu inhibieren?

Vors.: Wer wünscht das Wort hierzu?

Frese: Im Zusammenhang damit habe ich zu erklären: Die Kaserne wurde besetzt von Mitgliedern der Kommunistischen Partei. Eine Kommission forderte von uns die Herausgabe sämtlicher Waffen und Erfüllung einiger anderer Punkte. Wir haben unter Protest die Waffen herausgegeben und auch die anderen Punkte zugestanden, weil wir in diesen mit den Kommunisten konform gingen.

Vors.: Ich erkläre als Vorsitzender der Fraktion der Kommunistischen Partei, daß mir von der ganzen Sache nichts bekannt ist. (Rufe: Hört, hört! Mache! Das haben wir erwartet!) Ich weiß nicht, von wem die Sache ausgeht, kann also die Anfrage des Genossen Lindau nicht beantworten.

Lindau zur Geschäftsordnung: Ich beantrage, die Sitzung um zehn Minuten zu vertagen, um der Fraktion der U. S. Gelegenheit zu geben, die Angelegenheit zu besprechen. (Zurufe von den Kommunisten.)

Vors.: Ich möchte an die Genossen die Frage richten, ob vielleicht einige in der Lage sind, zu sagen, wer die Besetzung der öffentlichen Gebäude veranlaßt hat. Es muß darüber doch eine Erklärung gegeben werden können.

Düe: Von uns ist bisher immer das Telegraphen- und Fernamt besetzt gewesen bzw. ist ein Wachkommando dort gewesen, um die Ueberwachung dort auszuüben. Heute morgen wurde nun von Ver-

trauensmännern bei mir angefragt, ob ich davon unterrichtet sei, daß heute das Fernsprechamt von 30 Bewaffneten besetzt sei. Ich war in höchstem Grade erstaunt und rief den Führer der Truppe — er heißt Meyer — ans Telephon. Er sagte, er handel im Auftrage des Genossen Jörn. (Hört, hört!) Ob er das eigenmächtig gemacht hat oder auf Antrieb anderer, weiß ich nicht. Mir kommt die Sache so vor, als wenn irgendwelche reaktionäre Umtriebe im Werke seien (Sehr richtig!), die uns hier, wenn man einen geordneten Rückzug antreten will, ins Werk pfuschen, oder etwas unternehmen wollen, um unsere Existenz zu untergraben. Nach dem Ausspruch des Vertrauensmannes würde also Genosse Jörn der sein, der dies arrangiert hat. (Ruf: Wo ist Jörn? Er ist nicht hier. Er ist in der Kaserne. Er muß Auskunft geben können.)

Plättner: Genossen! Für das, was sich in dem Moment draußen abspielt, kann die Partei der Kommunisten nicht verantwortlich gemacht werden. (Hört, hört! Wer denn?) Die Partei als solche hat damit nichts zu tun. (Wer denn? Unerhört!) Und was draußen geschieht, das geschieht lediglich im Interesse der Revolution. (Hört, hört!) In diesem Sinne ist das geschehen durch die Arbeiter. Daß sie dafür belohnt, bezahlt würden, ist nicht wahr. Ich stelle fest, daß mit dem, was draußen geschieht, die Partei nichts zu tun hat. (Wer hat denn damit zu tun?)

Frese: Ich möchte nur erklären, daß Jörn auch gestern in der Kaserne als Wortführer aufgetreten ist.

Lindau: Ich habe einen Vertagungsantrag gestellt. (Zuruf: Dabei kommt doch nichts heraus!)

Franke: Parteigenossen! Es ist notwendig, daß sich unsere Vertreter zurückziehen, um zu beraten, was wir in der Angelegenheit tun wollen. Die Kommunisten haben erklärt, daß sie die Verantwortung für das, was geschehen ist, nicht übernehmen wollen. Wir müssen die Frage an sie richten, was sie zu tun gedenken unter diesen Umständen. Auf keinen Fall kann es so weitergehen. Es wurde uns in der Fraktionssitzung gesagt, daß die Waffen gegen uns gerichtet sein sollten. Ich weiß nicht, ob das der Fall ist, es wurden aber solche Aeußerungen gemacht. Infolgedessen ist es notwendig, daß wir auf jeden Fall Klarheit darüber haben müssen, sonst können wir nicht länger tagen. Die Kommunisten sagen, sie wüßten von nichts, um was es sich handelt. Was von uns nun gefordert wird, ist klar. Hat Jörn das angeordnet, so muß er zur Rechenschaft gezogen werden. Der Verdacht liegt nahe, daß bezahlte Elemente im Spiele sind, die nicht ein Interesse an der Revolution haben, sondern daran, die Revolution zu zerwühlen und zu erdrosseln. Das kann ich auf keinen Fall mitmachen.

Starker: Genossen! Kommunisten! Ich muß an euch die Frage stellen: Seid ihr mit dem, was draußen geschieht, einverstanden. (Einzelne Rufe: Ja!) Wenn ihr damit einverstanden seid, dann müssen wir uns die entsprechende Stellung dazu vorbehalten. Denn das ist selbstverständlich, auf die Dauer kann die Sache nicht so bleiben. Die Sache muß untersucht werden vom Vollzugsrat mit dem Rat der Volksbeauftragten. Das Mitglied der Volksbeauftragten Jörn, der Lehrer von Nienburg, scheint mir derjenige zu sein, der was anderes will wie die Revolution fördern. Wenn Genossen, wenn ein Jörn im Rat der Volksbeauftragten als Vertreter sitzt, und dieser Jörn wollte den Stadtkommandanten Drettmann verhaften, wie es vor einer Stunde geschehen ist, dann muß ich doch glauben, daß das im Einverständnis mit euch geschehen ist. Dann aber müssen sich unsere Wege trennen. Wir wollen nicht mehr am Drahtsei! ziehen oder gezogen werden wie Hampelmänner, daß man über unsere Köpfe weg Beschlüsse faßt. Stimmt ihr denjenigen zu, die über unsere Köpfe hinweg Beschlüsse fassen, dann trennen sich unsere Wege. Stimmt ihr dem aber nicht zu, dann müßt ihr die Leute festsetzen, die sich die Gewalt anmaßen und die immer neue Putsche planen. Es gibt Elemente unter euch, die immer neue Putsche planen und Blutvergießen herbeiführen wollen. Plättner weiß genau, was geschehen ist, er wird auch wissen, von wem der Befehl ausgegangen ist.

Dannat: Parteigenossen! Ich möchte euch bitten, über diese Geschichte mit äußerster Ruhe zu urteilen, und ich muß für mich und meinen Freund Bäumer erklären, daß wir uns mit der Sache auch nicht identisch erklären können. (Bravo!) Wir sind nicht davon unterrichtet — aus taktischen Gründen.

Frasunkiewicz: Parteigenossen! Wir haben soeben die Erklärung von den Vertretern der Kommunistischen Partei gehört, die sagen, sie seien nicht verantwortlich für den Putsch, der heute in Szene getreten ist. Ich habe darauf folgende Erwiderung zu geben. Der Putsch richtet sich quasi gegen uns, gegen uns Mitglieder der U. S. (Zurufe: Nein! Sehr richtig!) Denn wenn er sich nicht gegen uns richten würde, die Kommunistische Partei damit aber nichts zu tun hat, wie sie jetzt erklärt, das verstehe ich nicht. Warum hat man denn Maschinengewehre im Rathause aufgepflanzt? Als ich aus meinem Arbeitszimmer herauskam, sah ich ein paar bekannte Genossen, die zu den U. S. gehören, beim Maschinengewehr. Ich fragte sie: Wie kommt ihr zu dem Maschinengewehr? Wer hat dich veranlaßt, hierher zu komme:? Ja, antwortete er, das

ist angeordnet von den Hansa-Lloyd-Werken. (Hört, hört!) Zu welchen Zwecken wisse er nicht. Ich fragte sie: Wißt ihr denn nicht, daß die Kommunisten und die Unabhängigen sich zusammengeschlossen haben zur Regierung? „Ja, das wissen wir." Da habe ich zu den Genossen gesagt: Laßt euch nicht mißbrauchen von Leuten, die entschieden nicht ihre fünf gesunden Sinne beieinander haben oder aber bezahlte Spitzel sind, die vielleicht für die Konterrevolutionäre arbeiten. (Sehr richtig!) Für die Kommunisten erklärt Dannat eben, daß sie von dem Putsch nichts wüßten, und er sagte, er wäre aus taktischen Gründen nicht dafür. Ich kann das verstehen, es ist mir das vollständig klar. Ein jeder Mensch, der logisch denken kann, muß sagen: Was heute gemacht ist im Rathause, schlägt jeder Logik ins Gesicht. Wir haben jetzt eine Regierung, die von der Kommunistischen und der U. S. P. eingesetzt ist, und diese Regierung wird jetzt von einzelnen Teilen der Kommunistischen Partei belagert. Man bringt Maschinengewehre ins Rathaus und stellt Posten mit geladenen Gewehren hinein. Zu welchem Zwecke! (Zuruf: Handgranaten waren auch da!) Das weiß ich nicht, Genossen! Das gibt doch zu denken, da muß man doch denken, daß sich dieses ganze Experiment gegen uns richtet. Glauben Sie denn, wir seien politische Kinder? Es werden im Rathause Sachen hinter unserem Rücken geschmiedet. Genossen! Ich habe mit Jörn, drei Viertelstunden bevor ich die Belagerung im Rathause bemerkte, gesprochen, und er hat mir nichts davon erzählt. Es ist ja seine Sache, zu tun, was ihm notwendig scheint im Interesse der Revolution, was notwendig und gut ist, zu tun, und ich kann es verstehen, daß er nicht alles ausplaudern will. Daß das Rathaus und andere öffentlichen Gebäude besetzt werden sollten, hat er mir nicht erzählt, auch nicht, daß die Banken besetzt werden sollten. Daß das geschehen ist, ist mir auch eben erzählt. Daß so etwas geschehen kann, spottet jeder Logik, besonders, daß auch nicht einmal die Kommunisten und ihre Führer, selbst nicht einmal der Vorsitzer der Kommunistischen Partei, Brodmerkel (Zuruf: Ist nicht der Vorsitzende!), nun der Fraktionsvorsitzende, das genügt aber auch — davon wissen. Selbst Fraktionsgenossen Brodmerkels erklärten, sie wüßten nichts davon. Parteigenossen, dann muß die Organisation der Kommunisten aus Leuten zusammengesetzt sein, wo jedes kleine Häufchen von drei Männeken seine eigene Politik macht auf eigene Faust hinter dem Rücken der Mitglieder. Das sind dann diejenigen Genossen, die sich wegen Krankheit oder aus anderen Rücksichten zurückziehen ins Hinterland. (Zuruf: Worpswede!) Und die dann uns ausbaden lassen wollen, was sie eingebrockt haben. Wollen wir zusammenarbeiten, wollen wir im Interesse der Revolution zusammenarbeiten, dann spielen Sie nicht mit verdeckten Karten mit uns. Es muß Klarheit zwischen uns herrschen. Wenn wir aber zusammenarbeiten wollen und es wird dabei hinter unserem Rücken etwas gegen uns getrieben, so spricht das jeder Logik Hohn. Wollen wir zusammenarbeiten, dann bitte ich, offen gegen uns zu sein. Oder gilt es einen Kampf zwischen uns? Eins von beiden. Ich bin dabei und werde auch im Kampf meinen Mann stehen. Aber wir wollen mit ehrlichen Waffen kämpfen, nicht hinter dem Rücken. Wir wollen Ihnen in Ihren Machinationen nicht folgen, wodurch Sie die U. S. begraben wollen. Aber wir wollen noch nicht begraben sein. Es ist zwar keine Lust zu leben, aber wir wollen doch noch leben und wollen alles tun, damit wir nicht das Spiel verlieren, das gemeinsame Spiel. Richten Sie Ihre Taktik so ein, daß die geistigen Träger Ihrer Organisation sich Ihrer Taktik nicht zu schämen haben. (Beifall.)

Vors.: Ich glaube, es ist vielleicht nicht der Fall, was Genosse Frasunkiewicz sagte, daß die Leute, die das getan haben, nicht mehr geistig normal seien. Es kann wohl sein, Genossen, daß sie in dem guten Glauben sind, damit im Interesse der Revolution zu arbeiten. Genossen! Zur Sache selbst möchte ich sagen: Wir sind seit fünf Uhr, wenigstens ein Teil der Genossen, hier in der Börse und tagen als Fraktion, und ich habe, nachdem wir keine zehn Minuten hier waren, von einem Genossen gehört, daß öffentliche Gebäude besetzt seien. Bis zur Stunde weiß ich nicht, was daran ist. Ich muß sagen, es muß jeden empören, der die Verantwortung trägt als Vorsitzender des Arbeiterrats und als Vorsitzender der Fraktion der Kommunisten, daß ich von derartigen Maßnahmen gar nichts erfahren habe. Daß Sie des Glaubens sind, daß sich die Maßnahmen gegen Sie richten, verstehe ich, denn, daß Drettmann, der Stadtkommandant, verhaftet werden sollte, scheint zu beweisen, daß sich das Vorgehen gegen die U. S. richtet. Derartiges kann ich nicht mitmachen, dafür übernehme ich die Verantwortung nicht. Wenn sich so etwas wiederholt, scheide ich aus. So etwas kann nicht den Interessen der Partei und der Revolution dienen.

Rietschel: Genossen! Nach den Ausführungen sämtlicher Redner muß festgestellt werden, daß ungesetzliche Handlungen begangen sind. Ich stelle den Antrag, diese Leute sofort in Schutzhaft zu nehmen. (Sehr richtig!) Das ist eine unbedingte Notwendigkeit im Interesse der Revolution. (Zuruf!) Frau Ahrens möchte ich sagen: wir treten genau im Interesse der Revolution auf wie Sie, wir wissen aber, was uns bevorsteht, wenn die reaktionären Elemente die Oberhand bekommen, daß wir dann in den nächsten Tagen die weiße Garde hier haben. Und weil wir wissen, was dann kommen wird, sagen wir: es ist unverantwortlich, wenn so.

etwas geschieht. Wir müssen Klarheit darüber haben, was vorgeht, es geht nicht, daß man hinter unserem Rücken arbeitet. Und um diese Klarheit zu erhalten, habe ich den Antrag gestellt, daß die Anzapfer des Putsches in Schutzhaft genommen werden. Man muß vermuten, daß auch bezahlte Spitzel darunter sind. Jedenfalls sind viele Fremde, die Bremen gar nicht kennen, darunter. (Zuruf: Auch Offiziere!) Ja, man spricht davon, auch Offiziere. Es ist eine zusammengelaufene verdächtige Gesellschaft, wahrscheinlich sind auch Spitzel daran beteiligt. Wollen wir etwa bluten für die Spitzel? Das machen wir nicht mit. Handeln Sie im Sinne meines Antrages!

Vors.: Es ist folgender Antrag eingegangen: „Personen, welche ohne Wissen des Rates der Volksbeauftragten die bewaffneten Arbeiter mobilisieren, sind zu verhaften. Willems.

Defete: Parteigenossen! Nach den Ausführungen des Genossen Frasunkiewicz hat er von einem Soldaten die Antwort bekommen, diese Sache ginge von den Hansa-Lloyd-Werken aus. Ich erkläre als Mitglied der Kommunisten und deren Vorsitzer bei den Hansa-Lloyd-Werken, daß wir in den Hansa-Lloyd-Werken nicht das Geringste davon gewußt haben. Wir sind seit fünf Uhr mobilisiert, ohne zu wissen, warum.

Plättner: Genossen und Genossinnen! Ich wende mich zunächst mit aller Entschiedenheit gegen die Behauptung von Frasunkiewicz und Rietschel, daß in dieser Aktion bezahlte Elemente steckten, Elemente, die die Konterrevolution nicht nur fördern, sondern hervorrufen wollen. Es ist ferner gesagt, daß Offiziere dazwischen wären. Ich habe keine Ursache, das hier näher auszuführen, wer diese Offiziere sind. (Zuruf: Leutnant Will!) Ich habe keine Ursache, über Dinge zu sprechen, die ich nicht näher kenne. (Heiterkeit.) Aber ich habe Ursache zu sagen, was ich weiß. Daß der hier in Frage kommende Genosse Jörn und vielleicht auch noch andere Genossen keine bezahlten Elemente sind, sondern ehrliche, überzeugte Revolutionäre, daß sie nicht im Dienste der Konterrevolutionäre stehen, ist nach Lage der Dinge, nach dem, was sich in den letzten Tagen ereignet hat, sicher. Ich erinnere nur an die Stellung der Mitglieder der U. S. P. zur Frage der Bewaffnung des Proletariats, daß das Proletariat die Waffen in die Depots abliefern sollte. Es ist mir soviel klar, daß sich die Arbeiterschaft das nicht gefallen lassen will. Die Arbeiterschaft will mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln das verhindern. Sie will, daß sie noch mehr Waffen erhält, und daß man ihr die Waffen nimmt, will sie dadurch verhindern, daß sie in den Besitz von mehr Waffen kommt. Parteigenossen! Ich möchte noch einmal sagen, daß die Partei als solche nichts damit zu tun hat. Mir erscheint es selbstverständlich, daß in einer solchen Zeit, wenn man sieht, daß die Garnison und auch sogar die Mitglieder der Regierung von Kommunisten versagen, in so entscheidenden Fragen (lebhafter Widerspruch, Unruhe), daß dann Genossen auch illegale Wege beschreiten müssen. Und wenn sie so illegale Wege beschreiten, so kann in diesem Falle nicht die Partei dafür verantwortlich gemacht werden. Dann Genossen, möchte ich noch einmal sagen, daß sich der Kampf nicht gegen die U. S. P. richtet, sondern, soweit ich die Dinge kenne, gegen ganz andere Dinge, um Dinge, die im Interesse der Revolution notwendig sind. Frese hat schon erklärt, daß die bewaffneten Mannschaften in der Kaserne sind, um Waffen, mehr Waffen zu bekommen. Daher der Putsch. Die Arbeiter haben ihn veranstaltet, das Proletariat, um mehr Waffen in die Hand zu bekommen, das die Waffen nicht in die Depots abgeben will. Die ganze Aktion ist vielleicht im Interesse der Revolution zu begrüßen, aber man sieht, daß, wenn die Arbeiterschaft mit den offiziellen Instanzen nicht in ihrem Sinne arbeiten kann, sie mit illegalen Instanzen arbeitet.

Böse: Genossen! Wenn ich auch glaube, daß das, was geschehen ist, von den Genossen im Sinne der proletarischen Revolution geschehen ist, so halte ich das Vorgehen in diesem Augenblick doch für unsinnig und höchst gefährlich für die proletarische Revolution. (Sehr richtig!) In diesem Falle muß ich mich der Erklärung des Genossen Dannat anschließen.

Buchholz: Genossen! Ich schicke voraus, daß die U. S. uns in der bisherigen Weise durch ihr Geschrei nicht verhindern werden, auszusprechen, was auszusprechen ist. Aber ich weiß nicht, ob es ihnen wirklich ernst ist, wenn sie sagen, die Maschinengewehre seien gegen die U. S. gerichtet. Ich kann nicht annehmen, daß die Genossen, die das ausgesprochen haben, es wirklich ernst meinen. Das ist ja unmöglich. Sie können sich wirklich beruhigen: die Maschinengewehre sind nicht gegen Sie gerichtet. Es ist wirklich nicht so. (Gegen wen denn?) Ja, die Frage des Genossen zeigt einfach, daß er wenig von der Arbeiterbewegung Bescheid weiß, sonst würde er wissen, daß man nicht jede Aktion, die man vor hat, nicht vor jedem und vor der breiten Oeffentlichkeit ausplaudert. Wir haben erst eben den Belagerungszustand hinter uns. Wir waren sehr oft gezwungen, Pläne geheim zu halten. Wenn Ebert-Scheidemanns Richtung bis jetzt in Berlin gesiegt hat, so müssen wir doch weiter kämpfen, damit der Sieg doch unser wird. Wir müssen da manches tun, was die breiten Massen der Genossen nicht wissen dürfen. Also beruhigen Sie sich, die Maschinengewehre sind nicht gegen Sie gerichtet. Es muß ja eigenartig anmuten, daß jetzt der Antrag gestellt

wird, die angeblich Unverantwortlichen in Schutzhaft zu nehmen. Warum hat man in der vorigen Woche, als der Boden für eine Konterrevolution vorbereitet war und die Konterrevolution im Gange war, die tagelang vorbereitet war, die daran beteiligten Leute frei herumlaufen lassen? Die konnten noch große Reden schwingen. Da ist man nicht dazu übergegangen, diese Genossen in Schutzhaft zu nehmen. Die Antragsteller kennzeichnet es wirklich, daß sie da nicht den Mut hatten, zu veranlassen, diese Leute, die das Blutbad angerichtet haben, sofort hinter Schloß und Riegel zu setzen. Genossen von der U. S. P., ich gebe Ihnen die Versicherung, daß wir entsprechende Klarheit darüber schaffen werden, was das heute zu bedeuten hat. Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß Sie einen Bericht darüber bekommen werden, was das auf sich hat. Man kann heute nur sagen, daß es jedenfalls eine Aktion ist, welche ausschließlich im Interesse des Fortschritts der Revolution liegt. Darauf können Sie sich verlassen. Genossen, ich gebe Ihnen die Versicherung, daß es eine Aktion ist, wenn Sie erfahren werden — ich muß allerdings erklären, daß ich nicht genau unterrichtet bin. (Große Heiterkeit. Zurufe.) Aber ich kann Ihnen nur das sagen: Reden Sie nicht von Konterrevolution und Spitzeln. Wir passen in unsern Reihen schon auf, daß wir keine Spitzel unter uns haben. (Zurufe.) Bitte schön, reden Sie, wenn Sie Beweise haben. Wenn Sie Beweise haben, dann kann ich Ihnen die Versicherung geben, daß wir sie sofort hinaus schmeißen und an den Pranger stellen werden. Aber ich bitte Sie dringend, sehen Sie ab von der Schutzhaft. Wenn es sich herausstellt, daß der Genosse vielleicht etwas unverantwortlich gemacht hat, dann können Sie sich versichert halten, daß er nicht ausrücken wird, sondern, wenn es notwendig ist, sich morgen zur Schutzhaft stellt. Aber drängen Sie nicht, daß Sie noch heute Aufklärung darüber haben wollen, was das zu bedeuten hat. Es kann nur im Interesse der Revolution liegen. (Oho! Nein! Große Unruhe!), daß wir das geheim halten. Uns haben die U. S. auch nicht immer in ihre Karten gucken lassen, die haben auch manchmal Dinge gehabt, die sie vertraulich behandelt haben. Und in diesem Falle wird es auch so sein. Also beruhigen Sie sich nur, Sie werden heute abend nicht totgeschossen, Sie können in Frieden nach Hause gehen. (Stürmisches Gelächter.)

Vorsitzender: Es ist folgender Antrag eingelaufen: Ich beantrage, daß die Besatzung der öffentlichen Gebäude sofort zurückgezogen wird. Lindau.

Breitmeier: Auch ich kann erklären im Namen vieler meiner Fraktionsfreunde, daß ich von der Sache nichts weiß. (Hört, hört! Lachen.) Ich möchte doch wirklich die Revolutionäre sehen, die eine solche Erklärung anzweifeln. Wenn ich derartiges sage, dann ist es so, und das soll geglaubt werden. Ich kann mir aber denken, daß einige unserer Arbeiter keinen andern Ausweg aus der ganzen Situation gesehen haben als diesen, über die Köpfe der Fraktion hinweg und über die Köpfe der Volksbeauftragten hinweg eine eigene Aktion zu unternehmen. Wenn nun gesagt wird, daß Spitzel in unseren Reihen vorhanden seien, dann muß der Beweis dafür angetreten werden. Ich ersuche den Antrag Rietschel zurückzuziehen, da wir ihn unter keinen Umständen annehmen können, sonst werden wir draußen unter den Massen auf der Straße stehen. (Aha!) Weiter möchte ich erklären: wenn jetzt ein Antrag eingegangen ist, daß die Genossen von der Straße verschwinden sollen, dann beantragen Sie doch einfach Vertagung der Sitzung heute abend, daß wir uns darüber auseinandersetzen, was draußen geschieht. Einen anderen Weg gibt es nicht.

Vors.: Sie reden immer und beantragen nichts. Aus dem Grunde geht die Debatte ins Uferlose weiter. Erledigt wird damit nichts. Ich kann bloß als Vorsitzender nicht anders handeln.

Manthey: Parteigenossen! Sie haben von unseren Mitgliedern unserer Fraktion gehört, daß keiner von ihnen etwas weiß. Trotzdem bin ich der Meinung, daß zwei oder drei oder vier etwas davon wissen. Wenn diese Genossen nicht den Mut haben, hier öffentlich zu erklären, daß im Interesse der Revolution etwas auf der Straße unternommen wird, so bedaure ich das von Herzen. Ich kann leider offen bekennen, daß auch ich mit dieser Maßnahme nicht einverstanden bin. (Bravo!) Es sei aber ferne von mir, den Antrag des Genossen Rietschel zu unterstützen. Wenn wir nun einmal dazu kommen werden, daß von unserer Seite beschlossen wird, daß diese Aktion sofort illusorisch gmachte wird, so bin ich sofort einverstanden, aber daß wir nun noch diejenigen, die bei dieser Aktion an der Spitze stehen, sofort in Schutzhaft nehmen, damit bin ich nicht einverstanden, dafür sehe ich keine Veranlassung. Ich bitte Sie also, davon abzusehen. Beschließen Sie eventuell, daß wir dafür sorgen, daß die Aktion sofort illusorisch gemacht wird, und wir werden dann Erklärungen fordern, von wem diese Aktion gemacht worden ist und zu welchem Zwecke. Ich bitte Sie also, den Antrag Rietschel abzulehnen, soweit er die Schutzhaft verlangt.

Brauckmüller zur Geschäftsordnung: Es war doch ein Antrag eingegangen, die Sitzung um zehn Minuten zu vertagen, um der Kommunistischen Partei Gelegenheit zu geben, zu diesem ihrem Vorgehen Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende hätte daher einen für diesen Antrag sprechen lassen müssen

und einen dagegen. Das ist nicht geschehen, und wir sind in unserer Debatte ziemlich ins Uferlose gekommen. Ich bitte daher, daß man jetzt geschäftsordnungsmäßig verfährt und über den Antrag abstimmt. In zehn Minuten könnten wir dann unsere Tagung fortsetzen. Dadurch wird sicher manches geklärt werden. In einer Fraktionssitzung kann man sich deutlicher aussprechen als hier.

Vors.: Zu den Ausführungen Brauckmüllers möchte ich bloß sagen, daß ich nicht darüber abstimmen lassen kann, ob die Kommunisten sich zurückziehen sollen zu einer Sitzung, denn die lassen sich doch nicht das diktieren. (Zuruf: Es handelt sich doch um die U. S.!) Ich glaube, die Aussprache war zweckmäßig, und ich glaube, sie hat auch die Antragsteller befriedigt. (Widerspruch.) Ich möchte folgenden Antrag verlesen:

„Ich beantrage, die Sitzung zu vertagen, damit die Genossen der Kommunisten Auskunft darüber geben, was die Aktion zu bedeuten hat und für morgen nachmittag eine Vollsitzung einzuberufen."

Frau Ahrens.

Es liegt weiter der Antrag des Genossen Lindau vor. Ich glaube, daß über die Sache Klarheit herrscht. Es ist aber kein Schluß beantragt, wir müssen weiter fortfahren. (Widerspruch.)

Lindau: Ich habe doch einen geschäftsordnungsmäßigen Antrag gestellt, die Sitzung zu vertagen.

Vors.: Wo ist der Antrag?

Lindau: Es kann sein, daß ich ihn mündlich gestellt habe. Ich habe ihn jedenfalls eingebracht.

Hagedorn: Ich möchte den Antrag Vögeding unterstützen, weil die Frage der Finanzierung des bremischen Staates eilt. Wir sollten deshalb nicht abbrechen und vielleicht morgen weiter tagen, sondern die Sache heute erledigen.

Vors.: Ich lasse über den Antrag auf Vertagung der Sitzung auf zehn Minuten abstimmen.

Wird angenommen.

Pause von 8 Uhr 45 Minuten bis 9 Uhr 29 Minuten.

Vors. Brodmerkel: Von beiden Parteien soll eine Erklärung abgegeben werden. Wer wünscht von den U. S. das Wort?

Frasunkiewicz: Parteigenossen! Ich bin beauftragt, im Namen der Fraktion der U. S. P. folgendes zu erklären:

Die Fraktion der U. S. P. fordert 1. sofortige Zurückziehung der bewaffneten Arbeiter, welche die öffentlichen Gebäude und die Kaserne besetzt haben; 2. fordern wir die sofortige Einsetzung einer siebengliedrigen gemischten Gerichtskommission, welche die Vorgänge vom heutigen Abend zu untersuchen hat; 3. fordern wir oder stellen das Ersuchen an die Fraktion der Kommunisten, sofort ihren Parteigenossen Jörn aufzufordern, sein Amt in der Regierung vorläufig niederzulegen, bis die Untersuchungskommission berichtet hat.

Parteigenossen! Wir sind aus dem Grunde zu diesen Beschlüssen gekommen, weil einerseits hinter unserem Rücken die Besetzung der öffentlichen Gebäude und auch des Rathauses erfolgt ist, und zwar in einem Augenblick, wo wir gemeinsam mit den Kommunisten in einer Sitzung am Sonnabend beschlossen haben, daß infolge der finanziellen Kalamität, die in Bremen eingetreten ist, wir gemeinsam arbeiten wollen, um aus dieser Finanzmisere herauszukommen. Trotzdem die Kommunisten in der Regierung erklärt haben, gemeinsam mit uns zu arbeiten, ist gegen den Willen der Mitglieder der Kommunisten, die in der Regierung sitzen, die Besetzung der öffentlichen Gebäude und der Banken erfolgt. Infolgedessen fordern wir mit Recht die sofortige Zurückziehung der bewaffneten Arbeiter von den öffentlichen Gebäuden. Es ist selbstverständlich in Anbetracht der Situation, in der wir leben, daß eine Kommission eingesetzt wird, damit nicht fernerhin unverantwortliche Elemente es in irgendeiner Weise mit sich bringen, daß ein Blutbad an Brüdern, wie es in Berlin stattgefunden hat, sich wiederholt. Auch hier hat infolge von Mißverständnissen ein Brudermord stattgefunden, und es besteht die Gefahr, daß in dieser Beziehung — ich nehme an, ungewollt — daß wieder ähnliches geschieht. Wir haben natürlich in keiner Beziehung schuld daran, daß es so gekommen ist, und wir sind der Meinung, es muß eine Kommission eingesetzt werden, damit die Sache untersucht wird. Es können in der Kommission vier Kommunisten und drei Unabhängige sein. Wir kommen Ihnen gern entgegen, damit die Schuldfrage gelöst wird. Ferner wird das Ersuchen an die Fraktion der Kommunisten gestellt, solange den Genossen Jörn zu suspendieren, bis die Kommission Klarheit darüber geschaffen hat, ob Jörn der Führer, der spiritus rector dieses Putsches gewesen ist. Jörn war in der Kaserne, und er ist es gewesen, der in der Kaserne die Forderungen dem Soldatenrat gegenüber gestellt hat. Mitglieder des Soldatenrats, die unserer Fraktion angehören, haben das eben erklärt, und infolgedessen sind wir berechtigt, wenn wir an die Fraktion der Kommunisten die Forderung stellen, daß sie den Genossen Jörn solange suspendiere, bis die Kommission Bericht erstattet hat, ob er schuldig oder nicht. Ich bitte die Fraktion der Kommunisten, diese unsere Forderungen anzunehmen, damit wir dann möglichst bald die anderen Tagesordnungspunkte, die sehr wichtig sind, wo es sich gewissermaßen um Sein oder

Nichtsein, um die Kreditfrage handelt, schleunigst erledigt werden können.

Müller: Werte Genossen! Im Auftrage der Fraktion der Kommunisten habe ich folgendes zu erklären: Wir billigen die Art und Weise, wie diese Aktion in Szene gesetzt wurde, nicht. Wir billigen vor allem nicht, daß sie allzu geheimnisvoll getrieben ist und daß kein Mitglied der U. S. P. davon unterrichtet wurde. Wir können aber die Aktion, die gemacht worden ist, nicht verurteilen, weil wir, nachdem wir Aufklärung darüber erhalten haben, der Meinung sind, daß sie sich unbedingt im Interesse der Revolution bewegte, schon aus dem Grunde nicht, weil sie aus den Massen der Arbeiter entstanden ist. Und, Genossen von der U. S. P., es sind eine große Anzahl Ihrer Parteigenossen mit dabei. (Unruhe.) Wir erklären nachdrücklichst, daß sich diese Aktion nicht gegen die U. S. und auch nicht gegen die Regierung wendet. Wir ermächtigen die Regierung, daß sie die Besetzung der öffentlichen Gebäude so schnell wie möglich rückgängig macht und daß sie eine Untersuchung anstellt über die Ursachen und die wahren Ziele dieser geplanten Aktion.

Dannat zur Geschäftsordnung: Es ist von Genossen der U. S. P. verlangt worden, daß der Genosse Jörn suspendiert werde. Da er jetzt hier im Saale anwesend ist, ist es selbstverständlich, daß er aufgefordert wird, hier sich zu rechtfertigen und auch seine Suspendierung persönlich entgegenzunehmen.

Vors.: Ich möchte bloß mitteilen, daß Genosse Jörn schon ums Wort gebeten hat.

Jörn: Genossen! Rechtfertigen kann sich doch nur der, der sich einer Schuld bewußt ist. Ich bin mir keiner Schuld bewußt, deshalb brauche ich mich auch nicht zu rechtfertigen. Aber vielleicht ist es doch ratsam, daß ich eine kurze Erklärung abgebe. Die heutige Aktion ist nicht ausgegangen aus meinem Arbeitszimmer, sondern aus den Gehirnen des revolutionären Proletariats. Diese Aktion verfolgt den Zweck, unserer Bourgeoisie einmal wieder zu zeigen, daß das Proletariat noch nicht eingeschlafen ist. Die Herren vom Soldatenrat freuen sich, daß sie auch einmal eine tatkräftige Aktion sehen. Ich möchte betonen, daß diese Aktion sich weder in einem Parteiprogramm bewegt noch gegen irgendwelche Regierungsform sich richtet. Die Aktion soll lediglich eine Klarstellung dessen sein, was die proletarische Arbeiterschaft augenblicklich von der Revolution . . . . (Klawitter ruft: ein junges Lehrergehirn! Zurufe.) Ich weiß, was ich sage, ich bin alt genug gegenüber einem so jungen Menschen da. Proletariergehirn!? Die Mitglieder der U. S. P. scheinen der Meinung zu sein, daß sich die Aktion gegen die U. S. P. richtet. (Sehr gut!) Ich muß dazu mitteilen, daß eine große Anzahl unserer Mitglieder Mitglieder der U. S. P. sind. Das ist ein Beweis dafür, daß sie sich nicht gegen die U. S. P. richtet. Sie kann auch gar nicht gegen die U. S. P. gerichtet sein nach meinem ganzen politischen Standpunkt, denn wenn das sein sollte, dann würde ich die größte Torheit begehen, die ein Mensch begehen kann, denn nichts wäre verkehrter als eine Spaltung des revolutionären Proletariats, zu dem Sie sich doch auch rechnen, herbeiführen zu wollen. Das wäre grundfalsch, das möchte ich betonen. Sodann ist mir zu Ohren gekommen das Gerücht, hier seien Plünderungen der Banken vorgenommen worden. Das ist glatter Unsinn. Wir kommen gerade von der Reichsbank und haben dort die Sache besichtigt, wie es dort verläuft. Der Bankdirektor, der Herr Geheimrat, hat uns ausdrücklich versichert, daß alles in größter Ordnung und Ruhe stattgefunden hätte und er mit dem Verhalten der Mannschaften durchaus zufrieden sei. Wieder ein Beweis dafür, daß unsere bewaffnete Arbeiterschaft genau so diszipliniert ist wie bewaffnete Soldaten. Ich möchte die Gelegenheit benutzen, da ich ja nun nach Ihrem Wunsche aus der Regierung auszuscheiden habe, unserer Regierung mitzuteilen, daß die Goldvorräte in der Reichsbank noch in demselben Verhältnis vorhanden sind wie sie von der Post eingeliefert worden sind. Es besteht die Möglichkeit durch ihre Beschlagnahme — der Betrag ist 1,3 Millionen Mark — an Reichspapiergeld 60—70 Millionen zu erwerben auf dem Wege des Kredits. (Lachen. Zuruf: Unsinn!) Das ist kein Unsinn! (Rietschel ruft: Das ist Unsinn. Verstehen Sie denn nichts davon, Sie Lehrer? Große Unruhe. Ruf: Maul halten!) Ich betone nochmals, daß, da augenblicklich der Goldvorrat im Verhältnis zum Papiergeldvorrat nur 6 Proz. beträgt, die Möglichkeit besteht, für diesen Goldvorrat die Summe von 60 Millionen Mark Papiergeld auf Kredit anzuschaffen. Mit Hilfe dieses Geldes läßt sich die Revolution erhalten, wenn der gute Wille da ist, und wenn man versteht, allen guten Willen der proletarischen Elemente in den Dienst der Revolution zusammenzufassen. Ich mache darauf aufmerksam: wo ein Wille ist, da ist auch eine Tat. Und wenn Sie den Willen haben, auf Grund dieses Vorrats weiter zu arbeiten, wenn Sie schnell arbeiten, dann wird die neu erwachte Begeisterung von Bremen auch hinausgetragen und unseren Aktionskreis erweitern, dann ist es möglich, auf dieser Grundlage die Revolution in Nordwestdeutschland auszubreiten und endlich einmal zum Siege zu führen, zu dem Siege, der nötig ist, um die Revolution zu sichern. Es muß überall in Deutschland der Geist der Revolution aufrechterhalten werden, überall muß es aufflammen. Schließen Sie sich zusammen, erschweren Sie sich nicht das Zusammenarbeiten. Ich muß meinen Fraktionsgenossen zum Teil den Vorwurf machen, daß sie oft zu scharf geworden sind gegen die U. S.

P. Aber Ihnen (zu den U. S. P.) muß ich den Vorwurf machen, daß sie immer jede Gelegenheit benutzt haben, wenn einer ein scharfes Wort gebraucht hat.. (Klawitter ruft: Sie haben gar keine Vorwürfe zu machen, Sie sind viel zu jung dazu! Stürmische Erregung.)

Vors.: Genosse Klawitter, ich muß doch bitten, Zwischenrufe zu unterlassen. (Klawitter ruft: Dieser junge Mensch, der!...)

Jörn: Die hier anwesenden Revolutionäre sollten doch eine Auslese sein, eine Auslese unseres Proletariats. (Zuruf: Das merkt man Ihnen an!) Deshalb ist es nicht nötig, daß wir die Bankreihen hier zu Klüften erweitern. Das ist nicht notwendig. (Rietschel ruft: Das sagen Sie!)

Vors.: Ich bitte Zwischenrufe zu unterlassen. Jörn soll sich doch äußern zu den Forderungen, daß er zurücktreten soll.

Jörn: Daß das erledigt ist, habe ich schon durchblicken lassen. Das ist für mich doch selbstverständlich. Ich möchte dann nochmals betonen, Sie mögen sich stellen, wie Sie wollen — daß nach meiner Meinung, nach der Meinung eines Lehrergehirns die feste Möglichkeit besteht, auf Grund des hier vorhandenen Goldes jetzt zu arbeiten. Es soll ja das Gold dem Deutschen Reiche nicht gestohlen werden, und es soll kein Präzedenzfall gegenüber Berlin geschaffen werden. Aber auf der Grundlage dieses Schatzes können wir eine Anleihe aufnehmen (Zuruf: von wem?) und mit dieser Anleihe von Bremen aus arbeiten. (Beifall auf der Tribüne.)

Drettmann: Genossen! Ich möchte hier in der Oeffentlichkeit an Jörn die Anfrage richten, weshalb er mich heute hat verhaften lassen wollen? Er hat gesagt, der Plan zu der Aktion sei nicht in seinem Zimmer entstanden. Ich stelle ausdrücklich fest, daß er nur in seinem Zimmer entstanden ist und nirgend sonst. Das sage ich dem Genossen Jörn in aller Oeffentlichkeit. Ich könnte Ihnen noch viel mehr berichten. So ist der Genosse Jörn am Sonnabendabend in meinem Zimmer gewesen, eben nach 7 Uhr, und hat mir gesagt, es hätten mehrere Genossen das Rathaus verlassen und hätten gesagt, daß dicke Luft wäre. Es ging weiter das Gerücht, daß der Neustadtsbahnhof schon besetzt wäre von anderen Truppen. Der Genosse Jörn hat nun von mir auf meinem Zimmer einen Fahrschein haben wollen, um sich verdusten zu können. Das ist Tatsache.. (Jörn ruft: Glatter Unsinn!) Ich versichere Ihnen, daß es die Wahrheit ist. Genosse Walter ist dabei gewesen. Ich muß das aussprechen. Jetzt stellt sich Jörn hin und bestreitet das. Das ist eine Lüge. Was ich behaupte, ist Tatsache, das kann ich mit meinem Blute unterschreiben. Ich habe mich immer bemüht, Blutvergießen zu vermeiden. Es wurde von der Kaserne antelephoniert, ob ich wüßte, daß etwas in der Luft wäre. Ich sagte: Nein, das wüßte ich nicht. Da wurde ich nochmals antelephoniert. Walter war dabei. Ich sagte: Walter, gehe hin und verhandle, gib den Leuten, was sie haben wollen in der Kaserne. Ich habe dann telephoniert: Gebt die Waffen heraus, wenn sie glauben, daß sie damit glücklich werden. Ich wollte dadurch verhüten, daß Blut vergossen würde. Dazu hätte es leicht kommen können. Wir in der Kaserne wußten viel besser Bescheid, daß sich wieder Kräfte gefunden hatten, um die Kaserne in Verteidigungszustand zu setzen. Und da hätten bald unsere Genossen wieder einmal in Blut gebadet. Das wollte ich verhüten. Was die Leute haben wollten, sollten sie haben, und sie haben es auch bekommen. Alles, was ich gesagt habe, ist lautere Wahrheit.

Jörn: Zu der Forderung der U. S. Nr. 1 kann ich überhaupt nicht Stellung nehmen, weil die Besetzung der ersten der beiden Kasernen durch das revolutionäre Proletariat erfolgt ist. Sie können ja eine siebengliedrige Gerichtskomission einsetzen, meinetwegen auch eine neungliedrige, dagegen habe ich nichts. (Zuruf: Frechheit!) Daß ich mein Amt niederlege, ist selbstverständlich, die Frage ist also erledigt. Zu der Fahrkartengeschichte möchte ich bemerken, daß ich einen Militärfahrschein haben wollte von hier nach Cuxhaven und zurück, um dort mit Genossen im Interesse des revolutionären Proletariats zu verhandeln. Zweitens möchte ich, weil Genosse Drettmann hier in so wundervoller Weise Zeugnis abgelegt hat, darauf hinweisen, daß Drettmann heute gezittert hat, daß man ihn verhaften wollte... (Stürmische Zurufe.)

Vors.: Das gehört nicht hierher. (Neue lebhafte Rufe Rietschels.) Genosse Rietschel, ich bitte Sie um Ruhe, Sie haben nicht das Wort.

Rietschel: Es ist zuviel, was einem hier geboten wird!

Vors.: Ich muß erklären: wir haben noch unsere Tagesordnung zu erledigen. Deshalb muß ich bitten, etwas sachlicher zu sein. Es braucht nicht jeder vor der breiten Oeffentlichkeit seine dreckige Wäsche zu zeigen. Das möchte ich auch dem Mitgliede des Rates der Volksbeauftragten Rietschel sagen. Man muß doch ein bißchen Rechtsempfinden haben. Wir haben hier die Sache an sich erledigt. Mit Punkt 1 ist die Kommunistische Partei einverstanden, mit Punkt 2 ebenfalls. Zu Punkt 3 hat Jörn seine Erklärung abgegeben, der ist also auch erledigt.

Freese zur Aufklärung: Wie wir eben in der Fraktionssitzung waren, wurde ich ans Telephon gerufen. Ich bekam von der Ueberwachungsstelle am

Bahnhof eine Mitteilung, es sollen zwei junge Offiziere durchgefahren sein. Die haben ein Telegramm nach Berlin aufgegeben und ersucht, Geld zu schicken und Flugblätter. Es wurde darin außerdem darauf hingewiesen, daß hier die wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem besten Wege wären. Ich habe angeordnet, daß diese Telegramme nicht weiter gehen. Sie werden sich daraus ein Bild machen können, was das auf sich hat. Ich kann mir nicht denken, daß es sich bloß um Flugblätter handelt.

Vors.: Eben in unserer Sitzung haben wir mehr erfahren. Sie werden verstehen, aus welchem Grunde wir die Schae selbst gebilligt haben. Es ist keine Maßnahme gegen die U. S. P., auch nicht gegen den Soldatenrat Es steht fest, daß wiederum Elemente am Werke sind, gegen die die organisierte Arbeiterschaft bewaffnet sein will. Wenn man das hier in der breiten Oeffentlichkeit nicht alles ausspricht, dann, glaube ich, werden Sie alle das verstehen können. Es kann vielleicht der Augenblick kommen, wo auch Sie als U. S. P. und als Soldatenrat erfreut sein werden, daß es so gekommen ist.

Wir kommen zum ersten Punkt unserer Tagesordnung.

Hagedorn: Ich ersuche in Anbetracht der vorgerückten Zeit, den vierten Punkt an die erste Stelle zu setzen.

Vors.: Ich muß diejenigen, die nicht zum Arbeiter- und Soldatenrat gehören, ersuchen, den Saal zu verlassen. — Widerspruch erhebt sich nicht gegen den Antrag Hagedorn, wir behandeln deshalb den vierten Punkt als ersten.

Hagedorn: Genossen und Genossinnen! Die Aufgabe, die mir durch Uebertragung des Amtes als Kommissar für das Steuer- und Finanzwesen gestellt ist, ist nicht leicht. In dem Augenblick, wo ich den Posten antrat, wußte ich, daß ich es sehr schwierig haben würde. Wir alle haben den Wunsch gehabt, daß die Bewegung, die in Bremen eingesetzt hat, sich über das ganze Deutsch Reich weiter pflanzen möge. Dies ist aber nicht eingetreten. Wir stehen in Bremen allein, das ganze Deutsche Reich steht heute gegen uns, und so ist es möglich geworden, daß uns der Kredit abgeschnitten ist. Wollen wir hier vielleicht durch Gewalt das erreichen, was uns vieleicht möglich ist durch Verhandlungen, dann würden wir dahin kommen, was wir den Rechtssozialisten zum Vorwurf gemacht haben, die eben immer mehr und mehr Gewaltpolitik machen müssen und dann nicht mehr zurück können. Den Rechtssozialisten haben wir den Vorwurf gemacht, daß sie durch ihre Politik zur Anlehnung an die Bürgerlichen gezwungen sind und immer mehr ins bürgerliche Lager hineingehen. Wir stehen in Deutschland vor der Hand allein. Durch den Krieg ist die Finanzlage Bremens sehr schlecht geworden. Die Bremer Banken haben nur kurzfristige Anleihen und Schatzanweisungen ausgegeben und nur 30 Millionen langfristige Anleihen. Es sind im ganzen 160 Millionen neu aufgenommen worden im Kriege. Am letzten Sonntag wurde Ertinger von dem Direktor der Generalkasse mitgeteilt, daß Bremen nur noch 2½ Millionen zur Verfügung habe. Diese Summe solle längstens 14 Tage reichen. Am Donnerstag war aber der Bestand bereits auf eine Million herabgesunken. Hinzu kam am Donnerstag ein Telegramm von der Berliner Aktiengesellschaft für Handel und Verkehr, von der der Bremer Staat, das heißt die alte Finanzdeputation, 100 Millionen langfristige Anleihen aufgenommen hat. Davon haben wir im Dezember 30 Millionen erhalten, am 31. Januar sollten wir weitere 20 Millionen erhalten, am 10. April 15 Millionen, am 23. April 15 Millionen und am 10. Mai 20 Millionen. Die genante Berliner Bank hat nun zum Ausdruck gebracht, daß, wenn die Bremer Verhältnisse nicht gleich geordnet würden, sie nicht nur nicht das Geld liefern würde, das sie noch liefern wollte, sondern daß sie die bereits gelieferten 30 Millionen auch noch zurückverlangen würde. Und hinzu kommt, daß auch die Oldenburger Bank das Geld, das sie vorschußweise gegeben hat, zurückverlangt. Wir haben dann am Freitag die Direktoren der hiesigen Banken zu einer Sitzung am Sonnabendvormittag eingeladen. Vor dieser Sitzung habe ich im Vollzugsrat an die Genossen die Frage gerichtet, weil ich doch den Direktoren in irgendeiner Form Unterlagen geben mußte, ob sie bereit seien, das Privateigentum zu schützen. Sowohl die Kommunisten wie auch die U. S. haben sich dazu bereit erklärt und insbesondere auch dazu, die Banken zu schützen. In der Sitzung mit den Direktoren stellte sich dann heraus, daß die Fragen auf das politische Gebiet hinübergeleitet wurden. Sie stellten ihre Forderungen, aber Genosse Fritz und ich — Ertinger war krank — konnten uns darauf nicht einlassen. Es wurde darauf hingewiesen, daß für die abgesetzte Finanzdeputation kein rechtsgültiger Ersatz da wäre, und daß so die juristische Frage entstand, ob die Berliner Banken noch verpflichtet wären, weiter auf Grund der mit der alten Finanzdeputation abgeschlossenen Verträge zu liefern. Es wurde uns weiter gesagt, daß der Kredit von Bremen verschwunden sei. Hätte sich die Revolution über ganz Deutschland verbreitet, dann wäre der Kredit aus Bremen nicht verschwunden. Aber der Senat hat zwar die Kassen nicht mitgenommen, wohl aber den Kredit. Die hiesigen Banken haben erklärt, daß sie nicht in der Lage sind, uns Geld vorzuschießen, weil sie von ihren auswärtigen Geldgebern abhängen. Wir haben dann die Mitglieder des Vollzugsrats, soweit sie anwesend waren, zu der Sitzung hinzugezogen. Es hat sich dann eine Kom-

er

mission von vier Direktoren gebildet, und außerdem hatten wir Genossen Dr. Künkler als Rechtsbeistand geladen. Wir sind dann nach längeren Besprechungen uns darüber klar geworden, daß in irgendeiner Form eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden mußte. Wir haben unter uns verhandelt und sind zu dem einstimmigen Entschluß gekommen, der ja bereits durch die Zeitungen bekannt geworden ist. Am Sonnabendnachmittag kamen wir aufs neue zusammen, wobei zwei Genossen, die morgens nicht anwesend waren, sich gegen den Antrag aussprachen, während alle übrigen, sowohl Kommunisten wie U. S. P., dafür waren. Heute morgen nun haben wir erneut Rücksprache genommen. Die Bankdirektoren haben dann heute morgen die Senatoren Bömers und Spitta als kaufmännische bzw. juristische Berater hinzugezogen. Es wurde von ihnen gesagt, daß wir nicht in der Lage seien, auf die Berliner Banken einen Eindruck zu machen, weil wir dort nicht bekannt seien. Es würde sich empfehlen, um den Kredit wieder herzustellen und das Wirtschaftsleben in Bremen wieder in Gang zu bringen, die alte Finanzdeputation wieder herzustellen. Aber Genosse Fritz und ich erklärten, daß hiervon keine Rede sein könnte. Der Senat sei aus seinem Amt ausgeschieden und an seiner Stelle habe der Rat der Volksbeauftragten die Geschäfte übernommen.

Sie erklärten dann, daß sie wünschten, es möge eine Gegenzeichnung entweder von Bömers oder von Spitta bei jeder Auszahlung erfolgen. Wir haben gesagt, wir würden die Frage heute abend vorlegen, oder, wenn die Zustimmung des A.- und S.-Rates nicht gegeben werden, vorschlagen, daß eine Kontrollkommission der Banken eingesetzt werde. Sie würden dann auch eine gewisse Kontrolle haben. Wir würden diesen Vorschlag vorziehen, weil ich mir sage, daß eine Kontrolle ohnehin gegeben ist, weil alle Posten letzten Endes durch die Bücher der Generalkasse gehen und weil viele Beamte Einblick in die Bücher haben, so daß die Sachen gewissermaßen öffentlich sind. Weiter wird gewünscht, daß der Belagerungszustand aufgehoben werde und daß die Zensur fallen sollte. Genosse Frasunkiewicz und ich erklärten, soviel wir unterrichtet seien, würden die Fragen bereits erwogen. Wenn wir die Gewißheit hätten, daß nicht von der Gegenseite Putschversuche gemacht würden, der Belagerungszustand aufgehoben werden sollte. Sie meinten, daß dann die Ausschreibung der Wahlen für eine Volksvertretung erfolgen sollte, da von der Gegenseite wir nichts zu befürchten brauchten. Ich habe darauf hingewiesen, daß man bereits in aller Kürze damit rechnete, daß der A.- und S.-Rat den Belagerungszustand aufheben werde und daß die Wahlen ausgeschrieben werden würden. Genaues könnten wir aber nicht sagen, da wir uns nach den jeweiligen Verhältnissen richten müßten.

Die Sache ist nun so, daß bis zum heutigen Tage eine Ausschreibung erfolgt ist. Es sollten bis zum 23. Januar 41 Millionen gestellt werden. Bis zum heutigen Tage, bis heute mittag 11 Uhr, ist die Ausschreibung erfolgt. Entweder muß eine Verlängerung eintreten oder es müssen neue Schatzanweisungen ausgegeben werden. Es ist aber kein einziger Eingang zu verzeichnen gewesen. Unser Bedarf stellt sich bis zum 1. Februar auf 4 Millionen, bis zum 16. Februar auf 7,6 Millionen, 1. März 11,5 Millionen, 1. April 19,8 Millionen. Sie sehen, was zu zahlen ist, obgleich wir kein Geld in der Generalkasse haben. Uebermorgen ist das Geld alle. Genossen! Wir müssen uns klar sein, was folgt. Können wir die Verantwortung übernehmen, daß die Arbeiter und Angestellten ohne Lohn bleiben? Wir haben die Bankdirektoren darauf aufmerksam gemacht, was folgt, wenn die Löhne nicht gezahlt werden können. Sie haben erklärt, daß sie keinen Einfluß auf die auswärtigen Banken hätten, haben aber versprochen, daß sie ihr Möglichstes tun wollten. Die Bremer Bank, Filiale der Dresdner Bank, hat der Generalkasse bisher einen Vorschuß von 10 Millionen zu geben sich verpflichtet nach einem alten Vertrage, der aber, wie der Direktor sagte, nicht mehr gilt, weil die alte Finanzdeputation nicht mehr besteht und mit der neuen Finanzverwaltung kein Abschluß erfolgt ist. Die Bremer Banken haben sich aber bereit erklärt, die 10 Millionen zu übernehmen und unter sich zu verteilen.

Dann möchte ich noch kurz eingehen auf das, was Genosse Jörn sagte, daß wir ja noch 1,3 Millionen Gold hätten. Genossen! Vergegenwärtigen Sie sich doch, daß es nicht möglich ist, wenn wir von ganz Deutschland abgeschlossen sind, für 60 Millionen Papiergeld auszugeben. Dieses Papiergeld würde uns ja gar nichts nützen. Wenn das bare Geld und die Banknoten, die uns noch zur Verfügung stehen, ausgegeben ist, würde es trotz des bremischen Papiergeldes ausgeschlossen sein, Nahrungsmittel aus anderen Ländern hereinzubekommen, da wir sie nicht mit Geld, das dort Gültigkeit hat, bezahlen könnten. Beschließen wir heute aber, daß die Wahlen in der Zeit stattfinden (Zuruf: In welcher Zeit?) Wenn die Wahlen zur bremischen Volksvertretung nicht stattfinden, dann — und das muß Ihnen klar sein — werden wir von Deutschland keine Nahrungsmittel erhalten. Wir könen dann weiter der Ueberzeugung sein, daß wir dann alsbald Truppen von Berlin in Bremen sehen. Wir haben die Wahl: entweder setzen wir mit Gewalt durch, nach dem Vorbild der letzten Zeit, wo kommunistische Genossen die Banken besetzt haben, daß wir bremisches Geld ausgeben und damit für eine Zeitlang noch vegetieren, oder wir versuchen, Bremens Kreditfähigkeit wieder herzustellen, damit Handel und Wirtschaftlichkeit in Bremen wieder aufleben kann. Genossen und Genossinnen! Mir ist es

wahrhaftig nicht leicht geworden, das letztere zu empfehlen. Wir wissen aber, wie wir stehen. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir tatsächlich von der Welt abgeschlossen sind. Entscheidet sich die Sache im Deutschen Reiche zu unseren Gunsten, dann entscheidet sie sich natürlich auch hier zu unseren Gunsten, davon dürfen wir überzeugt sein. Ist das aber nicht der Fall, dann werden der alte Senat und die alte Bürgerschaft wieder eingesetzt werden. Das müssen wir vermeiden. Darum stehen wir auf dem Standpunkt, daß wir mit unserem Vorschlage nicht, nachdem wir einen Schritt vorwärts gemacht haben, nicht zwei Schritte rückwärts machen, sondern daß wir doch einen Schritt vorwärts machen, wenn wir die Wahlen zur Volksvertretung ausschreiben.

Vors.: Wer wünscht dazu das Wort?

Brauckmüller: Ich frage, ob es nicht möglich ist, nach den Vorgängen von heute abend uns doch den Kredit vollständig zu verschaffen, der nötig ist.

Vors.: Ich möchte den Genossen Brauckmüller fragen, ob er seine Worte zum Fenster hinaus gehalten hat.

? ? Soldatenrat: Wohin würde es führen, wenn wir den Antrag nicht annehmen. Dann würde unser Geld gesperrt und weiter wären wir auch hinsichtlich der Nahrungsmittel von der übrigen Welt abgeschnitten. Am nächsten Mittwoch könnten auch nicht mehr die Auszahlungen an die Arbeiter erfolgen. Was wäre dann die Folge? Wir gerieten in ein Chaos hinein, und die weitere Folge davon wäre, daß die Regierung in Berlin nach dem Vorbilde von Berlin Truppen schickte. Wir würden also das Gegenteil von dem erreichen, was wir wollen, wir kämen zu Zuständen, wie sie in Berlin bestehen, wo die Reaktionäre die Oberhand haben. Wir sollten es deshalb nicht auf das Schlimmste ankommen lassen, und etwas nachgeben. Daß wir das Gold in der Reichsbank beschlagnahmen, wie Jörn ausführte, und 60 bis 70 Millionen Papiergeld drucken ließen, das könnten wir wohl, wenn entsprechende Verhältnisse in ganz Deutschland wären. Das ist aber nicht der Fall. Und dann spielt auch das Nationalvermögen eine Rolle. Wenn Bremen auch soviel Papiergeld ausgäbe, so würde damit auch wenig zu machen sein, da die Mark jetzt nur noch einen Wert von 35 bis 40 ₰ hat. Es hat keinen Zweck, daß Bremen da allein vorgeht. Wir haben kein Geld, und auch das Papiergeld würde uns nichts nützen. Es würde ein Chaos eintreten. Wir wollen nicht, daß Truppen von Berlin geschickt werden und die alten Zustände wieder herstellen. Darum schlage ich vor, nachzugeben und die Vorschläge zu unterstützen, daß auch die Banken eingesetzt werden zur Kontrolle.

Kaiser: Ich möchte nur kurz erwähnen, daß heute morgen in einer Sitzung der Vorsitzende des Demobilisierungsausschusses mitgeteilt hat, daß er für die Auszahlungen der Arbeitslosenunterstützungen kein Geld bekommen könnte. Die Generalkasse habe erklärt, daß sie wohl das Geld für die laufenden Bezüge am nächsten Freitag — 200 000 ℳ — auszahlen könne, aber nicht noch die 200 000 ℳ (Zuruf: 400 000) für Nachzahlungen für Arbeitslosenfürsorge in Bremen auszahlen könne. Wir möchten doch Bekanntmachungen in den Zeitungen erlassen, daß die Arbeitslosen sich noch acht Tage gedulden möchten, bis wieder Geld da wäre.

Vors. Brodmerkel: Es fällt wohl niemand hier im Saale, die wir alle grundsätzlich Anhänger des Rätesystems sind, leicht, zu dem Antrage, der uns vorliegt, Ja und Amen zu sagen. (Sehr richtig!) Wir würden uns, wenn wir den Antrag annehmen, gewissermaßen selbst erledigen. Wenn hier die Nationalversammlung zustandekommt, würde auch das Rätesystem erledigt sein. Ich habe heute morgen den Rat der Volkskommissare gefragt, sie sollten sich doch erkundigen, wie die Verhältnisse in Braunschweig liegen. Auch dort sind Schritte getan, man hat die Wahlen zur Landesversammlung ausgeschrieben und hat auch die Wahlen stattfinden lassen, und es soll der Landtag auch tagen. Aber, soviel wir wissen, behält dort der A.- und S.-Rat das Kontroll-, das Vetorecht. Ich habe auf die Frage die Antwort bekommen, daß damals, als das in Braunschweig beschlossen wurde, das Finanzkapital noch nicht so überlegen war, wie jetzt. Aus dieser Tatsache müssen wir lernen. Wir wollen die Macht erobern. Wir haben jetzt im A.- und S.-Rat die Macht. Genossen! Es wird soviel von der Diktatur des Proletariats gesprochen. Es steht aber ohne Zweifel fest, daß bisher in Bremen dadurch noch niemand ein Haar gekrümmt ist. Jetzt bekommen wir die Diktatur des Kapitals zu fühlen. Wir haben eben auch von einem Kameraden gehört, daß von den Herren gesagt ist: Wenn euch der Kredit abgeschnitten wird, erledigt ihr euch von selbst. Ich bin überzeugt, daß diese Sachlage, von der der Kamerad sprach, nicht gegen uns spricht, sondern gegen das Finanzkapital. Wir wissen, wie von der Seite gearbeitet wird, uns den Kredit abzuschneiden und den wirtschaftlichen Bankrott herbeizuführen. Auf eins möchte ich dabei hinweisen. Ich bin informiert worden, daß sogar bremische Großkaufleute in Holland unterwegs sind und daß diese geschrieben haben, daß es hier soweit gekommen sei, daß in den nächsten Tagen, soweit sie informiert seien, mit einer Besetzung Bremens durch fremde Truppen zu rechnen sei. Dieser Brief, den ich gelesen habe, ist schon vor acht Tagen geschrieben, ehe noch die neuen Vorgänge eingetreten sind. Die feindlichen Truppen sind aber

noch nicht da. Der Herr hat auch in dem Schreiben erklärt, daß die Bevölkerung — und was sie unter der Bevölkerung verstehen, wissen wir: die Bürger, nicht die Bevölkerung — in dem besetzten Rheinland mehr zufrieden seien als die Bewohner dort, wo die Bolschewisten hausten. Sie sehen, daß die Kapitalherrschaften die Besetzung des deutschen Landes durch Ententetruppen nur begrüßen, herbeisehnen. Es ist darin System. Wie früher das Kapital aus dem Baltikum nach der Besetzung durch deutsche Truppen gerufen hat, so wünschen sie jetzt eine Besetzung Deutschlands durch Ententetruppen. Es trifft aber noch ein anderes zu. Gestern haben die Wahlen zur Nationalversammlung stattgefunden, und wir haben gehört, daß die Nationalversammlung am 6. Februar zusammentreten soll. Wir haben heute oder gestern in der „Weser-Zeitung" gelesen, daß es die erste Aufgabe der Nationalversammlung sein müsse, eine Obrigkeit zu schaffen, eine gesetzgebende Körperschaft. Was man darunter versteht, wissen wir. Unter der Freiheit, wie wir sie verstehen, versteht die bürgerliche Gesellschaft selbstverständlich die Anarchie, und unter der Ordnung, wie die bürgerliche Gesellschaft sie versteht, will sie, das wissen wir, wieder die alte Diktatur des Militarismus herbeigeführt wissen. Genossen! Wir stehen also vor Tatsachen. Was gilt es nun zu tun? Ich will erklären, was unsere Fraktion beschlossen hat. Wir müssen uns erinnern, daß der Zweck des Antrages ist, die Nationalversammlung für Bremen einzuberufen. Unsere Genossen sind der Meinung, daß es unsere Aufgabe sein muß, die Revolution zu vertiefen, zu erweitern, dafür tätig zu sein. Als wir uns in unserer Fraktionssitzung mit der Frage beschäftigten, den Senat abzusetzen, auch als Verwaltungsbehörde abzusetzen, haben wir uns auch mit der Frage der Lebensmittelzufuhr, des Kredits, der Kohlenzufuhr usw. beschäftigt. Damals waren allerdings die politischen Verhältnisse noch anders, als sie gegenwärtig sind. Wir wissen, Parteigenossen, wie es vor vier Wochen aussah. Sie haben in den Zeitungen gelesen, was für ein Sturm der Empörung die deutschen Lande durchzog wegen des ruchlosen Mordes, den die Bannerträger von Ebert-Scheidemann an unseren Führern Liebknecht und Rosa Luxemburg verübt haben. Seien Sie überzeugt, daß diese Tat das revolutionäre Proletariat erwecken muß zum Kampf gegen die Träger des Kapitalismus, der durch die Mehrheitssozialisten und durch den Ausfall der Wahlen vielleicht glaubt, einen Stützpunkt zu finden, um seine Macht noch mehr gefestigt zu sehen. Ich bin aber davon überzeugt, daß sich nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung zeigen wird, was das deutsche Volk von den Versprechungen, die ihm in den Wählerversammlungen gegeben sind, zu halten hat, daß die Leute dann entlarvt werden, daß dann ans Tageslicht kommt, was für Liebe und was für ein Herz sie für das deutsche Volk haben. Das deutsche Volk sieht, daß die Nationalversammlung sein eigenes Grab ist, und es wird die Nationalversammlung in den Orkus werfen, wohin sie gehört, wie es das russische Proletariat gemacht hat. Genossen! Nun wird von dem Einmarsch der Weißen Garde gesprochen, die gegenwärtig in Berlin haust. Auch diese Gefahr ist nicht sehr groß. Ich glaube, in allen deutschen Landen hat man jetzt erfahren, warum jetzt Truppen angeworben, Soldaten mobilgemacht werden. Sie sollen angeblich zum Schutz der Ostgrenzen dienen. Jetzt wird den deutschen Soldaten gezeigt, daß sie Kanonenfutter sein sollen gegen ihre eigenen Arbeitsbrüder, und sie werden sich überlegen, ob sie sich zu einem solchen entsetzlichen Handwerk gebrauchen lassen wollen. Ich bin auch davon überzeugt, daß die Truppenmassen nicht so groß sein werden. Die Gefahr im Osten wird immer größer, und man wird daher gezwungen sein, die Stammtruppen aus Berlin nach dem Osten gegen die Bolschewisten zu werfen. Sie haben jedenfalls auch gelesen, daß die Bolschewisten vor dem Einmarsch in Warschau stehen und daß man dort sehr zuversichtlich ist hinsichtlich eines Sieges des Bolschewismus in Deutschland. Sie können davon überzeugt sein, daß das bolschewistische Heer mit jedem Tage nicht etwa schwächer wird, wie einst die Front der Hindenburgarmee, sondern mit jedem Tage wird die bolschewistische Armee stärker. Ich bin überzeugt, wenn die bolschewistische Armee nach Bremen kommen würde, würde sie hier 20 000 Mitkämpfer dazu bekommen, und wenn die bolschewistische Armee nach Warschau kommt, würde sie auch dort wiederum 20 000 Kämpfer für sich gewinnen. Auch aus Polen und aus den Ostseeprovinzen würden Freiheitskämpfer den Revolutionären zuströmen. Wir müssen die Sache richtig betrachten, und ich glaube, das sind die Verhältnisse, wie sie liegen. Im gegenwärtigen Moment haben Sie zu entscheiden, was notwendig ist. Unsere Schuld ist es nicht, daß die Katastrophe, vor der wir stehen, eintritt. (Sehr richtig!) Es liegt nicht an der lotterhaften Wirtschaft, die der A.- und S.-Rat etwa getrieben hätte. Viel Geld soll von uns ausgegeben sein. Allein Sie wissen, daß von dem Gehalt, daß ein Senator erhält, mehrere Mitglieder des A.- und S.-Rates zu leben haben. Wie gesagt: die Schuld trifft nicht uns, sondern einzig und allein die Kapitalistenklasse, die den Kampf heraufbeschworen hat. Wir sind selbstverständlich der Meinung, daß wir alles zu tun haben, um ein Chaos zu vermeiden, und an uns soll es nicht liegen, das zu verhindern. Wir können aber unsere prinzipielle Stellungnahme nicht aufgeben. Wir werden deshalb als Fraktion gegen den Antrag votieren.

Vors.: Wer wünscht das Wort?

Breitmeier: Was ich sagen wollte, ist zum Teil erledigt. Der Vorredner hat das Verhalten der Fraktion skizziert. Nur einige Worte habe ich noch auf die Ausführungen des Genossen Hagedorn zu sagen. Wir werden in diesem Kampfe nicht alleinstehen, da uns viele Kameraden und Kollegen aus dem Kohlenrevier im Osten zur Seite stehen. Wir werden also mit der Zeit immer mehr Kraft entfalten können. Wie die Situation liegt, müssen wir auch dahinkommen, die Diktatur des Proletariats zu festigen. Brodmerkel hat schon erklärt, daß es aus grundsätzlichen Gründen heraus für uns ausgeschlossen ist, für den Antrag zu stimmen, daß zur Konstituante gewählt werden soll, weil wir dadurch das Rätesystem ausschalten würden. Aus diesen Gründen ist es ausgeschossen, für Wahlen in irgend eine Bürgerschaft zu stimmen, die die Befugnis haben soll, für sich allein Rechte der Gesetzgebung auszuüben. Denn eine solche Bürgerschaft würde die Ausschaltung des Arbeiterrats zur Folge haben. Lehnen Sie den Antrag ab.

Lindau: Parteigenossen! Wir stehen vor der Frage, ob wir den Antrag annehmen sollen, eine neue Bürgerschaft wählen zu lassen, oder ob wir den alten Zustand wieder herbeiführen wollen. Etwas anderes gibt es nicht. Wenn wir den Antrag nicht annehmen, dann wird uns von der Finanzaristokratie nicht nur der Kredit gesperrt, sondern es wird auch die Weiße Garde mobilgemacht werden. Heute morgen habe ich Gelegenheit gehabt, einen vier Seiten langen Brief eines Hauptmanns Rabenau zu lesen, der zur Bildung von Freiwilligentruppen auffordert, um den Kampf gegen die Bolschewisten aufzunehmen. Eine andere Meldung kommt aus Westfalen, nach der ein anderer Hauptmann ebenfalls Freiwillige auffordert, um Bolschewistennester in Deutschland auszuheben. Wir sind der Meinung, daß eines dieser Nester Bremen sein wird. Wenn wir den vorliegenden Antrag ablehnen, an dem Rätesystem festhalten wollen, verhelfen wir der Reaktion zum Siege. Auf Grund der eisernen Notwendigkeit müssen wir den Antrag annehmen. Was sonst kommen würde, wissen wir. Einige tausend Gewehre würden sich vielleicht einige Tage halten können, aber eine einzige Batterie würde alles in Grund und Boden schießen. Die nötigen Truppen wird man aus der Umgegend bald herbeiführen können, aus Hannover, Osnabrück usw., es brauchte nur ein Telegramm aufgegeben werden, und im selben Augenblick würden sich die Truppen in Bewegung setzen nach Bremen, dem Sitz des roten Terrors. Das ist doch klar. Wir können gar nicht anders, als in den sauren Apfel zu beißen. Es ist aber jedes einzelnen Pflicht und Schuldigkeit, die drei Gruppen innerhalb der Sozialdemokratie zu einigen, um dem reaktionären Bürgertum zu zeigen, was wir vermögen, wenn es darauf ankommt, die Revolution zu schützen und für uns auch nach dem neuen Wahlrecht wenigstens manche Vorteile durchzusetzen. Die Möglichkeit ist gegeben, daß wir die Mehrheit auch in dem neuen Parlament erhalten und unsere Ideen, wenn auch langsam, so doch sicher zur Durchführung bringen. Ich ersuche Sie, den Antrag anzunehmen.

Düe: Genossen! Die Reichsregierung und das Kapital haben sich vereinigt, um die Position, die wir uns hier geschaffen haben, zu stürzen. Es bleibt uns nichts anderes übrig, wie verschiedene Redner schon ausgeführt haben, als einen geregelten Rückzug anzutreten und dann wieder energisch anzufangen mit dem, was wir hier erreicht haben. Ich kann einige Beispiele anführen dafür, daß die Reichsregierung schon in den Tagen, wo wir die Arbeiterschaft bewaffnet haben, damit begonnen hat, um uns Nahrungsmittel zu entziehen. Es haben hier im Freihafengebiet ungeheure Mengen von Lebensmitteln gelagert. Als die Regierung erfuhr, daß hier andere Mächte am Ruder sind als Ebert-Scheidemann, hat sie diese Lebensmittel allmählich abfahren lassen und in anderen Hafengebieten gelagert. Es sind in der Zeit annähernd 3000 Tonnen Lebensmittel von der Reichsregierung ab Bremen nach Brake überführt und von dort aus verteilt worden. Wir sehen hieraus wieder, wie die Reichsregierung vereint mit dem Kapital uns stürzen will. Und wie die Dinge liegen, bleibt uns nichts anderes übrig, als einen geordneten Rückzug anzutreten und dann wieder aufzubauen, was wir bisher erreicht haben.

Wahl: Wir sehen jetzt, daß das Finanzkapital jetzt zu einer andern Waffe greift als es z. B. in Berlin beliebt hat. In Berlin war das Kapital etwas brutaler, in Berlin hat es Kanonen gegen die Arbeiterschaft aufgefahren mit Hilfe der weißen Garde und der Mehrheitssozialisten. Hier in Bremen macht es das etwas anders, etwas vorsichtiger. Es sagt sich: wenn wir dieses Blut noch weiter fließen lassen werden im Reiche, so werden wir sehr bald abgewirtschaftet haben, das können wir nicht mehr machen, das dürfen wir nicht, wir dürfen es nur im äußersten Falle. Wir werden jetzt einmal ein anderes Mittel versuchen, und das ist das Finanzkapital. Was können wir dagegen machen? Mit offener Gewalt ist nichts anzufangen. Wir haben in Berlin gesehen, daß die Waffengewalt des Proletariats nicht ausgereicht hat, die weißen Garden niederzuschlagen, im Gegenteil, das Proletariat ist mit den rücksichtslosesten Mitteln niedergeworfen worden. Hier handelt es sich darum, ob wir nicht imstande sind, mit den rücksichtslosesten Mitteln dem Kapital einen Schlag beizubringen. Und ich glaube, das wird wohl möglich sein. Wenn das Finanzkommissariat etwas rücksichtsloser operieren würde als bisher, dann glaube ich, würde es wohl möglich

sein, daß man diesen Schlag, den das Kapital gegen uns führen will, abwehren kann. Der Genosse vom Soldatenrat führte schon ganz richtig an, daß man Papiergeld herstellen könne. Er hatte nur Angst, daß es nicht in Zahlung genommen würde. Ich bin nicht so pessimistisch, im Gegenteil. Wir haben doch auch Verbündete, z. B. Braunschweig. Ich bin fest überzeugt, daß Braunschweig das Geld, was wir hier in Bremen herstellen würden, annehmen wird. (Lachen.) Und, Genossen, wir wollen einmal aufrichtig sein und logisch: die Revolution geht doch nicht zurück in Deutschland. Wir müssen uns doch vor Augen halten, daß man das Proletariat wohl für einen Augenblick niederwerfen kann, auf die Dauer aber nicht. In der Zeit, wo wir von dem Gelde, was in den Banken ist, und was wir selber herstellen, leben, läuft schon viel Wasser die Mühle herunter und wird die Revolution sich soweit ausgebaut haben, daß das Geld, was wir herstellen, auch im weiteren Umkreise Gültigkeit haben wird. Davon bin ich fest überzeugt. Sie können sicher sein, daß man in Deutschland das Geld, was wir herstellen, bald anerkennen wird. Uebrigens bin ich der Meinung, daß wir schon Mittel haben, um unsererseits etwas gegen das Finanzkapital zu unternehmen. Schreiten wir doch einfach zur Enteignung der Institute, die dafür reif sind. Ich will nicht gerade auf die Großbetriebe verweisen, das ist nicht nötig, aber kommunale Sachen wie z. B. die Straßenbahn könnte man doch glatt enteignen, davon sind wir fest überzeugt. Weiter möchte ich Ihnen vorschlagen, daß man den Bürgerlichen eine Vermögensabgabe auferlegt, die auch für uns fruchtbringend sein würde. Ferner möchte ich ersuchen, eine Weinsteuer einzuführen und eine Schaumweinsteuer. Ich will Ihnen etwas sagen: Es müssen die bezahlen, die uns in diesen Krieg und damit in diese Finanzmisere hineingebracht haben. Ich meine, daß diese Leute das auch tragen können. Man soll ganz neue Steuern einführen für diejenigen, die es sich leisten können.

Nun ein paar Worte zu den Wahlen selbst, die hier stattfinden sollen. Ich habe schon gesagt: die Revolution marschiert vorwärts. Will man die Scheidemann-Regierung niederkämpfen, so muß man zum Mittel des Streiks greifen. Der Generalstreik kommt ja gar nicht aus Bremen, sondern aus denjenigen Schichten, denen man es am allerwenigsten zugetraut hätte, wo das Proletariat im Frieden meistens christlich organisiert wird: aus dem Kohlenrevier. Die Revolution marschiert, das wissen wir. In Ungarn schreitet das Proletariat zur Selbsthilfe und jagt die Grundbesitzer zum Teufel, die Fabrikbesitzer auch. Und wir hier in Bremen, wir dulden es, daß das Finanzkapital einen Schlag gegen uns ausführt. Das ist ein schlechtes Beispiel, das bedeutet einen Schlag ins Gesicht des Proletariats, das bedeutet die vollständige Bankrotterklärung der Räterepublik. Ich möchte Sie ein für allemal warnen, sich selbst zu kastrieren. Tun Sie es lieber nicht und halten Sie an dem Rätesystem fest. Und sollten Sie wirklich eine Konstituante einführen, so sorgen Sie dafür, daß die Kommissariate bestehen bleiben und die Kontrolle ausüben über alles, was in Bremen ist.

Dr. Künkler: Parteigenossen! Brodmerkel hat uns erklärt, daß er das Seine tun wolle, um ein Chaos zu verhüten. Nun haben die eingehenden Verhandlungen des Rates der Volksbeauftragten mit den Vertretern der Großbanken ein Ende erreicht. Ihr Ergebnis ist der Antrag, der uns heute beschäftigt. Chaos würde die unausbleibliche Folge sein, wenn Sie den Antrag heute abend ablehnten. Es handelt sich um — den Eindruck habe ich wenigstens — bei den von Ihnen kritisierten Maßnahmen der Bankwelt gar nicht um einen Schlag gegen das Proletariat, sondern einzig um eine Sicherung der Verhältnisse, auf die hin sie ihr Geld weiter aufbringen können. Das ist solange nicht möglich, solange nicht eine gewisse Ordnung und ein gewisses Einverständnis mit den die Revolution bekämpfenden Parteien erfolgt ist. Das ist auch der Grund, weshalb in diese Erklärung aufgenommen werden mußte der Passus, daß dieser gesetzgebenden Versammlung allein das Recht zur Berufung der vollziehenden Gewalten zusteht. Besteht daneben noch eine andere Instanz, die die Befugnis dieser gesetzmäßigen Gewalten beschneidet, dann vermissen eben die Bankherren die Gewähr für die Sicherheit des Verkehrs, die sie bewegen kann, den Kredit wiederherzustellen. Politische Absichten haben die Herren dabei nicht gehabt, sondern nur die, für ihre Gelder die nötigen Sicherheiten zu schaffen. Nun war der Vorschlag gemacht worden, man möge doch den Banken das Geld nehmen, und Jörn hat gesagt, auf Grund dieser Barmittel, die man dort fände, ohne noch eine Anleihe aufnehmen. Es wird hier jeder in der Versammlung das absolut Phantastische eines solchen Vorschlages einsehen. Diese eine Million oder wieviel es sind, würde natürlich nicht einmal reichen, die Ansprüche, die Hagedorn aufgezählt hat, auch nur für zwei Tage zu befriedigen. Das liegt auf der Hand. Daß man aber eine Anleihe aufnehmen könnte auf Grund dieser Million und zwar gleich in einer Höhe von 60 Millionen, das ist ein grobes Mißverständnis; eine solche Möglichkeit könnte sich höchstens auf Notenbanken beziehen, bei denen es vorgeschrieben ist, daß ein gewisser Betrag ihres Notengeldes durch Gold gedeckt sein muß. Das setzt aber einen geordneten Finanzverkehr im Reiche voraus. Wenn hier dazu übergegangen wird, eine Million zu beschlagnahmen, würde man nicht nur keinen Pfennig bekommen, sondern im Gegenteil, die

Beschlagnahme der Reichsbank würde dem Kredit in Bremen vollends ein Ende machen. Das wäre also das verkehrteste, was getan werden könnte. Endlich ist von einem Vorredner bemerkt worden, man tue mit der Ausschreibung der Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung in Bremen einen Schritt rückwärts. Gerade das glaube ich nicht. Wenigstens die U. S. P. hat stets auf dem Standpunkt gestanden, daß man schließlich doch einmal zu den allgemeinen Wahlen kommen müsse, und Meinungsverschiedenheiten bestehen nur über die Zeit ihrer Ausschreibung. Wenn die Not in Bremen uns heute dazu zwingt, die Wahlen stattfinden zu lassen, so ist das kein Rückschritt, zumal nicht, da es ein Mittel ist, dem Chaos zu begegnen. Ein Rückschritt wäre es nur dann, wenn man uns sagen könnte: ihr habt abgewirtschaftet, ihr könnt eure Verbindlichkeiten nicht lösen. Das wäre ein Rückschritt der Revolution. Deshalb bitte ich Sie dringend, den Antrag anzunehmen.

Opfermann (zur Geschäftsordnung): Ich möchte bitten, daß wir die heutige Sitzung bis morgen abend vertagen. Es ist gleich 11 Uhr, und eine große Anzahl Genossen müssen mit der Elektrischen nach Hause fahren. Wir können ihnen nicht zumuten, daß sie zu Fuß gehen. Morgen früh können wir ja weiter beraten. Es muß gründlich beraten werden, und das wird mindestens noch eine Stunde dauern.

Vors.: Morgen ist Generalstreik, da können Sie ja ausschlafen.

Hagedorn: So gut wie der Antrag Opfermann gemeint ist, ich möchte doch bitten, davon abzusehen. Wir müssen sobald wie möglich zu einem Entschluß kommen, da wir schon am Mittwoch kein Geld mehr in der Kasse haben. Entweder so oder so. Entweder wir sorgen mit Gewalt dafür, daß wir uns noch kurze Zeit über Wasser halten, oder wir sorgen für Kredit.

Was den Antrag Franke betrifft, so muß ja unbedingt eine Entscheidung herbeigeführt werden. Auch die Frage Opfermann erfordert unbedingt eine Beantwortung. Morgen früh wird in einer Sitzung darüber verhandelt werden. Heute abend schon eine Entscheidung zu treffen, ist nicht möglich, da wir uns erst darüber schlüssig machen müssen.

Der Vertagungsantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Schluß der Sitzung um 10 Uhr 50 Minuten.

# 19

## Sitzung vom 21. Januar 1919 im Konventsaale der Börse.

Brodmerkel führt den Vorsitz.

Eröffnung der Sitzung: 10 Uhr.

Vors.: Wir fahren in der Debatte über den Punkt 4 unserer Tagesordnung, Antrag des Rates der Volksbeauftragten usw., weiter. Als erster Redner hat der Genosse Schultz das Wort.

Schultz: Genossen! Die Kommunisten haben als Partei erklärt, sie stimmen gegen die Einführung der Nationalversammlung für Bremen. Sie haben auf die Gründe, die von unserer Seite angeführt wurden, nicht geantwortet, in welcher Richtung sie sich denken, daß es möglich wäre, uns vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Glaubt der Genosse Wahl, daß die Finanzmisere für uns geklärt werden könnte, wie er vorschlägt? Und da muß ich sagen, eins ist wunderbar, daß er sich sein kindliches Gemüt bewahrt hat trotz aller Revolution. Es steht fest, daß wir in Bremen eine kleine Insel bilden, welche, abgeschlossen vom Verkehr, zum Zusammenbruch verurteilt ist, und da sagt er nein, wir haben Verbündete, Braunschweiger, und die würden unser Notgeld annehmen. Ich meine, ein Schulkind müßte einsehen, daß das über das Bohnenlied geht. Wenn wir Zeit dazu hätten, würde ich vorschlagen, Wahl sollte mit einem Waggon bremischen Notgeldes nach Braunschweig fahren, und ich bin fest überzeugt, er würde für das bremische Notgeld nicht einmal das gleiche Gewicht an Kartoffeln eintauschen können. (Sehr richtig!) Dann hat er gesagt, wir müßten die Betriebe vergesellschaftlichen. Ja, mit der Vergesellschaftlichung der Betriebe erreichen wir nicht das geringste. Die Betriebe haben Wert, wenn sie produzieren, und produzieren können sie nur, wenn wir Kohlen und Rohstoffe haben, und dieses Material werden wir niemals durch das bremische Notgeld bekommen. Also Geldnoten können wir drucken lassen, aber damit ist uns nur solange geholfen, wie es noch in Kurs gesetzt werden kann, länger nicht.

Dann als letzten Punkt bringt er die Weinsteuer. Also damit sollen wir uns aus der Verlegenheit helfen! Da muß man sagen, es steht einem der Verstand stille, daß man hier in Bremen damit etwas erreichen will. Wenn die Weinsteuer sehr hoch wäre, würde sie etwas

bringen; dann würden aber diejenigen, die Wein haben wollen, sagen, behaltet euren Wein und trinkt ihn selber. Dann hätten wir Wein, aber kein Geld. Das wären die Vorschläge der Kommunisten. Wir müssen uns heute klar werden, wie die Verhältnisse sich in Zukunft abwickeln werden. Wenn die Kommunisten sich gegen die Nationalversammlungswahl stemmen, dann wird sich eine Mehrheit finden, die die Wahlen einberuft. Was wird die Folge sein? Dann werden die unverantwortlichen Kommunisten erklären und mit Fingern auf uns zeigen: Hier, das sind die Gegenrevolutionäre! Wir sind dagegen gewesen, und es ist gegen unsern Willen geschehen.

Nun bin ich der Meinung, die Kommunisten sind genau so Regierungspartei wie wir, sie sitzen in derselben Stärke in der Regierung wie wir, sie machen sich aber nicht die geringsten Skrupel, daß sie ihre Regierungsvertreter hier desavouieren und sagen, wir sind dagegen. Unsere Regierungsvertreter können sehen, wie sie fertig werden. Wir müssen uns heute klar werden, ob es möglich sein wird, so weiter zu arbeiten. Wir müssen uns klar werden, ob es möglich sein wird, ohne die Kommunisten das zu machen, und zwar entweder die Kommunisten schließen sich uns an oder sie müssen in Zukunft die Geschichte allein machen. Ich für meine Person als U. S. werde das in Zukunft nicht mitmachen. Wenn ein Regierungsvertreter uns die Gründe klarlegt, daß es nicht anders geht, daß wir diesen Weg machen müssen, dann dürfen die Kommunisten nicht erklären, wir machen das nicht mit. Sie müßten auf Grund ihrer Beschlüsse konsequent sein und sagen, sie treten aus der Regierung aus. Aber nicht so, daß sie in der Regierung bleiben und mit uns arbeiten und die Partei erklärt, wir stehen nicht hinter unsern Vertretern.

Opfermann: Werte Parteigenossen! Wie liegen die Dinge? Mit der proletarisch-sozialistischen Republik ist es aus. Das Kapital arbeitet geräuschloser als wir und drückt uns jetzt die Kehle ab. Mit der Diktatur des Proletariats ist es gleichzeitig vorbei. Augenblicklich diktiert das Kapital und verlangt von uns eine bürgerliche Verfassung. Wenn man sich nun die Taten einzelner Kommunisten von gestern, von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, ansieht, muß man diesen Genossen mildernde Umstände zubilligen. Der Weg war verfehlt, weil sie vorher keine Verständigung mit den U. S. anknüpften und die Sache allein machen wollten. Aber es liegt nicht die geringste Veranlassung vor, den Genossen Jörn zu desavouieren, wie es Klawitter gestern getan hat. Für uns Kommunisten heißt es jetzt, friß, Vogel, oder stirb! Und wenn wir einen Weg finden wollen, um noch zu retten, was zu retten ist, können wir nichts anderes tun, als die Einigkeit der Arbeiter im allgemeinen anzustreben. Wenn wir so weiter fortfahren und uns so weiter zerfleischen, wie wir es gestern getan haben, dann werden wir selbst die Leidtragenden sein, und darum werde ich überall, wo ich vor Arbeitern spreche, immer das eine betonen, vereinigt euch, dann werden wir immer noch ein Stück weiter kommen, als es jetzt den Anschein hat.

Frank: Parteigenossen! Ich schließe mich den Ausführungen insofern an, daß wir versuchen müssen, da wir sehen, daß wir in dieser Form nicht weiter kommen können, um endlich trotz alledem uns sozialistisch zu befassen, daß wir dem, was der Genosse Hagedorn gesagt hat, uns unbedingt heute morgen anschließen. Weiter möchte ich hinweisen, daß es notwendig ist, daß eine Einigung aller Arbeiter, die auf dem Boden einer sozialistischen Republik stehen, zustande kommt. Dann werden wir erreichen, was wir jahrelang angestrebt haben. Es wird nicht gehen, daß eine einzelne Partei das tun kann. Ich möchte die Kommunisten ersuchen, dem zuzustimmen, was wir beantragt haben, daß wir eine Nationalversammlung innerhalb Bremens einberufen. Wenn wir geschlossen dem Bürgertum gegenüber auftreten können, werden wir die Mehrheit erreichen und werden dann den Bürgerlichen die Diktatur aufzwingen und sagen, das ist maßgebend für uns. Wenn wir aber als einzelne Gruppen auftreten, werden die Bürgerlichen siegen. Ich möchte deshalb die Kommunisten ersuchen, unserem Vorschlage zu einer Nationalversammlung zuzustimmen, sonst kommen wir in die größten Kalamitäten. Parteigenossen, stellt Euch hinter unsere Regierung. Es bleibt Euch nichts anderes übrig, als Eure Regierung zu stützen.

Frasunkiewicz: Parteigenossen! Als wir Sonntag die große Leichenfeier hatten und wir in Zuge marschierten, kam mir unwillkürlich der Gedanke, jetzt bringen wir drei Tote zu Grabe und begraben so quasi unser Rätesystem. Denn wir hatten am Sonnabend die Verhandlungen mit den Bankdirektoren, und zu der Notwendigkeit, das zu tun, was gegen unsere Ueberzeugung geht, sind wir gezwungen, weil wir Verantwortlichkeitsgefühl haben. Aber mit dem Moment, wo die Diktatur des Finanzkapitals gegen die Diktatur des Proletariats in seiner geräuschlosen Weise auftritt, sind wir machtlos. Die Kommunisten können wohl die Bank besetzen und Häuser zertrümmern und Menschenleben zerstören, aber sie sind nicht in der Lage, Lebensmittel herbeizuführen und dadurch einen wirtschaftlichen Prozeß von unserem sozialistischen Standpunkte aus betrachtet regelmäßig einzuführen, aus dem einfachen Grunde nicht, weil man, wenn man in einer derartigen unverantwortlichen Weise Politik treibt, man einerseits die Arbeiter selbst, die diese Aktion mitmachen, von sich schlägt, und andererseits dadurch das Chaos, das vorhanden ist, fördert. Parteigenossen, ich als überzeugter Anhänger des Rätesystems werde mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln wie bisher für das Rätesystem eintreten, weil ich es für die beste und praktischste Vertretungsform des Proletariats halte. Wenn wir aber gezwungen werden, durch die Verhält-

nisse, die stärker sind als unser Wille, dann heißt es, zwei Schritte zurückzuhüpfen. Ich will bemerken, daß die Mitglieder der Kommunistischen Partei, die der Regierung angehören, sich einstimmig auf unseren Boden gestellt haben. Sie sagen sich auch, daß die Verhältnisse stärker sind als unser Wille zur Durchführung dessen, was wir durchführen wollen, und wir haben, wenn auch blutenden Herzens, das getan, was wir in Bremen verpflichtet sind zu tun. Die Sache steht so, die Banken haben kein Geld, um die notwendigen Zahlungen zu leisten. Ein Kohlenmangel ist in Bremen vorhanden. Es sind schon verschiedene Beschwerden von den Reservelazaretten zu uns gekommen. Es wird mangelhaft geheizt, weil keine Kohlen vorhanden sind, und Kohlen können nicht eingeführt werden, weil Bremen keine Zahlungsmittel hat. Wenn wir in Bremen Papiergeld anfertigen lassen würden, würden wir darum nicht zahlungsfähiger werden. Hätten wir in Bremen Betriebe, die Produkte in irdend welcher Art herstellen würden, die wir umtauschen könnten, dann brauchten wir kein Geld, indem wir landwirtschaftliche Maschinen usw. umtauschen könnten gegen Kohlen und Lebensmittel usw. Aber wir sind erst im Uebergange. Die bremische Produktionsweise wird von der kapitalistischen Gesellschaft betrieben. Sie ist nicht sozialisiert worden und die Rohprodukte fehlen, und die müssen wir beschaffen, und es ist klar, wenn wir den Zusammenbruch nicht fördern wollen, daß wir ein System empfehlen, mit dem wir grundsätzlich wohl nicht einverstanden sind infolge unserer Ueberzeugung, und es auch nicht können, wo wir aber sagen, daß wir aus dem Chaos herauskommen. Wenn die Kommunisten und die U. S. gemeinsam mit den Mitgliedern sämtlicher sozialistischer Organe geschickt arbeiten, bin ich der Ueberzeugung, daß die kommende Volksvertretung zwei Drittel von Sozialisten und ein Drittel von Bürgerlichen besetzt sein wird. Dann sind in dieser bremischen Volksvertretung selbstverständlich keine Senatswahlen, sondern sie wird sich einen Rat der Volksbeauftragten an die Spitze stellen, oder eine Exekutive, die ähnlich wie der frühere Senat die Regierungsgeschäfte in die Hände zu nehmen hat. Wir würden teilweise das erreichen, was wir in der sozialistischen Bewegung erreichen würden in der Form des Rätesystems. Und ich habe immer die Hoffnung, daß dieses nur ein Uebergangsstadium sein wird, solange bis das Rätesystem auch in anderen Ländern Eingang gefunden hat, so daß wir erneut wiederum daran denken können, eine feste Vertretungsform für das Proletariat zu finden. Aber wir müssen uns entscheiden. Befolgen wir nicht die Zertrümmerungstaktik derjenigen unverantwortlichen Kommunisten, die das ökonomische Staatsgetriebe nicht durchschauen, sondern machen wir praktische Politik und hüpfen wir zwei Schritte zurück und führen die Volksvertretung ein, und wenn wir geschickt operieren, müssen wir die Mehrheit zu Zweidrittel haben und können uns unseren Staat so zurecht zimmern, daß die Arbeiterschaft sich einigermaßen wohnlich fühlen kann. Es ist bedauerlich, daß wir auf diesen Standpunkt angelangt sind. Aber die Verhältnisse haben uns dazu getrieben. Ich bin der Meinung, die Kommunisten sollten sich überzeugen, genau so, wie wir es getan haben. Es wäre politisch nicht klug von meinem Standpunkte aus betrachtet, wenn die Kommunisten sich zurückziehen, Gewehr bei Fuß stehen und sagen würden, die Arbeit macht ihr selbst. Gewiß, wenn sie das tun, haben sie keine Verantwortung zu übernehmen, was kommt. Aber etwas Mut sollte man auch zeigen, und denjenigen Genossen, die noch nicht über den Organismus nachgedacht haben, wie er ökonomisch betrieben werden muß, ist zu empfehlen, wenn man das auf legalem Wege nicht erreichen kann, was man sich zum Ziele gesetzt hat, eine andere Vertretung zu schaffen. Oder man stellt sich auf den anarchistischen Standpunkt und macht diese Zertümmerungstaktik mit. Würden wir unseren Antrag hier im Plenum nicht empfehlen, was würde geschehen? Es würden keine Lohnzahlungen erfolgen können, aus dem einfachen Grunde, weil die bremischen Unternehmer von der Generalkasse kein Geld bekommen würden. Wie sieht die Kehrseite aus? So, daß die Arbeiter, wenn sie kein Geld bekommen für ihre Ware Arbeitskraft, die sie dem Unternehmer verkauft haben, politisch nicht geschult, nicht organisiert und diszipliniert und dazu bewaffnet sind, anfangen zu rauben und zu plündern. Es wird jetzt leider genau so geplündert wie in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Es hat sich auf diesem Gebiete leider trotz der Bewaffnung des Proletariats nicht viel geändert. Die Räuber und Einbrecher haben eine gewisse Geschicklichkeit, sich dem Gesetze zu entziehen, trotzdem wir eine Proklamation erlassen haben, die Räuber und Plünderer standrechtlich abzuurteilen, kommt es immer wieder vor. Aber alle diejenigen Arbeiter, die keine Räuber und Plünderer sind, würden zur Selbsthilfe greifen, und es würde eine Zerstörung des bremischen Staates stattfinden, die wir bedauern würden, auch die Kommunisten, die man die individuellen Kommunisten nennen kann. Ich will bemerken, daß nicht alle Kommunisten einverstanden sind mit der Taktik vieler Kommunisten. Ich bin der Meinung, das sind keine Heuchler, die sich herstellen und sagen, wir wissen nichts davon. Ich halte sie für ehrliche Genossen. Genau so verhält es sich in einem anderen Falle. Es hat sich ein Zentralkomitee gebildet. Was sind das für Leute? Von der Organisation sind sie nicht eingesetzt. Es sollen zehn von der U. S. P. und zehn von den J. K. sein. Jetzt stellt sich heraus, daß zehn U. S. nicht dabei sind. Es sind Leute, die sich ohne Verantwortung als Zentralkomitee konstituiert haben und nun einen Streik inszenieren wollen, um die Folgen sich nicht bekümmern, die entstehen. Wir sollten sagen, wenn Ihr Arbeiter streiken wollt, gut, aber Ihr könnt die Streiktage nicht bezahlt bekommen. Da sollten die-

jenigen Leute, die ein Streikkomitee bilden, die Arbeiter aufklären, daß keine Bezahlung erfolgt. Mögen sie streiken, wenn sie es für irgend ein Ziel notwendig haben. Man sollte jene unaufgeklärten Arbeiter aufklären, damit keine Antipathie der Arbeiter gegeneinander besteht. Was weiter. Wenn wir nicht auf diesem Gebiete das machen, was wir ihnen schweren Herzens empfehlen, die sogenannte Volksvertretung einzuführen, zu der alle, die 20 Jahre alt sind, männlichen und weiblichen Geschlechts wählen können; die Folge wird sein, daß wir unsere Arbeitslosenunterstützung nicht werden ausbezahlen können. Gestern war der Vorsitzende des Demobilmachungsausschusses auf dem Bureau und hat erklärt, die 400 000 M., die jetzt nachzuzahlen sind, können wir nicht nachbezahlen, weil kein Geld dafür da ist. Wir sollen vom Rat der Volksbeauftragten eine Proklamation in der Zeitung erlassen und die Arbeiter trösten, daß sie in 8 bis 14 Tagen das Geld erhalten werden. Man könnte noch verschiedene andere Argumente anführen, die uns zwingen, gegen unsere Ueberzeugung zu handeln, weil die Verhältnisse stärker sind als wir. Denken wir daran, daß wir im Reiche eine Schlappe erlitten haben; hätten wir die nicht, dann würde die Frage eine andere sein. Aber weil wir eine Niederlage im Reiche erlitten haben, sind wir leider gezwungen, zwei Schritte zurückzuhüpfen. Ich bitte Sie, im Interesse der sozialistischen Republik den Vorschlag des Rates der Volksbeauftragten einstimmig anzunehmen. (Bravo!)

Dannert: Parteigenossen! Der Generalstreik ist von Braunschweig durch Kuriere über ganz Deutschland proklamiert. Es waren Kuriere hier in Bremen, auch in Westfalen, dem Rheinlande, Hessen, Schlesien usw., und die Vertrauensleute der Kommunistischen Partei schlossen sich der Parole an und beschlossen, Fühlung zu nehmen mit den Vertrauensleuten der U. S. P. Wenn die U. S. P. nicht als Organisation den Streik mitmacht, haben die Vertrauensmänner der Kommunistischen Partei nicht schuld. Sie schlossen sich als eigene Partei der braunschweigischen Parole an und damit ist diese Sache aus der Welt geschafft. Es muß jedem überlassen bleiben, ob er sich der Streikparole anschließen will oder nicht. (Mit Waffen ist man für den Streik tätig gewesen.) Es ist mir nicht bekannt, daß die Leute mit Waffen aus den Betrieben herausgetrieben sind. (Zwischenrufe.)

Was die Konstituante für Bremen betrifft, so haben wir erkannt, daß wir eine Position genommen haben, zu der es noch zu früh war. Eine Position haben wir genommen, zu der es nicht zu früh gewesen wäre, wenn in Berlin und im Reiche die Dinge günstiger gekommen wären. Das ist klar. Und aus dieser Rücksicht heraus haben die Genossen sich entschlossen, diese Position zu nehmen. Das Kapital ist im übrigen Deutschland mächtiger als wir, und es erdrosselt auf Grund seiner Kapitalmacht unser Rätesystem. Daher, Genossen, nicht das Rätesystem an sich — das ist in der Entwicklung, wir haben es kaum —, aber der Apparat, den man sich in Bremen gebildet hat, um das Rätesystem ausbauen zu können, ist in Gefahr. Es ist nicht richtig, was Künkler gesagt hat, es wäre keine politische Forderung des Kapitals. Es ist offenbar eine politische Forderung, wenn auch vielleicht nicht bewußt. Ich sage aber, es ist bewußt. Da handelt das Kapital im kapitalistischen Interesse, und damit vertritt es unbedingt eine politische Forderung und eine politische Macht. Wir haben die Position zu früh genommen und können sie nicht halten. Man hat sich im Rate der Volksbeauftragten entschlossen, einen Ausweg zu finden. Es wurde vorgeschlagen, S. und B. wieder einzusetzen. Das wurde nicht beliebt. Man hat sich geeinigt auf die Konstituante, und da muß ich sagen für meine Freunde aus der kommunistischen Partei, dagegen sind wir machtlos. Es sind so gewaltige Dinge, die uns als Machtfaktoren entgegengetreten sind, daß man im Augenblick zur absolutesten Passivität verurteilt ist. Wir sagen, wir sind zu schwach, dann mag die Konstituante kommen, aber wir sagen uns, die werden wir von vornherein bekämpfen müssen und werden sie von vornherein nicht anerkennen. Und hier unterscheiden wir uns von einem großen Teile der Genossen der U. S. P., wie Dr. Künkler gestern ausgeführt hat, die diese Konstituante als das eigentliche Ziel der Revolution proklamiert haben wollen. Ich weiß, daß ein großer Teil der U. S. P. nicht dieser Meinung ist, sondern mit uns meint, daß die Konstituante bekämpft werden muß, weil das Proletariat auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie seine Interessen nicht wird vertreten können. In der Abstimmung sind zwei Stimmen dagegen gewesen, Jörn und Becker, zwei haben sich der Stimme enthalten, Bäumer und ich, aber nicht enthalten, um hier einen Rückzug zu machen, nein, aus dem Bewußtsein der absolutesten Machtlosigkeit heraus. Es war uns gleich, dafür oder dagegen. Wir sind machtlos gegen den Gang der Dinge, und es ist wirklich egal, wie abgestimmt wird. Das sind die Gründe für die Stimmenthaltung, es war nicht etwa, um eine Verschleierung stattfinden zu lassen.

Die Fraktion hat einstimmig beschlossen, in der Vollsitzung gegen die Konstituante zu stimmen. Ich sage, damit Klarheit herrsche: diese Abstimmung muß uns natürlich im Rat der Volksbeauftragten desavouieren, insoweit wir dort machtlos den Dingen gegenüberstanden. Die Fraktion hat eben anders entschieden, als wir im Rat der Volksbeauftragten beschlossen haben. Wenn sie entschieden hat, daß sie gegen die Konstituante ist, und der Antrag auf die Wahlen zur Konstituante doch angenommen wird, so wird die Arbeiterschaft in Bremen gezwungen, eine Position wieder aufzugeben, die sich nicht halten läßt. Wir müssen erklären, daß Bäumer, Jannack und ich im Rat der Volksbeauftragten im Augenblick nicht bleiben können. Wir können nicht gezwungen werden, für das Bürgertum eine Konstituante

auszuarbeiten und die Wahlen dafür auszuschreiben. Das können wir nicht verantworten. Ich muß darum erklären, daß wir aus dem Rat der Volksbeauftragten zurücktreten. Noch aus einem anderen Grund müssen wir das tun. Ueber die Vorgänge, die sich gestern in Bremen abgespielt haben, sind wir nicht unterrichtet gewesen. Es schadet an sich nichts, wenn wir darüber vorher nicht unterrichtet waren, und darum würden wir nicht zurücktreten. Daß wir aber für diese Vorgänge die ganze Verantwortung tragen sollen, das halte ich für deplaziert, nicht am Platze in Anbetracht der politischen Lage, in der sich das bremische Proletariat befindet. Und auch dies ist ein Grund dafür, daß wir unsere Position, die Position der kommunistischen Partei im Rat der Volksbeauftragten aufgeben müssen, Dabei sind wir aber gewillt, sonst geschlossen an der Seite der U. S. P. weiter zu arbeiten. Es wird die Zeit kommen, wo wir diesen Zwiespalt nicht haben werden. Wir werden also in den Kampf gegen die Reaktion nicht stolpern, sondern gemeinsam mit der U. S. P. die Position nehmen und dauernd halten können.

Klawitter: Genossen! Vor dem jetzigen Zustande waren die Kommunisten diejenigen, die mit den von uns gewählten Regierungsvertretern neben Senatoren in Deputationen die Verwaltung der bremischen Geschäfte wahrnahmen. Da tauchte auf einmal der Gedanke auf: das muß geändert werden, wir müssen Kommissariate einrichten, es müssen die Senatoren beiseite geschafft werden. In der Sitzung, wo dies angeregt wurde und wo die Einteilung vorgenommen wurde, habe ich gesagt: das mache ich nicht mit. Ich habe dann die Sitzung verlassen. Ich stand auf dem Standpunkt: wir wollen da nicht von uns aus eingreifen, sondern die Sache an uns herankommen lassen. Man ist dem nicht gefolgt, man hat diejenigen, auf Grund deren Teilnahme wir noch Kredit hatten, beseitigt. Und heute stehen wir vor der Tatsache, daß wir am Ende unseres Lateins sind. Der Gedanke, Kommissariate einzurichten, ist von kommunistischen Mitgliedern ausgegangen. Ich bin in der Sitzung nicht gewesen, als darüber beschlossen wurde, und will nur anführen, daß die Sache von der Seite ausgegangen ist, die prinzipiell die Richtung beibehalten will, nicht nach rechts und nicht nach links zu sehen. Wir sehen jetzt, wohin das führt, Nun aber, wo es soweit ist, da läßt man ein Programm los, wodurch die Nationalversammlung für Bremen einberufen werden soll. Man setzt das Programm in die Welt und sagt dann, wie Dannert: „Nun treten wir aus"! (Zuruf: à la Henke!) Erst werden auf Betreiben von Dannert und Ertinger die Kommissariate eingeführt, an allen Anschlagssäulen und in allen Blättern erscheinen Anzeigen, unterschrieben mit ihren Namen, dann treten die Folgen ein, und nun sagen sie: „Macht die Geschichte allein!" Wir werden sagen — (Zurufe: Zur Sache! Zur Sache!) Wenn das nicht zur Sache ist, weiß ich nicht, was zur Sache gehört. So liegt es mit der Mitarbeit der Genossen von der kommunistischen Seite. Dannert sagt: „Das, was vorgegangen ist, diese Aktion war zu früh, wir können das nicht durchhalten". Ja, sie war zu früh. Das hätten sie aber früher einsehen sollen! Als wir gesehen haben, wie die Sache in Cuxhaven und Berlin lief, da hätte man in Bremen klüger sein sollen, da hätte man sich sagen sollen: wir können nicht mit den Kopf durch die Wand. Aber was macht ihr? Ihr fordert zum Generalstreik auf. Drei Flugblätter sind herausgegeben. Das erste ist unterzeichnet von dem kommunistischen Streikkomitee, das zweite vom Zentral-Streikkomitee, das dritte ebenfalls vom Zentral-Streikkomitee. Im zweiten Flugblatt heißt es in der Mitte:

> Auf zum Massenstreik! Euch Bremer Arbeiter will das Finanzkapital erdrosseln, indem es Euch die Kredite entziehen will. Dreht die Waffe um und entzieht dem Kapital Eure Arbeitskraft, und es wird an seinem Papiergeld ersticken. Eure Arbeitsverweigerung ist der Tod des Kapitalismus.

Es ist nicht gesagt, wer das Zentral-Streikkomitee eigentlich ist, wer dahinter steht. Ich habe beim Vorstande angefragt, ob er dabei beteiligt sei. Das war schon am Sonntag. Ich habe bei den Vertretern der Kommunisten in der Regierung angefragt: „Seht ihr nicht ein, daß es in Bremen so nicht weiter gehen kann"? Wir müssen jetzt dem Kapital Folge leisten, müssen darauf eingehen, was von uns verlangt wird. Sie sagten auch: „Wir können kein Geld schaffen". Und in demselben Augenblick, wo von den Führern der Kommunisten das erklärt wird, gehen unverantwortliche Leute so vor und machen Putsche! Kann es so etwas geben? Das ist doch unmöglich. Können wir denn arbeiten mit den Leuten in der Regierung, wenn unverantwortliche Stellen so eigenmächtig vorgehen? Da ist doch kein Arbeiten möglich, da ist es doch nicht möglich, irgend etwas zu tun, wenn Vertreter der Kommunisten Beschlüsse fassen und solche Unverantwortlichen machen einen Strich dadurch und blauen den Arbeitern etwas vor. Das geht einfach nicht.

Dann möchte ich noch auf eins eingehen. Genosse Opfermann sagte, es wäre nicht nötig gewesen, daß ich gegen Jörn so vorgegangen bin. Es ist aber doch nötig gewesen, und jetzt kann ich das beweisen. Gestern abend hat Jörn hier gesagt, er werde selbstverständlich sein Amt niederlegen. Als wir nach der Besprechung in der Fraktion hier wieder zusammen kamen, wurden drei Forderungen aufgestellt. Eine der Forderungen lautete, daß Jörn auf Ersuchen der Kommunisten zurücktreten müsse. Genosse Brodmerkel hat dann später, nachdem auch Jörn gesprochen hatte, bei Verlesung der drei Forderungen gesagt, diese Forderung sei erledigt, da Jörn zurückgetreten sei. Heute morgen

wurde mir nun mitgeteilt, daß Jörn einfach seinen Posten weiter versieht, (Hört, hört!) widerrechtlich den Stempel benutzt hat und so schlau ist, seinen Namen so hinzuschreiben, daß er nicht zu lesen ist. Als Jörn darüber befragt wurde, erwiderte er, über diese Forderung sei ja nicht abgestimmt. (Hört, hört!) Das wagt der Mensch zu sagen! Ist das ein Mensch, der würdig ist, an eurer Spitze zu stehen? Da müßt ihr doch dafür sorgen, daß er zur Seite gestellt wird! Es geht doch auf keinen Fall, daß er hier bleibt. Ihr seid es eurem eigenen Ehrgefühl schuldig, ihn so bald wie möglich nach Nienburg zurückzuschicken, damit er hier nicht weiter Unheil anrichtet. Gestern hat er sich hier hingestellt und gesagt — ich habe mir das Stenogramm geben lassen —:

> Aber vielleicht ist es doch ratsam, daß ich eine kurze Erklärung abgebe. Die heutige Aktion ist nicht ausgegangen aus meinem Arbeitszimmer, sondern den Gehirnen des revolutionären Proletariats. Diese Aktion verfolgt den Zweck, unserer Bourgeoisie wieder einmal zu zeigen, daß das Proletariat noch nicht eingeschlafen ist.

Nun bedenken Sie: Freitag und Sonnabend wurde gestreikt, Sonntag und Montag war das Proletariat auf den Straßen! Und da spricht der Mensch am Montag davon, es müsse dafür gesorgt werden, daß das Proletariat nicht einschläft. Ob das nicht hirnverbrannt ist? Er weiß nicht, was er sagt.

Vors.: Die Streiksache ist erledigt, auch die Angelegenheit Jörn. Ich bitte, bei der Tagesordnung zu bleiben.

Klawitter: Meine Worte waren wohl am Platze. Da Genosse Opfermann gesagt hatte, ich hätte mich über den Antrag zu entscheiden. Aber so darf es nicht weiter gehen.

Was die Sache selber anbetrifft, so stehe ich auf dem Standpunkt des Genossen Frasunkiewicz, daß uns die Reichstagswahlen schon gezeigt haben, wer die Mehrheit in Bremen hat. Wir werden auch durch die Abstimmung zu dieser Versammlung die Mehrheit bekommen, so daß wir die Sachen drechseln können, wie die Arbeiter darüber befinden. Also auch ich möchte Sie bitten, ziehen Sie die Konsequenzen aus der Lage. Sie, Genossen von der kommunistischen Partei, ziehen sich zurück, indem Sie sagen: Wir sind nicht dafür gewesen. Den Standpunkt kann ich nicht begreifen und nicht teilen. Ueberlegen Sie es sich noch einmal. Es geht nicht anders, wir müssen den Antrag annehmen, und es geht nicht an, die Verantwortung ganz auf die andere Seite zu schieben.

Lindau: Dannat hat erklärt, daß er und seine Freunde unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr der Regierung angehören könnten. Es ist ja dankenswert, daß die Partei die nötigen Konsequenzen ihres Schrittes ziehen will. Auch die Fraktion der U. S. P. hat sich mit der Frage beschäftigt, ob es nicht unter den gegebenen Verhältnissen ratsam sei, die Mitglieder der U. S. P. aus der Regierung austreten zu lassen. Aber wir haben mit Recht beschlossen, das nicht zu tun, sondern im Interesse der proletarischen Revolution dort zu bleiben. Es würde ein Armutszeugnis darstellen, jetzt, nachdem die Karre in den Dreck gefahren ist, nun auf diese Weise Deckung zu suchen, nicht konsequent zu bleiben, sondern davonzugehen wie ein gekränktes Kindermädchen. Wir bleiben auf dem Posten, um im Interesse der proletarischen Revolution zu retten, was noch zu retten ist.

Was den Streik anbetrifft, so hat Genosse Dannert gesagt, daß es jedem Arbeiter freistehe, ob er streiken wolle oder nicht. Ich möchte nun feststellen, daß bewaffnete Arbeiter in die „Bürger-Zeitung" eingedrungen sind, um den Betrieb lahmzulegen; daß bewaffnete Arbeiter in die Petroleumraffinerie Korff eingedrungen sind und die Einstellung der Arbeit erzwungen haben. Soeben wird mir mitgeteilt, daß bewaffnete Arbeiter auch in das Postamt I eingedrungen sind und die Einstellung des Betriebes erzwungen haben. Wenn das in Bremen möglich ist, dann frage ich: Was ist dann nicht mehr möglich? Hier wird eben gesagt, jedem Arbeiter solle es freistehen, darüber zu entscheiden, ob er streiken will oder nicht, und zur selben Zeit werden viele Betriebe stillgelegt und die Arbeiter dadurch zum Streik gezwungen. Das muß sofort aufhören. Hinzukommt, daß die Vertrauensleute der U. S. P. gesagt haben: Wir beteiligen uns am Streik nicht und zwar darum nicht, weil wir schon spontan als erste in Deutschland in einen Sympathiestreik eingetreten sind; wir haben dadurch unsere Verehrung für die gemeuchelten Führer Liebknecht und Rosa Luxemburg gezeigt und ein Veto gegen die Regierung Ebert-Scheidemann eingelegt. Die Zentralleitung der U. S. P. in Berlin hat uns auch auf unsere Anfrage mitgeteilt, daß aus diesem Grunde, da wir in Bremen schon 1½ Tage gestreikt hätten, absolut keine Ursache vorliege, die Menge nochmals in einen Streik hineinzujagen, zumal die Arbeiter nicht wissen, woher sie das Geld für solche Sachen nehmen sollen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß das Zentralkomitee — es besteht doch auch aus Leuten unserer Partei, aus Vertrauensleuten — mit bewußten Unwahrheiten, mit unwahren Tatsachen den Arbeitern nahetreten wollte, um sie zum Streik zu veranlassen.

Dann die Frage der Konstituante. Wir haben gestern abend schon lange darüber beraten. Es wird uns in Bremen nichts anderes übrig bleiben, als in den sauren Apfel zu beißen. Tun wir es nicht, so bekommen die Arbeiter kein Geld, und für Papiergeld kommt auch nicht ein Stückchen Brot mehr nach Bremen

und Bremen muß dann sehen, wie es mit seinen schon jetzt kargen Vorräten auskommt. Wir müssen wieder Kredit haben und darum unsere Zustimmung zu den Wahlen geben. Diesen Wahlen können wir ganz ruhig entgegensehen. Wir haben gesehen, daß am Sonntag für die Listen der U. S. P. und der Mehrheitssozialisten in Bremen zirka 95000 Stimmen abgegeben sind. Rechnen wir zu diesen noch zirka 15000 Stimmen der Kommunisten hinzu, die sich der Wahl enthalten haben, so ergeben sich 109000 sozialdemokratische Stimmen. Dem gegenüber sind 65000 bürgerliche Stimmen abgegeben, so daß sich eine glatte Mehrheit für uns von 2 : 1 ergibt. Angesichts dieser Tatsache dürfen wir darauf rechnen, daß wir auch bei den Wahlen zur bremischen Konstituante die Mehrheit erhalten werden, daß wir also die Wahlen gar nicht zu scheuen haben. Nehmen Sie den Antrag an!

Vögeding: Werte Parteigenossen! Als ich nach Bremen gekommen bin, habe ich mir gleich gesagt, daß hier der Wagen auf ein totes Gleis gefahren war, aus dem er nicht leicht fortzubringen ist. Ich habe mir aber gesagt, daß ich als Sozialdemokrat verpflichtet bin, jederzeit für die Interessen des werktätigen Volkes zu kämpfen, auch unter den allerschwersten Umständen. Darum war ich auch bereit, in der Organisation an dem Posten eifrig mitzuwirken, wohin ich von der Arbeiterschaft gestellt wurde. Nun aber muß ich doch sagen: wir müssen untersuchen, was uns dazu geführt hat, daß wir heute vor der Tatsache stehen, einfach kapitulieren zu müssen vor dem Finanzkapital. Da muß ich nun der Linken sagen, daß ich sie vor allem für schuldig halte und ihr die Verantwortung zuschiebe, in unverantwortlicher Weise mit den Interessen des werktätigen Proletariats Schindluder getrieben zu haben, indem sie eine Politik hier in Bremen einführen wollte, durch die niemals das Proletariat zum Siege gelangen kann. Das muß in diesem Saale offen ausgesprochen werden. Ich muß sagen: es trennt uns viel von der Rechten, aber ebensoviel von der Linken, die den Terror auf ihre Fahne geschrieben hat, wie er in Bremen propagiert wird. (Zuruf.) Wenn mir zugerufen wird, daß ich Mehrheitssozialist sei, so trifft das nicht zu. Ich bin der Meinung, daß wir heute noch nicht in der Lage sind, mittels des Terrors etwas durchzusetzen. Ich darf dank meiner langjährigen Erfahrungen sagen, daß es notwendig ist, über die Demokratie zum Sozialismus zu kommen. Diesen Standpunkt habe ich stets innegehalten und will ihn auch hier zum Ausdruck bringen. Der hindert uns durchaus nicht, daß wir nach wie vor alle Mittel anwenden müssen, um an das Ziel zu kommen, um durch das Demokratentum die proletarische Republik zu erreichen. Wir dürfen dabei aber nicht den Kopf verlieren, dürfen keine Torheiten begehen, sondern müssen aus den heutigen Verhältnissen soviel nur geht herauszuholen suchen, sei es von rechts oder von links. Wir sind verpflichtet, das zu tun, im Interesse der Bevölkerung, des werktätigen Volkes.

Dannert: Parteigenossen! Es ist vom Terror gesprochen — ich glaube, es war Frasunkiewicz. Es war aber nicht wesentlich, was er gesagt hat (Zuruf: Wie meistens!) Wenn die kommunistische Partei auf dem Boden steht, daß sie dem Proletariat zu Gunsten arbeiten will durch Hilfe der Diktatur des Proletariats, so ist das kein Terror. (Zurufe.) Ich möchte bitten, etwas mehr zu lernen, ehe man Worte gebraucht, die nicht am Platze sind. Der Kapitalismus zeigt uns die Diktatur des Kapitals, und er zeigt uns, wie man siegt mit Hilfe seiner Kapitaldiktatur. Die bürgerliche Demokratie stellt der Sozialdemokratie mit Hilfe der Kapitaldiktatur ein Ultimatum — und siegt. Das können wir nicht. Vögeding ist bereit, mit den Mehrheitssozialisten Arm in Arm zu gehen. Da können wir nicht mit ihm gehen. Unsere Genossen von der Arbeiterschaft sind durch die Verhältnisse gezwungen, die Mehrheitssozialisten aufs Schärfste als ihre Feinde zu bekämpfen, da die Mehrheitssozialisten in Deutschland jetzt Seite an Seite mit dem Großkapital, mit der Weißen Garde und mit Hindenburg stehen. Das Proletariat hat die Pflicht, die Bluttaten und Scheußlichkeiten zu bekämpfen und wenn versucht wird, auch in Bremen eine Mehrheit dieser Art zu bilden, so kann das unsere Partei nicht mitmachen.

Vors.: Brauckmüller stellt zur Geschäftsordnung den Antrag auf Schluß der Debatte.

Brauckmüller: Ich glaube, die Ausführungen von beiden Seiten haben uns genügend darüber aufgeklärt, wie wir zu dem Antrage stehen, den der Rat der Volksbeauftragten gestellt hat. Ich habe aus diesem Grunde den Schlußantrag gestellt und möchte bitten, ihn anzunehmen.

Vors.: Wünscht jemand gegen den Antrag zu sprechen?

Manthei: Genossen! Wir stehen vor einer ganz wichtigen Entscheidung und ich darf annehmen, daß alles, was gesagt ist, doch noch nicht genügend beigetragen hat, um alle diejenigen zu überzeugen, die sich noch nicht klar darüber sind, ob wir die Wahlen zur Konstituante bewilligen oder prinzipiell ablehnen sollen. Ich bitte, den Schlußantrag nicht anzunehmen.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Vors.: Es liegt dann noch vor ein Antrag Kaiser auf schriftliche Abstimmung mit Stimmzetteln, die auf Ja und Nein lauten. (Zuruf: Namentliche Abstimmung!) und ein weiterer Antrag Frasunkiewicz: Die kommunistische Fraktion zieht sich vor der Abstimmung auf zehn Minuten zurück.

Brauckmüller: Ich bitte, die Beschlußfassung auszusetzen. Es handelt sich um die Frage, ob die

Kommunisten vollständig aus der Regierung ausscheiden oder ob nur einige Mitglieder das tun wollen. Es wird notwendig sein, daß die beiden Fraktionen dazu noch Stellung nehmen. Ich glaube nicht, daß alle Genossen die Lage übersehen.

Zur Geschäftsordnung Dannat: Ich glaube, der Genosse Brauckmüller hat kein Interesse an einer solchen Besprechung, da er keiner Fraktion angehört.

Hagedorn: Ich will keine lange Ausführungen mehr machen. Durch die Debatte hat sich manches Für und manches Wider ergeben. Es sind in die Debatte scharfe Ausdrücke hineingetragen worden, die ich selbst nicht gewünscht habe; denn ich habe mich bemüht, objektiv Bericht zu erstatten. Aber aus der Debatte kann man als erfreuliches herausschälen, daß die Kommunisten heute und auch gestern dazu übergegangen sind, sich diese Elemente vom Halse zu schaffen, die in unverantwortlicher Weise gegen die jetzige Regierung Sturm laufen. Wenn z. B. gesagt worden ist, daß nun sofort der Arbeiter- und Soldatenrat hier verschwinden würde mit unserm Beschluß, Wahlen zur bremischen Nationalversammlung stattfinden zu lassen, so stimmt das doch nicht. Denn der Arbeiter- und Soldatenrat würde erst dann verschwinden, wenn die in Bremen gewählte Volksvertretung eine neue Ordnung geschaffen hat. Wenn man glaubt, aus Braunschweig Nahrungsmittel zu bekommen, so ist das doch ein Unding, denn wir wissen doch, daß zwischen Braunschweig und Bremen allerhand Land liegt und wir wissen auch, daß in Braunschweig die Banken selbständig sind, während die hiesigen Banken zum großen Teil auf ihre Berliner Auftraggeber angewiesen sind. Die Banken geben ohne weiteres zu, daß durch die Zustände hier in Bremen in letzter Zeit sehr viel Geld abgehoben ist und wir müssen verhindern, daß das in demselben Maße weiter geschieht. Und das können wir am besten dadurch, daß wir den Kredit — denn Kredit heißt der Glaube an die bremische Bevölkerung — wieder herstellen und das können wir am besten dadurch, daß wir die Wahlen zur bremischen Volksvertretung ausschreiben. Wenn gesagt wird, daß hier einmal eine Kontrollkommission der Banken eingesetzt werden soll, um die Gelder zu kontrollieren, so kann doch auf der andern Seite die Forderung aufgestellt werden, daß wir unserseits auch die Gelder kontrollieren, die von den Banken ausgegeben werden.

Noch ein paar Worte zur Wahl selbst. Werden die Wahlen in Bremen vorgenommen, so wird sicherlich eine große Mehrheit sozialdemokratischer Stimmen vorhanden sein. Für mich besteht kein Zweifel darüber, daß die Mehrheitssozialisten, die den Ausschlag geben werden, sich nicht ans Bürgertum anlehnen werden, denn in dem Augenblick, wo sie das täten, wären sie fertig, hätten sie bei der bremischen Arbeiterschaft ausgespielt. Auf der andern Seite müssen wir uns doch klar werden, daß die Diktatur, die wir eingesetzt haben, nur von einem geringen Teil der Bevölkerung getragen wird und daß sie deshalb auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden kann. Es ist einfach unmöglich, daß wir einem Volke, das nach Freiheit ringt, unsere Diktatur aufzwingen können. Mag das Volk den falschen Glauben haben, daß ihm hier etwas aufgezwungen wird, — daß dieser Glaube falsch ist, das ist meine Ueberzeugung — so hat es nun einmal zu einem großen Teil diesen Glauben. Es ist von dem Genossen Wahl gesagt worden, daß das Kommissariat für Steuer- und Finanzwesen in etwas rücksichtsloserer Weise den Bankdirektoren und Finanzherren gegenübertreten müsse. Da muß ich aber doch sagen, daß sie zuerst ihren eigenen Parteigenossen, der der Leiter des Kommissariats ist, fragen sollten, warum er es für notwendig gehalten hat, mich bis zum letzten Augenblick über die Finanzen unaufgeklärt zu lassen, trotz Aufforderung und warum derselbe Genosse mir am Sonnabend vormittag, um ½10 Uhr, telephonieren ließ, daß er krank wäre, wo ich um 10 Uhr die Sitzung mit den Bankdirektoren haben sollte, zu der ich ganz unvorbereitet war. Das geht einfach nicht an. Und soeben höre ich, daß er sich in der Wirtschaft aufhält. Ich habe sicherlich nicht gewünscht, daß es so kommen möge. Und wenn es sich lediglich darum handelte, den Banken heute gegenüber zu treten, dann würde ich dabei sein. Aber es steht mehr auf dem Spiele: die Ernährungs- und Kohlenschwierigkeiten. Es kommt noch eins hinzu, wenn wir so weiter fortfahren, daß die Beamtenschaft erklärt, daß sie einfach streiken wird. Und dann sitzen wir fest. Ja, Genossen, ich kenne meine Leute aus dem Bureaufach. Man braucht sonst von ihnen nicht viel zu halten, aber wenn sie auf die Straße kommen, dann liegen unsere Betriebe still. Uns kann es aber doch nur darauf ankommen, daß wir unser Wirtschaftsleben bald wieder aufrichten. Ueberlegen Sie es sich deshalb, stimmen Sie nicht dagegen. Denn es geht nicht an, daß man einen Antrag ablehnt, obgleich man weiß, daß er angenommen wird, und nachher den Genossen, die die Verantwortung dafür tragen, die Hucke voll haut. Und deshalb bitte ich die Kommunisten, die mit mir einverstanden sind, sich für den Antrag zu erklären.

Vors.: Wer für die namentliche Abstimmung ist, den bitte ich aufzustehen.

Die namentliche Abstimmung wurde angenommen.

Zur Geschäftsordnung Due: Die streikenden Arbeiter haben mitgeteilt, daß Betriebe geschlossen werden. . . .

Vors.: Das gehört nicht zur Sache. Das kannst Du nachher sagen, das hat mit unserem Tagesordnungspunkte nichts zu tun. Es handelt sich jetzt darum, ob wir die Konstituante haben wollen.

Due: Was ich sagen will, gehört hierher.

Vors.: Ich möchte fragen, ob die Kommunistische Partei sich erst zurückziehen will. (Ja.) Dann müssen wir die Sitzung 10 Minuten aussetzen.

Due: Dann ist es zu spät.

Es tritt eine Pause von 11,7 bis 12,10 Uhr ein.

Wiedereröffnung der Sitzung durch den 2. Vorsitzenden Lindau.

Vors.: Sind Erklärungen abzugeben?

Müller: Genossen! Sie werden gestatten, da Ihre Stellung klar ist, daß wir Kommunisten unsere Erklärung zuerst abgeben. Ich spreche im Namen meiner Fraktion. Wir erblicken als wichtigste Aufgabe für die nächste Zukunft, die Revolution zu einer Weltrevolution zu machen. All unser ganzes Handeln werden wir darauf einrichten und uns nur davon bestimmen lassen. Als einzige richtige Regierungsform auf diesem Wege betrachten wir die Arbeiter- und Soldatenräte. Durch den Antrag der Volksbeauftragten werden die Arbeiter- und Soldatenräte für Bremen hinfällig. Aus diesem Grunde stimmen wir geschlossen in der Fraktion gegen den Antrag der Volksbeauftragten und berufen als Fraktion unsere sämtlichen Regierungsmitglieder von der Regierung zurück. (Aha! Hört! Hört! Lachen. Zuruf: Schöner Rückzug!

Brodmerkel hat den den Vorsitz wieder übernommen.

Frasunkiewicz: Bevor wir in die Abstimmung eintreten, habe ich geschäftsordnungsmäßig folgende Erklärung abzugeben: Durch den Einmarsch unberufener Elemente in die Kaserne ist es zu unliebsamen Auftritten gekommen. Man hat dort etwas gemacht, was man als moralisch revolutionärer Klassenkämpfer nicht verantworten kann. (Sehr richtig!) Wir sind gezwungen, sofort dagegen einzuschreiten. Die Fraktionssitzung der U. S. P. verlangt, daß sofort einer von den Kommunisten, einer von den U. S. P. und einer von S. R. sofort sich zur Kaserne hinbegeben und dort versuchen sollen, noch einigermaßen das in Ordnung zu bringen, was in Ordnung gebracht werden kann. Ich will es unterlassen, nähere Details anzugeben. Ich ersuche den Genossen Bäumer, mit dem ich gesprochen habe von der kommunistischen Partei, mit mir, der ich von der U. S. P. vertreten sein werde, dorthin zu gehen, und einen vom S. R. zu wählen, der mit uns kommt, um sofort nach der Kaserne hinzugehen. Ferner habe ich im Namen des R. d. V. zu erklären, daß vom R. d. V. als Stadtkommandant Genosse Becker und Drettmann eingesetzt worden sind. Während wir hier in der Vollsitzung tagen, hat sich ein anderer Stadtkommandant dort etabliert. (Hört, hört!) Der Genosse Plattner hat jetzt dort das Amt des Stadtkommandanten übernommen. Ich frage die Kommunistische Partei, ob sie mit diesem Vorgehen Plettners einverstanden ist? (Zurufe: Nein!) Ob sie den Genossen Plettner in seinem unqualifizierbaren Vorgehen deckt. (Zurufe: Nein!) Ich möchte ersuchen, von seiten der Kommunistischen Partei eine Erklärung darüber abzugeben.

Parteigenosse Kommunist Jörn hat heute in einer so unverantwortlichen Weise gearbeitet, er hat bewaffnete Leute nach dem Konsumverein „Vorwärts" hingeschickt, um Brot zu beschlagnahmen. (Pfui!) Er hat noch verschiedene andere Sachen gemacht, indem er den Stempel mißbraucht hat als Kommissar seines Kommissariats, um Sachen auszuüben, mit denen sich kein revolutionsklassenbewußter Arbeiter einverstanden erklären kann. Ich bin der Anschauung, als ob Elemente in der Kommunistischen Parteiorganisation sind, die ein Kesseltreiben veranstalten, die die Kommunistische Partei als solche nicht mitmachen kann und darf, wenn sie nicht ihren ganzen Kredit unter der Arbeiterschaft verlieren will. Ich möchte die Kommunistische Partei bitten, Remedur zu schaffen. Es geht nicht an, daß Raubgesindel die Oberhand in Bremen erringt. Sonst sind wir gezwungen, mit der äußersten Konsequenz gegen dieses Raubgesindel vorzugehen. (Sehr richtig!) Ein ehrlicher Klassenkämpfer, der auf dem Boden der Revolution steht, der gibt sich nicht zu derartigen Machinationen her, wie sie heute im Laufe des Vormittags geschehen sind. Ich weiß, wir gehen in dieser Hinsicht konform. Wir wollen retten, was wir können. Wir vom R. d. V. stellen den Antrag, wenn wir nicht die Waffenmacht hinter uns, der Regierung, haben, sind wir nicht in der Lage, für Ruhe und Ordnung, wie wir sie und nicht das Bürgertum verstehen, einzutreten. Ich möchte die Kommunistische Partei auffordern, zu erklären, ob sie bereit ist, so weit sie noch Einfluß auf die bewaffnete Macht hat, uns, der Regierung, diese zur Verfügung zu stellen, damit die Partei wenigstens, wenn sie aus der Regierung tritt, die Regierung mit stützen hilft, oder daß sie klar erkläre, daß sie sich mit dem Gesindel solidarisch erklärt, was ich nicht für möglich halte. Parteigenossen, haben wir nicht die Macht hinter uns, sind wir nicht in der Lage, auch nur eine Stunde weiter die Geschäfte der Regierung in der Hand zu halten, und was dann eintritt, brauche ich ihnen nicht auszumalen. Das weiß ein jeder, der die Psyche dieser unaufgeklärten, unwissenden Masse kennt. Ich möchte Sie bitten, bestimmen Sie den Genossen Bäumer von Ihrer Partei, daß er mit uns zur Kaserne geht und bestätigen oder desavouieren Sie den Genossen Plettner, der sich in unverantwortlicher Weise als Stadtkommandant etabliert hat und dort Geschäfte macht, die Sie auch nicht verantworten können. Es ist selbstverständlich, daß die Kommunistische Partei den Genossen Jörn, der sich auch in unverantwortlicher Weise benimmt, desavouiert, denn sonst könnte in den nächsten Stunden die weiße Garde nach Bremen kommen,

die hier dann ein Blutbad anrichten wird. Die Schuld wird auf Sie fallen und Sie können nicht sagen, daß die U. S. P.-Leute schuld daran sind; sie wird ein Blutbad anrichten, wie es in ähnlicher Weise in Berlin gewesen ist. Wir haben unsere Pflicht und Schuldigkeit getan, um hintan zu halten, was wir kommen sehen. Wir haben versucht, auf legalem Wege zu arbeiten. Jetzt hindern Sie uns nicht, den Vesuvausbruch einigermaßen zu dämmen, die Schuld fällt auf uns alle. Sie können nicht sagen, wenn Sie heute aus der Regierung austreten, daß Sie unschuldig sind, im Gegenteil!

Bäumer: Ich begreife die Erregung des Genossen Frasunkiewicz; aber ich muß sagen, daß die Art und Weise, wie er seiner Erregung Ausdruck gibt, zum Teil etwas recht reichlich bürgerlich ist. Parteigenossen, wir alle sind uns klar, daß ein Volk im Zustande der Revolution nicht über derartige Ordnung verfügen kann, wie sie im Interesse der ganzen Bewegung vielleicht beansprucht werden dürfte. Ich möchte einige Worte an die Galerie richten. Es ist nicht in der Ordnung, wenn hier übereifrige Worte fallen, in einer derartigen Weise dazu Stellung zu nehmen. Es handelt sich um ernstere Dinge, als um eine Volksrede, der man applaudiert oder seine Mißbilligung ausdrückt. Parteigenossen, es ist selbstverständlich, daß wir das Vorgehen dieser Elemente, wie es bereits in verschiedenen Erklärungen meiner Fraktion zum Ausdruck gebracht ist, mißbilligen. Ich erinnere Sie an 1914, an diese schleimige Begeisterung, die plötzlich ausbrach, da erfand man das Wort Psychose. Auch wir befinden uns in einer Psychose, allerdings in einer Revolutionspsychose. Es ist wichtig im Interesse der Bewegung in Bremen, darüber sind wir uns klar, nachdem die ganze Bewegung im Reiche niedergeknüppelt worden ist, daß wir verlorene Posten aufgeben und daß wir nicht zulassen können, daß diese unverantwortlichen Elemente, die politisch nicht aufgeklärt sind, mit ihrem radikalen Aktivismus ohne Rücksicht auf die Folgen weiter arbeiten. Und infolgedessen bitte ich die Fraktion zu bestimmen, daß ich mit dem Genossen Frasunkiewicz und einem Genossen vom S. R. zur Kaserne gehen kann und soweit die Möglichkeit besteht, dort Ordnung schaffe. Ich bin mir klar, daß nicht allein diese unverantwortlichen Führer, sondern ein großer Teil der politisch unaufgeklärten Arbeiterschaft sich dieser Aktion verpflichtet hat, deren Konsequenz sie nicht übersieht. Es ist festgestellt, daß sich auf dieser Seite auch U. S. befinden. Es ist nicht lediglich Sache unserer Köpfe, wenn sie sich an die Spitze gestellt haben, es ist eine Sache der bremischen Arbeiterschaft, und ich finde es auch von Frasunkiewicz nicht richtig, wenn er plötzlich einen Parteistandpunkt proklamiert, der verdächtig bürgerlich aussieht.

Vorsitzender: Ich möchte bloß sagen, daß uns von der Streikbewegung und den Vorgängen in der Kaserne nichts bekannt ist, wir werden in einer Vertrauensmännerversammlung, soweit wir sie zusammenbringen können, dazu Stellung nehmen. Ich möchte erklären, daß ein großer Teil der Vertrauensleute der Betriebe nicht hier sind und daß wir nicht den Standpunkt des Streikkomitees vertreten. Wir werden dazu Stellung nehmen und den unverantwortlichen Personen unsere Meinung sagen. Was gesagt worden ist von Plettner, daß er sich als Stadtkommandant etabliert hat — — ja, als ich das gehört habe, bin ich hinüber gegangen und habe niemand gesehen. Ich habe gefragt, ob Plettner hier gewesen sei. Da wurde gesagt: Nein! (Zurufe). Ich glaube, es werden manche Gerüchte in die Welt gesetzt, die ebenfalls unverantwortlich sind. (Zuruf: Er hat Unterschriften gegeben! Rietschel: und darunter geschrieben: In Ermangelung eines Stempels: Plettner.) Ich glaube, eine derartige Maßnahme kann niemand teilen. Und ich bin überzeugt, daß es unsere Aufgabe ist, daß wir dafür sorgen müssen, daß hinter den Personen, die die Verantwortung für Bremen zu tragen haben, auch die Waffenmacht zu stehen hat.

Henke: Genossen! Ich stimme dem Genossen Bäumer in der Beurteilung dessen, was da draußen vorgeht, vollkommen zu. Ich stimme ebenfalls dem zu, daß eine ganze Anzahl von Arbeitern, darunter meinetwegen auch Arbeiter von der U. S. P. die Konsequenzen ihres Tuns nicht zu überschauen vermögen. Ich stimme dem ferner zu, daß man darüber als Sozialist sich nicht besonders aufzuregen braucht. Das sind Vorkommnisse, die ich in einer Revolutionszeit naturgemäß gesetzmäßig nennen möchte. Aber ein anderes ist es, um das es sich hier handelt. Wir wollen abstimmen, über eine wichtige Frage, darüber, ob wir eine Volksvertretung einberufen wollen oder nicht. Im Rate der Volksbeauftragten haben die Genossen Janneck und Dannert als kommunistische Vertreter an der Sitzung mit den Bankdirektoren teilgenommen, an der ich auch teilnehmen konnte. Später unter uns allein haben sie anerkennen müssen, daß wir uns in einer Situation befinden, aus der es keinen anderen Ausweg gibt, und zwar im Interesse der sozialistischen Republik, als diesen. Daraus folgt eigentlich nach meiner Auffassung, daß sie diese Politik, die daraus folgt, zunächst mitzugehen hätten. Die Kommunisten haben uns durch Dannert sagen lassen: Wir sind der Meinung, daß durch die Volksvertretung das Rätesystem erledigt sein wird, soweit es überhaupt vorhanden ist. Dannert hat richtig hinzugefügt, wir haben das Rätesystem in Deutschland noch nicht. Es ist in der Bildung begriffen, und ich möchte gleich einem der letzten Redner erwidern, weil es in der Entwicklung begriffen ist, schwindet es auch noch gar nicht mit der Einberufung der Volksvertretung in Bremen. Wir können die Volksvertretung berufen und brauchen das Rätesystem nicht außer acht zu lassen. Sodann ist im Rate der Volksbeauftragten gesagt worden, wir wollen

beides mit einander zu verbinden suchen, und ich bin erstaunt, daß die kommunistische Fraktion sagt, wir billigen das einstimmig nicht. Was soll das heißen? Billigen tun wir das auch nicht. Es handelt sich aber darum: Haben eure Leute sich den Verhältnissen fügen müssen mit ihrer Erkenntnis oder nicht? Und wenn ja, dann müssen sie sich alle fügen, da die Verhältnisse stärker sind als wir, ob die Verhältnisse repräsentiert werden durch das Finanzkapital oder nicht, ist gleichgültig.

Hinzu kommt noch eine ganze Anzahl anderer Faktoren, die daneben in Betracht kommen. Aber wenn ich einsehe, daß man sich diesen Verhältnissen fügen muß, wie könnt Ihr sagen: Wir ziehen unsere Räte aus der Volksregierung zurück?! Daraus kann für uns nur folgen, auch wir treten zurück, und was dann folgt, darüber muß man sich klar werden vor der Abstimmung. Wir von der U. S. P. halten den Weg, den wir begehen müssen unter den gegenwärtigen Umständen und den wir allein wählen, um das, was noch besteht, sichern zu können, für den richtigen. Ueber das hinaus geht das, was der Genosse Bäumer in der Sitzung des Rates der Volksbeauftragten eventuell eingehen wollte, nämlich die Einführung von Senat und Bürgerschaft.

Genosse Bäumer sagte, wir kompromittieren uns durch den Beschluß, und da wäre er dafür, sich radikal zu kompromittieren und Senat und Bürgerschaft wieder einzusetzen. Ich kann nicht soweit gehen. Genosse Bäumer hat ja konsequent gedacht. Aber, Genossen, ich bin doch der Meinung, wenn es nicht nötig ist, Senat und Bürgerschaft wieder einzusetzen, soll man es unterlassen; wenn man etwas mehr retten kann soll man es tun. Wir können mehr retten, dadurch, daß das Parlament auf einer Grundlage gewählt werden soll, die gegenüber den jetzigen Zuständen doch ein schöner Fortschritt ist. Denn das ist doch etwas, das nicht zu bestreiten ist. Ob wir ein sozialistisches Parlament erhalten werden? Ich bin der Meinung, daß es sicher kein bürgerliches Parlament in dem bisherigen Sinne werden wird, daß jedenfalls soviele Sozialdemokraten darin sein werden, daß ihre Zahl in dem Parlament von großem Einfluß sein wird. Wenn man aber einen Spatz in der Hand hat, so soll man ihn festhalten, ihn aber nicht fliegen lassen und verhungern, weil man einen anderen Vogel, meinetwegen eine Taube haben möchte, womöglich in gebratenem Zustande, die man aber nicht bekommt. Wir müssen zu erreichen und zu halten suchen, was möglich ist, dazu haben wir die Verpflichtung. Und die Verpflichtung haben die Genossen von der Kommunistischen Partei mit uns, an dem Errungenen festzuhalten und soviel zu erreichen, als möglich ist. Das Beste aber, das wir im Augenblick erreichen können, ist nach unserer Ueberzeugung die Volksvertretung, wie sie uns durch die Verhältnisse aufgezwungen wird, die das Aeußerste darstellt, bis zu dem wir gehen können. Das Mittel sollen wir gebrauchen, diese Volksvertretung annehmen. Nun aber sagen die Genossen von den Kommunisten: Wir ziehen unsere Vertreter zurück. Das heißt: die Unabhängigen sollen jetzt die Verantwortung tragen für das, was weiter geschieht. Ja, glauben Sie denn, daß wir Schwachköpfe sind? Da muß ich sagen: ich werde die Regierung keinen Tag weiter führen, wenn ich nicht die Zusicherung erhalte, daß alle bewaffneten Arbeiter, die jetzt ein derartiger Machtfaktor sind, daß sie auf der Straße unsere Anordnungen konterkarrieren, sich jetzt fest hinter die Regierung stellen. Es ist unmöglich, eine Regierung zu führen, wenn Sie uns zu dieser Zusicherung nicht verhelfen. Ohne eine solche Zusicherung kann ich die Regierung nicht weiter führen. Das schließt nicht eine Opprsition gegen die Regierung aus, wenn man der Ueberzeugung ist, daß das Rätesystem beibehalten werden muß. Aber, Genossen, wenn wir nicht die bewaffnete Macht hinter uns haben, was für eine Regierung sind wir dann? Dann schweben wir in der Luft, dann machen wir uns lächerlich. So geht es nicht weiter. Wir diskutieren hier, wir sitzen hier stundenlang, und während dessen läuft die Weltgeschichte weiter, und wir können nicht die notwendigsten Arbeiten erledigen. Wir müssen alle Kräfte zusammenfassen, und da erklären die Kommunisten: Wir machen nicht mehr mit, sondern wir streiken. Sie können ja tun, was sie wollen, aber sie müssen uns sagen, was sie wollen, wir müssen Klarheit haben. Wir müssen ferner von den Kommunisten hören, nachdem sie noch einmal in ihrer Fraktion beraten haben, ob die bewaffnete Macht hinter uns, hinter der neuen Regierung stehen soll, denn nur, wenn das der Fall ist, können wir die Regierung weiter führen. Nur unter der Bedingung sind wir imstande, die Regierung weiter zu führen. In dieser Hinsicht genügt mir aber nicht die Erklärung Brodmerkels, sondern ich bitte Euch, faßt in der Fraktion einen Beschluß und laßt uns wissen, wie der Beschluß ausgefallen ist. Fällt er aus in dem Sinne, wie ich jetzt dargelegt habe, so wollen wir versuchen, in der Regierung weiter zu arbeiten, obwohl es mir klar ist, daß uns dann immer noch große Schwierigkeiten bevorstehen werden. Wir werden es aber versuchen, weil wir der Ueberzeugung sind, daß wir auf diese Weise immer noch etwas retten können von dem, was wir erreichen wollen, während andererseits — der Ueberzeugung bin ich — wenn wir beide aus der Regierung scheiden, nichts gerettet wird, sondern alles zum Teufel geht. Und was das bedeutet, kann sich jeder ausmalen. Also faßt einen Beschluß!

Opfermann: Was Henke sagt, ist durchaus nicht von der Hand zu weisen, daß die Kommunisten sich noch ein paar Minuten zurückziehen. Es läßt sich das Für und Wider in einer so wichtigen Angelegenheit hier nicht so gut erledigen, wie in einer Fraktionssitzung. Ich bin der Meinung, daß in der Angelegenheit noch manche Unklarheit herrscht, und ich für meinen Teil meine, daß unbedingt Klarheit

geschaffen werden muß. So wie Henke die Situation beleuchtet hat, können wir nicht ohne weiteres in dem Sinne wie bisher vorgehen. Wir müssen, wie gesagt, erst volle Klarheit haben, damit wir nicht zu einem falschen Beschluß kommen.

Dann möchte ich den Vorsitzenden bitten, mir in einer anderen Angelegenheit noch einige wenige Worte zu gestatten. Ich möchte die Regierung, die augenblicklich besteht, ersuchen, daß sofort Maßregeln ergriffen werden, daß die Werke, soweit sie noch arbeiten, wieder Strom bekommen. Von den Hansa-Lloydwerken ist mir mitgeteilt, daß man dort den Strom abgeschnitten hat (Sehr gut!), obgleich die Arbeiter dort mit Zweidrittelmehrheit beschlossen haben, weiterzuarbeiten. Wir bringen alle Arbeiter gegen uns auf und das ist zu unseren Ungunsten. Die Regierung muß handeln und darf derartige Machinationen nicht dulden! (Rietschel: Wir können ja nicht handeln! Ihr handelt ja!)

Stockhinger: Parteigenossen! Selbst auf die Gefahr hin, die Disziplin der Fraktion zu brechen, ergreife ich das Wort. Genosse Dannert hat heute morgen auch die Disziplin der Fraktion gebrochen, indem er erklärte, sie würde ihre Mandate in die Hände der Mandatgeber zurücklegen. Die Fraktion hat gestern abend beschlossen, diesen Beschluß nicht zu fassen (Hört! Hört!), sondern sie hat beschlossen, die Mandate vorläufig zu behalten. Heute morgen aber hat Dannert erklärt, daß sie von der Regierung zurücktreten. Ich möchte das vorweg bemerken. Ich glaube aber im Namen meiner Fraktionsfreunde zu sprechen, wenn ich sage, daß wir das Vorgehen der Genossen Jörn und Plättner aufs entschiedenste verurteilen (Sehr gut!) und daß wir ferner in einer möglichst bald zusammentretenden Parteiversammlung energisch den Austritt oder den Ausschluß der beiden Genossen aus der Partei der Kommunisten beantragen werden. (Bravo!) Parteigenossen! Ich für meine Person erkläre, daß, wenn die Parteiversammlung diesem Antrage nicht stattgibt — vorausgesetzt, daß zunächst eine Prüfungskommission eingesetzt wird und daß sich die Prüfungskommission dahin entscheidet, daß eine Schuldfrage für Plättner und Jörn vorliegt, die beiden aber trotzdem in der Partei bleiben —, ich aus der Partei ausscheide. Es werden viele Genossen meiner Fraktion dieser Sache nicht zustimmen können und ihre Schritte in dieser Weise einrichten müssen, daß sie mit Leuten wie Plättner und Jörn, die so arbeiten, nicht zusammen arbeiten wollen.

Was Henke eben erklärt hat, dieses Moment hatten wir nicht direkt vorgesehen, wohl aber geahnt, wenn auch nicht alle Mitglieder der Fraktion: daß auch die Unabhängigen eventuell aus der Regierung austreten werden. Deshalb ersuche ich, der Fraktion noch einmal Gelegenheit zu geben, erneut über die Sache zu sprechen. Denn es kann nicht angehen, daß auch die Unabhängigen aus der Regierung austreten. Sie machen uns den Vorwurf, daß wir Ihnen die Pistole auf die Brust gesetzt hätten, indem wir verlangten, aus der Regierung auszutreten. Wir sind allerdings der Meinung, daß Sie in der Lage sind, die Regierungsgeschäfte doch noch fortzuführen. Wenn Sie nun aber betonen, daß Sie aus unserem Vorgehen die Konsequenz ziehen und ebenfalls aus der Regierung ausscheiden würden, dann müssen wir uns erneut mit der Frage beschäftigen. (Zuruf: Sonst setzt sich der alte Senat wieder hinauf!) Ich möchte Sie also ersuchen, die Sache noch einmal in einer Fraktionssitzung zu besprechen. Es kann nicht unser Wille gewesen sein, auch Sie von der Regierung auszuschließen oder vielmehr Sie zu veranlassen, aus der Regierung auszutreten. Was wir wollen, ist, daß keine anarchischen Zustände in Bremen einreißen, und die würden die Folge davon sein, wenn auch die Unabhängigen aus der Regierung ausschieden. Wir haben uns von der Auffassung leiten lassen, daß die Unabhängigen wohl in der Lage wären, die Regierungsgeschäfte allein fortzusetzen. Aber Sie betonen ausdrücklich — ich weiß allerdings nicht, ob die Erklärung Henkes für die Fraktion maßgebend ist (Zurufe: Jawohl!) —, daß Ihre Fraktion auch ihre Mitglieder aus der Regierung abberufen wird. (Zurufe: Jawohl!) Da muß die Sache noch einmal besprochen werden.

Notwendig ist, daß das gesamte bewaffnete Proletariat, die gesamte bewaffnete Macht hinter der Regierung steht. Wenn sie nicht hinter der Regierung steht — einerlei, ob die Regierung von den Kommunisten und den Unabhängigen oder von den Unabhängigen allein dargestellt wird —, sind Regierungsgeschäfte unmöglich. Deshalb ist es notwendig, daß sofort, in aller Kürze eine Versammlung der gesamten bewaffneten Macht einberufen wird. (Zuruf: Ist schon geschehen!) Es muß ihnen klargemacht werden, wer ihre vorgesetzte Behörde ist und daß diese Behörde allein Befehle zu erteilen hat. Es geht nicht, wie es heute morgen geschehen ist, daß auf den Befehl irgend eines Mannes hin die gesamte Macht auszieht und Gebäude besetzt. Solche Befehle dürfen nur von der Regierung ausgegeben werden. Deshalb muß sofort in die Wege geleitet werden, daß die bewaffnete Macht zusammengerufen wird nach dem Casino, dem größten Saale in Bremen. (Ruf: Ist schon geschehen!) Die Versammlung muß von der Regierung eingeladen werden, und die Versammlung muß dann entscheiden, ob die bewaffnete Macht hinter der Regierung steht oder nicht. Steht sie nicht hinter der Regierung, dann bleibt für die Unabhängigen nichts übrig, als zurückzutreten. (Zuruf: Und was haben wir dann? Anarchie! — Jetzt steht Ihr ratlos da!)

Vors.: Es wird zweckmäßig sein, zunächst die drei Genossen zu bestimmen, die die Kommission bilden sollen. Wir können anarchische Zustände nicht billigen und müssen dagegen einschreiten. Ich glaube, daß von uns Bäumer geht.

Bäumer: Wenn meine Fraktion es für nötig hält, noch einmal über die Frage zu beraten, so möchte ich bitten, mit der Entsendung der Kommission noch einen Augenblick zu warten. Ich muß an der Besprechung teilnehmen.

Vors.: Ich glaube, die Beratung wird nicht lange dauern, nur ein paar Minuten. Wer wird von den Unabhängigen für die Kommission vorgeschlagen? (Rufe: Frasunkiewicz!)

Drettmann: Zur Geschäftsordnung! Ich kann mitteilen, daß Jörn eben mit einem Auto voll Brot von der Kaserne gekommen ist, er befindet sich im Rathause. Er befindet sich nicht mehr in der Kaserne, sondern im Rathause! (Rufe: Muß in Haft gesetzt werden! Unterdessen ist das Brot verteilt!)

(Pause von 12 Uhr 45 Minuten bis 1 Uhr.)

Vors.: Ich erkläre die Versammlung für wieder eröffnet. Im Namen der Kommunistischen Partei will der Genosse Bäumer eine Erklärung abgeben.

Bäumer: Parteigenossen! Im Auftrage meiner Fraktion habe ich ihnen mitzuteilen, daß die Fraktion der Kommunisten ihren Beschluß dahin revidiert hat, daß sie es ihren einzelnen Mitgliedern überläßt, für oder gegen die Konstituante zu stimmen. Gleichzeitig erklärt die Fraktion der Kommunisten, daß sie davon absieht, die Mitglieder ihrer Partei aus der Regierung herauszuziehen. (Bravo!) Voraussetzung dieser Revision ist einzig und allein die, daß im Interesse der gesamten Arbeiterschaft Bremens versucht werden muß, die augenblicklich drohende katastrophale Lösung der Schwierigkeiten nach Möglichkeit zu unterbinden.

Henke: Und die bewaffnete Arbeiterschaft? Werden Sie dafür eintreten?

Bäumer: Ich glaube, das ist damit erledigt. Wenn die Kommunisten in der Regierung bleiben und die kommunistische Fraktion ihre Mithilfe zur weiteren Erhaltung der Ordnung erklärt, so ist damit die Einwirkung auf die bewaffnete Arbeiterschaft gewährleistet.

Opfermann: Nachdem sich die Sache so geklärt hat, bitte ich, von einer namentlichen Abstimmung abzusehen. (Zuruf: Nein!)

Vors: Ob die namentliche Abstimmung von Interesse ist, möchte ich bezweifeln. Es zieht die Sache nur noch eine Stunde hinaus. Wir haben noch sehr viele praktische Arbeit zu leisten; darüber sind wir uns klar, daß der Antrag mit großer Mehrheit angenommen werden wird. Was soll dann noch eine namentliche Abstimmung.

Der Antrag Opfermann wird angenommen.

Der Antrag betr. Ausschreibung der Wahlen für eine allgemeine Volksvertretung wird gegen 17 Stimmen der Kommunisten angenommen.

Vors.: Genossen! Ich glaube, die Vorarbeiten zu den Wahlen können wir nicht machen. Die Vorarbeiten können wir der Regierung überlassen Wann die Wahlen stattfinden sollen, darüber kann die Regierung im Plenum Vorschläge machen.

Henke: Es wäre gut, wenn heute schon ein Vorschlag gemacht werden könnte.

Vors.: Soweit ich orientiert bin, ist festgestellt, daß die Wahlliste, die zur Nationalversammlung aufgestellt ist, nicht in Betracht kommen kann. Jedenfalls kommt in Betracht, daß Bremen ein kleiner Staat ist, wo nur die wählen können, die eine gewisse Zeit in Bremen gewesen sind. Andererseits hat sich herausgestellt, daß auch die Listen zur Nationalversammlung so unvollständig sind, daß in einzelnen Bezirken nahezu 100 Personen nicht wählen konnten. Auf Grund dessen ist es notwendig, daß neue Wahllisten aufgestellt werden. Das wird mindestens eine Zeit von 4 Wochen in Anspruch nehmen. Ich glaube, wenn die Regierung die Frage prüft, wird sie uns einen Vorschlag machen können, wann die Wahlen stattfinden können. (Zurufe: Einverstanden).

Wir haben gestern noch etwas vergessen. Wir haben gestern beschlossen, eine Kommission zu wählen, um die Vorkommnisse von gestern und nun auch wohl von heute zu untersuchen. Frasunkiewicz hat vorgeschlagen, 7 Mitglieder zu wählen, von den Kommunisten 4, von den U. S. 3 und vom S. R. 1. Einverstanden? (Zuruf: Ja!)

Dann bitte ich um Vorschläge.

Spindler: Ich möchte ersuchen, daß wir von den Genossen absehen, die in der Regierung sitzen.

Es werden gewählt vom S. R. Ahrens,
von den U. S. Frank, Allermann, Müller,
von den J. K. Goldenbogen, Harlin, Stockhinger.

Vors.: Ich möchte die Genossen ersuchen, bald zusammenzutreten und rasch zu arbeiten. Wir kommen dann zum zweiten Punkt unserer T.-O.:

Gehaltsregelung der Mitglieder des R. d. V. und des Vollzugsrats, der Volkskommissariate und des Vorstandes des A. und S.-Rates.

Zur Geschäftsordnung Rietschel: Ich möchte einen Vertagungsantrag stellen. Es ist unbedingt notwendig, eine Mittagspause eintreten zu lassen. Es kann nicht angehen, daß wir täglich ohne Mittagessen bleiben. Unter 1 Stunde würden wir unsere T.-O. nicht erschöpfen können.

Vors.: Darf ich dazu sagen: Der 2. Punkt der T.-O. wird nicht sehr viel Zeit in Anspruch nehmen. Zu Punkt 3 der T.-O. Beschlußfassung über eine Verfügung betr. Lehrlingsstreik ist auch ein Vertagungs-

antrag gestellt, weil noch Unterhandlungen schweben. Dieser Punkt würde also schon wegfallen. Die Wahl für einen Kommissar für Volkswohlfahrt wird auch nicht viel Zeit in Anspruch nehmen. Dann ist noch ein Punkt betr. die Delegation einer Konferenz nach Braunschweig. Ich glaube, in einer halben Stunde kann alles erledigt sein. (Zuruf: Drettmann: „Es kommt noch die Demonstration"!) Gerade deshalb müssen wir hier bleiben. Es ist eine Frage, was sollen wir tun, wenn die Demonstration kommt? Werden Forderungen an uns gestellt? Es wird doch demonstriert gegen den Meuchelmord an Liebknecht und Rosa Luxemburg. (Zuruf: Nein, wegen des Streiks, die wollen uns herunterholen!)

Der Vertagungsantrag wird abgelehnt.

Zur Geschäftsordnung Hagedorn: Ich habe in dem Berichte erklärt, die Banken wünschen entweder die Einsetzung der alten Senatsdeputation oder eine Kontrolle durch die Banken stattfinden zu lassen. Da wurde gesagt, das könnten die Kommissariate auch. Ich weiß nicht, ob wir das ohne weiteres machen können. Dafür möchte ich die Zustimmung des Parlaments haben.

Vors.: Ich möchte erklären, daß uns ein derartiger Antrag nicht überreicht ist. Wenn der Genosse Hagedorn in seinen Ausführungen etwas derartiges gesagt hat, so kann ich darüber nicht abstimmen lassen. Ich meine, daß die Regierung über derartige Fragen erneut verhandeln muß. Ich glaube nicht, daß wir einverstanden sein können, daß wir uns von dem Finanzkapital eine Kontrolle hierher setzen lassen können.

Henke: Die Finanzdeputation wieder zu berufen, wird ein Ding der Unmöglichkeit sein. Das würde die Wiedereinsetzung von S. und B. bedeuten. Es kann sich tatsächlich nur handeln um eine Kontrolle, und darüber mögen sie zunächst einmal eine Blankovollmacht ausstellen. Wir können darüber weiter verhandeln, das läßt sich aber im Plenum nicht machen, weil man nicht sagen kann, wie die Banken sich stellen nachdem der Beschluß gefaßt worden ist. Wir müssen jetzt erneut mit den Leuten zusammentreten, und wenn wir etwas von ihnen vorgeschlagen bekommen, dem wir nicht zustimmen, dann werden wir natürlich wieder an sie herantreten.

Vors.: Wir wollen es also der Regierung überlassen, mit den Herren vom Finanzkapital zu verhandeln.

Kaiser: Wir haben über die Frage der Gehaltsregulierung unterhandelt und schlagen Ihnen folgendes vor:

**Antrag der Geschäftskommission.**
**Betrifft Gehaltsregelung der Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten, des Vollzugsrates und der Volkskommissariate.**

Die Geschäftskommission schlägt vor, den Mitgliedern des Rates der Volksbeauftragten 800 ℳ, den Mitgliedern des Vollzugsrates und der Volkskamissariate ein monatliches Gehalt von 700 ℳ auszusetzen.

Zur Begründung dieses Vorschlages führt die Geschäftskommission folgendes aus: Nimmt man das Existenzminimum bei der heutigen Lage mit rund 500 ℳ monatlich an, wie es z. B. in den Löhnen der Werftarbeiter zum Ausdruck kommt, so ist bei dem Amte der genannten Mitglieder ein Mehraufwand für besondere Fahrten, Mittag- und Abendessen, die infolge der ständigen Beschäftigung in den Bureaus zu Hause nicht eingenommen werden können und für die man täglich mindestens 6 ℳ in Anrechnung bringen muß, auch mit Rücksicht darauf, daß infolge der überaus langen Arbeitszeit von täglich mindestens 12 bis 16 Stunden mehr Mahlzeiten eingenommen werden müssen, als dies bei einer geregelten Arbeitszeit sonst nötig ist, von monatlich mindestens 200 ℳ erforderlich. Mit Rücksicht auf die große Anzahl von Sitzungen der Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten erscheint ein Mehraufwand von 300 ℳ als Ausgleich geboten.

Dieses Gehalt von 700 ℳ wird in voller Höhe nur an solche Mitglieder der Regierung gezahlt, die sonst keine anderen Einkünfte haben. Mitglieder, die Nebeneinnahmen aus anderer Quelle haben, erhalten nur soviel an Gehalt, daß der Betrag von 700 ℳ erreicht wird.

Bezüglich der Gehälter für die Mitglieder des Vorstandes des Arbeiter- und Soldatenrates schlägt die Geschäftskommission vor, da sie zu dieser Frage keine Stellung genommen hat, die Entscheidung darüber, ob und welche Gehälter für diese Vorstandsmitglieder festzusetzen sind, dem Plenum des Arbeiter- und Soldatenrates zu überlassen.

Der Vorstand des A. und S. R. schlägt zur Geschäftsordnung vor, daß er zu der letzten Frage keine Stellung genommen hat und die Entscheidung darüber, ob und welche Gehalte für die Vorstandsmitglieder bewilligt werden sollen, dem Plenum des A. und S. R. zu überlassen.

Dannert: Ich schlage vor, über den Antrag der Geschäftskommission getrennt abzustimmen: 1. über die Gehalte der Kommissare und Beauftragten, 2. über die Gehalte des Vorstandes. Es soll also die Debatte und die Beschlußfassung über die beiden Sachen getrennt vorgenommen werden.

Vors.: Sind Sie damit einverstanden? — Schön. Wünscht jemand zu dem Vorschlage bezüglich der Gehalte für die Mitglieder des Rats der Volksbeauftragten das Wort? Es meldet sich niemand.

Die Sätze werden angenommen.

Vors.: Wir stimmen dann ab über das Gehalt der Mitglieder des Vollzugsrats und der Kommissariate. (Zuruf: Darüber ist ja noch nicht diskutiert!)

Müller: Parteigenossen! Nach meiner Meinung ist es angebracht, den Unterschied zwischen den Gehalten für die Volksbeauftragten und denen der Mitglieder der einzelnen Kommissariate nicht so groß zu machen. Ich schlage vor, daß wir den Leitern der Kommissariate 750 Mk. geben und den übrigen Mitgliedern 700 Mk. (Zuruf: Leisten die weniger?)

Kaiser: Genosse Müller hat sich bei seinem Antrage vielleicht von einer guten Absicht leiten lassen. Ich muß aber konstatieren, daß die Arbeiten des Kopfes der Kommissariate und der Beiräte gleich sind. Der Kopf der Kommissariate hat nur etwas mehr zu arbeiten, weil er an den Vollzugsratssitzungen teilnimmt. Aber eine solche Differenzierung kann ich nicht anerkennen, sie ist auch nicht gerechtfertigt.

Opfermann: Ich selbst gehöre zwei Kommissariaten an. Ich stehe persönlich auf dem Standpunkt, daß man einen Unterschied zwischen den Genossen, die noch in Werkstätten tätig sind, und denen, die in Staatswürden eingetreten sind, nicht machen sollte. Es sind Höchstsätze festgesetzt, und die sollte man auch für die Kollegen in den Werkstätten übertragen. Man sollte aber nicht diejenigen, die in der Würde eines Amtes stehen, besser bezahlen, denn dadurch würde das Streben nach der Futterkrippe in den Vordergrund geschoben und ein Keil zwischen die Kollegen getrieben.

Frank: Ich möchte den Genossen Opfermann fragen, wie die Gehaltsregelung in den einzelnen Betrieben erfolgen soll. Man darf nicht nach der Schablone verfahren. Ich bin der Meinung, daß wir 700 Mk. zustimmen können und daß das nicht zu viel ist. Daran anknüpfen möchte ich aber, daß ein großer Teil der Leute seine Tätigkeit nicht so entfaltet, wie es zu wünschen wäre. Es geht nicht, daß sich manche so wenig um ihre Tätigkeit bekümmern. Diese Leute können ja keine Stützen der Kommissariate sein. Sie haben im Interesse des Staates tätig zu sein. Es geht nicht an, daß einige Genossen tagelang garnicht kommen. (Ruf: Absetzen!) Ich stehe sonst auf dem Standpunkt, daß der Vorschlag von 700 Mk. nicht zu hoch ist. Wir müssen berücksichtigen, daß die früher tätigen Personen, die von seiten des Kapitals angestellt waren, bedeutend höhere Gehalte erhalten haben.

Vors.: Ich möchte sagen, wenn verschiedene Mitglieder der Kommissariate nicht ihre ganze Tätigkeit entfalten, so kann das nur zutreffen, wenn sie krank sind. (Widerspruch.) Klawitter ist krank, und bei Ertinger hat der Arzt 39 Grad Fieber festgestellt. (Zuruf: Und Kerrls?) Wenn freilich Genossen zur Nationalversammlung Agitation leisten . . . ich weiß nicht, ob sie für diese Tage ein Gehalt beanspruchen dürfen. Aber Parteigenossen, wir müssen uns auch darüber klar sein, daß sich Angestellte des bremischen Staates lange Wochen für die Wahlarbeit haben beurlauben lassen, und ihr Gehalt ist ihnen ebenfalls weitergezahlt. Seien Sie davon überzeugt, die Regierung wird schon dafür sorgen, daß keine Kamarillawirtschaft einreißt. Mitglieder der Kommissariate haben jeden Tag 15 bis 20 Stunden gearbeitet, während Arbeiter nur 8 Stunden tätig sein brauchen.

Kaiser: Bezüglich der Gehalte für die Mitglieder des Vorstandes vom Arbeiterrat hat uns die Geschäftskommission gesagt, daß die Mitglieder eigentlich nur dann in Tätigkeit treten, wenn Plenarsitzungen sind, und daß sie dafür entschädigt werden, konnten wir nicht einsehen. Wir haben uns weiter gesagt, daß der Vorsitzende Brodmerkel vielleicht auch mit den Vorbereitungen zu den Versammlungen, mit Einladungen usw. beschäftigt sei. Das sind aber auch Arbeiten so geringfügiger Natur, daß von einer Entlohnung dafür nicht die Rede sein kann. Dann kommt aber für Brodmerkel eine Entlohnung in Frage, weil er im Sekretariat des Arbeiterrats auf dem Domshof bei Loose in den Sitzungen des Ausschusses für das Ernährungswesen tätig ist, und dafür würde er sein Gehalt auf Grund eines früheren Beschlusses weiter beziehen. Ob auch für andere Mitglieder ein Gehalt bewilligt werden soll, darüber will ich mich nicht auslassen, weil sonst von einer Voreingenommenheit gesprochen werden könnte.

Müller: Wir haben eben einen Antrag angenommen, wonach zuerst das Gehalt der Volksbeauftragten und dann das Gehalt der Volkskommissariate geregelt werden sollte. Nach meiner Meinung müßte jetzt zuerst abgestimmt werden über das Gehalt der Kommissariate und dann erst über die Gehalte des Vorstandes des A. und S. R. Ich möchte dann noch besonders darauf hinweisen, daß ein Genosse gesagt hat, daß die Mitglieder der Volkskommissariate nicht auf ihren Posten seien. Man sollte dies doch nicht in der breiten Oeffentlichkeit sagen, ohne ganz bestimmte Grundlagen dafür zu haben. Wird das durch Tatsachen bestätigt oder handelt es sich um bloße Gerüchte? Ehe man in der breiten Oeffentlichkeit solche Behauptungen aufstellt, muß man den Beweis dafür antreten. Ich weiß, daß Genossen in den Volkskommissariaten tatsächlich bis an die Ohren in Arbeit sitzen und täglich 15 bis 16 Stunden arbeiten.

Lindau: Ich habe zu erklären, daß die Vorstandsmitglieder auf eine besondere Bezahlung für ihre ehrenamtliche Tätigkeit verzichten.

Vors.: Jedenfalls ist es richtig, was Genosse Kaiser gesagt hat. Wir hatten über drei Punkte zu verhandeln, und es war beantragt, die Debatte zu trennen und über zwei Punkte getrennt zu verhandeln. Die Frage ist aber durch die Erklärung des Genossen Lindau erledigt.

Der Antrag, betreffend das Gehalt für die Mitglieder der Kommissariate, wird angenommen.

3. T.-O.: Beschlußfassung über eine Verfügung betreffend den Lehrlingsstreik.

Vors.: Dazu hat Radzuhn den Antrag gestellt, die Verhandlung jetzt auszusetzen, weil noch Verhandlungen in der Schwebe sind. Weiter liegt ein Antrag Stockhinger vor. (Wird verlesen.)

Brauckmüller: Ich glaube, man muß mir Gelegenheit geben, hierzu zu sprechen. Es ist mir von Radzuhn die Aufgabe übertragen worden, Ihnen über die Sache zu berichten. Die Verfügung lautet folgendermaßen:

Das Volkskommissariat für Fabrik- und Arbeitswesen hat auf Grund der Verhandlungen mit dem Streikkomitee der Lehrlinge deren Forderungen als berechtigt anerkennen müssen und verfügt wie folgt:

Die bestehenden Lehrverträge werden einer baldigen Revision unterzogen.

Bis zur Regelung der Frage durch das zu errichtende Arbeitsamt wird der Stundenlohn der Lehrlinge in allen Gewerben wie folgt festgesetzt:

1. Lehrjahr —,35 ℳ
2. Lehrjahr —,50 ℳ
3. Lehrjahr —,65 ℳ
4. Lehrjahr —,85 ℳ

Wo in den Betrieben höhere Lohnsätze gezahlt werden, bleiben dieselben bestehen und dürfen in keinem Fall herabgesetzt werden.

Die Dauer der Lehrzeit wird durch das zu errichtende Arbeitsamt geregelt. Die Aufräumungsarbeiten sind während der Arbeitszeit zu machen.

Die Streiktage werden den Lehrlingen bezahlt.

Irgendwelche benachteiligende Maßnahmen und Entlassungen des Streiks wegen dürfen nicht vorgenommen werden.

Genossen, ich habe kurz folgendes zu berichten. In einer kleinen Fabrik . . .

Vors: Wir müssen erst zum Geschäftsordnungsantrage Stellung nehmen, ob wir vertagen wollen oder nicht. Wir können noch nicht zur Sache sprechen.

Brauckmüller: Ich spreche zur Sache.

Vors.: Es liegt ein Geschäftsordnungsantrag vor. Darüber müssen wir verhandeln.

Radzuhn: Verhandlungen sind in der Schwebe. Es geht nicht, daß wir uns zweimal über diesen Antrag berichten lassen.

Der Antrag Radzuhn wird angenommen.

Vors.: Noch eine andere Sache. Es ist ein Eilbrief von Braunschweig eingelaufen.

Braunschweig, den 20. 1. 19.

An den Arbeiter- und Soldatenrat

Bremen.

Zwecks Besprechung über die Konstituierung und Abgrenzung selbständiger Republiken und über eine gemeinsame Aktion der Arbeiter- und Soldatenräte gegen die Regierung Ebert-Scheidemann bitten wir, Delegierte des A.- und S.-Rates nach Braunschweig zu entsenden. Zugleich ersuchen wir Sie, Ihnen bekannte A.- und S.-Räte Ihrer Umgebung zur Delegation zu veranlassen.

Die Sitzung findet am Sonnabend, dem 25. Jan. 1919, vormittags 10 Uhr, im Landtagsgebäude statt.

Der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates.

J. A.: Paul Junke.

Delegierte: Miller, Lucas, Spindler.

Zur Geschäftsordnung Stockhinger: Ich hatte einen Antrag eingebracht, der im ersten Teile genau so lautet wie der Antrag Radzuhn, nämlich die Frage des Lehrlingsstreiks von der Tagesordnung abzusetzen, da Verhandlungen darüber in der Schwebe sind. Der Lehrlingsstreik, der spontan ausgebrochen ist, entbehrt der notwendigen Führung, und wir haben uns als Vertreter der freien sozialistischen Jugend der Sache angenommen. Wir möchten dazu von Euch die Ermächtigung haben, und darum lautet der letzte Teil meines Antrages dahin, daß Ihr uns die Genehmigung dadurch erteilt, daß Ihr meinem Antrage zustimmt. Der Vorsitzende hat meinen Antrag nicht verlesen und nicht zur Abstimmung gebracht. Der ist keineswegs durch den Antrag Radzuhn erledigt.

Vors.: Ich meine, da Verhandlungen mit dem Kommissariate für Fabrik- und Arbeitswesen gepflogen werden, und da Sie den Antrag Radzuhn angenommen haben, erledigt sich der Antrag Stockhinger von selbst. (Widerspruch.) Ich bitte, das Fabrikwesen führt doch die Verhandlungen.

Radzuhn: Die Genossen Brauckmüller und Stockhinger sind beauftragt worden, die Sache mit dem Lehrlingswesen zu regeln. Ich meine, es ist unser Ausschuß. Wir haben den Auftrag und dementsprechend werden wir verfahren. Weil nun Verhandlungen stattgefunden haben mit dem Innungsausschuß, können wir im Augenblick nicht berichten. Es geht nicht an. Wir wollen über die Sache zusammen berichten. Deshalb möchte ich ersuchen, weiter keine Debatte zu belieben.

Vors.: Wir können doch nicht eine politische Organisation, die freie sozialistische Jugend, beauftragen, eine Exekutivgewalt auszuüben. Das geht doch nicht. Andererseits ist es so, daß Stockhinger und Brauckmüller als Unterstaatssekretäre im Fabrikwesen tätig sind. Die Personen sind dieselben. Nun kommen sie und sagen, die sozialistische Jugend soll es machen!

Zur Geschäftsordnung Schultz: Es handelt sich nicht um die drei Personen allein, auch um meine Person handelt es sich. Ich bin bei den Verhandlungen nicht hinzugezogen worden. Ich schwebe in der Luft, und ich halte es für richtig, daß ich auch dabei bin. Durch meine Tätigkeit in der Jugend kann ich das verlangen.

Vors.: Ich kann die Genossen nicht verstehen! Wenn sie die Führer dieses Streiks geworden sind, dann ist es auch ihre Pflicht und Schuldigkeit, daß sie an das Kommissariat herantreten und sagen, wir sind die Vertreter der Streikenden und verlangen, an den Verhandlungen teilzunehmen. Das ist nicht Sache des Plenums. Wenn Sie über Ihre Aufgaben als Streikleiter so wenig informiert sind, dann bedauere ich Sie. Damit ist die Sache erledigt. Zu dem Schreiben aus Braunschweig möchte ich sagen, wir haben einmal Interesse daran, auf dieser Konferenz besonders vertreten zu sein. Sind Sie damit einverstanden, wenn ich Ihnen vorschlage, drei Delegierte zu wählen, und zwar einen von den U. S., einen von den J. K. und einen vom S. R.? (Einverstanden.)

Es werden gewählt: Müller (J. K.), Lucas (S. R.), Spindler (U. S. P.).

Vors.: Die Genossen müssen sich an uns wegen der Mandate wenden.

Genossen, uns geht noch eine Anfrage zu.

Die Vertrauensleute der Garnison Bremen bitten um Aufklärung, warum entgegen dem Beschluß von gestern abend die Arbeiter nicht aus der Kasernenwache usw. ausgeschieden sind. Wer gab den Auftrag zur Entwaffnung des Militärs?

Zandler, Petersen, Holle, Appel.

Ich glaube, es ist richtig, wenn die Genossen sich an die Regierung wenden, oder wir überweisen es an die Regierung. Sind Sie damit einverstanden? (Ja!) Wir haben dann noch einen Vertreter für den Genossen Jörn zu wählen. Er gehörte der Kommunistischen Partei an. Es muß wieder ein Kommunist sein. Ich bitte um Vorschläge. (Zurufe: Goldenbogen, Breitmeier!)

Brauckmüller: Soweit mir bekannt ist, ist der Genosse Jörn vom Ausschuß für Bildungswesen und Volkswohlfahrt eingesetzt worden und nicht von uns. Der Genosse Jörn ist von diesen Leuten auf den Posten berufen worden. (Zurufe: Nein!)

Vors.: Der Genosse Brauckmüller täte besser, sich erst genau zu erkundigen, ehe er hier spricht. Der Genosse Jörn ist vom Plenum gewählt worden.

Der Genosse Goldenbogen wird für das Kommissariat für Volkswohlfahrt gewählt.

Vors: Genossen! Es ist eine Unklarheit gewesen über die Person des Genossen Goldenbogen. Er wird sich Ihnen repräsentieren. (Geschieht.) Ich lasse deshalb nochmals abstimmen.

Der Genosse Goldenbogen wird gewählt.

Klawitter: Wir haben noch über die

**Vorzensur**

zu sprechen!

Vors.: Darüber wollten wir eben in die Verhandlung eintreten.

Klawitter: In der heutigen Ausgabe der „Weser-Zeitung" findet sich folgende Anzeige:

> Freiwillige für das Korps Brüssow, Berlin, werden sofort eingestellt; Löhnung und Tageszulage, freie Verpflegung und Unterkunft, vollständige Einkleidung, Treugeld, monatlich steigend.
>
> Anmeldungen bis spätestens Donnerstag mittag 12 Uhr bei der Bahnhofskommandantur, wo auch jede weitere Auskunft erteilt wird.
>
> Für Wilhelmshaven: Werbebureau: Hansahotel. Werbekommission des Freiwilligen-Korps Brüssow.

Ich möchte fragen, ob unsere Vertreter in der Preßkommission diese Anzeige nicht gesehen haben. Wenn wir eine Vorzensur haben, müssen doch solche Anzeigen verhindert werden! Es handelt sich doch offenbar um Anwerbungen für die Weiße Garde.

Breitmeier: Ueber die Frage der Vorzensur selbst und was damit zusammenhängt, möchte ich einige Ausführungen machen. Mir kam heute morgen zu Ohren, daß sich vom Werbebureau Brüssow in Wilhelmshaven zwei Leute, ein Fähnrich und ein Leutnant, in Bremen befinden, um Freiwillige anzuwerben zur Bekämpfung unserer oberschlesischen Genossen, der Kohlenarbeiter. Ich habe darauf sofort durch ein Kommando den Fähnrich im „Nordischen Hof" verhaften lassen. Ich habe selbst die Papiere .... (Henke: Wer hat Sie dazu bevollmächtigt?) Ich habe die Papiere selbst gelesen. Es ging daraus hervor, daß Freiwillige angeworben werden sollten, um gegen die oberschlesischen Genossen zu kämpfen. (Henke: Darum handelt es sich nicht, sondern darum, wer Ihnen den Auftrag gegeben hat!) Schlieper. Es war mir auf einer Fahrt durch die Stadt mitgeteilt von Genossen, daß ein Leutnant und ein Fähnrich aufputschen wollten. Auf Grund dieser Mitteilung beauftragte ich mit einigen Genossen, einige Bewaffnete, die beiden Leute festzunehmen, damit sie nicht entwischten. Der Auftrag wurde ausgeführt und der Fähnrich verhaftet und zum Stadtkommandanten geschickt. Aus den Papieren ging hervor, was sie im Schilde führten.

Vors.: Damit ist die Anfrage erledigt. (Zurufe.) Wünscht noch ein Mitglied des Soldatenrats das Wort?

Drettmann: Ich protestiere dagegen, daß ein Genosse vom Soldatenrat Breitmeier die Erlaubnis

gibt, jemand zu verhaften. Zu einer Verhaftung ist bevollmächtigt entweder die Sicherheitspolizei oder der Stadtkommandant. Daß jemand von einem Mitgliede des Soldatenrats dazu bevollmächtigt wird, das kann nicht angehen.

Breitmeier: Das geht wohl an. Es handelt sich um einen wichtigen Fall. Die Sache ging von nationalen Parteien aus, wie ich genau weiß. Es war kein übereilter Schritt von mir, sondern ich mußte diesen Schritt tun. (Zuruf: Nein, das geht nicht!) Wenn Genossen auf dem Standpunkt stehen, daß solche Sachen bureaukratisch gehandhabt werden sollen, so ist das ein großer Fehler. Wenn ich nicht sofort eingeschritten wäre, so wären beide Leute entwischt. Der Leutnant ist es so wie so. Es ist mir ganz gleich, was für Konsequenzen daraus gezogen werden.

Störmer: Der Antrag, die Vorzensur für die bürgerliche Presse aufzuheben, die zum Schutze der Revolution eingeführt wurde, ist schon vor einiger Zeit erwogen. Aber die bürgerliche Presse hat in der alten Weise weiter gearbeitet in einem Tempo, daß die proletarische Bewegung dadurch hätte Schaden leiden können. Wir haben es ja in Berlin und Düsseldorf gesehen, wohin das führen kann, und wir haben gar keine Ursache mehr, die Vorzensur für die bürgerliche Presse noch weiter bestehen zu lassen. Wir sind gezwungen, eine andere Taktik einzuschlagen und mehr praktisch vorzugehen. Was die Anzeige in der Weser-Zeitung anbetrifft, von der Genosse Klawitter gesprochen hat, so war Willems mit der Vorzensur beauftragt Es scheint, daß ihm diese Anzeige aus irgend einem Grunde durch die Finger gegangen ist, sonst würde er sicher nicht zugelassen haben, daß sie in die Zeitung hineingekommen ist. Wenn nun aber auch für die bürgerlichen Zeitungen die Vorzensur nicht mehr bestehen soll, so soll die bürgerliche Presse doch verpflichtet bleiben, von unserer Seite und von Seiten des Kommissariats für Preßpropaganda Einsendungen für den Tert aufzunehmen, ohne dazu durch irgend welche Kommentare Stellung zu nehmen. Ich glaube, daß die letztere Maßnahme aufrecht erhalten werden sollte, damit wir in der Lage sind, die bürgerliche Presse in unserem Sinne fruchtbar zu machen, damit auch durch sie in unserem Sinne Aufklärung geschaffen wird über das, was die Regierung tut. In dem Sinne bitte ich zu beschließen: also die Vorzensur aufzuheben, es aber bestehen zu lassen, daß die bürgerlichen Blätter Artikel der Regierung ohne Kommentar aufzunehmen haben.

Henke: Genossen! Daß die Vorzensur aufgehoben werden soll, begrüße ich mit Freuden, und ich freue mich besonders, daß auch Genossen von den Kommunisten der Ansicht sind, daß eine solche Vorzensur mindestens überflüssig ist. Ich möchte sie aber auch bitten, den Beschluß aufzuheben, der nach der Meinung Störmers aufrecht erhalten werden soll. Was wird denn dadurch erzielt, daß einige Artikel in unsere sogenannte bürgerliche Presse hineingebracht werden? Die bürgerlichen Elemente, auf die diese Artikel wirken sollen, werden sich dadurch doch nicht überzeugen lassen, zumal diese Artikel hinsichtlich ihrer Herkunft kenntlich gemacht werden, und für die Belehrung in unseren eigenen Kreisen haben wir unsere eigene Presse, den Kommunist und die Bürger-Zeitung. Im übrigen läßt sich nach meiner Ueberzeugung in der Richtung durch Flugblätter viel mehr machen. Ich würde daher dafür sein, alle Zwangsmaßnahmen gegenüber der bürgerlichen Presse zu vermeiden.

Ich habe mich aber eigentlich zum Worte gemeldet aus Anlaß der Erklärung Breitmeiers. Wir haben da einen Schulfall vor uns, wo wir nicht ohne weiteres handeln dürfen. Ein Genosse, der es offenbar gut gemeint hat und der von der Güte seiner Sache überzeugt ist, hat einen ixbeliebigen Genossen, der bewaffnet war, aufgefordert, jemand zu verhaften. So etwas darf nicht vorkommen. Dieser Genosse ist von der Notwendigkeit seines Vorgehens überzeugt gewesen. Wenn wir aber so etwas zulassen wollen, kann mit dieser Freiheit auch ein Mißbrauch getrieben werden, es kann sich dabei auch um eine Dummheit handeln, für die dann die Folgen zu tragen wären. Es könnte auch vorkommen, daß sich ein Hauptmann von Köpenick in unseren Reihen zeigte. So etwas gehört sich auf keinen Fall. Man muß so etwas der Regierung überlassen. Das schließt nicht ein, daß man niemals bewaffnete Macht in Anspruch nehmen dürfte, aber man hat sich dann bezüglich eines solchen Befehls zur Verhaftung erst an die zuständige Behörde zu wenden. (Zuruf: Das ist kein Bureaukratismus.) Wollte man jedem in dieser Weise das Recht der Verhaftung zugestehen, so würde man es ermöglichen, daß jemand einen ixbeliebigen bewaffneten Arbeiter unter Umständen überredet — und wenn dies ein guter Freund ist, wird man ihn leicht überreden können — ihm bei der Verhaftung behilflich zu sein. So etwas darf nicht der Entscheidung eines Einzelnen überlassen werden. Die Zentrale kann das besser beurteilen. Und die Zentrale hat dann auch die Verantwortung zu tragen. Breitmeier hätte diese Leute nicht selber packen dürfen, sondern telephonisch den Stadtkommandanten benachrichtigen müssen . . . (Breitmeier: Dann wären sie beide inzwischen entwischt, der Leutnant ist es auch so!) Nun, es gibt viele Leutnants, selbstverständlich, auf die man nicht alle aufpassen kann, die man auch nicht alle abfassen kann, wenn sie gewisse Aeußerungen tun bezüglich eines Putsches usw., selbstverständlich, und das wird man auch garnicht hindern können. Hier aber handelt es sich darum, ob irgend jemand berechtigt sein soll, jemand in Haft zu nehmen. Früher haben gerade wir es damit sehr genau genommen, haben es moniert, wenn einem der Unseren so etwas geschehen ist, haben

das mit Recht moniert. So etwas ist äußerst gefährlich, und wir sollten uns sehr hüten, jemand in seiner persönlichen Freiheit zu beschränken, denn gerade das fördert reaktionäre Pläne. Gestatten wir so etwas, so geraten wir in ein Tohuwabohu hinein, dessen Anfang wir in dem Auftreten Jörns gesehen haben. Ich danke dafür! Wir müssen den Genossen und jedem den Schutz unserer Regierung angedeihen lassen. Das ist notwendig, wenn die Regierungshandlungen durchgeführt werden sollen. Das ist meine Ansicht über diese Sache.

Vors.: Dazu möchte ich sagen, auch das bürgerliche Gesetz hat jedem die Gelegenheit und Möglichkeit gegeben, eine verdächtige Person verhaften zu lassen. (Zurufe: Ohne Zweifel!) Die Strafprozeßordnung bestimmt, daß ein jeder Verhaftete binnen 24 Stunden dem Richter vorzuführen ist, der dann darüber zu entscheiden hat, ob er verhaftet bleibt oder freizulassen ist. Das gilt wohl auch für Zeiten der Revolution. Breitmeier hat jedenfalls im Interesse der Revolution gehandelt, und wir wissen noch dazu daß er von einem Mitgliede des Soldatenrates den Auftrag erhalten hat, so zu handeln. Das kann selbstverständlich nicht generell so gehen, aber in dringenden Fällen, wo eine schnelle Entscheidung getroffen werden muß.

Opfermann: Auch ich bin der Meinung, daß man bei solchen Gelegenheiten nicht allzu zimperlich vorgehen sollte. Die bürgerliche Gesellschaft ist in solchen Fällen auch nicht zimperlich vorgegangen und hat jeden verhaftet, wenn er ertappt wurde. Wir müssen den Wachhabenden das Recht geben, jeden zu verhaften, der verdächtig ist, und ihn dem Stadtkommandanten vorzuführen. Wenn jemand auf faulem Pfade ertappt wird und gegen die Revolution arbeitet, muß er unnachsichtlich vom Wachdienst verhaftet werden

Starker: Ich glaube, die Sache liegt doch etwas anders. Die Meinung war heute früh vorhanden, daß Dreimann als Stadtkommandant abgesetzt und daß Plettner Stadtkommandant ist. Und im übrigen handelt es sich nicht bloß um einen Eingriff, sondern um viele. Auf meine Anfrage wird mir gesagt, daß auf den Hansa-Lloyd Werken der Strom abgesperrt wurde, und daß die Arbeiter ihn mit Gewalt wieder angestellt haben, daß bewaffnete Arbeiter wieder eingedrungen sind und den Strom wieder abgestellt haben. Ich habe den Leuten geraten, sich der Gewalt zu fügen. Das sind Eingriffe von einzelnen Personen Wenn das so weiter geht, dann kommt es zu einer Anarchie.

Vors.: Ich möchte bloß sagen: ein diesbezüglicher Antrag ist hier jetzt noch nicht gestellt.

Henke: Ich stelle hiermit den Antrag, daß alle Haftbefehle ausgestellt werden von zentraler Stelle.

Vors.: Das ist doch selbstverständlich, schon auf Grund des alten bürgerlichen Gesetzes. Die Sache ist die: jeder Bürger konnte auf der Straße jemanden verhaften lassen. (Zuruf: Das ist nicht wahr!) Wollen wir über diese Sache noch eine große Debatte haben?

Faust: Es ist nicht meine Absicht, eine Zensurdebatte heraufzubeschwören. Die Sozialisten von Marx bis Lassalle haben doch bei weitem die meisten Gründe gegen die Zensur vorgebracht. Haben wir erst die Reaktion mit Keulen totgeschlagen, so ist es nicht nötig, sie mit Nadelstichen noch einmal totzustechen. Das haben wir getan, indem wir am ersten Tage Maßnahmen ergriffen, die wir jetzt rückgängig zu machen haben. Henke hat bereits in der ersten Sitzung die Zensur als unzweckmäßig kritisiert, und jetzt, nach zehn Tagen, kommen wir zu der Einsicht, daß er recht gehabt hat. Durch die Zensur haben wir uns mehr geschadet als genützt. Wir haben der zensierten Presse sogar finanziell genützt, denn der Reiz einer zensierten Presse — das wissen wir von den Kriegszeiten her — ist ein viel pikanterer als der der Zensur nicht unterstellten Presse. Auch moralisch haben wir uns geschadet, denn in das übrige Deutschland ist hinausgetragen worden, daß wir die bürgerliche Presse mit so kleinlichen Mitteln knebeln. Wir haben nicht erreicht, daß die Meldungen, die von der Zensur verboten wurden, in Bremen unbekannt blieben, denn jeder einzelne hatte die Freiheit, nach dem Bahnhof zu gehen und sich eine auswärtige Zeitung zu kaufen, um festzustellen, was eigentlich in Bremen an Nachrichten nicht veröffentlicht werden durfte Außerdem kann eine Zensur nicht mit der Strenge durchgeführt werden, daß nichts in die Öffentlichkeit gelangt, was der Partei ungünstig ist. Es ist z. B. ganz unmöglich, die Anzeigen so durchzulesen, daß gegenrevolutionäre Anzeigen verhindert werden. Wer kann sich z. B. die Arbeit machen, all die kleinen Anzeigen in den „Bremer Nachrichten" darauf zu prüfen, ob sie irgend etwas gegen die Regierung enthalten. Also dem Beschluß, die Zensur aufzuheben, stehen Interessen der Revolution nicht entgegen, und ich möchte mich in dieser Beziehung ganz Henke anschließen. Dann möchte ich mich gegen Störmer wenden, wenn er meint, daß der Zwang für die bürgerlichen Blätter, Artikel von uns zu bringen, aufrecht erhalten werden solle. Wir erreichen damit die Aufklärung, die wir wünschen, doch nicht. Denn diese Artikel sind von vornherein durch ihren Inhalt und durch ihre Kennzeichnung den bürgerlichen Leser zu bekannt. Wir wissen ja auch von der Kriegszeit her, die wir selbst immer dieser Preßpropaganda gegenübergestanden haben, daß sie stets das Gegenteil von dem bewirkt, was die Regierung damit bezweckt hatte. Also bitte ich Sie, diese Maßnahmen nicht weiter bestehen zu lassen, sondern die Preßfreiheit wiederherzustellen. Wir wollen durch andere Mittel aufklärend wirken und dem Volke unsere Ideen zugänglich machen, wenn es

nötig sein sollte, dadurch, daß wir neue Blätter gründen. So steht nichts im Wege, daß die kommunistische Partei selber Aufklärung schafft auf eine Weise, wie sie es für am besten hält. Ich bitte also, die Anträge anzunehmen und die Aufhebung der Vorzensur und die Aufhebung des Zwanges für die bürgerlichen Blätter zu beschließen, Artikel von uns aufzunehmen. (Unruhe.)

???: Es erweckt vollständig den Anschein, als verhandelten wir hier in einem Diskutierklub und nicht in einem Parlament. Ich möchte zunächst Breitmeiers Ansichten beipflichten. Ich stehe auch auf dem Standpunkt: wenn jene Elemente am Ruder sind, die mit aller Gewalt gegenrevolutionär auftreten, dann kann man die wohl verhaften lassen. Das muß restlos geschehen. Sie haben ja das Recht, innerhalb vierundzwanzig Stunden zu verlangen, daß sie verhört werden. Aber daran hat man sich unter dem alten Regiment ja nie gekehrt.

Henke: Wenn Genosse Brodmerkel sich hier auf die Strafprozeßordnung berufen hat, so hat er nur einen Teil der Frage berührt, wie sie früher bestand, als das bürgerliche Gesetz noch galt. In der Strafprozeßordnung ist vorgesehen, daß niemand verhaftet werden darf länger als 24 Stunden. Aber darum handelt es sich ja garnicht. Genosse Brodmerkel soll nachweisen, daß jeder Bürger jedermann verhaften darf. Das würde die Anarchie bedeuten. Daß Fälle eintreten können, wo eine Festnahme außerordentlich schnell erfolgen muß, das ist zuzugeben. Es geht aber trotzdem nicht an, daß es jedem einzelnen Genossen unbenommen sein soll, eine Verhaftung selbst vorzunehmen. Beantragen kann sie jeder, aber niemals darf er sie selbst vornehmen. Das ist Anarchie, darauf verlaßt Euch. Deswegen muß ich schon bei diesem Fall sofort Klarheit schaffen, und ich sage Euch: ich für meinen Teil werde in der Regierung auf keinen Fall weiter mitmachen, wenn nicht auch dieser Fall klargestellt ist. Er muß genau so erledigt werden wie die Frage der bewaffneten Macht.

Und nun noch einmal die Frage der Zensur: Genosse Faust hat ganz richtig gesagt, wie es mit den Artikeln, die die bürgerlichen Blätter aufnehmen müssen, steht. Ich möchte aber noch eins sagen. Mir wäre es sehr lieb, wenn Genossen, die diese Artikel für die bürgerliche Presse geschrieben haben, auch für unsere Presse einmal schreiben wollten. Ich würde dankbar sein, wenn sie die Artikel ebenso gratis der Bürger-Zeitung zur Verfügung stellten. Wir haben sehr wenig Mitarbeiter. Wenn Genosse Störmer uns solche Artikel herausgeben will, wir sind gern bereit, sie aufzunehmen.

Wollen wir es nur bei der Aufhebung der Zensur belassen? Warum soll der Belagerungszustand weiter bestehen bleiben? Er schließt ja eine Menge wirtschaftlicher Schäden für gewisse Leute ein, z. B. für die Kellner im Ratskeller. Die sind durch eine Karte — leider ohne Unterschrift — an mich herangetreten: durch den Belagerungszustand sei ihnen der Verdienst genommen und es gäbe für sie keine Entschädigung. So wird es natürlich auch mit einer großen Anzahl anderer Betriebe gehen. Und was verhindern wir denn durch den Belagerungszustand? Das, was sich heute hier ereignet hat, haben wir nicht gehindert, und das war das schlimmste, was eintreten konnte. Deswegen ist es wichtiger, daß die bewaffnete Macht an die richtige Stelle gestellt wird, und daß sie nur auf bestimmte Weisungen hin in Aktion tritt. Das ist viel wichtiger als der Belagerungszustand. Wenn wir uns mit den bewaffneten Genossen verständigen, brauchen wir den Belagerungszustand nicht mehr. Moralisch brauchen wir ihn nicht mehr, und um der Wirkung nach außen hin sollten wir ihn sofort beseitigen. Darum war ich von Anfang an der Ueberzeugung, daß er mehr schadet als nützt. Lösen Sie die Frage gründlich; ohnedem werden wir überhaupt nicht regieren können.

Frank: Ich möchte den Antrag stellen, Schluß in dieser Sache zu machen. Wir sind uns doch klar darüber, wie wir zu stimmen haben.

Vors.: Sommer beantragt Aufhebung des Belagerungszustandes. Es ist weiter ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen.

Breitmeier: Einige Worte müssen Sie den Kommunisten lassen. Bisher hat sich von denen noch niemand dazu geäußert, wie wir dazu stehen.

Vors.: Man soll hier immerfort alle Wünsche erfüllen. Es hätte doch jemand von Ihnen sich zum Wort melden können. Man kann doch nicht zweierlei Geschäftsordnung walten lassen.

Der Schluß der Debatte wird angenommen.

Der Antrag auf Aufhebung der Vorzensur der Presse wird angenommen.

Der Antrag auf Aufhebung der Bestimmung, wonach die Presse Artikel der Regierung aufnehmen muß, wird angenommen.

Der Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes wird angenommen.

Vors.: Wir haben dann noch abzustimmen über den Antrag, daß nur die zuständigen Stellen Verhaftungen vornehmen dürfen . . . (Henke: Nein, die der Regierung unterstellten Organe!) Also schön, die der Regierung unterstellten Organe (Patrouillen, Sicherheitsmannschaften, Wachmannschaften) Verhaftungen vornehmen dürfen.

Der Antrag wird angenommen.

Vors.: Es ist noch ein neuer Antrag eingegangen:

Ich stelle den Antrag, dahin zu wirken, daß die Mitglieder des A.- und S.-R., die durch Beteiligung an den Sitzungen einen Ausfall am Tagesverdienst haben, vom A.- und S.-Rat entschädigt werden. (Zuruf: Die Sache ist erledigt, ist schon prinzipiell entschieden!)

Hagedorn: Ich beantrage, darüber nicht im Parlament zu verhandeln, sondern den Antrag an die Geschäftskommission zu überweisen, die schleunigst darüber verhandeln wird. Dann haben sie die Gewißheit, daß die Sache ordnungsgemäß und gewissenhaft geprüft wird.

Vors: Ich möchte hinzufügen, daß selbstverständlich nur diejenigen Mitglieder eine Entschädigung bekommen, die am Schluß der Sitzung noch anwesend sind. Es kommt vielfach vor, daß Genossen zur Sitzung erscheinen, aber bald nach Beginn der Sitzung wieder fortgehen.

Henke: Sie müssen auch am Anfang der Sitzung da sein, wenn sie eine Entschädigung haben wollen, nicht wie Breitmeier und Genossen.

Vögeding: Es ist in den Zeitungen eine Mitteilung des Volkskommissariats für das Ernährungswesen erfolgt. Diese Mitteilung habe ich nicht erlassen. In den Bremer Nachrichten vom 21. Januar ist unter der Ueberschrift: „Neuer Massenstreik in Bremen" auch eine Zusammenstellung von Bekanntmachungen über den Streik gegeben, die auch von meiner Seite nicht veranlaßt ist. In beiden Mitteilungen wird gesagt, daß Lebensmittelgeschäfte bis 12 Uhr mittags auf haben dürfen.

Vors.: Diese Bemerkung ist auf Wunsch der Geschäfeführer der Lebensmittelkommission, nachdem sie mit der Streikkommission in Verbindung getreten war, veröffentlicht worden. Die Massen sollten dadurch nicht zum Streik ermuntert werden.

Schluß der Sitzung 2 Uhr 18 Minuten.

64

Nachstehender Entwurf einer

# Verordnung über die Wahlen zur bremischen Volksvertretung

wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Bremen, den 28. Januar 1919.

**Der Rat der Volksbeauftragten.**

**Die Geschäftskommission.**

J. A.: Kaiser.

1.

Für die bremische Volksvertretung sind zweihundert Vertreter zu wählen.

Hiervon entfallen auf die Wahlkreise Stadt Bremen einhundertsechsundsechzig, Landgebiet siebzehn, Vegesack drei und Bremerhaven vierzehn Vertreter.

2.

Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltage das zwanzigste Lebensjahr vollendet und in dem Bremischen Staatsgebiet ihren Wohnsitz haben. Für die Wählbarkeit ist die bremische Staatsangehörigkeit oder ein zweijähriger Wohnsitz im bremischen Staatsgebiet erforderlich.

Vom Wahlrecht ist ausgeschlossen, wer entmündigt ist, oder unter vorläufiger Vormundschaft steht, und wer durch rechtskräftiges Urteil der bürgerlichen Ehrenrechte für verlustig erklärt ist.

3.

Für die Wahlen gelten im übrigen die Bestimmungen der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz, Reichs-Gesetzbl. 1918 S. 1345 ff.), sowie die Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichsgesetzblatt S. 1353 ff.) vom 30. November 1918 nebst den abändernden und ergänzenden Verordnungen sinngemäß.

Als zuständige Behörde im Sinne des § 10 der Wahlordnung wird ein Mitglied des Rats der Volksbeauftragten ernannt werden.

Die Abgrenzung der Stimmbezirke, die für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung erfolgt ist, bleibt bestehen.

Bei der Ernennung der Beisitzer der Wahlausschüsse und der Mitglieder der Wahlvorstände sollen die verschiedenen politischen Parteien in angemessener Weise berücksichtigt werden.

Die für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung angelegten Wählerlisten werden für diese Wahlen von Amtswegen berichtigt und ergänzt und sodann spätestens drei Wochen vor dem Wahltage auf die Dauer von sieben Tagen ausgelegt.

Der Schluß der Wahllisten ist auf den 8. Februar 1919 festgelegt, der erste Auslegetag ist der 2. Februar 1919. Die Wahl findet am 2. März 1919 statt.

Die Wahlvorschläge sind spätestens am 16. Febr. 1919 beim Wahlkommissar einzureichen.

20

# Vollsitzung des Bremer Arbeiter- und Soldatenrates

**am 1. Februar 1919 im Konventsaale der Börse.**

---

## Tagesordnung:

1. Verordnung über die Wahlen zur bremischen Volksvertretung.
2. Bericht über die Beratung zur geplanten Reichsverfassung. Berichterstatter: Henke.
3. Bericht über die Verhandlungen betreffs Gründung einer nordwestdeutschen Republik.
4. Bericht der Siebenerkommission.

---

Vorsitzer: Lindau.

Eröffnung der Sitzung 7 Uhr 59 Minuten.

Vors.: Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, erteile ich dem Parteigenossen Groeger aus Oldenburg das Wort zu einer kurzen Erklärung, weil er gleich abreisen muß.

Groeger: Wir wollen gleich wieder abfahren zu der fliegenden Division nach Verden zwecks Verhandlungen. Ich wollte nur eins richtig stellen. Es ist heute ein Extrablatt von der „Bremer Nachrichten" herausgekommen, welches den Anschein erwecken kann, als wenn wir Oldenburger schon mit fliegenden Fahnen zur Division Gerstenberg übergegangen wären. Ich will nur richtig stellen: es ist nicht an dem. Wir stehen auf demselben Standpunkt wie Pool vom 9. A.-K. Wir sind nicht gewillt, zu gestatten, daß die Division in Bremen einrückt. (Bravo!) Wir stehen also hinter Ihnen. (Bravo!) Als Beweis dafür diene Ihnen folgendes Telegramm, welches wir an den Volksbeauftragten Noske in Berlin gesandt haben.

Noske Berlin

„A.- u. S.-Rat Oldenburg verhandelte heute mit Division Gerstenberg, auch mit Bremer Regierung. Aus- und Einlaufen der Handelsschiffe gesichert. Wahlen zur Bürgerschaft zum 2. März verbürgt. Ruhe und Ordnung herrscht in Bremen. Wir bitten, Division nicht in Bremen einrücken zu lassen, da ein furchtbares Blutbad ganz unvermeidlich wäre. Oldenburg, zwischen Bremen und Wilhelmshaven gelegen, hat bis jetzt Ruhe gehalten, wird aber in sehr schwere Lage geraten, falls es in Bremen zum Kampfe kommt. Wir sind fest überzeugt, daß unter unserer Mitwirkung in Bremen Ruhe gehalten wird. Wir bitten weitere Verhandlungsmöglichkeiten zu lassen und wenn die Erfolg haben, Bremen nicht zu besetzen.

A.- und. S.-Rat Oldenburg. gez.: Groeger. Behrens."

Das steht doch wohl in krassem Gegensatz zu dem, was das Nachrichtentelegramm Ihnen mitgeteilt hat. Ich bitte, davon Kenntnis zu nehmen und uns Oldenburger nicht mit Mißtrauen zu empfangen. Es ist ja eine berühmte Taktik unserer Gegner, den einen gegen den andern auszuspielen und so Mißtrauen zu säen. Das wollte ich Ihnen zur Kenntnis geben.

Vors.: Ich danke dem Parteigenossen für seine Mitteilungen.

Die Tagesordnung lautet:

1. Verordnung über die Wahlen zur bremischen Volksvertretung.
2. Bericht über die Beratung zur geplanten Reichsverfassung. Berichterstatter Henke.
3. Bericht über die Verhandlungen betreffs Gründung einer nordwestdeutschen Republik.
4. Bericht der Siebenerkommission.

Dann ist noch eingegangen ein Antrag, den Genossen Düe in sein Amt wieder einzusetzen, nachdem eine Kommission, die zu wählen sein wird, berichtet hat.

Ich frage, ob jemand gegen die Tagesordnung etwas einzuwenden hat.

Stockhinger: Ich stelle den Antrag, die Tagesordnung abzuändern in der Weise, daß zuerst ein Bericht über die politische Lage gegeben wird. (Sehr gut!)

Buchholz: Ich möchte an den Vorstand die Anfrage richten, wie es kommt, daß an der heutigen Sitzung die sogenannten Mehrheitssozialisten teilnehmen. Wir sehen u. a. Fauth hier. Ich möchte fragen, ob sie offiziell eingeladen sind und zu welchem Zwecke.

Vors.: Es ist das beschlossen in einer heutigen Vertreterkonferenz, die wir gemeinschaftlich mit Vertretern der Mehrheitssozialisten hatten, sie für heute zuzulassen. Die Frage, ob sie auch weiter bis zum Zusammentritt der Konstituante an den Sitzungen des A.- u. S.-Rats teilnehmen sollen, wird durch das Plenum entschieden werden müssen.

Buchholz: Der Beschluß, die Mehrheitssozialisten von unseren Beratungen auszuschließen, ist vom Plenum gefaßt worden, das Plenum muß dann auch beschließen, ob sie wieder zugelassen werden sollen.

Manthey: Die Bedenken, die Buchholz vorgetragen hat, lassen sich schnell beseitigen. Ich unterstütze den Antrag Stockhinger, damit uns von der Regierung ein Situationsbericht gegeben werde. Dann werden wir Klarheit über das erhalten, was Buchholz wissen will.

Der Antrag Stockhinger wird angenommen.

**Bericht über die heutige politische Lage.**

Henke: Parteigenossen! Sie sind ja im allgemeinen orientiert, worin der Ernst der gegenwärtigen politischen Lage hier in Bremen besteht. Wir haben auf der Tagesordnung den Punkt, daß ich Bericht erstatten soll über die Konferenz, die gestern in Berlin stattgefunden hat und die sich mit dem Verfassungsentwurf zu beschäftigen hatte. Auf dieser Konferenz wurde ich von dem Mitgliede der Regierung Noske im Auftrage der Regierung ersucht, einige Minuten aus dem Sitzungssaale herauszukommen zu einer Unterredung. Ich bin der Aufforderung gefolgt. Noske hat mir mitgeteilt, daß er von seinen Kollegen die Vollmacht bekommen habe, gegen die Unordnungen, die hier in den Unterweserorten Bremen und Bremerhaven, aber auch in Hamburg und Cuxhaven beständen, einzuschreiten, und er fragte mich, wie wir uns denn eigentlich speziell in Bremen unser Verhältnis zum übrigen Reiche dächten, da wir doch einen ganz besonderen Standpunkt einnähmen. Darauf sagte ich: Wir sind dafür gewesen, daß das Rätesystem über ganz Deutschland verbreitet werde, und wir haben große Hoffnungen gehabt, daß dies geschehen werde, und daß wir, um das zu erreichen, nur unsere Schuldigkeit erfüllt hätten. In der Voraussetzung hätten wir uns allerdings geirrt: das Rätesystem in Deutschland habe keine Fortschritte gemacht, sondern Rückschläge erlitten. Infolgedessen hätten wir uns in Bremen zu einem Kompromiß bereit finden müssen, das bekanntlich darin besteht, daß der A.- u. S.-Rat die Einberufung einer bremischen Konstituante beschlossen hat. Noske meinte, wie er aus einem Protokoll ersehen habe, handle es sich dabei nur um einen taktischen Zug, wir meinten es ja gar nicht ernst damit. Ich habe ihm geantwortet, es liege gar kein Grund vor für eine solche Annahme, und von einem Protokoll sei mir überhaupt nichts bekannt, aus dem das hervorgehe. Noske hat mir im übrigen gesagt, die Regierung habe ein großes Interesse daran, die Einfuhr von Lebensmitteln, wie sie von den Ententemächten in Aussicht gestellt sei, unter allen Umständen zu sichern, und zu diesem Zwecke werde er in der nächsten Zeit eventuell Truppen — er hat das nicht direkt gesagt, sondern nur angedeutet — nach hier kommen lassen, er werde unter allen Umständen die geeigneten Schritte tun, um das zu sichern, so drückte er sich aus. Da habe ich ihm gesagt, daß ich meinerseits natürlich keine bindende Erklärung abzugeben in der Lage sei, ich könnte nur für meine Person sprechen. Er möge Mitteilungen an die Regierung in Bremen richten, und die Regierung werde ihm dann offiziell antworten. Er hat mir dann aufs bestimmteste zugesagt, daß er ein solches Schreiben an den Rat der Volksbeauftragten abgehen lassen würde. Ein solches Schreiben ist aber inzwischen nicht eingetroffen. (Hört, hört!) Dagegen haben wir auf einmal aus der Presse vernommen, daß die Division Gerstenberg in Verden angelangt sei und was sich im übrigen ereignet hat, was Sie ja aus der Presse wissen. Wir haben natürlich hier sofort, als diese Dinge bekannt wurden, darüber beraten, und eine Abordnung von uns ist in der Nacht nach Verden gefahren und hat dort gefragt: Zu welchem Zwecke sind Sie hier? Darauf wurde uns von dem Bevollmächtigten des Stabes, Hauptmann Danner, erklärt: Wir haben den Auftrag von der Regierung erhalten, Ruhe und Ordnung in Bremen herzustellen. (Hört, hört!) Darauf haben wir gesagt, Ruhe und Ordnung seien in Bremen gar nicht herzustellen, solange in Bremen keine Unruhen und keine Unordnung beständen. Allerdings sei eine gewisse Unruhe entstanden, als bekannt geworden sei, daß Truppen hier in Verden angelangt seien. Es wurde dann erwidert, auf eine Diskussion könne man sich nicht einlassen. Sie hätten den bestimmten Auftrag, so und so zu handeln, man hat es mir schwarz auf weiß, wenn auch nicht vorgezeigt, so doch zum Teil vorgelesen.

Es ging daraus hervor, daß die Division Gerstenberg vor allen Dingen in Bremen einrücken und von den Arbeitern die Waffenabgabe erzwingen soll. Der Hauptmann sagte, darin sehe die Reichsregierung die Hauptsache, da in Bremen entgegen der Verordnung unbefugte Personen noch immer Waffen trügen. Diese Waffen müßten den Arbeitern von der Division Gerstenberg abgenommen werden. Wir haben natürlich darauf erwidert, daß ein solches Vorgehen nach unserer Meinung die größte Unruhe unter der Arbeiterschaft Bremens hervorrufen müsse. Die Arbeiterschaft Bremens würde sich auf keinen Fall dazu zwingen lassen. Darauf sagte uns der Hauptmann, wir hätten doch einen genügenden Einfluß auf die Arbeiter und würden sie dazu bestimmen können. Darauf wurde von uns gesagt, die Arbeiter seien doch keine Soldaten, das dürfe man doch nicht vergessen, und man dürfe nicht annehmen, daß sie einfach solchen Rat befolgen würden. Und die Arbeiter würden das jetzt umsoweniger tun, weil sie sich sagten, daß ihre Gegner gerade jetzt vor den Toren der Stadt stünden. Als Grund für das Zugeständnis der Abgabe der Waffen könne dann auch vielleicht angenommen werden, daß die Arbeiter anscheinend doch Furcht hätten, was aber nicht begründet sei. Es wurde noch lange hin und her verhandelt, und es wurde uns schließlich immer wieder erklärt, jedenfalls laute der Auftrag, den die Division erhalten habe, dahin, diese Waffen müßten unbedingt der Division übergeben werden. Wir haben versucht, den Herren klar zu machen, daß wir doch einige Zeit gebrauchten, um zu verhandeln. Darauf wurde uns von den Herren gesagt, die Division hätte nur die Aufgabe erhalten, so und so zu handeln, sie habe die Vollmacht, zu handeln, aber über den Termin sei nichts bestimmt worden, „die Aktion braucht nicht heute oder morgen erfolgen, das steht bei uns." Es wurde zwar keine bestimmte Zusage gemacht, es wurde aber gesagt der Termin solle möglichst weit hinausgeschoben werden, wenn von Bremen aus in derselben Nacht nichts unternommen werde. Es waren aber schon Truppen links und rechts der Weser vorgeschickt — wie weit kann ich nicht sagen, ich habe darüber manches gehört, das hat ja aber mit der Sache nichts zu tun, und wir haben dafür auch keine sicheren Unterlagen, so daß ich etwas darüber sagen könnte. Die Auskunft, die wir erhalten haben, ist also sehr dürftig. Jedenfalls aber haben die Verhandlungen gezeigt, daß wir in der Leitung der Division Gerstenberg mit Männern zu tun haben, die absolut auf ihrem Schein bestehen; sie haben den Auftrag von der Reichsregierung und werden den Auftrag ausführen. Damit ist ganz bestimmt zu rechnen. Wenn etwas an dieser Sachlage geändert werden soll, so ist das nur dadurch möglich, daß die Reichsregierung der Division einen andern Auftrag gibt. Wir haben uns dem entsprechend mit der Reichsregierung in Verbindung gesetzt. Ich brauche die einzelnen Telegramme nicht zu verlesen, habe sie auch nicht hier, denn ich hatte ja keinen Auftrag, darüber zu berichten, sondern das ist erst eben beschlossen worden. Aber sie kennen die Telegramme ja aus der Presse. Wir haben durch Telegramme und Telephongespräche vor allem auch auf den Zentralrat einzuwirken gesucht, damit die Division zurückgezogen, mindestens aber der Termin ihres Eingreifens hinausgeschoben werde. Wir haben, wie Sie sehen, alles möglich getan, um Blutvergießen zu verhindern, das sicher eintreten würde, wenn die Division Gerstenberg ohne weiteres in Bremen einmarschieren würde.

Inzwischen sind aber auch von anderer Seite Schritte unternommen, um die Ausführung des Auftrags an die Division Gerstenberg unmöglich zu machen bzw zu inhibieren. Es ist vor allen Dingen zu sagen, daß Bremen von Hamburg unterstützt werden soll. Sie haben wohl gelesen, daß der Hamburger Soldatenrat nach hier telegraphiert hat, daß, falls die Truppen nicht zurückgezogen würden, das ganze 9. Armeekorps mobil gemacht werden wird, daß auch die ganze Arbeiterschaft Hamburg bewaffnet werden soll, und es ist ein Telegramm vom Obersten Soldatenrat in Hamburg an Noske abgegangen, in dem er zur Zurückziehung der Division Gerstenberg aufgefordert wird, da ein Blutbad unter allen Umständen vermieden werden müsse.

Genossen! Noch heute abend wird eine Abordnung von Hamburgern und Oldenburgern mit Bremern hinaus nach Verden fahren, um aufs neue mit dem Stabe der Division Gerstenberg zu verhandeln. Dieser Abordnung wird sich anschließen auch eine Abordnung der Mitglieder des A.- und S.-Rats, soweit sie der Partei der Mehrheitssozialdemokraten angehören. Das ist so zustande gekommen. Eine Abordnung von Oldenburgern, von Genossen, von denen schon anfangs bei Richtigstellung des Flugblattes der „Bremer Nachrichten" die Rede gewesen ist, hat sich mit uns und mit der Division Gerstenberg in Verbindung gesetzt, und es wurde von ihnen — besonders vom Genossen Groeger — vorgeschlagen, die Arbeiter sollten ihre Waffen in Depots niederlegen, und die Oldenburger wollten dafür sorgen, daß von ihrem Militär — ob von Kavallerie oder von Artillerie oder von Infanterie, das ist gleichgültig, — die Waffen bewacht, also unter neutralen Schutz gestellt werden. Die Oldenburger betrachten sich als Neutrale, da sie ihren Wohnsitz zwischen Wilhelmshaven und Bremen haben. Sie sind aber insofern an der Ordnung der Dinge in Bremen interessiert, als, wenn die Division Gerstenberg in Bremen einmarschiert, das zweifellos gewisse Folgen für Oldenburg und Wilhelmshaven nach sich ziehen wird, es würde manches erfolgen, wovon sich die Oldenburger nichts gutes versprechen. Dann haben

die Oldenburger weiter gesagt: Wir gehören den Mehrheitssozialisten an und sind der Meinung, ihr solltet so schnell wie möglich in unserem Sinne auf die Arbeiter einwirken. Dann haben wir Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten und auch noch einige Mitglieder der Kommissariate nach kurzer Ueberlegung beschlossen, wir wollten sofort dafür sorgen, daß die Arbeiter in den größten Betrieben Bremens zusammentreten, um in dieser wichtigen Frage Beschluß zu fassen. Es wurden Versammlungen angesetzt auf ein, zwei und drei Uhr, und an allen Versammlungen sollte je ein Vertreter vom Rat der Volksbeauftragten und der Oldenburger Deputation teilnehmen. Diese Versammlungen haben stattgefunden, und es ist mir darüber berichtet worden, daß die Arbeiterversammlungen sich im wesentlichen damit einverstanden erklärt hätten, daß die Waffen an die 75er abgeliefert werden, die 75er übernehmen den Sicherheitsdienst in der Stadt. Ich habe hernach noch ergänzend dazu gehört, daß die Arbeiter der Aktien-Gesellschaft „Weser", der Atlas-Werke und der Hansa-Lloyd-Werke sich zunächst zum größten Teile hinter die jetzige Regierung in Bremen gestellt haben und im übrigen in der Waffenfrage dem zugestimmt haben, was die Oldenburger und Pool aus Hamburg vorgetragen haben. Und, Genossen, dann haben wir weiter uns gesagt, als wir uns darüber schlüssig machten, dann müßten wir noch ein übriges tun und Verbindung suchen mit den gewählten Mitgliedern des A.- u. S.-Rats, soweit sie den Mehrheitssozialisten angehören, und mit ihnen über die Sachlage sprechen. Wer durch das Telephon und auf andere Weise von ihnen zu erreichen war, wurde durch Brauckmüller eingeladen zu einer Sitzung auf heute nachmittag im Rathause.

An der Hand eines Artikels des „Hamburger Echo", der gestern abend als Leitartikel erschienen ist, möchte ich Ihnen nun weiter schildern, was ist. Der Artikel trägt die Ueberschrift „Wollen wir vom Militarismus die Revolution erwürgen lassen?" In diesem Artikel wird ausgeführt — ich will es dem Sinne nach wiederholen: Der Militarismus schien tot. Er schien erlegen dem ungeheuren Ansturm der gewaltigen Einheitsfront der Arbeiter- und Soldatenräte in der Arbeiterbluse und im Soldatenrock. Dann aber trat ein Riß in dieser Front ein. Da wurde der Militarismus wieder lebendig. Die Parteien schossen aufeinander, und er schloß sich der einen Partei an. So wurde er gerufen. Die Gerechtigkeit verlangt, das zu sagen. Damit will das „Echo" den Standpunkt der Mehrheitssozialisten rechtfertigen. Das kann man verstehn. Davon will ich aber nicht weiter reden. Aber was das Wesentliche ist, es wird in dem Artikel wieder ausgeführt: Der Militarismus ist in Deutschland aufs neue erwacht. Es sind Freikorps gebildet für den sogenannten Ostschutz und Heimatschutz. In diesen Freikorps sehen wir wieder dieselben Leute, die wir früher im alten Militarismus gesehen haben, die sich dort breit gemacht haben, wir sehen die Leutnants mit dem Einaugglas wieder in die Erscheinung treten. Genossen, die nach Verden gefahren sind, berichten uns, daß sie dort in Verden schon viele Vertreter altadliger Namen gesehen haben. Was der Artikel sagt, bestätigt uns unsere eigene Erfahrung bei den Truppen, die Verden und Achim besetzt haben. Es heißt dann in dem Artikel des „Echo" weiter: Die Gefahr, diese Gefahr ist sehr groß. Diese Gefahr zeigt sich nach Meinung des „Echo" darin, daß die Regierung oder doch einzelne Genossen in der Regierung sich von geschickten militärischen Führern auf dem von ihnen betretenen Wege haben leiten lassen (Sehr gut!), sich haben verleiten lassen, für den Militarismus Funktionen auszuüben, die für die Sache der Revolution gefährlich werden können. Das wird in dem Artikel dem Sinne nach gesagt.

An einer anderen Stelle wird von dem Ostschutz gesprochen, und es wird gefragt: Wie steht es mit der Bolschewikigefahr? Auf derartige Fragen wird uns geantwortet: Fragt unsere aus der Ukraine heimkehrenden Truppen, die mit den Bolschewiki zusammengekommen sind, die werden euch sagen, daß es sich mit den Bolschewikis sehr gut verhandeln läßt. (Sehr richtig!) Was das „Echo" da ausspricht — das wird jeder zugeben, der den Artikel gelesen hat — steht in einem großen Gegensatz zu dem Artikel von Braun im „Vorwärts", der an den Bolschewikis kein gutes Haar läßt und einen dicken Strich zieht zwischen den Sozialdemokraten und den Bolschewikis. Wir unterschieden uns von ihnen nur in der Methode. Wir goutieren die Methode der Bolschewikis nicht, aber in den Zielen sind wir mit ihnen einig. Wir wollen lieber mit den Bolschewikis verhandeln, als wir mit dem neu erwachten Militarismus in Deutschland paktieren. (Sehr gut!) Das ist ziemlich wörtlich im „Echo" gesagt, was ich eben angeführt habe. In dem Artikel wird weiter ausgeführt, daß Noske insbesondere durch die Führung des Militarismus, der er sich überlassen hat, anscheinend ganz von den revolutionären Ideen abgekommen ist, die er bisher vertreten hat. Darüber wird allerdings in dem Artikel kein kritisches Wort gesagt. Weiter steht dann am Schluß des Artikels, daß Volk und Regierung jetzt ein gemeinsames Interesse haben, dafür zu sorgen, daß der Militarismus nicht wieder die Oberhand bekommt. Ich bin freilich der Meinung, daß man das anders ausdrücken sollte. Der Ausdruck „Volk" ist immer ein Ausdruck gewesen, den ich nicht geliebt habe, wenn es sich um Dinge handelt, die den Klassenkampf betreffen. Wir müssen sagen: das Proletariat hat ein Interesse daran, daß der Militarismus nicht wieder die Oberhand bekommt. Wir können dem „Echo" nur zustimmen in seinem Schlußsatz, daß der gemeinsame Feind, den wir alle

haben, der im Dienst des Kapitalismus stehende Militarismus ist. So schließt der Artikel. Es sind noch verschiedene Sätze in ihm verstreut, die die Ueberschrift rechtfertigen: Ihr dürft durch den Militarismus die Revolution nicht erwürgen lassen, sondern müßt dafür sorgen, daß die wirtschaftliche und politische Revolution weiter gefördert wird. Ich stimme mit dem „Echo" darin überein, daß wir es hier in der Tat bei der Division Gerstenberg mit dem neu erstandenen Militarismus zu tun haben, daß wir also die neue Gefahr des Militarismus in nächster Nähe haben. Und ist es Sache der gesamten Arbeiterschaft — es ist da nicht die Rede von den Führern, sondern von der ganzen Arbeiterschaft — daß sich alle zusammentun, um diese Gefahr von uns fernzuhalten. Besteht für uns alle eine solche gemeinsame Gefahr, so müssen wir auch gemeinsam der Gefahr gegenüber etwas tun. Ich meine mit dem „Echo": dieser gemeinsamen Gefahr muß man auch gemeinsam entgegentreten, ungeachtet aller Unterschiede, die uns sonst getrennt haben. Das muß geschehen nicht nur von den Kommunisten und den Unabhängigen Sozialdemokraten, sondern von der gesamten Arbeiterschaft, auch von den Mehrheitssozialisten. Wir haben uns mit ihnen über diese Fragen unterhalten, und selbstverständlich ist da zunächst auf beiden Seiten alter Groll hervorgebrochen. Aber am Ende hat doch die Vernunft gesiegt, und am Ende haben die Genossen von den Mehrheitssozialisten sich dazu verstanden, heute eine Abordnung nach Verden zu schicken. Wenn nun diesen Forderungen, auf die wir uns mit den Abordnungen der Oldenburger und Hamburger Soldatenräte festgelegt haben, Folge geleistet wird, werden von den bewaffneten Arbeitern die Waffen in Depots niedergelegt oder an die 75er abgeliefert werden, und dann wollen die Mehrheitssozialisten von der Regierung mit uns fordern, daß das Korps Gerstenberg nicht nach Bremen hereinmarschiert. (Bravo!) Das scheint sehr, sehr wichtig zu sein. Ich will mich nicht weiter über die Frage verbreiten, aber ich glaube, sie ist so einfach, so durchsichtig und klar, daß jeder die Antwort leicht finden wird. Wenn auch im einzelnen manches Trennende in unserer gegenseitigen Ueberzeugung vorhanden ist, so muß das alles doch in diesem Falle zurücktreten hinter dem Vorgehen gegen den gemeinsamen Feind. (Sehr richtig!)

Genossen! Wenn die Mehrheitssozialisten bereit sind, mit uns gemeinsam zu handeln, so glaube ich doch in Ihrer aller Namen zu sprechen, auch im Namen der kommunistischen Genossen und der U. S., daß wir das nur zu begrüßen haben. Wie im übrigen eine Einigung mit den Genossen von der Mehrheit weitere Fortschritte machen kann, darüber will ich keine Spintisiererei anstellen, darüber wollen wir uns nicht weiter unterhalten, dazu haben wir keine Zeit, sondern das wollen wir der Zukunft überlassen. Ich habe heute nachmittag gesagt und sage es auch hier: heute, wo wir einen gemeinsamen Feind haben — was allerdings von der andern Seite bestritten wurde, was aber nach meiner Meinung sehr bald sich als eine Wahrheit Ihnen allen aufzwingen wird — haben wir nur eine Aufgabe vor uns: ihn gemeinsam abzuwehren. Dann wird sich sehr bald ergeben, daß wir nicht nur diesem Feinde gegenüber gemeinsam zu handeln haben, sondern dann werden wir auch mit zwingender Notwendigkeit zu weiteren, ähnlich gemeinsamen Handlungen kommen. Das liegt auf der Hand. Für heute sind nun die betreffenden Genossen von den Mehrheitssozialisten, soweit sie in den Arbeiterrat gewählt sind, und soweit sie in der Eile zu erreichen waren, eingeladen worden zu dieser Sitzung. Und nun geht mein dringender Wunsch dahin, alles zu unterlassen in dieser Stunde, was irgendwie alte Wunden bluten lassen könnte, auf der einen wie auf der anderen Seite. Ich möchte bitten, daß man das unterläßt. Wir wollen heute abend nicht in aller Oeffentlichkeit verhandeln über begangene Sünden oder über Anschauungen, die wir jeder hatten zu unserm Teil, wovon der eine meinte, sie seien nicht das richtige gewesen. Das wollen wir heute abend nicht tun. Heute handelt es sich um eine gemeinsame Sache, um die Zurückweisung des gemeinsamen Feindes. Und Genossen, wenn die Genossen von der Mehrheit heute nachmittag gemeint haben in der Aussprache: Ja, jetzt kommt ihr uns in der Stunde der Gefahr! da haben wir entgegnet: Nicht in dieser Stunde der Gefahr für uns kommen wir euch, sondern weil ihr wie wir in Gefahr seid, weil es sich in der Tat bei diesem Militarismus um einen gemeinsamen Feind handelt. Das „Hamburger Echo" hat mit voller Berechtigung darauf hingewiesen, daß die militärischen Mächte, die die Reichsregierung in ihren Dienst gestellt habe gegen uns, morgen oder übermorgen die Ebert-Scheidemann wegfegen könne. Wenn die nur die Ebert-Scheidemann wegfegen können — manch einer von uns ist mit dieser Regierung nicht einverstanden, das dürft ihr von der Mehrheit uns nicht übel nehmen — dann ging es noch, aber viel wesentlicher wäre, daß damit die Reaktion wieder oben auf wäre. Und wenn wir durch unsere Schuld dazu beitrügen, dann wäre das ein Verbrechen an der Sache des Proletariats, wenn wir das nicht verhüten könnten. Und darum meine ich: wir müssen alles Trennende zurückstellen und das Gemeinsame hervorheben. Nun wird eine große Anzahl von Genossen heute abend noch nach Verden fahren und wird zunächst einmal dort mit dem Stabe noch einmal reden, daß Gerstenberg nicht einmarschiert, daß er noch mehr Zeit zu Verhandlungen gibt, die doch sehr schwieriger Natur sind, und gleichzeitig soll dann auch auf Berlin eingewirkt werden. Ich glaube doch, daß das einigermaßen Nachdruck

haben wird. Ich will nicht Optimist sein, will nicht Prophet spielen, ich behalte mir mein Urteil für mich, aber, Genossen, das wird keiner bestreiten können: wenn ein neues Einwirken auf die Reichsregierung noch überhaupt irgend einen Erfolg versprechen könnte, dann ist das zweifellos dadurch zu erreichen, daß wir hier gemeinsam handeln. Und, Genossen, ich habe die volle Ueberzeugung: wenn wir das erreichen, was wir damit zu erreichen hoffen, dann ist damit auch die Grundlage geschaffen zu einer weiteren Einigung, und dann ist damit nicht nur die Basis geschaffen zu einer weiteren Einigung, sondern dann ist auch nach meiner festen Ueberzeugung ein kleiner Bruch gekommen in das allzu große Vertrauen der Noske-Ebert-Scheidemann zu den Truppenmächten, die sie hier gegen uns geschickt hat. Und auch ein kleiner Riß gekommen ist in das Vertrauen der Genossen, die der Mehrheit angehören, das sie für die Ebert-Scheidemann-Regierung gehabt haben. Ich will kein Mißtrauen bei euch hervorrufen, ich will damit nur sagen, was ich mir verspreche von einem günstigen Ausgang unseres gemeinsamen Wirkens, was ich mir davon verspreche, daß wir weiter zu gemeinsamen Maßnahmen gezwungen werden, und daß unser ganzer revolutionärer Kampf dadurch in eine neue Phase eintreten wird. Wir werden in eine neue Phase getrieben werden dadurch, daß eine neue starke Kraft des Militarismus versucht, die Erfolge, die wir errungen haben, uns streitig zu machen. Das sehen die Genossen von der Mehrheit nicht nur darin bestätigt, daß das „Hamburger Echo" einen solchen Artikel geschrieben hat, sondern auch in der Haltung der Soldatenräte gegenüber der Kommandogewalt, der Grußpflicht usw. Also, Genossen, ich verspreche mir von einem gemeinsamen Handeln heute abend mancherlei. Das mag zu hoch geschätzt sein. Mögen Sie darüber urteilen wie Sie wollen: ich bitte trotzdem, meinem Vorschlage zu folgen, in Ruhe und in Einmütigkeit die Frage so zu erledigen, wie sie gestellt ist, und wie ich Ihnen geraten habe. Im übrigen steht die Sache so: Wenn die Truppen einmarschieren, dann kann es in der Tat zu einer sehr, sehr schwierigen Sache werden. Davon sind wir alle überzeugt: wenn die Arbeiter die Waffen nicht abgeben, wenn sie sagen: wir wollen sie nicht abgeben, wollen uns nicht entwaffnen lassen — ob das richtig ist oder nicht, ist eine Frage für sich — aber wenn die Arbeiter sich einmal so stellen, dann kommt es zu einem Zusammenstoß und einem Blutbade, und wenn dann gar noch Truppen von Hamburg und sonst woher kommen, dann droht eine große Schlacht, ein Blutvergießen, wie wir es überhaupt noch gar nicht in der Revolution gehabt haben. Das muß aus dem Wege geräumt werden, da müssen wir alle dafür eintreten. Und nun, Genossen, haben Sie selbst die Entscheidung darüber. Ich habe Ihnen keinen bestimmten Antrag vorzuschlagen, ich würde Sie aber bitten, wenn ein Antrag vorliegt, von einer Beschlußfassung abzusehen oder höchstens dahin zu beschließen, daß Sie einverstanden sind, daß in diesem gemeinsamen Sinne vorgegangen wird. Und ich darf die Hoffnung hinzufügen, daß diese Gemeinsamkeit von Erfolg sein möge! (Bravo!)

Vors.: Ich gebe Ihnen folgendes Telegramm bekannt, welcher die Arbeiterratsvertreter der Mehrheitssozialisten einstimmig beschlossen haben, und welches an Noske, an die Regierung und an Hauptmann Danner abgesandt worden ist:

„Die Arbeiterratsmitglieder der Mehrheitssozialisten ersuchen um Aufschub des Einrückens der Division Gerstenberg. Es besteht begründete Aussicht daß die Arbeiter die Waffen abliefern und unter die Aufsicht des Kommandos des 9. A.-K. stellen. Ruhe und Ordnung herrscht und wird aufrecht erhalten. Waigand"

Pool: Genossen! Ich will Ihnen eine Erklärung abgeben: Das „Bremer Tageblatt" brachte einen Artikel: der Hamburger Soldatenrat will die Lebensmittelschiffe am Auslaufen verhindern, und nennt uns hier die machthungrigen Männer an der Elbe und Erpresser usw. Außerdem sagt es, daß der Seemannsbund sich ebenfalls daran beteiligt und das Auslaufen der Lebensmittelschiffe verhindern wolle. Ich habe bereits heute und auch gestern hier immer wieder erklärt, daß wir es gewesen sind, die mit aller Macht darauf gedrungen haben, daß die Lebensmittelschiffe auslaufen sollen. In Hamburg waren es die Reeder, die es nicht zulassen wollten. (Hört, hört!) Gestern habe ich hier in Bremen die Erlaubnis erteilt, das Hartbrot an Bord zu geben, damit die Schiffe ausfahren können. In Bremen liegen sie seeklar. Ich habe das auch dem Hauptmann Danner erklärt. Nur weil Noske vor den Toren hier steht mit seinen Truppen, laufen die Schiffe vorläufig nicht aus. Sobald er seine Truppen zurückzieht, gehen die Schiffe in See. Es ist dies eine unrichtige Darstellung von dem, was wir in Hamburg und Bremen gemacht haben, und ich bitte um Richtigstellung. Es ist dasselbe Vorgehen wie mit den Oldenburger Kameraden. Die haben auf derselben Basis wie ich gestern abend verhandelt.

Vors.: Wir kommen zur Diskussion. Ich ersuche, den Ausführungen Henkes Rechnung zu tragen. Ich werde als Vorsitzender nicht zulassen, daß die Debatte in eine Schimpferei ausartet. Wortmeldungen bitte ich schriftlich einzureichen, damit der Redefluß eingedämmt wird, und weil Mitglieder anwesend sind, die ich nicht persönlich kenne.

Dannat: Parteigenossen! Alle die Maßnahmen, die wir haben treffen müssen, sind immer in dem Bewußtsein getroffen: es wäre ein Wahnsinn,

über das Bremer Proletariat ein Blutbad hereinbrechen zu lassen. Von diesem Gesichtspunkt aus sind alle Beschlüsse und alle Beratungen geleitet und geführt worden. Und, Parteigenossen, wir konnten es mit bestem Gewissen tun, weil wir der festen Ueberzeugung sind, wir Kommunisten, daß die Revolution, d. h. der endgültige Zusammenbruch der Bourgeoisie und des Militarismus, mit Naturnotwendigkeit ihren Weg nimmt. Parteigenossen! Die Tatsache, daß das „Hamburger Echo", das Organ der Mehrheitssozialisten, jetzt beginnt zu erkennen, was in Deutschland die Glocke geschlagen hat, ist bezeichnend für die augenblickliche politische Situation in Deutschland, weil die Tatsache, daß die Soldatenräte des gesamten Armeekorps in Protest stehen gegen die Regierung in Berlin, beweist, daß man zu erkennen beginnt, daß ein Teil der Berliner Regierung die Militärgewalt wieder in die Hände der alten Militärkaste hinüber leiten möchte. Und, Parteigenossen, das letztere ist für die Berliner Regierung notwendig, denn sonst kann sie den Militarismus nicht wieder auf die Beine bringen. Es ist notwendig, daß sie das tut, daß sie die Macht aus den Händen der Soldatenräte entwendet. Wenn die militärische Macht in den Händen der Soldatenräte liegt, kann niemals ein Kapitalismus in der Weise empor kommen, wie er empor kommen muß, wenn er überhand nehmen will. Und weil wir der festen Ueberzeugung sind, daß mit eiserner Notwendigkeit die Bourgeoisie diesem Zustande entgegen geht — es mag eine Zeit geben, wo das Bürgertum wieder nach oben kommt — wo es gezwungen ist, den arbeitenden Klassen eine ungeheure Menge Steuerlasten aufzuhalsen, mit Naturnotwendigkeit, um eben selbst als Kapitalismus leben zu können, denn der Kapitalismus bedeutet eine aufsteigende Linie der Mehrwerterzeugung, deshalb sind wir auch davon überzeugt, daß der Kapitalismus, um kämpfen zu können für seine Ziele, bestrebt ist, die militärische Macht wieder hinüber zu leiten in die Hände der alten Adelskaste, des eigentlichen alten Militarismus. Und weil wir diese Ueberzeugung haben, konnten auch wir im Augenblick diesen Schritt gehen und den Arbeitern sagen: Es ist ein Wahnsinn, jetzt ein Blutbad über uns ergehen zu lassen, wo das Proletariat noch erst in der Krisis ist, wo es erst beginnt, aufzuleben und zu sehen, was los ist in der Welt.

Buchholz: Genossen! Ich begrüße jeden Machtzuwachs, der uns im Kampfe um die Revolution hier zugeführt wird. Aber die Macht, die der Genosse Henke uns glaubt hier zugeführt zu haben, ist meiner Meinung nach doch etwas zweifelhafter Natur. Genossen! Die Abmachungen mit der Gerstenberger Division bedeuten weiter nichts als ein Kapitulieren, wie es Noske eben bloß haben wollte, nur, daß dieses Kapitulieren in eine andere Form gewickelt wird. Genossen! Was bedeutet das für einen Unterschied, wenn wir die Waffen in der Kaserne den 75ern ausliefern, oder die neutrale Truppenmacht soll diese Entwaffnung durchführen? Genossen! Wir haben erst den blutigen Krieg hinter uns, und bei Ausbruch des Krieges haben wir soviele neutrale Staaten und dergleichen gehabt, aber nachher, als der Kampf sich immer weiter entwickelte, da waren die Neutralen zu dämlich. Und genau so wird es auch hier so gehen. Wenn die politische Situation gegeben ist, dann werden auch diese neutralen Truppen meiner Meinung nach, wenn es notwendig ist, schließlich auch nicht hinter uns stehen. Also, Genossen, die Sache sieht so aus: wir haben kapituliert, die Waffen sollen abgeliefert werden, und das bedeutet den Zusammenbruch der Revolution in Bremen (Lachen.), bedeutet eine Preisgabe aller Errungenschaften, soweit wir sie zu verzeichnen haben, bedeutet also Preisgabe der großen Errungenschaften der Revolution. Da sollten wir doch ehrlich sein und sollten sagen: wir sind zu schwach, nehmt die Waffen hin, wir ziehen uns zurück! Aber bleiben Sie uns vom Halse mit Ihrer Neutralität. Genossen! Es ist soviel von dem Artikel im „Hamburger Echo" geredet worden. Man ist ganz Feuer und Flamme auf Grund dieses Artikels. Aber, Genossen: wir wissen ja gar nicht, unter welchen Umständen der Artikel entstanden ist, welche Veranlassung für das „Hamburger Echo" vorgelegen hat, diesen Artikel zu bringen. Ich erinnere daran, daß jetzt die Soldatenräte sich gegen die sogenannte Kommandogewalt, wie sie die Berliner Regierung nennt, wenden. Und weil dieses Noskesche Unternehmen auch eine militärische Sache ist, darum mußte allerdings das „Hamburger Echo" ganz logischerweise nun einmal einen Artikel gegen den gefahrdrohenden Militarismus loslassen. Das bedeutet aber noch lange nicht, daß nunmehr dieser Flügel der Rechtssozialdemokraten gemeinsam nun den Kampf mit uns gegen Noske-Ebert-Scheidemann aufnehmen will. Genossen! Henke hat uns nicht erklärt, daß die Bremer Mehrheitssozialisten, als er sie einlud, diese Expedition als feindlich betrachteten. Im Gegenteil, wenn ich richtig gehört habe, hat Genosse Henke gesagt, daß die Rechtssozialisten in Bremen gesagt hätten, das wären nicht Feinde (Oho!). Sie sehen also, daß die Sache noch gar nicht so glänzend steht mit der Mitarbeit der Mehrheitssozialisten, wie Henke uns erzählt hat. (Zurufe: Quatsch!) Uebrigens bestreite ich der Regierung das Recht, ohne Zustimmung des Plenums hier die Mehrheitssozialisten einzuladen. Dasselbe Plenum hat beschlossen, die vorläufig auszuschließen, und deshalb, meine ich, hätte nur dieses Plenum das Recht, einen derartigen Beschluß zu fassen. Daß Genosse Henke nun der erste gewesen ist, der heute nachmittag die Rechtssozialisten eingeladen hat, nimmt

mich weiter nicht wunder. Henke hat es verstanden — (Große Unruhe. Zurufe. Vors.: Ich bitte um Ruhe!) Henke hat gewissermaßen immer mit einem Auge nach rechts geschielt. Henke sagt: es kommt im Augenblick darauf an, unsere ganze Macht zu konzentrieren gegen diese gegenrevolutionäre Expedition. Aber wie steht es denn? Die Rechtssozialisten sind Gegner des Rätesystems, das haben sie nicht einmal, das haben sie hundertmal erklärt, und sie sind noch nicht von diesem Standpunkt abgekommen. Also, meine ich: müssen die Rechtssozialisten erst einmal erklären, wie sie sich ihr politisches Programm in Zukunft denken resp. ihre Mitarbeit mit uns zusammen. Ich meine: die Mehrheitssozialisten können nicht mit uns zusammen arbeiten, weil sie bis dahin kapitalistische Politik getrieben haben. (Oho!) Und da sollen sie jetzt auf Grund dieser Expedition kommen und sagen: wir wollen jetzt für die Revolution arbeiten? Von unserem kommunistischen Standpunkt aus sieht die Sache so aus (Widerspruch), daß mit Rücksicht auf die jetzige Lage ein Zusammenarbeiten der Kommunisten in der jetzigen Regierung und auch im Plenum gar nicht mehr möglich ist. Ich möchte also sagen: vor allem hat die Regierung kein Recht, hier jetzt ohne weiteres die Rechtssozialisten einzuladen, und wir im Plenum haben heute erst dazu Stellung zu nehmen, ob wir das wollen. Und dann sollen uns die Herren erst einmal erklären, wie sie sich das Zusammenarbeiten mit uns in Zukunft denken.

Vors.: Parteigenossen! Ich will nicht in den Fehler meiner Vorgänger verfallen, hinter jedem Redner her zu reden. Aber soweit ich die Sache überblicken kann, handelt es sich doch nur um Ihre Zustimmung zur Einladung der Mehrheitssozialisten zu dieser einen Vollsitzung. Hat jemand gegen die Zulassung der Mehrheitssozialisten für heute abend etwas einzuwenden? Ich lasse abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich aufzustehen. (Geschieht.) Das ist die große Mehrheit. (Lachen b. d. Kommunisten.) Lachen Sie nicht, sondern freuen Sie sich, daß, daß Ihre Auffassung bloß gegen vier Stimmen abgelehnt worden ist. (Plättner ruft: So ein Schafstall!)

Chemnitzer: Parteigenossen! Es ist mir eine große Freude, heute in einem großen Zuhörerkreise einmal die Stellungnahme der Mehrheitssozialisten in Bezug auf die Gerstenberg-Division klarzulegen. Ich muß vorausschicken, bevor ich näher darauf eingehe, daß ich mit dem Artikel des „Hamburger Echo" nicht einverstanden bin. Warum wir heute Stellung nehmen und warum wir uns einverstanden erklären mit dem Telegramm des Vorsitzenden? Weil wir auf keinen Fall eine Vereinbarung darin sehen, wenn heute einfach die Entwaffnung der Arbeiter der Werften vor sich geht. Wir haben keine Veranlassung, wenn auch den Rechtssozialsten das Recht zusteht, eine freie politische Meinung zum Ausdruck zu bringen, uns Truppen hierher zu wünschen, die ein Blutbad anrichten würden. Ich spreche im Sinne der Abmachungen, die wir heute getroffen haben: sobald sich die Konferenz der Werftarbeiter damit einverstanden erklärt, die Waffen abzuliefern, ist der Moment, wo wir auch dafür eintreten, daß die Regierung die Truppen zurückzieht. Das beweist auch das Telegramm. Ich glaube deshalb sicherlich, daß die Einigung zustande kommt. Dann liegt keine Gefahr vor, daß die Truppen nach Bremen kommen werden. Kommt die Einigung nicht zustande, bestehen die Arbeiter weiter auf der Bewaffnung, dann liegt die Schuld bei ihnen, dann handeln sie kurzsichtig, und dafür haben sie Rechenschaft abzugeben. Das ist die Erklärung, die ich abzugeben habe. Auf die Ausführungen anderer Redner einzugehen, hat keine Bedeutung.

Waldschmidt: Parteigenossen! Soweit die Ausführungen des Genossen Henke in Frage kommen, haben wir wohl nichts daran auszusetzen. Auch über die Abfassung einzelner Depeschen, worüber ja eine Reihe von Genossen schon geredet hat, will ich nicht weiter sprechen. Ich hatte gar nicht die Absicht, mich zum Worte zu melden, habe es aber doch getan, weil ich noch besonders betonen möchte, daß eine Einigung der ganzen Arbeiterschaft herbeigeführt werden muß, auch eine Einigung mit den Mehrheitssozialisten. Kollege Buchholz hat nach meiner Meinung nicht dazu beigetragen, sondern er hat noch Oel ins Feuer gegossen, anstatt das Feuer zu dämpfen. (Zuruf: Das sind wir ja gewohnt!) Mein Standpunkt und der Standpunkt sämtlicher Genossen, soweit sie Unabhängige sind, und auch von einem Teil der Kommunisten, geht dahin: Sind wir in der Lage, so wie es sich Buchholz denkt, der Division Gerstenberg einen Kampf zu liefern mit undisziplinierten Truppen? (Zurufe.) Soweit sie nicht militärisch ausgebildet sind? Ja, winken Sie nur mit der Hand! Das Winken nützt doch nichts. Kollegen, wir müssen doch zu der Ueberzeugung kommen, wie es in einem Kampfe werden würde, wenn wir mit Truppen kämpfen müßten, die drei bis vier Jahre an der Front gestanden haben, die technisch gut ausgerüstet sind ....

Vors.: Wir sprechen doch nicht über die Truppen.

Waldschmidt: Uns kommt es darauf an, zum Bestehen und Vertiefen der Revolution wieder eine Einigung unter der Arbeiterschaft herbeizuführen. Dies kann nur in dem Sinne geschehen, indem wir soviel wie möglich Parteihader, Parteipolitik beiseitelassen. Ich bin der Meinung, wenn wir das heute abend fertig bringen und im Verein mit den Mehrheitssozialisten die Entwaffnung der Arbeiterschaft in Bremen und die Ablieferung der Waffen an

das Regiment Bremen beschließen, resp. unter Aufsicht der Oldenburger wegen der Neutralität, und wenn wir so das äußerste abwenden, dann haben wir unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit getan. Es wird sich dann zeigen, ob die Regierung Ebert-Noske-Scheidemann für ihr Vorgehen andere triftige Gründe hat, oder ob die Militärpartei soviel Oberwasser bekommen hat, daß die Regierung nicht anders kann. Wenn dies der Fall ist, stimme ich der Erklärung zu, die das „Hamburger Echo" gebracht hat, die dahin zusammenzufassen ist, daß nicht allein die hiesige, sondern die gesamte Arbeiterschaft in Hamburg, Bremen und Cuxhaven gemeinsam vorgehen wird. Das wird nach den abgegebenen Erklärungen und nach dem Beschluß des Soldatenrats des 9. A.-K. für die Frage ausschlaggebend sein.

Fauth: Parteigenossen! Auf die Ausführungen des Genossen Buchholz will ich nicht eingehen. Ich will inbezug auf seine Ausführungen nur die Erklärung abgeben, daß wir es dem Genossen Buchholz vergeben. Wir sind nicht streitsüchtig, und wollen nicht streiten um solche Dinge. Wir wissen, daß wir zusammengehören, daß wir bisher zusammengehört haben und auch in Zukunft zusammengehören müssen. (Sehr richtig!) Das Trennende, was Buchholz hervorgehoben hat, sollten wir heute abend nicht hervorheben. Ich lege aber auf seine Ausführungen wenig Wert.

Genosse Henke hat Ausführungen des „Echo" zitiert und geglaubt, daraus den Schluß ziehen zu dürfen, daß zwischen den Mehrheitssozialisten und der Regierung Ebert-Scheidemann ein Riß bestehe. Dem können wir natürlich nicht zustimmen. (Hört, hört!) Wir werden trotzdem zur Regierung Ebert-Scheidemann stehen. Die Ausführungen, die das „Echo" gemacht hat, können wir trotzdem unterstützen. Wir können sie unterstützen, weil wir wissen, daß zur Inszenierung eines solchen Vorgehens der Regierung Umstände beigetragen haben können, die wir nicht in der Gewalt haben. Das „Echo" schreibt in dieser Beziehung:

> Wir sind gerecht genug, die Schuld an dieser Entwicklung nicht der gegenwärtigen Reichsregierung beizumessen. Ein unheilvolles Geschick hat die Verhältnisse bestimmend beeinflußt. Die Uneinigkeit des Proletariats hat diese Entwicklung eingeleitet, und die Unerbittlichkeit des Schicksals hat die Regierung auf dem Weg, den sie zweifellos zuerst sehr wider ihren inneren Wunsch beschritt, weiter und weiter gedrängt.

Das ist auch der Standpunkt Kautskys, den er in einem Artikel vertreten hat, ich glaube in der „Freiheit". Er hat da ausgeführt, daß die Reichsregierung wohl den guten Vorsatz hatte, dies und jenes einzuführen, daß sie aber durch die Bedrängung von links zu weit nach rechts gedrängt worden sei. Dies sei ein Zustand, der tatsächlich, nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis sich gezeigt habe. Es ist ja den Parteien nicht zu verdenken, wenn sie so vorgegangen sind, aber es läßt sich doch auch der Standpunkt vertreten, daß ein solches Vorgehen zu solchen Verhältnissen führt.

Ferner ist von dem Genossen Henke gesagt worden, daß die Division Gerstenberg den Auftrag hätte, Ruhe und Ordnung in Bremen wieder herzustellen. Von Ihnen wird nun der Standpunkt vertreten, daß in Bremen die Ruhe und Ordnung niemals gestört war. Soweit die Ruhe in Frage kommt, können wir alle schließlich zustimmen, aber soweit die Ordnung in Frage kommt, kann ich dem nicht zustimmen, weil wir als Mehrheitssozialisten von diesem Parlament ausgeschlossen worden sind. Das war nicht in der Ordnung. Es sind noch verschiedene andere Dinge, die ebenfalls nicht in der Ordnung waren, — ich will aber nicht darauf eingehen, weil ich Ihre Zeit nicht allzusehr in Anspruch nehmen will. Wir haben blutenden Herzens zugesehen, wie sich die Entwicklung vollzog. Wir haben gewußt, daß es so kommen werde, wie es gekommen ist. Wir haben aber ein Interesse, ein außerordentlich großes Interesse daran, zu retten, was noch zu retten ist, und vor allem, weiteres Blutvergießen zu verhindern. Das Blut ist viel zu kostbar, als daß es vergossen werden dürfte. Mit blutendem Herzen haben wir der Entwicklung zusehen müssen. Jetzt begrüßen wir es, daß wenigstens der größte Teil von Ihnen zu der Einsicht gekommen ist, daß sie mit den Mehrheitssozialisten zusammenarbeiten müssen. (Beifall u. Widerspruch.)

Manthey: Werte Parteigenossen! Wir stehen heute vor der Stunde, die nicht nur die Parteigenossen der U. S., sondern auch ein großer Teil der Kommunisten herbeigesehnt haben. Wir haben in jeder Versammlung, in jeder öffentlichen Volksversammlung betont, daß es unbedingt notwendig ist, daß die Arbeiter sich unter einem Banner zusammenfinden müssen. Was ich eben sagte, damit wird sich jeder einzelne Kommunist einverstanden erklären. Die Stunde, die Arbeiterschaft unter einem Banner zu vereinen, ist jetzt gekommen. Genossen! Die Regierung steht heute vor der Frage: Wie komme ich aus dem Dilemma heraus, welches sich konstruiert hat durch den Aufmarsch der Regirungstruppen, die bereits vor den Toren Bremens stehen? Wir wissen, wir alle, daß wir dazu beigetragen haben, die Arbeiterschaft Bremens zu bewaffnen, weil das notwendig war im Interesse der Revolution, um die Errungenschaften der Revolution zu sichern. Aber, Genossen, es handelt sich heute um die Frage: Können wir, nachdem wir die Arbeiterschaft bewaffnet haben, den Kampf gegen die Reaktion — denn um einen solchen handelt es sich — aufnehmen oder nicht? Wir alle, die wir die Dinge etwas anders durchschauen als

diejenigen Parteigenossen im Saale wie Buchholz, der nicht ganz im Bilde ist, wir, die wir die Dinge so sehen, wie sie sind, daß vielleicht in Bremen, was wir alle vermeiden wollen, morgen ein kolossales Blutbad angerichtet wird, können diese Verantwortung in einer solchen Situation nicht auf uns nehmen. Darüber sind wir uns klar geworden. Wenn die Hamburger, wenn die Cuxhavener, die bekanntlich auf unserem Standpunkt stehen, wenn die Oldenburger und die Bremerhavener ebenfalls zu uns stoßen und uns ihre Hilfe zuteil werden lassen, dann würden wir genau derselben Ansicht sein wie Buchholz: wir würden alles tun, um zu verhindern, daß die Revolution erdrosselt wird, nicht nur die Revolution in Bremen, sondern die ganze Revolution, und würden gemeinsam mit Buchholz auf die Barrikaden steigen, um gegen die Truppen Noskes zu kämpfen und sie aus Bremen hinauszuwerfen. Aber die Dinge liegen anders. Nachdem uns von keiner Seite eine direkte Hilfe zugesagt worden ist, sind wir der Ueberzeugung, daß wir es nicht verantworten können, daß sich die bremische Arbeiterschaft in einen offenen Kampf gegen die Regierungstruppen einläßt, wodurch ein unheilvolles Blutbad angerichtet werden würde. Das können wir nicht verantworten, daß unseren Arbeitern die Knochen zerschossen werden und ihr Blut in den Straßen fließt, dazu ist es viel zu schade.

Vors.: Es wird darüber Beschwerde geführt, daß auf der Gallerie andauernd geraucht wird. Ich bitte, das zu unterlassen. Es ist schon neulich dadurch ein Brand entstanden. Wenn es nicht unterbleibt, werde ich die Gallerien räumen lassen.

Manthey (fortfahrend): Dieses Blutvergießen muß verhindert werden, auf einen Kampf mit den Regierungstruppen dürfen wir uns nicht einlassen. Dafür müssen wir die Verantwortung ablehnen. Wenn wir gegen die Elitetruppen, die die Reaktion uns gegenübergestellt hat, kämpfen wollten, würden wir eine Sünde auf uns laden. Wir haben alle Veranlassung, nach dem, was besonders in der Hauptstadt geschehen ist, es auf einen Kampf der Proletarier mit solchen Truppen nicht ankommen zu lassen. Ich bin fest davon überzeugt, daß auch der größte Teil der Mehrheitssozialisten, die heute abend hier anwesend sind, nachdem wir sie dazu eingeladen haben, auch bereit sein werden, dafür zu sorgen, die Regierung Ebert-Noske-Scheidemann zu veranlassen, die Truppen, die bereits vor den Toren Bremens stehen, wieder ins Jenseit zu befördern (Heiterkeit), woher sie gekommen sind. Parteigenossen! Ich bin davon überzeugt, nachdem wir in der Regierung mit Hamburg, Bremerhaven und Oldenburg verhandelt haben und wissen, daß die hinter uns stehen, wird sich die bremische Arbeiterschaft, indem sie momentan die Waffen aus der Hand gibt und sie in den dazu bestimmten Depots unterbringt, wo sie durch die drei Parteien paritätisch bewacht werden, — ich bin der Meinung, daß sich die Arbeiterschaft dadurch absolut nichts vergibt. Die Waffen sollen dort von den Mehrheitssozialesten, den U. S. und den Kommunisten bewacht werden. Wir haben, wenn wir darauf eingehen,, dadurch gewonnen, daß vielleicht 100 000, ja vielleicht 150 000 Soldaten hinter uns stehen, die bereit sind, gegen die Reaktion zu kämpfen.

Es hat ein Parteigenosse von der Mehrheit heute gesagt, es seien Freunde der Arbeiter, die hier vor den Toren Bremens stehen. Und von den Oldenburgern ist gesagt worden, sie seien Mehrheitssozialisten. Die Oldenburger haben uns aber gesagt, daß bei den Regierungstruppen nur Unteroffiziere, Feldwebel und Offiziere in Frage kommen. Wenn eine wohlorganisierte Truppe aber auch nur 1000 Mann stark wäre, so wären 2–3000 bewaffnete Arbeiter nicht in der Lage, diese wohlorganisierten Elitetruppen abzuwehren. (Sehr richtig! Zuruf: Es sind aber auch sehr viele junge Leute darunter!) Die Offiziere, die dabei sind, sind zum größten Teile Leute vom feudalen Adel, die echten Vertreter des preußischen Militarismus. Diese Pest breitet sich also wieder aus, und sie will auch in Bremen jetzt ihren Einzug halten. Und weil die Dinge so liegen, weil die Gefahr ohne Zweifel uns vor den Augen schwebt, darum müssen wir alle sagen: es ist notwendig, daß wir uns in dieser Stunde vereinigen, um diese Gefahr abzuwenden. Nehmen wir die Hand an, die uns von seiten der Mehrheitssozialisten dargeboten wird. Wir haben sie nicht gerufen, die Oldenburger Kommission hat es uns nahegelegt. Wir müssen jetzt einig sein und in Einigkeit zusammen arbeiten. Sie wissen alle, daß unter den Mehrheitssozialsten viele sind, die kein politisches Verständnis haben, die gar nicht wissen, um was es sich handelt, was auf dem Spiele steht. Ich will Sie nicht lange damit belästigen, aber feststellen muß ich doch, daß viele Mehrheitssozialisten keinen Schimmer davon haben, was sich jetzt in Deutschland abspielt. So liegen die Dinge. Wenn es sich nur um einzelne Personen handelte oder um parteipolitische Fragen, dann würde ich einer Einigung nicht das Wort reden. Es gilt aber eine große Gefahr von uns abzuwenden, und die ist nach meiner Ueberzeugung nur auf dem Wege einer Verständigung mit den Mehrheitssozialisten abzuwenden. Darum bitte ich Sie, sich zu überlegen, ob es geraten ist, unter diesen Umständen den Kampf gegen die Regierungstruppen aufzunehmen, oder ob es nicht richtiger ist, eine Basis zu suchen, auf der sich die drei Parteien einigen, um dann gemeinsam das Eindringen der Regierungstruppen und damit der Pest des Militarismus zu verhindern.

Vors.: Es ist von Schulz und Klawitter Schluß der Debatte beantragt. Angeschrieben sind noch sechs Redner.

Schulz: Ich habe das Gefühl, als ob über die Sache genug diskutiert wäre. Redebedürfnis ist ja noch da, und jeder, das sage ich allen Genossen, auf dieser und auf jener Seite, blamiert sich so gut er kann. (Heiterkeit.) Ich möchte darum Schluß der Debatte beantragen.

Plättner: Ich weiß, daß in dieser Bude ...

Vors.: Ich kann nicht zulassen, daß Sie unser Parlament eine Bude nennen. Im übrigen muß ich auch dem Genossen Schulz sagen, daß sich hier niemand durch seine Reden blamiert.

Plättner: Ich weiß, daß in dieser Stube ...

Vors.: Sie dürfen das Parlament auch keine Stube nennen.

Plättner: Ich weiß, daß in diesem Raume schon soviel gequasselt ist, daß er eine Quasselbude genannt werden kann. Aber es ist noch nie soviel gequasselt (Zuruf: Wie Sie selbst quasseln!), wie es heute abend geschehen ist. Was haben wir uns heute hier alles auftischen lassen müssen! Wir sollen Stellung in diesem Kreise zu den brennenden Fragen nehmen, und da interessiert uns gar nicht, was hier heute abend geredet worden ist, gegen und für den Kampf, der ausgebrochen ist, es interessiert uns auch nicht, welche Stellung die Mehrheitssozialisten eingenommen haben. Ich wollte nur betonen, daß die Ausführungen Mantheys nicht der Auffassung der ganzen kommunistischen Partei entsprechen. Wenn wir mit den Mehrheitssozialisten zusammen arbeiten sollen, so müssen sie uns erst genau sagen, was sie wollen. Wenn uns das nicht paßt, dann müssen wir kurzer Hand sagen: Wir sind geschiedene Leute.

Vors.: Darüber können Sie ja in einer kommunistischen Versammlung sprechen.

Der Schlußantrag wird mit 66 gegen 42 Stimmen angenommen

Henke (Schlußwort): Ich will nicht auf die Debatte zurückgreifen, sondern nur konstatieren, worauf es ankommt, nämlich die große Gefahr, die uns droht, abzuwenden. Es ist jetzt nicht der Augenblick, uns mit den Mehrheitssozialisten auseinanderzusetzen, das uns Trennende hervorzuheben, sondern uns zu gemeinsamer Arbeit zu vereinigen, das, was uns gemeinsam ist, in den Vordergrund zu stellen. Dies scheint auch von allen Anwesenden als richtig angesehen zu werden, denn bei der Abstimmung darüber, ob es den Mehrheitssozialisten gestattet sein soll, an der heutigen Vollsitzung teilzunehmen, blieb nur die Familie Buchholz sitzen. (Große Heiterkeit.) Daraus geht hervor, daß die große Mehrheit unserer Versammlung erkannt hat, warum die Arbeiter jetzt geschlossen gegen den gemeinsamen Feind vorgehen müssen. Ich bitte Sie, in diesem Sinne auch Ihre Entscheidung zu treffen, damit die Sache des Proletariats sich weiter in unserem Sinne entwickelt. Eine Revolution ist ein Prozeß, bei dem sich, ebenso wie in einem Kriege, manche Dinge vorher nicht übersehen lassen. Es lassen sich manche Dinge in einer Revolution nicht errechnen. Das eine aber glaube ich: wir können eines einigermaßen bestimmt errechnen, nämlich, daß eine Revolution das Proletariat in seiner Gesamtheit enger zusammenschweißen wird. Das Proletariat muß seine Klassenbewegung natürlich mit großen Zielen und mit dem Bewußtsein seiner Kraft und in der klaren Erkenntnis seiner Ziele führen. Die Verhältnisse drängen jetzt das Proletariat der ganzen Welt, sich zusammenzuschlagen, um mit seiner ganzen Kraft sein Ziel zu erreichen. So bin ich der festen Ueberzeugung, daß, wenn auch die Kommunisten, die Unabhängigen und die Mehrheitssozialisten von einander geschieden sind, die revolutionäre Entwicklung doch dahin gehen wird, daß der Gang der Revolution sie zusammenschweißen wird, daß wir auch nicht mehr getrennt marschieren werden. Wir wollen nicht darüber rechten, welche Anschauungen die richtigsten sind, die der Mehrheitssozialisten oder der Unabhängigen oder der Kommunisten — nach meiner Meinung sind es natürlich die der Unabhängigen — aber, Parteigenossen, wir wollen, daß heute abend nach außen hin die Einheit zum Ausdruck komme. Darum bitte ich Sie: Sie haben Schluß gemacht, bitte, lassen Sie in diesem Sinne die bedauerliche Debatte nicht wieder aufleben. Gehen wir geschlossen vor! Es gilt einem gemeinsamen Feinde geschlossen gegenüberzustehen. Nachdem wir mit dieser Sache eben Schluß gemacht haben, sollten wir heute überhaupt mit den Verhandlungen — ich kann nicht übersehen, ob die Tagesordnung es gebietet, unter allen Umständen in den Verhandlungen fortzufahren — Schluß machen. Ist das der Fall ... (Ruf von kommunistischer Seite: Wie steht es mit der Entwaffnung der Weißgardisten, wenn die Arbeiterschaft entwaffnet wird?) Das Bürgertum ist entwaffnet. (Ruf: Aber die Weiße Garde vor unsern Toren!) Genosse, wenn Sie die entwaffnen können, wenn Sie das Kunststück fertig bringen, dann will ich Ihnen gern einen Preis zahlen! Es ist aber nach meiner Meinung unter Umständen nicht bloß ein großer Irrtum, sondern ein Verbrechen, den Anschein zu erwecken von einer Macht und von Kräften, die nicht vorhanden sind. Es kann notwendig sein, den Arbeitern zu sagen: Die revolutionäre Bewegung läßt sich nicht errechnen, es ist nicht immer zu erreichen, was man erreichen möchte. Das kann man ruhig aussprechen. Aber man soll auch hinzufügen: Was wir jetzt nicht

erreichen, werden wir später erreichen. Die Revolution geht vorwärts, und wenn auch die Weiße Garde vor unseren Toren nicht überwunden werden wird, die Revolution geht doch vorwärts, wenn wir geschlossen den Kampf zu führen imstande sind.

Vors.: Parteigenossen! Sie haben gehört, daß drüben im Rathause die Vertreter der Mehrheitssozialisten mit dem Rate der Volksbeauftragten beschlossen haben, noch eine Deputation nach Verden zu schicken, und zwar unter folgendem Auftrage:

Abgabe der Waffen der Arbeiterschaft an das Regiment 75. Regiment 75 übernimmt die Sicherheit in Bremen. Der Rat der Volksbeauftragten sorgt für Ruhe und Ordnung und duldet in Bremen keine Regierungstruppen (eiserne Division). Lebensmittelschiffe werden nicht behindert, falls Noske sein Vorhaben aufgibt.

Ich bin der Meinung, wenn wir uns diesem Beschlusse anfügen, haben wir gezeigt, was wir wollen. Sollte Gerstenberg trotzdem noch wagen, einzumarschieren, sind wir der Meinung, daß wir einmütig unsern Mann stehen werden, nicht nur in Bremen, sondern auch im Bereiche des ganzen 9. Armeekorps. Ich bitte Sie, nehmen Sie diese Ermächtigung an. Wir wollen keinen Kampf. Sollte es wirklich zum Kampfe kommen, den wir nicht wollen, so wissen wir, was wir zu tun haben. Wer dafür ist, daß diese Ermächtigung angenommen wird, den bitte ich aufzustehen.

Die Mehrheit erhebt sich.

(Zurufe: Wir haben nicht verstanden!)

Vors.: Ich lese die Ermächtigung noch einmal vor. (Geschieht.)

Zur Geschäftsordnung Plättner: Parteigenossen und Genossinnen! Ich stelle fest, daß durch die Ausführungen Henkes und durch die Ausführungen anderer und durch die von Lindau die Debatte aufs neue eröffnet ist. (Lebhafte Zwischenrufe.) Lassen Sie mich doch ausreden. (Zuruf: Quatschen Sie doch nicht!) Zum andern liegt es in der Sache dieser Begründung begründet, daß wir über diesen Punkt noch einmal sprechen müssen, und wir sehen, daß hier schwerwiegende Entscheidungen . . . . . (Glocke)

Vors.: Das ist nicht zur Geschäftsordnung. Ich möchte feststellen, daß Henke das Schlußwort haben mußte. Es war deshalb richtig, eine bindende Erklärung abzugeben, um zu sagen, was wir wollen.

Zur Geschäftsordnung Bäumer: Es ist mir gesagt worden, daß eine der Bedingungen ist, daß die Waffen in Bremen bleiben und daß die Waffen dem Schutze des 9. Armeekorps unterstellt werden. Die Waffen selbst haben in Bremen zu bleiben. (Sehr richtig!) Bremen erhält den Schutz durch das 9. Armeekorps.

Vors.: Nach dieser Aufklärung können wir zur Abstimmung kommen.

Die Ermächtigung wird mit 103 gegen 30 Stimmen angenommen.

Vors.: Wir kommen dann zum 1. Punkt unserer Tagesordnung. (Schlußrufe.)

Dr. Künkler (zur Geschäftsordnung): Die Sache betreffend Wahlreglement ist ein Punkt, der rasch erledigt werden kann. Die Ausführung der Bestimmung beginnt bereits morgen, da hat es keinen Sinn, über die Sache erst in 8 Tagen zu verhandeln.

Bäumer. Ich bitte, über den Antrag auf Schluß abstimmen zu lassen.

Henke: Der Vorsitzer hat es unterlassen, jemand für und gegen den Antrag reden zu lassen. Ich will gegen den Antrag sprechen. Ich bin der Meinung, daß die Wahlsache erledigt werden muß. Ich hätte auch gewünscht, jetzt Schluß zu machen, aber das geht nicht. Es ist eine dringende Angelegenheit; morgen wird die Sache veröffentlicht werden, und da muß und kann man die Sache ohne Debatte heute noch erledigen, und dann machen wir Schluß der Sitzung.

Vors.: Wer dafür ist, daß der 1. Punkt der Tagesordnung noch erledigt wird, den bitte ich aufzustehen.

Die Mehrheit erhebt sich.

### Verordnung über die Wahlen zur bremischen Volksvertretung.

Dr. Künkler: Parteigenossen! Die Vorlage ist bestimmt, den Beschluß der A.- und S.-Räte auszuführen, mit dem er den Rat der Volksbeauftragten ermächtigt, alsbald Wahlen zu einer auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts beruhenden bremischen Volksvertretung auszuschreiben. Die Vorlage hat sich angelegen sein lassen, insbesondere den Grundsatz, daß die Wahlen auf dem allgemeinen Wahlrecht beruhen, zur Ausführung zu bringen. Sie hat deshalb bei der Voraussetzung des Wahlrechts jede Einschränkung abgelehnt und die Wahlberechtigung von keiner beschränkenden Voraussetzung abhängig gemacht. Insbesondere ist standhaft abgelehnt worden, eine Karenzzeit vorzuschreiben, weil darin eine Verletzung eines der Hauptgrundsätze des Sozialismus gefunden wird. Denn es ist klar, daß jede Beschränkung, die nur denjenigen

das Wahlrecht gibt, die eine bestimmte Zeit ihren Wohnsitz im Ort haben, eine wesentliche Beschränkung des Wahlrechts gerade der nicht besitzenden Klassen ist, da diese nicht so bodenständig sind, wie die bürgerliche Bevölkerung, so daß dieses zu einer dauernden Ausschließung eines größeren Teiles der Wählerschaft führen müßte. In dieser Richtung ist die Vorlage so fortschrittlich gehalten, wie überhaupt eine auf dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht beruhende Verordnung sein kann. Sie spricht dabei aus, daß alle deutschen Männer und Frauen wahlberechtigt sind, die das 20 Lebensjahr vollendet und ihren Wohnsitz im bremischen Staatsgebiete haben. Nur für die Wählbarkeit müßte die bremische Staatsangehörigkeit vorgeschrieben werden. Denn es wird nicht zu verkennen sein, daß der Gesetzgeber zum mindesten selbst dem Staate angehört, dem er die Gesetze zu geben hat. Aber auch in dieser Beziehung ist eine freiheitliche Bestimmung getroffen worden dahin, daß der zu Wählende, wenn er nicht die bremische Staatsangehörigkeit besitzt, wenigstens eine gewisse Zeitlang seinen Wohnsitz in Bremen haben muß, eine zweijährige Frist. Von den früher üblichen Ausschließungsgründen des Wahlrechts sind alle ausgeschlossen worden, die öffentliche Unterstützung, die Einstellung von Zahlungen, Konkurse usw. betreffen. Lediglich das, was selbstverständlich ist, ist geblieben: die Entmündigung, Vormundschaft, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Was das Verfahren der Wahl betrifft, so war es das Gegebene, die Vorschriften für anwendbar zu erklären, die für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung gegolten haben. Es ermöglicht das, daß die Wahllisten, wie sie damals ausgelegt waren, beibehalten werden und nur die inzwischen eingetretenen Aenderungen zu berücksichtigen sind. (Fortdauernde Unruhe im Saale. Glocke. Zurufe: Wir verstehen nichts. Redner muß lauter sprechen.)

Vors.: Sie haben beschlossen, den Punkt heute noch zu erledigen. Jetzt laufen Sie weg und machen einen mordsmäßigen Krach. (Zurufe: Es ist nichts zu verstehen. Redner muß lauter sprechen.)

Dr. Künkler: Ebenso ermöglicht die Bezugnahme auf das Wahlverfahren der deutschen Nationalversammlung die Aufrechterhaltung dieses Wahlverfahrens auch für unsern Zweck. Das ist im wesentlichen der Inhalt der Vorlage entsprechend dem Beschlusse, der vom A.- und S.-Rat gefaßt worden ist.

Vors.: Die Vorlage liegt Ihnen gedruckt vor. Ich glaube, in Anbetracht der vorgerückten Zeit können wir es uns ersparen, in eine Spezialdebatte einzutreten.

Seitz: Parteigenossen! Das Wahlgesetz liegt vor uns. Ich brauche nicht zu betonen, daß wir mit einer großen Zahl der kommunistischen Parteimitglieder gegen die Ausschreibung einer solchen Wahl sind. Da das Gesetz aber vorliegt und angenommen werden muß, glaube ich zu § 2 Abänderungsanträge stellen zu müssen. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß das Wahlrecht vom 18. Lebensjahre an gewährt werden muß. Ich weiß, daß wir genau wie bei den Arbeiterratswahlen einen Fehlantrag stellen werden; die große Mehrheit wird auch heute meinen Antrag, das Wahlrecht auf das 18. Lebensjahr einzuführen, ablehnen. Aber wenn wir immer wieder und wieder mit dem Antrage kommen, sind wir gewiß, daß eines Tages auch bei den Leuten die Erkenntnis kommen wird, daß das Wahlrecht vom 18. Lebensjahr an eingeführt werden muß. Ich bitte Sie dringend, nehmen Sie unseren Antrag an.

Nun zu einem anderen Punkte. Ich meine, daß jeder, der wählen kann, auch gewählt werden kann, und ich stelle einen entsprechenden Abänderungsantrag, daß jeder, der wahlberechtigt ist, auch wählbar ist, und zwar vom 18. Lebensjahre an. Ich sehe nicht ein, warum für die Wählbarkeit ein anderes Gesetz geschaffen werden soll, wie für diejenigen, die wählen sollen. In diesem Sinne ist das Gesetz ganz und gar nicht fortschrittlich. Auch nicht in Bezug auf die Entmündigung, Vormundschaft und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Nach den Erfahrungen der Kriegszeit sind unter dem alten System soviele Leute entmündigt und der Ehrenrechte beraubt worden, z. B. Liebknecht, da muß eine Kommission eingesetzt werden, die alle diese Fälle zu prüfen hat, um nach Möglichkeit wieder gutzumachen.

Vors.: Zu diesem Gesetze liegt ein Antrag der Genossen Stockhinger und Seitz vor. Ferner ein Antrag des Genossen Fauth.

Zur Geschäftsordnung Rietschel: Ich möchte darauf hinweisen, daß wir, um in Bremen eine verfassunggebende Körperschaft einzuberufen, den Volksbeauftragten vollständig freie Hand gelassen haben, das Wahlrecht in dem Sinne auszugestalten wie es ihrer sozialistischen Auffassung entspricht. Unsere heutige Aufgabe kann nur darin bestehen, nach den Abmachungen, die wir damals getroffen haben, mit der Datumsfestlegung einverstanden zu sein. In Einzelheiten brauchen wir uns heute nicht einzulassen. Nachdem die Volksbeauftragten die Vorlage ausgearbeitet haben, sind wir gar nicht in der Lage, sie zu inhibieren, weil die Voraussetzung dafür fehlt.

Starker: Die ganze Vorlage ist das Produkt eines Kompromisses. Wir waren gezwungen, diese Vorlage einzureichen, und ich bin immer ein Befürworter gewesen, daß auch die Jugend vom

18. Lebensjahre an wählen soll. Aber weil es ein Kompromiß ist und weil, wenn wir das jetzt änderten, das ganze zusammenstürzen würde, deshalb bitte ich von dieser Aenderung abzusehen. Bei § 2 bin ich der Meinung, daß nachdem, was wir dazumal in der Kommission der Bankdirektoren vereinbarten, doch die Bestimmung gefallen ist, die einjährigen Wohnsitz vorsah. Da ist auch zugleich der Antrag gefallen auf zwei Jahre Karenz für die Wählbarkeit. In dem Moment erklärte der Bankdirektor Schröder, daß damit alles, was von seiten der Banken gefordert werde, bezüglich des Wahlrechts hinfällig wäre. Ich meine, daß wir das doch berücksichtigen müßten. Diese Bestimmungen sind nur durch irrtümliche Auffassung einzelner Mitglieder wieder hineingekommen. Sonst haben wir uns nur mit dem Wahltermin zu beschäftigen, und das ist der 2. März.

Husmann: Der Wahlgesetzentwurf hat im § 2 den Ausdruck „deutsche Männer". Das wird mehrmals betont. Wir haben damals eine Resolution angenommen, daß die Deutschösterreicher mit wählen sollten. Erweitert wurde die Resolution im Sinne der Völkerverbrüderung, daß alle Arbeiter wählen sollten ohne Unterschied der Nation. Ich weiß genau, der Genosse Starker hat es richtig bemerkt, dieses ganze Wahlgesetz ist ein Kompromiß, eine Blamage für die Arbeiterschaft. In einem sozialistischen Staate sollte es nicht möglich sein, daß man Arbeiter entrechtet, die gut genug sind, für den Kapitalismus zu arbeiten, aber ein Wahlrecht sollen sie nicht haben. Der Genosse Böhm hat gesagt, daß in Rußland jeder wahlberechtigt ist. Wir haben den Kapitalismus vor den Toren. Mir ist dieser Entwurf zuwider, es ist aber ein Produkt der Notwendigkeit. Es hat mich angewidert der Ausdruck „Deutsche Männer und deutsche Frauen". Darauf brauchen wir uns nichts einzubilden, darauf pfeife ich. Das Wahlrecht muß für jeden sein, der im Staate arbeitet.

Reimann: Genossen! Wir stehen auf dem Boden des Rätesystems. Wir sind international. Wir stehen auf dem Boden, daß jeder wahlberechtigt ist, und daß keiner eine Extrawurst haben soll. Bremische Staatsangehörigkeit oder zweijähriger Wohnsitz ist Unsinn. Es darf keine Auslese gemacht werden. Wir wissen genau, wie viel Genossen durch den Krieg verschleppt worden sind nach allen möglichen Gegenden, die jetzt nicht mehr die Möglichkeit haben, zu wählen. Ich bin entschieden dagegen, daß der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte hier maßgebend sein soll. Wie haben die Kapitalisten gewütet mit Vormundschaft und bürgerlichen Ehrenrechten. Das ist die bürgerliche Moral! Die muß entschieden abgelehnt werden. Das Kapital hat noch immer die Macht, aber schließlich muß es doch kapitulieren.

Fauth: Parteigenossen! Es wäre uns lieb gewesen, wenn das, was die Parteigenossen ausgeführt haben, hier in dem Entwurf gesagt worden wäre. Aber bewahrheitet es sich nicht vollkommen: Sie sind ein Teil von jener Kraft, die das Gute will und das Böse schafft! Hätte man früher eine solche Wahl ausgeschrieben, hätten wir allein das zu bestimmen gehabt, wie das Reglement aussehen soll. Daß man so lange gezögert hat, haben diejenigen verschuldet, die immer dagegen angegangen sind. Wir haben den Antrag eingereicht, daß die Karenzzeit von zwei Jahren wegfallen soll. Wir können nicht einsehen, daß man einen Unterschied macht; selbst wenn man die Staatsangehörigkeit ganz fallen läßt, braucht man nicht einen zweijährigen Wohnsitz einzuführen. Aber wie ich herausgehört habe, soll an diesem Zustande nichts mehr zu rütteln sein. Ich habe das vorhin gehört, und es ist wohl richtig. Es fragt sich: wie wir uns stellen wollen für die Zukunft, und wenn wir in Zukunft für dieses Parlament die Mehrheit haben, werden wir auch dieses ändern können (Sehr richtig!) Wenn wir in das bremische Parlament mit einer Mehrheit einziehen, bin ich sicher, dann wird auch der Antrag Seitz wegen des 18. Lebensjahres angenommen werden. Vorläufig lassen wir es beim 20. Lebensjahre bewenden. Wir müssen abwarten, wie es sich bewährt. Eine Aenderung können wir immer vornehmen.

Dr. Künkler: Ich bitte, der Vorlage keine weiteren Schwierigkeiten zu machen. Der A.- und S.-Rat hat doch beschlossen, den Rat der Volksbeauftragten zu ermächtigen, die Ausführung in die Hand zu nehmen, so daß die eigentliche Aufgabe der heutigen Versammlung ist, dem Rat der Volksbeauftragten Kenntnis von der Festsetzung des Wahltermins zu geben. Selbstverständlich können Abänderungsanträge gestellt werden. Aber ich möchte dringend bitten, dem weiteren Fortgang der Vorlage keine Schwierigkeiten zu machen. Es werden die Listen morgen ausgelegt, und ich bitte, von allen Aenderungen abzusehen. Das ändert ja nichts an unserem grundsätzlichen Standpunkte.

Wenn Sie soviel Wert darauf legen, daß das passive Wahlrecht geändert wird, so bitte ich zu bedenken, daß die Bestimmungen, die dem entgegenstehen, eigentlich nur formeller Natur sind. Die bremische Staatsangehörigkeit kann doch von einem jeden Deutschen einfach durch Antrag erworben werden. Die Voraussetzung dafür ist die Urkunde über frühere Staatsangehörigkeit, die Geburtsurkunde usw. Die Anforderungen, die an das passive Wahlrecht gestellt werden, sind doch nicht von der Bedeutung, wie sie beim aktiven Wahlrecht sind. Es ist dann hingewiesen worden auf den internationalen Standpunkt. Da muß ich hinweisen, daß es sich um eine Volksvertretung handelt in einem Staate,

der doch einmal ein Glied des Deutschen Reiches ist. Das ist unser Standpunkt. Es ist aber nicht möglich, diesen Gliedstaat aus dem Rahmen des deutschen Reiches loszulösen. Dafür fehlt jede Voraussetzung. Auch gegenwärtig ist es nicht schwer für Ausländer, die Voraussetzungen zu erfüllen, sich naturalisieren zu lassen, und das wird in Zukunft noch leichter werden, da es sich nur um Formalitäten handelt.

Was endlich die bürgerlichen Ehrenrechte betrifft, so macht die Regierung von ihrem Gnadenrecht, soweit es sich um Bestrafungen politischer Vergehen handelt, schon ausgiebig Gebrauch, so daß die Bedenken hinsichtlich dieses Punktes hinfällig werden.

Die gegen die Vorlage geäußerten Bedenken sind also nicht so schwer, daß die Vorlage als ungenügend angesehen werden könnte.

Walter: Ich komme eben von der Kampffront und habe eine wichtige Meldung. Ich bitte, mir außer der Reihe das Wort zu geben.

Vors.: Es muß erst abgestimmt werden. Es sind noch vier Redner eingezeichnet.

Sommer: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Vors.: Für den Schluß? Sommer. Gegen den Schluß? Keiner.

Der Schluß wird mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Vors.: Ich bitte diejenigen, die für den Antrag sind, daß für das 20. Jahr das 18. Jahr gesetzt werde, aufzustehen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Seitz bezweifelt, daß der Antrag abgelehnt ist. Die Abstimmung wird wiederholt. Der Antrag wird mit 58 gegen 38 Stimmen abgelehnt.

Vors.: Wir kommen dann zu dem Antrage, die Karenzzeit für die Wählbarkeit zu streichen. Die Staatsangehörigkeit würde dann bestehen bleiben. (Zuruf: Das ist ja widersinnig!) Ja, das ist widersinnig, das kann ich aber nicht ändern. Der Antrag ist so gestellt, und ich muß darüber abstimmen lassen.

Fauth: Der Antrag ist so gemeint, daß auch die Staatsangehörigkeit fallen soll.

Der so erweiterte Antrag wird gegen 11 Stimmen angenommen.

Die Vorlage wird mit der beschlossenen Aenderung angenommen.

Walter: Genossen! Ich bin eben von der Kampffront gekommen, um hier zu erreichen, daß sofort Beschluß gefaßt wird. Es muß dafür gesorgt werden, daß wir nicht meuchlings überfallen werden. Es ist ein Gefangener, ein Ueberläufer eingebracht, ein Beweis, daß mit diesen Helden nicht mehr zu rechnen ist. Er sagte, daß die Division vor nichts mehr zurückschrecke. Wir dürfen darum die Sache nicht auf die lange Bank schieben, es muß sofort gehandelt werden, die Abordnung muß sofort abgeschickt werden. (Zuruf: Die ist schon längst weg!) Dann ist die Sache erledigt.

Dann noch eins: Der Ueberläufer erzählt, daß immer noch mehr Soldaten ankämen, es seien schon jetzt mindestens 18 000 da. Es besteht die Gefahr, daß wir überrumpelt werden. Wir müssen handeln. Statt dessen beraten wir über die Bedingungen. Ich wollte schon vorher das Wort nehmen, bin aber nicht dazu gekommen, weil ich fort mußte. Auf die Aeußerung der Unabhängigen aber möchte ich sagen: Wir sind keine . . . .

Vors.: Das gehört nicht zur Sache.

Noch eins, was ich vergessen habe. Von Düe ist ein längerer Brief gekommen. Er bittet um Rehabilitierung, um Einsetzung einer Untersuchungskommission und Wiedereinsetzung in sein Amt. Dieses Ersuchen wird unterstützt von seinen gesamten Kameraden und trägt 140 Unterschriften. Ich schlage darum vor, sofort eine dreigliedrige Kommission zu wählen, die die Sache prüft. (Rufe: Fünf!) Schön, also fünf.

Es werden gewählt Husmann, Heilmann, Peil, Brauchmüller und Reimann.

Schluß der Sitzung 10 Uhr 10 Minuten.

21

# Vollsitzung des Bremer Arbeiter- und Soldatenrates

**am 3. Februar 1919 im Konventsaale der Börse.**

## Tagesordnung:

1. Gegenwärtige Situation;
2. Beschlußfassung über die Resolution des Rates der Volksbeauftragten, des Vollzugsrates und der Bremerhavener und Hamburger Verbände;
3. Eventuelle Wahl einer neuen Staatsregierung.

Eröffnung der Sitzung 2.10 Uhr. (Festgesetzter Anfang 1 Uhr.)

Otto Lindau führt den Vorsitz.

Vors.: Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte:

1. Gegenwärtige Situation.
2. Beschlußfassung über die Resolution des Rates der Volksbeauftragten, des Vollzugsrates und der Bremerhavener und Hamburger Verbände.
3. Eventuelle Wahl einer neuen Staatsregierung.

Bevor ich die Versammlung eröffne, möchte ich mitteilen, daß ich den Genossen Blase von der Mehrheitspartei an den Vorstandstisch gerufen habe. Genosse Blase hat vorhin drüben mit uns beraten; ich glaube, es erhebt sich kein Widerspruch.

Dann, Parteigenossen, gebe ich dem Genossen Armgart aus Bremerhaven zu einer kurzen Erklärung das Wort.

Armgart: Genossen und Kameraden! Es ist dem Ernst der Stunde entsprechend, wenn wir eine kurze Erklärung vorausschicken. Im Namen meiner Hamburger Kameraden vom 9. Armeekorps und in meinem und meiner Kameraden Namen von Bremerhaven erklären wir, daß wir in dem Anmarsche der Division Gerstenberger nicht eine Gefahr für Bremen, nicht eine Gefahr für eine bestimmte Partei erblicken, sondern eine Gefahr für die Revolution überhaupt. (Sehr richtig!) Eine nähere Erläuterung hier zu geben, ist nicht der Platz. Genossen, in der Armee Gerstenberg marschiert die Reaktion und selbst eine Regierung Ebert-Scheidemann-Noske würde die Reaktion Gerstenberg, wenn sie hier auch weiterhin Erfolg erzielt, nicht aufhalten können, da die Division Gerstenberg sich nicht mehr die Gewalt nehmen lassen würde. Dadurch ist sie zu einer Gefahr für das gesamte Proletariat geworden. Wenn wir in diesem Augenblicke das erkennen, dann erübrigt es sich fast, was wir Euch sagen möchten, daß in diesem Momente aller Parteihader aufhören muß. Verkennen wir diese historische Stunde nicht, Genossen! Hier ist der Moment, wo wir uns wieder zusammenfinden müssen. Dieser Augenblick muß uns zusammenschweißen fester denn je, und daß wir uns auf einem Boden zusammenfinden, und daß wir einem Ziele zustreben, darum haben wir diesen Vorschlag unterbreitet. Wir sind bereit, unter dieser Bedingung alle Bürgschaften dafür zu übernehmen, daß das durchgeführt wird, was wir verlangen und zur Durchführung bringen wollen. Es liegt also bei den Parteigenossen, diese Resolution so einstimmig wie möglich anzunehmen. Und wir bitten, daß alles das, was gewesen ist, wer die Schuld trägt, jetzt nicht erörtert werden sollte, sondern daß man sich des Ernstes der Stunde bewußt ist und von diesem Ernste getragen das bedenkt, was uns alle nottut. (Bravo!)

### 1. Gegenwärtige Situation.

Vors.: Ich möchte erklären, daß ich Wortmeldungen nur schriftlich entgegennehme.

Frasunkiewicz: Parteigenossen! Täglich ändert die Revolution ihre Physiognomie. (Zuruf: Warte noch ein bißchen. Es wurden in dem Saale Zeitungen verteilt. Bei der allgemeinen Unruhe

wird der Redner nicht verstanden. Als wieder Ruhe eingetreten war, beginnt der Redner von neuem.) Parteigenossen! Ich sagte, täglich ändert die Revolution ihre Physiognomie. Als bei Ausbruch der Revolution die Soldaten und Arbeiter den alten, morschen, kapitalistischen Staat in seinen Grundfesten erschütterten, hat man nicht bei Ausbruch der Revolution gefragt, wer bist du, und wohin gehörst du, und was willst du, sondern man hat gemeinsam mit den Genossen, ganz gleich wo er hingehörte, daran gearbeitet, um den Militarismus zu stürzen. Die Bourgeoisie, die Kapitalistenklasse war bei Ausbruch der Revolution Deutschlands betäubt. Erst nach und nach, allmählich erholte sich die Bourgeoisie aus ihrer Betäubung, kam zur Besinnung und hat im Laufe der letzten Wochen und Tage sich eine Richtlinie gesteckt, nach der sie systematisch dem Proletariat versucht, die Errungenschaften der Revolution zu entreißen. In Nordwestdeutschland hat die Physiognomie der Revolution ganz besonderen Ausdruck erhalten. Norddeutschland, speziell Bremen war bisher als der radikalste Ort neben Leipzig bekannt. Schon in Friedenszeiten wußten wir, wie man von seiten des Bürgertums und der Kapitalistenklasse über das revolutionäre, klassen- und zielbewußte bremische Proletariat geurteilt und gehandelt hat. Es ist bedauerlich, daß durch den Ausbruch des Krieges das Proletariat sich zerfleischt, zerspalten und den Kampf gegeneinander geführt hat, anstatt die ganze Kraft gegen den Todfeind des Proletariats, gegen den Kapitalismus zu wenden. Heute steht das bremische Proletariat, soweit es auf dem Boden der Revolution steht, in einer Stunde so ernst, so inhaltschwer, wie bis jetzt noch nie. Wir haben es heute, glaube ich, in der Hand, ein drohendes Gewitter, das sich im Anzuge befindet, abzuwehren. Hier und da haben ja leider schon zuckende Blitze einzelne Opfer gefordert. Wir haben, wie mir berichtet, auf unserer Seite 8 Tote, auf der Gegenseite vielleicht doppelt soviele Tote und Verwundete. Parteigenossen! Wir haben es heute in der Hand, diesem Gewitter Einhalt zu gebieten, damit nicht noch mehr Proletarierblut fließt, das hektoliterweise in tausendfacher Zahl während der 4½ Kriegsjahre im Interesse des Kapitalismus geflossen ist. Wir Proletarier, gleich welcher Parteirichtung wir angehören, haben es heute in der Hand, zu entscheiden, ob wir wollen dem rollenden drohenden Gewitter Einhalt gebieten. Erfolgt die Einigung des bremischen Proletariats heute nicht, dann müssen wir mit dem Rüstzeug der Barbaren, mit Flinte und Schwert, wie es in dem Liede der Marseillaise heißt, unsern Willen durchführen. Ich möchte im Interesse aller, — und wir alle sind die Leidtragenden, wenn der Kampf, der jetzt entbrannt ist, sich noch mehr zuspitzt — bitten, allen Parteihader beiseite zu lassen, alle die Toten ruhen zu lassen und jetzt in dem Momente nicht an die Vergangenheit, sondern an die Gegenwart und Zukunft zu denken, die vor uns liegt. Mit Recht hat der Vertreter von Bremerhaven gesagt, es handle sich nicht nur um das bremische Proletariat, um die bremischen Errungenschaften in der Revolution, um die bremischen Angelegenheiten, sondern es handle sich sich um die Angelegenheiten des gesamten deutschen Proletariats. Das was heute, sagen wir einmal unter der Maske der Firma Ebert-Scheidemann-Noske geschieht, denn die sind verantwortlich für die Division Gerstenberg, die vor den Toren Bremens wartet, denn der Hauptmann Danner hat in der Sonnabend Nacht erklärt, daß er den Befehl seines Genossen Noske mit eiserner Konsequenz rücksichtslos durchführen werde, was in seiner Macht steht), ich bin der Meinung, es ist nicht der Wille der Regierung Ebert-Scheidemann-Noske, daß ein Blutbad in Bremen angerichtet werde, sondern es sind konterrevolutionäre Elemente, die das Argument „Entwaffnung des Proletariats", „Herstellung geordneter Zustände" nur benutzen, um der Revolution den Garaus zu machen. Ich bin der Meinung, daß die Konterrevolution jetzt mit Riesenschritten dahineilt, um uns das Heft aus der Hand zu nehmen. Wir haben heute in der Sitzung des Vollzugsrates und des Rats der Volksbeauftragten beschlossen, zu versuchen, in Bremen eine Einigkeit der gesamten Arbeiterschaft, des gesamten Proletariats herbeizuführen, um durch die Einigkeit, die wir herbeiführen, zu versuchen, das drohende Blutbad zu verhindern. Folgende Richtlinien haben wir ausgearbeitet und legen sie Ihnen vor. Sie lauten:

1. Rücktritt der jetzigen Regierung und Bildung einer neuen Regierung, die zusammengesetzt ist unter Mitwirkung aller sozialistischen Parteien nach dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen zur Wahl des A.- und S.-Rats. 2. Die bewaffneten Arbeiter erklären sich bereit, die Waffen abzugeben an die einrückenden Hamburger und Bremerhavener Truppen, die alsdann die Sicherung Bremens übernehmen und den Sicherheitsdienst organisieren. Die Kommandostelle der Sicherungstruppen unterstellt sich voll und ganz der paritätisch zusammengesetzten Bremer Regierung. 3. Die Division Gerstenberg verpflichtet sich, in den jetzigen Stellungen zu verbleiben und den Einmarsch der Hamburger und Bremerhavener Truppen nicht zu behindern. Nach dem Einmarsch dieser Truppen rückt die Division Gerstenberg ab.

Parteigenossen, einstimmig ist diese Resolution in der Sitzung, die ich soeben nannte, angenommen worden. Auch die Vertreter der äußersten Linken, die Kommunisten, haben einstimmig dafür votiert. Nun handelt es sich um die praktische Durchführung dieser Richtlinien, die in der Resolution festgelegt sind. Ueber die Frage „Rücktritt der Regierung"

sind wir alle einer Meinung und gehen konform. Ich glaube, da wird kein Widerspruch von irgend einer Seite erhoben werden. Ueber die Frage „Ablieferung der Waffen" wird nicht gleich eine Einigung zu erzielen sein. Ich wünsche aber, ich irrte mich, und es wäre auch auf diesem Gebiete eine Einigkeit vorhanden; ich wünschte speziell, daß diejenigen, die auf der äußersten Linken stehen, in dieser Beziehung den Richtlinien, sowie sie verstanden werden sollen, Rechnung tragen und sich ebenfalls diesen anschließen.

Parteigenossen! Ich will durchaus nicht durch die Entwaffnung des Proletariats das Proletariat wehrlos gemacht sehen, es seinem Todfeinde, der besitzenden Klasse, ausliefern. Ich bin der letzte, der so etwas empfehlen könnte. Aber es sind taktische Gründe, die mich zwingen, zu empfehlen, daß diese Richtlinien anerkannt werden. Denn die Ablieferung der Waffen an die Depots soll nicht erfolgen, um das Proletariat zu entwaffnen, sondern die Waffen in den Depots sollen unter der Aufsicht der Hamburger und Bremerhavener Soldaten bleiben und sollen gerade zur Sicherung der Revolution dienen. Es sollen ja nicht nur diejenigen Arbeiter entwaffnet werden, die auf der äußersten Linken stehen, sondern auch alle diejenigen, die auf der äußersten Rechten stehen. Ich bin der Meinung: es wird uns vielleicht heute gelingen, eine Einigkeit unter der gesamten sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu erzielen, so daß man dann vielleicht von einer rechtssozialistischen Partei nicht mehr zu reden braucht. Solange wir Parteien haben, werden wir natürlich die Gegensätze in ihnen nicht ausgleichen, wir werden immer Extreme in der Partei haben, die es verstehen, Oel ins Feuer zu gießen, wenn es angebracht ist. Also, unsere ganze Aufgabe heute in der Vollsitzung des A.- und S.-Rats muß sein, eine Einigkeit unter der gesamten bremischen Arbeiterschaft im Interesse der Revolution zu erzielen und nur die Einigkeit der bremischen Arbeiterschaft im Interesse der Revolution zu fördern und alles das, was in den Richtlinien, die ich Ihnen zur Annahme empfehle, auch anzunehmen von seiten der Vertreter hier in der Vollsitzung des A.- u. S.-Rats. Dann, Parteigenossen, kommt die zweite Frage: wie, wenn dann noch die Firma Gerstenberg darauf besteht, für Ruhe und Ordnung in Bremen zu sorgen, selbst wenn die Einigkeit unter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft erzielt ist, dann, Parteigenossen, ist die Frage nach meiner Logik so zu beantworten, daß, wenn die Firma Gerstenberg in Bremen einzieht, dann das gesamte bremische Proletariat sich wie ein Mann erhebt und sich dem Einmarsch dieser Firma entgegen stellt. Und nicht nur das bremische Proletariat wird sich dann wie ein Mann erheben, sondern das gesamte Proletariat Nordwestdeutschlands. Es sind in dieser Beziehung, soweit die Vertreter von Hamburg, Bremerhaven usw. hier anwesend waren, alle einer Meinung, daß das bremische Proletariat es nicht dulden darf und jede Unterstützung gleich welcher Art erhält, wenn die bremische Arbeiterschaft selbst in der Lage ist, geordnete Zustände durchzuführen, selbst sich eine Regierung auf Grund der Machtverhältnisse, wie sie vorliegen, zu konstituieren und dann Elemente konterrevolutionärer Natur, die von außen kommen, um die Errungenschaften der Revolution, der gesamten Arbeiterschaft niederzuwerfen, diese nicht über sich ergehen lassen wird. Es würde dann ja auch ein Sturm der Entrüstung sich in ganz Deutschland entfachen. Hunderttausende und Hunderttausende Arbeiter würden gerade in den wirtschaftlich wertvollsten Betrieben ihre Arbeit einstellen, Generalstreik in den Ruhrkohlenbezirken würde entstehen, überall würde es einsetzen, um die Solidarität dem bedrohten bremischen Proletariat gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Aber, Parteigenossen, wir wollen nicht, daß derartiges entsteht, wir brauchen Kohlen, um den Wirtschaftsprozeß in unserm Lande sicherzustellen. Denn wir sind alle der Meinung: wo die Bergleute die schwarzen Diamanten nicht an die Oberfläche befördern, da können die Arbeiter nicht produzieren, wenn die Arbeiter nicht produzieren können, dann können sie keine Werte schaffen, Werte schaffen, die wir in der sozialistischen Republik auch gebrauchen und gebrauchen müssen. Ich stehe nun auf dem Standpunkt, daß wir ohne Arbeit nicht leben, nicht existieren können. Arbeit adelt den Menschen, und wir sind stolz darauf, daß wir Arbeiter sind, stolz darauf, daß wir das, was wir unter Mühsal errungen haben, auch mit aller Macht erhalten wollen. Parteigenossen! Wir wollen diesen Kampf nicht. Wollen ihn aber die Konterrevolutionäre, nun gut, wir sind gerüstet und nehmen den Kampf auf, und wenn der starke Arm des Proletariats es will, dann stehen alle Räder still, darüber sind wir alle einer Meinung. Falls es der Regierung Ebert-Scheidemann-Noske nicht gelingt, die Firma Gerstenberg zurückzuziehen, falls diese Bedingungen die Richtlinien sein werden, dann, Parteigenossen, wird es meines Erachtens nach der Firma Gerstenberg, die vielleicht nur unter falscher Flagge reist, indem sie sich hinter dem Schild Noskes versteckt, es auch nicht gelingen, die Revolution niederzuwerfen. Wir können wohl äußerlich besiegt werden, wir können vielleicht für eine kurze Zeit zurückgedrängt werden, aber wir würden Mittel und Wege finden, um die Scharte wieder auszuwetzen. Hoffen wir, daß es nicht notwendig sein wird, den Kampf mit äußerster Rücksichtslosigkeit, mit Waffengewalt zu Ende zu führen. Ich würde es sehr bedauern. Es würde mich sehr schmerzlich berühren, wenn ohne unsere Schuld noch viele unserer Parteigenossen des Proletariats ihr Leben lassen müßten, das für uns und die Revolution wertvoll ist und erhalten bleiben sollte. Parteigenossen! Es

ist nicht der Augenblick, Reden zu halten, sondern zu handeln. Ich ersuche Sie, ganz gleich, welcher Richtung Sie angehören, diese von mir vorgelegten Richtlinien anzunehmen! (Bravo.)

Bäumer: Im Auftrage der Fraktion der Internationalen Kommunisten Deutschlands (Spartakusbund) gebe ich folgende Erklärung ab: Die Voraussetzungen für das Zusammenarbeiten, wie sie heute in den Beratungen der Volksbeauftragten mit dem Vollzugsrat und den Vertretern von Hamburg und Bremerhaven ausgearbeitet wurden, sind auch für den Beschluß der Fraktion bindend. Es gilt heute nicht, die politischen Gegensätze zu liquidieren, es gilt heute, den gemeinsamen Feind, die Reaktion, die Konterrevolution zu bekämpfen. Auf Grund der rein strategischen Notwendigkeit schließen sich die Internationalen Kommunisten den Vereinbarungen an. (Bravo.)

Waigand: Parteigenossen! Ich habe 16 Jahre in diesem Saale die Interessen der Arbeiter vertreten gegen die Reaktion, gegen diejenigen, die sich gegen die Interessen des Sozialismus gewandt haben. Und jedes Jahr haben wir Bericht erstattet, und es ist selten vorgekommen, daß Genossen mit unserer Tätigkeit nicht einverstanden gewesen sind. Die bremischen Arbeiter sind es gewesen, die das parlamentarische Leben Bremens aus dem spießbürgerlichen Geplauder zu einer politischen Debatte geführt haben. Die Arbeiter Bremens sind es gewesen, besonders unter der Führung Eberts, die diese Arbeit vollbracht haben. Und wenn mich auch die Revolution etwas von links nach rechts geworfen hat, so sehe ich darin kein Unglück, und ich bin der Meinung des Genossen Frasunkiewicz, daß ein Zusammenarbeiten möglich ist (Bravo.) Zu der Erklärung des Bremerhavener Vertreters muß ich allerdings sagen, daß er meiner Ueberzeugung nach nicht richtig informiert sein kann darin, daß diese Truppen dort in reaktionären Diensten stehen. Parteigenossen! Wir von der Mehrheitssozialdemokratie, wir waren in Bremen rechtlos, weil wir machtlos waren. Wir konnten an den Sitzungen des Arbeiterrats nicht teilnehmen, weil wir nicht zugelassen waren. Man hat in jeder Beziehung an unserer Ehrlichkeit gezweifelt, hat uns außerhalb des kämpfenden Proletariats gestellt, hat uns aufs schwerste beleidigt. Mir ist noch keine ähnlich schwere Beleidigung im Leben zugefügt worden (Sehr richtig!), wie die, daß man mich als Sozialisten, als Proletarier für unehrlich hielt und mich ausschloß aus den Reihen der Arbeiterschaft. Aber es soll heute vergessen sein (Bravo!), es soll heute nicht aufgebauscht werden, sondern ich will bloß unsern Standpunkt darlegen. Wir sind in unserer Fraktion zu dem Entschluß gekommen, mit Ihnen zusammen die Resolution anzunehmen. (Bravo!) Parteigenossen! Aber Ehrlichkeit gegen Ehrlichkeit! (Sehr richtig!) Das sage ich frei heraus: wer heute lügt, wer heute seine Brüder belügt, der begeht etwas schlimmeres, als wer seinen Bruder totschlägt. Im Vertrauen auf euer Wort, daß ihr die Waffen niederlegen wollt, im Vertrauen auf das Wort der Bremerhavener und der Hamburger Genossen, daß sie die Waffen schützen und nur herausgeben werden, wenn die Revolution in Gefahr ist, in diesem Vertrauen stimmen wir der Resolution zu. Haben wir uns getäuscht, dann sind wir schlimmer daran, als wenn sie uns heute an die Wand stellen und uns niederschießen, denn dann hätten wir unsere Auftraggeber verraten, dann hätten wir ihnen großes Unglück zugefügt, dann ständen wir wieder vor der alten Tatsache, daß wir gegeneinander kämpfen müssen, daß wir waffenlos sind, ihr aber Waffen in der Hand habt.

Die Soldaten vor unseren Toren sind größtenteils Parteigenossen von uns. (Widerspruch. Lachen.) Lachen Sie nicht. Es sind zum großen Teile Leute, die unsere Genossen sind, wenn sie auch vor der Revolution noch nicht zu uns gehört haben. Diese Truppen sind meiner Ueberzeugung nach unsere Genossen. Ich habe mit Führern gesprochen. Hauptmann Danner und ebenso Leutnant von Pritzelwitz haben es selbst bekundet, sie haben uns als Genossen angesprochen und uns versichert, sie seien Sozialisten. (Heiterkeit.) Hauptmann Danner und Leutnant von Pritzelwitz haben das erklärt, und ich kann mir nicht denken, daß die Leute lügen. Man muß ihnen Vertrauen entgegenbringen. (Zurufe.)

Wenn wir heute zueinander stehen um gemeinsam unsere Sachen zu regeln, so tun wir es, indem wir hoffen, daß die Zustände, wie sie in Bremen geherrscht haben, vorbei sind. Wir haben in Bremen zu Beginn der Revolution die feste Hoffnung gehabt, wir könnten zusammengehen. Sie haben uns gerufen am ersten Tage, und ich bin gekommen. Ich glaube, es geschah dann auf Anregung von Ertinger, daß man nicht geneigt war, mit uns zusammen zu arbeiten. Auch später bei Durchführung des Streiks haben wir uns bereit erklärt, mit dem übrigen Genossen zusammen zu arbeiten. In beiden Fällen wurde uns das als Aufdringlichkeit ausgelegt, in beiden Fällen wurden wir nicht als solidarische Arbeitsgenossen anerkannt, und wir wurden sogar in Versammlungen angegriffen. Das geschah vor allem von Leuten, die vor dem Kriege nicht die Energie hatten, für die Sozialdemokratie einzutreten. (Sehr richtig!) Jetzt aber, wo die Situation kritisch geworden ist, weiß man uns wieder zu finden und hat uns zu Verhandlungen eingeladen. Ich bin dem Rufe gefolgt, bin nach dem Rathause gegangen und habe mit den Genossen, mit dem Rat der Volksbeauftragten verhandelt und diskutiert, um zu verhindern, daß die Truppen in Bre-

men einziehen, da die bremischen Arbeiter ihre Angelegenheiten selbst regeln wollen. Es wurde uns bei den Verhandlungen ausgeführt, daß die Bedingung dafür sei, daß die Arbeiter ihre Waffen abliefern. Nur unter dieser Bedingung können wir unsere Zustimmung geben. Wie ich seit 16 Jahren stets betont habe, daß wir gleiches Recht für alle fordern, so sage ich auch jetzt: gleiches Recht für alle, für Sie und für uns! Die Waffen werden also abgeliefert, und wir vertrauen darauf, daß die Gewehre nur im Interesse der Revolution wieder verteilt werden. Bäumer hat dem zugestimmt, aber wir sind im Zweifel, ob die Erklärung Bäumers ausreicht, ob die bewaffneten Arbeiter bereit sind, im Sinne ihrer hier anwesenden Vertreter zu handeln. Wir können nichts weiter tun, als daß wir eine Garantie, eine Sicherheit dafür verlangen, daß, wenn die fremden Regierungstruppen abziehen, die bremischen Arbeiter anstatt Flinten zu tragen wieder an ihre Arbeit gehen.

Das wäre, was ich zu sagen habe, und ich habe die Hoffnung, daß Treue und Glauben bei uns nicht getäuscht wird.

Dann aber möchte ich doch noch eins sagen, daß die zu bildende Regierung selbstverständlich die Autorität besitzen muß und daß ihr die Waffen unterstehen müssen und daß dem entsprechend auch gehandelt werden muß.

Starken: Parteigenossen! Im Namen der U. S. P. Bremens kann ich folgende Erklärung abgeben: Wir als U. S. sind der Meinung, daß die Einigkeit die größte Pflicht der Arbeiterschaft ist. Und weil das unsere Pflicht ist, sind wir einstimmig dahin gekommen, voll und ganz dieser Resolution zuzustimmen. Wir wollen unser Wort ehrlich halten, weil wir ehrliche Männer waren und sind. (Beifall.)

Freje: Parteigenossen! Unser Genosse Waigand sprach vorher davon, daß die Truppen, die vor unseren Toren stehen, nicht als reaktionär anzusehen seien. Der Hauptmann Danner hat uns allerdings als Parteigenossen angeredet. Aber, Genossen, wie Sie in den „Bremer Nachrichten" gelesen haben werden, haben sich dem Korps auch Bremer Freiwillige zur Verfügung gestellt unter Major Caspari. (Pfuirufe.) Einen von diesen Freiwilligen habe ich heute in eine Arrestzelle eingesperrt; es ist ein Leutnant, der sich dem Korps zur Verfügung stellen wollte. Wenn ein Mann, der uns Parteigenossen nennt, sich mit solchen Elementen gegen seine eigenen Parteigenossen verbündet, so kann der kein Parteigenosse sein. (Zuruf: Ein Schuft!)

Zur Resolution kann ich den Standpunkt meiner Kameraden dahin erklären, daß sie sich voll und ganz auf den Boden dieser Resolution stellen.

Rusch: Parteigenossen! Als Vertreter des Obersten Soldatenrats in Hamburg habe auch ich eine kurze Erklärung abzugeben. Ich habe es natürlich für meine Pflicht gehalten, abzuwarten, welche Erklärungen die einzelnen Parteivertreter abgeben würden. Wir haben es für unsere Aufgabe gehalten, unseren Bremer Parteigenossen uns zur Verfügung zu stellen, um im gegebenen Augenblick vermittelnd und helfend eingreifen zu können. Es konnte von vornherein nicht unsere Aufgabe sein, ohne offizielle Aufforderung seitens der Bremer Regierung und Arbeiterschaft in irgend einer Form einzugreifen. Wir sehen uns aber veranlaßt, von unserem Standpunkt aus den leitenden Genossen klipp und klar die Dinge vor Augen zu führen, wie wir sie beurteilen. Es war mein Vorschlag, in dieser Form an die Arbeiterschaft Bremens heranzutreten, um in diesem ernsten, kritischen Moment zu versuchen, eine Einigkeit in der Bremer Arbeiterschaft herbeizuführen. Gelingt uns das, so kann ich sagen, daß es keine bessere Mission gibt, die so gern zu erfüllen ist, wie eine derartige Mission. Ich setze ohne weiteres voraus, daß an den Erklärungen der Vertreter der einzelnen Parteien in keiner Beziehung gezweifelt werden darf. Ich möchte aber gleichzeitig erklären: Wenn unseren Vorschlägen nicht Rechnung getragen wird, ist es zu Ende mit unserer Hilfe, die wir für die Bremer Arbeiterschaft zur Verfügung stellen wollen. Und anderseits, wenn unserer Forderung Rechnung getragen werden soll, muß auch die gesamte bremische Arbeiterschaft in jeder Beziehung bis auf den letzten Mann rückhaltlos dieser Forderung Rechnung tragen. Geschieht das nicht, dann allerdings muß ich sagen, daß dann gegen Treu und Glauben verstoßen wäre, und würden wir uns veranlaßt sehen, gegen diese Leute einschreiten zu müssen, weil wir uns in demselben Augenblick von diesen Parteigenossen scheiden müßten. Also Treu und Glauben in diesem ernsten Augenblick muß unter allen Umständen unter uns herrschen. Des wollen wir und müssen wir uns voll bewußt sein. In diesem ernsten Augenblick ist es nicht unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß diese Truppenmassen der Regierung zurückgeschlagen werden. Darum dreht es sich nicht. Unsere Aufgabe, die Aufgabe aller Sozialdemokraten ist es zunächst, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu versuchen, daß nicht Hunderte und Tausende von Menschenleben nutzlos geopfert werden. Das soll unsere vornehmste Aufgabe sein. Deshalb haben wir uns erbötig gemacht, die Sicherheit Bremens unter allen Umständen zu gewährleisten. Diese Maßnahmen können natürlich nur in freundschaftlicher Weise mit der Unterstützung der bremischen Arbeiterschaft vor sich gehen. (Zurufe.) Weiter möchte ich auf Wunsch Ihrer Parteigenossen erklären, daß, selbstverständlich, wenn in dieser Form eine Einigkeit zustande kommt, daß wir dann selbstverständlich unse-

ren Vorschlägen entsprechend unter Leitung der Bremer Regierung und der Bremer Arbeiterschaft unsere Maßnahmen durchführen werden. Ich glaube, Parteigenossen, daß wir uns bei diesen gegenseitigen Erklärungen nun wohl bescheiden können, damit wir unsererseits die nötigen Maßnahmen treffen, um nach jeder Richtung hin unseren Forderungen den nötigen Nachdruck geben zu können.

Vors.: Es ist noch ein Zusatz zum zweiten Satz der Resolution eingegangen: Die Kommandostelle der Sicherungstruppe unterstellt sich voll und ganz der paritätisch zusammengesetzten Bremer Regierung.

Vors.: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Das Amendement zu Punkt 2 der Resolution wird angenommen.

Die Resolution wird angenommen.

Vors.: Ich stelle fest, daß die Resolution einstimmig angenommen ist (Bravo!)

Wir hätten dann die Wahl der bremischen Regierung vorzunehmen. Da die Regierung aus neun Mitgliedern besteht, würden nach dem Verhältnis der in Bremen bei den Wahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat abgegebenen Stimmen die Mehrheitssozialisten vier Vertreter erhalten, die U. S. drei, die Kommunisten zwei.

Es ist noch ein Antrag eingegangen, der auf dasselbe hinausläuft und außerdem eine sechsgliedrige Kommission gewählt wissen will, die die Wahlen zum Vollzugsrat und für die einzelnen Volkskommissariate in der morgigen Sitzung des A.- und S.-Rats vorbereiten soll.

Zur Geschäftsordnung

Bäumer: Parteigenossen! In dem ersten Punkt der Resolution findet sich ein Widerspruch. Es heißt zuerst, daß die neue Regierung paritätisch zusammengesetzt sein soll, und sodann, daß sie unter Mitwirkung aller sozialistischen Parteien nach dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen zur Wahl des A. und S.-Rats zusammengesetzt sein soll. Paritätisch wäre die Regierung zusammengesetzt, wenn dazu drei Mehrheitssozialisten, drei Unabhängige und drei Kommunisten gehörten. Es ist aber ein Widerspruch, wenn verlangt wird, daß sie paritätisch und zugleich nach dem Stimmverhältnis der einzelnen Parteien zusammengesetzt sein soll. Wenn so gewählt werden soll, wie der Vorsitzende sagte, dann muß das Wort „paritätisch" glatt gestrichen werden.

Vors.: Ein Antrag ist nicht gestellt.

Schelter: Es ist notwendig, daß wir zu dem gemachten Vorschlage in den Fraktionen erst Stellung nehmen. Wir haben in den Fraktionen über die Frage noch nicht gesprochen, und das ist doch notwendig. Wir können die Wahlen nicht so ohne weiteres vornehmen.

Seitz: Ich bitte, einige Bemerkungen machen zu dürfen. Während wir heute tagen, wird draußen bereits gekämpft, und es ist bereits um Sanitätswagen telephoniert. Ich bitte auch die Genossen, sich sofort zu melden, da dringend Hilfe angefordert wird. Es soll sofort durch Autos Hilfe gebracht werden. (Zurufe: Lazarette auffordern!)

Waigand: Ich meine, daß wir zur Frage der Regierung erst Stellung nehmen können, wenn die Entwaffnung der Arbeiter ganz geregelt ist. Wir können heute noch nicht die neue Situation überschauen, sondern das werden wir erst können, wenn der erste Absatz der Resolution durchgeführt ist. Vorläufig wird gekämpft, und wir müssen vor allem zu erreichen suchen, daß der Kampf eingestellt wird. Die Entwaffnung der Arbeiter ist proklamiert, die Proklamation ist aber wirkungslos.

Vors.: Was Genosse Waigand sagt, ist richtig. Vor allem muß dafür gesorgt werden, daß dem Blutvergießen ein Ende gemacht wird. Es müssen aber konkrete Vorschläge gemacht werden.

Daunat: Ich halte es auch nicht für richtig, im gegenwärtigen Augenblick die neue Regierung zu wählen. Wir haben die Wahl einer neuen Regierung grundsätzlich beschlossen und stehen jetzt noch in der Debatte darüber. Wenn wir aber schon jetzt die neue Regierung wählen wollten, würde das nur eine Komödie sein. Wir können Gerstenberg erklären, daß wir die Neuerung grundsätzlich getroffen haben. Die Vornahme der Wahl ist nur eine Form. Ich beantrage, die Sache zu vertagen.

Stodhinger: Was ich sagen wollte, ist erledigt.

Kiawitter: Es liegt noch ein Antrag von den U. S. vor, eine Kommission von je zwei Mitgliedern jeder Fraktion zu wählen, um die Wahl vorzubereiten. Wir müssen die Sache doch in die Wege leiten.

Rufe: Zur Geschäftsordnung!

Vors.: Es liegen schon sieben Anträge zur Geschäftsordnung vor.

Starker: Ich möchte vorschlagen, um die Parität zu wahren, den gegenwärtigen Rat der Volksbeauftragten bestehen zu lassen und von den Mehrheitssozialisten drei hinzuzuwählen.

Vors.: Das geht nicht.

Frasunkiewicz: Parteigenossen! Ich möchte Ihnen empfehlen, eine Kommission, paritätisch aus allen drei Richtungen zusammengesetzt, zu wählen und dieser Kommission den Auftrag zu geben, Vorschläge für die Wahl zu machen, die dann in der morgigen Vollsitzung des A.- und S.-Rats vorzunehmen wäre. Weiter möchte ich bemerken, daß von einer Entwaffnung des Proletariats doch nicht eher geredet werden kann, als bis der Feind vor den Toren aufhört, Feind zu sein. (Sehr richtig!) Darüber müssen wir uns jetzt klar werden, damit kein Mißverständnis entsteht. — Wir können das Proletariat nicht vorher entwaffnen. Wir wissen, daß der größte Teil der Division Gerstenberg konterrevolutionär gesinnt ist, darum müssen wir Sicherheitsmaßnahmen treffen. Ich empfehle, eine Kommission zu Gerstenberg zu schicken und ihm mitzuteilen, daß eine Einigung erfolgt ist, und ihm weiter mitzuteilen, daß die Waffen abgeliefert werden sollen, und daß Gerstenberg ersucht werde, abzuziehen von den Toren Bremens, daß die A.- und S.-Räte von Hamburg und Bremerhaven dann Truppen hereinbringen, die in Bremen für Sicherheit und Ordnung zu sorgen haben. (Zurufe von verschiedenen Seiten: Zur Geschäftsordnung? — Ich bitte ums Wort!)

Vors.: So geht das nicht weiter.

Frasunkiewicz: Ich werde darauf aufmerksam gemacht, daß das Proletariat die Waffen an die Truppen aus Hamburg und Bremerhaven abzuliefern hat, wenn diese als Sicherheitstruppen eingezogen sind. Ihnen werden die Waffen abgeliefert.

Bäumer: Zur Geschäftsordnung!

Vors.: Es muß schnellstens gehandelt werden. Nachdem alle Parteien gesprochen haben . . . . .

Bäumer: Auf Grund der angenommenen Resolution, die das Ergebnis von Besprechungen der hiesigen Vertreter der wiederholt genannten Vereinigungen mit Vertretern des Obersten Soldatenrats in Hamburg ist, soll das Proletariat die Waffen erst abliefern, wenn Gerstenberg abgezogen ist. (Sehr richtig! — Lebhafter Widerspruch.)

Vors.: Parteigenossen! Ich bitte um Ruhe.

Waigand: Parteigenossen! Bäumer ist Rechtsanwalt, Jurist. Ueber Juristen habe ich während meiner Tätigkeit in der Bürgerschaft immer gesagt, daß sie immer alles deichseln, drechseln und auf den Kopf stellen. In der Resolution steht, daß die Hamburger und Bremerhavener Truppen in Bremen einrücken und hier den Sicherheitsdienst übernehmen sollen und daß die Proletarier ihre Waffen solange in ihren Händen behalten und dann an die Hamburger und Bremerhavener abgeben sollen. (Zuruf: Das hat Bäumer auch gesagt! Henke: Nein, das hat er nicht gesagt!) Das hat er nicht gesagt, sondern er hat gesagt: Das Proletariat behält die Waffen solange, bis Gerstenberg abgezogen ist. Das ist zweierlei Ich bin bereit, mich mit Verden in Verbindung zu setzen, um zu erreichen, daß das Blutvergießen sofort ein Ende nimmt. (Zuruf von der kommunistischen Seite: Da brukt wi di nich to!) So kann es nicht weiter gehen Es muß Schluß gemacht werden, wir wollen den Kampf nicht mehr. Ich will sofort zum Telephon gehen und mit Hauptmann Danner sprechen, will ihm sagen, was wir beschlossen haben, daß die Waffen abgeliefert werden sollen, daß aber dann, wenn das geschehen ist, die Division auch abziehen muß. (Zuruf: Auf wie lange?) Ich habe schon einmal gesagt: Was wir vereinbaren, muß ehrlich gehalten werden, es darf nicht daran gedeutelt werden. Es geht aber nicht, wenn von juristischer Seite ein Redner uns was vormachen und das, was wir eben beschlossen haben, wieder hintertreiben will.

Bäumer: Zur Richtigstellung! Letzten Endes ist das genau dasselbe! (Henke: Nein!) Genossen! Ich bin einfach mißverstanden. Heute morgen bei den Verhandlungen im Rat der Volksbeauftragten, in der kombinierten Sitzung mit den Genossen aus Hamburg wurde es so so erklärt, wie ich es gesagt habe.

Wrede-Hamburg: Ich will gleich vorausschicken, daß in den Ausführungen Bäumers ein Irrtum liegen muß. (Aha!) Wir haben gesagt, daß in der Waffenruhe die Division Gerstenberg in ihren Stellungen verbleibt (Sehr richtig!), und daß die Gerstenberg-Division die Hamburger Truppen einmarschieren lassen muß, denen dann die bremische Arbeiterschaft die Waffen abgibt. So war die Erklärung (Sehr richtig!), so war die Auffassung heute vorhanden in unserer Sitzung. (Zuruf: Jetzt auch!)

Vors.: Es sind noch viele Redner angemeldet. Wir haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß der Kampf eingestellt wird. Ich ersuche Sie, von jeder Fraktion einen oder zwei Mann zu wählen, daß die heute abend in den Versammlungen, die einberufen sind, für unsere Einigkeit sorgen.

Kaiser: Ich beantrage Schluß der Sitzung. (Zuruf: Schluß der Debatte!)

Der Schluß der Debatte wird angenommen.

Vors.: Ich bitte um Vorschläge für die Kommission, die sofort hinausgehen muß. Ich glaube, es genügen von jeder Fraktion zwei Mann. Es sind vorgeschlagen von den Mehrheitssozialisten Hüneke und Schelter, von den Kommunisten Müller und Dannat, von den U. S. P. Vögeding und Willems, vom Soldatenrat Frese und Libertin. Ich möchte die Kommission bitten, diese Resolution mit dem Zusatz mit hinaus zu nehmen. Wir müssen auch noch drei Redner bestimmen. Ich bitte um

Vorschläge. (Zurufe.) Für die Centralhallen Frasunkiewicz, für das Casino Bäumer, für den Börsensaal Waigand. Die Versammlungen beginnen um 6 Uhr. Die nächste Sitzung möchte ich gleich für morgen 1 Uhr festsetzen.*) Ich möchte den Rat der Volksbeauftragten bitten, bis morgen in Permanenz zu tagen, damit er jederzeit erreichbar ist. Damit schließe ich die Sitzung.

Schluß 3 Uhr 22 Minuten.

*) Die für Dienstag, den 4. Februar, 1 Uhr nachmittags, anberaumte Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats hat nicht stattgefunden, da an diesem Tage der Einmarsch der Division Gerstenberg und des Freikorps Caspari in Bremen erfolgte.

Am 5. Februar erschien folgende Bekanntmachung:

**An die Bevölkerung Bremens!**

Seit dem 10. Januar stand Bremen unter der Gewaltherrschaft einer kleinen Minderheit. Der Wille der Volksmehrheit wurde unterdrückt, die Presse in einer bis dahin in Deutschland unerhörten Weise geknebelt, der von der Gesamtheit der Arbeiterschaft gewählte Arbeiterrat entrechtet, die Waffen aus der Hand derer, denen sie gebühren, in unberufene Hände gegeben, das Privateigentum mißachtet, die Freiheit der Person verletzt, Tausende von Arbeitern mit Waffengewalt an der Arbeit gehindert.

Dieser Miß- und Gewaltherrschaft war es vorbehalten, das erste Blutvergießen in Bremen heraufzubeschwören. Damit nicht genug, haben sich die Gewalthaber offen gegen die Reichsregierung aufgelehnt, unbekümmert um die Gefährdung der deutschen Einheit, unbekümmert darum, daß unsere Feinde einem bolschewistischen Deutschland weder Frieden noch Brot gewähren werden, unbekümmert auch um die Zukunft Bremens, das vom In- und Ausland als Hochburg des Terrors, als Feind der Freiheit geächtet, dem wirtschaftlichen Untergang entgegenging.

Das Versprechen einer bremischen Nationalversammlung war nur taktisches Manöver, das haben die maßgebenden Führer selbst erklärt. In Wahrheit sollte am Rätesystem festgehalten werden, Bremen in einer bolschewistischen nordwestdeutschen Republik aufgehen.

Mit überwältigender Mehrheit hat Bremens Bevölkerung am 19. Januar gegen eine solche Diktatur entschieden.

Getragen von diesem Willen des Volkes, erklärt im Auftrage der Reichsregierung die von dieser eingesetzte provisorische Regierung den Rat der Volksbeauftragten und den Vollzugsrat für abgesetzt, die Volkskommissariate und den Arbeiterrat für aufgehoben.

Die provisorische Regierung wird unverzüglich nach demokratischen Grundsätzen eine verfassunggebende bremische Nationalversammlung berufen! Diese allein wird über Bremens Zukunft entscheiden, sie wird eine Regierung, die die Vollstreckerin des Volkswillens ist, einsetzen und die Verwaltung neuordnen.

Freiheit der Presse, Freiheit der Person, Sicherheit des Eigentums werden gewährleistet. Ungehemmt soll Bremens Wirtschaftsleben sich wieder entfalten können.

Männer und Frauen Bremens! Alle, die der freiheitlichen Entwicklung dienen und die Erfolge der Revolution sichern wollen, werden aufgerufen, an der Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit am staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau Bremens mitzuarbeiten.

**Ans Werk! Zum Wohle des Volksganzen!**

Bremen, im Februar 1919.

Die provisorische Regierung:

Rhein. Dammer. Deichmann. Wellmann. Winkelmann.

R
nicht
verleihbar

Sitzungen des Arbeiter- und Soldaten-Rats in Bremen

bre
901.3
630